PROTOKOLL

DER KONFERENZ DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

MOSKAU,
12.–23. Juni 1923

*

1923

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG 8

PROTOKOLLE

PROTOKOLL des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale.

LEITSÄTZE und Statuten der Kommunistischen Internationale.

MANIFEST, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses — Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongress.

DIE KAPITALISTISCHE WELT und die Kommunistische Internationale (Manifest des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale).

BERICHTE zum Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

PROTOKOLL des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

DER FERNE OSTEN. Der Erste Kongreß der kommunistischen und revolutionären Organisationen des Fernen Ostens. Moskau, Januar 1922.

THESEN und Resolutionen des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

PROTOKOLL des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

BERICHT über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

DIE TAKTIK der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, vom 24. Februar bis 2. März 1922).

THESEN und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

BERICHT über den IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

PROTOKOLL des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

DIE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN SKANDINAVIENS und die K. I. (Aussprache mit den skandinavischen Genossen über die Grenzen des Zentralismus in der Konferenz der Erweiterten Exekutive der K. I.) Moskau, den 12. bis 23. Juni 1923.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

PROTOKOLL

DER KONFERENZ DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

MOSKAU.
12.-23. Juni 1923

*

1923

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG 8

Osteuropa-Institut
an der Freien Universität Berlin
— Bibliothek (Sz) —

Seite

ZEHNTE SITZUNG: Schluß der Debatte über die Grenzen des Zentralismus.

Redner: Ewert, Amter, Schüller, Lévy, Kuusinen, Höglund, Koritschoner, Radek, Urbani, Ström, Falk, Flyg, Bucharin 167

ELFTE SITZUNG: Die Gewerkschaftsfrage.

Redner: Gallacher, Losowsky, Böttcher, Walcher . . . 186

ZWÖLFTE SITZUNG: Schluß der Debatte über die Gewerkschaftsfrage. Der Kampf gegen den Faszismus.

Redner: Urbani, Wieser, Zapotocky, Gallacher, Katayama, Johnson, Meschtscherjakow, Losowsky, Zetkin 197

DREIZEHNTE SITZUNG: Schluß der Debatte über den Kampf gegen den Faszismus. Das Programm der Kommunistischen Internationale.

Redner: Krajewski, Böttcher, Frey, Serra, Smeral, Gyptner, Radek, Zetkin, Bucharin 233

VIERZEHNTE SITZUNG: Berichte der Kommissionen (über die dänische Frage, über die norwegische Frage)

Redner: Ström, Ewert, Falk, Inkpin, Amter, Stirner, Ewert, Böttcher, Sinowjew, Furubottn 252

FÜNFZEHNTE SITZUNG: Der Umsturz in Bulgarien und die Kommunistische Partei. Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale an den Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens. Aufruf an die bulgarischen Arbeiter und Bauern. Zum Bericht der Exekutive. Die Arbeiter- und Bauernregierung. Zum Hamburger Kongreß. Zum russisch-englischen Konflikt. Ueber das Verhältnis der Kommunisten zur Religion. Zur Programmfrage. Zur Ermordung des Genossen Worowski. Die japanische Frage. Ueber den Faszismus. Die Gewerkschaftsfrage. Die Genossenschaftsfrage. Die italienische Frage. Erklärung der Mehrheit der italienischen Partei. Bericht der Balkan-, der schweizerischen und der österreichischen Kommission. Resolution über die Schweizer Frage. Resolution über die österreichische Frage. Die Frauenfrage. Die holländische Frage. Die englische Frage. Die Negerkonferenz. Der Fünfte Weltkongreß. Neuwahl des Präsidiums. Schlußwort.

Seite

Redner: Hörnle, Radek, Katayama, Walcher, Hörnle, Lunatscharski, Neurath, Zetkin, Trachtenberg, Böttcher, Sinowjew 265

AUFRUFE, RESOLUTIONEN.

Aufruf an die bulgarischen Arbeiter und Bauern 274
Resolution zur Programmfrage 250
Resolution zur dänischen Frage 252
Resolution zur norwegischen Frage 253
Resolution zum Bericht der Exekutive 278
Resolution über die Arbeiter- und Bauernregierung 278
Resolution zum Hamburger Kongreß 285
Resolution zum russisch-englischen Konflikt 288
Resolution über das Verhalten der Kommunisten zur Religion . 290
Resolution zur Ermordung des Genossen Worowski 291
Resolution zur japanischen Frage 292
Resolution über den Faszismus 293
Resolution zur Gewerkschaftsfrage 298
Resolution zur Genossenschaftsfrage 302
Resolution zur italienischen Frage 312
Resolution zur Schweizer Frage 315
Resolution zur österreichischen Frage 316
Resolution zur Frauenfrage 319
Resolution zur holländischen Frage 320
Resolution zur englischen Frage 320
Resolution zur Frage der Negerkonferenz 320
Resolution zum V. Weltkongreß 320

Sachregister 325
Namenregister 332
Sprechregister 336

ERSTE SITZUNG

12. Juni 1923.

Eröffnung. Präsenzliste. Tagesordnung. Wahl der Kommissionen. Bericht der Exekutive.

Redner: Neurath, Sinowjew.

Im großen Andrejewski-Saal wird um 7 Uhr abends die Tagung der Erweiterten Exekutive von Sinowjew eröffnet.

Neurath verliest die Präsenzliste. Von den 25 Mitgliedern der Exekutive sind folgende anwesend: Sinowjew, Lévy, Zetkin, Hörnle, Bucharin, Radek, Smeral, Neurath, Gennari, Gramsci, Schüller, Schatzkin, MacManus, Höglund, Scheflo, Kuusinen, Kolarow, Stirner, Katayama, Safarow, Andrews.

Folgende Delegierte der einzelnen Sektionen sind eingetroffen:

Frankreich: Thibaut, René, Rosmer;
Italien: Urbani, Martini, Negri, Saitta, Rossi;
Deutschland: Böttcher, Walcher, Ewert;
Tschechoslovakei: Zapotozcky, Beuer;
England: Steward, Gallacher, Jackson, Pollit, Brown, Newbold;
Rußland: Lunatscharski, Pjatakow, Pjatnicky, Losowsky;
Spanien: Aparicio;
Amerika: Amter, Trachtenberg;
Oesterreich: Koritschoner, Frey;
Holland: Jansen;
Dänemark: Laursen;
Schweden: Ström;
Norwegen: Tranmael, Hofmo;
Canada: Johnson;
Litauen: Angaretis;
Lettland: Stutschka, Bersin;
Schweiz: Wieser;
Jugoslavien: Vladetitsch;

1

Polen: Mazejewski, Krajewski;
Japan: Aoki;
Südafrika: Jones;
Finnland: Laukki, Manner;
Estland: Wakmann;
Ukraine: Manuilski;
Persien: Sultan Sade;
Türkei: Gafurow;
Jugendinternationale: Gyptner, Michalec, Paasonen, Flyg, Furubotn.

Zu der englischen Konferenz sind überdies zehn Genossen aus England geladen worden.

Zum Vorsitzenden der Tagung wird Sinowjew gewählt. Weiter werden ins Präsidium gewählt: Trotzki-Rußland; Zetkin, Böttcher-Deutschland; Thibaut-Frankreich; Smeral-Tschechoslovakei; Gennari-Italien; Gallacher-England; Tranmael und Höglund-Skandinavien; Amter-Amerika; Kolarow-Balkan; Roy-Indien und Katayama-Osten. Neurath wurde zum politischen, Heimo zum technischen Sekretär der Konferenz ernannt.

Sinowjew teilt mit, daß die Exekutive seinerzeit beschlossen hat, den Genossen Lenin zum Ehrenpräsidenten der Kommunistischen Internationale zu bestimmen. Die Erweiterte Exekutive begrüßt diesen Beschluß mit stürmischem Beifall.

Die Erweiterte Exekutive genehmigt die vom Präsidium vorgeschlagene

Tagesordnung:

1. a) Bericht des Präsidiums.
   b) Praktische Weiterführung der Kampagne für die Einheitsfront.
   c) Verschmelzung der 2. und 2½ Internationale. Berichterstatter: Sinowjew.
2. Die weltpolitische Lage. Berichterstatter: Radek.
3. Kampf gegen den Faszismus. Berichterstatter: Clara Zetkin.
4. Gewerkschaftliche und Betriebsräteprobleme. Berichterstatter: Losowski und Walcher.
5. Die Grenzen des Zentralismus in der Komintern (Aussprache mit den skandinavischen Genossen). Berichterstatter: Bucharin.

6. Die Lage der Arbeiterbewegung in England.
7. Vorbereitungen der Arbeiten zum Programm der Komintern. Berichterstatter: Bucharin.
8. Fragen der Sektionen.
9. Der V. Jahrestag der K. I. und die nationalen Kongresse der Sektionen.
10. Anträge.

Es wird eine politische Kommission eingesetzt, die die Resolutionen zum Punkt 1 der Tagesordnung: „Praktische Weiterführung der Kampagne für die Einheitsfront", zu Punkt 2 „Die weltpolitische Lage" und zu Punkt 3 „Kampf gegen den Faszismus" zu prüfen hat. Diese Kommission besteht aus 21 Mitgliedern und setzt sich zusammen aus den Genossen Sinowjew, Trotzki, Bucharin, Pjatakow (Rußland), Lévy, Souvarine (Frankreich), Böttcher, Hörnle (Deutschland), Neurath, Smeral (Tschechoslovakei), Kolarow, Vladetitsch (Balkan), Tranmael, Höglund, Scheflo (Skandinavien), Mazejewski (Polen), Aoki (Japan), Pollit (England), Gennari, Saitta (Italien), Laukki (Finnland), Schatzkin (Jugendinternationale).

In die Kommission zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Grenzen des Zentralismus in der Komintern" wurden folgende Genossen gewählt: Bucharin, Sinowjew, Radek, Pjatakow (Rußland), Zetkin, als Stellvertreter Hörnle (Deutschland), Kolarow (Bulgarien), Smeral (Tschechoslovakei), MacManus (England), Kuusinen (Finnland), Urbani (Italien), Souvarine (Frankreich), Katayama (Japan), Mazejewski (Polen), Schatzkin (Jugendinternationale).

In die Kommission zur Vorbereitung der Arbeiten zum Programm der Komintern wurden gewählt die Genossen Bucharin, Radek, Pjatakow, Trotzki (Rußland), Smeral (Tschechoslovakei), Kuusinen (Finnland), Falk (Norwegen), Kolarow (Balkan), MacManus (England), Zetkin (Deutschland), Mazejewski (Polen), Gennari (Italien), Katayama (Japan) und Varga.

Zum Punkt 8 der Tagesordnung: „Fragen der Sektionen" wurden folgende Kommissionen eingesetzt:

Italien: Souvarine (Frankreich), Trotzki, Lunatscharski, Sinowjew, Bucharin (Rußland), Zetkin, Böttcher (Deutschland), Beuer (Tschechoslovakei), Kolarow (Bulgarien), Koritschoner (Oesterreich), Amter (Amerika), Falk (Norwegen), Schüller (Jugendinternationale), Krajewski (Polen), Aoki (Japan), Rakosi, Manuilski.

Balkan: Neurath, Smeral (Tschechoslovakei), Frey (Oesterreich), Gennari (Italien), Hörnle (Deutschland), Lévy (Frankreich), Gallacher (England), Radek, Pjatnicki (Rußland), Scheflo (Norwegen), Kolarow (Bulgarien), Michalec (Jugendinternationale), Vladetitsch (Jugoslavien).

Oesterreich: Neurath (Tschechoslovakei), Walcher (Deutschland), Wiesner (Schweiz), Vladetitsch (Balkan), Radek, Pjatnicki (Rußland), Höglund (Schweden), Gyptner (Jugendinternationale), Jansen (Holland), Gramsci (Italien), Losowski (Rußland).

Schweiz: Steward (England), Walcher (Deutschland), Neurath (Tschechoslovakei), Stirner (Südamerika), Losowski (Rußland), Negri (Italien).

Holland: Hofmo (Norwegen), Manner (Finnland), Radek (Rußland), MacManus (Ers. Jackson) (England), Zetkin (Deutschland), René (Frankreich), Trachtenberg (Amerika), Stutschka (Lettland).

Dänemark: Kobetzki, Pjatakow (Rußland), Manner (Finnland), Ström, Tranmael, Scheflo (Skandinavien), Janson (Holland), Stutschka (Lettland), Ewert (Deutschland), Krajewski (Polen), Ivon Jones (Südamerika).

Kooperativen: Chintschuk, Meschtscherjakow (Rußland), Serra (Italien), Zapotocky (Tschechoslovakei), Hörnle (Deutschland), Lévy (Frankreich).

Frauenfrage: Kuusinen (Finnland), Kolarow (Balkan), Zetkin (Deutschland), Smidowitsch, Pjatnicki (Rußland), Neurath (Tschechoslovakei).

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zum 1. Punkt ergreift Sinowjew das Wort.

Bericht des Präsidiums.

SINOWJEW: Seit dem letzten Kongreß ist ein halbes Jahr verstrichen. Wir sehen heute manches viel klarer. Neue politische Fragen sind aufgetaucht. Wir müssen prüfen, wie weit die Beschlüsse des 4. Kongresses richtig waren und wie sie durchgeführt wurden. Die ökonomische Lage hat sich in manchen Ländern zugunsten der Kapitalisten entwickelt. Amerika erlebt eine Hochkonjunktur, in England und Frankreich ist eine Besserung eingetreten, in Zentraleuropa noch immer die alte zerrüttete Lage, in Japan beginnt eine Krise. Die internationale Lage wird augenblicklich durch die englisch-russische Spannung charakterisiert. Die neue Wendung in England ist eingetreten, nicht weil Rußland schwächer geworden

ist, sondern umgekehrt, wegen seiner wachsenden Stärke. Die Kapitalisten täuschten sich in der Neuen Oekonomischen Polltik. Sie glaubten, sie sei der Anfang unserer Kapitulation, die Kommunisten würden sich selbst zugrunde richten. Aber unsere Lage besserte sich, russisches Getreide erschien auf dem Weltmarkt, noch nie hatten wir die Unterstützung der Arbeiter so ungeteilt wie eben jetzt. Damit beginnt vielleicht ein neues Kapitel in der Haltung der kapitalistischen Staaten uns gegenüber.

Der Faszismus marschiert. Gerade erleben wir die Ereignisse in Bulgarien. Der König gibt dem Putsche eine legale Form. Das kann bei einem jeden Umschwung passieren, bei dem der König „irrtümlicherweise" nicht entfernt worden ist. Wir müssen den Faszismus auf seine ökonomischen Gesichtspunkte hin prüfen. Man kann nicht alle Erscheinungen unter einen Hut stecken. In Italien macht der Faszismus eine Wandlung durch. Die Kriegsgefahr ist gewachsen, von heute auf morgen kann eine Verschärfung eintreten.

In Hamburg fand die Vereinigung der 2. und 2½ Internationale statt. Ist es überhaupt nötig, sich mit diesen Herren hier auseinanderzusetzen? Selbst vom reformistischen Standpunkt aus hat die neue Internationale versagt. Sie hatte keine Linie, sie zählt nur zwei Parteien von einiger Bedeutung: die deutsche Sozialdemokratie und die Labour-Party. Kautsky war seinerzeit gegen die Aufnahme der Labour-Party in die 2. Internationale. Ist diese Partei seither besser geworden? Nein! Aber die 2. Internationale ist schlechter geworden. Deshalb kann die Labour-Party hier die erste Geige spielen. Die russischen Menschewiki, die früher den linken Flügel der 2½ Internationale bildeten, sind jetzt der rechte Flügel der neuen Internationale. Das Organisationsstatut der 2. Internationale schreibt vor: Minister dürfen nicht Mitglieder der Exekutive sein, d. h. sie sagen zum Minister: Wenn du Dieb wirst, kannst du nicht Mitglied unserer ehrenwerten Gesellschaft sein; wenn du jedoch aus dem Zuchthaus kommst, kannst du ihr wieder angehören. Die Herren brauchen keine Internationale. Was ihnen nottut ist die internationale Parade. Wird diese Eindruck machen? Wird die Hamburger Vereinigung in irgend welchem Maße die Kräfte unserer Gegner stärken? Vielleicht in manchen Ländern auf ganz kurze Zeit. Einige unserer französischen Freunde sagten mir, daß der Hamburger Kongreß auf einen Teil der rückständigen Arbeiter in Frankreich vielleicht einen gewissen Eindruck machen wird. Erinnern Sie sich, Genossen, an die Vereinigung der Sozialdemokraten in Deutschland. Auch damals haben einige Genossen die Bedeutung dieser Vereinigung übertrieben und geglaubt, daß sie fast so etwas wie eine neue Epoche der deutschen Arbeiterbewegung darstellen

und der Sozialdemokratie erhebliche Kräfte verleihen wird. Indes ist noch kein Jahr vergangen und jeder sieht, daß diese Vereinigung die deutsche Sozialdemokratie nicht im Geringsten gestärkt, sondern sie umgekehrt geschwächt hat. Die Krise innerhalb der deutschen Sozialdemokratie war noch niemals so stark, wie jetzt. Die deutsche Sozialdemokratie beruft jetzt fast überhaupt keine Massenversammlungen ein. Ihr Auftreten im Reichstage ist gleichfalls ungewöhnlich farblos. Es fehlt ihr selbst jene traurige Konsequenz, die diese Helden damals besaßen, als sie noch unter sich geschlossener waren. Ich bin überzeugt, daß wir dieselbe Erscheinung jetzt im internationalen Maßstab sehen werden.

Schon in Hamburg, während des Kongresses, haben die wenigen Teilnehmer, die noch einen Funken Ehrlichkeit besitzen, kein Geheimnis daraus gemacht, daß die 2. Internationale keine Zukunft hat. Vom Standpunkt der Interessen unserer Kommunistischen Parteien aus ist es nun ein Gewinn für uns, daß die 2 ½ Internationale als selbständige Organisation nicht mehr existiert. Die 2. und 2 ½ Internationale haben sich in Hamburg zusammengefunden, anscheinend zu dem speziellen Zweck, den Prozeß des inneren Zerfalls, der in ihrer Mitte vor sich geht, zu beschleunigen.

Es hat sich während dieser 6 Monate handgreiflich gezeigt, daß es keine Internationale außer der Kommunistischen Internationale gibt. Wir besitzen noch nicht die Mehrheit unter der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Das ist leider Tatsache. Immerhin, wenn es überhaupt irgendeine internationale Arbeitervereinigung gibt, die aufrichtig an der Zusammenfassung unserer Kräfte im internationalen Maßstab arbeitet, so ist das nur die III. Internationale. Es genügt an die Komödie in Haag zu erinnern, wo die Amsterdamer an Schamlosigkeit mit den Führern der II. und 2½ Internationale wetteiferten. Und es genügt, daneben an unsere zwei, mit der Ruhrfrage verbundenen Konferenzen in Essen und Frankfurt zu erinnern. Es ist eine Tatsache, daß zum erstenmal nach dem Kriege zwei große Parteien, die im Herzen Europas wirken, die deutsche und die französische Kommunistische Partei, nicht nur prinzipiell miteinander einig waren, sondern Hand in Hand eine große praktische politische Kampagne geführt haben. Diese Kampagne war nicht stark genug, wir haben die Bourgeoisie nicht niederringen können. Wir waren nicht imstande, einen großen Streik oder auch nur eine große Demonstration zu veranstalten, aber dennoch ist die Tatsache nicht zu unterschätzen, daß zwei große kommunistische Parteien in einer für Europa entscheidenden Schicksalsstunde Hand in Hand gearbeitet haben unter voller Unterstützung durch Sowjet-Rußland. Ich bin überzeugt, daß auch viele ehrliche sozialdemokratische Arbeiter, die das

alles verfolgt haben, zum erstenmal den Eindruck gewonnen haben, daß nur unsere internationale Organisation bemüht ist, den internationalen Kampf gegen die Bourgeoisie zu organisieren. In dem Augenblick, in dem zwei große europäische Mächte sich gegenseitig bei der Gurgel packen, arbeiten die zwei großen kommunistischen Parteien dieser Länder brüderlich in voller Solidarität miteinander. Ohne Uebertreibung — das ist ein historisches Ereignis. Es beweist, daß unsere Internationale das einzige Kampforgan des internationalen Proletariats ist.

Diese Ereignisse haben auch einige andere Momente beleuchtet und bewiesen, daß die Kommunistische Internationale wirklich anfängt, eine einheitliche kommunistische Weltpartei zu werden. Was bedeutet das: Weltpartei? Das bedeutet durchaus nicht, daß, wie uns verschiedentlich einzelne Genossen unterstellen, unsere nationalen kommunistischen Parteien liquidiert werden sollen. Nein, das besagt nur, daß in solchen Momenten, wo die Geschichte eine wirkliche internationale Aktion fordert, die Kommunistische Internationale diese Aktion als eine einheitliche Partei organisiert. Das bedeutet, daß die Kommunistische Internationale in solchen Minuten ihre Parteien um sich gruppiert und ihre Kräfte so lenkt, wie das die Erfordernisse des internationalen Kampfes verlangen. Ich will keine allzugroßen Worte gebrauchen und werde darum nicht sagen, daß jener gemeinschaftliche Kampf, den in den Monaten der Ruhrkrise die deutsche und französische Kommunistische Partei durchgeführt haben, schon bewiesen hat, daß wir eine Kommunistische Weltpartei haben. Was aber bewiesen ist, das ist, daß wir den Anfang einer solchen Kommunistischen Weltpartei unbedingt schon haben. In einem wichtigen historischen Augenblicke haben wir das ganze Gewicht unserer internationalen Organisation in die Wagschale geworfen. Das ist eine Tatsache.

Die Bourgeoisie scheut sich nicht im geringsten, als einheitliche Klasse aufzutreten. Das hat am besten die deutsche Bourgeoisie im Zusammenhang mit der Ruhrkrise bewiesen. Ich rufe Ihnen die letzten Ereignisse und das berüchtigte Manifest der Vertreter der deutschen Bourgeoisie ins Gedächtnis, das an die „ruhmvollen" Traditionen von Thiers erinnert — ein an die französische Bourgeoisie gerichtetes Gesuch, ihrer deutschen Sippe durch Truppensendungen zu Hilfe zu kommen, wie das seinerzeit der Versailler Henker Thiers getan hat. Ja, Genossen, wenn die Bourgeoisie an die Traditionen eines Thiers appelliert, so ist es auch für uns keineswegs eine Sünde, uns an die besten Traditionen der Ersten Internationale zu erinnern. In der bevorstehenden Etappe müssen wir unsere Kräfte immer mehr

konzentrieren und eben als eine einheitliche, kommunistische Weltpartei auftreten.

Gehen wir jetzt zur Frage der Taktik der Einheitsfront über. Ich glaube, daß wir im allgemeinen bereits jene Schwierigkeiten und Hindernisse überwunden haben, die der Durchführung dieser Taktik im Wege standen. Wenn man z. B. sieht, wie sich jetzt die französische Arbeiterbewegung entwickelt, wenn man sieht, daß nicht nur unsere kommunistischen Freunde, sondern auch die revolutionären Syndikalisten eifersüchtig und eifrig die Taktik der Einheitsfront durchführen, so hat man ein wirkliches Vergnügen. Dieselben Genossen, die vor wenigen Monaten noch die ganze Taktik der Einheitsfront zum Teufel jagen wollten, haben jetzt gelernt, sie ausgezeichnet anzuwenden.

Ich glaube, auf diesem Gebiet bleibt nur noch eine prinzipielle Frage übrig, die der Beleuchtung bedarf. Es ist dies die Frage, die von einigen unserer Freunde häufig folgendermaßen formuliert wird: Was ist die Einheitsfront? Nur ein strategisches Manöver oder der Ausdruck des aufrichtigen Wunsches nach Vereinigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern? Diese Fragestellung ist, meiner Meinung nach, an sich falsch. Um aber die letzten Hindernisse, die dieser Taktik entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen, muß die gegenwärtige Sitzung der Erweiterten Exekutive diese Frage eingehend behandeln und klären. Worum handelt es sich tatsächlich bei der Taktik der Einheitsfront? Ist sie nur ein taktisches Manöver oder drückt sie das aufrichtige Streben nach Vereinigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern aus? Auf diese Frage antworten wir unsererseits mit folgender Frage: Gab es in den allerersten Jahren der Tätigkeit der Komintern, in den Jahren 1919/20, irgend jemand unter uns, der nicht in der aufrichtigsten Weise nach einer Annäherung und sogar einer Verbrüderung mit den sozialdemokratischen Arbeitern gestrebt hätte? Nein. Vom ersten Tage der Existenz der Kommunistischen Internationale an sind wir alle restlos für die Vereinigung mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern eingetreten.

Jetzt frage ich Sie weiter: Haben wir aber die Taktik der Einheitsfront in den Jahren 1919 und 1920 durchgeführt? Nein, wir haben sie nicht durchgeführt. Wenn Sie demnach die erste Periode der Existenz der Komintern, beispielsweise bis einschließlich zum II. Kongreß nehmen, so sehen Sie, daß die Lage folgende war: Annäherung und Verbrüderung mit den sozialdemokratischen Arbeitern — ja: Taktik der Einheitsfront — nein!

Was beweist das nun alles? Das beweist, daß diese Frage ganz anders steht. Die Frage besteht nicht darin, ob wir aufrichtig nach

einer Annäherung an die sozialdemokratischen Arbeiter streben. Nach der haben wir immer gestrebt, wir wünschen sie auch jetzt und werden sie immer wünschen, aus dem einfachen Grunde, weil wir die Vereinigung, die Konsolidierung der ganzen Arbeiterklasse wünschen und wünschen werden, da das die einzige ernsthafte Voraussetzung unseres tatsächlichen Sieges ist.

Worin besteht nun die Taktik der Einheitsfront? Worin besteht jenes Neue, das wir ungefähr seit 1921 vorzubereiten begonnen haben, das wir 1922 formulierten und jetzt, 1923, mit Volldampf durchführen? Was ist Neues hinzugekommen? Hinzugekommen ist eben das, was wir ein strategisches Manöver nennen. Hier ist es vor allem erforderlich, auf das Problem „Massen und Führer" einzugehen. Was die sozialdemokratischen und syndikalistischen, ebenso wie die parteilosen Arbeitermassen anbetrifft, so waren wir stets, und zwar vom ersten Tage der Existenz der Kommunistischen Internationale an — wir wiederholen es — für eine Annäherung und Verbrüderung mit diesen Massen zum Kampf gegen die Bourgeoisie. Was aber die Führer der sozialdemokratischen Parteien anbetrifft, so haben wir in der Tat auf diesem Gebiet eine Wendung vollzogen, eine Wendung, die voll und ganz dem gesamten Kräfteverhältnisse entsprungen ist. Worum dreht es sich?

Kurz gesagt handelt es sich um folgendes: Bis einschließlich zum II. Kongreß waren wir alle voll der Hoffnung, daß die proletarische Revolution bedeutend rascher verlaufen wird, daß der durch den Krieg hervorgerufene Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft weit stärker sein wird, daß die revolutionäre Stimmung der Massen, ihre Ungeduld, ihr Zorn uns die Möglichkeit geben werden, über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinweg unmittelbar an die Massen zu appellieren, sie an uns zu reißen und gegen die Bourgeoisie in den Kampf zu führen. Das war unsere Hoffnung. Dadurch bestimmt wurde auch die Linie der Kommunistischen Internationale bis zum II. Kongreß. Es war das nicht nur unser frommer Wunsch, unsere Hoffnung beruhte auf vielen Tatsachen der damaligen Zeit.

Es ist indes anders gekommen. Seit dem II. Kongreß hat eine andere Ueberzeugung in unseren Reihen Platz zu greifen begonnen. Wir sahen, daß die Sache wohl nicht so rasch geht. Der Zorn der Massen war groß, aber die Stimmung flaute dennoch ab. Es stellte sich heraus, daß die Bourgeoisie noch fest im Sattel sitzt; es stellte sich heraus, daß die Sozialdemokratie sich noch auf größere Massen stützt, als wir annehmen konnten. Mit einem Wort, es stellte sich heraus, daß sich die Weltrevolution viel langsamer entwickelt, als wir hofften. Und angesichts alles dessen mußten wir die Hoffnung, die sozialdemokratischen Arbeitermassen über den Kopf ihrer Führer

hinweg an uns zu reißen, aufgeben. Wir sagten uns: eines bleibt beim alten; wir müssen um jeden Preis engste Fühlung mit den sozialdemokratischen Arbeitern gewinnen, aber die Mittel zur Erreichung dieses Zieles müssen wir ändern. Ueber den Kopf der Führer wird es uns jetzt nicht gelingen, die sozialdemokratischen Massen an uns zu ziehen. Wir müssen deshalb versuchen, diese Führer in den Augen der Massen bloßzustellen. Wir müssen gegen diese Führer Schritt für Schritt vorgehen, vielleicht Jahre lang, und dann werden wir erreichen, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter schließlich einsieht, was hinter diesen sozialdemokratischen Führern steckt. Und das gab den Anstoß zu der neuen Taktik der Einheitsfront.

Worin besteht nun das strategische Manöver? Es besteht darin, das wir fortwährend an Leute appellieren, von denen wir im Vorhinein wissen, daß sie nicht mit uns gehen wollen und können. Wir wenden uns an die sozialdemokratischen Zentralkomitees, und wir müssen das tun. Gleichzeitig wissen wir bestimmt, daß diese sozialdemokratischen Generalstäbe nicht mit der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Bourgeoisie gehen wollen und nicht mit uns gehen werden. Wenn darüber noch irgend jemand die leisesten Zweifel haben konnte, so sind diese jetzt, nach Hamburg, mit voller Deutlichkeit widerlegt. Das strategische Manöver besteht also, kurz gesagt, darin, daß wir uns an die politischen Stäbe der Sozialdemokratie wenden, obwohl wir sehr wohl wissen, daß diese Stäbe in Wirklichkeit ganz andere Ziele verfolgen und nicht mit uns zusammen kämpfen wollen. So steht die Frage. Deshalb sage ich auch, die ganze Fragestellung — was ist die Taktik der Einheitsfront, ein strategisches Manöver oder der aufrichtige Wunsch nach Vereinigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern? — ist falsch und plump. Wir wollten und wollen uns mit jedem sozialdemokratischen Arbeiter im Kampf gegen die Bourgeoisie vereinigen. Um das aber zu erreichen, müssen wir angesichts des Kräfteverhältnisses, das sich seit 1921 ungefähr ergeben hat, uns an die sozialdemokratischen Zentralkomitees wenden; wir müssen uns an die sozialdemokratischen Führer wenden, obwohl wir sehr gut wissen, daß diese Leute den Kampf gegen die Bourgeoisie nicht wollen. Darin besteht denn auch das strategische Manöver im engeren Sinn des Wortes.

Ist nun ein derartiges strategisches Manöver ein gesetzliches Kampfmittel, ist es moralisch, ist es zulässig? Kein einziger ernsthafter Kommunist wird sagen, daß hier irgend etwas unzulässiges vorliegt. Es ist dies ja nichts anderes, als eines der Mittel der Organisation der Arbeiterklasse. Unsere Klasse ist zahlenmäßig stark genug, um im Kampfe zu siegen, und nur weil der sozialdemokratische

Einfluß im Proletariat noch so stark ist, hat die Arbeiterklasse bis jetzt nicht gesiegt. Darauf werden einige Genossen bemerken: schön, mag dem so sein. Aber wozu brauchen wir das laut zu sagen und dadurch den sozialdemokratischen Führern den Kampf gegen uns zu erleichtern? Genossen, ich bin bedingungslos für jede Kriegslist im Kampfe gegen einen unversöhnlichen Feind, aber nur für eine solche Kriegslist, die unsere eigene Armee nicht demoralisiert. Nehmen Sie das Beispiel der französischen Kommunistischen Partei. Sie selbst erinnern sich, welch unerhörte Konfusion gerade in der Frage der Einheitsfront noch vor kurzem in den Reihen der französischen Kommunistischen Partei herrschte. Konnte man diese Krise in der französischen Partei wirklich überwinden? Konnte man diese Partei politisch auf die Beine stellen und ihr den richtigen Weg weisen? Wenn wir uns gescheut hätten, nicht nur den Führern dieser Partei, sondern auch den französischen Arbeitern, u. a. auch den Syndikalisten, zu sagen: es geht darum, die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen und darum, vor ihnen die sozialdemokratischen Führer bloßzustellen, die in Wirklichkeit Parteigänger der Bourgeoisie und nicht der Arbeiterklasse sind, wir wenden uns an all diese Renaudel und Jouhaux, — wenn wir hier irgend etwas unausgesprochen gelassen hätten, wenn wir den französischen Genossen nicht die ganze strategische Bedeutung der Einheitsfront erklärt hätten, hätten wir weder die französischen Kommunisten, noch weniger die französischen Syndikalisten für die Taktik der Einheitsfront gewonnen. Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern gilt für alle Arbeiter, die mit uns gehen. Wir können überhaupt nicht einen einzigen Schritt machen, ohne daß die sozialdemokratischen Führer versuchen würden, uns zu verleumden und zu beschwindeln, den wirklichen Sinn unserer Schritte umzudeuten. Allein deshalb schon dürfen wir uns nicht scheuen, unmittelbar von unserem strategischen Manöver zu sprechen. Jener bewußten Minderheit, die sich um uns gruppiert, müssen wir den ganzen Weg beleuchten, sonst werden wir niemals die Mehrheit erobern.

Und noch eins. Es dürfen die Gefahren nicht mehr übersehen werden, die mit der Taktik der Einheitsfront verbunden sind. Wir haben darüber schon 1921 in unseren ersten Thesen gesprochen. Ich glaube, je mehr Erfolg wir haben werden, auf dem Wege der Verwirklichung der Taktik der Einheitsfront, je tiefer wir jetzt in die sozialdemokratischen Massen eindringen werden, umso größer werden diese Gefahren werden. Das kann uns natürlich nicht schrecken. Mutig vorwärts, hinein in die breitesten Massen! Wir haben nichts zu fürchten. Unsere Parteien haben schon manches auf diesem Gebiete gelernt; dennoch sollen wir die Gefahren nicht vergessen. In

einem Artikel, betitelt: „Aufmerksamkeit für die Fragen der Theorie", schrieb Genosse Trotzki unlängst folgendes: „Die Taktik der Einheitsfront und des Kampfes um Uebergangsforderungen, die jetzt von der Kommunistischen Internationale eingeschlagen wird, ist eine absolut notwendige Politik für die kommunistischen Parteien bürgerlicher Staaten in der jetzigen vorbereitenden Periode. Aber man soll die Augen nicht davor verschließen, daß diese Politik in sich unzweifelhafte Gefahren des Verflachens und sogar der vollkommenen Entartung der kommunistischen Parteien in sich birgt, wenn einerseits sich die vorbereitende Periode zu lange hinzieht und wenn andererseits die tägliche Arbeit der westlichen Parteien nicht durch einen aktiven theoretischen Gedanken, der die Dynamik der grundlegenden historischen Kräfte in vollem Ausmaße umfaßt, befruchtet wird."

Das ist vollkommen richtig. Ich unterschreibe jedes Wort in diesem Satz. Die mit der Taktik der Einheitsfront verbundenen Gefahren sind wirklich groß und werden umso größer, je erfolgreicher wir vordringen. Sehr häufig sagt man uns: warum so vieles Gerede hinsichtlich der strategischen Manöver, warum unsere Geheimnisse dem Gegner ausplaudern? Warum nicht lieber die sozialdemokratischen Führer umgehen, ohne unsere Geheimnisse preiszugeben? Die Genossen, die so reden, machen sich kein Bild von dem wirklichen Sachverhalt. Noch einmal: übersehen Sie die Gefahren nicht, die mit der Taktik der Einheitsfront zusammenhängen. An sich ist die Taktik zweifelsohne richtig. Sie kennzeichnet eine ganze Epoche. Jedoch die Gefahren der Verflachung und sogar der Entartung unserer Parteien bleiben unbedingt bestehen. Das haben wir 1921 gesagt, das müssen wir auch jetzt wiederholen. Psychologisch ist es zu verstehen, daß jene Genossen, auf denen die größte praktische Verantwortung lastet, die täglich im Kleinkampf mit den sozialdemokratischen Führern stehen, die Neigung haben, den strategischen und manövermäßigen Charakter unserer jetzigen Taktik etwas zu vertuschen und anzunehmen, daß es besser sei, über diese Seite der Sache zu schweigen. Ich eröffne Euch, Genossen, ein kleines Geheimnis. Manche unserer guten Freunde, selbst aus der deutschen Partei, verdächtigen mich armen Sünder, daß ich nur deshalb so viel von der strategischen Seite der Sache spreche, weil ich eigentlich zu den verkappten Gegnern der Taktik der Einheitsfront gehöre. Das ist natürlich lächerlich. Ich bin absolut für die Taktik der Einheitsfront. Ich weise auf meine Thesen vom Jahre 1921 hin. Allerdings hatte auch ich damals einige Bedenken. 1921 war manches noch nicht ganz klar. Diese Uebergangsperioden vom II. zum III. und vom III. zum IV. Kongreß waren nicht leicht. Wir waren anfangs alle der

Hoffnung, daß wir die Bourgeoisie unmittelbar bezwingen und die sozialdemokratischen Arbeiter über den Kopf ihrer Führer hinweg zu uns herüberziehen werden. Ja, der Uebergang war schwer. Man hatte sehr viel mit sich selbst zu kämpfen. Aber schon zur Zeit des III. Kongresses war die Frage entschieden. Jetzt aber kann es in der Frage der Zweckmäßigkeit der Taktik der Einheitsfront keine Schwankungen mehr geben. Immerhin müssen wir uns darüber klar sein, daß, wenn wir uns unmittelbar an die Scheidemann und Renaudel wenden, so nicht, weil wir auch nur einen Funken Glauben an diese Leute haben, sondern, um als Avantgarde der Arbeiterklasse unsere Aufgabe dem Nachtrab gegenüber zu erfüllen und den Arbeitern an einem lebendigen Beispiel zu zeigen, was hinter den Führern à la Scheidemann und Renaudel steckt. Das Hauptmoment dabei ist, daß diese Leute in der Tat noch bedeutende Massen hinter sich haben. Sehen wir nochmals nach Hamburg hin. Wenn man sich überlegt, was dort vor sich ging, so fragt man sich bloß: wie ist es möglich, daß hinter dieser schmutzigen Bande von Schiebern immer noch bedeutende Massen herlaufen? Darum gerade ist die Frage des Einflusses dieser sozialdemokratischen Führer keineswegs eine Kleinigkeit, sondern das Lernproblem. Wenn wir von strategischen Manövern sprechen, so ist das nicht im kleinlichen, schwindelhaften oder, wie Marx einmal sagte, im schmutzig-jüdischen Sinne des Wortes zu verstehen. Es dreht sich um ein breit angelegtes politisches Manöver der Avantgarde des Weltproletariats. Darin ist nichts Unzulässiges, nichts Künstliches und nichts Kleinliches. Unsere Genossen und Praktiker, die mit den Herren Sozialdemokraten zu tun haben, müssen es ruhig mit in den Kauf nehmen, daß diese Herrschaften als Antwort auf unsere Einladung zur Einheitsfront Zitate aus den Reden des Genossen Lenin oder anderer von unseren Führern mit dem Hinweis darauf anführen, daß für uns in der Taktik der Einheitsfront die Elemente eines strategischen Manövers enthalten sind. Die Antwort auf diese Zitate ist sehr einfach. Sagt den Herrschaften, daß letzten Endes die Dinge von ihnen abhängen, sie brauchen nur auf unsere Vorschläge einzugehen und schon dadurch allein wird unser Manöver entkräftet. Sie sollen mit uns gehen, sie sollen die Einheitsfront verwirklichen, dann haben sie es nicht nötig, von Manövern zu reden.

Auf keinen Fall können wir aber darauf verzichten, unseren eigenen Genossen die Gefahren anzuzeigen, die mit der jetzigen Taktik verbunden sind. Ich wiederhole, daß wir niemals die revolutionären Syndikalisten Frankreichs auf unsere Seite gezogen hätten, wenn wir nicht die ganze Marschroute vom ersten bis zum letzten Buchstaben dargelegt hätten. Jetzt aber haben wir sie gewonnen. Und

das ist ein großer Erfolg, der historische Bedeutung besitzt. Die besten Kräfte der französischen Syndikalisten arbeiten jetzt Seite an Seite mit uns bei der Durchführung der Einheitsfront. Es sind das dieselben Genossen, die noch vor gar nicht langer Zeit in der Taktik der Einheitsfront eine Erscheinung des prinzipiellen Parlamentarismus und der Diplomatie erblickten. Jetzt aber haben sie eingesehen, daß das keine kleinliche Diplomatie, sondern die Strategie des Vortrupps des Weltproletariats ist. Und als sie das eingesehen hatten, sagten sich die ernsthaftesten Elemente der syndikalistischen Arbeiter: Nun, warum nicht? Gehen wir mit den Kommunisten. In einem solchen Kriege, wie wir ihn führen gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten, ist die Strategie unumgänglich notwendig.

Sie sehen also, daß diese Frage im engsten Zusammenhang mit dem Problem „Massen und Führer" steht. Das verstehen, heißt, die letzten Hindernisse auf dem Wege zur erfolgreichen Durchführung der Taktik beseitigen.

Schon während des IV. Kongresses haben wir vorausgesehen und vorausgesagt, daß unsere Profintern wesentliche Erfolge haben wird. Diese Voraussage ist eingetroffen. Jeder sieht nun, daß die Profintern in der Tat von Erfolg zu Erfolg schreitet. Erinnert Euch aber daran, Genossen, daß sich noch vor kaum einem Jahre in den Reihen sogar unserer besten deutschen Genossen eine Strömung bemerkbar machte, die dafür hielt, daß die Profintern eine Frühgeburt, die Bildung einer eigenen internationalen Gewerkschaftsorganisation ein Fehler sei und daß darum die Profintern liquidiert werden müsse. Jetzt, nach einer kurzen Spanne der Entwicklung, sehen wir, daß die Profintern zum ersten Bollwerk des Kommunismus geworden ist. Die kürzlich abgehaltene internationale Transportarbeiterkonferenz stellt einen fraglos großen Erfolg dar. Die jüngsten Erfolge der Profintern erklären sich dadurch, daß die sozialdemokratischen Massen, die formell noch der alten Partei angehören, bereits mit der Seele bei uns sind. Diesen sozialdemokratischen Arbeitern mangelt es noch an Entschlossenheit, Einheit, jener revolutionären Energie, die sehr oft aus der Verzweiflung geboren wird, wie sie für kritische revolutionäre Situationen bezeichnend ist. Sie warten immer noch ab und zögern und schwanken. Sie glauben immer noch, daß es vielleicht gelingen wird, irgend etwas auf den alten, ausgefahrenen sozialdemokratischen Wegen zu erreichen. Mit der Seele aber sind sie schon mehr bei uns und überzeugen sich mit jedem Tage mehr von der Richtigkeit unserer Stellung. Ich glaube, daß wir es alle sehr bald erleben werden, an den Ereignissen innerhalb der internationalen proletarischen Bewegung die philosophische These des Marxismus aufzeigen zu können, daß die „Quantität umschlägt in

Qualität". Diese Zeit naht. Niemand vermag vorauszusagen, wieviele Monate oder Jahre bis dahin noch vergehen werden. Immerhin ist der Moment, in dem die augenblicklich innerhalb der Sozialdemokratie vor sich gehende Gärung zu völlig neuen und äußerst wichtigen Ereignissen führen wird, nicht mehr fern. Wir werden es erleben, daß eines schönen Tages plötzlich ganze große Stücke der sozialdemokratischen Partei von ihr abfallen und ganze große Gewerkschaftsverbände zu uns übergehen werden. Die gegenwärtigen Ereignisse treiben dem entgegen. Und im gegebenen Moment werden wir diese Erfolge verhältnismäßig leicht erringen, wie eine reife Frucht, die zur Erde fällt.

Die Taktik der Einheitsfront ist ohne Zweifel richtig. Wir müssen sie auch weiterhin anwenden. In verschiedenen Ländern hat sie bereits positive Resultate gezeitigt. Je hoffnungsloser momentan die Stellung der Sozialdemokratie wird, je stärker die Schwankungen in ihren Reihen werden, umso hartnäckiger, systematischer und energischer werden wir unsere Taktik durchführen. Wir sehen bereits, daß im Vollzugsausschuß der Amsterdamer umständlich die Frage besprochen wird, ob Fimmen ausgeschlossen werden soll oder nicht. Wir sehen, daß verschiedene Gruppen der Amsterdamer sich einigen mußten auf eine nichtssagende Resolution, die es nicht wagte, scharf und unzweideutig den Berliner Beschluß der internationalen Transportarbeiterkonferenz zu verurteilen und abzulehnen. Das alles beweist, daß der Zerfall der II. und der Amsterdamer Internationale in seine entscheidende Phase tritt. Daraus ergibt sich für uns die Aufgabe, um so entschiedener, um so folgerichtiger die Taktik der Einheitsfront durchzuführen.

Der Redner bespricht nun die Lage der wichtigsten Sektionen:

In Frankreich ist seit dem IV. Kongreß eine große Gesundung der Partei eingetreten. Sie mußte eine schwere Operation durchmachen, aber es zeigte sich, daß der Kern der Partei gesund war. Die Partei ist gefestigt, die Zahl ihrer Mitglieder ist gewachsen, ihre Presse ist größer geworden. Doch fehlt es der Partei noch an der richtigen Routine, politische Aktionen einzuleiten. Sie hat nicht genügend politische Initiative, Energie und Verständnis für politische Kampagnen. Wir Kommunisten sind sehr unduldsam, viel Zeit haben wir nicht, und unsere französischen Genossen müssen sich in dieser Beziehung beeilen, das gut zu machen, was sie vernachlässigt haben.

Ich muß noch einige Worte verlieren über gewisse Kinderkrankheiten der französischen Partei, über den sogenannten „Arbeiterimperialismus". Ich weiß nicht, ob es Ihnen ganz neu ist, daß einer unserer besten Freunde in Frankreich die Existenz des „Arbeiter-

imperialismus" entdeckt hat. Als unser Freund Bucharin in seiner Rede auf den IV. Kongreß einige „offensive" Redewendungen gebrauchte, begann die gesamte internationale sozialdemokratische Presse eine heftige, wütende Kampagne gegen den „roten Imperialisten Bucharin". Dabei haben sich zwei Dinge gezeigt. Manche unserer Genossen haben sich zu sehr ausgeschwiegen über diese Kampagne. In Frankreich dagegen beobachten wir das andere Extrem, und zwar in der Person des Genossen Treint. Auf die demagogischen Manöver der Sozialpatrioten erklärte Genosse Treint: Warum denn nicht, wir sind nicht nur für die Offensivtaktik Bucharins, sondern auch für den „Arbeiterimperialismus". Diese „Entdeckung" streift selbstverständlich die Grenze der Linkskrankheit. Sie besteht darin, daß die Anwendung von Gewalt gegen die Bourgeoisie durchaus gesetzlich ist, solange wir die internationale Bourgeoisie nicht besiegt haben. Aber, um diesen Gedanken auszudrücken, ist längst ein anderer Terminus gefunden worden, nämlich: „Die Diktatur des Proletariats". Genosse Treint bestand jedoch leider auf den „Arbeiterimperialismus" und versuchte nachzuweisen, daß es sich um eine theoretische Frage handelt; allen Ernstes bemühte sich Genosse Treint, uns davon zu überzeugen, daß die besten Traditionen des Guesdismus, Marxismus, Bolschewismus und Kommunismus eben diesen „Arbeiterimperialismus" forderten. Sie können sich ohne weiteres vorstellen, Genossen, daß dieses Vorkommnis mit dem Arbeiterimperialismus der französischen bürgerlichen Presse für mehrere Monate Stoff bot. Ohne es selbst zu wünschen, hat Genosse Treint selbst mitgeholfen, unseren politischen Gegnern den Kampf gegen uns zu erleichtern. Ich hoffe, daß Genosse Treint jetzt, wo er aus dem Gefängnis befreit ist und wieder frische Luft atmet, sich von dieser falschen Fragestellung lossagen wird. Es gibt keinen und kann keinen Arbeiterimperialismus geben. Worum wir kämpfen, das ist die Diktatur des Proletariats. Wozu brauchen wir also das verfluchte, nach Blut riechende Wort „Imperialismus", das der Bourgeoisie gehört und nicht uns.

Was die praktische Durchführung der Einheitsfront in Frankreich anbelangt, so sind auf diesem Gebiete innerhalb der Partei gewisse Nuancen zu verzeichnen, die sehr lebhaft an den Streit über das taktische Manöver oder den ehrlichen Wunsch der Annäherung an die sozialdemokratischen Arbeiter, von der ich früher gesprochen habe, anklingen. So sehr es auch befremden mag, derselbe Genosse Treint, dem die Ehre der Entdeckung des Arbeiterimperialismus gebührt, macht gleichzeitig auch einen anderen Fehler. Er behauptet, daß, wenn wir den französischen Sozialdemokraten den Vorschlag der Einheitsfront machen, wir nicht gleichzeitig scharf gegen sie

polemisieren können. In den Reihen der französischen Genossen wurde die Frage etwas unvermittelt gestellt: ist die Taktik der Einheitsfront vereinbar mit einer unhöflichen Polemik gegen die Sozialpatrioten? Ich weiß nicht, ob sich hinter diesem ziemlich elementaren Streit etwas Ernsteres verbirgt oder ob diese Meinungsverschiedenheiten nur nebensächlich sind. Im großen und ganzen haben wir jedoch allen Anlaß, die französische Bruderpartei zu ihren Erfolgen zu beglückwünschen. Uebergroß waren die Schwierigkeiten, die die französische Kommunistische Partei zu überwinden hatte. Vergessen wir nicht, daß viele der anerkannten früheren Führer plötzlich ins Lager der Feinde hinübergewechselt haben. Vergessen wir nicht, daß auch die allgemeine Lage in Frankreich den Kommunisten nicht sehr günstig ist. Durch die eine Tür gingen Frossard und Co. aus der Partei hinaus und zur selben Zeit kamen durch die andere Tür die besten Vertreter der revolutionären Syndikalisten, mit dem Genossen Monatte an der Spitze, herein. Hier handelt es sich nicht um die einzelnen Persönlichkeiten, sondern um etwas viel Wichtigeres. Wir hoffen bestimmt, daß dieser nun einsetzende Gesundungsprozeß anhalten wird und wir in kürzester Frist in Frankreich eine große, wirklich kampffähige Partei haben werden.

Einige Worte über unsere deutsche Partei. Sie wissen aus der Presse, daß in Moskau kürzlich eine wichtige Konferenz deutscher Kommunisten mit dem Exekutivkomitee der Komintern stattgefunden hat, die in höchstem Grade wichtige Beschlüsse faßte, Beschlüsse, die bereits die Zustimmung der Zentrale der Kommunistischen Partei erhalten haben. Ich glaube, daß diejenigen Genossen, die noch im Zweifel darüber sind, ob wir eine einheitlich-zentralisierte Weltpartei brauchen, an dem deutschen Beispiel ihren Irrtum einsehen werden. Die deutsche Kommunistische Partei ist eine große Partei, die sicherlich mehr als eine Viertelmillion Mitglieder zählt. Diese Partei, die mit jedem Tage wächst und immer mehr zu einem erstklassigen politischen Faktor nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa wird, diese Partei, die von so hervorragenden Kämpfern wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begründet wurde, diese Partei, die eine heldenhafte Tradition hat, auf die sie vor der ganzen Internationale stolz sein kann, — diese Partei erachtet es nicht als für sich erniedrigend, ihre Vertreter in allen Fällen schwerer innerer Konflikte in die Exekutive der Komintern zu entsenden, um von dieser eine letzte Beschlußfassung zu erbitten. Wir fragen: Ist es gut oder schlecht, daß wir jetzt eine internationale proletarische Organisation haben, die derartige Konflikte zu schlichten vermag? Die deutsche Partei befindet sich im strengsten Sinne des Wortes im Feuer des Feindes. Ihre Stellung ist bei der gegenwärtigen, hochgespannten

Lage in Deutschland außerordentlich verantwortlich. Sie kann nicht und hat nicht das Recht, sich Jahre oder selbst nur Monate mit der Lösung innerer Streitigkeiten zu befassen. Ist es darum schlecht, daß wir eine Kommunistische Internationale besitzen, die der Komm. Partei Deutschlands in drei Tagen die schweren Konflikte beizulegen hilft, mit denen sich sonst die Partei vielleicht drei Jahre zu befassen hätte? Ist es etwa schlecht, wenn sich jeder kommunistische Arbeiter Deutschlands mit voller Ueberzeugung sagt: sind die Beschlüsse in Moskau durch die Exekutive der Komintern einmal gefaßt, so enthalten sie die Erfahrung des gesamten kommunistischen Proletariats der Welt und sind demnach richtig, und ich füge mich ihnen freiwillig. (Beifall.)

Ich komme jetzt zu Italien. Schon während des IV. Kongresses war es der Exekutive der Komintern klar, daß unser Hauptfeind in Italien Mussolini heißt. Das Zentralkomitee der Komm. Partei Italiens, geführt von Bordiga, nahm indes einen anderen Standpunkt ein. Die italienische Delegation behauptete, daß der Hauptfeind nicht Mussolini heißt, sondern wie früher Serrati. Vergeblich wiesen wir darauf hin, daß der Umschwung in der Person Serratis der Ausfluß einer ganzen Evolution, die die italienische Arbeiterbewegung durchgemacht hat, war. Wir sagten: Jetzt schnell alle Kräfte umgruppieren, schnellstens die Vereinigung der Kommunistischen Partei mit den besten Elementen der Sozialistischen Partei durchführen und dann hinein in die gemeinsame Front zum Kampfe gegen den Faszismus, gegen Mussolini. Die Antwort war dieselbe: Serrati bleibt der Feind; wir werden unseren alten Kampf mit der Sozialistischen Partei fortsetzen. Natürlich — sagten uns die Freunde und Genossen Bordigas — wenn Ihr uns zwingt, uns mit den Sozialisten zu vereinigen, werden wir selbstverständlich aus Disziplin nicht gegen diese Vereinigung vorgehen, werden aber auf das energischste dagegen protestieren.

Genossen, wir sind hier alle Revolutionäre und keine Bürokraten. Wir verstehen sehr wohl, was das heißt: Vereinigung zweier feindlicher Parteien. Dazu muß der ehrliche Wunsch vorhanden sein. Bloß aus „Disziplin", ohne den inneren Geist, läßt sich eine solche Vereinigung nicht erzielen; um sie mit Erfolg durchzuführen, bedarf es der Erkenntnis ihrer Zweckmäßigkeit und des Willens. Es war deshalb schon von Anfang an klar, welch riesige Schwierigkeiten wir auf unserem Wege vorfinden würden. Nichtsdestoweniger hat die Kommunistische Internationale beschlossen, daß die Vereinigung unbedingt durchzuführen sei und eine rasche Umgruppierung der Kräfte zu erfolgen habe, um den gemeinsamen Kampf gegen den Faszismus aufzunehmen.

Wie haben sich die Ereignisse in der Folge entwickelt? Die Lage war derartig, daß nicht nur ein Monat, sondern schon eine Woche viel bedeutete. Unsere italienischen Genossen haben aber nicht nur Wochen, sondern wertvolle Monate verloren. Sie haben buchstäblich nichts getan, um die gefaßten Beschlüsse durchzuführen. Wegen ihrer Sabotage mußten wir die Genossen viele Monate hier aufhalten; zu einer Vereinigung ist es nicht gekommen. Es ist in Wirklichkeit alles geschehen, um die Beschlüsse des IV. Kongresses nicht zu verwirklichen.

Ich betone noch einmal: Die führenden italienischen Kommunisten sind uns — subjektiv gesprochen — alle sehr lieb, sie sind überaus wertvolle und ausgezeichnete Genossen, soweit die persönliche Hingabe an die Sache in Frage kommt; sie sind zweifellos eine der besten Gruppen der Kommunistischen Internationale, sie sind ganze Kerle, sie sind Revolutionäre, die kein Opfer scheuen. Theoretisch herrscht bei ihnen aber eine „Schule" vor, die von allem Anfang an große politische Fehler machte und weiter fortfährt, sie auf Schritt und Tritt zu machen. Das haben wir leider zu deutlich gesehen, und es muß direkt ausgesprochen werden, daß, wenn die Sache so weitergeht, unsere italienischen Freunde trotz ihrer Bereitwilligkeit zur Selbstaufopferung, trotz ihrer ganzen Energie, ihre Partei mit eigenen Händen zugrunde richten werden.

Wie ist die Sache gekommen? In dem Moment, in dem der unversöhnliche Teil der italienischen Kommunisten die Vereinigung mit den italienischen Maximalisten sabotiert hat, hat der rechte Flügel der letzteren dasselbe getan. Serrati kam ins Gefängnis, es kam eine Welle des weißen Terrors, eine Periode, in der der Durchschnittsarbeiter sich sagen mußte: Wenn ich mich heute zu den Kommunisten bekenne, so wird man mich morgen verhaften oder einfach niederschießen. Alles das zusammen hat dazu geführt, daß die ehrlichen Anhänger der Kommunistischen Internationale im Lager der Maximalisten eine Niederlage erlitten haben. Der „Avanti" befindet sich jetzt in den Händen der Gegner der Kommunistischen Internationale. Auf dem letzten Parteitag der italienischen Sozialisten haben die Anhänger der Komintern allerdings über 43 Prozent der Stimmen aufgebracht, und ihr Einfluß wächst fraglos mit jedem Tage. Wir stehen nunmehr vor der Frage — was soll weiter geschehen? Wir werden darüber in einer speziellen Kommission ausführlich berichten. Ich glaube, wir müssen vor allem ernste Garantien organisatorischer Natur schaffen, die uns eine Sicherheit bieten dafür, daß die italienische Kommunistische Partei nicht nur formell, sondern auch dem Wesen nach die Beschlüsse der Komintern in der Frage der Vereinigung mit den italienischen Sozialisten ausführt. Als sich

gezeigt hatte, daß die Gegner der Komintern im Lager der Maximalisten augenblicklich die Mehrheit haben, mußten wir einen Schritt zurück machen. Es war nicht möglich, die sofortige Vereinigung zu fordern, wir mußten uns begnügen mit dem Vorschlag der Einheitsfront, der Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses usw. Aber ausgerechnet in diesem Moment erklärten unsere unversöhnlichen italienischen Kommunisten: Nein, wir fordern gerade die sofortige Durchführung der Beschlüsse des IV. Kongresses über die Vereinigung. Mit anderen Worten, in dem Moment, in dem es nicht zur Vereinigung kommen konnte, erwiesen sich die italienischen Kommunisten als begeisterte Enthusiasten der Vereinigung. Das kann man natürlich nicht ernst nehmen. Wir müssen jetzt um jeden Preis ein Zentralkomitee der italienischen Kommunistischen Partei bilden, das eine wirkliche Sicherheit für die Durchführung der Beschlüsse der Komintern bildet.

Die zweite und schwierigste Frage besteht darin, wie wir uns zu der gegenwärtigen Sozialistischen Partei Italiens stellen werden. Unsere kommunistischen Genossen machen mir persönlich den Vorwurf, daß schon zwei Monate seit dem letzten Kongreß der italienischen Maximalisten, auf dem Neni und Vella gesiegt haben, vergangen sind, während die Komintern immer noch schweigt. Was bedeutet dieses Schweigen — fragen sie uns. Genossen, wir haben absichtlich geschwiegen, wir wollten die jetzige Sitzung der Erweiterten Exekutive abwarten. Die Sache ist nicht leicht. Was die politischen Eigenschaften der einzelnen Führer der jetzigen Mehrheit der Sozialistischen Partei Italiens betrifft, so sind wir uns im klaren, daß sie prinzipielle Gegner der Komintern sind. Sie sind Zentristen und Halbzentristen. Damit ist die Frage aber nicht erledigt. Der Kernpunkt besteht darin, daß wir zu prüfen haben, ob der letzte Kongreß der Maximalisten, auf dem infolge des weißen Terrors insgesamt nur 9000 Mitglieder vertreten waren, das letzte Wort der Sozialistischen Partei ist oder nicht. Ich bin der Meinung, daß es in keinem Falle das letzte Wort der italienischen Soz. Partei ist. Es ist das nicht mehr als eine Episode des langen und harten Kampfes. Es ist das einerseits das Resultat jener großen politischen Fehler, die unsere kommunistischen Genossen gemacht haben, andererseits des Terrors Mussolinis und der zeitweiligen niedergedrückten Stimmung unter den sozialistischen Arbeitern. Wir dürfen nicht vergessen, daß außer Neni und Vella noch Zehntausende von sozialistischen Arbeitern existieren, die mit Herz und Hand für uns sind. Nehmen Sie den „Avanti". Ich kann auf keinen Fall zugeben, daß jene Hunderte von Arbeitergruppen, die jetzt groschenweise die Druckkosten für den „Avanti" sammeln, das wegen der schönen Augen eines Neni

tun. Nein, sie sind an ihre Zeitung und an ihre Partei gewöhnt. Sie sind überzeugt, daß sie sich in keinerlei Konflikt mit der Komintern befinden. Wir haben keine Veranlassung, Neni besonders zu achten, aber wir haben allen Grund, die italienischen Arbeiter, die Mitglieder der I. S. P. sind, zu achten und ihnen zu vertrauen. Darum sollen wir auch den Ausgang des letzten Kongresses der Maximalisten nicht als letztes Wort betrachten. Ich wiederhole, es ist das nur eine Episode. Alles, was wir brauchen, ist, uns mit Geduld zu wappnen und energisch an der Durchführung der Taktik des IV. Kongresses zu arbeiten. Das, was wir früher in zwei Monaten hätten erreichen können, wenn unsere italienischen Freunde keine Fehler gemacht hätten, wird jetzt vielleicht in zwei Jahren erreicht werden. Auf Grund des Gesagten erscheint es mir angebracht, vorzuschlagen, daß die italienische Sozialistische Partei, so wie sie ist, als eine mit uns sympathisierende zur Komintern zugelassen wird. Ich weiß, daß manchen unserer besonders ungeduldigen italienischen Kommunisten beim Anhören dieser meiner Worte die Haare zu Berge stehen werden. Jedoch ist das, was ich vorschlage, unumgänglich notwendig, haben doch Neni und Vella selbst auf ihrem letzten Kongreß eine Resolution des Inhalts durchgedrückt, daß sie prinzipiell für die III. Internationale sind und nur den alten Namen Sozialistische Partei beizubehalten wünschen. Sie wollen keinen überspannten Zentralismus und fordern eine größere Autonomie in „ihren" Angelegenheiten usw. Wir wissen sehr wohl, daß dieses Verlangen tatsächlich nicht die Meinung der jetzigen zentristischen Führer der I. S. P. ausdrückt. Diese zentristischen Führer sind in Wirklichkeit entschiedene Gegner der Komintern. Aber sie müssen das erklären, weil sie wissen, daß die Arbeiter für uns sind. Der Vorschlag, der Komintern als sympathisierende Partei beizutreten, wird die zentristische Führergruppe zwingen, ihr wahres Gesicht zu zeigen. Lehnen sie es ab — so ist das ihre Sache; nehmen sie den Vorschlag jedoch an, so ist das selbstverständlich zu verbinden mit dem Vorschlag der sofortigen Bildung einer Einheitsfront mit den italienischen Kommunisten unter der moralischen Unterstützung der Komintern.

Die praktischen Schritte des jetzigen Zentralkomitees der I. S. P. lassen keinen Raum für Illusionen. Diese Gruppe von „auch-sozialistischen" Führern erzwang den Kongreß zu einer Zeit, wo unsere besten Genossen im Gefängnis saßen, wo der weiße Terror am schärfsten wütete, und benutzte ihre knappe Mehrheit dazu, um Abrechnung zu halten mit allen Anhängern der Komintern. Sie begann mit dem völligen Ausschluß des Jugendverbandes; obwohl auf dem Kongreß über 40 Prozent Anhänger der Komintern waren, nahm sie bei der Zusammensetzung des Zentralkomitees nicht einen einzigen von

ihnen auf. Das ist ein beredtes Beispiel dafür, wie sie ihre Mehrheit, und wenn sie auch nur 1½ Stimmen beträgt, ausnutzt. Und diese selben Leute schreiben über Demokratie, widersetzen sich dem übermäßigen Zentralismus usw. Nichtsdestoweniger machen wir den obenerwähnten Vorschlag. Die sozialistischen Arbeiter werden bedingungslos für inn sein. Wir können ruhig das Ergebnis abwarten.

Sie wissen, daß die norwegische Frage auf unserem IV. Kongreß eine ziemlich große Rolle gespielt hat. Wir hielten und halten die norwegische Arbeiterpartei für eine der besten proletarischen Parteien der Komintern. Diese Partei ist der Mehrheit ihrer Zusammensetzung nach eine wirkliche Arbeiterpartei. Sie besitzt die Mehrheit der Arbeiterklasse ihres Landes, die sich als eine der ersten der Komintern angeschlossen hat. Die norwegischen Arbeiter haben demnach große Verdienste um die Internationale. Schon deshalb hielten wir es für unsere Pflicht, alles zu tun, um den Streit möglichst friedlich zu schlichten. Wir haben eine ganze Reihe der besten Genossen nach Norwegen entsandt, um möglichst rasch zu einer Verständigung mit den norwegischen Genossen zu gelangen. Sie ist nichtsdestoweniger nicht zustande gekommen. Die norwegischen Genossen haben mit einer Mehrheit von 2 oder 3 Stimmen einen Beschluß gefaßt, der tatsächlich von den Beschlüssen des IV. Kongresses abweicht. Und als prinzipielle Gegner des Zentralismus und eifrige Anhänger der innerparteilichen Demokratie, haben sie sofort von dieser verschwindenden Zweistimmenmehrheit Gebrauch gemacht, um eine ganze Reihe entscheidender Handlungen vorzunehmen. Auf dem Parteitag in Kristiania wurde eine überaus haltlose Resolution angenommen, von stark föderalistischer Färbung, halbreformistischen Konzessionen und halbsyndikalistischen Ideen.

Was war da weiter zu tun? Wir haben die Frage nicht nur einmal durchgesprochen. Ich werde Ihnen hier noch ein Geheimnis verraten. Ich war persönlich dafür, sofort mit einer öffentlichen und ziemlich heftigen Kritik der Beschlüsse, die in Kristiania gefaßt wurden, hervorzutreten. Ich habe sogar aus diesem Anlaß einen Brief entworfen, aber der „rechte Flügel" unserer Exekutive, mit dem Genossen Bucharin an der Spitze (Heiterkeit) hat es durchgesetzt, daß mein Projekt zwar nicht abgelehnt, aber doch auf einige Zeit aufgeschoben wurde; und da wir nur noch einen Monat vor der Erweiterten Exekutive standen, fand ich mich damit ab, lieber zu warten. Ich mußte demnach kapitulieren vor dem „rechten Flügel" und sagte mir: Gut, warten wir die Erweiterte Exekutive ab. Aber, Genossen, ganz ernst gesprochen, ist die Lage doch unerträglich. Es ist eigentlich der erste Fall, daß eine große und ernste proletarische Partei die Beschlüsse des IV. Kongresses, auf dem sie genügend vertreten war,

abgelehnt hat; in ziemlich demonstrativer Form, in einer Resolution, in der jeder Satz, marxistisch betrachtet, unrichtig ist. Das ist keine Uebertreibung; jede Zeile dieser Resolution enthält mindestens einen prinzipiellen Schnitzer. Die norwegische Mehrheit verteidigt Elemente in der Partei, die kaum lange bei der Arbeiterklasse bleiben werden. Ich habe die berühmte Gruppe „Mot Dag" im Auge. In dieser Gruppe sind selbstverständlich ehrliche und aufrichtige Genossen, die sich aus Ueberzeugung zu uns bekennen, aber in ihr sind auch Elemente, die lebhaft an die Helden der deutschen „Sozialistischen Monatshefte" erinnern — nicht mehr und nicht weniger. Es sind das zweifelsohne nur Mitläufer. Sie haben selbst den Artikel des Professors Bull in der Nummer 3 unseres Bulletins gelesen. Jeder von Ihnen wird sagen: Das ist alles andere als Kommunismus und Marxismus.

Es ist jetzt an der Zeit, uns mit unseren norwegischen Freunden kameradschaftlich auseinanderzusetzen. Sie alle kennen den Brief der Exekutive, den sie zur Vorbereitung der jetzigen Erweiterten Exekutive verschickt hat. Wir haben bereits über die Grenzen des Zentralismus gesprochen und direkt erklärt, zu gewissen praktischen Konzessionen in dieser Frage bereit zu sein. Wir verstehen durchaus, daß es eine sehr heikle und schwierige Angelegenheit ist. Wenn man uns vorwirft, daß wir die organisierte Praxis der I. Internationale einfach mechanisch auf die III. Internationale übertragen wollen, so ist das einfach unwahr, das haben wir niemals erklärt. Die besten revolutionären Traditionen der I. Internationale — die möchten wir selbstverständlich auf die III. Internationale übertragen. Aber die organisatorischen Formen mechanisch zu wiederholen, ist natürlich unmöglich. Eine wirklich zentristische internationale Organisation läßt sich nur im Laufe von Jahren schaffen. Selbstverständlich läßt sich das nur durchführen auf dem Wege freiwilliger Disziplin, die jede von unseren Parteien auf sich nimmt. Sollte es sich zeigen, daß wir nach den Darstellungen wirklich ernster Gruppen da und dort auf dem Gebiete des Zentralismus wirklich des Guten zuviel getan haben, so würde ich der erste sein, zu sagen: Gut, wir wollen einen Schritt zurück machen, wollen wir langsamer vorgehen. Aber man soll uns das praktisch beweisen. In den Reihen der norwegischen und manchmal auch in den Reihen der schwedischen Partei wurde die Frage vielfach so gestellt, als ob die Losung des IV. Kongresses über die Bildung einer einheitlichen internationalen Kommunistischen Partei nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als einfach die Vernichtung der nationalen Kommunistischen Parteien. Aber, Genossen, das ist ja barer Unsinn. Man soll uns doch sagen, in welchen Fragen die Exekutive sich in einer Weise eingemischt hat, die die Handlungs-

freiheit irgendeiner Partei beschnitten hätte. Wenn man uns auch nur einen einzigen derartigen Fall nennen kann, so verspreche ich im voraus, daß wir offen unseren Fehler eingestehen und den Beschluß des IV. Kongresses einer Revision zu unterziehen vorschlagen werden. Aber ich behaupte, man kann uns nicht einen einzigen derartigen Fall zeigen. Es ist lächerlich, davon überhaupt zu reden. In der Tat haben wir die praktische Arbeit unserer Sektionen zu wenig geleitet. Alles, was man vorzubringen vermag, sind nur Kleinigkeiten: daß z. B. der oder jener Referent in dem oder jenem Lande ein dummes Referat gehalten hat. Dagegen läßt sich allerdings nichts sagen, aber folgt daraus wirklich, daß wir keine Kommunistische Weltpartei brauchen? Nein, Genossen, die einheitliche Kommunistische Weltpartei ist ein unbedingtes Erfordernis, und wir werden jahrelang um sie kämpfen und werden sie hartnäckig Schritt für Schritt verwirklichen. Ich bitte die norwegischen und schwedischen Genossen sehr, alle Vorschläge, die sie in dieser Richtung zu machen haben, genau und schriftlich zu formulieren, sie sollen klar und deutlich sagen, was sie geändert haben wollen, und nicht länger zulassen, daß einzelne Genossen der Arbeitermasse vorgaukeln, daß die Komintern die einzelnen nationalen Parteien vernichten wolle. Das hat die norwegische Presse manchmal behauptet. Anstatt die große Idee der einheitlichen Kommunistischen Weltpartei zu propagieren, hat man sie zu diskreditieren versucht. Ich frage Sie, Genossen: Kann es für einen Kommunisten wirklich eine größere, eine anziehendere, eine schönere Idee geben, als die Idee der Bildung einer wirklich kommunistischen einheitlichen Weltpartei? Man sollte meinen, diese große prächtige Idee müßte auf jeden von uns eine große Anziehungskraft ausüben. Warum sie bei manchen unserer norwegischen Genossen diesen Erfolg nicht hat, ist mir absolut unverständlich. Was kann sie eigentlich fesseln, wenn nicht diese Idee?

Ein Teil der norwegischen Genossen ist gegen das Prinzip der Wahl der Exekutive der Komintern auf dem Kongreß an Stelle der Beschickung durch die einzelnen Parteien. Was die praktische Seite dieser Frage anbelangt, so läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß die Zusammensetzung der auf dem Kongreß selbst gewählten Exekutive zu 90 Prozent stets so ausfällt, wie eine Exekutive, die auf dem Wege der Beschickung durch einzelne Parteien zustande kommen würde. Prinzipiell wird niemand beweisen, daß die Wahl unseres Generalstabs durch den Kongreß selbst unzulässig ist. Ich meine also, daß die norwegischen Genossen uns jetzt Aufklärung schulden; sie müssen uns klar und deutlich sagen, welche Aenderungen sie wollen, und dann wird sich der Umfang unserer Meinungsverschiedenheiten herausstellen.

Was unsere schwedischen Genossen betrifft, so sind unsere Differenzen mit einem Teil dieser Partei ungefähr dieselben, wie mit der norwegischen Partei. Es ist nicht zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen, aber es besteht kein Zweifel, daß die Führer der schwedischen Partei in dieselben Fehler verfallen sind, die wir in Norwegen vor uns haben.

Was die Frage des Zentralismus angeht, so habe ich keine Veranlassung, über sie noch einmal im Zusammenhang mit der schwedischen Partei zu sprechen. Aber eine Frage muß ich speziell behandeln im Zusammenhang mit dem Bericht über unsere schwedische Sektion; das ist, wenn auch noch so befremdend, die Frage der Religion. Wundern Sie sich nicht, Genossen, in der Politik kommt das ziemlich häufig vor; man fängt an mit der Kritik des Ueberzentralismus, man will nur ein kleines i-Tüpfelchen im Statut ändern, und plötzlich entwickelt sich die Sache so, daß sie auf die Religion überspringt und sogar auf den Herrgott selbst. Ich weiß eigentlich nicht, warum, aber gerade jetzt schreibt Genosse Höglund einen Artikel über „Kommunismus und Religion". Ich muß Ihnen aufrichtig sagen, hätte ich den Genossen nicht gekannt als alten, verdienten, revolutionären Marxisten, so hätte ich angenommen, daß er wirklich spottet über die Kommunistische Partei. Genosse Höglund stellt sich allen Ernstes auf den Standpunkt, daß die Religion nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber der Partei Privatsache sein soll. Eine Streitfrage, die die deutschen Sozialdemokraten schon vor 15 Jahren durchgefochten haben, ist für den Genossen Höglund immer noch nicht gelöst. Ich hätte Ihnen mit Vergnügen den ganzen Artikel vorgelesen und rate Ihnen allen, ihn zu lesen. Dann werden Sie sehen, um was es sich hier handelt. Die Religion soll Privatsache sein für die Kommunistische Partei: Das ist ja vom marxistischen Standpunkt aus ein geradezu schreiender Widerspruch. In unserer russischen Partei schließen wir oft einzelne Personen aus, sogar solche, die 5 Jahre an der Front gegen die Weißen gekämpft haben -- nur darum, weil sie sich kirchlich trauen lassen. Ein gebildeter Marxist aber, Genosse Höglund, schreibt derart merkwürdige Artikel.

Ich will damit nicht sagen, daß auch andere Parteien diejenigen ihrer Mitglieder ausschließen müssen, die mit den religiösen Vorurteilen noch nicht endgültig gebrochen haben. Die Lage der russischen Partei, die in einer belagerten Festung lebt, ist eine besondere. Es heißt aber die Traditionen des revolutionären Marxismus verspotten, wenn man die Religion zur Privatsache gegenüber der Partei erhebt. Ich könnte Ihnen viele Aeußerungen von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Lehrer anführen, die nur Worte der Entrüstung und des Hohnes finden jenen Sozialdemokraten gegenüber, die den

Gedanken propagieren, daß die Religion Privatsache sei für die Partei. Ich werde mir diese Zitate ersparen, aber es ist doch das ABC des Kommunismus: von den bürgerlichen Regierungen zu fordern, daß die Religion als Privatsache dem bürgerlichen Staate gegenüber zu gelten hat. Wir verfolgen dabei politische Ziele; wir wollen die Bourgeoisie der Möglichkeit berauben, sich der Arbeiterklasse gegenüber eines ihrer Unterdrückungsmittel, d. h. der Religion zu bedienen. Wir selber aber, als marxistische Partei, die auf dem Boden des historischen Materialismus steht, sind selbstverständlich Atheisten. Wir lassen keinen irgendwie unbedachten Feldzug gegen die Kirche zu, müssen aber selbstverständlich eine systematische, marxistische, antireligiöse, materialistische Propaganda führen. Es steht außer Frage, daß das äußerst vorsichtig und geschickt geschehen muß. Erst heute mußte ich unseren georgischen Genossen sagen: Aber Geduld, warum so schnell, warum beeilt Ihr Euch so übermäßig mit der Schließung der Kirchen und Klöster in Georgien? Ihr müßt die antireligiöse Propaganda viel geschickter und vorsichtiger führen usw. Es ist selbstverständlich daß wir in der Stadt die Propaganda anders als im Dorfe führen. Aber die Religion zur Privatsache gegenüber der Partei zu erheben — das ist einfach unerhört.

Ich weiß nicht, ob und in welchem Grade diese Frage in Schweden augenblicklich aktuell ist. Es ist mir gänzlich unverständlich, was für ein politisches Ziel Genosse Höglund durch seinen Artikel zu erreichen beabsichtigte. Wenn er glaubte, mit Hilfe solcher Artikel die kommunistische Jugend Schwedens zu erziehen, dann werde ich ihm dazu nicht gratulieren. Ich wiederhole, es ist mir unverständlich, wie er zu seiner Fragestellung kommt. Ich konstatiere nur die einfache Tatsache: Anfänglich war Genosse Höglund etwas unzufrieden mit unserem angeblichen übermäßigen Zentralismus, dann aber vollzieht sich dieses beinahe religiöse Wunder, und Genosse Höglund veröffentlicht den von mir zitierten Artikel. Ich halte dafür, daß diese Episode möglichst rasch zu liquidieren und möglichst rasch aus dem Gedächtnis der Internationale zu tilgen ist.

Einige Worte über unsere amerikanische Partei. Während des IV. Kongresses war ein großer Streit, ob die amerikanische Partei legal werden soll oder nicht. Der Streit war sehr heftig. Ein Teil der amerikanischen Genossen beschuldigte den anderen des Liquidatorentums, weil dieser die Schaffung einer legalen Partei für möglich hielt. Die Exekutive der Komintern hat sich nach genauem Studium der Frage für die Notwendigkeit des Versuches, eine legale Partei in Amerika zu schaffen, ausgesprochen. Es sind jetzt einige Monate vergangen, und wir können mit großer Befriedigung feststellen, daß dieser Beschluß absolut richtig war. Wir haben heute

in Nordamerika eine legale Arbeiterpartei, die sogenannte Workers-Party, die beträchtlichen Einfluß unter den Arbeitermassen gewinnt. Natürlich sind wir nicht dagegen gefeit, daß Genossen wie Foster und Ruthenberg nicht auf die Anklagebank oder ins Gefängnis kommen. Die Verfolgungen werden selbstverständlich weitergehen, es wird auch ferner Opfer geben, aber es ist nichtsdestoweniger gelungen, eine legale Partei zu gründen.

In der Kommunistischen Partei Japans haben wir jetzt denselben Streit. In unserer Sitzung ist der Genosse Aoki anwesend, einer der besten Arbeiter der neuen Generation der japanischen Kommunisten, der im Prinzip mit Katayama ganz einig ist, der aber soeben erst aus Japan angekommen ist und darum besonders scharf die Widerspiegelung der Strömung innerhalb der japanischen Kommunistischen Partei gibt. Mit diesem Genossen und einem beträchtlichen Teil der japanischen Partei haben wir augenblicklich Meinungsverschiedenheiten gerade in der erwähnten Frage. Diese Genossen sind überzeugt, daß in Japan nur eine illegale Partei existieren kann. Sie wollen nicht einmal davon hören, eine legale Partei zu organisieren. Aus ihrem Munde hören wir ganz dieselben Argumente, die wir vor sechs Monaten von einer Anzahl der besten amerikanischen Genossen vernommen haben. Ich gebe natürlich zu, daß wir die japanischen Verhältnisse weniger kennen als Genosse Aoki, immerhin aber wissen wir, daß in Japan augenblicklich eine starke politische Gärung herrscht. Ein bedeutender Teil der Bourgeoisie steht in starker Opposition zum herrschenden Regime. Die Idee der Annäherung an Sowjet-Rußland ist zu einer der populärsten Ideen in Japan geworden. Ein Lohnkampf löst den andern ab, eine ungeheure Streikwelle ergießt sich über das Land. Wie kann man darum annehmen, daß bei einer derartigen Lage jeder Versuch der Legalisierung der kommunistischen Bewegung zum Scheitern verurteilt ist? Ich glaube kaum, daß dem so ist. Darum werden wir darauf bestehen, daß unsere japanischen Genossen den Erfahrungen der amerikanischen Partei ihre ganze Aufmerksamkeit widmen und sich demnach bemühen, eine legale kommunistische Partei in Japan zu bilden.

(Die Sitzung wird auf einige Minuten unterbrochen. Nach ihrer Wiedereröffnung fährt Gen. Sinowjew fort):

Wir haben die Absicht, uns mit zwei Problemen besonders eingehend zu befassen. Wir behaupten, daß es zwei Fragen gibt in bezug auf welche in der III. Internationale die Traditionen der II. Internationale noch überaus lebendig sind; das sind die nationalen Fragen und die Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft. Noch auf dem XII. Parteitag der K. P. R. mußten wir darauf hinweisen, daß wir insbesondere in der Frage der Bauernschaft in

der III. Internationale noch ein Stück der II. Internationale mitschleppen. Wir wollen uns nicht scheuen, das auszusprechen. Es klingt ziemlich sonderbar. Denn wir wissen alle, daß die III. Internationale nicht mehr und nicht weniger ist als der Antipode der II. Internationale, ihr Todfeind. Aber wir müssen verstehen, daß die III. Internationale nicht ganz fix und fertig vom Himmel gefallen ist. Sie ist im großen und ganzen aus dem Schoße der II. Internationale hervorgegangen, vorwiegend aus den alten sozialdemokratischen Parteien. Somit ist es begreiflich, daß wir aus diesen Parteien auch noch die eine oder die andere traurige Mitgift mit übernommen haben. Auf diese ideologischen Ueberbleibsel der II. Internationale gilt es schon deshalb aufmerksam zu machen, um ihnen den entschlossenen Kampf zu erklären und sie in der kürzesten Zeit auszurotten.

Die II. Internationale vertrat bekanntlich den Standpunkt des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker", der aber lediglich auf dem Papier stand. Die Parteien der II. Internationale haben diese Parole niemals im wirklich revolutionären Sinne des Wortes ausgelegt, sondern sie haben sie im Jahre 1914 bei Beginn des imperialistischen Krieges ganz einfach verraten. Wir sind in unserer negativen Kritik auf diesem Gebiete sehr stark, was aber die positive Durchführung des revolutionären Standpunktes in der nationalen Frage anbelangt, so sind unsere Parteien hier größtenteils noch sehr schwach. Nicht als ob wir den Resolutionen unseres II. Weltkongresses theoretisch irgendetwas Neues hinzuzufügen hätten; das ist nicht der Fall. Was wir indes brauchen, das ist eine wirkliche praktische Durchführung der von uns gefaßten Beschlüsse. An den Beispielen einzelner unserer Sektionen werde ich Ihnen nun zeigen, wie tot unsere Propaganda in der nationalen Frage noch ist.

Zunächst die englische Partei. Wir werden hier eine spezielle englische Konferenz haben, die ausschließlich gedacht war als eine Konferenz zur energischen Hebung der Arbeit unserer englischen Genossen. Am Schluß der Tagung werden wir wahrscheinlich einen Bericht darüber entgegennehmen können. Unsere junge englische Partei hat noch viele Mängel, aber ihr größter politischer Mangel besteht meiner Meinung nach darin, daß sie in der nationalen Frage den Traditionen der II. Internationale noch einen übergroßen Tribut zahlt. In einem Lande wie England, wo die koloniale und nationale Frage eine derart überragende Rolle spielt, ist das gänzlich unzulässig. Denken wir an Indien, denken wir an Irland. In diesen zwei wesentlichen Fragen wird seitens unserer englischen Partei keinerlei lebendige Propaganda getrieben. Wir lesen darüber in der englischen kommunistischen Presse von Zeit zu Zeit einen Artikel,

die eine oder die andere Notiz, aber wir stoßen auf keine lebendige politische Kampagne, wir stoßen auf kein wirkliches Verständnis auf diesem Gebiet. Gleichgültigkeit, Passivität, im besten Falle Wortradikalismus — das sind die Kennzeichen der Arbeit unserer englischen Partei in dieser Richtung. In ihren Adern fließt noch nicht das heiße kommunistische Blut. Die Kommunistische Partei Englands muß schließlich begreifen lernen, daß eine solche Haltung in der kolonialen und nationalen Frage nichts anderes ist als eine Ueberlieferung aus der II. Internationale.

Nehmen Sie die deutsche Partei und verfolgen Sie ihre Haltung in der Ruhrfrage, so wie sie jetzt steht. Dort ist die nationale Frage eine der wichtigsten Streitfragen zwischen der Mehrheit der Partei und der sogenannten linken Opposition. Man hat nicht genügend darüber diskutiert; wer aber in die Dinge eindringt, der findet, daß der Hintergrund verschiedener Streitigkeiten gerade die nationale Frage ist. Die Partei wagte nicht, das sogenannte nationale Moment in seiner kommunistischen Interpretation zu betonen — in einem Augenblick, in dem die Ohnmacht des bürgerlichen Regimes klar zutage liegt. In einem solchen Augenblick muß man erst recht eine klare Linie in der nationalen Frage besitzen. Man mußte den Mut aufbringen, laut zu sagen: Wir Kommunisten sind gegen das bürgerliche Vaterland, aber wenn wir eine sozialistische Regierung haben werden, werden wir dieses sozialistische Vaterland verteidigen. Wenn nötig, werden wir durch einen revolutionären Krieg die Interessen des sozialistischen Vaterlandes verteidigen. Haben wir dazu noch nicht die Kraft, so werden wir unter Konfiskation des Eigentums der Bourgeoisie den Versailler Friedensvertrag bis zu dem Moment erfüllen, in dem uns die Arbeiter der anderen Länder zu Hilfe kommen. Wir deutschen Kommunisten, und niemand anders, verteidigen die Interessen des Landes, des Volkes, der Nation. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die einzige Verkörperung der wirklichen Interessen der Nation.

Das wagte niemand zu sagen. Und es war kein Zufall. Manche Genossen der sogenannten Linken haben aus Unverstand eine solche Stellung der Frage für opportunistisch gehalten. Andere Genossen haben begriffen, daß hier keinerlei Opportunismus vorliegt und haben theoretisch den oben dargelegten Standpunkt verteidigt; aber es fehlte ihnen sowohl an Energie wie am Können zur Führung einer entschiedenen Kampagne. Es muß ausgesprochen werden, daß die deutsche Partei solange auf einem Bein hinken wird, bis sie lernen wird, die nationale Frage richtig zu stellen.

Eine dritte Sektion: die Kommunistische Partei Jugoslaviens. Sie wissen sehr gut, wie es in Jugoslavien nach dem Kriege

aussieht. Die nationale Frage ist dort eines der wichtigsten politischen Probleme. Die Bourgeoisie kann nicht regieren, wenn sie nicht das nationale Problem lösen kann. Wie verhält sich nun unsere Partei? Soweit es sich um einen der hervorragendsten Führer der Partei, den jetzt im Gefängnis befindlichen Genossen Markewicz handelt, so weiß ich aus persönlichen Gesprächen mit ihm, daß er wenigstens theoretisch die nationale Frage richtig versteht. Mit bezug auf die anderen Führer der Partei läßt sich das anscheinend nicht sagen. Manche unter ihnen sagen: was geht uns die nationale Frage an, wir sind doch Internationalisten, der Proletarier hat kein Vaterland, wozu also sollen wir diese Frage in den Mittelpunkt unserer Agitation rücken? Das Ergebnis dieser primitiven Auffassung war, daß die Arbeiterorganisationen in ganzen Provinzen Jugoslaviens von uns abfielen. Nationalisten mit kommunistischer Färbung haben verstanden, sie vorübergehend für sich einzufangen.

Oder das vierte Beispiel, in etwas anderer Aufmachung: der kleine, aber sehr gefahrvolle Konflikt in der Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslovakei. Wir haben dort bis jetzt 2 Textilarbeiterverbände, die beide unter kommunistischer Führung stehen, in der nationalen Frage aber gespalten sind: Deutsche und Tschechen. Wie wir hören, besteht zwischen den tschechischen und slovakischen Gewerkschaften augenblicklich ein ziemlich schwerer Konflikt.

Wir hatten einen ähnlichen Nihilismus in der nationalen Frage sogar in den Reihen unserer Kommunistischen Partei. Erst unlängst mußten wir auf dem XII. Parteitag unserer Partei die Richtlinien auf diesem Gebiet fixieren. Man trifft sehr häufig gute Kommunisten, die sagen: Marx hat schon gesagt, daß der Prolet kein Vaterland hat, wozu also unsererseits die nationale Frage aufwerfen, möge sich die Bourgeoisie damit beschäftigen. Der Unterschied zwischen der Bourgeoisie und uns besteht nicht darin, daß die Bourgeoisie eine nationale Frage hat und wir nicht, sondern darin, daß die Bourgeoisie im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die nationale Frage nicht zufriedenstellend zu lösen imstande ist, wir sie aber im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung lösen können. Solange wir innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung leben, müssen und werden wir diese unsere Lösung der nationalen Frage propagieren. Ich glaube darum, daß wir jetzt gegen diesen unter dem Deckmantel des Internationalismus und Radikalismus auftretenden Nihilismus in der nationalen Frage, der in Wirklichkeit die Linie der II. Internationale durchführt, entschieden vorgehen müssen. Wir müssen unsere Parteien in allen Staaten mit mehreren Nationalitäten, in allen jenen Ländern, in denen die Nationalitätenfrage augenblicklich aus irgendeinem Grunde

eine große Rolle spielt, darauf einstellen, daß das eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart ist.

Wenn Sie das psychologische Wesen unserer Parteien, in denen der Nihilismus in der nationalen Frage vorherrscht, verstehen wollen, so müssen sie die Psychologie jener Parteien in Betracht ziehen, die sich noch nicht als nach der Eroberung der Mehrheit ihres Landes strebende Parteien fühlen, noch nicht als Parteien, die um die Macht kämpfen und die Führung des Staates zu übernehmen haben. Die meisten von unseren Parteien haben bis jetzt noch die Psychologie einer lediglich oppositionellen Arbeiterpartei im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft, einer Partei, die sich nicht als die leitende Kraft, als die Trägerin der Hegemonie fühlt, die die Mehrheit des Volkes zu gewinnen, die Bourgeoisie zu stürzen und sie an der führenden Stelle zu ersetzen hat. Alles das ist ziemlich verständlich, da unsere Parteien in der Mehrzahl der Länder noch überaus schwach sind. Im Grunde genommen erinnert die Psychologie vieler unserer Sektionen an die Psychologie der besten sozialdemokratischen Parteien aus der Blütezeit der II. Internationale; es ist da die enge „Klassen"-Ideologie, die an die Zunftideologie grenzt. Das sind noch keine Parteien, die in verhältnismäßig kurzer Zeit die Bourgeoisie wirklich zu besiegen und die Führung des Landes an sich zu reißen hoffen. Daraus erklärt es sich auch, daß in einer Reihe von Ländern unsere Parteien die Wichtigkeit der nationalen Frage übersehen. Wäre z. B. in unserer jugoslavischen Partei bereits die Meinung lebendig, daß sie, wenn nicht heute, so doch morgen die Bourgeoisie stürzen und sich an ihre Stelle setzen wird, so könnte sie in keinem Falle sagen, daß sie die nationale Frage nichts angeht. Sie würden vielmehr wissen, daß das nationale Problem im modernen Jugoslavien einer der wichtigsten Hebel in unseren Händen ist, um das herrschende Regime niederzuwerfen. Wir brauchen Parteien, die nicht nur verstehen, um den Achtstundentag zu kämpfen, sondern die unter entsprechender Organisation der Arbeiter verstehen, um die Eroberung der Mehrheit der werktätigen Massen zu kämpfen.

Ich glaube, daß in der gegenwärtigen Periode, wo wenigstens einige unserer Parteien bereits die Kinderschuhe ausgetreten haben und bedeutend stärker geworden sind, die alte Psychologie einer neuen weicht. Das werden keine Zunftparteien sein, das werden Parteien sein, die sich die Aufgabe stellen, an die Spitze der ganzen Nation zu treten. Damit ist noch nicht gesagt, daß wir anfangen sollen, in die Reihen unserer Parteien Nationalisten aufzunehmen und daß wir überhaupt eine Unterhöhlung der sozialen Zusammensetzung unserer proletarischen Organisationen zulassen. Unsere Parteien müssen unbedingt Arbeiterparteien bleiben, aber auch diese

Arbeiterparteien müssen es verstehen, die nationale Frage in all jenen Ländern, wo sie einer der wundesten Punkte ist, richtig zu beantworten.

Noch mehr trifft das zu auf die Frage der Bauernschaft. In dieser Beziehung haben wir besonders viel versäumt und darum vieles gutzumachen. Auf diesem Gebiete zeigt sich besonders deutlich, daß wir in der III. Internationale noch ein Ueberbleibsel der II. Internationale haben. Ich werde Ihnen ein paar Beispiele bringen und beginne mit unserer polnischen Sektion, die keinesfalls zu den schlechtesten der Komintern zählt.

Die Frage des Bauerntums ist die entscheidende Frage in Polen. Nicht umsonst haben die Sozialpatrioten der P. P. S. zu demagogischen Zwecken längst die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" aufgestellt, die sie in der Praxis bereits hundertmal preisgegeben und verraten haben, aber dennoch immer wieder zur Beschwindelung der Arbeiter und Bauern verwenden. Wie dem auch sei, die Frage der Bauernschaft in Polen ist überaus aktuell. Trotzdem nur ein Teil der Führer der Kommunistischen Partei Polens längst schon die Unrichtigkeit der altmodischen Auffassung der Agrarfrage eingesehen hat, ist die alte Tradition dennoch so stark, daß die Partei selbst das wesentlichste in der Bauernpropaganda unterläßt.

Ein anderes Beispiel finden wir in Deutschland. Theoretisch haben unsere Genossen gewiß schon im Programm des Spartakusbundes die Frage im allgemeinen richtig gestellt, praktisch stehen sie aber auf diesem Gebiete noch stark unter dem Einfluß der übernommenen Tradition der II. Internationale. Als ich den Entwurf meines Referats ausarbeitete, kannte ich die neuesten Nachrichten aus Deutschland noch nicht: inzwischen hat sich herausgestellt, daß gerade in diesen letzten Tagen die Sozialdemokratie plötzlich einen besonderen Gesetzentwurf über die Bauernfrage eingebracht hat. Ich lese da plötzlich im „Vorwärts", dessen erste Seite ganz mit dem demagogischen Gesetzentwurf ausgefüllt ist, in Riesenbuchstaben: „Land dem Volke". Ein großes Wort. Ein Gesetzentwurf der Herren Sozialdemokraten. Was bedeutet das? Es versteht sich von selbst: die Herrschaften tun das aus purer Demagogie. Ein deutscher Genosse sagt mir, daß dieser Gesetzentwurf nur eine leere Drohung den Agrariern gegenüber darstellt. Gewiß, für diese Leute ist das vielleicht wirklich nur ein Spiel, aber es ist sehr interessant, warum sie gerade jetzt diese Karte ausspielen. Die deutsche Sozialdemokratie kommt jetzt plötzlich unerwartet mit einem demagogischen Gesetzentwurf: „Land dem Volke!" Was sagt unsere Kommunistische Partei dazu? Ziemlich hilflos hinkt die „Rote Fahne" nach ein paar Tagen hinter den Sozialdemokraten drein und erklärt: da und da ist

ein Mangel in diesem Projekt. Wir schlagen Euch vor, gemeinschaftlich darum zu kämpfen. Sie sehen, Genossen, wie falsch die Rollen verteilt sind. Eigentlich mußten in dieser Frage doch die Kommunisten vorangehen. Sie gerade mußten als erste diese Frage stellen und die Sozialdemokraten sollten nachhinken und hilflos nachplappern, aber nicht umgekehrt. Es ist leider anders gekommen.

Eine ähnliche Hilflosigkeit legen unsere Kommunistischen Parteien in vielen Ländern an den Tag, selbst in solchen, in denen die Agrarfrage zu den dringlichsten gehört und absolut entscheidend ist. Wie sind solche Schnitzer möglich? Ich habe schon ausgeführt, daß sich hier die Tradition der II. Internationale bemerkbar macht. Wir sollen uns nicht schämen, das einzugestehen. Es ist keiner von uns als fertiger Kommunist vom Himmel gefallen, wir sind alle dem Schoße der II. Internationale entsprungen und ihre verfluchte Vergangenheit lastet auf uns. Es handelt sich nun darum, sie möglichst schnell abzustreifen.

Aus all dem, Genossen, ziehe ich den Schluß, daß das beste Mittel, diese Ueberreste möglichst schnell abzustreifen, darin besteht, die Parole der Arbeiterregierung jetzt auszuweiten zu der Parole „Arbeiter- und Bauernregierung". Sie erinnern sich, wie sich die Sache chronologisch abgespielt hat. Erst die Einheitsfronttaktik und dann die Arbeiterregierung. Jetzt, glaube ich, ist diese Formel auszuweiten, und zwar generell.

Einige Beispiele. Die amerikanische Kommunistische Partei („Workers Party") hat ohne jede Initiative unsererseits selbst die Parole aufgestellt: Regierung der Arbeiter und Farmer. Diese Parole hat sofort große Anziehungskraft in Amerika ausgeübt, also in dem größten Industrielande der Welt. Der linke Flügel der Gewerkschaftsbewegung hat, soweit er sich überhaupt mit politischen Fragen befaßt, diese Parole kraftvoll unterstützt. Es setzte ein Kampf ein zwischen der amerikanischen Kommunistischen Partei und den amerikanischen Sozialdemokraten. Die letzteren versuchten, sich organisatorisch mit einem Teil der Farmer-Partei zu vereinigen, nachdem sie in der Arbeiterklasse an Boden verloren hatten. Die Sozialpatrioten suchten eine neue soziale Basis.

Das ist also eine Erscheinung, die wir nicht nur in Amerika beobachten, sondern die überhaupt ein Zeichen der Zeit ist. Wir sehen das Gleiche auch im internationalen Maßstab. Die Sozialdemokratie als ganzes verliert den sozialen Boden in der Arbeiterklasse und sucht krampfhaft nach einer neuen sozialen Basis unter dem Kleinbürgertum, den Angestellten und den städtischen Beamten und selbst unter einem Teil der Bauern. Solche Erscheinungen sehen wir in Amerika ebenso wie in Deutschland allgemein.

Wie muß demgegenüber unsere Strategie beschaffen sein? Kurz gesagt, hat unsere Strategie sich in folgenden Formen zu bewegen: die Sozialdemokratie verläßt manche Positionen der Arbeiterklasse, wir müssen diese Positionen sofort besetzen, da die Arbeiterklasse unsere Hauptfestung darstellt. Gleichzeitig sucht die Sozialdemokratie als Ersatz für die verlorenen Positionen in der Arbeiterklasse neue Positionen unter der Bauernschaft. Wie reagieren wir darauf? Wir jagen den Sozialdemokraten auf dieser Bahn nach und nehmen den Kampf mit ihnen in diesem neuen Milieu auf. Während wir die verlassenen Positionen der Sozialdemokraten besetzen, halten wir scharfe Umschau, wohin sie sich nunmehr bewegen und folgen ihr auf den Fersen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit dieser Parole „Arbeiter- und Bauernregierung". Als propagandistische Parole ist sie überall leicht anwendbar. Anstatt zu sagen: Macht der Arbeiter, Herrschaft des Sazialismus usw. werden wir diese Begriffe in der allgemeinen Propaganda entziffern als die Losung einer Regierung der Arbeiter und Bauern. Für den einfachen Mann, der noch kein Sozialist ist, der eben erst anfängt, in den öffentlichen Fragen sich zurechtzufinden, wird diese Formel am leichtesten zugänglich sein.

Andererseits wird die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung in einer Reihe anderer Länder unmittelbar aktuelle Bedeutung gewinnen. Wer von uns hätte vor einem halben Jahre gedacht, daß die Parole der Arbeiter- und Farmerregierung in Amerika jemals zu einer der wichtigsten politischen Parolen der Neuzeit werden würde? Lesen Sie die Berichte über den Prozeß gegen Foster und Ruthenberg, dann werden Sie sofort erkennen, welche Bedeutung diese Losung in Amerika gewonnen hat. Warum also hat sich diese Parole in Ländern wie Deutschland als unanwendbar erwiesen, wo, wie ich schon sagte, die Sozialdemokraten den Boden unter den Arbeitern verlieren und neue Stellungen suchen? Oder ist es etwa nicht eine große Unterlassung, daß unsere Genossen in Sachsen nicht daran gedacht haben, auch nur eine einzige Frage so zu stellen, daß sie die Bauern aufgerüttelt hätten? Gewisse Fragen haben wir in der Frage der sächsischen Arbeiterregierung sehr geschickt und klug zu stellen verstanden, so daß sie den sozialdemokratischen Arbeiter aufgerüttelt haben. Ließe sich also wirklich nicht eine Frage finden, die die Bauernschaft berührt hätte? Selbstverständlich gibt es solche Fragen, wenn auch die Zahl der armen Bauern in Sachsen ziemlich gering ist. In Deutschland, in Besonderheit in Ostpreußen, stellt die Dorfarmut im ganzen eine bedeutende Schicht dar. Preußen aber spielt in Deutschland, man mag sagen, was man will, die ausschlaggebende Rolle.

Nehmen Sie ein Land wie Polen. Dort ist die Bauernfrage, wie bereits betont, direkt entscheidend. Das Proletariat allein kann ohne die Bauernschaft in Polen nicht siegen. Wir können dort natürlich eine durchaus ernste kommunistische Oppositionspartei schaffen, die auf die Dauer eine solche bleiben wird, aber ohne den Bauer die bürgerliche Gesellschaftsordnung nicht schlagen kann.

Also diejenige kommunistische Partei, die schon heute die Psychologie des morgigen Sieges über die Bourgeoisie hat – morgen heißt und kann im historischen Sinne heißen 5 bis 10 Jahre — kann nicht umhin, schon jetzt die entsprechende Losung vorzubereiten. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung entspricht dieser Aufgabe am besten. Allein die Annahme dieser Losung durch uns bedeutet bereits die Vorbereitung, die Eroberung bestimmter Schichten für uns. Für den Anfang ist es schon ganz gut, wenn der Bauer erfährt, daß die Kommunisten diese Parole ausgeben. Das allein leitet ein neues Kräfteverhältnis ein.

Fahren wir in unseren Beispielen fort. Betrachten wir die Lage der Dinge noch in einigen anderen Ländern. Nehmen wir ein Land wie Finnland. Dort wird die Mehrheit der Arbeiterklasse bereits gewonnen. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß war das Verhältnis der Kommunisten zu den Sozialdemokraten 24 zu 3. In Finnland entscheidet der Bauer absolut die Geschicke der Revolution. Man sollte also meinen, daß bei einer solchen Lage der Dinge die Parole Arbeiter- und Bauernregierung absolut erforderlich ist. Vielleicht wird man einwenden, daß Länder wie Polen und Finnland schließlich nur untergeordnete Bedeutung haben. Das stimmt. Dann frage ich Sie aber, wie es um Frankreich steht? In einigen Monaten werden dort die allgemeinen Wahlen beginnen. Frankreich ist ein Bauernland wie keines. Sollte es wirklich nicht einleuchten, daß die Agitation unter den Bauern, die dort augenblicklich von dem Genossen Renaud Jean betrieben wird, bedeutend an Schwung gewinnen würde, wenn die Partei als Ganzes für Frankreich die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung herausgäbe? Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das der vernichtende Schlag für die Sozialdemokraten, die Radikalsozialisten und den berüchtigten linken Block überhaupt wäre.

Wenden wir uns nach Deutschland. In Deutschland gibt es kein revolutionäres Bauerntum in dem Sinne, wie wir es in Rußland vor der Revolution hatten, dennoch gibt es in Ostpreußen sehr große Bauernschichten, die uns unbedingt eine wertvolle Unterstützung zuteil werden lassen können. Und welche Wirkung wird die Aufstellung der Losung Arbeiter- und Bauernregierung auf jene deutschen Arbeiterschichten ausüben, die, vom Kampfe ermüdet, den Glauben

verloren haben, daß sie aus eigener Kraft die Bourgeoisie besiegen werden? Ich glaube, nur eine durchaus günstige.

Ich bin der Anschauung, Genossen, daß selbst in so reichen Ländern, wie die Schweiz, Norwegen und Dänemark, die nicht unmittelbar am Kriege teilgenommen haben, deren Bauern sich also nicht zugrunde gerichtet haben, die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" von großem Nutzen sein kann, denn auch dort finden sich Bauernschichten, deren Interessen denen der Arbeiter nicht nur nicht widersprechen, sondern mit ihnen übereinstimmen. Gar nicht zu reden von den Balkanländern. Wir hatten in Bulgarien seit einiger Zeit eine sogenannte Bauernregierung, die gerade jetzt in diesen Tagen gestürzt wurde. Immer und immer wieder wird dadurch bewiesen, daß die Regierungen der „Mitte" sich bei der gegenwärtig zugespitzten Kampflage nicht halten können. Entweder Diktatur der Bourgeoisie oder die sich auf die Bauernschaft stützende Diktatur des Proletariats.

Sie alle kennen die wiederholten Versuche zur Gründung einer sogenannten „Grünen Internationale", d. h. einer Internationale der Bauern. Vor einigen Tagen erst habe ich ein Telegramm gelesen, daß Stambulijski daran ist, die Grüne Internationale der Bauern zu gründen. Jetzt sitzt er im Gefängnis. (Die Rede wurde vor der Ermordung Stambulijskis gehalten.) Bei dem Versuch, nach zwei Fronten zu kämpfen — gegen die Großbourgeoisie und gegen die Kommunisten — hat er Schiffbruch erlitten und mußte ihn erleiden. Trotzdem verdienen diese Versuche zur Gründung der Grünen Internationale zweifelsohne unsere Aufmerksamkeit. Wir sehen eigentlich zum ersten Male in der neueren politischen Geschichte einige Fälle, in denen Bauernparteien nicht ganz ohne Erfolg eine selbständige politische Rolle zu spielen bestrebt sind. Das ist der Fall in der Tschechoslovakei und auf dem Balkan. Möglich geworden ist das erst im Gefolge des imperialistischen Krieges, der immerhin beträchtlich dazu beigetragen hat, das Selbstbewußtsein der Bauern zu heben. Wir wissen sehr wohl, daß Bauernparteien keine selbständige politische Rolle auf lange hinaus zu spielen imstande sind. Die Bauernschaft folgt entweder der Bourgeoisie oder dem Proletariat. Unsere Aufgabe besteht darin, alles Mögliche zu tun, um das Letztere herbeizuführen. Wir müssen die in den Reihen der Bauernschaft vor sich gehende Zersetzung aufmerksam verfolgen. Wir können nicht bloß eine städtische Partei bleiben, wenn wir die Bourgeoisie schlagen wollen; wir müssen zur Partei des städtischen Proletariats werden, die gleichzeitig in inniger Verbindung mit dem Dorfe steht. Die Kommunistische Partei Rußlands war mindestens durch zwei Jahrzehnte eine ausschließlich städtische Partei. Die Bourgeoisie zu

schlagen gelang ihr aber erst dann, als sie durch die Millionen der Soldaten und Bauern eine enge Fühlung mit der Bauernschaft überhaupt hergestellt hatte.

Man soll uns nur nicht sagen, daß die Partei keine Leute hat, um die Arbeit auf dem Lande zu betreiben. Leute finden sich genügend, wenn bloß die politische Aufgabe einmal richtig gestellt ist. Der Durchschnittsarbeiter hat an sich Fühlung mit dem Dorfe. Wenn natürlich der Durchschnittsarbeiter sehen muß, daß seine Partei der Arbeit unter der Bauernschaft keinerlei politische Bedeutung beimißt, so wird auch er sich wenig darum kümmern; weiß er aber, daß seine Partei diese Arbeit eine überragende Bedeutung zuerkennt, so wird er jede Fahrt ins Dorf, jedem Brief, jede Zeitungssendung auszunützen verstehen, um den Kontakt mit der Bauernschaft herzustellen. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß in dem Moment, in dem die deutschen Sozialdemokraten plötzlich mit einem Gesetzentwurf über den Boden kommen und ihn unter der Parole „Land dem Volke" ausposaunen, die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung in einem Lande wie Deutschland aktuell geworden ist. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß, wenn in einem Industrieland wie Amerika, die junge kommunistische Partei erfolgreich die Parole der Arbeiter- und Farmerregierung ausgibt, diese Parole zeitgemäß ist. In der Tschechoslovakei, auf dem Balkan und überhaupt in ganz Europa müssen wir diese Losung aufstellen.

Ich mache kein Hehl daraus, daß diese Frage in unserer Mitte noch nicht genügend erörtert worden ist. Innerhalb unserer Partei ist dieses Problem fast noch nicht durchgesprochen worden; die Frage ist neu, außerordentlich wichtig und kompliziert. Ich vergesse nicht einen Augenblick die Erfahrung, die wir gesammelt haben im Zusammenhang mit der Aufstellung der Taktik der Einheitsfront, bei der wir mehrere Monate mit Mißverständnissen lediglich deshalb verplempert haben, weil unsere Partei nicht genügend vorbereitet war. Ich befürchtete einigermaßen, daß dasselbe sich wiederholen wird mit der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung. Vielleicht wird diese Losung nicht sofort einschlagen. Ich sage von vornherein, Genossen, daß wir durchaus damit einverstanden sind, die Fassung eines endgültigen Beschlusses zurückzustellen, falls die Aussprache tatsächlich ergeben sollte, daß unsere Parteien noch zu wenig vorbereitet sind, sich diese Losung anzueignen. Es sollen dann einzelne Sektionen die Frage gründlich durchsprechen. Dann werden wir in einigen Monaten die Entscheidung treffen. Persönlich glaube ich aber dennoch, daß das Beispiel der Taktik der Einheitsfront für unsere Partei nicht umsonst gewesen ist. Unsere Sektionen haben trotzdem einigermaßen gelernt, zu manövrieren und haben verstan-

den, daß die Taktik des Manövrierens für kommunistische Parteien, die in einer bürgerlich-sozialverräterischen Umgebung wirken, unbedingt erforderlich ist. Wenn sich herausstellt, daß dem so ist, wenn sich weiter herausstellt, daß wir genügend gegenseitiges Verständnis in dieser Frage besitzen, so würde ich selbstverständlich vorschlagen, diese Losung am besten schon auf der jetzigen Tagung der Erweiterten Exekutive zu beschließen. Die Situation ändert sich unter unseren Augen. Den Sozialdemokraten schwimmen die Felle davon, die Sozialdemokratische Partei verliert die „Seele" ihrer eigenen sozialdemokratischen Arbeiter. Wir haben die gegenrevolutionäre Front der Amsterdamer Führer durchbrochen. Die innere Krisis in den Reihen der stärksten sozialdemokratischen Parteien wird immer heftiger. Auf der anderen Seite kräftigen sich unsere kommunistischen Parteien. Bei einer solchen Lage der Dinge dürfen wir keine Zeit verlieren.

Wir müssen uns indessen klar Rechenschaft geben darüber, wie sich die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung zu unserer alten Formel der Diktatur des Proletariats verhält. Es werden sich unter uns Genossen finden, die zweifellos die Frage stellen werden: geben wir, wenn wir die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung aufstellen, nicht unsere Formel der Diktatur des Proletariats preis, bleiben wir, wie bisher eine Arbeiterpartei oder werden wir zu einer Arbeiter- und Bauernpartei?

Derjenige, der von der Taktik der Einheitsfront überhaupt etwas verstanden hat, derjenige, der zu begreifen beginnt, was klassenpolitische Strategie des Proletariats ist, muß begreifen, daß die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" der W e g zur Diktatur des Proletariats und keinesfalls die Verneinung der Diktatur des Proletariats ist. Eine Regierung der Arbeiter und Bauern ist, im streng wissenschaftlichen, genauen Sinn des Wortes kaum zu verwirklichen. Die Sowjetregierung ist in der Tat eine Arbeiterregierung. Die Macht wird ausgeübt von der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Das Steuer des Staates befindet sich in den Händen des Proletariats. Aber das Proletariat und seine Partei versteht, daß man dem Bauerntum entgegenkommen muß und es zur Teilnahme an der Leitung des Staates hinzuziehen muß. Kurz, das Proletariat will das Land klug regieren, eben deshalb hat das Proletariat in Rußland in Berücksichtigung des realen Kräfteverhältnisses seines Landes es verstanden, das Bauerntum zur entsprechenden Koordination zu bewegen und ein Verhältnis herzustellen, unter dem der Bauer die Arbeiter unterstützt. Demnach ist durch die Erfahrung einer der größten Revolutionen, der russischen Revolution, bewiesen, daß das möglich ist. Für unsere Kommunistischen Parteien handelt es sich darum, die Erfahrungen der

russischen Revolution auszunützen und konkret den konkreten Verhältnissen jedes einzelnen Landes anzupassen. Wenn wir also die Parole Arbeiter- und Bauernregierung aufstellen, so heißt das keinesfalls, daß wir die Diktatur des Proletariats aufgeben. Von dieser können wir nicht einen einzigen Schritt abweichen. Es gibt keinen einzigen Weg zur Befreiung der Menschheit aus dem Joche des Kapitalismus, als die Diktatur des Proletariats und kann keinen anderen geben. Die einzige wirkliche und bis zum Letzten revolutionäre Klasse ist die Arbeiterklasse. Aber diese Klasse, d. h. ihre Partei, kann klug und kann dumm handeln. So werden wir das Ziel bedeutend rascher erreichen und werden wenige Opfer haben. Wir werden bedeutende Schichten des Bauerntums und der Kleinbourgeoisie überhaupt teilweise neutralisieren und teilweise auf unsere Seite herüberziehen. Handeln wir aber ungeschickt, fassen wir die großen Klassenaufgaben der Befreiung des Proletariats in zünftlerischem Sinne auf, so schieben wir selbst den Moment des Sieges hinaus.

Wir glauben daran, daß es an der Zeit ist, die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung zu verallgemeinern. Schon während des IV. Weltkongresses hatten wir das Empfinden, daß die Entwicklung in dieser Richtung geht. Für einige Länder Zentraleuropas hatten wir die Aufgabe fast schon entsprechend formuliert. Jetzt stellt sich klar heraus, daß diese Frage für alle Länder Bedeutung hat, daß sie zur wirklich internationalen Frage wird. Und gerade in dem Moment, in dem der Hamburger Kongreß mit solcher Offensichtlichkeit seine volle politische Ohnmacht demonstrierte, müssen wir uns beeilen, mit der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung herauszukommen. Die Herrschaften vom Schlage Vanderveldes werden versuchen, die Bauern zu gewinnen, was ihnen aber nur im Falle unserer völligen Kurzsichtigkeit gelingen wird. Gehen wir jedoch so vor, wie wir müssen, dann werden wir die Partei, die der Arbeiterklasse als führende Kraft, als Träger der Interessen der Nation bedeutende Schichten des Bauerntums zuführen wird.

Auch im Kampf gegen den Faszismus wird diese Losung eine nicht geringe Rolle spielen. Nehmen wir Italien, das klassische Land des Faszismus. Beachten wir einigermaßen die Zeitfolge. Der Faszismus wurde gerade in jenen bäuerlichen Gegenden geboren, wo das Bauerntum sich erhoben hatte zum Kampf um den Boden. Der Faszismus war anfänglich eine Reaktion der Gutsbesitzer gegen diese Bauernregierung. Jetzt, nachdem der Faszismus zur Macht gelangt ist, wirft er sich mit brutaler Gewalt gerade auf diese Bauerngebiete. Mussolini hat teilweise direkt mittelalterliche Gesetze eingeführt, in der Art des Gesetzes, das verbietet, nach 8 Uhr das Haus

zu verlassen. Die faszistischen Banden hausen jetzt gerade in diesen bäuerlichen Bezirken. Diese Banden fangen die Bauern, die sich „vergangen" haben, ein und zwingen sie, den Urin der faszistischen Soldaten zu trinken. Das sind Tatsachen, die mir von unseren italienischen Genossen mitgeteilt worden sind. Ist es da nicht klar, daß unter solchen Umständen der Zorn und der Haß der Bauern gegen die Faszisten fast stündlich zunimmt? Und was tun wir, was unternehmen wir gegenüber dieser Sachlage? Absolut nichts! Ich mache daraus unseren italienischen Genossen speziell keinen Vorwurf. Ich weiß, daß das eine Krankheit fast aller unserer Sektionen ist. Nämlich: die ungenügende Arbeit unter der Bauernschaft. Dasselbe beobachten wir auch in Italien. Weder die Reformisten, noch die Kommunisten, noch die Maximalisten haben einen Finger gerührt, um die Bauern gegen die Faszisten aufzubringen. Leuchtet es nicht ein, daß in dem jetzigen faszistischen Italien die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung mehr als alles andere angebracht ist? Und diese Losung muß aufgestellt werden.

Gewiß werden die Herren Sozialdemokraten sofort mit Beschimpfungen auf uns stürzen und nachzuweisen beginnen, daß diese Losung in unserem Munde nichts anderes ist als Demagogie. Aber die Arbeiter, die die Bourgeoisie schlagen wollen, werden das anders auffassen. Sie werden sehen, daß wir Bundesgenossen in diesem Kampfe gegen die Bourgeoisie suchen und finden. Anders auch werden sich dazu die werktätigen Bauern verhalten und wir werden es möglich machen, bedeutende Schichten der werktätigen Bauern, nicht mehr zu neutralisieren, sondern sie für uns zu gewinnen. In jedem Lande, in dem es Bauern gibt — und wo gibt es keine? —, müssen wir diese Losung, selbstverständlich entsprechend den konkreten Umständen, anwenden. Natürlich haben wir vor allem jene Bauern im Auge, die keine Lohnarbeit anwenden.

Und noch eines. Auf dem IV. Kongreß haben wir Ihnen auseinandergesetzt, warum nach unserer Meinung die Neue Oekonomische Politik der Sowjetregierung eine internationale Erscheinung und durchaus keine Episode der russischen Revolution ist. Wir haben Ihnen bewiesen, daß fast jedes Land nach der Revolution eine mehr oder weniger lange Etappe dieser Politik durchzumachen haben wird. Wir waren uns alle darüber einig, daß die Neue Oekonomische Politik Sowjetrußlands keine russische Erscheinung ist und daß das siegreiche Proletariat in jedem beliebigen Lande die Frage der entsprechenden Vereinigung der Arbeiterklasse und des Bauerntums zur gegebenen Zeit wird aufrollen müssen. Wenn dem so ist — und dem ist zweifelsohne so —, so scheint uns der logische Schluß daraus gleichfalls die Arbeiter- und Bauernregierung zu sein. Wenn wir

die Lage in einer ganzen Reihe von Ländern überschauen, sehen wir eigentlich nicht ein einziges Land, für das diese Losung nicht angebracht wäre. Wir sagen jetzt der rückständigen Arbeiter- und Bauernschaft: Wir wollen den Staat der Reichen vernichten und wollen einen Staat der Arbeiter schaffen. Entschließen wir uns, dem noch hinzuzufügen: Deshalb schlagen wir die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung vor. Wenn wir einen derartigen Beschluß fassen, wird die Tatsache, daß die sozialdemokratische Partei uns auch nur auf der parlamentarischen Arena überflügelt, unmöglich werden.

Es genügt natürlich nicht, nur leere Beschlüsse in dieser Frage zu fassen. Es gilt klar zu erkennen, daß auch diese Parole voll schwerer Gefahren ist, ebenso wie die Taktik der Einheitsfront im allgemeinen.

Die mit der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung verbundenen Gefahren bestehen darin, daß einige unserer nicht gefestigten und im marxistischen Sinne nicht genügend geschulten Sektionen darauf verfallen können, sie im Geiste der linken Sozialrevolutionäre auszulegen. Diese Partei gab sich für eine Partei der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz aus. Wir sagen und werden sagen, daß wir eine Partei der Arbeiterklasse sind. Nachdem aber die Arbeiterklasse einmal gesiegt haben und einige Jahre sich an der Macht erhalten wird, mag es ihr natürlich auch gelingen, nicht nur einen großen Teil des Bauerntums, sondern auch einen bedeutenden Teil der Intelligenz zu gewinnen. Im Falle einer günstigen Entwicklung der Dinge in Sowjetrußland werden wir nach einer Anzahl von Jahren unbedingt eine Situation haben, wo hinter unserer Partei nicht nur die ganze Arbeiterklasse, sondern auch die Bauernschaft und die Intelligenz stehen werden. Die Herren Sozialrevolutionäre haben lediglich die Bedeutung eines einzigen griechischen Wortes vergessen: — Chronos — die Zeit. Ja, nachdem das führende Proletariat als erstes sich zum Kampfe erhoben, als erstes sich organisiert und den revolutionären Teil des Bauerntums für sich gewonnen und die Bourgeoisie gestürzt hatte, nach all dem konnte es im Laufe einer Reihe von Jahren auch die ungeteilte Unterstützung der Bauern und der Intelligenz erobern. Aber erst danach. Um aber die Rolle des Trägers der Revolution, die Rolle des Machthabers zu spielen, muß das Proletariat seine selbständige, durch kein kleinbürgerliches Wässerchen verdünnte, aus einem Stück gegossene Partei haben. Jetzt allerdings beginnt in Rußland, nach einigen Jahren der Sabotage, nicht nur das Bauerntum, sondern auch ein bedeutender Teil der Intelligenz die Sowjetmacht aufrichtig zu unterstützen. Die Arbeiterklasse und ihre Partei haben in einigen Jahren heroischer

Arbeit in der Epoche der größten der Revolutionen bewiesen, daß sie ihr Land zu verteidigen vermögen, daß sie Rußland die volle Unabhängigkeit erkämpft haben, daß sie die Wirtschaft fördern, die Wissenschaft unterstützen, die Intelligenz schätzen usw. Bei einer solchen Lage der Dinge hat die Intelligenz begonnen, sich auf unsere Seite zu schlagen. Das ist aber nur der Beweis dafür, daß die Partei eine Arbeiterpartei bleiben muß und daß sie in keinem Falle die sozialrevolutionäre kleinbürgerliche Formel „Partei der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz" annehmen darf.

Die aus der Aufstellung der Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" sich ergebenden Gefahren bestehen darin, daß unsere wenig gefestigten Parteien sich möglicherweise dazu verleiten lassen, den Klassencharakter unserer Partei zu verwischen. Dagegen gilt es sofort Vorbeugungsmaßregeln zu treffen. Wir bleiben nach wie vor „steinharte" Marxisten, unversöhnliche „Dogmatiker". Wir bleiben nach wie vor eine mit beiden Füßen auf dem Klassenstandpunkt stehende Arbeiterpartei; die Grenzen der Partei müssen scharf, klar und deutlich gezogen werden. Die soziale Zusammensetzung unserer Partei muß eine proletarische sein, aber unsere Arbeiterparteien müssen klug operieren, geschickt manövrieren und erfolgreich mit dem Sektentum kämpfen können Wir müssen um jeden Preis zu Massenparteien werden. Die Aufgabe ist keinesfalls leicht. In der bürgerlichen Gesellschaft liegen die Dinge ja nicht so, daß auf der einen Seite ein Häuflein Bourgeoisie, auf der anderen Seite sich das Proletariat befindet. Wenn es wirklich so einfach wäre, so wäre der Sieg nicht so schwer. In Wirklichkeit wissen wir, daß wir zwischen dem Häuflein der Bourgeoisie auf der einen und dem städtischen Proletariat auf der anderen Seite zahlreiche Schichten, Millionen und Zehnmillionen Bauern, kleine Leute, Angestellte, Kleinbürger, Intelligenz usw. haben. Wenn wir den vollen Sieg über die Bourgeoisie wollen, müssen wir unseren Sieg ernsthaft vorbereiten. Wenn wir uns in dem Glauben wiegen, daß die internationale proletarische Revolution in verhältnismäßig kurzer Zeit siegen wird — und wir sind davon vollkommen überzeugt —, so müssen wir die Elemente des Mittelstandes unter teilweiser Neutralisierung und teilweiser Gewinnung für uns erobern können. Wir müssen den Weg zur Befreiung vom Joch des Kapitalismus allen jenen Bevölkerungsschichten weisen können, die nicht direkt an der Herrschaft des Kapitals interessiert sind. Wir dürfen uns also nicht eine Minute den Gefahren verschließen, die mit der Ausgabe der Parole: „Arbeiter- und Bauernregierung" verbunden sind. Wer indes die Wölfe fürchtet, soll nicht in den Wald gehen. Wir haben schon etwas gelernt, der Schwierigkeiten der Taktik des Manövrierens Herr zu

werden. Das hat die Durchführung der Taktik der Einheitsfront bewiesen. Um Schwimmen zu lernen, haben sich unsere Parteien ins Wasser gestürzt und einzelne unserer Parteien haben schon Schwimmen gelernt. Im wesentlichen kann als unsere erste, im internationalen Maßstabe durchgeführte Kampagne die mit der Taktik der Einheitsfront verbundene Kampagne gelten. Die Schwierigkeiten waren nicht gering, trotzdem haben wir sie fast bewältigt; jetzt ist der Moment gekommen, unseren Aktionsradius zu erweitern, der Moment, in dem es gilt, die Psychologie unserer Partei zu verändern. Unsere Parteien müssen sich endlich nicht mehr als Zunftgebilde, die lediglich spezifische „Arbeiter"-Aufgaben zu erledigen haben, betrachten, sondern als Parteien, die allen Ernstes den Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten. Wenn wir alle Vorbeugungsmaßregeln, sowohl vom theoretischen als auch vom organisatorisch-politischen Standpunkt treffen, so dürfen wir überzeugt sein, daß die Ausgabe der Parole Arbeiter- und Bauernregierung uns nur Vorteil bringt; in der Tschechoslovakei, in Frankreich, in England, in Skandinavien, in Amerika und in Deutschland, mit einem Wort überall.

Schon auf dem III. Kongreß haben wir unsere Aufgaben in vier Worte zusammengefaßt: Heran an die Massen! Auf dem II. Kongreß haben wir unsere Taktik der Einheitsfront genauer präzisiert und entwickelt. Dies hat uns, wie die verflossenen sechs Monate bewiesen haben, geholfen, in die breiten Schichten der Arbeiterklasse einzudringen.

Jetzt stehen wir vor einer noch größeren Aufgabe: in unseren Parteien den Willen zur Macht zu erwecken, aus ihnen Parteien zu machen, die bei jedem Schritt ihrer Arbeit sich als Parteien betrachten, die morgen die Bourgeoisie niederringen werden. Unsere Parteien sind die Vorhut der Arbeiterklasse. Selbst von dem Willen zur Macht erfüllt, wird die Vorhut diesen Willen auf die breiten Millionenschichten der Arbeiter übertragen und wenn der Wille zur Macht die Millionen und Abermillionen Proletarier erfaßt, wird der Sieg nicht mehr so schwer sein. (Langanhaltender Beifall.)

ZWEITE SITZUNG

13. Juni 1923.

Debatte über den Bericht der Exekutive.

Redner: Sinowjew, Duret, Varga, Urbani, Höglund, Radek, Falk, Bucharin, Böttcher.

Vor Eintritt in die Diskussion ergreift SINOWJEW das Wort zu einer Richtigstellung Es ist mir gestern bei der Besprechung der norwegischen Frage eine kleine Entgleisung passiert. Man könnte meine Rede so auslegen, als ob wir in einem formellen organisatorischen Konflikt mit unserer norwegischen Bruderpartei ständen. Ich habe gesagt, daß der norwegische Parteitag die Beschlüsse des IV. Kongresses abgelehnt hat. Formell ist dem nicht so, sondern der Kongreß hat mit zwei Stimmen Mehrheit Thesen angenommen, die materiell gegen die Beschlüsse des IV. Kongresses sind, hat aber dann einstimmig eine Resolution beschlossen, in der der Kongreß in Kristiania erklärt, daß die Beschlüsse des IV. Kongresses für die norwegische Partei bindend sind, und daß sie sie bis zum V. Kongreß durchführen wird. Also formell hat der Kongreß in Kristiania ganz loyal gehandelt, und wir sind nicht in der Lage, jetzt konstatieren zu müssen, daß die norwegischen Genossen diese ihre Beschlüsse nicht eingehalten haben, und formell juristisch ist die Lage etwas anders, als man nach meinen gestrigen Ausführungen glauben könnte. Der prinzipielle Meinungsunterschied bleibt aber doch bestehen, und für uns ist das eben die wichtigste Seite. Es handelt sich um eine Aussprache zwecks Feststellung, wie weit diese Meinungsverschiedenheit bestehen bleibt. Diese Korrektur an meiner Rede hielt ich für meine Pflicht.

DURET (Frankreich): Die allerdings notwendige Aufforderung der sozialistischen Führer zur Anwendung der Einheitsfronttaktik ist mit Gefahren verbunden, die umso größer sind, als es sich um weniger erfahrene, weniger marxistisch durchgebildete Parteien handelt. In Frankreich z. B. hat man den reformistischen Führern

Artigkeiten gesagt. Da die Artikel Treints im offiziellen Organ der Partei erschienen sind, muß das gesamte politische Büro die Verantwortung für sie tragen.

Der Redner kritisiert dann die Antwort des politischen Büros auf die Ablehnung der Einheitsfront durch die sozialistischen Organisationen und die Zugeständnisse, die man der Linken, die übrigens ganz unbedeutend, aber vielleicht gefährlicher als die Rechte der S. P. ist, gemacht hat.

Die Parole einer Arbeiter- und Bauernregierung hält er für an Gefahren reicher als die Parole der einfachen Arbeiterregierung. In der Internationale wird die Arbeiterregierung auf zweierlei Art verstanden: als Resultat einer revolutionären Aktion und als Resultat des Spieles parlamentarischer und demokratischer Kräfte. Es ist notwendig, zu betonen, daß die Arbeiter- und Bauernregierung nur auf revolutionärem Wege zu erreichen ist und nicht parlamentarisch sein wird. In der nationalen Frage offenbart sich eine starke Trägheit. Viele reuige frühere Sozialpatrioten, die jetzt in der Kommunistischen Internationale sind, glauben, daß nationale Bewegungen unbedingt einen imperialistischen Charakter besitzen müssen. Solche Behauptungen sind von einer metaphysischen und nicht von einer dialektischen Methode eingegeben.

VARGA: Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung müßte klarer formuliert werden. Man muß einen Unterschied machen zwischen den arbeitenden Bauern und den ausbeutenden Bauern. Die arbeitenden Bauern, die durch die Steuern, die Tarifpolitik der Eisenbahnen, die Trusts und in manchen Ländern noch durch den feudalen Großgrundbesitz ausgebeutet werden, sind durch viele Bande mit dem Proletariat verbunden.

Natürlich birgt diese Parole der Arbeiter- und Bauernregierung große Gefahren in sich. Wenn wir in Betätigung der Einheitsfrontparole uns mit den sozialdemokratischen Arbeitern vereinigen, so ist das ein Bündnis mit Klassengenossen. Aber die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung bedeutet, daß wir ein Bündnis mit einer Klasse suchen, deren wirtschaftliche Lage von der des Proletariats verschieden ist. Die Bauern sind nicht unmittelbar ausgebeutet wie das Proletariat. Es besteht die Gefahr, daß breite Schichten von warenproduzierenden und ausbeutenden Bauern in ihrem Kampf gegen das Kapital zu uns stoßen. Das kann in Amerika und Kanada der Fall sein, wo nicht nur die arbeitenden Bauern, sondern auch die ausbeutenden Bauern im Kampfe gegen das Kapital stehen, das durch seine Trusts schon seit einem Jahrzehnt die Preise der Industrieerzeugnisse künstlich hoch hält und so die Preisverhältnisse zwischen Getreide und Industrieprodukte zu ungunsten der warenprodu-

zierenden Bauern verschiebt. Mit dem Wiedererscheinen Rußlands auf dem Getreidemarkt wird diese Krise noch ungemein verschärft.

Ich möchte den Vorschlag machen, daß die Formulierung der Arbeiter- und Bauernregierung in der Propaganda ein wenig variiert werden, daß man sie in Regierung der Arbeiter und arbeitenden Bauern umändern sollte. Dadurch wäre schon in der Formulierung ein Trennungsstrich zwischen Proletariat und reichen, ausbeutenden Bauern gemacht.

Es wird dann sicherlich die Frage auftauchen, wie verhält sich die Diktatur des Proletariats zur Arbeiter- und Bauernregierung? Ob nicht diese den Weg zur Diktatur des Proletariats verrammeln wird? Ich glaube, daß diese Gefahr nicht besteht. Das Bauerntum war niemals imstande, auf die Dauer selbständig zu regieren. Infolgedessen muß es sich von einer anderen Klasse führen lassen. Die Frage steht für die Bauern eigentlich so: sollen die Bauern geführt und ausgebeutet werden von Kapitalisten und Großgrundbesitzern, oder sollen sie geführt, aber nicht ausgebeutet werden vom Proletariat in der Periode der Diktatur des Proletariats? Ich glaube, man kann das in geschickter Weise ganz ruhig den Bauern sagen: Arbeiter- und Bauernregierung unter Führung des Proletariats, wenn die Diktatur erkämpft ist.

Wenn es gelingt, diesen Kongreß zu überzeugen, daß das Bündnis der Arbeiterschaft mit der Bauernschaft absolut notwendig ist, dann wird diese Tagung einen Markstein in der Entwicklung unserer Bewegung bilden.

URBANI (Italien) weist den Vorwurf der Sabotage zurück, den Sinowjew der Kommunistischen Partei Italiens und besonders der Zentrale gemacht hat. Fehler sind allerdings geschehen, aber verantwortlich für das, was sich bei der Ausführung der Beschlüsse des vierten Kongresses in Italien zugetragen hat, ist nicht bloß die Tätigkeit oder Untätigkeit der Kommunistischen Partei Italiens. Wir glauben, daß auch folgendes in Betracht kommt: 1. Die Exekutive hat die Entscheidung des römischen Kongresses der Sozialistischen Partei falsch eingeschätzt. Sie hat diese Entscheidung für den Ausdruck eines ernsten, enthusiastischen, entschiedenen Willens zur Einigung gehalten. Man hörte nicht auf das, was wir gegen diese Auffassung sagten, nämlich, daß sich unter den Befürwortern der Einigung viele heimliche Gegner der Einigung befanden. 2. Es war ein Fehler, zu glauben, daß man die Vereinigung im wesentlichen in Moskau vorbereiten könne. 3. Es ist wirklich sabotiert worden, nämlich von den Sozialisten, von jenen, die nicht für und nicht gegen die Einigung waren. Ein Beispiel: Am 4. Februar fand in Mailand

die erste Sitzung der Einigungskommission statt. An diesem Tage erfuhr man, daß Serrati, kaum zurückgekehrt, Italien wieder verlassen und sich, ohne irgendwem ein Sterbenswörtchen davon zu sagen, in die Schweiz begeben hatte. Die Kommission verlor dadurch mehr als drei Wochen. An dieser Sabotage war die Kommunistische Partei unschuldig. 4. Der größte und gefährlichste Fehler, der in Italien begangen wurde, war der, daß die Einigungskommission und der Vertreter der Komintern nicht Hand in Hand arbeiteten. Ich will hier keine Diskussion darüber anfangen, wie weit die Vollmacht eines Vertreters der Komintern gehen darf, sondern nur über den konkreten Fall sprechen. Der Vertreter der Komintern suchte die Antifusionisten durch eine diplomatische Taktik zu gewinnen. Er bestand nicht auf der Bildung einer Vereinigungs-Fraktion in der Sozialistischen Partei. Noch vor dem Eintreffen der Einigungskommission sprach er von der Möglichkeit eines Blocks oder einer Föderation der beiden Parteien, also von etwas ganz anderem, als in Moskau beschlossen worden war, was natürlich unsere Arbeit sehr erschwerte. 5. könnte man von den Fehlern sprechen, die wir begangen haben. Aber wir müssen mit der größten Entschiedenheit dagegen protestieren, daß man die Kommunistische Partei Italiens und ihre Zentrale als die Alleinschuldigen hinstellt. Uebrigens: als die Exekutive einen zweiten Vertreter nach Italien sandte, entstand die Frage: Welcher der beiden hat nun recht? Denn der zweite Moskauer Delegierte hat festgestellt, daß die italienische Kommunistische Partei alles tat, was in ihren Kräften stand, um die Vereinigung zu bewerkstelligen.

Sinowjew hat gegen uns den Vorwurf erhoben, daß wir keine Pressekampagne zugunsten der Vereinigung unternommen hätten. Angesichts der ständigen Angriffe der sozialistischen Gegner der Vereinigung war Schweigen die einzig mögliche Haltung. Wenn wir ihnen geantwortet hätten, wäre eine Vereinigung überhaupt unmöglich geworden.

Wir verlangen, daß sich die italienische Kommission offen darüber ausspricht, ob die italienische Partei in der letzten Zeit schlecht gearbeitet, oder ob sie sich den Beschlüssen des vierten Kongresses gefügt hat. Ich glaube, daß die Taktik des Genossen Sinowjew, die Kommunistische Partei für die Mißerfolge der Internationale in Italien verantwortlich zu machen, nicht das beste Mittel ist, die Kommunistische Partei, die in einen furchtbaren Kampf mit der Bourgeoisie und der Reaktion verwickelt ist, zu unterstützen und den Einfluß der Internationale in Italien zu vergrößern.

HÖGLUND (Schweden): Ich will zunächst das unwahre und verdrehte Zerrbild, das Genosse Sinowjew von der norwegischen und

schwedischen Partei gegeben hat, ein wenig richtigstellen. Ich muß sagen, wenn sich die Schilderungen, die Genosse Sinowjew von den übrigen kommunistischen Parteien gegeben hat, auf eine gleiche Sachlichkeit stützen, so haben wir wirklich keine Kenntnis von der faktischen Lage in der Kommunistischen Internationale bekommen. Ueberhaupt hat sich Genosse Sinowjew ganz negativ in seiner Beurteilung der kommunistischen Bewegung verhalten. Er hat gar nicht gezeigt, in welchem Maßstabe die Parteien sich politisch und organisatorisch gefestigt haben, wie die Einheitsfrontparole durchgeführt oder gelungen ist, welche Fehler evtl. begangen worden sind und welche positiven Maßnahmen noch zu ergreifen sind usw.

Betreffs des Hamburger Kongresses kann ich in der Hauptsache unterstreichen, was Genosse Sinowjew gesagt hat. Man darf aber diesen Kongreß und seine Bedeutung im Kampfe gegen unsere Bewegung nicht unterschätzen. Die neugebildete II. Internationale ist nicht nur eine Parade. Sie ist gewiß keine sozialistische Internationale, aber sie ist doch eine Internationale, die eine straffere Zentralisation als früher anstrebt, um die Parteien fester zu binden an ihre antikommunistische Politik. Es ist sehr wichtig, daß die kommunistischen Parteien die Beschlüsse des Hamburger Kongresses genau beleuchten und ihre Zweideutigkeit und Inhaltlosigkeit sowie auch ihre konterrevolutionäre Tendenz aufzeigen und gleichzeitig die Differenzen ausnützen, die in der Stellung zu Sowjet-Rußland zum Ausdruck kamen.

Nun zur skandinavischen Frage. Was Norwegen betrifft, so hat nach der praktisch einstimmigen Meinung in unserer Partei die Exekutive selbst eine wesentliche Schuld an der schwierigen Lage in Norwegen. Die Exekutive hat große Fehler begangen, und die inneren Streitigkeiten sind verschärft, anstatt ausgeglichen worden. Wir Schweden kennen die Lage in Norwegen sehr gut, und wir müssen in allem Ernst vor einer Verschärfung der Krise warnen. Eine Zersplitterung der großen norwegischen Arbeiterpartei würde den Tod des Kommunismus in ganz Skandinavien bedeuten (Radek: Sehr richtig!) und ein Italien im Norden schaffen. Und das wollen wir nicht haben. Wir sind auch der Meinung, daß die traurige Lage der dänischen kommunistischen Bewegung, die fast tot ist, durch ein sehr ungeschicktes und ungerechtes Auftreten der Exekutive herbeigeführt worden ist.

Gerade die praktische Erfahrung in diesen Ländern vor allem hat bewirkt, daß die schwedische Kommunistische Partei den vermehrten Machtbefugnissen der Exekutive und dem verschärften Zentralismus, den der IV. Weltkongreß beschlossen hat, sehr skeptisch

Osteuropa-Institut
an der Freien Universität Berlin
— Bibliothek (Sa) —

gegenüber gestanden hat. Wir haben gefordert, daß die Arbeit der Exekutive und ihr Kontakt mit den verschiedenen Parteien besser und zuverlässiger werden muß. Wir sind keine Gegner des demokratischen Zentralismus, und wir haben alle Beschlüsse des IV. Kongresses als bindend für die Partei erklärt. Aber wir haben gewisse Wünsche und Bemerkungen zu den Beschlüssen des Weltkongresses in dieser Frage ausgesprochen, gewisse organisatorische Maßnahmen gefordert, die wir in der folgenden Debatte über den Zentralismus konkret formulieren werden.

Nach der Rede des Genossen Sinowjew könnte man glauben, daß die Wirksamkeit und das innere Leben der schwedischen Partei sich auf die Religionsfrage konzentriert hat. Er hat mit keinem Wort unsere politische und gewerkschaftliche Arbeit berührt. Nur ein Ausspruch von mir über die Stellung unserer Partei zu der Religion hat ihn interessiert, diese Frage, die weder in der schwedischen Partei noch in der Internationale eine aktuelle Frage ist. Aber ich fürchte, daß sie es werden kann durch die leichtfertigen Ausführungen und Parolen des Genossen Sinowjew. Leider hat Genosse Sinowjew nicht zitiert, was ich geschrieben habe. Ich muß das deshalb selbst tun. Der Artikel wurde geschrieben, weil man in gewissen Parteikreisen in Stockholm in Versammlungen behauptete, daß die Partei eine antireligiöse Propaganda beginnen müsse. Es war also die Gefahr vorhanden, daß solche Nebenfragen der Partei sehr viel Kraft für andere, wichtigere Aufgaben wegnehmen und zu einem Sektierertum führen könnten, worauf auch andere Symptome in der Bewegung hindeuten. Deswegen schrieb ich diesen Artikel, wo ich u. a. sagte:

„Die K. P. fordert von ihren Mitgliedern nicht die Erklärung, daß sie nicht an Gott oder an das Leben im Jenseits glauben.... Die Partei verlangt nur, daß sie das politische Programm, das die Partei für ihre Tätigkeit aufgestellt hat, und die Statuten, die die Partei für ihre Organisation hat, annehmen.... Was der Kommunismus will, ist: Für alle eine menschenwürdige Existenz auf der Erde zu schaffen. Wie die Dinge im Himmel geordnet sind, geht uns nichts an. Davon möge jedermann denken, was er will, falls nicht seine Sorgen um den Himmel seine Anteilnahme an der Arbeit, die Erde für die Menschenkinder wohnlich zu machen, verhindern."

„Eine andere Sache ist, daß die K. P. unversönlich die Verwandlung der Religion in eine klassenpolitische Institution, wie es die Staatskirche ist, bekämpft. Denn die Staatskirche ist nichts anderes, als eine geistige Polizeieinrichtung der herrschenden Klasse, sie hat nichts mit wirklicher Religiösität zu schaffen, sondern trägt eher dazu bei, diese zu erdrosseln. Eine andere Sache ist es auch, daß wir religiöse Entartungsphänomene bekämpfen, wie das gegenwärtige „In Zungen reden" und ähnliche geistige Seuchen offensichtlich krankhaften Charakters. Eine andere Sache ist es auch, daß wir jeden Versuch, aus der einen oder anderen Religion eine Verteidigung der

Sklaverei, der Exploitierung der Arbeitermassen oder der Ungerechtigkeit herzuleiten, abweisen ...."

„Es mag wahr sein, daß der Marxismus als Weltanschauung, als eine universelle Philosophie sich nicht mit einer positiven Religion vereinigen läßt, obwohl die materialistische Geschichtsauffassung gar nicht Anspruch auf die Lösung des Problems der letzten Gründe des Daseins und der damit zusammenhängenden Fragen erhebt .... Es gilt weniger den Himmel als die Erde zu kritisieren, weniger die Theologie der herrschenden Klasse als ihre Politik zu bekämpfen, weniger Gott als den Kapitalismus abzuschaffen. Dies ist ein echt marxistischer Gedankengang; selbst Marx sagte, daß „mit der Auflösung der verkehrten Realität, deren Theorie die Religion ist, diese von selbst zusammenbrechen wird."

Und dann zuletzt:

„Es wäre eine Torheit, wenn die K. P. dadurch, daß sie sich als antireligiös stempelt, jene Elemente von sich stieße, die sonst für unser Streben zu gewinnen wären. Wir müssen uns erinnern, daß es Massen von Arbeitern, Kleinbürgern und Kleinbauern gibt, die auf Grund ihrer Klassenlage früher oder später zu einem revolutionären Standpunkt getrieben werden, d. h. zu unserer Partei, die davon aber unbedingt abgehalten würden, wenn die Partei den „Kampf gegen die Religion" proklamierte, weil sie fest an religiöse Traditionen und Vorstellungen gebunden sind. Und es gibt viele andere, die religiös indifferent sind, denen jedoch eine direkt antireligiöse Propaganda zuwider ist. Die K. P. wie jede kämpfende Bewegung sucht den Weg des geringsten Widerstandes zum Siege. Sie muß darum sorgfältig alles vermeiden, was die Sammlung um sie erschweren kann und nicht zu den zentralen Aufgaben ihrer Tätigkeit gehört. Mögen einzelne Kommunisten als Privatleute religiöse oder irreligiöse Propaganda nach Belieben treiben — es ist ihr Recht, und niemand wird sich darin einmischen, solange keine Beeinträchtigung des politischen Programms und der Aktion der K. P. daraus erwächst. Aber wenn die Partei als solche den Atheismus als ein notwendiges kommunistisches Glaubensbekenntnis guthieße, so würde sie unbedingt zu einer Sekte herabsinken, ebenso sicher, wie wenn sie sich als baptistisch oder ephraimitisch erklärte."

Nun, Genossen, ist die Auffassung, die ich hier skizziert habe, unrichtig? Und soll von den Kommunistischen Parteien gefordert werden, daß sie, wie Genosse Sinowjew sagte, einen offenen „Kampf gegen die Religion" führen? Dann können selbstverständlich religiöse Arbeiter und Bauern, die in den meisten Ländern sehr zahlreich sind, nicht zu unserer Partei gehören, wenn sie auch revolutionäre Kämpfer sind und unser Programm anerkennen. Ich kann mir keinen größeren Unsinn denken, als wenn die Kommunistische Internationale eine solche Parole herausgäbe. Welche unerhörten Kräfte schon die Rede des Genossen Sinowjew gegen uns mobilisieren wird, das wird sich in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse Europas bald zeigen.

Was zum Schluß die neue Parole der Arbeiter- und Bauernregierung anbetrifft, so haben wir in Schweden nichts dagegen. Aber ich glaube, man überschätzt die Wirkung einer solchen Parole. Es scheint mir auch, daß man zuerst klarstellen sollte, wie tief die Parole der Arbeiterregierung durchgedrungen ist, bevor man die Parole ändert. Die Hauptsache ist auch nicht, immer neue Parolen und neue Thesen zu schreiben oder zu verfassen, sondern die Hauptsache ist die konsequente und energische Durchführung der früheren Beschlüsse und die tägliche Kleinarbeit, um das Vertrauen der großen Massen zu gewinnen.

RADEK: Genosse Höglund behauptet, daß die Exekutive große Fehler in Skandinavien begangen hat. Ich schlage vor, die Redezeit des Genossen Höglund zu verlängern, damit er seine schwerwiegenden Anklagen k o n k r e t beweist. Er hat es mit k e i n e m einzigen Wort getan.

HÖGLUND: Ich bitte, darauf später in der Debatte zurückkommen zu dürfen, weil ich nicht direkt, ohne schriftliche Unterlage, deutsch sprechen kann.

FALK (Norwegen): Sinowjews Bericht hat den Eindruck hervorgerufen, als sei die norwegische Partei oder die sie führende Richtung eine antikommunistische. Dies ist nicht richtig. Die norwegische Partei ist mit einer zentralisierten kommunistischen Weltbewegung einverstanden.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der norwegischen Partei und dem E. K. drehen sich um den Zentralismus und die vom E. K. der Partei gegenüber eingenommene praktische Haltung. Die Exekutive hat der Partei auf Grund absolut unrichtiger Informationen geschrieben und sie durch Radek und Bucharin kritisiert. Durch diese unbegründeten Angriffe hat die Exekutive die opportunistischen Tendenzen gestärkt.

Sinowjew sagte, daß gewisse Mitglieder der „Mot Dag"-Gruppe ausgeschlossen werden müßten, aber er nannte keine Namen und erhob keine bestimmten Beschuldigungen. Die Partei wird durch die Differenzen, die infolge einer solchen Haltung der Exekutive verursacht werden, zerrissen.

Es ist wahr, daß es Meinungsverschiedenheiten über Prinzipien gibt. Es gibt Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Zentralismus. Wir sind der Ansicht, daß die Exekutive mit den zentralen Organen der Partei verhandeln sollte und nicht mit einer Minderheit. Die Jugendbewegung wird als absolut separate Organisation organisiert, wie wir annehmen, mit Beihilfe der Exekutive. Aber beide

Teile müssen loyal sein. Sollte diese Politik fortdauern, so werden wir innerhalb zweier Jahre in Norwegen eine italienische Lage haben. Die Autorität der Internationale sollte in allen Angelegenheiten internationalen Maßstabs absolut sein, aber in der Regel dürfte sich die Internationale nicht in Angelegenheiten lokaler Natur einmischen.

Sinowjew sagte, daß die neue Taktik der Einheitsfront notwendig sei, weil die Sozialdemokraten sich stärker und die Kommunistische Partei sich schwächer erwiesen hätten, als wir erwarteten. Dies ist in Norwegen nicht der Fall. Hier ist die Kommunistische Partei eine Massenpartei und die Sozialistische Partei eine kleine Partei. Wir beschlossen, die Taktik auf die starken Gewerkschaftsführer und nicht auf die schwachen Führer der Sozialdemokratie anzuwenden. Die Losung der Arbeiterregierung würde die reformistischen Elemente stärken.

Ferner: wenn wir für eine Regierung der Arbeiter und Bauern-Stimmung machen wollen, so dürfen wir die Bauern nicht zu unseren Gegnern machen, indem wir die Religion angreifen.

BUCHARIN: Genosse Höglund erklärt, daß er von dem Referat Sinowjews enttäuscht sei, da es ihm nicht das geboten habe, was er erwartete. Meiner Ansicht nach hatte Sinowjew die neuen politischen Erscheinungen und die Entwicklung gefährlicher Symptome bei unseren Bruderparteien zu behandeln, was er auch getan hat. Daß wir so verfahren, ist der Unterschied zwischen uns und der II. Internationale. Höglund erhebt gegen die Exekutive die Anschuldigung, daß sie zuerst die italienische Partei verdorben habe und nun auch die norwegische Partei zerstören wolle. Er kann aber keinen einzigen Beweis für seine Behauptung erbringen.

Sinowjew hat gestern gefragt, warum jetzt auf einmal die religiöse Frage aufgetaucht ist. Objektiv hat das Auftauchen dieser Frage im jetzigen Augenblick nur einen Sinn: In ganz Europa hetzt man gegen Sowjet-Rußland wegen der Religionsverfolgungen, die angeblich in Rußland stattfinden. Und diesen Moment benutzen einige schwedische Genossen, um der Welt die Versicherung zu geben, daß nur die russischen Kommunisten so schlechte Kerle seien, während sie selbst ganz loyal und gar nicht antireligiös seien. Subjektiv mag das nicht so sein, objektiv ist es so. Diese Genossen fürchten sich vor der Attacke der bürgerlichen Presse. Aehnlich war es mit der Frage des Zentralismus. Gerade in dem Moment, als die bürgerliche Presse über die Ukase aus Moskau und die Abhängigkeit der norwegischen Genossen von der Moskauer Diktatur zu schreiben anfing, gerade in diesem Moment beschäftigen sich auch unsere norwegischen Genossen mit der Frage des Zentralismus. Das bedeutet, daß die

skandinavischen Kommunisten humanitärer erscheinen wollen als die echten Kommunisten. Wenn sie es auch nicht mit Absicht tun, so ist das doch der objektive Sinn ihrer Handlung.

Was das Materielle der Argumentation Höglunds betrifft, so enthält sie auch nicht ein Atom von Marxismus. Die Behauptung, daß die Kommunistische Partei nicht sagt, daß der Glaube konterrevolutionär sei, ist unrichtig. Gegenwärtig ist jede Religion in Europa konterrevolutionär. In den orientalischen Ländern kann die Religion eine gewisse revolutionäre Rolle spielen, wie das der Kampf der religiös fanatisierten Massen Asiens gegen den britischen Imperialismus beweist. Die Methoden der Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus sind auch die Methoden der Befreiung der Arbeiterklasse aus der bürgerlichen Ideologie. Zu dieser gehört eben auch die Religion.

Genosse Höglund schreibt: „Eine andere Sache ist es, daß die K. P. unversöhnlich die Verwandlung der Religion in eine klassenpolitische Institution, wie es die Staatskirche ist, bekämpft". Der Marxismus behauptet jedoch, daß jede Religion eine Klassenideologie ist und deshalb ein Klasseninstrument darstellt.

Wir können in unserer Partei religiöse Menschen dulden, denn die Religion hat tiefe Wurzeln in der Seele des „modernen" Menschen. Wir können Geduld haben, um diese Leute reif zu machen, aber wir dürfen daraus nicht die Folgerung ziehen, daß uns als Partei die Religion nichts angeht. Höglund hat mir erklärt, in meinem „ABC des Kommunismus" stünde, daß wir vorsichtig gegen die Religion kämpfen müßten. Das ist natürlich richtig. Wir müssen eben verschieden vorgehen, d. h. unter den Arbeitern andere Methoden im Kampf gegen die Religion anwenden als bei den Bauern, bei denen wir auch größere Geduld zeigen müssen. Genosse Falk behauptet, es sei absolut stupid, jetzt einen Feldzug gegen die Religion anzufangen. Er übersieht aber, daß wir gar keinen Feldzug gegen die Religion unternommen haben, sondern vielmehr Genosse Höglund einen Feldzug f ü r die Religion unternommen hat.

Nun einige Worte zu der Rede des Genossen Falk. Er behauptet, Sinowjew habe in seiner Rede erklärt, die Kommunistische Partei Norwegens stünde der Kommunistischen Internationale feindlich gegenüber. In Wirklichkeit hat Sinowjew gerade das Gegenteil gesagt. Genosse Falk behauptet, wir hätten bei den verschiedenen Fragen niemals mit der norwegischen Partei direkt diskutiert, sondern uns an Einzelpersonen gehalten. Auch das entspricht nicht den Tatsachen. Wir haben uns tausendmal an die norwegische Parteizentrale gewandt und von ihr gefordert, sie möge ihre Vertreter nach Moskau senden, damit wir mit ihnen diese Fragen diskutieren könn-

ten. Das ist nicht immer befolgt worden. Falk wirft uns vor, daß wir uns mit einer Fraktion verbunden hätten, vergißt aber, daß es die norwegische Partei war, die uns den Vertreter geschickt hat. Genosse Tranmael selbst ist nicht gekommen. Was die Gruppe „Mot Dag" betrifft, so sollte man diese Sache in einer Kommission besprechen. Die norwegische Partei hat leider kein besonderes Interesse für die internationale Sache. Was die Jugend angeht, so glaube ich persönlich, daß in den Fragen, die das Verhältnis zu der Internationale betreffen, für kein Mitglied irgendeiner Partei, auch nicht für irgendwelche Bestandteile der Gesamtorganisation, die nationale Disziplin obligatorisch ist, wenn sie im Gegensatz zur Internationale steht. Jedes Mitglied irgendeiner Jugendorganisation oder irgendeiner Parteiorganisation hat in der Zeit, da Konflikte zwischen der Internationale und der lokalen Sektion bestehen, das volle Recht, für die Internationale und gegen die Zentralleitung zu sein. Wenn wirklich bei den skandinavischen Genossen der gute Wille vorhanden ist, Schulter an Schulter mit der Kommunistischen Internationale zu arbeiten, so werden wir schon Wege finden, um die Schwierigkeiten zu beseitigen. (Beifall.)

BÖTTCHER (Deutschland): Die Hauptfrage der Taktik der europäischen Parteien ist die Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Die Taktik der Einheitsfront ist bisher in Deutschland am erfolgreichsten durchgeführt worden. Solange wir die Taktik der Einheitsfront anwenden, solange haben wir auch unvermeidliche Differenzen um das „Wie" der Durchführung. Um keine Verwischung unserer Grundsätze aufkommen zu lassen, ist immer wieder die Betonung der Rolle der Kommunistischen Partei als Führerin im Kampfe um die Aufrichtung der Diktatur notwendig. Der IV. Kongreß hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Anwendung der Einheitsfronttaktik nicht eine Verfälschung der proletarischen Diktatur oder eine Revision der kommunistischen Grundsätze bedeuten dürfe. Gegen die sozialdemokratischen Führer hegen wir das stärkste Mißtrauen wegen der verräterischen Rolle, die sie bis jetzt gespielt haben und die sie objektiv auch noch weiter zu spielen gezwungen sind. Aber wir haben das Vertrauen zu den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie gemeinsam mit uns kämpfen werden. Die Taktik der Einheitsfront muß von den kommunistischen Parteien erkämpft und erlebt werden. In der deutschen Partei vertrat die Opposition zuerst die Meinung, daß die Einheitsfront einzig und allein nur von unten kommen könne. Diese Auffassung ist falsch und auch jetzt überwunden. Die Einheitsfront ist unsere jetzige politische Strategie, mit der wir nicht nur die sozialdemokratischen Führer entlarven, son-

dern mit der wir auch gleichzeitig die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter in bestimmte, vorgetriebene Kampfpositionen führen. Das setzt voraus, daß man der Auffassung ist, daß die sozialdemokratischen Arbeiter mit den Kommunisten kämpfen, auch wenn sie noch in der sozialdemokratischen Partei sind. Bei der Anwendung der Einheitsfrontparole müssen solche Forderungen aufgestellt werden, die auch den sozialdemokratischen Arbeitern als sofort realisierbar verständlich sind. Die Einheitsfront ist der Blutpakt kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter im Kampfe gegen die Koalitionspolitik und die Bourgeoisie, und wenn sie das ist, dann wird natürlich diese Einheitsfront auch zum Pakt kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter gegen die sozialdemokratische Führerschaft. Auch unsere Opposition mußte zugestehen, daß wir durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik verschiedene Kampfpositionen eroberten, die den weiteren Kampf der Arbeiterklasse erleichtern. Die Eroberung dieser Kampfpositionen ist entscheidend. Hier muß die Sozialdemokratie an ihrem inneren Widerspruche zerschellen. Sie steht vor der Frage: Arbeiterpolitik oder Bourgeoisiepolitik. Die zunächst ideologische Spaltung der Sozialdemokratie ist ein wichtiges Ergebnis der Einheitsfronttaktik.

Die Arbeiterregierung kann von bestehenden demokratischen Institutionen ausgehen. Sie ist nicht ein festfixierter Punkt, sondern infolge der ganzen dialektischen Uebergangszeit eine wechselnde Linie, die täglich ein neues Gesicht zeigt. Es können Situationen kommen, in denen wir den sozialdemokratischen Arbeitern erklären: Wir als Kommunisten sind bereit, auch mit den sozialdemokratischen Führern eine revolutionäre Koalition zu bilden, obwohl wir wissen, daß uns die sozialdemokratischen Führer schon am ersten Tage verraten werden. Infolge der zugespitzten Lage in Westeuropa ist Grund vorhanden, zu glauben, daß es nicht erst zur Ausbildung einer Arbeiter- und Bauernregierung kommen wird, sondern daß wir direkt zur Diktatur übergehen werden. Trotzdem müssen wir mit einer Möglichkeit rechnen, die uns zwingen kann, die Arbeiterregierung als eine revolutionäre Koalition mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu bilden. Die Stützpunkte dieser Regierung müssen außerparlamentarische Klassenorgane sein.

In Deutschland haben wir die Organisierung der sympathisierenden Arbeiter um die Kommunistische Partei bisher erreicht in den Betriebsräten, in den Kontrollausschüssen und in den Hundertschaften. Das alles sind Organe der Einheitsfront, mit deren Hilfe die Kommunistische Partei den Kampf führt. Durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik haben wir es bei uns erreicht, daß große Teile der sozialdemokratischen Arbeiter, obzwar

immer noch mit dem Mitgliedsbuch bei der Sozialdemokratischen Partei, mit ihrer Seele schon bei uns sind. Diesen Prozeß müssen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln fördern. Unsere Parteien müssen Parteien sein zur Eroberung der politischen Macht, Parteien des Sieges, die die Führung der Nation haben. Bei dem Ruhrkampf haben wir diese Psychologie in unserer Partei noch nicht gehabt.

Ein Wort noch an die norwegischen Genossen. Wir haben das Gefühl, daß die norwegische Partei zu wenig Verbindung mit den übrigen kommunistischen Parteien hat. Wir hoffen, die norwegischen Genossen werden einsehen, daß der Föderalismus der Bewegung schweren Schaden zufügt und nur der straffste Zentralismus die Voraussetzung dafür ist, daß die Kommunistische Internationale die Führung der Weltrevolution behält. (Beifall.)

Die Sitzung wird auf abends vertagt.

DRITTE SITZUNG

13. Juni 1923.

Debatte über den Bericht der Exekutive.

(Fortsetzung.)

Redner: Smeral, Flyg, Schatzkin, Ewert, Trachtenberg, Johnson.

Smeral eröffnet die Sitzung um 8 Uhr abends.

FLYG (Schweden): Ich werde hier kurz die nach dem IV. Kongreß in der schwedischen Partei über die Frage des Zentralismus geführte Diskussion beleuchten, denn sie ist sehr wichtig für die Exekutive. Als das Zentralkomitee den Bericht der Delegation diskutiert hatte, wurden die Genossen Kilbom und Höglund beauftragt, eine Resolution zu formulieren. Sie konnten sich nicht einigen und gaben zwei verschiedene Vorschläge ab. Diese beiden Vorschläge wurden einer anderen Kommission überwiesen. Die von dieser vorgeschlagene Resolution wurde angenommen. Das veranlaßte Genossen Höglund, von seinen Vertrauensposten in der Partei und in der Internationale zurückzutreten. Anläßlich dieser Abdankung wurde die erweiterte Parteizentrale (Reichsausschuß) einberufen. Hier wurde die Resolution gegen die Zentralisation der Komintern angenommen. Einen Vorschlag, die Exekutive zu dieser Sitzung des Reichsausschusses einzuladen, hatte man früher im Z. K. abgelehnt. Dann hatten wir die Konferenz in Kristiania, wo mit Vertretern der Exekutive verhandelt wurde. Nach dieser Konferenz erklärte Genosse Höglund in der Sitzung des Reichsausschusses des Jugendverbandes, daß die Meinungsverschiedenheiten nach den Erklärungen der Vertreter der Exekutive in Kristiania als liquidiert angesehen werden konnen. Auf derselben Sitzung wirkte er selbst bei der Formulierung einer Resolution mit, in der die Beschlüsse des IV. Weltkongresses bedingungslos anerkannt wurden, aber er wollte die Veröffentlichung dieser Resolution nicht. Und auf dem Parteikongreß nahm Genosse Höglund wieder seine frühere Stellung ein und forderte, daß sich der

Kongreß mit den Einschränkungen der erweiterten Parteizentrale solidarisch erklären, also gegen die Zentralisation der Komintern aussprechen solle.

Dem Abdankungsschreiben Höglunds, in dem er sagte, daß weder die schwedische Partei noch die Komintern für eine weitere Zentralisation reif seien, müssen die Statuten, welche vom letzten Parteikongreß angenommen wurden und durch welche die Partei eine der zentralisiertesten Parteien der ganzen Komintern geworden ist, gegenübergestellt werden. Dadurch beweist Genosse Höglund, daß es wahr ist, wenn er sagt, daß er für die Zentralisation ist: aber nur für eine Zentralisation unter der Zentralleitung der schwedischen Partei, aber nicht für eine Zentralisation in der Komintern. Höglund hat erklärt, daß wir nicht reif sind für eine Zentralisation — wir haben ja so große föderalistische Traditionen! Um diesen sozialdemokratischen Föderalismus zu bekämpfen, sollte man doch nicht so fortgesetzt Propaganda für den Föderalismus machen, wie es der Genosse Höglund tut, sondern man sollte meinen, daß er sich schleunigst für eine Propaganda für den Zentralismus aussprechen würde. Aber er hat im Gegenteil eine Propaganda gegen die Zentralisation begonnen.

Nun die Religionsfrage. Genosse Höglund sagt, daß die Religionsfrage in Schweden von einer kleineren Bedeutung für unsere Partei ist. Aber warum wollte er dann auf unserem Parteikongreß eine diesem Artikel ähnliche Resolution vorlegen? Genosse Höglund behauptet, er hätte den Artikel geschrieben, weil die Parteivereine in Stockholm Versammlungen arrangiert hätten, in denen die Frage Kommunismus und Religion diskutiert wurden. Was aber war die Ursache dieser Diskussionsversammlungen? Die Ursache war, daß ein Mitglied der Parteizentrale, Kata Dahlström, privat einige Vorlesungen über die Frage Theosophie, Buddhismus und Spiritismus veranstaltet hatte. In diesen Vorlesungen sprach sie über die laufenden Stühle, Tische usw. und wandte sich sehr scharf gegen die vom Jugendverband und von der Partei geleistete Bildungsarbeit. Gegen diese Vorlesung hatte die Parteileitung und der Genosse Höglund nichts zu sagen. Erst als der Genosse Nerman in den Versammlungen mit der Genossin Dahlström diskutierte, schrieb Höglund seinen Artikel. Er sagt, wenn wir mit einer antireligiösen Propaganda beginnen, so wird die ganze kommunistische Arbeiterbewegung in Schweden verschwinden. Das ist nicht richtig. Genosse Höglund gründete seine Auffassung auf eine unrichtige Verdolmetschung der Rede des Genossen Sinowjew. Was wir in Schweden zu leisten haben, ist die Fortsetzung unserer marxistischen Aufklärungsarbeit.

SCHATZKIN (Jugendinternationale): Die Frage, die durch den Artikel Höglunds „Kommunismus und Religion" aufgeworfen wurde, ist eine wichtige Hauptfrage für die Kommunistische Jugendinternationale, insbesondere vom Standpunkte der Herausbildung der Weltanschauung der kommunistischen Jugend. Nach dem Artikel Höglunds wäre die Religion auch für die Kommunistische Partei eine Privatsache. Das ist vom Standpunkt des Marxismus grundfalsch. Lenin schrieb bereits im Jahre 1905: „Vom Standpunkt der Partei des sozialistischen Proletariats aus ist die Religion keine Privatsache. Die Partei ist ein Bund selbstbewußter Vorkämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse. Ein solcher Bund kann und darf sich auch der Unbildung, dem Aberglauben, dem Obskurantismus in Gestalt der religiösen Mystik gegenüber nicht gleichgültig verhalten. Wir fordern die vollständige Trennung des Staates von der Kirche, um gegen die religiöse Finsternis in rein ideologischer Weise und mit rein ideologischen Mitteln der Presse und des Wortes kämpfen zu können. Aber wir haben uns eine Organisation geschaffen, u. a. auch zum Kampfe gegen jede religiöse Verdummung der Arbeiter". Der Standpunkt des Genossen Höglund steht weit näher der sozialdemokratischen „Toleranz" als dem marxistischen Standpunkte Lenins. Die religiösen Stimmungen in Rußland waren sicherlich immer viel stärker als in Schweden, und doch ist die revolutionäre Partei trotz ihrer antireligiösen Propaganda keine Sekte geworden.

In der Frage des demokratischen Zentralismus hat Genosse Falk hier den schwedischen Oppositionsstandpunkt und nicht den der prinzipiellen Gegnerschaft gegen den Zentralismus innerhalb der Internationale, wie er es in Norwegen tat, vertreten. Der Unterschied zwischen der II. und III. Internationale in der Frage des Zentralismus hängt aufs engste zusammen mit ihrem politischen Charakter. Die Kommunistische Internationale ist eine Internationale der Tat, braucht deshalb eine straffe Zusammenfassung und Koordinierung ihrer Kräfte. Der Standpunkt der norwegischen Genossen in dieser Frage ist ebenfalls ein Ueberbleibsel der Sozialdemokratie. Auch in Hamburg wurde beschlossen, in internationalen Fragen Disziplin zu üben, in den nationalen Fragen aber den Parteien freie Hand zu lassen. Die Kommunistische Jugendinternationale hat seit ihrem Bestehen immer eine gewählte Exekutive und hat damit keine schlechten Erfahrungen gemacht. Die Forderung der skandinavischen Genossen auf die Umänderung dieser Bestimmung in der Kommunistischen Internationale muß als falsch abgelehnt werden.

Die Vorwürfe Falks, daß ich die norwegische Jugend gegen die Partei aufgehetzt habe, sind nicht richtig. Der kommunistische Jugendverband Norwegens steht auf dem Boden der Kommunisti-

schen Internationale und daher auch in Opposition zur Partei, und es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß die kommunistische Jugend auch weiterhin für den Standpunkt der Kommunistischen Internationale in Norwegen kämpft.

Die antimilitaristische Arbeit lastete bisher ausschließlich auf den Schultern der Kommunistischen Jugendinternationale. Dieser Zustand muß dahin geändert werden, daß die Kommunistische Internationale ihre Organisationen verpflichtet, sich an dieser Arbeit zu beteiligen und so diese Arbeit zu verstärken. In der Frage der Verschmelzung der SPI. und KPI. haben wir bei der italienischen Jugend bessere Erfahrungen gemacht. Die kommunistische Jugend hat die Verschmelzung nicht sabotiert. Auf dem Kongreß der sozialistischen Jugend erklärten sich auch 80 Prozent der Stimmen für die Verschmelzung.

Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung muß basieren auf einer großzügigen theoretischen Aufklärungsarbeit über die Bauernfrage. Es wäre wünschenswert, daß Genosse Bucharin dazu eine theoretische Unterlage etwa in Form einer kleinen Broschüre lieferte. Es darf immer bei der verstärkten Agitation unter der Bauernschaft durch die Parteien der Komintern nicht außer acht gelassen werden, daß die Zusammensetzung der Parteien eine überwiegend proletarische bleibt.

EWERT (Deutschland): In der skandinavischen Arbeiterpresse sind verschiedentlich falsche Auffassungen über die Frage des bewaffneten Aufstandes aufgetaucht. Genosse Tranmael hält sich in einem Interwiev über die extremen Forderungen Moskaus nach dem Gebrauch von Waffen auf und erwähnt den Kapp-Putsch in Deutschland als Beispiel dafür, daß die Arbeiter auch ohne Waffen den Sieg erringen können. Das ist eine typisch sozialdemokratische Auffassung. Außerdem entspricht sie auch nicht den Tatsachen, denn während des Kapp-Putsches hat die deutsche Arbeiterschaft zu den Waffen gegriffen und ist erst nach der Entwaffnung niedergeschlagen worden. Wir müssen uns ganz entschieden gegen die Ansicht des Genossen Tranmael wenden, daß der Knüppel der Exekutive die deutsche Partei an der Gesundung hindere. Der Zentralismus in der Komintern ist unserer Ansicht nach noch lange nicht weit genug vorgeschritten. Allerdings kann ein Generalstab, der in die Taktik, Politik und Aufgaben der einzelnen Parteien leitend eingreifen soll, nicht von etwa heute auf morgen geschaffen werden. Er bildet sich erst in einer Zeit längerer Entwicklung.

Die wichtigste Frage, die Genosse Sinowjew hier aufgerollt hat, ist die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung. Diese Frage hat

nicht nur für die agrarischen Länder, sondern auch für die Industrieländer große Bedeutung. In Deutschland ist das Industrieproletariat die ausschlaggebende Schicht; trotzdem wird der Sieg des Proletariats erst möglich sein, wenn es gelingt, die zwei Millionen Kleinbauern mindestens zu neutralisieren. Die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung ist für Deutschland nicht neu, denn schon der Spartakusbund hat sich mit seinen Parolen und in seinen Aktionen an die kleinen Bauern gewandt. Unsere Aufgabe wird es sein, für diese Parole eine solche Formulierung zu finden, daß es für die Arbeitermassen klar wird, daß wir die arbeitenden Bauern meinen.

Noch einige Worte zu der nationalen Frage. Diese Frage wurde in Deutschland bei Beginn des Ruhrkonfliktes nicht mit genügender Schärfe gestellt, und selbst in der Partei gab es noch verschiedene Meinungsverschiedenheiten, die erst in der letzten Zeit beseitigt wurden. Das Problem ist in Deutschland nicht besonders schwer, weil die Bourgeoisie selbst Deutschland verrät und stückweise an die Entente verkauft. Schwieriger ist diese Frage allerdings in den anderen Ländern. Der Ruhrkonflikt hat den ersten Ansatz einer Zusammenarbeit zwischen der französischen und der deutschen Kommunistischen Partei gezeigt. Allerdings hat diese Zusammenarbeit noch verschiedene Mängel, was jedoch ihrer großen Bedeutung als erste Tat keinen Abbruch tut.

RADEK: Die Debatte dieser Tagung bietet ein Bild, das vollkommen verschieden ist von dem, was das internationale Proletariat in Hamburg gesehen hat. Bisher erzählte man uns, daß in der Kommunistischen Internationale jedes geistige Leben fehle. In Hamburg haben wir gesehen, daß keine einzige Frage öffentlich diskutiert wurde. Als bei der Behandlung der russischen Frage Modigliani auftrat, um zu sprechen, mußte er sich direkt physisch durchsetzen, um die Gegensätze zum Ausdruck zu bringen. Wenn wirklich Arbeiter jetzt Gelegenheit haben, Streitfragen sachlich zu erörtern, so ist es auf unseren Kongressen. Ich glaube, daß es sehr gut sein wird, wenn unsere skandinavischen Genossen, wenn sie über die Frage des Zentralismus sprechen, sich die Erfahrungen dieser unserer Arbeit ansehen. Wie stellt sich Falk das vor: Jawohl, in internationalen Fragen Entscheidungen des E. K., aber keine Einmischung in lokale, d. h. nationale Fragen. Wie will der Genosse Falk die Arbeit der Kommunistischen Partei prüfen und korrigieren, wenn er dagegen ist, daß wir auf unseren Kongressen auch über die Fragen einzelner Parteien entscheiden. Die beiden deutschen Genossen, die heute gesprochen haben, haben feststellen können — und jeder, der ihre Reden hörte, hatte das Gefühl, daß sie wirklich das Empfinden der

deutschen Partei ausdrücken —, daß die Partei vorwärts geht, daß sie Siege zu verzeichnen hat. Genossen! Erinnern Sie sich an den III. Kongreß, wo wir mit der deutschen Partei über die Märzaktion gekämpft haben. Ich glaube, es gibt keinen einzigen deutschen Genossen, der nicht zugeben würde, daß die damalige Einmischung der Internationale — nicht der Exekutive, der Internationale des Kongresses —, die gemeinsame Diskussion, ihnen geholfen hat, zustande zu bringen, daß eine viel größere Provokation der deutschen Bourgeoisie als die im März 1921, die diesjährige, an der gewonnenen Erfahrung der Partei abgeprallt ist.

Genossen! Die Frage der Religion ist hier — es scheint so zufälligerweise — aufgetaucht aus Anlaß eines Artikels Höglunds. Ich glaube, die Diskussion hat es schon zum Teil gezeigt, und in ihrem weiteren Verlauf wird sie es noch mehr zeigen, daß wir hier durch ein Stück Papier, durch den Artikel Höglunds an eine Frage herangekommen sind, die eine große internationale Bedeutung für uns haben kann. Und wieder, der Austausch der Gedanken aus Anlaß dieses konkreten Falles wird uns helfen, eine Gefahr zu überwinden, eine gewisse Sache zu sehen, die internationale Bedeutung hat, die für jede Partei von Bedeutung ist.

Wir haben zwei Reihen von Fragen: die Frage der Konsolidierung der einzelnen schon existierenden kommunistischen Parteien, und die zweite Frage: die der Erweiterung unserer Basis. Was die Konsolidierung der Internationale betrifft, so steht damit die italienische und die norwegische Frage in enger Beziehung.

Die italienische Frage hat Genosse Urbani sehr scharf pointiert gegen die Exekutive dargestellt. Er sagt uns, wir sollen ihnen beweisen, wann sie die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale sabotiert hätten. Er beruft sich auf das Zeugnis des Genossen Dimitri. Jedoch die Einstellung der italienischen Partei, die wir aus unseren Diskussionen mit unseren italienischen Freunden vom letzten Kongreß her genügend kennen, zeigt allein schon, daß eine gewisse Schuld für die Ereignisse in der italienischen Frage auch auf die Partei fällt. Wenn Genosse Urbani sich darauf beruft, daß auch Vella und Neni schuld seien, so beweist das nichts zugunsten der italienischen Partei. Eben weil einzelne Führer der Sozialistischen Partei die Einigung sabotieren wollten, mußte unsere Partei in erster Linie diese Sabotage verhindern. Unsere italienischen Freunde sind ausgezeichnete Genossen, und wer mit ihnen in Italien zu tun hatte, kommt gerührt zurück. Aber das darf uns nicht hindern, ihnen ihre Fehler aufzuzeigen. Es handelt sich dabei nicht um die Einmischung

einer fremden Instanz, sondern um den Austausch internationaler Erfahrungen.

Genosse Falk erklärt, wenn wir über den Zentralismus diskutieren wollen, so seien sie bereit, aber wir erhöben unbegründete Beschuldigungen. Genosse Falk! Haben Sie einen Artikel im „Mot Dag" geschrieben, in dem die Kommunistische Partei Deutschlands dargestellt wurde als eine unbedeutende, einflußlose Gruppe Intellektueller, während in derselben Nummer ein Lied über Stinnes gesungen wurde? Als ich im Januar in Kristiania war, erschien während der Verhandlungen im „Socialdemokrat" der Artikel des Genossen Bull, in welchem behauptet wurde, daß die Delegierten zu den Kongressen der Kommunistischen Internationale entgegen ihrer Ueberzeugung stimmen unter dem Terror der Exekutive und daß darum diese Kongresse eine Komödie sind. Ich frage: Sind das solche unschuldigen Dinge, die uns zeigen sollen, daß die Frage des Zentralismus eine Frage nach dem „Mehr" oder „Minder" ist? Dieser Artikel zeigt uns, daß es sich um Krankheiten einer sehr guten proletarischen Partei handelt. Genosse Falk! Ich gebe zu, es kann mir, Bucharin und Sinowjew, die wir keine Norweger sind, passieren, daß wir ein Zitat, das im „Socialdemokrat" stand, dem „Mot Dag" zuschreiben, oder daß wir nicht wissen, daß der Johanson kein Mitglied der Partei war. Aber politisch ist in dem Urteil Sinowjews über die norwegische Partei durchaus kein Mißverständnis. Die Exekutive hat die Lage politisch richtig beurteilt. Die norwegischen Genossen haben ja seinerzeit den Beschlüssen der Internationale zugestimmt. Sie erklärten, daß die Kommunistische Internationale in allen Fragen zuständig sei, dann traten sie aber dagegen auf. Nun fragen wir sie: Welche Meinung vertreten sie jetzt? Die norwegische Partei ist eine gesunde proletarische Partei, wer ihre Abspaltung von der Internationale ins Werk setzen will, wird sich die Finger verbrennen. Die Partei leidet daran, daß sie abseits von den großen Ereignissen liegt. Ihre heutige Lage erklärt sich aus der geschichtlichen Entwicklung, die sie durchgemacht hat. Diese Eigenart muß jedoch überwunden werden, nicht durch Ukase, sondern im Verein mit den norwegischen Genossen. Entweder werden die führenden Genossen diese Notwendigkeit verstehen, oder es werden sie die nichtführenden Genossen verstehen.

Was die erweiterte Basis unserer Tätigkeit betrifft, so sind hier drei Fragen zu behandeln: die Arbeiter- und Bauernregierung, die nationale Frage und die religiöse Frage.

Ich beginne mit der Religionsfrage. Jede revolutionäre Klasse, die die Macht erobern will, tritt keck auf, „ni maître, ni Dieu" (kein Herr, kein Gott), wie die französische Bourgeoisie sagt.

Es gibt keine Klasse, die die alte Macht niederringen will und dabei nicht die Faust gegen Gott zeigt. Wenn Höglund kommunistische Artikel schreibt über die Mysterien des Lebens und Todes — ich war immer der Meinung, daß wir die Gedanken über den Tod der Bourgeoisie überlassen sollen, für uns kommt dieser immer zu früh, je weniger wir daran denken, umso besser —, wenn er schreibt, daß der Kommunismus diese Frage nicht löst, wenn er sagt, es gibt Religionen an und für sich und besondere, die der Bourgeoisie dienen, so sind dies alles Greisenzüge. Das sind nicht Gedanken und nicht die Sprache einer revolutionären Partei und eines revolutionären Führers. Es liegt eine Müdigkeit darin, über solche Fragen zu spintisieren. Für mich ist die Religionsfrage eine bedeutende Frage, bedeutender als nur eine Entgleisung von Höglund. Man könnte sagen, wir können Höglund für diesen Artikel dankbar sein, weil er uns ganz unvorbereitet an eine Frage heranbrachte, die eine enorme Rolle spielt in den anglosächsischen Ländern, die von Bedeutung ist, sowohl in Holland wie in den katholischen und protestantischen Ländern; nämlich die Frage, wie vereinigen wir folgende zwei Dinge: Wir haben eine antireligiöse Weltanschauung. Es gibt keine kommunistische Partei, die die Welt erobern und den Himmel dem lieben Gott überlassen will. Wir können Gott nicht ruhig im Himmel sitzen lassen, weil er ein Werkzeug des Kapitals ist. Es genügt eine Tatsache, daß die englische Labour Party ihre Kongresse mit einer Kirchenfeier eröffnet, daß sie sich für die verfolgten, unschuldigen polnischen und orthodoxen Pfaffen, sogar für die jüdischen Rabbiner so sehr interessiert hat, daß sie den Genossen Newbold als Geisel behalten wollte für Zepliek. Wenn ich weiter die Tatsache berücksichtige, daß in Holland nicht in den Reihen der Sozialdemokraten, sondern in denen der christlichen Gewerkschaften die Mehrheit der Arbeiter steht, daß in Schweden bei der Spaltung der liberalen Partei sich ein Teil der Arbeiter und Kleinbauern auf religiöser Basis geeinigt hat, so sehe ich hier die Frage, über die wir uns klar werden müssen. Wir sind eine Partei mit einer atheistischen Weltauffassung. Und Genosse Bucharin sagte schon, unsere atheistische Weltanschauung ist auch eine Sache, die den Massen mit Vorsicht serviert werden muß. Was bedeutet das? Wir sind nicht nur Atheisten, wir sind eine Kommunistische Partei, die für die Diktatur des Proletariats kämpft, und wenn wir an die zurückgebliebenen Massen herantreten, so bedeutet das nicht, daß wir vom ersten Augenblick an verpflichtet sind, vor ihnen unser ganzes Programm zu entwickeln. Dadurch unterscheidet sich Agitation von Propaganda, daß die Agitation die Aufmerksamkeit der breiten Massen auf die wichtigsten Fragen lenkt, und erst, nachdem die Massen herange-

zogen sind, werden sie der Partei nähergebracht und man geht weiter. Man zeigt die Konsequenzen. Man geht so weiter bis sie Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, dann kann man ihnen das Buch von Bucharin geben über die Fragen des Materialismus. Niemand beginnt aber mit dem Buch von Bucharin. Glauben Sie, daß die K. I. von Euch fordert, daß Ihr zu den Bauern geht und als erstes fordert, daß sie mit dem lieben Herrgott brechen, und bevor sie das nicht unterschreiben, Ihr nichts mit ihnen zu tun habt? Unseren atheistischen Standpunkt haben wir den Zwecken unterzuordnen, die wir in jeder Situation verfolgen. Genosse Bucharin sagte schon, daß die Agitation im Arbeiterzentrum anders ist als unter den Bauern. Wir sprechen anders mit einem industriellen Arbeiter, der mit Elektrizität umgeht, als mit einem Fischer, der in irgendeiner Hütte in Norwegen lebt, den ganzen Winter über in der Bibel liest und ein armer Fischer ist. Und wenn Genosse Sinowjew gesagt hat, daß wir in Rußland Genossen aus der Partei ausschließen, die ihre Kinder taufen lassen, so tun wir recht daran. Wir sind eine Festung, die belagert wird, und ein Soldat, der nicht imstande ist, dem Einfluß seiner Tante oder Großmutter Widerstand zu leisten, wird noch weniger Widerstand leisten im Moment der Gefahr. Die deutschen Genossen sagen, daß noch 50 Prozent der Mitglieder der deutschen Partei ein formelles Verhältnis zur Kirche haben, und niemand will diejenigen ausschließen, die noch der Kirche angehören. Die deutsche Partei hat immer die Anträge der Genossen aus den großen Arbeiterzentren bekämpft, die gefordert haben, die Partei solle obligatorisch den Austritt aus der Kirche verlangen. Würde Genosse Höglund gegenüber diesen Anträgen auf Ausschluß derjenigen Genossen von der Partei, die religiös denken, einen Artikel schreiben, in dem er erklärt, wir Kommunisten glauben weder an Gott noch an den Teufel, das Proletariat muß zur Ueberwindung des Kapitals die Furcht vor Gott und dem Teufel niederringen; aber solange die Arbeitermasse in ihren Tiefen noch religiös ist, obwohl sie am Kampfe teilnimmt, wollen wir diesen ihren Aberglauben schonend behandeln, bekämpfen, aber schonend behandeln, kein einziger Genosse würde ein Wort gegen Höglund sprechen. Wir sagen: Die größte Vorsicht gegenüber den Massen, die noch Vorurteile haben, aber von den F ü h r e r n der Partei können wir fordern, daß sie wenigstens in den Grundfragen der Weltanschauung der Partei klar denken und klar zu den Massen sprechen. Keinen Schritt zurückweichen von unserem atheistischen Standpunkt. Wer in England nicht den Mut hat, zu sagen, ich bin ein Atheist, wo die ganze Meute der Bourgeoisie darüber furchtbar aufgebracht wird — die „Morningpost" hat aus Anlaß unserer atheistischen Zeitung gesagt: wer noch

nicht weiß, daß die Bolschewisten der menschlichen Gesellschaft nicht angehören, muß es wissen, wenn er sieht, wie sie den Herrgott beschimpfen —, wer den Mut zu diesem Kampfe in den anglosächsischen Ländern nicht hat, der wird noch weniger wagen, aufzutreten für die Ziele des Kommunismus.

Genossen, so wie wir die Psyche, die Vorurteile der Arbeiterklasse berücksichtigen, die größte Rücksicht gegen ihren Irrglauben, ihre halben Gedanken üben, um die Massen zu erobern, so werden wir auch vorsichtig vorgehen in diesen Fragen.

Ein paar Worte über die Bauernfrage. Das ist nicht, wie Höglund behauptet, eine neue Parole. Wir haben schon längst mit der sozialdemokratischen Auffassung gebrochen, daß wir von den Bauern nichts wissen wollen. Ewert hat schon darauf hingewiesen, daß dort, wo die Revolution schon lebendig war, in Deutschland im Jahre 1919, das Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands in Angriff genommen wurde. In Italien haben die Genossen die Sache zu wenig betrieben, aber sie haben sich mit ihr befaßt. Man müßte blöde sein, um nicht zu verstehen, daß in Frankreich, einem Bauernland par excellence, die Agrarfrage, das Verhältnis zum Bauerntum, die entscheidende Frage der Revolution ist. Sachlich ist es also keine neue Frage. Wenn wir sie jetzt aufrollen, so aus dem Grunde: Wir haben das Gefühl, die Sache geht vorwärts, und man muß einen neuen Haken in die Wand einschlagen, an dem man die neuen Dinge anhängt. Aber mit ökonomischen Forderungen allein, um die Lage der Bauern zu bessern, ist nichts geholfen. Es muß eine Pointe vorhanden sein, wir müssen den Bauern sagen, daß sie keine Aussicht haben, ihre Lage zu verbessern, bis wir nicht mit ihnen die Herrschaft übernehmen. Die bolschewistische Partei war schon früher für die Bauern eingestellt, aber erst die Losung in der Revolution von 1905, die Losung: Koalition mit den Bauern, hat eine große Bedeutung erlangt. Diese Koalition mit den Bauern bedeutet jedoch nicht, daß wir in Polen mit Witos und in Frankreich mit den Radikalsozialisten in Koalition treten. Das sind konterrevolutionäre Bauernparteien, und mit konterrevolutionären Bauernparteien gehen wir keine Koalition ein.

Die nationale Frage. d. h. die Erklärung der Partei, daß sie die Partei der Nation sein will, ist in England nur ein propagandistischer Ausdruck für das Endziel. Nicht so jedoch in Deutschland. Dort hat die nationale Frage eine ganz andere Bedeutung. Es ist bezeichnend, daß ein nationalsozialistisches Blatt, „Das Gewissen", in seiner letzten Nummer scharf gegen die Verdächtigungen der Kommunisten Stellung nimmt, sie als Kampfpartei bezeichnet, „die von Tag zu Tag mehr nationalbolschewistisch werde". Der Nationalbolschewismus

bedeutete im Jahre 1920 ein Bündnis zur Rettung der Generale, die der Kommunistischen Partei nach dem Siege sofort den Garaus gemacht hätten. Heute bedeutet jedoch der Nationalbolschewismus, daß alles von dem Gefühle durchdrungen ist, daß die Rettung nur bei den Kommunisten zu finden ist. Wir sind heute der einzige Ausweg. Die starke Betonung der Nation in Deutschland ist ein revolutionärer Akt, wie die Betonung der Nation in den Kolonien. Das müssen unsere französischen Freunde begreifen. Wenn in Frankreich Poincaré noch einige Jahre hausen wird, dann wird auch die französische Partei so auftreten müssen, wie heute die deutsche. Höglund warf der Exekutive Fehler vor, die er später beweisen wollte. Das wird ihm nicht gelingen. So viel auch die Exekutive von einzelnen Freunden kritisiert wurde, keiner war imstande, nachzuweisen, wie die Dinge hätten besser gemacht werden können. Die Resolution, die zu dieser Frage vorgelegt wird, muß für die nächsten Monate die neuen Aufgaben vorlegen, und zwar so, daß keine neuen Streitigkeiten entstehen und die Kommunistische Internationale einen Schritt vorwärts gebracht wird. (Lebhafter Beifall.)

TRACHTENBERG (Amerika) erklärt, daß es ihn freue, die Hinweise Sinowjews auf die prachtvollen Fortschritte, die die amerikanische Partei im vergangenen Jahre gemacht hat, zu hören. Wenn die amerikanische Partei besser geworden ist, so ist das den auf dem letzten internationalen Kongreß gefaßten Beschlüssen zu danken. Ferner spricht er über die Brauchbarkeit der von der Internationale herausgegebenen neuen Parole einer Arbeiter- und Bauernregierung für Amerika. Amerika hat im Gegensatz zu Europa keine starke Bauernbevölkerung. Es hat aber eine starke Farmerbevölkerung, deren Lage in der letzten Zeit der der europäischen Bauern ähnlich geworden ist. Viele verlieren allmählich den Boden, den sie vor 25 Jahren unentgeltlich bekommen haben, und werden zu landlosen Farmpächtern. Die im letzten Jahre aufgenommene Statistik zeigt, daß 75 Prozent der Farmen mit Hypotheken belastet sind und die Verschuldung der Farmen gegenüber 1910 um 130 Prozent gestiegen ist. Die Zahl der Farmer hat abgenommen, weil viele in die Stadt gezogen sind. Die vorübergehende Kriegskonjunktur wurde seitdem durch die Eisenbahnen, die Elevator-Gesellschaft und andere Vermittler zunichte gemacht.

Diese Lage veranlaßte die Farmer, eine eigene politische Partei zu gründen. In den wenigen Jahren ihres Bestehens hat die Parteilose Liga (Non Partisan-League) beträchtliche politische Erfolge erzielt. Sie verlangt die Nationalisierung der Eisenbahnen, Getreidedepots, Elevatoren usw.

Die Workers-Party hat in Berücksichtigung dieser Tatsache die Parole einer „Regierung der Arbeiter und werktätigen Farmer" ausgegeben. Diese Parole hat aber auch ihre Gefahren. Die Sozialistische Partei Amerikas hat sich ebenfalls an die Farmer-Bevölkerung gewendet, ließ sich aber überreden, sich mit der Parteilosen Liga und anderen ähnlichen politischen Parteien zu verschmelzen, mit dem Ergebnis, daß sie jetzt in vielen Staaten als Partei völlig verschwunden ist. Es muß betont werden, daß bei der Herausgabe dieser Parole durch die amerikanische Partei diese Gefahr berücksichtigt wird.

JOHNSON (Canada): Canada ist überwiegend ein Agrarland mit einer zahlreichen Bevölkerung armer und kleiner Farmpächter. Diese Farmer befinden sich in einer so hoffnungslosen Lage, daß viele von ihnen ihre Farmen verkaufen. In den westlichen Staaten gibt es 150 000 aus der Ukraine und Rußland ausgewanderter Farmer. Im vorigen Jahre sandten sie eine Delegation zur Distrikts-Parteikonferenz in Manitod und ersuchten, daß die Partei ihnen zu Hilfe komme. Die Farmerorganisation stand unter der Kontrolle der großen Getreideproduzenten und die Delegation ersuchte die Konferenz, ihnen durch Bildung einer besonderen Partei für die ärmeren Farmer zu Hilfe zu kommen. Die Konferenz leitete die Angelegenheit an die Landeskonferenz weiter. Auf dieser wurde nach Erörterung dieser Angelegenheit erklärt, daß die Partei zu wenig Erfahrung auf diesem Gebiete besitze und zu wenig informiert sei, um eine Taktik festsetzen zu können. Das von der Internationale aufgestellte Prinzip einer Arbeiter- und Bauernregierung wurde allerdings angenommen, die Partei steht aber trotzdem vor der Frage, ob die armen Bauern in die Partei aufgenommen werden können, oder ob sie in einer besonderen Farmerliga organisiert werden sollen. Demzufolge setzte die Partei eine Kommission zur Untersuchung dieser Frage ein.

Schluß der Sitzung ½12 Uhr nachts.

VIERTE SITZUNG

14. Juni 1923.

Debatte uber den Bericht der Exekutive.

(Fortsetzung.)

Redner: Tranmael, Negri, Koritschoner, Newbold, Rosmer, Zapatocky, Kolarow, Beruzzi, Amter.

NEGRI (Italien): Die italienische Delegation ist mit dem Bericht des Genossen Sinowjew und besonders mit der Haltung der Exekutive in der Frage des Zentralismus und der Arbeiter- und Bauernregierung einverstanden. Wir hegen den Wunsch, daß der Zentralismus der Kommunistischen Internationale im Sinne der Beschlüsse des IV. Kongresses betont werde. In diesem Punkt sind keinerlei Konzessionen möglich. Wir sind mit der Haltung der Exekutive in der skandinavischen Frage vollkommen einverstanden.

Wir betrachten die Arbeiterregierung keineswegs als eine endgültige Lösung, noch als eine pazifistische Periode, sondern als ein Uebergangsstadium, das einem vorübergehenden sozialen Kräfteverhältnis entspricht. Dieses Stadium muß zur Diktatur des Proletariats führen, oder aber zur Reaktion. Seine Aufgabe ist es, der ersteren den Weg zu bereiten.

Wir akzeptieren die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung ohne Vorbehalt. Wir haben niemals an etwas anderes als eine Arbeiter- und Bauernregierung gedacht, weil die Lage in Italien uns dazu nötigte. Auf 12 Millionen Werktätige kommen bei uns 4 Millionen Arbeiter und 8 Millionen Bauern, von denen letztere zur Hälfte Tagelöhner und zur anderen bäuerliche Grundbesitzer sind.

In Erwiderung auf die Rede Sinowjews führt der Redner Zitate an, die die Haltung der italienischen Partei in der Agrarfrage kennzeichnen. Die alte Sozialistische Partei hatte auf diesem Gebiet Fehler begangen, doch die junge Kommunistische Partei hat es verstanden, die Sympathien der Bauern zu erwerben.

Damit die bäuerliche Denkweise nicht in unsere Partei eindringe, ist es notwendig, daß die, die mit der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung manövrieren, eine absolut geklärte proletarische Ideologie besitzen. Hier erhebt sich in Italien das Problem der Vereinigung. Man hat unsere Strenge in dieser Hinsicht kritisiert. Es gab unsererseits weder eine Sabotage, noch einen Widerwillen gegen die Sozialisten. Um den Erfolg der Revolution zu sichern, sind wir bereit, uns mit dem Teufel zu verbinden, aber es ist notwendig, daß die Partei rein proletarisch und kommunistisch aus der Vereinigung hervorgeht.

KORITSCHONER (Oesterreich): Die Ausführungen Sinowjews bedeuten einen großen Fortschritt, da sie uns neue Arbeitsgebiete weisen. Alle Regierungen, die wir bisher in Oesterreich hatten, waren durchweg Regierungen unter Mitwirkung des besitzenden Bauerntums. Die Agitation auf dem Lande für die Arbeiter- und Arme-Bauernregierung wird uns zugleich helfen, näher an jene Schichten, die noch bisher unter reaktionärer Führung marschierten, heranzukommen und die ländlichen Gebiete Oesterreichs für den revolutionären Klassenkampf zu erobern. Nur muß die Parole so formuliert werden, wie es Genosse Varga vorschlug: Für die Regierung der Arbeiter und arbeitenden Bauern! Anders würde es bei uns geradezu konterrevolutionär wirken, da die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung gleichbedeutend wäre mit der Koalition der Arbeiteraristokratie und des Großbauerntums. Oesterreich ist gegenwärtig ganz und gar Kolonialland. Es steht vollkommen unter der Herrschaft des Völkerbundes und die Früchte sind eine völlige Preisgabe der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit, ungeheure Arbeitslosigkeit, steigende Massenverelendung und Milliardensteuern auf die werktätigen Schichten. Hamburg bedeutet zweifelsohne den Bankrott des österreichischen Menschewismus, aber wir dürfen nicht übersehen, daß dort eine straffere Zusammenfassung, eine besser durchorganisierte Kampfgemeinschaft gegen den Kommunismus zustandegekommen ist. Dies zu unterschätzen, wäre gefährlich, und wir müssen im gegenwärtigen Augenblick den Zentralismus der Kommunistischen Internationale nicht abbauen, sondern umgekehrt an ihm festhalten, ihn weiter ausgestalten. Durch die Fortsetzung unserer Taktik werden wir die Peripherie der Sympathisierenden um die KP erweitern. Schon heute ist auf gewerkschaftlichem Gebiet zu verzeichnen, daß mindestens zehnmal soviel im Banne unserer Losungen stehen, als wir organisierte Kommunisten haben. Für die Exekutive, besonders für die mitteleuropäischen Parteien, ist jetzt die dringendste Aufgabe, die Teilbewegungen in den verschiedenen Län-

dern zusammenzufassen und so die Aktionen im internationalen Maßstabe noch mehr zu koordinieren. Diese Koordinierung in den Donau- und Balkanstaaten wird für die Kommunistischen Parteien im Kampfe gegen den Reformismus und Faszismus die erfolgreichste sein.

NEWBOLD (England): Die britischen Delegierten erheben Einwendungen gegen den Ton, den Sinowjew in seiner Rede bei Erwähnung des Nationalismus und der Kolonien anschlug, aber sie wollen ihren Standpunkt erst in der Kommissionssitzung erklären.

Die Taktik der Einheitsfront erhöht den Einfluß der Partei ständig im ganzen Lande. In vielen Gewerkschaften, besonders bei den Maschinisten und den Grubenarbeitern übernehmen die Kommunisten die Führung. In den Gewerkschaftsräten haben sie festeren Fuß gefaßt.

Auf der Edinburgher Konferenz im Vorjahre stellten die Führer der Labour Party den Antrag, die Kommunistische Partei auszuschließen. Auf der nächsten Jahreskonferenz der Labour Party werden mindestens 13 Gewerkschaftsräte und zwei große Gewerkschaften den Anschluß der Kommunisten befürworten.

Was die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung anbelangt, so wurde diese von der britischen Kommunistischen Partei mit Begeisterung aufgenommen, doch ziehen sie Vargas Abänderung vor: eine Regierung der Arbeiter und arbeitenden Bauern. Die fortgeschrittene Arbeiterbewegung hat die Landarbeiter in England immer vernachlässigt. Es gab keine Bauernschaft in England. Diese ist schon während des 18. Jahrhunderts in die Kolonien oder in die Städte getrieben worden. In Irland gibt es eine große Bauernschaft, und die Losung würde der irischen Partei nur ein Ansporn zu ihrer Entwicklung sein.

Hinsichtlich der Religion ist die britische Kommunistische Partei auch der Ansicht, daß es notwendig sei, die Kirchen anzugreifen, doch kann dies am besten durch die direkten und indirekten Erziehungsinstitutionen der Partei geschehen. Die Hauptstärke der Kommunisten liegt in den Grubengebieten von West-Schottland und Süd-Wales, doch unter den Grubenarbeitern ist die Religiösität noch sehr stark. Ebenso besteht die gesamte irische Bauernschaft aus gläubigen Katholiken. In Irland würde ein Angriff auf die Religion die Entwicklung der Partei daselbst auf viele Jahre unmöglich machen. Man hat der britischen Partei immer den Vorwurf gemacht, sie habe keinen Einfluß auf die Massen. Wäre es darum nicht besser, man griffe die Religion indirekt, statt direkt an?

ROSMER: Bezüglich der Frage des Zentralismus und der Beziehungen zwischen der K. I. und der R. G. I. kann die französische Delegation von nützlichen Erfahrungen sprechen. Höglund ist der Ansicht, daß die Exekutive infolge schlechter Information Fehler gegenüber der norwegischen Partei begangen hat. Lange Zeit hindurch haben die Gegner der K. I. das Gleiche in der französischen Frage gesagt. In einem Artikel von Tranmael finden wir ein anderes Argument, das uns ebenso bekannt ist: „Die Internationale möchte uns einen passiven Gehorsam aufzwingen". Tranmael nimmt eine zweifache Stellung ein: bald ist er gegen den übertriebenen Zentralismus, bald spielt er den linken Kommunisten. Die Leute, die in Frankreich in dieser Weise sprachen, stehen gegenwärtig außerhalb der K. I. und gehen der II. Internationale entgegen.

Falk hat versucht, zwischen der K. I. und ihren Sektionen einen Trennungsstrich zu ziehen. Das ist sehr schwer. Wir ersuchen die skandinavischen Genossen, sich über die Haltung der Exekutive in der französischen Frage auszusprechen. Hat die Erfahrung etwa bewiesen, daß die Exekutive sich geirrt hat? Das was Negri heute gesagt hat, beweist, daß die Skandinavier sich mit Unrecht auf die Meinung der Italiener beriefen, da diese Anhänger des Zentralismus in der K. I. sind und ihn sogar noch für ungenügend halten. Tranmael sagt: „Entweder Bruch mit unserer revolutionären Tradition oder Bruch mit der K. I." Solche Ausdrücke sind unzulässig. Sie erinnern uns an Frossard, der sich auf die gleiche Weise zwischen die französische Tradition und die K. I. stellte. Die erste Vorbedingung einer Lösung des Konflikts ist, daß diese Frage nicht mehr auf diese Weise gestellt werde.

Die Rede Durets hat die aus Frankreich gekommenen Delegierten überrascht. Duret, der sich seit 6 Monaten in Moskau befindet, hat die französische Partei völlig ignoriert, ihr keinerlei Information zukommen lassen und keinerlei Kritik an ihr geübt. Er kritisiert sie aber jetzt scharf auf dieser Tribüne. Er würde es aber nicht tun, wenn er die geringste Verbindung mit der Partei gehabt hätte. Treint, der im Wesentlichen mit uns einverstanden ist, ist der einzige Verteidiger der unglückseligen Formel über den Arbeiterimperialismus. Sein Artikel wurde nur mit Vorbehalt veröffentlicht. Man kann einen Funktionär nicht daran hindern, zuweilen Dummheiten zu schreiben. Duret weiß das besser als jeder andere. Was die Antworten Treints an die Dissidenten betrifft, so haben wir nicht auf die Kritik Durets gewartet, um sie in das richtige Licht zu stellen. Wir haben die Einheitsfronttaktik mit einem gewissen Erfolg angewendet, wie es die Verwirrung in den Reihen der reformistischen C. G. T. beweist. Wir würden heute weiter sein, wenn wir nicht

wegen Duret ein ganzes Jahr mit einer fruchtlosen Diskussion über diese Taktik verbracht hätten.

In Bezug auf Hamburg hat Höglund erklärt, daß es gefährlich sei, die Vereinigung der beiden Internationalen zu unterschätzen. Wenn es wahr ist, daß sich für uns Kommunisten die Lage klärt, so ist es andererseits auch wahr, daß sie Illusionen schaffen kann. Wir müssen daher die sozialdemokratische Aktion in Hamburg entlarven. Die beste Art zur Bekämpfung der neuen sozialdemokratischen Internationale ist aber, ihr eine andere gegenüberzustellen, ihr in keiner Beziehung ähnlich zu sein und über den Anschluß an die K. I. und ihre Unterstützung nicht zu feilschen, wie es die Skandinavier tun.

ZAPOTOCKY (Tschechoslovakei): Die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung ist für uns nicht eine allgemeine propagandistische Losung, sondern sie beginnt eine wichtige Frage der Tagespolitik zu werden. Sie stellt uns in der Tschechoslovakei vor sehr interessante Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Da wir nichts unternehmen wollen, was mit den Intentionen der Internationale nicht im Einklang steht, betrachten wir es als unsere Pflicht, auf die Verhältnisse bei uns aufmerksam zu machen. Was jetzt in der Debatte gesagt wurde, genügt für uns nicht. Für uns ist eine g r ö ß e r e K o n k r e t i s i e r u n g der allgemeinen Losungen notwendig.

Die Kraft der Arbeiterbewegung hat sich in der letzten Zeit gemindert. In dieser Situation ist die Führung der Kampfaktion erheblich erschwert. Durch diese Tatsache sind automatisch die Streitigkeiten über die Möglichkeit der Schaffung einer Arbeiterregierung auf parlamentarischem Wege in negativem Sinne gelöst. Aber diese Möglichkeiten treten sofort in den Vordergrund, sobald hier die Losung der Regierung der Arbeiter und Bauern unterstrichen wird. Im Lager der heutigen Regierungskoalition vollzieht sich eine Zersetzung nach mehreren Richtungen.

Es besteht eine große Spannung zwischen der Partei der industriellen und Bankbourgeoisie, von Dr. Kramarsch geführt, und der agrarischen Partei. Eine Zersetzung zeigt sich ferner auch in der agrarischen Partei selbst. Ein Teil von ihr kann zu unserem natürlichen Verbündeten werden. Wir werden das Tempo der Zersetzung umsomehr beschleunigen und das Wachstum des Selbstbewußtseins des Bauern umsomehr fördern, je konkreter wir die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung aufstellen.

Ein weiteres Zeichen der Zersetzung im feindlichen Lager bietet die Spannung zwischen der Gruppe Masaryk und Benesch auf der einen und den Nationaldemokraten und Kramarsch auf der anderen

Seite. Diese Gegensätze sind so stark, daß sie das bourgeoise Lager selbst auf dem Gebiete der auswärtigen Politik spalten.

Die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung wird aber auch als eine Parole von den Anhängern der sogenannten „Sozialistischen Vereinigung" aufgestellt, die unter anderem mit folgenden konkreten Losungen arbeiten: Regierung der Arbeiter und Bauern, Aufnahme der Beziehungen zu Rußland, Bewilligung eines Staatskredits von einer Milliarde tschechischer Kronen, für die Garantie der Ausfuhr nach Rußland usw.

Wie soll sich die K. P. C. zu diesen Losungen, die im Laufe der Zeit bei uns populär werden können, verhalten?

Wir sind uns vollkommen dessen bewußt, daß die Abstimmung bei den Wahlen nur ein Anlaß, eine Anregung dazu sein könnte, daß diese Frage in Bewegung käme. Die eigentliche Kraft und Stütze einer ähnlichen Regierung müßte selbstverständlich außerhalb des Parlaments, in den Massen und in den selbständigen Massenorganisationen liegen. Die Arbeiter- und Bauernregierung muß, noch ehe sie geboren wird, an die realen Mittel ihrer Verteidigung denken.

Die Tschechoslovakei ist ein kleines Land, aber sie hat eine internationale Bedeutung. Die Stärke unserer Partei könnte für uns zur Ursache von Verlegenheiten werden, wenn es uns nicht gelingen sollte, für die Uebergangszeit eine klare konkrete Linie auszuarbeiten.

Die Gefahr des Opportunismus besteht in der Aufstellung eines Uebergangszieles nur, wenn wir dieses Ziel für das Endziel halten.

Die Taktik der Einheitsfront kann man in der jetzigen Situation nicht nur als ein Entlarvungsmanöver betrachten. Sie ist ein wirklicher ernster Kampf, durch den wir neue Positionen erobern und vorwärtskommen, der also auch positive Erfolge haben kann.

Was die nationale Frage betrifft, so sind wir mit der Formulierung, die der Genosse Sinowjew gegeben hat, vollkommen einverstanden. Ich bemerke dazu nur, daß n i c h t n a t i o n a l e Gegensätze zu Meinungsdifferenzen zwischen den tschechischen und deutschen Textilarbeitern geführt haben, sondern die ungeklärte Lage in der Frage der Roten Gewerkschaftsinternationale.

KOLAROW: Die Taktik der Einheitsfront ist für die Industrieländer genügend studiert worden. Aber wie steht es mit den Agrarländern, mit bäuerlichen Massen, die politisch organisiert sind? In diesen Ländern kann das Proletariat ohne deren aktive Mithilfe nicht die Macht ergreifen. Bulgarien zählt 80 Prozent Bauern. Die Kommunistische Partei und die ihr anhängenden Gewerkschaften sind fast die einzigen Organisationen des Proletariats. Die Sozialdemokraten und

die indifferenten Gruppen zählen fast gar nicht. Der Unterschied zwischen den Arbeiter- und den Bauernorganisationen besteht darin, daß die ersten einen Klassencharakter tragen, während die letzteren aber Körperschaften sind, die sowohl Reiche als Arme umfassen. Wenn sie zur Macht gelangen, so schützen sie das Kapital und unterdrücken sogar die Arbeiterbewegung, denn das gehört zu ihrer Politik.

Die Verhältnisse haben uns genötigt, trotzdem mehrmals mit dem Agrarierverband eine Einheitsfront zu bilden, und zwar: für die Agrarreform, anläßlich der Verfolgung der ehemaligen für den Krieg verantwortlichen Regierungen, gegen den ersten Versuch eines Gewaltstreiches der bürgerlichen Parteien mit den bankrotten Wrangelianern. Der Staatsstreich, der der Bauernpartei die Macht entriß, war augenscheinlich gegen die werktätigen Massen von Stadt und Land gerichtet. Das große Hindernis der Einheitsfront mit den Bauern besteht darin, daß unsere Partei ihre Rechte und sogar ihr Leben gegen die Bauernregierung verteidigen muß.

In einem Lande wie dem unsrigen steht eine Arbeiter- und Bauernregierung außer Frage, während in den Industrieländern das Losungswort der Arbeiter- und Bauernregierung eher auf eine Propaganda abzielt, um die Bauernklasse zu neutralisieren. In den Agrarländern kann das Problem der Diktatur ein neues Aussehen gewinnen, nämlich das der Arbeiter- und Bauerndiktatur. Es ist bereits einige Monate her, seit die bulgarische Kommunistische Partei die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung akzeptiert und mit einem solchen Erfolge für sie Propaganda gemacht hat, daß die Unruhe, die dies unter den leitenden Bauern hervorrief, eine der Hauptursachen ihrer terroristischen Politik gegen unsere Partei war. Wenn der gegenwärtige Staatsstreich den Beginn eines Bürgerkrieges bedeutet, wie es den Anschein hat, so ist unsere Partei genötigt, mit dem Agrarverbande gemeinsame Sache zu machen, und daraus könnte sich eine Arbeiter- und Bauernregierung ergeben.

Der Redner meint, daß es hier am Platze wäre, zur nationalen Frage zurückzukehren, die auf dem II. Kongreß der Komintern im Prinzip vorzüglich gelöst worden sei, die sich jedoch jetzt mit größerer Vehemenz besonders auf dem Balkan erhebt, wo sie der Anlaß eines Krieges zu werden droht. Es bedarf genauer Beschlüsse, die jedem Fall angepaßt sind. Das müßte auf dem nächsten Weltkongreß zur Sprache gebracht werden. Der Redner ist mit den Erklärungen Sinowiews zur italienischen Frage einverstanden und meint, daß die Mißgriffe der italienischen Kommunistischen Partei durch die Auffassung zu erklären seien, die einige italienische Genossen von der Rolle der Partei haben. Wie die Thesen des letzten italienischen Kongresses zeigen, begreifen diese Kämpfer nicht den Unterschied

zwischen einer Massenpartei und einer Sektenpartei. Der Redner findet das Verhalten der skandinavischen Genossen, die im Prinzip Anhänger des Zentralismus sind, schwankend und voller Zweideutigkeit und beschuldigt sie in der Praxis des Despotismus. Sie sind Anhänger des Zentralismus für die Orientländer und den Südosten, aber nicht für das Abendland. Bei sich wenden sie einen strengen Zentralismus an, aber sie wünschen nicht, daß man in der Internationale ihnen gegenüber dasselbe tut. Er hofft, daß die Debatten eine Klärung herbeiführen werden.

BERUZZI: Am 4. Kongreß hat die Kommunistische Partei Italiens die vorgeschlagenen Resolutionen angenommen. Man behauptet, die italienische Kommunistische Partei hätte die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale nur aus Disziplin befolgt. Man kann keine Begeisterung erwarten, wenn es sich um eine politische Vernunftheirat mit Vella und Neni handelt. Jedenfalls hat die italienische Kommunistische Partei gewissenhaft die gefaßten Beschlüsse befolgt, und die Vorwürfe, die man ihr gemacht hat, sind ein bißchen übertrieben gewesen.

BERUZZI: Am IV. Kongreß hat die Kommunistische Partei Italiens gewesen sei, so sei das eine Folge der Fehler der Kommunistischen Partei gewesen. Das ist dasselbe, als wenn man sagen wollte, es sei unrecht von ihr gewesen, sich besiegen zu lassen. Ich habe von deutschen Genossen ähnliche Urteile fällen hören. Seit der Märzaktion von 1921 finden sie, daß es Ausnahmen von diesem historischen Gesetz gibt. Kann eine Partei den Kampf aufnehmen, ohne Gefahr zu laufen, besiegt zu werden? Die Pariser Kommune ist besiegt worden, die russische Revolution vom Jahre 1905 desgleichen. Kann man behaupten, das sei die Schuld der Kommunards und der Bolschewiki gewesen?

Im Jahre 1919 war die Lage in Italien, objektiv betrachtet, revolutionär, aber die Kommunistische Partei war erst in der Bildung begriffen. Als die Kommunistische Partei das Licht der Welt erblickte, hatte die Gegenrevolution bereits gesiegt. Darum ist der den italienischen Genossen gemachte Vorwurf ungerecht. Man sagt: Mussolini hat gesiegt, weil er es verstanden hat, die Bauernmassen zu gewinnen, wozu sich die italienische Kommunistische Partei unfähig gezeigt hat. Das ist nicht erwiesen. Ist es am Platz, unsere Taktik in der Agrarfrage zu prüfen? Was die Haltung der italienischen Kommunistischen Partei hinsichtlich des Faszismus anbelangt, so glaube ich, ihr Fehler hat darin bestanden, daß sie den inneren Organisationsfragen zuviel Aufmerksamkeit widmete, und der Beeinflussung und Sammlung der Massen zu wenig. Ebenso handelte sie

auch, seit der Faszismus an der Macht ist. Ohne irgendwelche Beschuldigungen zu erheben, sondern in freundschaftlichstem Ton Revolutionären gegenüber, denen ich die lebhafteste Bewunderung entgegenbringe, können wir ihre Fehler einer Prüfung unterziehen. Ich bin z. B. der Ansicht, daß die italienische Kommunistische Partei seit der Ermordung Worowskis die sich ihr bietenden Agitationsmöglichkeiten zu wenig ausgebeutet hat. Es gibt in Italien auch eine antikoloniale Tradition, die sich die Partei hätte zunutze machen können.

Der Redner erklärt, er sei mit Vorbehalt mit der Haltung der Exekutive in der italienischen Frage einverstanden. Es ist am Platz, daß in der italienischen Kommunistischen Partei innere Maßnahmen getroffen werden, die keineswegs das Mißtrauen ausdrücken, das der Genosse Urbani darin erblickt hat. Wir wollen nur zu dem Zweck diese inneren Maßregeln treffen, um die Partei zu festigen. Man müßte die Basis des leitenden Komitees dadurch erweitern, daß man Arbeiterelemente aufnimmt und die Basis der Minderheit vergrößert. In den Beziehungen zur Sozialistischen Partei muß unsere italienische Kommunistische Partei die Einheitsfront anwenden, die in Deutschland so gute Ergebnisse gezeitigt hat. Der Redner schließt mit den Worten: Ich bin überzeugt, daß die italienische Kommunistische Partei zum V. Kongreß der Komintern eine der besten Sektionen der Internationale sein wird.

AMTER (Vereinigte Staaten) kritisiert die Haltung der skandinavischen Parteien in der Frage des Zentralismus. Er schreibt ihre Haltung teilweise dem Umstande zu, daß sie den Angriffen des Kapitals entgangen sind, denen das übrige Europa ausgesetzt war. Internationale Disziplin und Zentralismus seien notwendig, weil die Partei vor gewaltigen Aufgaben stünde. Die Besorgnis, der Zentralismus könnte die Initiative der lokalen Organisationen töten, sei unbegründet. Das Hervorheben der besonderen, nationalen Verhältnisse entspricht durchaus dem, was man gewöhnlich in solchen Fällen immer wieder hört. Die Internationale hat ihre Autorität nicht genügend ausgeübt, so in Amerika. Die K. I. hat bewiesen, daß sie fähig ist, sobald die Notwendigkeit es erheischt, Rat zu geben und eine starke Hand zum Beistand zu reichen.

In Italien haben die Kommunisten ein Verbrechen an ihrer eigenen Bewegung und an der Internationale begangen, sie haben eine Scheidewand zwischen sich und den Sozialisten aufgerichtet, als diese bereit waren, sich mit der Kommunistischen Partei zu vereinigen.

Ueber die Religionsfrage ist nicht genügend Aufklärung verbreitet worden, besonders was Amerika betrifft. Dort wird die Kirche offen

als Werkzeug der Kapitalisten gegen jede fortgeschrittene Arbeiterbewegung angewandt. Darf die amerikanische Partei stillschweigen, wenn sogar in den Colleges über Atheismus debattiert wird? Redner stimmt nicht mit Newbold überein, daß es sich hier um eine Kampagne handele, die man untergeordneten Organisationen überlassen könne. In gleicher Weise müßte man sich in England zur Religion stellen.

Das Losungswort der Arbeiter- und Farmerregierung ist in Amerika notwendig, aber diese Losung muß dem Verständnis der armen und werktätigen Farmer angepaßt werden, damit zwischen ihnen und den ausbeutenden Farmern eine Spaltung entstehe. Es wäre ein Sieg für uns, solch eine Spaltung zu bewerkstelligen. Es liegt keine Ursache zur Befürchtung vor, daß die Bauernfarmer für die proletarische Diktatur eine Gefahr bedeuten könnten.

Schluß der Sitzung um 4 Uhr 40 Minuten.

FÜNFTE SITZUNG

14. Juni 1923.

Debatte über den Bericht der Exekutive.

(Fortsetzung.)

Redner: Gallacher, Vladetitsch, Saitta, Scheflo, Serra, Giacomo, Höglund, Laursen, Krajewski, Aoki, Tranmael.

VLADETITSCH (Jugoslavien): Der Vorwurf des Gen. Sinowjew, daß die jugoslavische Partei durch ihre unklare Haltung in der nationalen Frage die proletarischen Massen Sloveniens, des industriell entwickelsten Landes Jugoslaviens, von der Partei fernhalte, trifft nicht zu. Die jugoslavische Partei kämpft entschieden, sowohl gegen die serbische Hegemonie als auch gegen den Chauvinismus der slovenischen und kroatischen Bourgeoisie. Trotz der Illegalität, in die uns der weiße Terror der jugoslavischen Regierung zwingt, ist es uns gelungen, die liquidatorische, zentristische Partei, die in Slovenien auch unter Mitwirkung einiger früherer Führer unserer Partei, die das als die Verwirklichung der Thesen des IV. Kongresses über die Einheitsfront ausgaben, erfolgte, vernichtend zu schlagen. Dies ist ein großer Sieg der Kommunistischen Partei und beweist, daß die Massen des slovenischen Proletariats fester denn je unter unserer Führung stehen. Das nationale Problem Jugoslaviens ist infolge der vielen Nationen und Stämme, die unter der politischen Hegemonie der serbischen Bourgeoisie sich befinden, äußerst kompliziert. Der Umfang der nationalen Kämpfe ist auch infolgedessen ungeheuer. Nicht der falschen Einstellung zu der nationalen Frage wegen, sondern infolge der Illegalität, konnten wir bisher nicht bestimmend in diese Kämpfe eingreifen. Die Partei war sich bisher immer darüber einig, trotz der Fraktionskämpfe, daß unsere Losungen in der nationalen Frage sein müssen: Gegen die serbische Hegemonie, für die Revision der Verfassung und für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen und Stämme! Wir sehen allen Anregungen der Exekutive, wie wir besser in der nationalen Frage handeln sollen, freudig entgegen und werden alle Kräfte zu ihrer Ausführung einsetzen. Für die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung haben wir auch schon bisher gekämpft,

und wir erzielten einige Erfolge in der Popularisierung dieser Losung unter den Massen. Es ist uns gelungen, die Fraktionskämpfe zu liquidieren, was auch die einstimmigen Beschlüsse der letzten Parteikonferenz bewiesen, und dadurch schufen wir die beste Voraussetzung für ein besseres Verhältnis zwischen Partei und Exekutive, wie auch dafür, daß unsere Partei den schwierigen Fragen des Kampfes in Jugoslavien gewachsen ist.

SAITTA: Es haben keine Meinungsverschiedenheiten bestanden hinsichtlich der Tragweite des Kongresses von Rom. Dieser Kongreß hat für den Anschluß der Massen an die III. Internationale gestimmt. Unsere kommunistischen Genossen unterschätzen oft die Massen und messen den Personen eine zu große Bedeutung bei. Wir waren der Anschauung, daß die Sozialistische Partei Italiens der Internationale Massen zugeführt hat, die man sehr gut benutzen konnte, wenn man nur wollte. Wir haben in unserer Partei für den Anschluß gearbeitet, die Kommunisten haben dagegen gearbeitet. Heute sind unsere Freunde in der Minderheit in der P. S. Der „Avanti" ist in den Händen von Vella. Dieses Resultat entspricht nicht unseren Bemühungen, es ist das Gegenteil von dem, was wir wollten. Die Antifusionisten hatten kein stärkeres Argument, als den schlechten Willen, den die Kommunisten der Fusion gegenüber aufbrachten. Die Moskauer Exekutive wollte die Vereinigung, und das Zentralkomitee von Rom wollte sie nicht.

Man hat gesagt, daß die Vereinigung kompromittiert worden sei durch die plötzliche Abreise Serratis aus Italien. Serrati ist zurückgekommen auf unseren ersten Wink nach zehntägiger Abwesenheit, um drei Tage nach seiner Rückkehr verhaftet zu werden. Mussolini hat ihn verhaften lassen, seit sein Sieg im „Avanti" offensichtlich geworden ist. Hätte er ihn nicht verhaften lassen, wenn dieser Sieg 10 Tage früher eingetreten wäre?

Die Wahrheit ist, daß die Vereinigung schwer war, weil man eine Partei von 42 000 Anhängern, die in Massen zur III. Internationale gekommen waren, sieben wollte. Die Bedingungen, die man anfänglich für die Vereinigung gestellt hatte, haben fast alle Genossen verletzt, mich ausgenommen. Die Exekutive der Komintern wollte die Kommunisten zufrieden stellen, die selbst die Fusion nicht wünschten. Es ist sogar vorgekommen, daß man uns sagte, wenn wir auf unserem Kongreß in die Minderheit geraten, würden die Zulassungsbedingungen, falls wir die P. S. verließen, noch härtere sein. Eine ganze Anzahl von Genossen des italienischen Zentralkomitees sagen heute noch, daß sie gegen die Vereinigung sind. Sie verlangen den Austritt unserer Fraktion aus der P. S., weil wir dadurch geschwächt

würden. (Urbani ruft dazwischen: Das ist falsch!) Das ist das erste Mal, daß man mir das sagt. Man hat die Annäherungsarbeit zwischen der K. P. und der P. S. in einer Weise betrieben, die geeignet ist, jede Annäherung zu verhindern. Wir sagen diese Dinge ohne die geringste Empfindlichkeit. Wenn man die Vereinigung will, muß man die Sorge um ihre Verwirklichung Leuten anvertrauen, die von ihrer Notwendigkeit überzeugt sind.

SCHEFLO (Norwegen): Auf die Kritik der Genossen Höglund und Falk an der Haltung der Exekutive zu den skandinavischen Fragen entgegnen wir, daß die Kommunistische Internationale sich um die Verhältnisse in der norwegischen Partei eher zu wenig als zu viel gekümmert hat. Die Exekutive weiß, daß die norwegische Partei gegenwärtig ein wichtiger Faktor in Skandinavien ist, und ihr Eingreifen ist unbedingte Pflicht. Es ist nicht richtig, wie es die Genossen Höglund und Falk behaupten, daß die Exekutive infolge ihres Eingreifens die Lage in der norwegischen Partei erschwerte, sondern umgekehrt. Sowohl auf dem vierten Kongreß, als auch auf der Konferenz mit Vertretern der Exekutive in Kristiania wurde dank ihrem Eingreifen die vollkommene Einigkeit hergestellt. Dann setzte allerdings infolge der gegnerischen Haltung der Mehrheit der Fraktionskampf wieder ein. Es ist bezeichnend, daß die Vertreter der Mehrheit für die Neutralität der Partei gegenüber den Gewerkschaften eintreten und einen Vorschlag der Minderheit in Kristiania, eine Delegation zur Roten Gewerkschaftsinternationale zu entsenden, mit der Begründung ablehnten, daß man die Sozialdemokraten schonend behandeln müsse. Gleichzeitig zeigen aber dieselben Mehrheitsvertreter in der Praxis, daß sie die Anhänger der Minderheit gar nicht schonend behandeln. In der norwegischen Partei wird strenge Zentralisation gegenüber der Minderheit gerade von den Gegnern des Zentralismus geübt. Norwegen befindet sich jetzt in einer schweren Krise. In der letzten Zeit haben die größten Zentralbanken bankrott gemacht, was zu einer großen Erbitterung innerhalb der Bauernschaft führte. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung gewinnt daher in Norwegen volle Aktualität, und es ist nicht richtig, wie es der Genosse Falk befürchtet, daß diese Losung starke Differenzen unter uns hervorrufen werde. Unsere Fraktion wird nach wie vor die Haltung einnehmen, die bisher auch die volle Sanktion der Exekutive gefunden hat.

SERRA verlangt, daß man bei der Debatte über die italienische Frage von aller Eigenliebe absehe. Gegen die Genossen des Zentralkomitees der italienischen Kommunistischen Partei wird per-

sönlich kein Vorwurf erhoben, aber eine irrtümliche Politik ist um so gefahrvoller, mit je mehr Mut und Ergebenheit ihr gedient wird.

Ich bin streng gegen meine Partei. Hat sie gegen den Faszismus alles getan, was in ihren Kräften stand? Nein. Es gab große Kampfmöglichkeiten. Die Partei, die es unternommen hätte, die gesamte Arbeiterklasse gegen die Reaktion aufzurufen, hätte sich eine erstklassige Stellung erworben. Unsere Partei hat das nicht getan, weil ihre Führer, die ganz davon in Anspruch genommen waren, um jeden Preis die theoretische Reinheit der Partei zu wahren, praktisch niemals zu den Massen gelangt sind.

Erst als es zu spät war, wurde gewaltsam und unter dem Druck der Verhältnisse die Taktik der Einheitsfront angewandt. Wenige Monate erst vor der Machtergreifung durch den Faszismus gestattete die Parteileitung den Genossen in den Gewerkschaftsverwaltungen, mit den Maximalisten zusammenzuarbeiten.

Individuell haben alle Kommunisten im Kampf gegen den Faszismus ihre Pflicht erfüllt, aber die Partei als solche hat die ihrige nicht erfüllt. Sie hat den Kämpfen der Arbeiterklasse gegen den Faszismus nicht ihren Stempel aufzudrücken verstanden. Sie hat sich geweigert, dem Bündnis der Werktätigen beizutreten, an das die Massen glaubten, was sie nun zu einem Werkzeug der Freimaurer werden ließ.

Hat die Leitung der Kommunistischen Partei Italiens bewußtermaßen die Einheitsfront sabotiert? Nein. Sie selbst ist durch ihre Sektenmentalität sabotiert worden. Ebenso hat man in der Vereinigungsfrage kostbare Zeit vergeudet, während unsere Feinde tätig waren, und das, weil wir zu sehr damit beschäftigt waren, einige wertvolle Sektentraditionen zu sichern. Mit einer solchen Auffassungsweise muß man natürlich Fiasko machen. Die italienische Kommunistische Partei ist die einzige, die sich der Taktik der Einheitsfront noch nicht angepaßt hat.

Negri befürchtet für die Partei den Kontakt mit den sozialistischen Elementen. Ich setze größeres Vertrauen in unsere Partei. Setzen wir uns mit den Massen in Verbindung. Sie werden unserer theoretischen Reinheit nicht schaden, wir werden sie aufklären und leiten. Die Zukunft der Revolution hängt von dem Kontakt mit den Massen ab.

GIACOMO: Der Kommunistischen Partei in Italien kam der faszistische Sieg ganz unerwartet. Die besten Führer der Partei befanden sich außerhalb des Landes, als Mussolini den Staatsstreich unternahm. Der rechte Flügel der Sozialdemokraten hat mit Mussolini stillschweigend kooperiert, so daß unsere Fraktion in der sozialisti-

schen Partei nicht nur gegen die Reformisten, die innerhalb der Partei geblieben waren, zu kämpfen hatte, sondern auch gegen die mächtigen Feinde außerhalb ihrer Reihen. Der größte Fehler der kommunistischen Partei Italiens ist es gewesen, daß sie zu jener Zeit unsere sozialistischen Freunde in ihrem schweren Kampfe nicht unterstützt hat. Sie haben in dem schweren Kampfe, der jetzt in der italienischen Partei tobt, die Rolle des stillen Zuschauers gespielt, wie sie das selber zugegeben haben. Trotzdem die italienische Sozialistische Partei nur wenig Zeit zu intensiver Arbeit hatte, ist es doch bezeichnend, daß es ihr gelungen ist, etwa 43 Prozent der Mitgliedschaft der Partei für sich zu gewinnen. Mit wie wenig Hilfe seitens unserer kommunistischen Genossen wäre es möglich gewesen, die Mehrheit zu erobern? Diese Tatsachen müssen einmal vor einem so autoritativen Plenum ausgesprochen werden, um so mehr als binnen kurzer Zeit wieder ein ordentlicher Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens stattfinden wird, auf dem unsere Fraktion die Frage des Anschlusses erneut zur Sprache bringen wird.

Unsere norwegischen Genossen wissen gar nicht, was sie durch ihre Haltung in Italien für einen Schaden angerichtet haben. Ihre Argumente wurden von den Antifusionisten eifrig aufgegriffen. Sie sind aber auch sonst im Unrecht, wenn sie das E. K. d. K. I. angreifen. Die Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung ist ein Schulbeispiel dafür, was mit einer Bewegung geschieht, die die Vorschläge der Kommunistischen Internationale außer acht läßt. Die norwegischen Genossen wissen wahrscheinlich nicht, daß hier auf dem letzten Kongreß der Genosse Serrati zugeben mußte, daß er in Livorno Unrecht gehabt hatte und daß die Komintern im Rechte war. Wenn die norwegischen Genossen in ihrer jetzigen Haltung verharren, dann werden sie es allerdings noch soweit bringen, daß in Norwegen italienische Zustände entstehen.

HÖGLUND (Schweden): Ich konkretisiere nun, wie es Genosse Radek gewünscht hat, meine Kritik an der Haltung der Exekutive in den skandinavischen Fragen. Wir erkennen an, daß in der norwegischen Partei gewisse Fehler auf beiden Seiten gemacht worden sind, die einen Eingriff der Exekutive begründeten. Und ich muß gegenüber dem Genossen Scheflo bemerken, daß wir nicht gesagt haben, die Exekutive solle sich nicht mit der norwegischen Frage oder der norwegischen Partei befassen, sondern, daß sie Fehler bei diesen Eingriffen begangen hat. Auch wir haben uns nicht mit der Fraktion Tranmaels solidarisiert. Wir waren sehr kritisch in gewissen Angelegenheiten, z. B. gegenüber seiner Stellung zur Einheitsfront. Aber die Exekutive griff nach unserer Meinung nicht mit ge-

nügender Sachkenntnis und Unparteilichkeit ein, und die Art und Weise des Eingreifens war mehrmals sehr herausfordernd.

Die Mißgriffe der jetzigen und der früheren Exekutive sind meiner Meinung nach hauptsächlich folgende:

1. Der Ausschluß des Genossen Lian, des Vorsitzenden der Gewerkschaftszentrale in Norwegen, war ein Mißgriff und wurde ja später auch aufgehoben. Der Ausschluß wurde auch ohne Wissen der Parteileitung vorgenommen.

2. Die Publikation des ersten Briefes an die Parteizentrale geschah in der „Prawda", ohne daß die Zentrale überhaupt etwas von dem Briefe wußte. Das schwedische sozialdemokratische Hauptorgan „Sozialdemokraten" in Stockholm konnte diesen Brief in extenso bringen und demagogisch ausnutzen, bevor die norwegische Zentrale ihn überhaupt bekommen hatte oder überhaupt etwas davon wußte. Die ganze bürgerliche und sozialdemokratische Presse in Norwegen konnte so den Brief für ihre Zwecke ausbeuten.

3. Der zweite Brief vom 22. September wurde verfaßt ohne Verständigung oder Verhandlung mit der Parteizentrale in Norwegen. Scheflo, der Führer der einen Fraktion, war zwar nach Moskau gekommen, aber nicht mit einem Mandat in dieser Frage, sondern für andere Zwecke. Die Parteizentrale wußte nicht, daß die norwegische Frage zu diesem Zeitpunkt von der Exekutive behandelt werden sollte.

4. Die sogenannten Sammlungsartikel des Genossen Tranmael wurden ganz falsch so ausgelegt, als ob er einen organisatorischen Zusammenschluß mit den Rechtssozialisten wollte. Das war nicht der Fall. Im Gegenteil: Der Genosse Tranmael war sehr skeptisch sogar gegen die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten. Aber trotzdem wurden diese Artikel als Belastungsmaterial gegen Tranmael ausgenutzt, um zu zeigen, daß er nicht auf dem Boden der Internationale stand.

5. Der zweite Brief war als Ganzes sehr einseitig und stand teilweise im schroffen Gegensatz zum ersten Brief; er war so scharf und herausfordernd gegen die Richtung Tranmaels geschrieben, daß er dadurch den Konflikt tatsächlich verschärfte, anstatt ihn zu beseitigen.

6. Es war ein Mißgriff, einen Vertreter der norwegischen Parteiminorität in die Exekutive zu wählen.

7. Der Ausschluß Karl Johansens auf dem Weltkongreß war ein Mißgriff; die Aufhebung der Suspendierung des Genossen Halvard Olsen, der gar nicht suspendiert war, war auch organisationswidrig.

8. Genosse Bucharin hat leider in seiner Polemik auf dem norwegischen Parteikongreß schwere Beschuldigungen gegen die Gruppe „Mot Dag" ausgesprochen, die große Erbitterung hervorriefen und ein Hindernis einer wirklichen Verständigung sind. Er hat angedeutet, daß in dieser Gruppe werdende faszistische Führer seien. Entweder muß man eine solche grobe Beschuldigung gegen diese Gruppe in der Partei konkretisieren und diese Elemente sofort ausschließen, oder die Beschuldigung muß zurückgenommen werden (Bucharin: Nein.), weil sie parteischädigend ist und schädlich für das gute Verhältnis zwischen der norwegischen Partei und der Kommunistischen Internationale.

9. Der norwegische Parteistreit wurde auf dem letzten Parteikongreß als erledigt erklärt. Nichtsdestoweniger hat der Führer der Jugendinternationale, Genosse Schatzkin, im norwegischen „Klassenkampf" unmittelbar nach dem Kongreß einen Artikel geschrieben, in dem der ganze Parteistreit wieder aufgenommen wird und plumpe Angriffe gegen die jetzige Parteileitung gemacht werden. (Schatzkin: Ist nicht wahr! Es ist ein Bericht über den Kongreß. Kann man darüber nicht schreiben?) Diese Taktik ist gefährlich, und man muß fragen, ob solche Angriffe im Einverständnis mit den führenden Genossen der großen Exekutive gemacht werden oder nicht. Die Jugendexekutive betrachtet es als eine besondere Aufgabe, in Skandinavien die Jugendlichen in Opposition gegen die Partei zu treiben. Anstatt die Jugendverbände zu verjüngen, werden sie in Skandinavien vergreist. Aeltere Mitglieder werden in die Jugendzentrale gewählt. Der Vorsitzende der norwegischen Partei ist Parteivertreter in der Jugendzentrale und ist, glaube ich, der jüngste oder einer der jüngsten. Anstatt eine Massenbewegung zu werden, werden sie eine Elitebewegung von rechtgläubigen höherstehenden Kommunisten, die glauben, eine bessere Klarheit als die Partei zu besitzen. Diese Tendenz ist dezentralistisch und bedeutet den Beginn von zwei kommunistischen Parteien. Wir fordern, daß diese Tendenz unbedingt liquidiert wird.

Ich komme zur dänischen Frage. Vor allem war es überhaupt ein Mißgriff, mit den halbanarchistischen Parteiputschisten zu verhandeln, die einen so verbrecherischen Disziplinbruch begangen hatten. Sie haben mit Gewalt das Parteibüro gestürmt und die Parteizeitung gestohlen. Weiter war es ein Mißgriff, bei der Verständigung auf dem Weltkongreß den Genossen Heliberg auszuschließen und den Genossen Ernst Christiansen auf ein Jahr von allen Vertrauensämtern zu suspendieren. Keine sachlichen Gründe waren dafür vorhanden. Es geschah nur wegen der schönen Augen der Putschisten, die später

aufs neue versucht haben, einen Putsch in der Partei zu machen und die jetzt ausgeschlossen worden sind. Die Genossen Hellberg und Ernst Christiansen haben in schweren Zeiten der Internationale und der russischen Revolution große Dienste geleistet, auch in der illegalen Zeit. Es ist eine große Ungerechtigkeit, solche Genossen ohne sachlichen Grund auszuschließen.

Ich könnte auch über Mißgriffe der Exekutive in den schwedischen Angelegenheiten sprechen, aber wir werden in einer besonderen Kommission darüber Näheres beraten. Die Kritik, die die von der Exekutive im Herbst vorigen Jahres gewählte Kommission an der schwedischen Partei geübt hat, war ungerecht, falsch, ließ die erforderliche Sachkenntnis vermissen und rief große Empörung in der Partei hervor.

Jetzt komme ich zu der „höheren Frage", der Religionsfrage. Bucharin hat meinen Artikel theoretisch geschlachtet, aber zu welchem praktischen Resultat ist er gekommen? Er sagte: Wir können religiöse Personen in unseren Parteien dulden, man muß vorsichtig vorgehen, Geduld haben usw. Das ist ja dasselbe, was ich beabsichtigt habe, und dann muß man natürlich auch vertragen, daß ich es in meiner Weise gesagt habe.

Wir waren nie gegen eine Aufklärungsarbeit in der Religionsfrage. Was wir wollten, war, eine plumpe, parteischädigende antireligiöse Propaganda zu vermeiden, wir wollten nicht die ehrlichen religiösen Arbeiter und Bauern von uns stoßen. Ich glaube, daß diese Diskussion trotz allem gezeigt hat, daß wir in der Hauptfrage einig sind, nämlich, daß wir versuchen müssen, diese religiösen Arbeiter und Bauern für den Kommunismus und für die Einheitsfront, wie Genosse Radek ganz richtig sagte, zu gewinnen.

Zu der Rede des Genossen Flyg will ich nur sagen, daß die schwedische Partei mit seinen Ausführungen nichts zu schaffen hat.

LAURSEN (Dänemark): Genosse Höglund scheint unzufrieden zu sein, daß das E. K. im dänischen Parteistreit eine Vermittlerrolle gespielt hat. Die Haltung der Exekutive war richtig. Damals wäre es möglich gewesen, eine einheitliche kommunistische Organisation in Dänemark herzustellen, trotz der kleinen Gruppe mit den anarchosyndikalistischen Tendenzen. Als der Vermittlungsvorschlag abgelehnt wurde, appellierte die Exekutive noch einmal und forderte in Form von Direktiven, daß der Zusammenschluß unbedingt vor sich gehe. Als die Exekutive sah, daß der von der skandinavischen Kommission gemachte Vorschlag an der Haltung Hellbergs gescheitert war, sagte sie sich ganz richtig, daß dieses Hindernis aus dem Wege

geräumt werden müsse. Auch die schwedischen Genossen tragen ein Teil Schuld an der später erfolgten Spaltung, weil sie die Gruppe Hellberg zum mindesten moralisch unterstützt haben. Wir werden jetzt noch an unserer Agitation durch die Haltung der schwedischen Genossen gehindert. Es ist eine politische Notwendigkeit, daß eine Verschmelzung der beiden Gruppen unbedingt erfolgt. In der dänischen Kommission, die von der Erweiterten Exekutive eingesetzt wurde, werden wir noch einmal alles versuchen, um einen Zusammenschluß aller kommunistischen Elemente in Dänemark herbeizuführen. Wir müssen aber verlangen, daß von unseren skandinavischen Bruderparteien auch alles getan wird, einen solchen Zusammenschluß zu fördern.

KRAJEWSKI (Polen): Ich will nur eine kurze Erklärung abgeben. Genosse Sinowjew hat über die Stellung der Kommunistischen Partei Polens zur Bauernfrage einige Aeußerungen gemacht, die einer teilweisen Richtigstellung bedürfen. Es ist zwar vollkommen richtig, daß wir in dieser Frage einen Widerstand in den eigenen Reihen zu bewältigen hatten. Nun ist aber dieser Widerstand — wenigstens in den leitenden Kreisen der Partei — überwunden, und die Partei hat sich in dieser Frage entschieden und unzweideutig auf den Standpunkt der Komintern gestellt. Nicht nur das Zentralkomitee, sondern auch die wichtigsten lokalen Organisationen unserer Partei haben in diesem Sinne klare Resolutionen angenommen. Richtig ist also nur, daß der Prozeß der Ueberwindung des alten Standpunktes unsere Aktion in dieser Richtung verzögert hat.

Was die Frage betrifft, ob wir den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Nation proklamiert haben, so kann ich erklären, daß wir es ohne allen Vorbehalt getan haben. Wir stehen auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Nation bis zum Rechte der Absonderung vom polnischen Staate, wie das aus unseren öffentlichen Akten ersichtlich ist.

AOKI (Japan) sagt, Genosse Sinowjew habe die Meinung geäußert, es müßte in Japan eine legale politische Arbeiterpartei gebildet werden. Die japanischen Genossen fürchten sich nicht vor Verfolgungen und Kerker. Sie hätten sich während der letzten 13 Jahre an die Unterdrückung gewöhnt. Aber seiner Meinung nach wäre es verfrüht, jetzt eine legale politische Partei zu bilden. Die japanischen Genossen brauchten die Unterstützung und Sympathie der kämpfenden Elemente in der Arbeiterklasse. Diese Elemente seien gegen Politik gleichgültig. Sie sind unerfahren und haben eine beschränkte Vorstellung von der Politik. Sogar die gegen-

wärtigen Führer des Uaikai verlieren infolge ihrer reformistischen Tendenzen ihren Einfluß. Sollten wir eine legale Partei bilden selbst auf die Gefahr hin, diese kämpfenden Elemente der Arbeiterklasse einzubüßen? Die syndikalistischen Arbeiter sind nur deshalb Gegner der Kommunisten, weil diese politisch sind. Wenn sie eine legale Partei bildeten, so würden sie mindestens auf einige Jahre große Verluste erleiden.

Die Hauptsache wäre, die Arbeiter politisch zu erziehen, ehe man eine politische Partei bildet. Das Vereinigte Arbeiterkomitee, das gegründet wurde, um gegen das beabsichtigte Gesetz der Unterdrückung der Radikalen im Vorjahre zu protestieren, bildete die zentrale Achse der politischen Bewegung.

Redner fordert den Kongreß dringend auf, den japanischen Genossen in dieser Angelegenheit zu raten.

Sie seien für den Zentralismus, aber sie ersuchten die Exekutive der Komintern, die Rückständigkeit und Schwäche der japanischen Arbeiterbewegung zu berücksichtigen.

Was die Einheitsfront betrifft, so gäbe es in Japan keine Sozialdemokraten oder Amsterdamer Gewerkschaftler. Die Einheitsfront könnte nur zwischen den Kommunisten und den syndikalistischen Arbeitern in Betracht kommen. Aber da beide politisch entrechtet sind, so kann von einer Agitation für eine Arbeiter- und Bauernregierung keine Rede sein.

TRANMAEL (Norwegen) sagt, daß, wenn man die Unterschiede zwischen der norwegischen Partei und der Internationale in Betracht ziehe, es nötig wäre, die Struktur und die Traditionen der Partei zu beachten. Sie ist vor 36 Jahren organisiert worden, und zwar als eine Föderation der Gewerkschaften ohne bestimmte politische Ueberzeugungen oder sozialistische Ziele. Ihre Radikalisierung bis zu einer sozialistischen Partei und schließlich zu einer kommunistischen Partei bildete einen langen Entwicklungsprozeß. Ihre Umwandlung in eine kommunistische Partei hatte lange vor ihrem Anschluß an die Dritte Internationale begonnen.

Diese Radikalisierungsarbeit war in erster Linie ein Kampf gegen die reformistischen Führer und somit gegen den Zentralismus. Der Kampf endete im Jahre 1918, als der radikale linke Flügel die Oberhand bekam und zum Anschluß an die Dritte Internationale führte. Zwei Jahre später eroberten die Kommunisten die Gewerkschaften.

Im Jahre 1921 verließen die rechten Sozialisten die Partei und bildeten die Sozialdemokratische Partei. Im Gegensatz zu anderen

Ländern ist die norwegische Sozialdemokratische Partei sehr klein und schwach, die Kommunistische Partei dagegen stark.

Nachdem man sich für die kommunistische Plattform entschieden hatte, gaben die ersten Wahlen der Partei 29 Parlamentsabgeordnete und machte sie zur zweitgrößten politischen Partei des Landes. Doch der Führer der Gruppe, der gegenwärtig an der Spitze der Parteiopposition steht, erzwang gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern mit Hilfe des Parlaments ein Gesetz über das zwangsweise Schiedsgericht.

In der Frage der Einheitsfront ist die Lage Norwegens von derjenigen anderer Länder recht verschieden. Vier Fünftel der Arbeiter sind Anhänger der Kommunistischen Partei, und auf diejenigen, die unter dem Einfluß der Sozialdemokraten stehen, kann man durch die Gewerkschaften einwirken.

Unter diesen Umständen würde unser Aufruf an die sozialdemokratischen Führer nur zur Festigung ihrer Partei beitragen.

Das zweite Schreiben der Komintern wurde auch ohne vorherige Erörterung mit der Parteiexekutive abgesandt und gründete sich auf unrichtige und unvollständige Informationen.

Der IV. Kongreß beschloß, eine verschärfte Zentralisierung durchzuführen. Dies war ernst für eine Partei mit den Traditionen der norwegischen Partei. Besonders angesichts der Erfahrungen, die sie bereits über die Art und Weise hatte, mit der man sie durchführte. Es entstanden ernstliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei, und es mußte die Frage aufgeworfen werden, ob die Internationale ihre Ansicht ändern wolle oder die Beziehungen der Partei zur Internationale abzuändern wären. Das Exekutivkomitee machte einige Zugeständnisse, und es bestand kein Zweifel darüber, daß es in einem gewissen Maße seine Ansichten in diesen Fragen geändert hatte u. a. auch betreffs der zur Reorganisierung der Partei benötigten Zeit. Nach dem Kongreß hatte man Ursache anzunehmen, daß der Konflikt erledigt sei. Aber durch den in Norwegen abgedruckten Artikel von Schatzkin erhob sich der Kampf aufs Neue, denn darin hieß es, daß, wenn man zwischen dem Exekutivkomitee der Partei und der Internationale wählen solle, so müsse die Wahl auf die Internationale fallen. Solche Bemerkungen hatten die Voraussetzung, daß der Kampf noch fortdauern würde. Sinowjews Rede gibt uns gleichfalls Anlaß zu befürchten, daß der Konflikt aufs Neue entbrennt.

In den Gewerkschaften wird auch gekämpft, was von den Sozialisten ausgenutzt wird. Es fanden auch große Streiks und Aussperrungen statt. Unter solchen Umständen wäre es eine Tollheit, die Gewerkschaften gerade zu dieser Zeit zu veranlassen, eine Dele-

gation zur Konferenz der Profintern zu senden. Das würde den Sozialdemokraten den Vorwand geben, die zentrale Gewerkschaftsorganisation zu sprengen oder zum mindesten zu schwächen. Was die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung anbelangt, so sind die Verhältnisse in Norwegen besonderer Art. Die Partei umfaßt bereits eine ziemliche Anzahl kleiner Bauern, und ihre Hauptarbeit besteht darin, die Organisation zu festigen und den Rest der Kleinbauern der Partei zuzuführen, doch nicht eine separate Partei zu organisieren, wie die Losung voraussetzt. Der Aufruf würde auch die reformistischen Elemente und Tendenzen in der Kommunistischen Partei kräftigen, wenn er jetzt abgesandt würde.

Im allgemeinen sollten sich die Delegierten kleiner kommunistischer Parteien daran erinnern, daß es für sie leichter ist, sich jeder Resolution anzupassen, als dies den großen Parteien möglich ist. Der Hauptzweck ist, daß man eine wirkliche Arbeit leisten kann und praktische Ergebnisse erzielt, und zu diesem Zweck bedarf man starker Massenparteien.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 45 Minuten nachts.

SECHSTE SITZUNG

15. Juni 1923.

Schluß der Debatte über den Bericht der Exekutive. Referat über die weltpolitische Lage.

Redner: Böttcher, Sinowjew, Radek.

Böttcher eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Es wird eine Erklärung des Genossen Schatzkin verlesen, in der es u. a. heißt: Mein Artikel wurde in der „Jugendinternationale" veröffentlicht und dann, ohne mein Zutun, von „Klassenkampen" übernommen. Darin waren diejenigen Beschlüsse des norwegischen Parteikongresses kritisiert, die den Beschlüssen des IV. Kongresses widersprechen, und es wurde zugleich betont, daß die norwegische Jugend das Recht und die Pflicht hat, in den strittigen Fragen die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale jenen der Zweistimmenmehrheit des Parteikongresses vorzuziehen.

SINOWJEW: Höglund vermißte vieles in meiner Rede. Das ist natürlich. Wir haben fünfzig Parteien. Es stehen zu viele Fragen zur Behandlung. Ich wollte keinen Katalog geben, sondern nur das Wichtigste hervorheben. Uebrigens wurde ein schriftlicher Bericht verteilt. Warum erhebt Genosse Höglund den Vorwurf? Weil es ihm lieber gewesen wäre, wenn ich mich mit den skandinavischen Fragen weniger beschäftigt hätte. Aber gerade diese Fragen waren sehr wichtig. Die Diskussion über die Religion wird sich als nützlich erweisen. Höglund macht jetzt gute Miene zum bösen Spiel, er sagt, er ist zufrieden, er hätte gesiegt. Als ob wir einen Feldzug gegen die Religion vorgeschlagen hätten! Nicht wir, sondern die Bourgeoisie führt einen solchen gegen uns, weil wir gegen konterrevolutionäre Pfaffen vorgehen. Wir wissen sehr gut, daß es sowohl in Deutschland als auch in England und Irland breite Schichten des Proletariats gibt, die religiöse Gefühle hegen. Wir wollen dem Rechnung tragen.

Auf dem IV. Kongreß erklärten wir anläßlich der Debatte über die Arbeiterregierung, daß wir doch mit den christlichen Arbeitern zusammengehen wollen. Wir haben es also nicht nötig, noch speziell belehrt zu werden. In Rußland haben wir noch Millionen und Abermillionen Bauern, die religiös sind. Wir verstehen mit ihnen umzugehen. Die russische Partei muß jedoch in religiösen Fragen andere Maßnahmen ergreifen als die übrigen Parteien. Und nicht nur in der Frage der Religion. Wir nehmen in der russischen Partei regelmäßig Siebungen vor. In anderen Ländern, wo die kommunistischen Parteien nicht an der Macht sind, ist es nicht nötig, so strenge Maßregeln zu treffen. Es war keine Rede davon, daß Arbeiter, die noch religiös sind, aus der Partei ausgeschlossen werden. Es war keine Rede von einem Feldzug gegen die Religion.

Höglund machte mir den Vorwurf, ich hätte gegen ihn polemisiert, ohne ihn zu zitieren. Ich tat das, um ihn zu schonen. Ich will nun aber doch, da er darauf besteht, eine Stelle aus seinem Artikel zitieren, die prinzipiell wichtig ist. Höglund schreibt:

„Einzelne Kommunisten können sich als Privatleute mit religiöser oder irreligiöser Propaganda nach Belieben befassen. Es ist ihr Recht, und niemand wird sich da einmischen, solange keine Beeinträchtigung des politischen Programms und der Aktion der K. P. vorliegt. Aber falls die Partei als solche den Atheismus als einen notwendigen Bestandteil des kommunistischen Glaubensbekenntnisses guthieße, so würde sie unbedingt zu einer Sekte herabsinken, ebenso sicher, als wenn sie sich baptistisch erklärte."

Und noch eine Stelle aus dem Artikel des Genossen Höglund erlauben Sie mir zu zitieren:

„Die Partei verlangt nur, daß sie (die Mitglieder) das politische Programm und die Statuten annehmen. Aber Programm und Statuten beschäftigen sich nur mit der Frage der Methoden und Mittel der Emanzipation des Proletariats vom kapitalistischen Joch."

Das ist der prinzipielle Teil des Artikels des Genossen Höglund. Sie werden mir vielleicht gestatten, in diesem Streite nicht mit eigenen Worten, sondern mit den Worten unserer anerkannten Meister zu kommen. In einem noch während der ersten Revolution 1905 verfaßten Artikel, als wir uns noch nicht Kommunisten nannten, sondern lediglich der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie waren, schrieb Lenin:

„Die Religion muß zur Privatsache erklärt werden — durch derlei Worte wird gewöhnlich das Verhältnis der Sozialisten zur Religion ausgedrückt. Doch die Bedeutung dieser Worte muß

genau festgelegt werden, damit sie keinerlei Mißverständnisse hervorrufen. Wir fordern, daß die Religion Privatsache sei dem Staate gegenüber, dagegen können wir die Religion auf keinen Fall als eine Privatsache unserer Partei gegenüber betrachten. Der Staat soll mit der Religion nichts zu tun haben. Die religiösen Gesellschaften sollen nicht mit der Staatsmacht verbunden sein. Jedem soll es belassen sein, sich zu einer beliebigen Religion zu bekennen, oder überhaupt keine Religion anzuerkennen, also Atheist zu sein, was gewöhnlich auch jeder Sozialist ist. Irgendwelche Unterschiede zwischen den Staatsbürgern in ihren Rechten in Ansehung ihres religiösen Glaubens sind vollkommen unzulässig. Sogar die bloße Erwähnung des einen oder anderen Glaubensbekenntnisses der Staatsbürger in amtlichen Dokumenten muß unbedingt verschwinden. Der Kirche dürfen keine finanziellen Staatszuwendungen gemacht werden, ebensowenig wie kirchlichen und religiösen Gesellschaften, die vollkommen freie und von der Staatsmacht unabhängige Verbände von Glaubensgenossen der Bürger sein müssen.

Vollkommene Trennung der Kirche vom Staat — das ist die Forderung, die das sozialistische Proletariat dem modernen Staat und der modernen Kirche gegenüber erhebt. Der Partei des sozialistischen Proletariats gegenüber ist die Religion keine Privatsache. Unsere Partei ist ein Bund bewußter, fortschrittlicher Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse. Ein solcher Bund kann und darf sich nicht gleichgültig verhalten zur Rückständigkeit, zur Unbildung und zum finsteren Obskurantismus im Gewande des Glaubens. Wir fordern die völlige Trennung der Kirche vom Staat, um die religiöse Benebelung auf rein ideellem Wege und ausschließlich mit den ideellen Waffen der Presse und des Wortes bekämpfen zu können."

Sie sehen demnach, wie Genosse Lenin diese Frage stellt: Die Religion ist Privatsache gegenüber dem Staate. Die Religion ist in keinem Falle Privatsache gegenüber der Partei. Genosse Höglund propagiert indes ausgerechnet die Anschauung, daß die Religion Privatsache gerade gegenüber der Partei sei. Ich bitte den Genossen Höglund, gerade heraus und bestimmt zu antworten, ob ich seine Haltung richtig kennzeichne. Ja oder nein? Verlangt er, daß die Religion Privatsache sei gegenüber der Partei? Aus dem Artikel des Genossen Höglund geht zweifelsohne hervor, daß er diese Frage mit ja beantwortet. Wenn dem so ist, so begeht er einen Grundfehler und stellt sich auf den Standpunkt der Sozialdemokraten, denn das Schlimmste, was die Sozialdemokratie auf diesem Gebiet vertrat,

besteht gerade darin, zu fordern, daß die Religion Privatsache gegenüber der Partei sei.

Ueberlegen Sie sich gründlich das zweite Zitat aus dem Artikel des Genossen Höglund, das ich verlesen habe. Wenn es nach Höglund geht, brauchen wir von unseren Mitgliedern nur die Anerkennung des politischen Programmteiles und der Parteistatuten zu fordern.

Wir wissen natürlich aus dem praktischen Leben, daß die Durchschnittsarbeiter — wir sind aber doch eine Partei der Massen — manchmal nicht einmal eingehend mit unserem Programm vertraut sind, und wir können das von ihnen nicht verlangen. Wir begnügen uns damit, daß sie den Kapitalismus hassen und bereit sind, in unseren Reihen für seine Niederwerfung zu kämpfen. Von der Partei im ganzen aber, von ihrem Kern, in Besonderheit von ihren Führern, fordern wir selbstverständlich nicht nur die Anerkennung der Statuten und des politischen Programmteiles. Die Partei besitzt eine feste Weltanschauung. Wir sind Marxisten. Wir stehen auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung. Gestatten Sie mir, auch auf diesem Gebiet der These des Genossen Höglund die Meinung des Genossen Lenin gegenüberzustellen. Ich zitiere denselben Artikel von ihm:

„Unser Programm ist durchwegs auf einer wissenschaftlichen, und zwar materialistischen Weltanschauung aufgebaut. Eine Erläuterung unseres Programms schließt daher notwendig auch eine Erläuterung der wahren, historischen und ökonomischen Wurzeln des religiösen Nebels (Obskurantismus) ein. Unsere Propaganda schließt die Notwendigkeit auch einer Propaganda des Atheismus ein. Die Herausgabe entsprechender wissenschaftlicher Literatur, die bisher die Staatsgewalt des Absolutismus und der Leibeigenschaft streng verboten und verfolgt hatte, muß jetzt einen der Zweige unserer Parteiarbeit bilden."

Und er sagt:

„Wir werden jetzt wahrscheinlich genötigt sein, den Rat zu befolgen, den einst Engels den deutschen Sozialisten gab: Uebersetzung und Massenverbreitung der französischen Aufklärungs- und atheistischen Literatur des XVIII. Jahrhunderts."

Sie sehen, daß das etwas ganz anderes ist.

Genosse Höglund macht uns Angst damit, daß, wenn wir Atheisten werden, wir uns in eine Sekte verwandeln können. Wie Sie wissen, Genossen, ist es dem Genossen Lenin gelungen, nicht eine Sekte, sondern riesige Massen zu organisieren, jedenfalls nicht geringere Massen, als unsere schwedischen Genossen hinter sich haben. Genosse

Lenin hat eine etwas bessere Fühlung mit den Millionen der Arbeiter und Bauern, als Genosse Höglund. Er hat es fertig gebracht, sich an die Spitze eines gesamten großen Volkes zu stellen, an die Spitze der internationalen Arbeiterbewegung. Er ist durchaus kein Sektenführer. Und nichtsdestoweniger sagte und sagt er vollkommen richtig, daß unsere Aufgabe nicht nur darin besteht, die Statuten und den politischen Programmteil zu verteidigen, sondern auch darin, eine feste Weltanschauung, deren Bestandteil der Atheismus ist, zu propagieren.

Ich weiß nicht, ob ich noch mehr ausführliche Zitate von Marx und Engels zu dieser Frage vorbringen soll. Hier wurde zitiert, daß die Religion Opium für das Volk ist usw. Marx und Engels haben sich ganz anders ausgedrückt, als wie das Genosse Höglund tut, wenn er von den „Mysterien des Lebens" spricht usw.

Ich wiederhole, daß ich nicht die lächerlichsten, sondern die prinzipiellsten Stellen aus dem Artikel des Genossen Höglund herausgegriffen habe. Sie sehen, welche Kardinalfehler Genosse Höglund in dieser Frage begangen hat. Mag er auch aufhören, sich den Anschein zu geben, als ob er in dieser Frage gesiegt hätte; die Komintern wird ihm eine klar und unumwundene Antwort geben. Die Komintern stand nicht, steht nicht und wird nicht auf dem Standpunkt stehen, als ob die Religion Privatsache gegenüber der Partei sei, oder als ob sich unsere Aufgabe lediglich auf die Verteidigung der Statuten und des politischen Programmteils zu beschränken hätte. Wir stellen viel größere Ansprüche. Wir sehen auf uns, als auf die Partei, die der Arbeiterklasse und durch sie der ganzen Menschheit den Weg weist. Wir sind Anhänger einer zusammenhängenden, folgerichtigen Weltanschauung, deren Bestandteil der Kommunismus ist.

Eine andere Frage ist es, wie wir unsere Propaganda zu betreiben haben. Kurz gesagt, ist diese Propaganda klug zu betreiben. Wir müssen die passenden Formen, die passenden Mittel, die passende Zeit finden. Das ist vollkommen klar. Auch uns sind zuweilen antireligiöse Schriften in die Hände geraten, die derart grobschlächtig geschrieben waren, daß sie die religiös gesinnten Menschen nicht nur nicht aufklären, sondern verletzen. In diesen Fragen müssen wir besonders wählerisch und streng sein. Eine antireligiöse Propaganda ist aber trotzdem unerläßlich. Ich wiederhole, ich weiß nicht, was sich in Schweden ereignete, das den Genossen Höglund veranlaßte, plötzlich mit einem solchen Artikel zu kommen. Selbst zugegeben (obwohl das nicht bewiesen ist), daß sich ein paar ungeduldige, wenig geschulte Genossen in etwas grobschlächtiger Form auf die antireligiöse Propaganda geworfen haben. Selbst wenn dem so wäre, so dürfte Genosse Höglund trotzdem nicht vergessen, daß er Mitglied

der Internationale ist. Also wenn sich sogar einige Dutzend schwedischer Genossen wirklich verfehlt hätten, so dürfte Genosse Höglund trozdem keine solchen Artikel schreiben, die einen falschen Standpunkt verteidigen, der der internationalen Bewegung nur Schaden bringen kann. Genosse Höglund weist darauf hin, daß die sozialdemokratische Presse unsere Reden aufgreifen und sie gegen die schwedische Partei ausschlachten wird. Ja, das ist möglich. Unsere Streitigkeiten werden von der Sozialdemokratie stets ausgenutzt. Aber Genosse Höglund soll nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie seinen, ganz im Geiste der „Sozialistischen Monatshefte" geschriebenen, religiösen Artikel jedenfalls mit aller Bestimmtheit ausnutzen wird. Ich bitte den Genossen Höglund nochmals, offen zu sagen — besteht er auf der These, daß die Religion Privatsache gegenüber der Partei sei? Wenn ja, so begeht er einen unerhörten, gründlichen Fehler reformistischer Art. Wenn nicht, so soll er es unumwunden sagen, und dann kann er nachher darüber Witze machen, soviel er will. Was uns anbelangt, so bleiben wir auf dem alten Standpunkte: wir sind keine Sekte, sondern eine Massenpartei. Wir sind bereit, mit jedem beliebigen religiös gesinnten, aber ehrlichen Proletarier zusammenzugehen. Es ist auch nicht die Rede von irgendwelchem antireligiösen Feldzug. Wir bringen nichts Neues. Wir bleiben bei dem, was Engels und Lenin gesagt haben. Wir fordern lediglich, daß Genossen wie Höglund, die eine ernste Rolle in der Kommunistischen Internationale spielen, nicht Artikel schreiben, die unsere ganze Jugend durcheinander bringen und die Idee des Kommunismus kompromittieren.

Ich gehe zur Frage der norwegischen Partei über. Die gestrigen Reden der Genossen Falk und Traumael waren der Form nach sehr loyal. Das muß festgestellt werden. Es schien, daß die Genossen wirklich eine Verständigung mit der Internationale suchen, was auch unser heißer Wunsch ist. Aber wir dürfen deswegen noch nicht gewisse Tatsachen vergessen. Schon im Jahre 1921 hatten wir in der norwegischen Partei den Konflikt wegen der 21 Bedingungen. Zwei Jahre später faßte das Zentralkomitee den Beschluß, aus der Kommunistischen Internationale auszutreten. Das sind sehr wichtige Tatsachen. Die Kommunistische Internationale ist nicht ein Gasthaus, wo man ein- und ausgehen kann, sondern eine heilige Kampfgemeinschaft, deren Angehörige miteinander auf Leben und Tod verbunden sind. Höglund hat die Zeitschrift „Mot Dag" verteidigt. Höglund verlangt von uns, wir sollen den norwegischen Genossen gegenüber loyal sein. Allerdings, Genossen gegenüber muß man loyal sein, aber nicht Leuten gegenüber, die uns mit so schäbigen Mitteln bekämpfen, wie es die Gruppe „Mot Dag" tut. Oder ist das auch eine Privat-

sache? Alle Achtung vor dem norwegischen Proletariat, aber wie kann es geduldet werden, daß einzelne Individuen in seinem Namen so schreiben. Man macht uns den Vorwurf, wir hätten Johansen ausgeschlossen, obwohl er nicht Mitglied der Kommunistischen Partei war. Der Vorwurf fällt auf die norwegischen Genossen zurück, denn Johansen war Leiter des Zentralorgans. Genosse Tranmael sagt, wir sollen ihnen nur Zeit lassen, es wird schon alles gut gehen. Das ist richtig, wir müssen ihnen Zeit lassen. Aber das sind doch Fragen, die nicht gestern aufgetaucht sind. Es mußten drei Jahre verstreichen, bis der Name des Zentralorgans, der „Sozialdemokraten" hieß, umgewandelt wurde in „Arbeiterblatt" und bis der Auftakt zur Umorganisierung der Partei gemacht wurde. Schatzkin hat vollkommen recht, daß es die Pflicht der Kommunistischen Jugend ist, sich für die internationale Disziplin einzusetzen. Wir müssen die Geringschätzung zurückweisen, mit der hier von der Jugend gesprochen wurde. Die Jugend ist der beste Teil der Kommunistischen Internationale, und das ist gut so, denn sie ist die Trägerin der Zukunft Höglund wirft uns vor, wir hätten illoyal gehandelt. Nicht der handelt illoyal, der die Disziplin verteidigt, sondern der, der sie bricht. Es ist illoyal, daß die Partei Elemente in ihren Reihen duldet, die die Disziplin brechen. Er wirft uns den Fall Lian vor; aber Lian erschien mit Jouhaux in Genua auf der Konferenz des Arbeitsamtes. Wir ersuchten um seinen Ausschluß, aber es stellte sich heraus, daß er nicht aus eigener Initiative, sondern auf Veranlassung der Zentrale dorthin geschickt wurde. Er wirft uns vor, wir hätten Beschlüsse gefaßt, ohne mit den Vertretern der Partei Rücksprache zu nehmen. Das ist nicht richtig, wir haben mit Genossen Friis lange verhandelt und haben wiederholt darum ersucht, daß Genosse Tranmael hierher kommt. Es lag nicht an uns, daß wir mit diesem Vertreter der Partei keine Rücksprache nehmen konnten. Er wirft uns vor, wir hätten unrichtige Kritik an der Tätigkeit der Parlamentsfraktion geübt. Diese Anschuldigung hat jedoch schon Tranmael selbst widerlegt. Höglund sagt, es wäre ein Mißgriff gewesen, daß wir Scheflo und nicht Meyer, den Vertreter der Mehrheit, gewählt haben. Ich verdächtige Meyer nicht, daß er den bewußten Artikel geschrieben hat. Was ich von ihm weiß, ist, daß er erst seit kurzer Zeit in der Partei ist. Mitglieder der Exekutive der Kommunistischen Internationale müssen jedoch Genossen sein, die die Bewegung verkörpern. Er beschwert sich ferner, daß Bucharin den „Mot Dag" zu scharf kritisiert hätte. Nach alledem, was wir von dieser Zeitschrift wissen, war die Kritik des Genossen Bucharin nur zu berechtigt. Genosse Höglund, der Mitbegründer der Zimmerwalder Linken war, könnte bessere Aufgaben erfüllen, als solche Leute zu decken. Sähen wir, daß Genosse

Tranmael die Beschlüsse der Internationale selber ausführt, dann gut, soll er es selber tun. Aber Genosse Tranmael hat zu viel Geduld Elementen gegenüber, die das nicht verdienen. Wir müssen Rücksicht nehmen auf die Traditionen der norwegischen Partei, wir können die Fragen nicht im Handumdrehen lösen. Genosse Tranmael betont, wir müßten die Gewerkschaften behalten. Sehr richtig. Aber die Schlußfolgerung, daß es gut sei, wenn die Gewerkschaften weder zu Amsterdam noch zur Roten Gewerkschaftsinternationale gehörten, ist falsch. In einem Moment, da der Internationale Transportarbeiter-Verband mit der Roten Gewerkschaftsinternationale zusammengeht, da selbst Fimmen mit Moskau zusammen arbeitet, in diesem Moment ist die Haltung der norwegischen Gewerkschaften unrichtig. Man begründet sie damit, daß Kämpfe im Gange wären. Das wäre ein Grund mehr, sich der Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen, die doch keine Parade-, sondern eine Kampforganisation ist.

Was die Frage des Zentralismus betrifft, so hat selbst Ledebour in seinen Statuten für seine Internationale den Grundsatz aufgestellt, daß die Richtlinien durch die Internationale vorgeschrieben werden und die Durchführung den einzelnen Parteien überlassen wird. Und das sagt ein Sozialdemokrat! Wir sollen uns in lokale Fragen nicht einmischen. Aber ist die Ruhrfrage eine lokale Frage, eine lokale Frage der deutschen Partei oder eine lokale Frage der französischen Partei? Heute haben alle größeren Fragen internationale Bedeutung. In wirkliche lokale Angelegenheiten haben wir uns nie eingemischt. Oder war die Reise Lians eine lokale Frage? Wir verstehen sehr gut, was zentral geregelt werden muß und was nicht.

Genosse Höglund hat über Dänemark gesprochen. Seiner Meinung nach hat die Exekutive in der Frage der dänischen Bewegung große Fehler begangen. Ich konstatiere indes, daß wir in der ganzen Zeit des dänischen Konflikts (und dieser Konflikt zieht sich ungefähr zwei Jahre hin) nicht einen einzigen Rat, nicht ein einziges Schreiben von der Zentrale der schwedischen Kommunistischen Partei erhalten haben. Die erste Kommission zur Klärung der dänischen Frage haben wir aus Schweden gewählt. Es kann wohl sein, daß wir wirklich irgendwelche Fehler in der dänischen Frage gemacht haben. Mir persönlich war es z. B. sehr leid, daß wir im Zusammenhang mit diesen Konflikten in Dänemark die Genossin Marie Nielsen verloren haben. Wir kennen sie als eine ergebene und begabte Kämpferin in der revolutionären Arbeiterbewegung. Aber wir haben eben Euch Schweden die Klärung dieses Konfliktes aufgetragen. Warum habt Ihr uns nicht sofort erklärt, daß die Exekutive einen Fehler begeht? Warum habt Ihr nicht einmal den konkreten Vorschlag gemacht, die-

sen Fehler zu korrigieren? Das, was der dänische Genosse Laursen heute mitteilte, ist himmelschreiend. Genosse Höglund hat in seiner Eigenschaft als Mitglied der Exekutive selbstverständlich das Recht, die Exekutive auf von ihr in der dänischen Frage gemachte Fehler hinzuweisen. Das ist das unbedingte Recht des Genossen Höglund. Wozu aber Genosse Höglund und keiner von uns das Recht hat, das ist, auf Umwegen die Beschlüsse der Exekutive der Komintern zu umgehen und eine Gruppe zu unterstützen, die aus der Komintern ausgeschlossen wurde. Genosse Höglund aber hat das getan vermittelst einer Versendung freundschaftlicher Briefe und Einladungen zum Parteitag eben an diese Gruppe. Das ist schon direkt illoyal. Ich wiederhole, Sie haben das volle Recht, der Exekutive die Revision eines nach Ihrer Meinung unrichtigen Beschlusses vorzuschlagen, aber das haben Sie gerade nicht getan, sondern Sie werfen die Autorität der schwedischen Partei in die Wagschale jener Gruppe, die bisher von der Exekutive nicht anerkannt ist. Das ist unzulässig. Wir haben jetzt eine neue Kommission gewählt, die die Frage zu prüfen hat, ob wir wirklich in der dänischen Frage einen Fehler begangen haben. Wurde dieser Fehler begangen, so werden wir als erste vorschlagen, ihn zu korrigieren. Wir müssen aber bei der Korrektur unserer Fehler in organisierter Weise verfahren, wie sich das für Kommunisten gehört. Solange eine von der Mehrheit angenommene Entschließung existiert, muß sie von der Minderheit durchgeführt werden.

Wir haben eine umfangreiche Kommission für die mit dem skandinavischen Konflikt verbundenen Fragen gewählt. Die scharfe Diskussion, die hier stattgefunden hat, darf uns keinesfalls abhalten, den alten Kämpfern der norwegischen und schwedischen Arbeiterbewegung gegenüber auf alle notwendigen Konzessionen einzugehen. Wir mußten hier unseren Standpunkt genau und scharf formulieren. In der Kommission wird sich herausstellen, ob tatsächlich große grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen uns bestehen. Sind sie vorhanden, so ist nichts zu machen. Wenn aber nicht, so können wir zu einstimmigen Beschlüssen gelangen, die dann auch durchgeführt werden müssen.

Die italienische Partei ist das Lieblingskind und zugleich das Schmerzenskind der Internationale. Genosse Urbani hat die Sache so dargestellt, als ob ich gesagt hätte, daß die ganze Schuld an der jetzigen Krise das Zentralkomitee der italienischen Kommunistischen Partei trägt. Wenn ich das gesagt hätte, so würde das selbstverständlich eine Uebertreibung sein. Ich habe aber durchaus nicht gesagt, daß die Schuld ausschließlich auf das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei fällt. Ich sage nur, daß das Zentralkomitee gleichfalls einer der Mitschuldigen an der eingetretenen schwierigen Lage

ist. Genosse Urbani tröstet uns damit, daß die Sozialisten des rechten Flügels die Beschlüsse des IV. Kongresses sabotierten. Das ist ein schwacher Trost. Alle diese Herrschaften sind ja nur dazu da, um die Beschlüsse der Kommunistischen Kongresse zu sabotieren. Von unserer Kommunistischen Partei aber haben wir das Recht, eine andere Haltung zu fordern. Ich werfe Euch Kommunisten Mangel an gutem Willen vor. Ich weiß sehr wohl, auf welch riesige objektive Schwierigkeiten Ihr in den letzten Monaten gestoßen seid. Aber daß Ihr an vielem schuld seid, ist absolut klar. Wir hoffen bestimmt, daß die Beschlüsse, die wir dieses Mal fassen, unweigerlich verwirklicht werden. Das faszistische Regime erschlafft. Bald wird in Italien ein neuer frischer Wind wehen, und dann werden unsere Genossen Erfolg haben.

Was die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung betrifft, so bin ich mit dem Vorschlage Vargas einverstanden. Man kann in diese Losung das Wort „werktätige" aufnehmen. Koritschoner sagte hier, daß uns der primitive Internationalismus der Arbeiter gute Dienste geleistet hätte. Der Internationalismus der Arbeiter ist nicht primitiv, er ist ein kerngesundes Gefühl, das uns vorwärts bringt. Wenn wir davon sprechen, daß wir die nationale Frage nicht vernachlässigen sollen, so bedeutet das nicht, daß die tschechischen Arbeiter tschechisch, die deutschen Arbeiter deutsch fühlen und einander gegenüberstehen sollen. Nein, sie müssen international fühlen, aber die Partei muß es verstehen, national unzufriedene Elemente, die in der Politik eine wichtige Rolle spielen, für ein Stück Zeit für uns zu gewinnen. Die Bolschewiki haben z. B. in der ukrainischen Frage einen Standpunkt eingenommen, der der Partei bei ihrem Fortschreiten von Nutzen war. Die Lage ist heute fast in allen Ländern ähnlich. Nein, nicht die Arbeiter zu Nationalisten machen. Sie sollen gute Internationalisten sein! Genosse Zapotocky sagte, daß die Aufrüttelung der Massen in der Tschechoslowakei für die Entscheidungsschlacht nicht möglich wäre. Eine Armee müsse jedoch, wenn sie nicht kämpfen könne, beschäftigt werden, müsse manövrieren, und dieses Manövrieren müsse konkrete Ziele haben. Diese Ausführungen sind nicht ganz verständlich. In der Tschechoslowakei herrscht eine schwere Krise wegen der künstlichen Hebung des Kronenkurses, es herrscht eine große Arbeitslosigkeit, das Parlament befindet sich in einer ständigen Krise, die Parole der Diktatur scheint also dort nicht so hoffnungslos zu sein, es handelt sich vielmehr darum, wie wir sie aufstellen. Ein russischer Gegenrevolutionär, Isgojew, schrieb über den 1. Mai in Prag, den er selber gesehen hat: unzählige Demonstranten zogen vorbei, die zu den Kommunisten gehörten; den Fahnen der Sozialdemokraten folgten ein paar tausend gutgekleidete

Leute, darunter viele Damen. Darnach scheint mir die Rede Zapotockys etwas zu pessimistisch zu sein. Was das Manövrieren betrifft, so kann das keine künstliche Beschäftigung sein. Man sollte glauben, daß die Frage der Arbeitslosigkeit der Partei und den Gewerkschaften genug wirkliche Betätigungsmöglichkeiten bietet. Die Gegenüberstellung von Manövrieren und positiven Zielen, wie sie Genosse Zapotocky vornimmt, ist unrichtig. Man manövriert eben, um nahestehende positive Ziele zu erreichen.

Aus Bulgarien kommt die Nachricht, daß Stambulijski zum Gegenschlag ausholt und in Plevna die Kommunisten einen Aufstand gemacht hätten, daß aber die Zentrale der Kommunistischen Partei ihm entgegenwirke. Falls diese Nachricht sich bestätigen sollte, so wäre dies ein großer Fehler. Jetzt müßten wir uns selbst mit dem verfluchten Stambulijski verbinden. Die Bolschewiki sind gegen Kornilow mit Kerenski gegangen. Die bulgarische Partei hat eine 25jährige Sammlung hinter sich. Jetzt muß sie beweisen, ob diese Sammlung auch eine kommunistische Kräftesammlung war. Es sind jetzt in Bulgarien drei Möglichkeiten. Entweder tritt die Partei in den Kampf ein, dann kann dieser Kampf zu einer Arbeiter- und Bauernregierung führen. Kämpft die Partei nicht und die jetzige Regierung bleibt, dann geht es um Kopf und Kragen der Partei, oder es kommt die Fäulnis. Eine dritte Möglichkeit ist, daß die Parteizentrale untätig bleibt, aber die Massen in den Kampf gerissen werden. Dann kommt die Spaltung. Wir sind weit vom Schuß, wir können von hier aus keine Direktiven geben, aber wir müssen die bulgarische Partei auf die Gefahren aufmerksam machen. In der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung hat sich eine so große Uebereinstimmung gezeigt, daß es schon jetzt möglich ist, diese Parole auszugeben. Tranmael hat richtig bemerkt, die neue Parole bedeutet keine kleinliche parlamentarische Kombination mit sogenannten Bauernparteien, die eigentlich Bourgeoisparteien sind, sondern sie bedeutet, daß wir zu den bäuerlichen Massen gehen. Was das nationalsozialistische Organ „Das Gewissen" über die K. P. D. schreibt, ist das größte Kompliment für die letztere. Die K. P. D. ist nicht national im gewöhnlichen Sinne des Wortes, es ist aber wichtig, daß jetzt Teile der Bourgeoisie sich sagen, sie sei eine Partei, die sich an das ganze Volk wendet. Das ist ein großer Erfolg; das beweist, daß die Partei den Klassenstandpunkt nicht im Zunftsinne auffaßt. Die K. P. D. ist eine Klassenpartei, aber in dem Sinne, wie es eine revolutionäre Partei am Verabend einer Revolution sein muß. Es können noch Episoden kommen, aber der Ausgang des Kampfes ist nicht zweifelhaft. Ich unterschätze die II. Internationale nicht, sie ist eine Internationale des Betruges. Ich betone nur, daß wir keine Parade-Internationale sind. Die neuesten

Ereignisse in der Arbeiterbewegung, der Zusammenschluß der Transportarbeiter der zwei Gewerkschaftsinternationalen zum Kampfe, bedeuten, daß sich die Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten verschieben. Es können noch vor dem V. Kongreß entscheidende Ereignisse eintreten. Scharfer Blick, feste Hand, Treue zur Internationale, dann werden wir große Erfolge erzielen! (Stürmischer Beifall.)

*

Der Vorsitzende verliest folgende Erklärung des Sekretärs der schwedischen K. P., Genossen STRÖM:

„Um keine Mißverständnisse entstehen zu lassen, wird hiermit erklärt, daß seinerzeit Begrüßungstelegramme und auch Einladungsschreiben zum schwedischen Parteikongreß an beide dänische Kommunistische Parteien gesandt wurden".

EWERT (Deutschland): Die deutsche und die britische Delegation haben zur Religionsfrage folgenden Antrag eingebracht:

„Die Erweiterte Exekutive hält den Standpunkt des Genossen Höglund in der Frage der Religion für falsch, unmarxistisch und sozialdemokratisch. Die Exekutive besteht darauf, daß die Religion für die kommunistischen Parteien keineswegs Privatsache ist, sondern ein Objekt der Entlarvung und des ideologischen Kampfes, der mit passenden Mitteln und Methoden geführt werden muß."

Diesen Antrag haben auch Delegierte aus Frankreich, Holland, Oesterreich, der Schweiz, Italien, Finnland, Bulgarien und der Tschechoslowakei unterschrieben. Ebenso die folgenden Anträge der deutschen und der britischen Delegation:

„Die Erweiterte Exekutive hält die Tendenz der Gruppe „Mot Dag" für antikommunistisch und absolut unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Internationale."

„Die Erweiterte Exekutive hält den Standpunkt der norwegischen Parteizentrale in der Frage des Verhältnisses zur Internationale für unrichtig und schädlich. Dieser Standpunkt ist objektiv eine Tendenz zur Loslösung von der Bewegung des westeuropäischen Proletariats, sowie auch von der gesamten proletarischen Weltbewegung."

Im Namen der russischen Delegation beantragt SINOWJEW die Ueberweisung der Anträge an die Kommission, wo man mit den norwegischen Genossen zusammen zu einer Verständigung kommen soll.

FALK spricht gegen, RADEK für diesen Antrag. Er wird hierauf einstimmig angenommen.

Der Kongreß kommt zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

Die weltpolitische Lage.

RADEK: Genossen, in den sechs Monaten, die seit dem letzten Kongreß verflossen sind, dem ich einen schriftlichen Bericht über die „Liquidation des Versailler Friedens" erstattet habe, ist eine ganze Reihe sehr wichtiger weltpolitischer Erscheinungen zutage getreten, die das allgemeine Bild der Lage stark ändern und die auch eine ganze Reihe taktischer Entscheidungen von uns fordern. Bevor ich aber an die Behandlung dieser Fragen herantrete, möchte ich ein paar bescheidene Worte an einen großen Gönner der Kommunistischen Internationale, an Lord Curzon, richten. Er hat in seiner Note an Sowjet-Rußland die Kommunistische Internationale eine „mischievious body", eine unheilstiftende Organisation genannt. Und er hat seine große Unzufriedenheit damit geäußert, daß wir uns mit weltpolitischen Fragen beschäftigen. Genossen, wir wissen die große Ehre zu schätzen, die uns Lord Curzon durch diese Apostrophierung erwiesen hat. Wir wissen auch, daß wir nicht so befähigt sind, uns mit weltpolitischen Fragen zu beschäftigen, wie Lord Curzon. Keiner von uns hat das Eton-College besucht, keiner im siebenten Lebensjahre den Traum gehabt, daß er Vizekönig von Indien werden würde, und wir repräsentieren auch nicht die Klasse, die seit gut 300 Jahren die Weltpolitik macht. Wir repräsentieren eine Klasse, die bisher Objekt der Weltpolitik war, und wir studieren die Weltpolitik nicht in den Colleges der englischen Aristokratie, sondern die Arbeiterklasse hat die Folgen der Politik der Lord Curzon und anderer während des Weltkrieges an ihrer Haut studiert. Das hat sich als ein noch ungenügendes Studium erwiesen, denn sonst hätte Lord Curzon nicht mehr die Möglichkeit, Weltpolitik zu treiben. Wir versuchen, der Arbeiterklasse in diesem Studium weiterzuhelfen, und es ist selbstverständlich, daß wir dabei Fehler machen. Wäre der Standpunkt Lord Curzons prinzipiell nicht so verschieden von dem unsrigen, so würden wir seine Kritik ebenso dankend entgegennehmen, wie die Kritik unserer Gegner in der Arbeiterbewegung. Aber wir hoffen nicht, daß wir imstande sein werden, in Zukunft die Kritik Lord Curzons zu mildern und von ihm das Zeugnis zu bekommen, daß wir eine ihm Freude bereitende Organisation sind. Wir streben auch nicht danach. Aber wir sind überzeugt, daß, indem wir uns mit der Weltpolitik beschäftigen, wir jedenfalls den Zielen dienen, die sich die Arbeiterklasse gestellt hat, die sie verfolgen und die sie erreichen wird, ob es Lord Curzon gefallen wird oder nicht.

Jetzt zu den Fragen selbst. Die erste Tatsache, die kurz nach dem Kongreß eintrat und die eine große Wandlung in der internationalen Lage bedeutet, ist der englisch-amerikanische Vertrag über die Zahlung der englischen Schuld an Amerika. Die zweite: Die Besetzung der Ruhr und die Haltung Englands ihr gegenüber. Die dritte: Die Lausanner Konferenz. Die vierte: Der englisch-russische Konflikt. Die fünfte und letzte: Die praktische Liquidation des Washingtoner Abkommens in Ostasien. Es scheinen einzelne nicht zusammenhängende Fälle zu sein, in Wirklichkeit sind sie aber aufs engste miteinander verbunden, und nur die Analyse des Zusammenhangs der fünf Fragen ergibt das Bild der Weltlage und zeigt die Aufgaben, die wir als Kommunistische Internationale zu verfolgen haben. Um zu verstehen, welche große weltpolitische Aenderung das englisch-amerikanische Schuldenabkommen signalisiert, ist es nötig, in ein paar Worten zu erinnern an die vorangegangene Phase der englischen Politik, an die Politik Lloyd Georges, wie sie zum Ausdruck kam erstens in der Genueser Konferenz und zweitens in der bekannten Balfour-Note über die interalliierten Schulden.

Der Plan, den Lloyd Georges im Interesse des englischen Handelskapitals verfolgte, war dieser: Die Alliierten haben große Schulden untereinander, in erster Linie an Amerika. Einer der größten Schuldner Englands und der Vereinigten Staaten ist Frankreich. England erstrebte ein Abkommen, das in seinem Resultate zwar Frankreichs Last gegenüber den Alliierten vermindert, aber dafür Frankreich genötigt hätte, seine Rüstungen einzuschränken und die Reparationslasten Deutschlands zu vermindern. Wäre Frankreich gezwungen worden, seine Armee zu verringern, so wäre der englisch-französische Gegensatz im Kampfe um die Hegemonie in Europa geschwächt, die Lage Englands erleichtert worden. Wenn Frankreich genötigt gewesen wäre, für die Streichung eines Teiles seiner Schulden an England und Amerika einen Teil der deutschen Reparationen zu streichen, so wäre die deutsche Bourgeoisie wieder konsolidiert worden. Und da Deutschland eine große Rolle in der englischen Handelsbilanz spielt, so hätte die englische Handels- und Industriebourgeoisie die Möglichkeit bekommen, die große Arbeitslosigkeit zu überwinden, die England jährlich so viel kostet, wie Frankreich von Deutschland an Reparationen fordert, 100 Millionen Pfund. Der zweite Teil des Planes Lloyd Georges war, in Genua mit Sowjetrußland ein Abkommen zu treffen, das Rußland nicht nur in den kapitalistischen Weltverkehr hineingezogen hätte, sondern durch das

Rußland ein neuer kapitalistischer Staat geworden wäre. Lloyd George hoffte, daß die Sowjet-Regierung auf ihren sozialistischen Charakter, d. h. auf das dauernde Streben, Schritt für Schritt in der Richtung des Sozialismus die Wirtschaft zu entwickeln, verzichten würde, daß sie in der Form 99jähriger Konzessionen nicht nur die Fabriken, die früher den ausländischen Kapitalisten gehörten, zurückgeben würde, sondern er hoffte, daß Sowjet-Rußland zur Abzahlung der Schulden und der sogenannten Entschädigungen an die Kapitalisten genötigt sein würde, seine Eisenbahnen, seine Häfen und vielleicht die noch nicht ausgebeuteten Reichtümer Rußlands dem internationalen Kapital auszuliefern. Der russische Bauer und Arbeiter sollte auf diese Weise beitragen zur Restauration des europäischen Kapitalismus. Lloyd George erklärte nach der Genueser Konferenz im Parlament, daß die Führer der russischen Revolution sehr kluge und nüchterne Menschen seien. Sie hätten hinter sich etwas Pöbel, der aufgeputscht werde von den wilden Kommunisten, wie unserem Freund Bucharin, den er zwar nicht genannt hat, aber der gemeint ist, und aus diesem Grunde müsse man den klugen Leuten die Sache etwas erleichtern. Die russische Regierung solle sich weiter Sowjet-Regierung nennen, die Internationale dürfe weiter gespielt, aber die russischen Wirtschaftskräfte sollten dem europäischen Kapital ausgeliefert werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser großzügige Plan zeigte, daß dieser frühere Vertreter des englischen Kleinbürgertums und später der Kriegsspekulanten eine Idee hatte, wie man die Welt am schönsten einrichten könnte. Nur hatte diese Idee mit dem berühmten Pferd des Ariosto das gemeinsam, daß sie tot war; die Rechnung war ohne zwei Wirte gemacht: ohne die Vereinigten Staaten von Amerika und ohne Sowjetrußland.

Die Voraussetzung für das Gelingen des Planes war einerseits die Zustimmung Sowjet-Rußlands, andererseits der amerikanische Druck auf Frankreich und die Bereitwilligkeit Amerikas, Deutschland eine Anleihe zu geben. Amerika dachte nicht daran, die Politik Lloyd Georges und Englands zu treiben. Wenn Sie nur die einfachsten ziffernmäßigen Angaben über die jüngste wirtschaftliche Entwicklung Amerikas die große Prosperität des Jahres 1922/23 in Betracht ziehen, die Tatsache, daß die Stahlproduktion in Amerika sich im Vergleich mit der Vorkriegszeit verdoppelt hat und jetzt 50 Millionen Tonnen beträgt, die Tatsache, daß der bebaute Weizenboden von 46 Millionen Acres vor dem Kriege auf 98 Millionen gestiegen ist, daß die amerikanische Industrie trotz des Fordney-Tarifs im wachsenden Maße fremde Rohstoffe zu verarbeiten, daß sie einen Mangel an Arbeitskräften zu empfinden beginnt, so zeigt das, warum die amerika-

nische Bourgeoisie durchaus nicht das Bedürfnis empfand, sich kopfüber in europäische Dinge zu stürzen und großes Kapital zur Restaurierung des europäischen Kapitalismus anzulegen. Zwei Gruppen sind Gegner der Isolierungspolitik: erstens die Farmer; aber die Farmer bilden nur 30 Prozent der Bevölkerung Amerikas, ihre Produktion liefert nur 17 Prozent des nationalen Einkommens, und von der agrarischen Produktion Amerikas gehen 20 Prozent hinaus. Zweitens die finanziellen Kreise, die Bankkreise, haben auf der Konferenz der Bankiers in Washington den Willen zur Einmischung in europäische Dinge ausdrücklich manifestiert. Sie hoffen auf diese Weise die europäische Industrie in ihre Hände zu bekommen. Eine Anzahl Banken sind interessiert an der Finanzierung des Exports aus Europa, der billigere Ware liefert als die amerikanischen. Sie hätten die Möglichkeit großer Profite, aber auf Kosten der amerikanischen Kapitalisten, die sich durch den Fordney-Tarif von allen Konkurrenten abzuschließen versucht hatten. Die Tatsache der Besserung der Wirtschaftslage in Amerika hat die Isolierungstendenzen der Vereinigten Staaten von Amerika gestärkt, trotz der Warnungen Hoovers, auch an den morgigen Tag zu denken und die Beziehungen zu den ausländischen Mächten zu pflegen. Insoweit die amerikanische Einfuhr gewachsen ist, ist es die Einfuhr von Rohstoffen aus den Kolonialländern, denen auch das amerikanische Gold zufließt. Amerika ist aus der Isolierung nicht herausgetreten. Wenn es beginnt, sich näher mit Weltdingen zu befassen, so sind es mehr klein-, fernasiatische und südamerikanische Dinge, als europäische.

Als die Frage der deutschen Anleihe in Amerika diskutiert wurde, zeigte der Direktor des Morgan-Trustes, Lamond, in seiner Rede auf, wie schwer es den Banken wäre, Kapital für Europa zu mobilisieren. Er erklärte: Wir Banken haben kein so großes Kapital, wir müssen es bekommen von den großen Massen des Kleinbürgertums, das Anleihen zeichnet. Aber diese sehen, daß Europa zerrissen ist, von Kriegsgefahr und Revolution bedroht, und sie sagen, bevor die europäische Bourgeoisie selbst nicht Ordnung schafft, soll sie nicht auf Hilfe von Amerika hoffen. Das war der allgemeine Grund, warum Amerika auf den Plan von Lloyd George nicht einging. Aber es waren auch noch andere Gründe. Lloyd George versuchte, politisch gesprochen, eine anglo-amerikanische Koalition gegen Frankreich. Amerika weiß sehr gut, daß die französische Politik in Europa eine Politik der Zerrüttung ist. Amerika will sich nicht jetzt schon endgültig an England binden. Wie ich in meinem Bericht über die Liquidation des Versailler Friedens ausgeführt habe, ist die englische Politik im Fernen Osten nicht festgelegt. England hat keine endgültigen Verpflichtungen gegen Japan

übernommen. Amerika weiß nicht, ob es nicht genötigt sein wird, bei dem zukünftigen Kampf im Osten England im Schach zu halten. Amerika und England sind nicht nur zwei große Industriemächte, die auf dem Weltmarkt konkurrieren, sondern sie sind auch zwei große Seemächte. Amerika hat die englische Flotte überholt und weiß nicht, ob nicht die Notwendigkeit des Kampfes gegen sie um die hohe See gegeben sein wird. Träte diese Situation ein, so wäre Frankreich nicht der Feind, sondern evtl. ein Verbündeter. Die französischen Unterseeboote würden dann die Wege, auf denen die Rohstoffe und das Brot nach England kommen, abschneiden können, die französischen Häfen, die über den ganzen Atlantischen und Indischen Ozean verstreut sind, wären ein Stützpunkt für die amerikanische Flotte. Und Amerika, das fürchterlich über den Militarismus in Europa schreit, hütete sich, in Washington von Frankreich zu fordern, daß es auf den Bau von Unterseebooten verzichten solle.

Auf der zweiten Seite, was Sowjetrußland anbetrifft, ist der Plan an einem kleinen Irrtum, der Lloyd George in bezug auf Sowjetrußland unterlaufen ist, gescheitert. Ich will keinesfalls leugnen, daß wir etwas Vernunft haben und sehr viel Kühle, aber Lloyd George hat sich geirrt über unsere Absichten. Er ist vielleicht ein Opfer der II. Internationale und der Menschewiki geworden, als er annahm, die Neue Oekonomische Politik würde nichts anderes bedeuten, als daß wir uns mit einem Fallschirme langsam herablassen wollten zu den Niederungen des Kapitalismus. Sowjetrußland hat in Genua und dann im Haag erklärt, daß es gerne bereit ist, dem ausländischen Kapital Zugeständnisse zu machen, wenn es uns Kredite gibt. Aber unter keinen Umständen werden wir unsere Schwerindustrie, unsere Eisenbahnen fremdem Kapital ausliefern. Damit war der Plan Lloyd Georges auch von der Ostseite her zerrissen. Er dronte der Vertretung Sowjetrußlands bei den Verhandlungen in der Villa Alberti, daß, wenn er politisch sterbe, uns kein so großer Freund mehr erstehen, daß dann unser Feind die Oberhand gewinnen werde. Wir haben uns gedacht, Gott schütze uns vor unseren Freunden, gegen unsere Feinde werden wir schon kämpfen. So war der Plan Lloyd Georges zerschlagen.

Als das neue konservative Kabinett kam, mußte es andere Mittel versuchen, sich Amerika zu nähern. Wenn Mohamed nicht zum Berge geht, muß der Berg zu Mohamed, und der Schatzkanzler Englands, Herr Baldwin, der Mitbesitzer der Firma Baldwin Limited, reiste nach Amerika und brachte von dort ein Abkommen. Welchen Eindruck dies machte, will ich Ihnen mit den Worten Lloyd Georges schildern. Sie sind zu schön, als daß sie uns unbekannt bleiben sollten. Er erklärte:

„Ein kalter Schauer lief über den Rücken der Engländer, als man offiziell meldete, daß die britische Regierung endgültig übereingekommen sei, sechzig Jahre lang, jährlich mehr als 30 Millionen Pfd. St. an die Vereinigten Staaten zu bezahlen für die von uns im Namen unserer Alliierten übernommenen Schulden, und zwar ohne von unseren Schuldnern eine Kontribution zu suchen, die die Steuerzahler Englands geschützt hätte."

Und es ist kein Wunder, daß sogar einer so starken kapitalistischen Macht wie England ein Schauer über den Rücken lief. Eine siegreiche Macht soll an einen Alliierten im Kriege 300 Millionen Goldrubel jährlich zahlen, ohne nicht nur vom schlechten Rußland keinen Groschen zu bekommen, sondern auch ohne von guten Alliierten, wie Frankreich, Italien, einen Groschen zurückzukriegen. Von den Steuern, die England zahlt, die größer sind als die der Bourgeoisie irgend eines anderen Landes, machen die Prozente für die Schulden der Alliierten an England 10 Prozent aus. 10 Prozent der englischen Steuern für die Bezahlung der ausbleibenden Prozente der Alliierten an England! Auf diese Weise suchte England politisch eine Annäherung an Amerika herbeizuführen. Aber das war nicht die einzige Folge des Bankrotts des Planes Lloyd Georges. Die zweite Folge war, daß sich England fragen mußte: Was weiter in Frankreich?

Amerika hat es abgelehnt, durch den Druck des Dollars auf Frankreich zu drücken, damit es entweder die Schulden zahle oder sich bereit erkläre, sein Heer zu verringern, die Kriegsgefahr in Europa zu vermindern, und die Last der deutschen Reparationen zu mildern. England stand also vor der Frage, welche Mittel es zum Kampfe gegen Frankreich hat. Und da mußte es eine außerordentlich traurige militärische Bilanz ziehen. Englands Stärke war, daß es eine Insel ist. Weder die Invasionspläne Napoleons, noch die Deutschlands wurden verwirklicht. England mußte aber nach dem Kriege feststellen, daß es aufgehört hatte eine Insel zu sein. Die Entwicklung der Luftflotte, die Entwicklung der chemischen Industrie im Kriege, kombiniert mit der Luftflotte, hat England nicht mit einer Achillesferse beglückt, sondern England besteht jetzt nur aus solchen Achillesfersen. Wenn wir das Buch des Majors Lefebrucke zur Hand nehmen, das die Entwicklung des chemischen Krieges schildert — und Major Lefebrucke war einer der Leiter der englischen chemischen Versorgung im Kriege — so drängt sich der Schluß auf, daß Frankreich vermittelst seiner Luftflotte imstande ist, die englischen Industriezentren zu

vernichten. Das Verhältnis der Luftflotte Englands zu der Frankreichs, das — wie Sie wissen — am 23. März im englischen Oberhaus behandelt wurde, ist ein katastrophales. England besaß im April 1923 35 Luftgeschwader mit 529 Flugmaschinen. 29 davon befinden sich in den Kolonien, in Aegypten, Indien, Palästina, Mesopotamien, Konstantinopel. Frankreich hat einen Soll-Bestand von 2163 Maschinen (1925) und einen Ist-Bestand von 1722 Maschinen. Frankreich ist also in der Luft dreimal so stark wie England. Es ist ein Witz der Geschichte, daß die frankophile Clique in England mit der „Morningpost" an der Spitze in erster Linie jetzt die Kampagne führt für die Vergrößerung der englischen Luftflotte. Jedenfalls mußte Lord Grey in der Debatte im englischen Oberhaus ganz kühl sagen, England könne einen Bruch mit Frankreich nicht riskieren. In dieser Situation war für England die Frage: Was weiter also in der Reparationsfrage?

Der Dollar stand auf 9000 Mark, und es war klar, wohin die Reise ging. Es fand die Pariser Konferenz statt. In ihr brachte England ein Programm vor, das für Deutschland, was die Ziffern anbetrifft, nicht günstiger war als der französische Vorschlag, aber das Frankreich keine Sicherheiten gab. Frankreich lehnt diesen Plan ab. Der deutsche Plan wurde gar nicht vorgebracht. Bonar Law wußte ebenso gut wie Poincaré, daß der deutsche Staatssekretär Bergmann mit diesem Plan im Vorzimmer wartete, aber sie zogen ihn nicht heran. Viele glauben, und das gute deutsche Publikum glaubt es bis heute, daß es eine Komödie der Irrungen war. Die Engländer forderten von Deutschland mehr als die Franzosen und brachten es zum Bruch mit diesen, und die Engländer wollten so sehr Deutschland retten und, trotzdem sie wußten, daß Bergmann dort war, wurde er nicht hineingelassen.

Das Rätsel löste sich sehr einfach. England verfolgte in Paris die Politik der Provokation. Es wollte, daß Frankreich allein handelt und das Ruhrgebiet besetzt. Der Plan war klar. Wenn England nicht imstande ist, den französischen Imperialismus zurückzuschlagen, so muß man dem französischen Imperialismus erlauben, sich an dem deutschen Widerstand das Genick zu brechen. Die englische Regierung wußte sehr gut, daß sie auf die Länge hin die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich nicht dulden kann. Wenn Frankreich im Ruhrgebiet bleibt, wird es durch die Vereinigung der deutschen Kohle mit der Lothringischen und mit den Erzen von Briéy die Basis schaffen nicht nur für den französischen Imperialismus, sondern für die wirtschaftliche Beherrschung Europas, jedenfalls bis zur Beresina durch den französischen Kapitalismus. Die Engländer wissen gut,

daß sie das nicht zulassen dürfen. Aber ihr Plan ging darauf hin, eben den französischen Plan an der Tücke des Objekts scheitern zu lassen. England wußte, daß mit dem Sturze der kleinbürgerlichen deutschen Regierung, dem Sturze Wirths, eine Regierung der Großindustrie gekommen war, daß die deutsche Volkspartei, die Partei der Großindustriellen, die jahrelang gegen die Erfüllungspolitik Sturm gelaufen ist, nicht an die Macht kommen kann, ohne zu versuchen, Widerstand zu leisten. Und England stellte sich hinter diesen Widerstand. Die englische Politik war eine Politik der Provokation, wie einige Beispiele dafür in der Geschichte vorhanden sind. In London erklärte man die Neutralität, in Berlin war der englische Botschafter Lord D'Abernon die treibende Kraft, die die deutsche Bourgeoisie zum Widerstand aufstachelte. Man erzählt, daß Lord D'Abernon, der frühere Vorsitzende der Dette Publique Ottomane, der nicht nur ein großes Interesse für schöne Frauen und Pferde hat, sondern auch ein großer Finanzier ist, in Berlin auf der Börse spekuliert auf den Fall der Mark. Aber wir haben eine so große Achtung vor den englischen Lords, daß wir überzeugt sind, daß ein solcher niemals eine Vermischung der Politik mit den Finanzen zuläßt. Aber mag es um die edlen Passionen des Lord D'Abernon bestellt sein, wie es will, Lord D'Abernon verfolgt jedenfalls bei seinem Spiel die Interessen der englischen Politik. Curzon sprach in London von Nichteinmischung und Lord D'Abernon suchte Deutschland in einen Kampf hineinzutreiben, wobei er natürlich versprach, daß England im entscheidenden Augenblick Deutschland unterstützen werde.

So spekuliert England darauf, daß Poincaré sich den Kopf einschlagen wird an dem Widerstand der deutschen Bergarbeiter, den die Bourgeoisie finanziert hat, und daß, wenn der Augenblick gekommen sein wird, der Streit durch ein Kompromiß geschlichtet, worauf hin der Eisen- und Kohlentrust gebildet werden wird, aber unter Teilnahme Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika. Da die Vereinigten Staaten und England ökonomisch stärker sind als Frankreich, so hofft England, daß es in letzter Linie zusammen mit der finanziell schwachen, aber organisatorisch sehr starken deutschen Bourgeoisie den Eisen- und Kohlentrust beherrschen wird. Dieser Plan wurde aufs äußerste gefährdet durch den Partner des Lord D'Abernon, durch die deutsche Bourgeoisie.

Genossen, was in diesen sechs Monaten an der Ruhr vorgegangen ist, erfordert die größte Aufmerksamkeit der gesamten internationalen Arbeiterklasse. Es zeigt, daß die internationale Bourgeoisie nicht nur nicht imstande ist,

die kapitalistische Weltwirtschaft von neuem aufzubauen, sondern daß sogar die Bourgeoisie eines jeden Landes nicht imstande ist, die Sonderinteressen einzelner ihrer Gruppen ihren gemeinsamen Interessen unterzuordnen. Die deutsche Bourgeoisie ist jetzt ein Haufen von Hyänen, die sich schlagen um jedes Stück Aas. Als Klasse hat sie ein großes weltpolitisches Interesse an dem Abbau des Versailler Friedens. Aber sie hilft Poincaré zum Siege, weil jede Clique des deutschen Kapitalismus nur an ihre nächsten Profitinteressen denkt. Worin bestand das Problem des Widerstandes? Es bestand darin, die deutschen Arbeiter an der Ruhr solange zu ernähren, bis Poincaré einsehen würde, daß er den Widerstand der Bergarbeiter nicht brechen kann. Statt dessen hat die deutsche Bourgeoisie unter dem Geschrei der nationalen Verteidigung eine Politik getrieben, die ich Ihnen in ein paar Tatsachen schildern will. Die deutsche Bourgeoisie bekam viele Milliarden Papiermark vom Staate als „Ruhrhilfe", um den Arbeitern, wenn sie nicht arbeiten, den Lohn zahlen zu können. Sie bekamen 200 Milliarden Papiermark zur Diskontierung ihrer Handelswechsel. Das waren 200 Millionen Goldmark. Die deutsche Bourgeoisie bekam vielleicht ein Drittel des deutschen Goldfonds, damit sie billige Devisen kaufen konnte und für diese Devisen billige Kohlen. Der Dollar war Ende Januar auf 49 000 gestiegen. Er wurde auf 20 000 und 19 000 heruntergedrückt. Die deutsche Bourgeoisie kam, wie unser Berichterstatter über die Wirtschaftspolitik, Genosse Pawlowski, in einem besonderen Artikel in der „Kommunistischen Internationale" noch ausführlich darlegen wird, an den Schalter einer Bank, erhielt Papiermark als Kredit und ging an einen anderen Schalter der Bank und bekam für weniger als für die Hälfte des Preises Dollars. Als mehr als 300 Millionen Goldmark ausgepumpt waren, begann von Stinnes eingeleitet eine wilde Spekulation um die Eindeckung in Dollars. Die Folgen sind bekannt. Nach einem heutigen Telegramm kostet ein Dollar jetzt 100 000 Mark. Der Widerstand der deutschen Bourgeoisie war aufgegeben. Sie trieb alle Preise so in die Höhe, daß die Arbeiterklasse nur mit mehr als dem Zehnfachen ihrer Löhne imstande wäre, das zu kaufen, was sie vor der Ruhraktion bekam. Die deutsche Bourgeoisie hat aber mit Unterstützung der deutschen Regierung versucht, die Löhne zu drücken. Das Wolffsche Telegraphenbüro hat am 8. März direkt erklärt: jetzt müssen die Löhne gedrückt werden. In allen Verhandlungen der Unternehmer mit den Arbeitern traten die Vertreter der Regierung für eine Senkung der Löhne ein. Das Resultat war, daß die deutschen Arbeiter im besetzten Gebiet vom 8. Februar an keine Lohnerhöhung erhalten

haben, während den Beamten Lohnerhöhungen zugebilligt wurden. Die Folge war eine spontane Welle von Streiks, zuerst im Ruhrgebiet, dann in ganz Deutschland, die — wie Sie wissen — dazu führten, daß sich der Vertreter der deutschen Regierung, Dr. Lutterbeck, an den General Degoutte wandte unter Berufung auf das große Beispiel Thiers 1871 mit der Bitte, den Wechsel einzulösen, den die französische Bourgeoisie 1871 unterzeichnet hat. 1871 hat Bismarck geholfen, die Pariser Kommune niederzuwerfen und Lutterbeck forderte: jetzt sollt ihr helfen den Aufstand im Ruhrgebiet niederzuwerfen. Dieses Dokument, das von allen Parteien der Kommunistischen Internationale, nicht nur von der deutschen, als ein klassisches Dokument des Verrats der nationalen Befreiungsziele durch die Bourgeoisie in allen Ländern verbreitet werden sollte, ist ein Beweis dafür, daß die Bourgeoisie den Widerstand gegen den französischen Imperialismus aufgegeben hat. Wenn der Reichskanzler Cuno zwei Wochen nach dem Brief Dr. Lutterbecks in seiner Rede in Münster sagte: Der Widerstand ist noch nicht zu Ende, wir werden ihn weiterführen, so ist es ein Versuch der restitutio in integrum, der Wiederherstellung der Jungfräulichkeit, der leider in der Geschichte nicht gelingt. Die deutsche Bourgeoisie ist bereit, vor Poincaré zu kapitulieren auf dem Rücken des deutschen Proletariats. Die deutsche Bourgeoisie hat der deutschen Regierung vorgeschlagen: die Schwerindustrie, der Handel und die Landwirtschaft wollen 500 Millionen Goldmark im Jahre zur Zahlung der Reparationen hergeben, wenn der Achtstundentag abgeschafft wird, die Eisenbahnen den Industriellen ausgeliefert werden, d. h. die Kapitalisten das Recht kriegen, den Ausverkauf Deutschlands nicht mehr en detail, sondern en gros zu betreiben. Da das Proletariat nicht imstande war, die Sachwerte der Bourgeoisie zu erfassen, so erfaßt die Bourgeoisie den bürgerlichen Staat im wahrsten Sinne des Wortes, indem sie ihm alle selbständigen wirtschaftlichen Quellen wegnimmt und dem Proletariat alle Bürden auferlegt.

Wir glauben, daß die Niederwerfung der deutschen Bourgeoisie an der Ruhr, der Sieg Poincarés schon jetzt faktisch erzielt, aber noch nicht formell vollzogen ist. Fraglich ist nur, ob Poincaré allein die Früchte des Sieges einzuheimsen imstande sein wird, oder einen Teil der Beute an England wird abtreten müssen, das natürlich den Schein zu erwecken sucht, als rette es wieder einmal Deutschland. Die deutsche Bourgeoisie ist nicht einmal zur Kapitulation fähig. Sie hat alle Hunde des Nationalismus gegen die Franzosen losgelassen und jetzt sitzen sie ihr im Nacken. Sie wollte die Kapitulation durchführen, indem sie einen Aufstand der Kommunisten im Ruhrgebiet zu provozieren versuchte, um dann mit dem Schrei: die Kommu-

nisten haben Frankreich die Front geöffnet! die Kommunisten niederzuwerfen und die Faszisten und Nationalisten, von denen sich ein Teil gegen die Regierung hätte wenden können, gegen die Arbeiterklasse zu werfen. Dank der Kaltblütigkeit der deutschen Kommunistischen Partei ist dieser Plan mißlungen und die deutsche Bourgeoisie weiß nicht, wie die Dinge weitergehen sollen. Ihr Angebot ist ein Angebot der Versklavung Deutschlands, aber sie will selbst Sklavenhüter sein. Sie gibt den Franzosen nicht die Möglichkeit, die Ausbeutung selbst zu führen, und der französische Imperialismus fürchtet, daß die Garantien nur auf dem Papier bleiben. Wie die Dinge liegen, wird ein Abkommen geschlossen werden, das Deutschland dem Ententeimperialismus ausliefert, aber es ist möglich, daß die Situation noch monatelang unentschieden bleibt. Als der Ruhrkampf begann, schlug Poincaré in der Rede, in der er sich über den deutschen Antrag aussprach, nach dem eine internationale Kommission der Bankiers bestimmen sollte, wieviel Deutschland zu zahlen hat, Töne an, die an die Noten Tschitscherins erinnern. Er erklärte, Frankreich wird niemals zulassen, daß die internationale Finanz darüber bestimmt, was Frankreich zu bekommen hat und was ihm notwendig ist. Diese sozialistische Tirade des Herrn Poincaré gegen die internationale Finanz war gegen Amerika und England gerichtet. Es ist klar, daß in einem solchen internationalen Ausschuß die englischen und amerikanischen Banken die Kreditgeber sind und eine ausschlaggebende Rolle spielen würden. Siegt Frankreich an der Ruhr, so bedeutet das natürlich nicht, daß das amerikanische und englische Kapital vollständig ausgeschaltet wird. Aber da Frankreich erklärt, von der Ruhr nicht wegzugehen, bis die Zahlungen erfolgt sind, so bedeutet dies, daß es die Ausbeutungsobjekte militärisch selbst in der Hand hat und so den Druck des Dollars und des Sterlings schwächt. Ob der Kampf an der Ruhr revolutionäre Formen annimmt, ob der Leichnam des passiven Widerstandes die Luft verpestet, oder ob es zu einem Abkommen kommt, eins ist klar: die sechs Monate des Ruhrkrieges haben die deutsche Wirtschaft auf Jahre zurückgeworfen. Die Anpassung nur der Löhne an die Preise bedeutet eine Lohnrevolution. Der Finanzstand Deutschlands ist ohne jede Aussicht. Die Hoffnung der deutschen Bourgeoisie auf die amerikanische Anleihe war aus der Luft gegriffen. Wir wußten es, als wir in Genua Anleihen forderten, aber die deutsche Bourgeoisie glaubte an sie. Und jetzt kommt K e y n e s, der Deutschenfreund, und sagt in der Londoner „Nation" der deutschen Bourgeoisie, daß sie bestenfalls auf eine mildtätige Anleihe rechnen könnte, auf ein Almosen, für das man sich Zigarren kaufen kann, das aber die finanzielle Lage

Deutschlands nicht erleichtern wird. Das bedeutet, daß Deutschland einer großen wirtschaftlichen Zerrüttung entgegengeht, das bedeutet für England, daß es einen der wichtigsten Käufer auf lange Zeit verliert. Und damit komme ich zu dem Zusammenhang dieser Niederlage Englands an der Ruhr mit seiner russischen Politik.

Wenn wir die Grundziffern der englischen Außenhandelsbilanz ansehen, so zeigt sich uns folgendes:

Von 1921 bis 1922 wuchs der englische Export in das nichtenglische Ausland von 310 auf 336 Millionen Pfund.

Der englische Export in die englischen Kolonien verminderte sich von 208 auf 198.

Ueberhaupt ist der Handel Englands mit seinen Kolonien seit dem Kriege um 2 Prozent gestiegen, was eine sehr minimale Summe ist, denn Sie wissen, welche Revolutionierung der Preise stattgefunden hat auch in Pfund. Das Ergebnis ist sehr minimal in Anbetracht der Bemühungen, die England macht, um sich in seinen Kolonien festzusetzen.

Die Ausfuhr nach Deutschland, die im Jahre 1913 29 000 000 Pfund ausmachte, im Jahre 1921 12 000 000 Pfund, stieg im Jahre 1922 auf 24 000 000 Pfund. Das bedeutet, daß der Handel in Mitteleuropa in größerem Tempo wuchs trotz des Ruins nach dem Kriege, als der Handel mit den Kolonien. Jetzt sehen wir, daß dieser Markt, der westeuropäische, der deutsche Markt, durch die Ruhrereignisse auf lange Zeit einer großen Zerrüttung entgegengeht, und das ist die Ursache, weshalb die Richtung Lord Beaverbrooks, die koloniale Richtung in der Politik, trotzdem, daß gegen sie die englische Handelsbilanz und ökonomische Gründe sprechen, an Kraft zunimmt. Ein Teil der englischen Bourgeoisie sagt, die europäische Wirtschaft ist der Zerrüttung ausgeliefert. Deshalb richtet er sein Augenmerk immer mehr auf die Kolonien.

Der Ausdruck dieser Tendenz war die Note Curzons gegen Sowjetrußland. Sie erschien fast zur selben Zeit, wie die Note an Deutschland, in der Curzon von der deutschen Bourgeoisie verlangt, sie solle zahlen, was Frankreich fordert, in der er die deutsche Bourgeoisie in der barschesten Weise behandelt. Im ersten Augenblick schien das eine verrückte Sache zu sein, daß Curzon sich gleichzeitig in solcher Weise gegen Rußland und die deutsche Bourgeoisie wendet. In diesem Wahnsinn war aber System. Die Kolonialrichtung suchte diese Politik durchzuführen, die bestand in der Auslieferung Deutschlands an Frankreich mit einer kleinen Teilnahme Englands, um für diesen Preis Frankreich zum Kampf gegen Sowjetrußland zu bekommen, um Frankreich davon zurückzuhalten, daß

es sich an Stelle Englands in Rußland festsetzt. Sie werden fragen, warum der Kampf gegen Sowjetrußland, warum die Aenderung in der Politik Englands gegenüber Sowjetrußland? Die Gründe dieser Sache liegen, wie gesagt, teils in dem Scheitern des Planes von Lloyd George, teils in der Entwicklung in Rußland, teils im Nahen Osten.

Um mit Rußland zu beginnen. Ich habe schon gesagt, Lloyd George sah in der neuen ökonomischen Politik eine Brücke, die Sowjetrußland zum Kapitalismus geschlagen hat. Er hoffte auf eine geistige und moralische Zersetzung der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands. Lord Curzon hat zwar in Eton den Marxismus nicht studiert, aber es gibt Tatsachen, die sogar einem englischen Junker klar sind. Diese Tatsachen sind sehr einfach. Rußland hat im Bürgerkriege nicht kapituliert, es hat gesiegt mit den Waffen in der Hand. Aber der Bürgerkrieg hat ihm die größten Wunden geschlagen. Dann kam der Hunger. In Genua suchte man uns zur Kapitulation zu zwingen, wo wir das Messer des Hungers am Halse hatten. 1922 hatten wir eine mittlere Ernte, wir haben den Hunger mit Ausnahme der Gebiete, an die heranzukommen die Transportschwierigkeiten nicht erlaubten, überwunden. Zum erstenmal sind unsere Arbeiter halbwegs gut genährt und, wie ich es auf Grund der deutschen Erfahrungen jetzt weiß, besser genährt als die deutschen Arbeiter. Wir haben 23 Millionen Pud Brot in diesem Jahre ausgeführt. Wenn wir in den nächsten Jahren eine gute Ernte haben, werden wir 150 bis 200 Millionen Pud jährlich ausführen und ausführen müssen, damit der Bauer die Anbaufläche des Getreides erweitern kann. Die Preise des Brotes sind hier so niedrig, daß der Bauer genötigt ist, die Getreideanbaufläche einzuschränken, wenn wir nicht ausführen. Vom Standpunkt seiner Befreiung vom Monopol Amerikas, was Rohstoffe und Brot anbetrifft, müßte das England nur begrüßen. Aber vom Standpunkt der englischen Weltpolitik, des Willens, Sowjetrußland auf die Knie zu zwingen, steht die Frage so: Was bedeuten 150 Milionen Pud? 150 Millionen Pud bedeuten 150 Millionen Goldrubel, das bedeutet, wenn jetzt schon die leichte Industrie sich hebt, weil der Bauer ihre Produkte kauft, daß dann der Bauer, der das Gold für sein Getreide kriegt, Mittel geben wird auch zur weiteren Entwicklung der Industrie. Der Sowjetstaat, der das Monopol des Außenhandels hat, bekommt Geld für die technische Ausrüstung der Roten Armee.

Mehr noch. Lloyd George war die neue ökonomische Politik erwünscht. Aber die neue ökonomische Politik ist die Basis der Erstarkung Sowjetrußlands im Nahen Osten. Von Teheran ist es näher nach Nischninowgorod als durch Abushir nach London. Von

Kabul ist es näher nach Nischninowgorod als nach Kalkutta und London. Und die Orientvölker waren gewöhnt an die russischen Waren. Die Waren der russischen Industrie begannen die Engländer im Nahen Osten vor dem Kriege zu schlagen. Und es ist klar, mag Sowjetrußland verzichten nicht nur auf die Propaganda, sondern mag es sogar zwei Finger in die Höhe heben und schwören, daß Lord Curzon der größte Freund der Orientvölker ist, die ökonomischen Aenderungen werden die Position Sowjetrußlands im Orient stärken. Und daraus ergab sich nach der Ueberzeugung Curzons eine Bedrohung eben der Linie der Politik, auf die er auf Grund seiner ganzen Vergangenheit die englische Politik konzentrieren will: Stärkung des Verhältnisses zu den Kolonien, in erster Linie in Indien. In seiner Rede über die Rolle Indiens im englischen Imperium erklärte Lord Curzon im Jahre 1910, daß Persien und Afghanistan das militärische Glacis von Indien sind. Das Interesse des englischen Kapitals erfordert nicht die Besetzung dieser Länder, aber es erfordert, daß Rußland keinen entscheidenden Einfluß in diesen Ländern gewinnt. Nun, Sowjetrußland erstrebt im Gegensatz zum Zarismus weder eine militärische noch eine ökonomische Beherrschung Persiens und Afghanistans. Aber Lord Curzon fürchtet noch mehr, daß der geistige Einfluß Sowjetrußlands, gestützt auf den Warenverkehr mit dem Orient, diese Länder aus dem Zustand der politischen Ohnmacht hinausführt und ihnen hilft, Herr im eigenen Hause zu sein. Das wäre die größte Gefahr für den englischen Imperialismus. Die alten zaristischen Armeen konnten die indische Festung von außen bedrohen. Werden die Perser und Afghanen freie Völker, so kann das einen Einfluß in Indien haben, der den Feind des englischen Imperialismus in der indischen Festung stärken würde.

Darum sagte sich Lord Curzon: Entweder gelingt es mir, Sowjetrußland jetzt auf die Knie zu zwingen, es in das Fahrwasser der englischen Politik zu bringen, es im Osten auszustreichen aus der Liste der entscheidenden Faktoren, oder den Kampf zu provozieren, bevor Sowjetrußland gefährlich sein wird. Sie wissen, daß England seine Kriege sehr gerne mit fremden Händen führt. Und die berühmten Telegramme des italienischen Vertreters Amadori in Moskau haben den englischen Plan mit vollkommener Offenheit enthüllt. Amadori, der ein kleiner Beamter war ohne politische Bedeutung, war nicht imstande, selbst solche Pläne zu entwickeln. Er spiegelte die Meinung der Vertreter der kapitalistischen Staaten überhaupt wider. Der Plan Lord Curzons ging darauf hinaus: England, Italien ziehen sich zurück, dann beginnt der Druck auf die englischen Vasallen, das sind alle baltischen und Nordseemächte. In Moskau würde nur Deutschland bleiben. Aber die deutsche Industrie — so nimmt Cur-

zon an — geht zugrunde, wird zersetzt, hat nicht genügend Mittel, um Brot und Rohstoffe zu kaufen. Sie wird auch nicht genügend Möglichkeiten besitzen, jetzt nach ihrer Zerrüttung an der Ruhr industrielle Waren an Rußland zu liefern. In dem Telegramm Amadoris wird das plump gesagt: Rußland wird abgeschlossen sein von den Valutaquellen. Also finanzielle und wirtschaftliche Blockade Rußlands. Dann sagt Amadori: Wie wird sich das Verhältnis Rußlands zu den Nachbarstaaten gestalten? Die passive Opposition wird sich nach dem Bruche stärken, in aktive übergehen, d. h. die Petljura-Leute, die S. R. und all das Gesindel, die georgischen Menschewiki kriegen neue Pfundnoten. Sie werden durch die rumänische, durch die polnische Front hineingelassen. Daraufhin — so spekuliert Curzon — werden wir uns fragen, ob es nicht besser ist, statt zuzusehen, wie sie unsere Ernte vernichten, einen Raid nach dem Westen zu machen.

Die englische Politik ging auf die Provokation eines Krieges zwischen uns und Polen aus. Und darum reiste der englische Generalstabschef Earl of Cavan direkt von Rom, wo er mit Mussolini zusammengekommen war, nach Warschau, um der polnischen Regierung zu sagen: 1920 habt ihr den Krieg verloren, denn ihr habt eine junge Armee gehabt, waret schlecht organisiert und hattet nicht die Unterstützung Englands. Jetzt könnt ihr die Unterstützung Englands haben. Der Plan war also, uns in einen neuen Krieg gegen Polen hineinzuziehen, dessen Folgen — wie sie von Curzon berechnet wurden — wären: Wir müßten die Steuerlast sehr erhöhen, die Unzufriedenheit des Bauerntums hervorrufen und durch die wirtschaftliche Last des neuen Krieges würden wir — so hoffte Curzon — in die Luft gesprengt werden. Die zweite Hoffnung war die Spekulation auf die Krankheit Lenins. Genossen, wir sind historische Materialisten, aber Lord Curzon, der auf einem Elefanten nach Delphi ritt, ist ein Anhänger des Heroenkultus, und er ist überzeugt: wenn Lenin krank ist, so werden hier alle Leute den Kopf verlieren.

Wir schätzen die Rolle des Genossen Lenin höher, als ein Lord Curzon imstande ist, sie zu verstehen. Aber die Rechnung war gemacht ohne die 25jährige Geschichte unserer Partei. Der Vorsitzende der Exekutive, der Genosse Sinowjew, sagte mir früher öfters, — und ich und Bucharin haben das bestritten — wir werden neue Interventionen bekommen, unsere Gegner werden mit Bajonetten ausprobieren, wieviel wir wert sind, in Abwesenheit des Genossen Lenin. Als ich jetzt im Auslande mit einem sehr klugen amerikanischen Journalisten sprach und ihn fragte: Warum will Curzon Krieg, weil er fürchtet, daß wir zu stark werden, oder weil er glaubt, daß wir schwach sind? — bekam ich die Antwort: Curzon fürchtet,

daß ihr zu stark werdet, und will deswegen abwägen, wieviel ihr jetzt, vorübergehend, ohne Lenin, wiegt. Die englische Politik rechnete auf die Spaltung und Zersetzung unserer Partei durch die neue ökonomische Politik.

Ich brauche hier nicht zu erzählen, welche Vorwände Lord Curzon dabei benutzte, um den Bruch mit Sowjetrußland herbeizuführen: die Erzählungen von den geheimen Konspirationen, die wir im Orient führen; sie klingen gar schön im Munde des Vertreters der Regierung, die während des Krieges als Alliierte des zaristischen Rußlands aufs unerhörteste gegen Rußland konspiriert hat. Die von den deutschen Agenten im Jahre 1916 in Teheran entwendeten englischen Dokumente, die im Jahre 1917 in Berlin veröffentlicht worden sind, beweisen das aufs klarste. Ich brauche darüber nicht weiter zu reden. Es ist jetzt wichtiger, den Ausgang der Sache zu prüfen.

Sie wissen, welche Politik Rußland getrieben hat. Sowjetrußland hat erklärt: Wenn Lord Curzon Krieg haben will, soll er ihn selbst führen, wir verzichten einstweilen dankend darauf. Es ist klar, daß Sowjetrußland hier eine ihm gestellte Falle sah. Es sollte erniedrigt werden, damit unser Ehrgefühl uns nicht erlaubt, dem Bruche auszuweichen.

Genossen, wir sind die Regierung der Arbeiter und Bauern. Wenn wir in zehn Jahren — wie ich fest hoffe — sehr stark sein werden, und mit uns die gesamte europäische Arbeiterklasse, so werden wir vielleicht ein besonderes Zeremoniell verfassen, nach dem wir behandelt werden wollen von den Lord Curzons, wenn sie noch irgendwo existieren werden. Sie wissen, als sich Japan von der kapitalistischen Welt abschloß, forderte es von den holländischen Kaufleuten, wenn sie in die japanischen Hafenstädte eingelassen werden wollten, daß sie Kotau machten. Vielleicht werden wir in der Zukunft ein solches Zeremoniell festsetzen. Jetzt haben wir uns gesagt, es handelt sich nicht um Zeremonien und Prestige, es handelt sich um die Frage: Lord Curzon will jetzt Krieg, und wir wollen überhaupt keinen Krieg. Und wenn man ihn uns aufzwingen wird, so wollen wir nicht jetzt kämpfen, sondern dann, wenn wir mit einem Minimum von Opfern zeigen können, daß es gefährlich ist, mit Sowjetrußland zu spaßen.

Lord Curzon läßt jetzt in die Welt hinaustrompeten, daß er einen Sieg errungen hat. Sowjetrußland hat zwar abgelehnt, seine Gesandten abzurufen, hat aber 130 000 Goldrubel bezahlt und zugesagt, daß es sich in den englischen Kolonien nicht mit kommunistischer Propaganda befassen wird. 130 000 Goldrubel sind ein schönes Stück Geld. Aber Lord Curzon hat über seinem Trumpf eines an der Sache

vergessen. Er hat mit der Stupidität, in der die Schüler von Eton die von Potsdam übertrumpfen, zwei Seiten übersehen. Die eine Seite ist Rußland. Lord Curzon, der als Vizekönig in Indien saß, ist der Vater der nationalen Bewegung Indiens. Seine Politik der Teilung Bengaliens hat die revolutionäre Bewegung in Indien um Jahre gefördert. In Sowjetrußland, wo die Arbeiterklasse die Diktatur übernommen hat, ist das nationale Bewußtsein ein Stück dieser Diktatur. Graf Mirbach und General Hoffmann waren die nationalen Erzieher des russischen Volkes. Als wir unschuldigen, damals linken und dummen Kommunisten seinerzeit gegen unseren Lehrer Lenin kämpften und den Vertrag von Brest nicht unterzeichnen wollten, sagte uns Genosse Lenin: Was wißt ihr vom Vertrag von Brest, er ist noch ein Stück Papier. Wir werden die größten Erniedrigungen erleben, und dann werden die revolutionären Massen Rußlands wissen, daß man Mittel haben muß, um sich zu verteidigen, und Hoffmann und Mirbach werden die nationalen Erzieher der Massen sein. Lord Curzon suchte diese Erziehungsarbeit weiterzuführen, und wir können ihm verraten: Wir werden die Bedeutung der Sprache Lord Curzons mit den Vertretern von 150 Millionen Menschen ins populäre Russisch übersetzen, so daß es der letzte Bauer versteht. Aber Lord Curzon zieht auch nicht die Bilanz des jetzt erledigten Konfliktes, was den Osten betrifft. Er glaubt, daß der Osten sich sagen wird: Sowjetrußland fürchtet den Krieg mit England, darum kann es uns auch nicht verteidigen, und deshalb wird der Osten die Stiefel Lord Curzons lecken. Lord Curzon unterschätzt die Lage im Osten. Die Volksmassen im Osten werden begreifen, daß der Vertreter Sowjetrußlands, Genosse Worowski, im Kampfe um ihre Befreiung gefallen ist. Diese Massen werden begreifen, daß wir einer Kriegsgefahr entgegengingen, weil der englische Imperialismus in Sowjetrußland einen Freund der Ostvölker sieht. Die Orientvölker wissen, daß wir bleiben, was wir waren. Und diese Bilanz im Osten wird die größte Bilanz gegen Lord Curzon sein.

Lord Curzon wollte den Bruch, Lord Curzon drohte mit dem Bruch noch am Sonntag, als er unsere letzte Note in der Hand hatte, aber er konnte nicht brechen, obwohl wir endgültig ablehnten, unsere Gesandten abzurufen. Er konnte nicht brechen, weil die vernünftige Politik der Sowjetregierung nicht nur die englische Arbeiterpartei, sondern beide Parteien des englischen Liberalismus überzeugt hat, daß Lord Curzon den Krieg will und nicht wir. Lord Curzon konnte den Bruch nicht durchführen, weil die industriellen Elemente im Lager der englischen konservativen Partei

fragten: Wohin führt das? Es genügt, die Artikel von Garvin im „Observer" zu lesen, um die Gegensätze im Lager der Konservativen zu sehen. Curzon wurde geschlagen in seiner eigenen Partei, da die Industriellen den Sprung ins Ungewisse nicht mitmachen wollten. Sie hatten auch von ihrem Standpunkt Recht. Der Bruch wäre Kampf auf der ganzen Linie, und der englische Imperialismus hätte die Dinge zu fühlen gehabt nicht dort, wo er es vielleicht wollte, sondern auf dem ganzen Gebiete der englischen Macht in Asien. Der Rückzug Curzons, sein Verzicht auf die Forderung der Abberufung der russischen Gesandten aus Kabul und Teheran, waren nicht nur das Resultat des Widerstandes der englischen Industriellen, sondern auch des Bankrotts seiner Hoffnungen auf die Solidarität der Alliierten und Neutralen. Italien, auf das er in erster Linie rechnete, zog sich zurück. Italien braucht Rußland, weil es hier für industrielle Waren Brot kriegen kann, während es in Amerika für Brot mit Gold zahlen muß. Frankreich ließ eben nach der Note Curzons die russische Rote-Kreuz-Mission nach Marseille ein und entsandte eine Handelskommission nach Moskau. Dies bedeutet keinesfalls, daß es sich endgültig entschieden hat, sich in Moskau an Stelle Englands zu setzen, aber es bedeutet, daß es sich nicht endgültig in der russischen Angelegenheit an Curzon ausgeliefert hat. Dänemark hat eben im Augenblick des russisch-englischen Konfliktes den Handelsvertrag mit Sowjetrußland unterzeichnet. Mit Recht schrieben die liberalen Londoner „Daily News" am 5. Juni 1923:

„Was diese Diskussionen den intelligentesten und unvoreingenommenen Menschen aller Parteien gezeigt haben, ist, daß der Bruch zwischen Groß-Britannien und Rußland schwere Folgen in Osteuropa zur Folge hätte, und daß das direkte Wirtschaftsinteresse beider Länder die Unterstützung des Handels mit allen legalen Mitteln erfordert; die guten politischen Beziehungen beider Länder werden den Handel fördern, das Wachstum des Handels wird seinerseits die politischen Beziehungen fördern. Nicht nur in England gewinnen diese Auffassungen immer mehr Anhänger. Die italienische Regierung hat sofort ihren Vertreter von Moskau abberufen, der sich kompromittiert hat durch seine sehr indiskreten Aeußerungen über die russische Politik. Gleichzeitig damit kommt die Nachricht von der Ankunft der französischen Handelskommission in Moskau. Wir zweifeln nicht, daß die englische Regierung den Sinn dieser Vorfälle verstehen wird. Sie wird zeigen, wie der Wind vom Westen weht."

Lord Curzon hat sein Ziel nicht erreicht. Er hat weder den Bruch mit Sowjetrußland erreicht, noch es ins Fahrwasser der englischen Politik genommen. Er hat nur das nationale Gefühl der russischen Volksmassen bis aufs tiefste verwundet. Indem die Regierung Groß-Britanniens sich geweigert hat, ein ehrliches Verhältnis zu Sowjetrußland im Nahen Osten herzustellen, hat sie die Keime neuer Konflikte bewußt konserviert. Indem Leslie Urquhart, der industrielle Manager der Intervention, aus Wut darüber, daß Sowjetrußland ihm nicht hilft, ein kapitalistisch-feudales Fürstentum auf russischem Boden zu errichten, von neuem forderte, die englische Regierung solle mit Sowjetrußland brechen, wenn es den englischen Kapitalisten die Fabriken nicht zurückgibt und die Schulden bezahlt, zeigte er, warum ein Teil der englischen Industriellen bereit ist, die östlich-koloniale Richtung Curzons in ihrem Kampfe gegen Sowjetrußland zu unterstützen. Die Sowjetregierung wird sich nicht auf die Knie zwingen lassen. Sie wird es auf den Kampf ankommen lassen, wenn eine fremde Macht versuchen wird, die Errungenschaften der Oktober-Revolution anzufechten. Darum sehen wir in dem russisch-englischen Konflikt ein Signal großer Gefahren und sagen dem internationalen Proletariat: Die Gefahr neuer Interventionen ist nicht ausgeschlossen! Die Niederlage Curzons zeigt, wie sich die Tendenzen kreuzen. Der Zusammenbruch Deutschlands, das Uebergewicht der kolonialen Richtung, brachten die Note an Rußland; die englischen Industriellen wollen aber nicht endgültig auf Europa verzichten, sie suchen nach einem Ausweg zur Rettung ihres Handels mit Zentraleuropa. Die koloniale Richtung wird zurückgeschlagen. Das bedeutet nach den Erfahrungen des großen Weltkrieges, daß ein Akt zu Ende ist, daß wir aber vor neuen Kämpfen stehen.

Die Zerrüttung Europas, die Zerrüttung des Kapitalismus geht weiter vor sich, und die Ruhrkrise, die Ereignisse im Haag, sie haben bewiesen, daß die einzige Macht, die weiß, was sie will, die sich nicht provozieren läßt, die klar sieht, wohin der Weg geht, die erste Proletarier- und Bauernmacht Sowjetrußland ist. Die anderen wissen nicht, was sie tun sollen.

Und, Genossen, Rußland ist nicht die einzige Gefahr für den englischen Imperialismus, der zweite Feind im Osten ist die aufwachende mohammedanische Welt, darum, weil sie einen staatlichen Konzentrationspunkt hat: die Türkei. Es gibt nur 8 Millionen Einwohner in der unabhängigen Türkei, aber 60 Millionen mohammedanische Hindus, und der Kampf der Türkei um Unabhängigkeit wirkt als revolutionärer Faktor ersten Ranges in Indien gegen den englischen Imperialismus, den Bedrücker Indiens, weil die mohamme-

danischen Hindus selbst sich in Gärung befinden. Darum versuchte England die Türkei zu erdrosseln, darum hat es den griechischen Vasallen auf die Türkei gehetzt. Die Türkei hat gesiegt. Der Kampf der Griechen gegen die Türkei war ein Teil des Programms Lloyd Georges: Verständigung mit Rußland, das sich zur kapitalistischen Macht entwickelt, auf seine revolutionäre Rolle im Osten verzichten soll, dafür die Zerstörung der Türkei. Lloyd George hat Rußland nicht für den Kapitalismus gewonnen und die Türkei nicht zerschlagen. Curzon suchte die Teilung der revolutionären Ostfront auf einer anderen Linie zu erzielen. Er knüpfte an an die Politik seines alten Lehrers Lord Beaconsfield: Kampf mit Rußland; Frieden mit der Türkei! Die Türkei ist zu schwach, um jetzt Mesopotamien und Arabien zu erkämpfen, also das, was England genommen hat, zurückzuerobern. Es ist nach der Rechnung Curzons leichter, 8 Millionen Türken zu kaufen und durch ihren Einfluß die eroberten Gebiete zu behalten, als eine Verständigung mit Sowjetrußland herbeizuführen. Diese Politik Curzons führte zu einem der frappantesten Szenenwechsel, den die Diplomatie kennt, in Lausanne!

Die Franzosen kamen als „Freunde" der Türkei nach Lausanne und versuchten die Türken gegen England auszuspielen. Es endete damit, daß die Franzosen die Feinde der Mohammedaner wurden und Curzon Prophet der Mohammedaner wurde. Dies geschah durch den Druck der Tatsachen. Frankreich war die alte Kreditmacht Europas. 60 Prozent der türkischen Schuld befinden sich in den Händen Frankreichs. Die französischen Rentiers gaben Anleihen für exotische Länder. Der Hauptgläubiger der Türkei war Frankreich und nicht England. Als man nach Lausanne kam, waren nicht die territorialen Fragen von Arabien und Mesopotamien die wichtigsten, sondern die Frage, was zu zahlen ist, wieviel zu zahlen ist und welche Sicherungen für die Zahlungen gegeben werden. Und da zerbrach das diplomatische Spiel Frankreichs. England verhandelte sehr vernünftig erst über die englischen Dinge, kämpfte, machte dann Zugeständnisse, zum Schluß „unterstützte" es Frankreich loyal bei seinen Fragen. Und der Bankrott der ersten Lausanner Konferenz kam wegen der finanziellen Forderungen der Franzosen, und England suchte sich in Angora in den Sattel zu setzen, nicht nur, um die revolutionäre Bedeutung der Türkei zu vernichten, nicht nur, um Frankreich im Nahen Osten aus dem Sattel zu werfen, sondern auch noch aus einem anderen Grunde. Die Freundschaft mit der Türkei sichert England Mossul für den Preis geringer wirtschaftlicher Zugeständnisse an die herrschende Schicht. Nachdem das Mossulöl gesichert ist, kann man den Versuch machen, die Türkei gegen Baku zu dirigie-

ren. Dieses Ziel scheint mir, worauf ich schon in meinem letzten Bericht hingewiesen habe, auf einer Verkennung der Lage im Osten zu beruhen. Die Türkei, die 8 Millionen Einwohner hat, steht seit 1909 im Kriege. Die Lage des türkischen Bauern ist so, daß Genossen, die das Hungergebiet in Rußland gesehen haben, sagen, daß es dort nicht so schlimm war, wie bei den türkischen Bauern. Nur die größte Energie der Regierung und die Ueberzeugung dieser Bauern, daß sie um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen, machten es möglich, daß die Türkei den Krieg mit Griechenland gewonnen hat. Diese Bauern gegen jemanden, der die Türkei nicht angreift, in den Kampf führen zu wollen, ist ein Spiel, dessen Resultat sein würde wie das Resultat des griechischen Spiels von Lloyd George. Lord Curzon gilt als bester englischer Orientkenner. Das Organ der Fabier, „The New Statesman", schrieb über ihn, er weiß über den Osten alles, nur nicht das, was man eigentlich tun sollte. Lord Curzon glaubt, daß die Türkei jetzt noch so aussieht, wie zu den Zeiten Abdul Hamids. Aber man braucht nur ein paar Tatsachen aus dem Leben der Türkei zu nehmen, um den Irrtum Curzons zu sehen. In der Türkei, in der die Macht der Religion größer ist als in Europa, wo das Sultanat mit dem Kalifat jahrhundertelang verbunden war und dadurch dem Sultanat die religiöse Weihe verlieh, wurde, als die Engländer das Sultanat in die Hände kriegten, das Sultanat vom Kalifat getrennt, der Sultan entthront, und die Mullahs waren nicht imstande, eine größere Volksbewegung gegen die Regierung auf diesem Boden zu schaffen. Als wir auf dem Kongreß in Baku eine Frau ins Präsidium nahmen, da kamen orientale Kommunisten zu uns und sagten, es wäre besser, wenn wir das nicht täten; die Frau im Orient solle nicht in den Versammlungen der Männer sein — schonen wir diesen Aberglauben. Wenn man jetzt liest, daß an der ökonomischen Konferenz in Smyrna 300 Frauen teilnahmen, mit einer Aufmerksamkeit an den Sitzungen teilnahmen, die zeigt, daß sie in das politische Leben hineingerissen sind, wenn man die Tatsache nimmt, daß der Kongreß in Smyrna, der organisiert war von der Regierung, in Klassenvertretungen zerfiel, wo die Arbeiter gegen die Kaufleute kämpften, wo die Kaufleute mit den Bauern zankten, — so zeigt das, daß diese Jahre der Kämpfe eine tiefe soziale Differenzierung in der Türkei mit sich gebracht haben, die es unmöglich macht, den Orient so einzuschätzen, wie Lord Curzon ihn einschätzt: Es genüge, daß der englische Wille sich in Sovereigns ausdrücke, damit er souverän in der Türkei sei!

Mehr noch: Sowjetrußland hat die revolutionäre Türkei unterstützt, nicht aus Vertrauen zu jedem Pascha, der sich einmal Volkskommissar nennt und ein Telegramm an Lenin sendet, sondern aus

der tiefen Ueberzeugung, daß die Interessen der russischen Bauern konform gehen mit den Interessen der Bauern des Ostens und daß die Interessen Sowjetrußlands und des internationalen Proletariats solidarisch darin sind. Das Resultat dieser Unterstützung ist, daß die Volksmassen in der Türkei in Rußland nicht einen Feind sehen, sondern die einzige Macht, die ihnen geholfen hat in schwerer Zeit. Und wir sind überzeugt, daß, wenn Lord Curzon an die Ideen des Lord von Beaconsfield anknüpft, er an das russische Sprichwort erinnert von dem Mann, der zur Hochzeit kam und ein Grablied sang und zum Begräbnis kam und ein Hochzeitslied sang. Einer der besten politischen Schriftsteller Englands, Sidebothom, schreibt in einer Skizze, Lord Curzon sei der Mann der Ideen aus dem vorigen Jahrhundert. Leider mußten wir in Rußland nicht nur den Zarismus abschaffen, nicht nur mit den russischen Ideen der Junker von vor 100 Jahren kämpfen — es scheint, daß wir auch aufräumen müssen mit Vertretern und Ideen des 18. Jahrhunderts in England. Das ist eine sehr schwere Pflicht. Aber jedenfalls sind wir überzeugt, daß die neue Politik, die sich auf die Massen stützt, hier über den alten Plunder, den Lord Curzon aus seinen alten Schmökern kennt, siegen wird.

Genossen, erlauben Sie mir, jetzt kurz in ein paar Worten die fünfte Tatsache zu schildern, in der sich die Aenderung der internationalen Lage in den letzten Monaten ausdrückte. Das Washingtoner Abkommen der in Ostasien interessierten Großmächte vom Januar 1922 sollte die Lage im Fernen Osten stabilisieren. Rußland wurde nicht eingeladen, nicht als Großmacht anerkannt und nicht für interessiert in Ostasien angesehen, worauf wir ein paar Wochen später in Wladiwostok standen. Die Großmächte haben dort kein Abkommen erzielt über die Erledigung der ostasiatischen Frage. Die ostasiatische Frage ist in erster Linie die Frage der Aufteilung Chinas, der Teilung Chinas unter die Großmächte. Sie haben sich begnügt mit einem Abkommen, das die Wehrkräfte stabilisieren sollte bis zu der Zeit, wo sie sich verständigen. Dieses Abkommen ist schon über den Haufen geworfen.

„Es scheint, daß sogar das Abkommen über die Beschränkung der Seerüstungen, das den Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Vertretern von England, Amerika, Japan, Frankreich und Italien gebildet hat, sich letzten Endes herausstellt als ein Stück Papier."

— So schreibt Archibald Hurd, ein hervorragender englischer Marineschriftsteller in der Januarnummer 1923 der „Fortnightly Review". Das Washingtoner Abkommen schränkte die Zahl der

Dreadnoughts ein und verbot den Bau neuer. Das Verhältnis, das entstand, war auf diese Weise sehr günstig für England und Amerika. Aber Japan verstand, was das bedeutet. Es verstand, daß das die zukünftige Erdrosselung Japans bedeutet, und es unterwarf sich zwar dem Washingtoner Abkommen, aber es änderte seinen strategischen Plan. Dieser ging darauf hinaus, den Kampf zu suchen im Stillen Ozean, dort die amerikanischen Dreadnoughts zu schlagen, bevor sie an die Philippinen herankommen. Dieser Plan ist geändert worden. Der japanische strategische Plan, wie es klar ist aus allen japanischen militärischen Maßregeln, besteht jetzt darin, den Feind angreifen zu lassen. Japan unterbrach den Bau der Dreadnoughts und warf sich auf den Bau schneller Kreuzer, auf den Bau der Unterseeboote. Im Jahre 1925 wird Japan nicht weniger als 25 moderne Linienschiffe und Kreuzer und 70 Unterseeboote haben. Der englische Sachverständige in den maritimen Fragen, Bywater, veröffentlichte vor kurzem einen Artikel, in dem er zeigt: 153 000 Arbeiter beschäftigte Japan während der Washingtoner Konferenz auf seinen Werften. Kein einziger Arbeiter wurde entlassen. 153 000 Arbeiter arbeiten jetzt auf den japanischen Werften. Japan geht über zur Politik der Verteidigung in den chinesischen Gewässern, wo die strategische Lage so ist, daß es leichter ist, in die Dardanellen hineinzukommen, als durch das chinesische Meer und die Tsuschimaenge Japan anzugreifen. Durch die geheime Befestigung der Bonin-Inseln, die vor der Washingtoner Konferenz durchgeführt wurde, hat Japan seine strategische Lage noch verstärkt. Die Vereinigten Staaten Amerikas blieben auch nicht untätig:

„Idealisten haben geglaubt, — schreibt Archibald Hurd in dem oben zitierten Artikel — daß der Krieg 1914—18 der letzte Krieg sein wird. Es scheint aber, daß er nur die Samen neuer Kriege ausgestreut hat. Viele Nationen stehen am Abgrund des Bankrotts. Manche von ihnen sind nicht imstande, die Zinsen ihrer Schulden zu bezahlen, aber das ist ohne jeden Einfluß auf ihre Rüstungen. Die geistigen und politischen Führer der Vereinigten Staaten Amerikas erklären, daß sie nichts tun wollen zur Verbindung der Wunden Europas, bis diese Nationen nicht reumütig ihre Rüstungsbudgets kürzen. Aber in derselben Zeit fordert die amerikanische Regierung in dem jüngsten Budget 256 552 000 Dollar für die Armee und 289 881 000 für die Vergrößerung der Flotte."

Die Vereinigten Staaten Amerikas gehen an die Vermehrung der kleinen Kreuzer, Zerstörer usw., ungeachtet der Tatsache, daß sie keine Verbindungen mit einem zerstreuten Kolonialbesitz zu verteidigen haben, wie es Groß-Britannien beansprucht.

„Wenn die amerikanische öffentliche Meinung dies akzeptiert und der Kongreß beschließt, so wird dies ein Todesschlag für das Washingtoner Abkommen" —

schreibt Hurd. Groß-Britannien seinerseits beginnt den Wiederaufbau der Welt dadurch, daß es 9 Millionen Pfund Sterling opfert für den Ausbau der militärischen Basis bei Singapur. Das bedeutet nicht nur eine vollkommene Umwandlung der Situation dort seitens Englands, sondern scheint ein Schritt zum Zusammengehen Englands mit Amerika zu sein, ein Preis, den England an Amerika gegen Japan zahlt. Es wird bedeuten die Zusammenziehung der englischen Hauptflotte in die Nähe des Stillen Ozeans. Auch England umgeht auf diese Weise den Washingtoner Vertrag, der neue Befestigungen im Stillen Ozean verbot. Diese Situation im Fernen Osten bedeutet eine wachsende Verschärfung des amerikanisch-japanischen Gegensatzes. Diese Situation macht Japan in hohem Maße abhängig von Sowjetrußland. Der Kampf wird auf chinesischem Territorium ausgefochten werden. Alle inneren Kämpfe in China sind mehr oder minder Kämpfe der imperialistischen Mächte um China. Rußland ist ein Nachbar Chinas auf einer langen Grenze. Rußland kann Japan militärisch in den Rücken fallen. Das würde bedeuten, daß Japan mit geteilten Kräften kämpfen müßte. Der Friede und das Freundschaftsverhältnis zwischen Japan und Rußland ist für Japan absolut notwendig, um Amerika zu erschweren, daß es sich mit Sowjetrußland gegen Japan verbindet. Aus diesem Grunde neigt jetzt Japan zu einem Friedensschluß mit Sowjetrußland.

Das sind die wichtigsten neuen Tatsachen. Erlauben Sie mir, jetzt einige Schlüsse aus diesen Tatsachen zu ziehen.

Der erste Schluß liegt auf der Hand. Der berühmte Wiederaufbau Europas hat Platz gemacht, wie ein sehr witziger russischer Schriftsteller einen Roman betitelte, dem Trust zur Zerstörung Europas. Zusammengenommen ist die Politik aller kapitalistischen Mächte ein Trust zur Zerschlagung Europas. Wenn das der Zweck wäre, — könnte die Sache nicht anders gemacht werden. Das zeigt wieder, daß heute, wie wir es auch auf dem IV. Kongreß getan haben, unsere politische Linie auf große Erschütterungen der Welt visiert sein muß, daß trotz der Offensive des Kapitals nicht nur kein Grund vorliegt, daß wir eine Rekonstruktion des Kapitalismus feststellen könnten, sondern umgekehrt: Wir stehen vor einer immer schneller vor sich gehenden Zerrüttung Europas.

Der amerikanische Kapitalismus hat sich einstweilen gestärkt. In England sind kleine Besserungen in der wirtschaftlichen Lage zu

verzeichnen. Aber der alte Kontinent, auf dem wir einstweilen in erster Linie kämpfen, wo die größten revolutionären Gegensätze vorhanden sind, er geht nicht der Ruhe, sondern großen Kämpfen entgegen. John Kennedy Turner, der Verfasser des ausgezeichneten Buches über die Rolle Amerikas im Kriege, das besser für die Diktatur des Proletariats wirken kann, als viele unserer propagandistischen Bücher, sagt in der Einleitung: „Summiert doch die Zahlen der Soldaten und der Rüstungsbudgets, sie sind größer als vor dem Kriege, und deshalb ist die Kriegsgefahr jetzt größer als 1914." Das ist der erste Schluß.

Der zweite Schluß ist, daß die einzige Macht der Revolution, Sowjetrußland, sich jetzt in Gefahr befindet. Eben weil wir stärker werden und weil die Hoffnungen der Kapitalisten, uns zu zermürben, zunichte gemacht worden sind, sind wir in Gefahr. Und wir sagen Euch: Wißt, daß die Festung der proletarischen Weltrevolution, Sowjetrußland, sich jetzt in dauernder Gefahr befindet, daß Lausanne und die Curzon-Note die Glockenschläge sind, die die Gefahren signalisieren. Sowjetrußland ist stark, wird sich wehren und sich nicht niederwerfen lassen, selbst dann nicht, wenn es auf seine eigenen Kräfte angewiesen ist. Aber von dem internationalen Proletariat wird es abhängen, ob ein neuer Angriff auf Sowjetrußland nur von Sowjetrußland abgeschlagen wird, oder ob das gesamte Proletariat zum Gegenangriff schreiten wird.

Der dritte Schluß ist: Die deutsche Arbeiterklasse befindet sich in größter Gefahr und mit ihr die deutsche Revolution. Hier hat Sinowjew gesagt — und ich stimme ihm vollkommen zu —: Wir marschieren in Deutschland mächtig vorwärts. Das ist eine Tatsache. Die Zersetzung der deutschen Bourreoisie wächst mit jedem Tag und das schafft die neue, große Gefahrenzone. Die deutsche Bourgeoisie hat versucht, den Ruhrstreik in einen Ruhraufstand umzulügen, sie hat versucht, die deutsche Arbeiterklasse blutig niederzuwerfen, bevor sie von ihr geschlagen werden kann. Die deutsche Partei hat ganz richtig manövriert. Aber die Not der Arbeiterklasse ist so groß, daß die Partei mit der Losung: Laßt Euch nicht provozieren! — nicht auskommen wird. Sie wird kämpfen müssen. Und hier liegt die große Gefahr. Deutschland ist eine große Kolonie Frankreichs. Man kann diese Kolonie nicht ausbeuten, wenn in ihr Revolution herrscht. Deshalb hat Frankreich ein Interesse daran, die deutsche Revolution niederzuwerfen. Wenn diesmal Lutterbecks Angebot abgewiesen worden ist, so wird man es ein zweites Mal, wenn die Gefahr größer sein wird, annehmen. Die deutsche Arbeiterklasse be-

findet sich zwischen zwei Feuern: zwischen der deutschen Bourgeoisie, dem Faszismus, und dem französischen Imperialismus. Hier muß den französischen Genossen gesagt werden, — die französische Partei ist noch schwach, sie ist noch jung, aber sie hat große internationale Pflichten zu erfüllen.

Der vierte Schluß ist, daß die revolutionäre Bewegung im Orient sich in Gefahr befindet. Vorgestern bekamen wir die Nachricht, daß in Teheran die nationalistisch-halbdemokratische Regierung gestürzt worden ist von den anglophilen Elementen mit Hilfe des englischen Geldes. Wie die Sache in der Türkei steht, ist klar. Die Elemente, die für ein Abkommen mit der Entente und England arbeiten, sind diejenigen, die die kommunistische Bewegung niederwerfen wollen, weil sie dort zum Zentrum der Bauernbewegung wird. Hier genügt nicht, zu sagen, daß wir, die russische Partei, unsere Pflicht gegenüber dieser Gefahr tun werden. Hier gilt es, an unsere englischen Genossen zu appellieren, daß sie die Aufmerksamkeit auf die kolonialen Dinge richten, daß wir sie dazu anspornen, daß sie, so jung sie sind, auf ihren Rücken einen großen Teil der Arbeit der Unterstützung der revolutionären Bewegung im Orient nehmen, denn wenn sie dies tun, verteidigen sie nicht nur diese Bewegung, sondern sich selbst. MacDonald, der Führer der Labour Party, hat in seiner Rede aus Anlaß der Curzon-Note gesagt, daß, wenn die Sowjetregierung die revolutionäre Bewegung im Orient unterstützt, Curzon Recht habe mit seinen Beschwerden. Wenn die Arbeiter und Bauern in Persien, in der Türkei und in Indien annehmen werden, daß dies die Meinung des englischen Arbeiters ist, dann wehe der englischen Arbeiterklasse in dem Moment, wo sie um die Macht ringen wird, wo es davon abhängt, ob die Bauern in Aegypten oder Persien ihre Gegner oder ihre Freunde sein werden und ihnen Brot liefern. Diesen Appell richten wir an die englischen Genossen. Sie sind Engländer, d. h. Sie verstehen besser als andern die weltpolitischen Fragen. Sie können die Brücke des europäischen Proletariats bilden zu der langsam sich entwickelnden Arbeiterklasse und den Bauernmassen im Orient.

Das sind die Schlüsse, die ich ziehe Ich schlage Ihnen nicht vor, daß wir Lord Curzon sofort absetzen. Wir können es noch nicht, weder wir noch Sie. Wir schlagen nicht blutrünstige Manifeste vor, sondern wir haben Sie auf die Zersetzung der politischen Lage, auf die kommenden Kämpfe und auf die große Rolle der Arbeit, die wir als Weltpartei des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats zu leisten haben, aufmerksam gemacht. Wir haben Sie aufmerksam gemacht auf die Arbeit, die wir nicht nur im Augenblick der Gefahr, sondern jeden Tag zu leisten haben. Wir haben in diesen Monaten

eine Tatsache erlebt, deren schauerliche Ausmaße sogar uns nicht voll zum Bewußtsein kamen: daß vor der Besetzung der Ruhr, vor all diesen Dingen, die sich vor den Augen des Proletariats vorbereiteten, die Vertreter von vielen Millionen Arbeitern im Haag versammelt waren, daß diese Versammlung die Gefahren sah, sie verstand und keinen Finger rührte. Zum zweiten Male haben wir das Jahr 1914 erlebt, das ist die große Lehre. Hätte die Bourgeoisie sich entschlossen, so hätten wir einen neuen Krieg ohne Revolution. Wir wären nicht imstande gewesen, diesen zu verhindern. Dazu sind wir zu schwach. Wir müssen wenigstens die ganze Bedeutung dieser Tatsache erfassen und aus ihr den Schluß ziehen, tausendmal mehr als heute den weltpolitischen Fragen unsere Aufmerksamkeit zu schenken, nicht als Zuschauer, sondern als proletarische Kämpfer. (Langanhaltender Beifall.)

NEURATH: Für die politische Kommission sind noch vorgeschlagen worden: die Genossin Zetkin und die Genossen Zapotocky, Varga, Newbold, Amter und Radek; für die Zentralismus-Kommission Genosse Stewart.

Diese Vorschläge werden angenommen.

Schluß der Sitzung um 5 Uhr 30 Minuten.

SIEBENTE SITZUNG

16. Juni 1923.

Debatte über die weltpolitische Lage.

Redner: Neurath, Roy, Böttcher, Jackson, Hörnle, Trachtenberg, Brand, Katayama, Malakka.

Böttcher eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

NEURATH: Die Ruhraktion ist nicht eine Frage, die nur lokale Bedeutung hat. Es ist für die Exekutive keineswegs gleichgültig, welche Stellung zu dieser Frage die führenden Blätter oder die Führer der K. P. D. einnehmen. Die wichtigste Aufgabe war, den großen Teil kleinbürgerlicher, proletarischer Schichten entweder zu gewinnen oder zu neutralisieren und eine Politik zu treiben, die es zunächst dem französischen Proletariat erlauben sollte, mit der größten Kraft den Kampf gegen den französischen Imperialismus zu führen.

Wie hat man versucht, diese Aufgabe zu lösen? Die Frage lautete: Wie ist diese Stimmung zu überwinden: indem man anknüpft an die nationalistischen Vorurteile, oder indem man sie rücksichtslos bekämpft?

In der „Internationale", dem theoretischen Organ der K. P. D., erschien ein Artikel, betitelt „Einige taktische Fragen des Ruhrkrieges". In diesem Artikel findet sich u. a. der Satz:

> „Die deutsche Bourgeoisie, so konterrevolutionär sie nach innen ist, ist vermöge der Feigheit der kleinbürgerlichen Demokratie (d. h. vor allem der Sozialdemokratie) in die Lage gekommen, nach außen objektiv revolutionär aufzutreten. Sie ist nach außen (wenigstens zeitweilig) revolutionär wider Willen (so wie es Bismarck von 1864 bis 70 war) und aus analogen geschichtlichen Gründen."

Nun hat aber die deutsche Bourgeoisie in diesem Kampfe nirgends eine objektiv revolutionäre Rolle gespielt. Sie spielte eine konterrevolutionäre Rolle.

Die deutsche Partei hat die Situation vollkommen richtig eingeschätzt. Der deutsche Parteitag hat in seiner politischen Resolution u. a. gesagt:

„Aus der furchtbaren und sich immer verschlechternden Lage, in der die Arbeiterklasse und die Mittelschichten Deutschlands sich befinden, und aus den Gefahren, die den Bestand Deutschlands bedrohen, ist ein Ausweg nur zu finden, wenn die Arbeiterklasse in geschlossener Kampffront sich gegen die eigene Bourgeoisie wendet und die Führung der Nation in ihre Hände nimmt."

Das heißt also, der französische Imperialismus kann vom deutschen Proletariat mit Erfolg nur geschlagen werden, wenn das deutsche Proletariat in erster Linie den rücksichtslosen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie aufnimmt. Nur so erleichtert die Partei es dem französischen Proletariat, die französische Bourgeoisie zu schlagen.

Genosse Thalheimer beruft sich auf Marx und Engels Stellungnahme zum deutsch-französischen Krieg. Wenn man schon eine Parallele ziehen will, so nur diese: Wie Thiers die Verständigung mit Bismarck zur Abschlachtung des revolutionären französischen Proletariats herbeiführte, ebenso hat Lutterbeck im Auftrage der deutschen Bourgeoisie eine Verständigung mit dem französischen General zum Zwecke der Abschlachtung des deutschen revolutionären Proletariats herbeigeführt.

In seiner Erwiderung schreibt Thalheimer u. a. folgendes:

„Eins von beiden: entweder hat die deutsche Arbeiterklasse heute den Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus zu führen, so kann das nur geschehen, wenn dieser Abwehrkampf objektiv ein revolutionäres Ziel ist, oder es besteht kein revolutionäres Ziel, dann hat sie ihn von sich aus, weder in zweiter oder dritter Linie zu führen, sondern überhaupt nicht."

Meiner Meinung nach hat der Kampf des Proletariats gegen den Imperialismus im allgemeinen selbstverständlich immer ein revolutionäres Ziel. Es fragt sich nur, wie die deutsche Arbeiterklasse diesen Kampf am zweckmäßigsten führen soll. Da wiederhole ich noch einmal: Die deutsche Arbeiterklasse kann den Kampf gegen den französischen Imperialismus nur dann am zweckmäßigsten führen, wenn sie keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, daß ihre Aufgabe darin besteht, zunächst die deutsche Bourgeoisie niederschlagen oder den rücksichtslosen Kampf gegen sie aufzunehmen, um so, gemeinsam mit dem französischen Proletariat, die Kampffront herstellen zu können.

Etwas früher, in Nr. 5 der „Internationale", sagt Thalheimer:

„Die Niederlage des französischen Imperialismus im Weltkrieg war kein kommunistisches Ziel, seine Niederlage im Ruhrkrieg ist ein kommunistisches Ziel."

Ich sage offen, diesen theoretischen Grundsatz verstehe ich nicht. Ich frage: Ist in den Jahren 1914—18 der Kampf gegen den französischen Imperialismus ein kommunistisches, also revolutionäres, sozialistisches Ziel gewesen oder nicht? Wenn 1914 der Kampf gegen den französischen Imperialismus kein kommunistisches Ziel darstellte, hätten am Ende die Entente-Sozialpatrioten recht gehabt, daß vor allem der Kampf gegen die Hohenzollern-Dynastie revolutionär ist.

Vom ersten Tage des Krieges an war der Kampf gegen den französischen Imperialismus wie gegen jeden Imperialismus selbstverständlich ein kommunistisches, ein revolutionäres Ziel. Jedes Proletariat jedes Staates hatte die Verpflichtung, gegen seine eigene Bourgeoisie zu kämpfen und so die Voraussetzung für die Niederwerfung der internationalen Reaktion zu schaffen.

So war also die Situation zwischen 1914 und 1918. Und sie ist auch heute so. Genosse Thalheimer macht darauf aufmerksam, daß sich seit 1914 die Dinge sehr gewandelt haben. Aber was hat sich verändert? Thalheimer fragt: Was für ein Imperialismus ist der deutsche, wo ist seine Kraft? Aber seine Kritik hat die Kleinigkeit übersehen, daß während und am Ende des Krieges die Kräfte der deutschen Bourgeoisie zerrüttet waren, sie bekanntlich keinen Militarismus mehr besitzt und infolgedessen nicht mehr als die Kraft in Frage kommen kann, die sie 1914 und später war. Weil die deutsche Bourgeoisie heute die schwächste ist, steht sie heute im Weltgebäude des Kapitalismus am schwächsten Punkt. Sturz der deutschen Bourgeoisie, Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung, Bündnis mit der Sowjetregierung und nach dem Siege der Arbeiterklasse — vielleicht, wenn es nicht anders geht — eine Wiederholung von Brest-Litowsk, irgendein Kompromiß mit dem französischen Imperialismus. Auf diese Weise ist es möglich, nicht nur den Kampf erfolgreich zu führen, sondern dafür zu sorgen, daß auf direktem Wege große Massen kleinbürgerlicher Proletarierschichten den Weg zum Kommunismus finden. Sie finden diesen Weg nicht, wenn wir den Versuch machen, die Konkurrenz mit den deutschen Nationalisten aufzunehmen, sondern indem wir immer in der kritischen Situation den intransigenten Internationalismus betonen.

ROY (Indien): Radeks Schilderung der Lage läßt fast nichts zu wünschen übrig, dennoch möchte ich noch einige bestimmte Seiten

und neue Tendenzen des britischen Imperialismus erwähnen. Das Vorgehen der Internationale hat sich diesen neuen Tendenzen noch nicht ganz angepaßt.

Die britische Regierung wußte, daß die Zeit für einen Krieg nicht reif ist, daß die Grenzstaaten nicht zum Kampf gegen Rußland getrieben werden können. Das ganze Manöver war nichts als ein Bluff, um Rußland einzuschüchtern. Sonderbar ist nur, daß das Ultimatum sich in erster Linie nicht auf die europäischen Ereignisse, sondern auf die Propaganda im Osten berief.

Die Beziehungen der britischen Partei zur Kolonialbewegung sind verwickelter Natur. Es war unnötig, daß die britische Delegation gegen Sinowjews Bemerkung Einwendungen erhob. Sie richtete sich nicht gegen die britische Partei allein, sondern gegen die ganze Haltung der Internationale. Theorie allein genügt nicht, wir müssen eine praktische Politik entwickeln. Die kommunistischen Parteien müssen die revolutionäre und die nationalistische Bewegung in den Kolonien unterstützen.

Der britische Imperialismus hat seine Taktik betreffs der Kolonial- und Halbkolonialländer geändert. Er hält es für vorteilhaft, mit den Bourgeoisien dieser Länder eine Vereinbarung zu treffen, und dieser Umstand wird dem Einfluß der russischen Revolution in den orientalischen Ländern entgegenwirken. Eine ungeheuere Ausfuhr britischen Kapitals nach Indien hat begonnen. Das entspricht den Interessen der indischen Bourgeoisie, und sie sieht daher keinen Grund zu einem Kampf gegen den Imperialismus. Es ist der Plan des britischen Imperialismus, die indische Bourgeoisie zu ermutigen und sie durch das Schreckgespenst bolschewistischer Propaganda einzuschüchtern.

Aber die Massen in Indien sind schwer getroffen. Wir müssen darum sehen, welches die sozialen Klassen sind, die im Kampf gegen den Imperialismus stehen. Wir müssen große Massenbewegungen der Arbeiter und Bauern gegen den Imperialismus organisieren und auf diese Weise der Kolonialbourgeoisie beweisen, daß sie keiner Vereinbarungen mit dem Imperialismus bedarf und die Rolle eines zweiten Partners nicht zu spielen braucht, sondern gestützt auf die Massenbewegung die Macht fordern kann.

BÖTTCHER (Deutschland): Genosse Neurath hat die Frage der Taktik der deutschen Partei in der nationalen Frage aufgerollt. Ich will nicht mit vielen Zitaten die Darlegungen des Genossen Neurath widerlegen, sondern nur die Hauptfrage herausgreifen. Welche Rolle ist der deutschen Bourgeoisie im Ruhrkampf historisch zugefallen, und welche Rolle hat sie tatsächlich gespielt? Die Frage stand nicht

so, wie sie Genosse Neurath stellte, nämlich, ob die deutsche Bourgeoisie revolutionär sei, sondern wurde so formuliert: Jetzt müßte die deutsche herrschende Klasse den deutschen Grund und Boden gegen Poincare verteidigen, d. h. das erfüllen, was Aufgabe der sozialistischen Republik ist. An dem inneren Widerspruch ihrer Funktion als Klasse und ihrer Führerrolle in der deutschen Nation ist die deutsche Bourgeoisie denn auch gescheitert. Die Aufgabe der KPD war, diesen Widerspruch aufzuzeigen, sich als revolutionäre Führerin jener Klasse zu zeigen, die allein jetzt imstande ist, die Nation zur Selbständigkeit zurückzuführen. Das tat sie, indem sie sich an die Spitze der nationalen Interessen stellte. Damit enthüllte sie gleichzeitig den Verrat der deutschen Bourgeoisie und machte die Bahn frei für die Gewinnung weiterer kleinbürgerlicher und proletarischer Schichten. Genosse Neurath sagt, der Verrat der nationalen Interessen durch die Bourgeoisie gehe uns als Kommunistische Partei nichts an; wir seien intransigente Internationalisten. Die deutsche Partei dagegen hat die Antwort gegeben: Der Kampf gegen Poincaré ist ein revolutionärer Kampf! Natürlich bedeutete das nicht, daß der Kampf gegen Cuno in zweiter Linie geführt werden sollte, sondern die KPD führte den Kampf gegen Cuno und Poincare mit der gleichen Kraft. Das Ergebnis der Politik Neuraths wäre eine ungeheure Stärkung des Faszimus in Deutschland gewesen. Die Bourgeoisie kam jetzt in eine Situation, in der sie den Nationalismus, den sie bisher aufpeitschte, selbst abblasen mußte, also in eine Lage, wo sie auf der einen Seite die Faszisten, auf der anderen die Kommunisten gegen sich hat. Im Ruhrkampf zeigten sich drei Mächte: Stinnes, die Faszisten und die Kommunisten. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer waren in diesem Kampfe so gut wie ausgeschaltet. Sie waren keine selbständige Macht, sondern ein Anhängsel des Faszismus. Hätte die deutsche Partei mitten in dieser Kräftegruppierung im Ruhrrevier Nihilismus in der nationalen Frage getrieben, so hätte sie im Ruhrrevier selbst eine katastrophale Niederlage erlitten und noch viel weniger eine Verbindung der Kämpfe im besetzten und unbesetzten Gebiet herbeiführen können. Die Auffassung des Genossen Neurath ist in Deutschland auf dem Parteitage der Ledebourgruppe durch Liebknecht vertreten worden. Es ist dieselbe Auffassung, nämlich, Kampf nicht gegen Poincaré und Cuno, sondern einzig und allein gegen Cuno. Wenn Genosse Sinowjew erklärte, daß wir gegenwärtig in Deutschland keine Zunftpartei, sondern eine Partei brauchen, die die Psychologie einer Führerin der Nation hat, so bedeutet in der Taktik der K. I. die Politik des Genossen Neurath faktisch 10 Schritte nach rückwärts. Das wäre keine Erweiterung der Basis der Partei über den Zunftrahmen hinaus,

sondern eine Verengerung ihrer Basis. Ich glaube, es wird keinen großen Streit darüber geben, daß wir es ablehnen, eine Zunftpartei des intransigenten Internationalismus zu sein. Ich erkläre: Die Zentrale der KPD steht voll und ganz hinter der Auffassung des Genossen Thalheimer und auch die Arbeiter in der deutschen Partei haben ihre Notwendigkeit begriffen. Natürlich hat diese Taktik auch sehr große Gefahren. Es wäre lächerlich, die Gefahren des Chauvinismus und Nationalismus nicht zu sehen, aber wir überwinden diese Gefahren am besten, wenn wir uns in die Situation mit den richtigen Losungen hineinstürzen und in der Praxis des Kampfes für die Verhütung von Abirrungen und ihre schnellste Korrektur sorgen. Genosse Neurath hat vor wenigen Wochen, als wir in Moskau die Verständigungskonferenz zwischen der Opposition und Parteimehrheit abhielten, uns kein Wort von dieser seiner Auffassung gesagt. Neurath hat gegen die in der Resolution, die damals gefaßt wurde, zum Ausdruck gelangende Auffassung weder polemisiert, noch gegen sie gestimmt. Ich verstehe nicht, wie ein Mitglied der Exekutive, nachdem eine Feststellung der Exekutive in dieser Frage bereits vorliegt, sie hier aufs neue aufrollen kann. Es wäre sehr wichtig für die Kommunistische Internationale zu wissen, ob die tschechische Partei hinter den Ausführungen des Genossen Neurath in der nationalen Frage steht.

Genosse Radek hat in seinem Referat den Schluß gezogen, daß man mit großen Erschütterungen rechnen muß, insbesondere sei die deutsche Arbeiterklasse in größter Gefahr. Das scheint mir wirklich der Kern der ganzen weiteren Entwicklung zu sein. Welche Möglichkeiten gibt es jetzt in Deutschland? Die erste ist eine Arbeiterregierung, die zweite Passivität, d. h. die Gefahr der Oesterreichisierung. Ich sage ganz offen: diese Gefahr der Oesterreichisierung der deutschen Arbeiterklasse ist sehr groß. Es gilt alles einzusetzen, um dieser Gefahr zu begegnen. Es wäre sehr wichtig, daß Genosse Radek in seinem Schlußwort noch eine Gesamtanalyse des Kräfteverhältnisses im internationalen Maßstabe gäbe und die Frage beantwortete: Ist die Offensive des Kapitals beendet, oder geht sie weiter? Meiner Auffassung nach geht sie weiter und das Problem, das vor uns steht, ist nach wie vor, wie es vom vierten Kongreß gestellt wurde: Organisierung der Abwehr gegen die Kapitalsoffensive und Schaffung der Voraussetzungen für eine Offensive des Proletariats. In unserem Abwehrkampfe gelang es uns in der letzten Zeit, wie dies auch die letzten Nachrichten aus Deutschland bezeugen, wichtige Erfolge zu erzielen.

JACKSON (Großbritannien) betont die Wichtigkeit von Radeks Darlegungen über die Bedeutung des britischen Imperialismus in

Indien und im Orient bei der gegenwärtigen Weltlage. Das Endresultat der jüngsten Entwicklung bestand für Großbritannien darin, aus ökonomischen und aus militärischen Gründen auf Leben und Tod um die Existenz des Reiches zu kämpfen.

Die britische Partei erkennt die Größe ihrer Verantwortung an. Es ist ihre Pflicht, jeden nationalen Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch das britische imperialistische System auszunützen und zu unterstützen. Besonders muß sie jede Tendenz seitens der Arbeiter und Bauern, innerhalb dieser Bewegungen ihrem Klassenbewußtsein Ausdruck zu verleihen, fördern.

Doch muß die außerordentliche Schwierigkeit des Problems betont werden. Das kann nur der verstehen, der die große Kompliziertheit und unlogische Struktur des Reiches kennt.

Es ist unnötig, hier von Irland und den erforderlichen Aenderungen der Taktik zu reden. Unglücklicherweise war infolge der Abwesenheit eines Teiles der britischen Delegation das auf die Kolonialfrage bezügliche Material nicht zur Hand!

Doch wenn die britische Partei ihre Verpflichtungen auch einsieht, ist sie doch sehr klein und steht einer erfahrenen und schlauen Bourgeoisie gegenüber. Ein Anfang ist gemacht. Es wurde die Orient-Seemanns-Gewerkschaft gegründet, um die Seeleute und Hafenarbeiter aller orientalischen Kolonien zu vereinen. Auch mit den indischen Studenten in England ist man in Verbindung getreten. Wo immer es durch die Presse oder mittels Propaganda möglich war, die englischen Arbeiter zu erziehen und über die wahre Lage aufzuklären, ist es geschehen. Aber man muß die außergewöhnliche Unwissenheit der englischen Arbeiter und ihre Gleichgültigkeit gegen das Reich in Betracht ziehen. Merkwürdigerweise war diese Unwissenheit der Grund, weswegen Lord Curzon unlängst keine Begeisterung für einen Angriff gegen Sowjetrußland erwecken konnte, als er vorgab, das Reich sei in Gefahr. Eine Sektion der britischen Labour Party wurde indessen von der Gefahr, die dem Reich drohte, berührt, weil sie hoffte, eines Tages zur Macht zu gelangen. Doch die Massen der Arbeiter verhielten sich gleichgültig.

Die britische Delegation ist sich ihrer Unerfahrenheit bewußt und würde für den Rat der erfahreneren Mitglieder des Kongresses dankbar sein.

HÖRNLE (Deutschland): Der Genosse Neurath hat den Satz geprägt: Wir dürfen nicht dem bürgerlichen Nationalismus Konkurrenz machen, sondern müssen den intransigenten Internationalismus vertreten. Die Behandlung dieser Frage zeigt, wie man zu ganz

falschen und der proletarischen Revolution sehr gefährlichen Schlüssen kommt, wenn man diese Fragen abstrakt behandelt, statt von den realen Kräfteverhältnissen auszugehen. Im Jahre 1914 war der Nationalismus ein Mittel der Bourgeoisie, ihre imperialistischen Ziele durchzusetzen. Bei der Frage der Ruhrokkupation steht die Frage anders. Hier handelt es sich nur um ein Schachergeschäft, das die deutsche Bourgeoisie auf Kosten des deutschen Proletariats abschließen will. Die deutsche Bourgeoisie ist bereit, die nationalen Interessen der breiten Massen vollkommen zu verraten, wenn sie nur ihre Profitinteressen wahren kann. Im gegenwärtigen Moment tritt die deutsche Bourgeoisie nicht als Führerin der Nation, sondern als Verräterin an der Nation auf. Die Aufgabe der deutschen Partei war es, den Massen zu beweisen, daß die Rettung der deutschen Nation nicht unter der Führung der deutschen Bourgeoisie, sondern nur unter der Führung des deutschen revolutionären Proletariats möglich ist. Zum Unterschiede von 1914 ist die Frage der proletarischen Revolution heute nicht mehr ein Gegenstand der Agitation, sondern eine aktuelle Kampfaufgabe. Der Kernpunkt der Ausführungen des Genossen Neurath war, daß wir die Aufgabe hätten, gegen Cuno zu kämpfen und nicht so sehr gegen Poincaré. Um aber die Regierung Cuno zu stürzen, braucht die Kommunistische Partei die breiten Massen. Deshalb mußte sie an die Ideologie dieser breiten Massen anknüpfen. Welchen Erfolg die Partei bei dieser ihrer Arbeit erreicht hat, geht aus einer Nachricht hervor, die ich heute erhalten habe. Anläßlich des Ruhrstreiks sollte in Süddeutschland eine Brigade von tausend Faszisten mobilisiert und nach dem Ruhrgebiet geschickt werden. Infolge unserer Propaganda hatten sich von den tausend Mann nur 600 gemeldet. Als bei ihrer Abreise die Nachricht von dem Briefe Lutterbecks und der Aufruf der Partei bekannt wurden, meuterte die größere Hälfte von ihnen und erklärte, die Kommunisten hätten ganz recht, und es sei die Regierung, die die Nationalinteressen verrate. Das ist ein Beweis, wie objektiv revolutionierend unsere Haltung auf diese nicht bewußt proletarischen Massen wirkte. Die Frage der Verteidigung der deutschen Revolution ist nicht eine Frage der Verteidigung der deutschen Grenzen, sondern sie ist die Frage danach, ob das revolutionäre deutsche Proletariat durch den französischen Imperialismus zerrissen werden soll dadurch, daß einer seiner besten Teile, das Ruhrproletariat, von dem übrigen Teil gelöst wird. Die Bedrohung der deutschen Nation durch Poincaré ist in Wirklichkeit eine Bedrohung der deutschen Revolution. So zeigt sich uns die nationale Frage in einem ganz neuen Licht, und es darf sich bei uns nicht um eine Frage der Propaganda des „intransigenten Internationalismus"

handeln, sondern um die Anwendung des lebendigen Internationalismus, wie ihn die Kommunistische Partei Rußlands anzuwenden wußte.

In den Kolonien ist die Lage etwas anders. Dort besteht die Möglichkeit, daß die in Entstehung begriffene nationale Bourgeoisie aktiv den Kampf gegen den Imperialismus des Mutterlandes aufnimmt, und daß deshalb die Kommunisten einen Schritt weiter gehen müssen, indem sie die von der Bourgeoisie geführte nationale Kampfbewegung unterstützen und gleichzeitig die soziale Bewegung der armen Bauern und Arbeiter vorwärtstreiben.

TRACHTENBERG (U. S. A.) spricht im Namen der amerikanischen Delegation und ist der Ansicht, Genosse Radek hätte nicht das ganze Gebiet umfaßt. Es ist die Pflicht der Internationale, auch den amerikanischen Imperialismus in Betracht zu ziehen. Radek erwähnte den amerikanischen Imperialismus nur in Verbindung mit Europa, aber der amerikanische Imperialismus erstreckt sich vom Stillen Ozean bis zum Karaibischen Meer, bis nach Zentral- und Südamerika und anderen Gegenden. Der amerikanische Imperialismus ist jung, aber wie alles Amerikanische, entwickelt er sich schnell und ist sehr brutal.

Der amerikanische Imperialismus bildete die Triebkraft der Revolutionen in Süd- und Zentralamerika. Die National City Bank in New-York, die das amerikanische Großkapital vertritt, erstreckt ihre Tätigkeit bis auf Südamerika. Mexiko ist gleichfalls ein wunder Punkt. Diese Länder sind klein, aber sie leiden unter der Ausbeutung ebenso sehr, wie die großen Völker Asiens, und sie stehen allein im Kampf. Die jüngsten Enthüllungen über die grausamen Ausschreitungen des amerikanischen Kapitals in den Kolonien haben endlich das Interesse der amerikanischen Arbeiter geweckt. Die Amerikanische Föderation der Arbeit sah sich genötigt, bei dieser Gelegenheit zwei Kongresse einzuberufen, aber Gompers lobte das Vorgehen des amerikanischen Kapitals, statt der Arbeiterschaft seinen Beistand zu leihen.

Es ist an der Zeit, daß die Komintern Mittel und Wege zeigt, um den amerikanischen Imperialismus an den Pranger zu stellen. Unsere Genossen müssen sich mehr für die Sache interessieren. Es müßte eine Konferenz der Parteien der betreffenden Länder einberufen werden. Auch die Profintern könnte hierbei eine wichtige Arbeit leisten.

BRAND (Polen): Ich möchte das weltpolitische Bild, das Genosse Radek entworfen, in bezug auf Polen ergänzen. Polen ist, trotzdem es Oberschlesien, Wilna und Ostgalizien verschlungen hat,

nicht zu einem Element der Stabilisierung in Europa, sondern im Gegenteil zu einer ständigen Kriegsgefahr geworden. Es hat nur 62 Prozent rein polnischer Bevölkerung, die übrige ist anderer Nationalität, und dieser gegenüber wird von der agrarkapitalistischen Regierung die wildeste Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik betrieben. Seit drei Jahren wurden 60 bis 70 Prozent der Staatsausgaben durch Emission von Papiergeld gedeckt, während es in Rußland nur 20 bis 30 Prozent, in letzter Zeit sogar noch weniger sind. Nur Deutschland nähert sich jetzt dem polnischen Ideal. Polen hat ein großes Territorium. Es hat im Osten, Süden, Norden und Westen neue Eroberungen gemacht, aber trotzdem fühlt es sich schwach. Es hat eine enorme Angst vor Deutschland und will deshalb Deutschland weiter schwächen. Der polnische Stambulijski, der Großbauernführer Witos, hat ein Abkommen mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten getroffen und die armen Bauern verraten. Jetzt müssen die polnischen Bauern die Hoffnung, auf legalem Wege Boden zu erhalten, was sie seit Jahren erstrebten, vollends aufgeben. Die dauernd wachsende Teuerung hat das Lebensniveau der polnischen Arbeiter und Angestellten auf ein Niveau gedrückt, das weit niedriger ist, als das russische. Es ist ähnlich wie in Deutschland und Oesterreich. Die scheinbare Stabilität im Innern wird nur durch eine rücksichtslose Polizeigewalt ermöglicht. Polen ist im Innern ein großes Gefängnis geworden für Ukrainer, Weißruthenen, Juden, Deutsche und für alle polnischen Arbeiter und Bauern, gleichzeitig auch ein großes Kriegslager. Seit drei Jahren beträgt die Durchschnittszahl politischer Verurteilungen von Kommunisten pro Monat: 20 Verurteilte mit 70 Jahren Kerker. In den letzten vier Monaten ging es noch schlimmer: 120 verurteilte Kommunisten mit 400 Jahren schweren Kerkers. Die heutige Regierung ist ein Werkzeug in der Hand der Ententekapitalisten, besonders Frankreichs. Wenn sie heute nicht schärfere Töne gegen Sowjetrußland anschlägt, so nur weil ihr Gebieter, Frankreich, die Front gegen Deutschland wendet.

Es ist sicher, daß Polen auf Geheiß Frankreichs auch gegen Sowjetrußland marschieren wird, obgleich die Lage in Polen gebieterisch die ökonomische Annäherung an Sowjetrußland erheischt. In der gegenwärtigen Situation, in der die Bauern ihre letzte Hoffnung verlieren und die unterdrückten Nationalitäten die Hoffnung auf die Hilfe der Entente aufgeben, zeigen wir Kommunisten all diesen Massen den Weg. Darum müssen wir die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung besonders für Polen begrüßen. Sie bedeutet für Polen: keinen Krieg, keinen Militarismus, Boden den Bauern, Annäherung an Rußland, Beseitigung des Bündnisses mit Frankreich, Freiheit für die unterdrückten Nationen.

KATAYAMA (Japan): Die japanische Politik hat sich seit der Washingtoner Konferenz geändert. Ehemals schaute Japan auf England und spielte zum Dank für dieses Bündnis den Zerberus von Indien. Aber England war genötigt, sein Bündnis mit Japan aufzugeben, und darum war Japan gezwungen, seine auswärtige Politik zu ändern. Im Fall China errang Japan einen diplomatischen Sieg auf der Washingtoner Konferenz, aber seitdem ist es zur Erkenntnis gelangt, daß es ohne China isoliert dastehen würde, und darum hat es neuerdings angefangen, sich China zu nähern. Durch die Intervention in Rußland, die schließlich mit einem Mißerfolg endete, hat sich die Regierung unter dem eigenen Volk Feinde gemacht. Die Militaristen wurden unpopulär. Infolgedessen war Japan gezwungen, auch hinsichtlich Sowjetrußlands seine Politik zu ändern. Der Besuch Joffes hat unter den Industriellen eine Bewegung zugunsten eines Handelsvertrages mit Rußland hervorgerufen.

Redner ist der Ansicht, daß die revolutionäre Bewegung in Japan in wenigen Jahren größere Fortschritte machen wird, als die europäische Bewegung in ebensoviel Generationen gemacht hat

MALAKKA (Holländisch-Indien): Ich möchte über einige Neuerscheinungen in der Weltlage sprechen. Diese Neuerscheinungen lassen sich in zwei Gruppen teilen: erstens in die, die gegen uns sind, zweitens in die, die für uns sind. Gegen uns ist die Ruhrbesetzung und das Zuströmen amerikanischen Kapitals nach dem Orient. Die Ruhrbesetzung wird mit einem Kompromiß zwischen dem deutschen und dem französischen Kapitalismus enden, was eine ungeheure Entfaltung des Kapitalismus in Europa zur Folge haben kann, und die deutsche Revolution stark bedrohen wird. Der zweite Punkt ist die Verschiebung des Kapitals von Europa nach dem Orient. Noch im Jahre 1870 war die englische Textilindustrie führend auf dem Weltmarkt. Heute ist die Führung in anglo-indischen Händen. Diese Erscheinung wird durch das Auftreten Amerikas auf der Weltbühne noch verschärft. Amerika investiert unzählige Millionen im Orient. Es besteht nun die Gefahr eines möglichen Kompromisses zwischen der liberalen revolutionären Bourgeoisie des Ostens und dem amerikanischen Kapital. Dieses Kompromiß wäre ein Rückschlag für die politische und ökonomische Weltlage. Von den für uns günstigen Punkten ist hervorzuheben, daß die Konkurrenz zwischen Japan und Amerika im Fernen Osten schließlich zu schweren Konflikten zwischen diesen beiden Ländern führen muß. Ferner die aufsteigende Macht des Islams, der in sich viele revolutionäre Elemente enthält. Die Hauptaufgabe unserer Bewegung muß sein, zu trachten, daß Deutschland als Barriere gegen Rußland erhalten bleibt, die ver-

schiedenen zersplitterten nationalistischen und proletarischen Parteien des Orients zu organisieren und zu koordinieren und mit dem europäischen Proletariat in Verbindung zu bringen. In dieser Beziehung möchte ich besonders unsere englischen Genossen bitten, den Vorgängen, die jetzt im Orient dadurch entstehen, daß England sich in Singapore eine starke Flottenbasis schafft, die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 25 Minuten.

ACHTE SITZUNG

16. Juni 1923.

Debatte über die weltpolitische Lage.

(Schluß.)

Redner: Newbold, Aparico, Thibaut, Stewart.

AMTER eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 15 Minuten.

NEWBOLD (Großbritannien): Die britische Delegation ist mit Genossen Radeks Kritik an Lord Curzon und der von ihm befolgten Politik einverstanden. Aber sie hat Grund zu glauben, daß Curzon nur als das Werkzeug und die Strohpuppe des Königs von England handelt. In England gilt der Grundsatz, daß der König für seine Handlungen nicht verantwortlich ist, daß aber die Minister vor dem Parlament für ihn verantwortlich sind. Es herrscht die wohlbegründete Annahme, daß der letzte König Eduard seinem Sohne und seinem Enkel nicht nur in kanadischen Eisenbahnen Aktien und Grundbesitz, sondern auch in Persien und dem Mittleren Osten große Anteile hinterließ. Und die Gefahr, die diesen droht, ist einer der Gründe des Angriffs auf Sowjetrußland.

Andererseits verkörpert die Baldwin-Gruppe die Interessen der großen englischen Bankkörperschaften und wünscht nicht, daß Englands Kreditsystem noch mehr desorganisiert wird. Ihre Taktik ist, Rußland durch Drohungen nicht nur zu Konzessionen an die Urquhart-Gruppe zu bewegen, sondern auch an eine andere Gruppe mit verfügbaren 20 Millionen Pfund Sterling, deren Mittelpunkt einer der Hauptorganisatoren der Konservativen Partei ist.

Radek drückte sein Erstaunen darüber aus, daß in England, dem fortgeschrittensten bürgerlichen Lande, der Adel einen derartigen Einfluß auf die Regierung ausübe. Aber die englische Aristokratie ist keine feudale, sondern eine Finanzaristokratie, die ihren Ursprung überwiegend auf die Plünderung der Klöster im XVI. Jahrhundert

zurückführt. Einige von des Königs Vettern sind Schiffsbesitzer, und einer ist sogar Kunstbutter- und Seifenfabrikant. Die englische Aristokratie ist mit bürgerlichen Interessen durchsetzt.

Es war der Kommunistischen Partei unmöglich, die britischen Arbeiter in der Ruhrfrage aufzustacheln, weil der Stillstand im Stahl-, Eisen- und Kohlenexport der Konkurrenz Deuschlands in Frankreich und Belgien ein Ende machte, die europäische Nachfrage nach englischer Kohle erhöhte und auf diese Weise die englische Arbeitslosigkeit in den Kohlengruben und der englischen Metallindustrie verminderte. Aber eine Regelung der Ruhrfrage, durch die dieses Gebiet internationales Eigentum wird, wird England in den Stand setzen, sich billige Kohle aus dem Ruhrgebiet zu verschaffen, was eine Herabdrückung der Lebenshaltung der englischen Arbeiter bedeuten und eine erfolgreiche Agitation ermöglichen wird.

Die englische Bourgeoisie unterhält mit Frankreich nach außen hin gute Beziehungen, hat aber mittlerweile eine Kampagne des Aeroplanbaues begonnen, um auf einen Krieg mit Frankreich, zu dem England jetzt noch zu schwach gewesen wäre, vorbereitet zu sein.

Es ist der britischen Bourgeoisie gelungen, London als Kreditzentrum der Welt wiederherzustellen. Sie beabsichtigt, die englische Weltvormachtstellung auf der Grundlage der Geldmacht, der Geheimdiplomatie und des Ausbaus der Luftmacht neu zu begründen.

Die englischen Arbeiter hängen in ihrer Lebensmittelversorgung von den Kolonialerzeugnissen ab, und die englischen Bankiers beabsichtigen, die ökonomische und politische Macht der Arbeiter durch die Drohung, die Zufuhr dieser Lebensmittel einzustellen und die Hungerblockade zu verhängen, zu brechen. Diese Drohung sprach Lloyd George im Jahre 1919 den Grubenarbeitern gegenüber aus. Darum ist es für die englischen Kommunisten notwendig, für die Sammelparole: „Englische Maschinen und Kohlen gegen russisches Getreide" zu agitieren. Dadurch würde die Agitation für Rußland den Arbeitern verständlicher gemacht werden. Die Seeleute müssen organisiert werden, um den Getreidetransport zu erleichtern, und in der Flotte muß zu demselben Zweck agitiert werden.

Newbold analysierte die Gesamtstruktur des britischen Reiches und die strategischen Punkte der britischen Weltmacht. Er zeigte an der Ausdehnung und Größe des britischen Reiches, wie groß die Schwierigkeiten und die Verantwortung der britischen Kommunisten sind. Sie erwarten Rat vom Kongreß.

APARICIO (Spanien) macht nur einige Bemerkungen zur Kolonialfrage, wie sich diese in seinem Lande darbietet. Seit Jahren gibt in Marokko das spanische Proletariat sein Blut und Geld für die fran-

zösischen und englischen Kapitalisten hin. Da muß die Kommunistische Partei auch ihr Wort sagen. Wenn sie ihr Ziel erreicht, so werden diese unerhörten Verhältnisse aufhören, und es wird ihr gelingen, den Abgrund zwischen dem englischen und dem französischen Imperialismus zu vertiefen.

England besitzt Gibraltar, Frankreich fast ganz Marokko. England kann es nicht zulassen, daß Frankreich im Angesicht von Gibraltar Herr der Mittelmeerhäfen ist. Das imperialistische Frankreich kann nicht zugeben, daß England allein das Mittelmeer beaufsichtigt. Das ist der Grund, weswegen die Riffinsurgenten und die spanischen Soldaten sich gegenseitig in Marokko abwürgen.

Die spanischen Sozialisten finden keine Lösung für dieses Problem. Sie beschränken sich darauf, die Frage der zivilen und militärischen Verantwortung für die neuesten Niederlagen im marokkanischen Kriege aufzuwerfen. Die kommunistische Losung muß klar und eindeutig fordern: Aufgabe von Marokko.

THIBAUT (Frankreich) schildert die Lage in Frankreich und die Lage der französischen Kommunistischen Partei seit der Besetzung des Ruhrgebietes.

Der Finanzapparat des französischen Staates ist vollkommen aus dem Geleise geraten. Das Defizit ist enorm. Die Regierung Poincarés gelangte zur Macht mit dem Programm, den Versailler Vertrag, der die Lage verbessern sollte, durchzuführen. Sie verkündete, daß die Besetzung des Ruhrgebietes sofort Ergebnisse zeitigen würde. Sie rechnete auch darauf. Sie rechnete nicht weniger darauf, bei dieser Gelegenheit der Kommunistischen Partei einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

In diesem Punkt der inneren Politik war das Fiasko Poincarés ein absolutes. Die französische Partei hat ihre Pflicht erfüllt. Nach der Konferenz von Essen hat sie im ganzen Lande eine ausgedehnte Aktionskampagne unternommen, die durch die in Herrn Poincarés Einbildung entstandene Verschwörung und die darauf folgenden Verhaftungen in der Entwicklung nicht gehindert wurde. Im Gegenteil, im Verfolge der Repressalien haben wir uns der C. G. T. U. genähert, und die Einheitsfront ist zu einer realen Möglichkeit geworden, trotzdem die Sozialistische Partei sich geweigert hat, sie mit uns zu bilden. Nach Essen sahen die französischen Massen deutlich die Gefahren der imperialistischen Ruhrpolitik. Unsere Agitation hat einen großen Erfolg gehabt.

Seit der Frankfurter Konferenz hat sich das Gefühl der Gefahr bei den Massen vermindert. Aber wir hatten noch mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es gibt noch viele Arbeiter in Frank-

reich, die da glauben, daß, wenn Deutschland zahlte, ihre materielle Lage sich bessern würde, denn sie brauchten dann selbst weniger Steuern zu zahlen. Die Partei mußte gegen diese Stimmung ankämpfen, die besonders häufig bei reformistischen Arbeitern anzutreffen war.

Die Okkupation hat uns geholfen. Sie hat auf das wirtschaftliche Leben schlimme Rückwirkungen gehabt. Die Lebensunterhaltskosten haben sich erhöht. Der Kurs des Franc ist gefallen. Die Aufrechterhaltung der Lohnhöhe ist zur dringenden Notwendigkeit geworden. Es folgten Streiks. Es ist uns ein Leichtes gewesen, die verhängnisvollen Folgen der durch die Durchführung des Versailler Vertrages entstandenen Politik hervorzuheben.

Somit hatte die Besetzung des Ruhrgebiets in der inneren Politik zur Folge: die antikommunistische Verschwörung und Poincarés Fiasko, ferner eine Lohnbewegung; in der Außenpolitik ergab sie Konflikte im Schoße der französischen Bourgeoisie selbst, wie die Krise des Hüttenkomitees und die Erschütterung der Entente beweisen.

RADEK (Schlußwort): Die meisten Genossen, die in der Debatte gesprochen haben, haben im besonderen auf die Aufgaben hingewiesen, die ihre Parteien in der gegenwärtigen Situation zu leisten haben, und haben so eine Ergänzung meiner Ausführungen gebracht. Im meinem Schlußwort will ich mich hauptsächlich nur mit den Ausführungen zweier Redner beschäftigen. Die Rede des Genossen Neurath gehörte eigentlich nicht zu diesem Tagesordnungspunkt, sondern eher zu dem Bericht des Genossen Sinowjew, denn die deutsche Partei hat nichts anderes getan als das, was die Exekutive für richtig befunden hat. Oder aber sie gehörte zum Referate über den Faszismus, bei dem auch die Erscheinungen des Nationalismus behandelt werden. Als wir den Artikel des Genossen Neurath im Reichenberger „Vorwärts" lasen, erklärten wir, daß wir mit ihm nicht einverstanden seien, weil er die Verhältnisse des Jahres 1914 allzu schematisch auf das Jahr 1923 übertragen hat. Der Artikel geht von vollkommen unrichtigen Voraussetzungen aus. Der Genosse Neurath kämpft gegen Windmühlen. Er sagt, die deutsche Bourgeoisie sei reaktionär und könnte nicht einmal die nationale Verteidigung führen. Alles das wissen wir ganz genau, ohne daß es uns Genosse Neurath zu sagen braucht. Seine Rede war eine Rede gegen den Burgfrieden mit Cuno. Aber wann und wo hat die deutsche Partei einen solchen Burgfrieden geschlossen oder auch nur vorgeschlagen?

Genosse Neurath versteht das Wesen der nationalen Bewegung in Deutschland nicht, und darum versteht er auch nicht die Taktik,

die im Kampfe gegen diesen Nationalismus einzuschlagen ist. Ausschlaggebend in der ganzen Situation ist die Niederlage einer großen industriellen Nation, die zurückgeworfen wurde in die Lage einer Kolonie. Diese Niederlage der deutschen Bourgeoisie zeitigt Folgen von größter revolutionärer Bedeutung. Wenn sich die deutsche Bourgeoisie vom Proletariat, das es ablehnte, sich die Folgen des Versailler Vertrages aufbürden zu lassen, nicht aus dem Sattel heben lassen will, so muß sie gegen den Versailler Vertrag Sturm laufen. Sie hat es auch getan. Die Ruhrgeschichte ist, historisch genommen, der Versuch der deutschen Bourgeoisie, vom passiven Widerstand zum aktiven Widerstand überzugehen. Sie erklärte nicht mehr nur: wir können nicht zahlen, sondern: wir wollen nicht mehr zahlen. Wenn Poincaré, statt die Löcher im französischen Budget zu stopfen, neue Löcher aufreißt, wenn die deutsche Bourgeoisie, statt mit Hilfe der Entente die deutsche Wirtschaft in Ordnung zu bringen, sie auf Jahre hinaus weiter zurückwirft, so sind das Dinge, die von größter revolutionärer Bedeutung sind. Der Nationalismus, der früher ein Mittel war, die bürgerlichen Regierungen zu stärken, ist jetzt ein Mittel, die bestehende kapitalistische Zerrüttung zu steigern. Die deutsche Bourgeoisie mußte, um den Ruhrkampf durchzufechten, alle Hunde des Nationalismus loslassen; statt dessen wurde sie jetzt zur Gefangenen ihrer eigenen Agitation. Ebenso ergeht es der französischen Regierung.

Unsere Stellung ist natürlich die, daß wir gegen jeden Nationalismus protestieren. Dennoch müssen wir uns fragen, ob Poincarés Sieg oder seine Niederlage einen Fortschritt bedeutet. Der Sieg Poincarés würde die Konterrevolution auf dem ganzen Kontinent ungemein stärken, seine Niederlage dagegen würde das Versailler System zerrütten. Sie wäre also eine revolutionäre Tatsache. Aus diesem Grunde mußte die deutsche Partei sagen: Jawohl, die deutsche Arbeiterklasse und auch die Arbeiterklasse der ganzen Welt, die französische eingeschlossen, hat ein Interesse an Poincarés Niederlage. Kann man das Sozialpatriotismus nennen? Zwar auch die deutsche Sozialdemokratie hat im Jahre 1914 gesagt, der Sturz des Zarismus wäre eine revolutionäre Tatsache; aber was folgerte sie daraus? Sie unterstützte die deutsche Regierung. Der Unterschied zwischen heute und damals besteht jedoch darin, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht imstande war, die revolutionären Konsequenzen aus dem Sturze des Zarismus zu ziehen. Die Kommunistische Partei dagegen erklärt, daß sie gleichzeitig mit dem Kampfe gegen Poincaré auch den Kampf gegen Cuno aufnimmt und daß sie sich auch auf alle revolutionären Möglichkeiten vorbereitet. Genosse Neurath sagt, daß Deutschland von einer nationalistischen Welle überflutet wird, und wir ihr ent-

gegentreten müssen, statt uns ihr anzupassen. Die Partei hat sich ihr nicht nur nicht angepaßt, sondern sie hat jeden Nationalismus schäristens bekämpft. Die deutsche Partei hat eines nicht übersehen, was Genosse Neurath übersehen hat, nämlich den Unterschied zwischen dem Nationalismus und den revolutionären nationalen Interessen Deutschlands, die sich jetzt mit dem revolutionären nationalen Interesse des Proletariats decken. Die K.P.D. darf nicht eine Politik unterstützen, die einen Abgrund zwischen dem deutschen und dem französischen Proletariat aufreißen würde. Sie muß kämpfen gegen die Nationalisten, die durch Angriffe auf die französischen Truppen die französischen Arbeiter und die Arbeiter in der Okkupationsarmee in die Arme Poincarés treiben. Aber die deutsche Kommunistische Partei befindet sich in einer Uebergangsperiode, wo sie sich sagen muß, daß jeder Schlag, der jetzt Deutschland niederwirft, zerreißt, belastet, die größte Behinderung des Sieges der deutschen Arbeiterklasse ist.

Ich erinnere Sie an eine Szene aus der Geschichte der russischen Revolution. Es war, glaube ich, im September 1917 nach dem Kornilowaufstand, der abgeschlagen wurde. Wir wußten, wir gehen der Eroberung der Macht entgegen. In diesem Moment kam der deutsche Angriff gegen Dago und Oesel, und die baltische Flotte, in der wir die Mehrheit hatten, erließ einen Aufruf, in dem sie die ganze Verantwortung für die Situation Kerenski auferlegte, aber gleichzeitig sagte: Wir, die wir morgen die Macht der Bauern und des Proletariats sind, ziehen in den Kampf, Petrograd zu verteidigen.

Genossen, das, was sich deutscher Nationalismus nennt, ist nicht nur Nationalismus, sondern auch eine breite nationale Bewegung von großer revolutionärer Bedeutung. Breite Massen des Kleinbürgertums, die Massen der technischen Intellektuellen, die eine große Rolle in der proletarischen Revolution spielen werden dank der Tatsache, daß sie unter dem bürgerlichen System proletarisiert wurden, alle diese zertretenen, deklassierten, proletarisierten Massen äußern ihr Verhältnis zu dem sie deklassierenden Kapitalismus in Form der nationalen Aufbäumung. Da sie verbunden sind in ihrer Vergangenheit mit der reaktionären Klasse, da sie eine nationale Ideologie haben, trägt der Faszismus heute rein nationalistische, reaktionäre Gesichtszüge. Er ist in seinem größten Teil heute das Instrument derselben Klasse, die ein Aasgeier auf dem Schlachtfelde Deutschlands ist, der Stinnes, Kloeckner und Krupp. Aber es wäre unsinnig, nur den heutigen Tag zu sehen. Die deutsche Regierung weiß

besser als Neurath, warum sie die Kapitulation fürchtet. Sie weiß, daß die proletarische Masse, auf die der größte Teil der Folgen der Kapitulation fallen wird, genötigt ist, sich weiter zu entwickeln, und ein großer Teil von ihr wird ein aktives Element der Revolution sein.

Wir sollen die nationalistische Ideologie bekämpfen, um der Masse die Augen darüber zu öffnen, wessen Instrument sie ist. Wenn wir aber nicht eine bloße oppositionelle Arbeiterpartei sind, sondern eine Arbeiterpartei, die den Kampf um die Macht aufnimmt, so müssen wir den Weg zu diesen Massen finden. Und am besten finden wir ihn, wenn wir nicht Angst vor der Verantwortung haben, sondern sagen, jawohl, nur wir, die Arbeiterklasse, können die Nation retten. Und nicht nur die Arbeiterklasse, sondern die große Mehrheit des Volkes soll uns dazu helfen. Genosse Neurath wird sagen, daß er das nicht leugnet, aber wir sollen das erst tun, wenn wir die Macht haben. Aber um die Macht zu ergreifen, müssen wir erst diese Massen gewinnen, und darum müssen wir unsere Politik darauf einstellen. Ein deutscher Genosse hat mit der Offenheit und Ehrlichkeit, die die Bürgerlichen Zynismus nennen, gesagt, hätten wir in Deutschland gesehen, daß wir durch einen zeitweiligen Pakt mit Poincaré die Macht nehmen können, dann wäre die Taktik, wie sie die Russen in Brest eingeschlagen haben, die für uns richtige gewesen: einen Teil des Territoriums zu opfern, die Macht zu ergreifen und vorwärtszugehen. Aber nicht nur im besetzten, sondern auch im unbesetzten Gebiet waren wir eine isolierte Minderheit. Unsere Aufgabe bestand darin, in der Ruhrkrise aus dem Zustand der Minderheit herauszugehen und den Weg zu den breiten nicht-proletarischen, aber proletarisierten Massen zu finden. Die deutsche Partei hat dies getan, indem sie in der Uebergangszeit erklärte, wir werden gegen den französischen Imperialismus so lange kämpfen, bis die französische Arbeiterklasse diese Last von uns nimmt. Da der französische Imperialismus eingebrochen ist und es sich um den Sieg einer imperialistischen Macht handelt, werden wir, ohne Cuno dabei zu schonen, gegen den französischen Imperialismus kämpfen. Die deutsche Partei hat dies richtig getan. Die Proklamation der Hegemonie des Proletariats als Diktator wäre eine Phrase, wenn die Partei nicht diese Politik führte. Aus diesem Grunde trägt die Exekutive die volle Verantwortung für die Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands mit, und wir verhehlen nicht, daß wir bedauern, daß der Kampf an der Ruhr mit einer Niederlage geendet hat, und wir halten es für die Pflicht der Arbeiterklasse, energischer als je den Kampf aufzunehmen.

Noch einige Worte zu den Ausführungen des französischen Genossen. Für die französischen Arbeiter und Bauern steht die Frage der Ruhrbesetzung wesentlich einfacher. Entweder zahlen die Deut-

schen, oder die Steuerlasten in Frankreich werden furchtbar wachsen. Natürlich kann die Partei nicht künstlich eine Bewegung schaffen, aber der Zeitpunkt größerer Bewegungen in Frankreich wird kommen, wenn Poincaré entweder durch den langen Kampf, trotz Aufgabe des deutschen Widerstandes, zu nichts kommt, oder wenn er, trotz eines Sieges den Massen nichts geben kann. Der Sieg wird Frankreich nichts bringen, denn Deutschland hat in den nächsten Jahren, selbst wenn es wollte, nichts, um seine Schulden zu zahlen. Sogar die Frage des Eisen- und Kohlentrusts an der Ruhr ist eine Frage vieler Jahre. Poincaré hat sich, wenn er damit gerechnet hat, im Jahre 1924 bei den Neuwahlen vor die Wähler mit deutschen Zahlungen treten zu können, verrechnet. Er wird ein neues Steuerprogramm, das den französischen Arbeitern und Bauern größere Lasten aufbürdet, nicht umgehen können.

Wir werden im weiteren Verlauf unserer Verhandlungen konkret in Resolutionen Stellung zu nehmen haben zu den wichtigen nationalen Fragen. Die Aufgabe dieser Debatte war es, den Genossen die Bedeutung dieser internationalen Dinge scharf vor Augen zu führen, denn die internationale Lage erlaubt es uns nicht, unsere Politik im Rahmen der Nation ohne Rücksicht auf die internationale Lage zu betreiben. (Lebhafter Beifall.)

*

Zum Gedächtnis Worowskis.

STEWART (England) beantragt im Auftrage der englischen Delegation die Errichtung eines zweijährigen Worowski-Stipendiums an Studenten (Arbeiter und Bauern) aus den östlichen Ländern und die Herausgabe einer dem Andenken des Genossen Worowski gewidmeten Broschüre in den Sprachen des Ostens.

Der Antrag des Genossen Stewart wird einstimmig angenommen. Der Vorsitzende verliest sodann einen Nachtrag zum Vorschlag der englischen Delegation, wonach die Delegation der englischen, französischen, italienischen, polnischen, tschechoslowakischen, nordamerikanischen und japanischen Bruderparteien erklären, daß sie die Kosten der Worowski-Stipendien tragen werden. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Sitzung nach 8 Uhr.)

NEUNTE SITZUNG

18. Juni 1923.

Die Grenzen des Zentralismus in der Komintern.

Redner: Bucharin, Ström, Falk, Beuer.

Amter eröffnet die Sitzung nach 12 Uhr.

BUCHARIN: Genossen, ich werde in meinem heutigen Referat versuchen, den fehlerhaften Standpunkt der norwegischen Genossen zu skizzieren und ihn zu kritisieren, ohne vorerst Kompromisse zu suchen. Ich glaube, daß wir diese Kompromisse in der skandinavischen Kommission nach der Diskussion suchen werden. Für die norwegische Partei wie für die gesamte Internationale ist es wichtig, vorher den Standpunkt der norwegischen Genossen in absolut klarer Form kennen zu lernen, um die Fehler der norwegischen Partei klar zu sehen und eventuelle Konzessionen, die vielleicht gemacht werden, als Konzessionen anzusehen und nicht als Einverständnis mit den skandinavischen Genossen.

Aber zuerst eine kleine Bemerkung. Hier haben die Genossen aus der norwegischen Bruderpartei gesprochen, als ob die Exekutive oder das Präsidium der Kommunistischen Internationale die norwegische Partei unterschätzte. Ich kann hier, um diesen möglicherweise bestehenden Eindruck zu beseitigen, noch einmal wiederholen, daß wir die norwegische Partei als eine große Massenpartei der Arbeiterklasse betrachten, als eine der wichtigsten und besten unserer Parteien. Aber das hebt nicht unsere Pflicht auf, den fehlerhaften Standpunkt der norwegischen Genossen zu kritisieren, gerade deswegen, weil die norwegische Partei keine quantité négligeable für uns ist.

Die Frage des Zentralismus der Kommunistischen Internationale, die wichtigste Streitfrage mit den norwegischen Genossen, ist keineswegs neu. Sie trat am schärfsten nach dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale zutage. Dieser hatte auch seine Wurzeln in

der Tatsache, daß die Zweite Internationale eigentlich organisatorisch ein einfacher Briefkasten war. Sie war keine kämpfende einheitliche Organisation, keine Organisation für internationale Massenaktionen. In ihr dominierte immer das nationale Moment. Auf den Kongressen wurden verschiedene Paradereden gehalten, aber wenn es galt, wirklich zu handeln, dann versagte sofort die ganze Organisation. Auch die Haager Konferenz vom letzten Herbst war eine solche Parade. Es wurden auch dort Resolutionen über den Generalstreik gefaßt, aber als die Zeit kam, da es zu handeln galt, verwandelten sich alle diese Paradebeschlüsse in ein Stück Papier, eben deshalb, weil es keine zentrale einheitliche Organisation gab. Es ist absolut kein Zufall, daß schon in den Anfängen der Herauskristallisierung des kommunistischen Gedankens dieser organisatorische Mangel festgenagelt wurde. Teilweise von uns, teilweise von Rosa Luxemburg, ist dies schon damals in folgender These präzisiert worden: Die neue Internationale, die gebildet werden soll, muß eine einheitliche Organisation darstellen, in der das nationale Moment vollständig dem internationalen untergeordnet ist, somit auch die nationalen Beschlüsse internationalen Beschlüssen der Weltorganisation des Proletariats. Auch in der skandinavischen Presse hat man seinerzeit sehr viel darüber geschrieben. Ich lebte damals in Skandinavien, und es herrschte in dieser Frage zwischen den Vertretern der russischen Partei und den skandinavischen Genossen vollständiges Einverständnis. Ueberall: in Oesterreich, in Deutschland usw wurde dieser Satz über die Ueberordnung des internationalen Bewußtseins, der internationalen Beschlüsse und des internationalen Sinnes der Weltorganisation des Proletariats von allen damaligen Linksradikalen, den späteren Kommunisten, anerkannt. Wir können auch, wenn wir die Vorgeschichte der Dritten Internationale betrachten, z. B. die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, wie auch den ersten Kongreß der Dritten Internationale, sehen, wie sich dieser Grundgedanke immer mehr in die Praxis umsetzte. Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale in der Zeit der Siege der russischen Armee und der großen Offensive der Arbeiterklasse in Westeuropa sahen wir die permanente Zunahme der Bedeutung dieses Grundsatzes und seine praktische Realisierung. Damals schrieb auch Genosse Bull, einer der Ideologen der Mehrheit der norwegischen Partei, im „Sozialdemokraten": „Entweder wird die neue Internationale existieren, dann wird sie als der zentralisierte Generalstab der Weltrevolution bestehen, oder sie wird überhaupt nicht existieren". Also in der Epoche der großen Offensive der Arbeiterklasse, als sogar die schwankenden Elemente mit Sympathie zur K. I. erfüllt waren, erkannte auch der namhafteste Vertreter der Ideologie der jetzigen

Mehrheit der norwegischen Partei die Notwendigkeit der Zentralisation unserer Weltorganisation an. Jetzt, da die Arbeiterklasse sich in der Defensive befindet, fühlen sich alle schwankenden Elemente in ihren Sympathien zum Kommunismus erschüttert und fangen an zu kritisieren. Die soziale Basis dieser Kritik — ökonomisch wie soziologisch — besteht in der Existenz von Resten kleinbürgerlicher Oekonomie und Ideologie. Wir können in der Argumentation der norwegischen Genossen auch proudhonistische Anschauungen finden, und das ist begreiflich, weil wir hier mit der Vertretung der Parteien zu tun haben, die in ihren kleinbürgerlichen Ländern ziemlich isoliert leben und dem Einfluß dieser kleinbürgerlichen Anschauung ausgesetzt sind. Die zweite Ursache besteht in der mechanischen Uebertragung der ganz richtigen Methoden gegenüber der Sozialdemokratie auf unsere eigene Organisation. Die Mehrheit der heutigen norwegischen Bruderpartei entstammt der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition. Diese gewerkschaftliche Opposition stellte sich zur Aufgabe die Zerstörung der sozialdemokratischen Macht in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften waren bürokratisch und opportunistisch. Ihre Kraft bestand in der starken Zentralisation der gesamten Bewegung unter Führung der opportunistischen Elemente. Diese Kraft sollten wir, die Revolutionäre aller Schattierungen, zu zerstören versuchen. Als das beste Mittel dazu hatten und haben wir teilweise in einigen anderen Ländern solche Methoden, wie das Geschrei gegen die Bonzen usw., um die in den Parteiinstanzen und Gewerkschaftsinstanzen zentralisierte Macht der opportunistischen Bürokraten zu zerschlagen. Aber es besteht eine gewisse historische „vis inertiae" (Kraft der Trägheit). Die Methoden, die man früher zur Zerstörung des Einflusses sozialdemokratischer Führer richtig anwandte, bekommt man dann in der eigenen Organisation. Auch bei uns in Rußland hatten wir oft diese „vis inertiae" in den Köpfen unserer Parteigenossen, die auch nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat ihre Forderungen gegen die Zentralisierung der Armee aufrecht erhielten. Die dritte Ursache des fehlerhaften Standpunktes der norwegischen Genossen ist die Lage in Norwegen und Skandinavien überhaupt. Die norwegischen Genossen haben den Krieg und die revolutionären Ausbrüche nicht miterlebt. Die skandinavischen Länder sind nicht so wie die westeuropäischen mitgerissen von dem großen welthistorischen Strudel; sie befinden sich, so komisch das auch klingen mag, gewissermaßen noch in einer Epoche der Vorkriegszeit und empfinden auch so. Sie haben die Wichtigkeit des zentralisierten Kampfes gegen den bürgerlichen Staat nicht erkannt. Sie wurden vom bürgerlichen Staat noch nicht mit der ganzen ihm eigenen Brutalität geschlagen, und daher kommen auch in ihren Ge-

dankengängen die Reste der sehr idyllischen Ideologie. Sie leben also in dem großen welthistorischen Strudel sozusagen auf einer Insel. Sie waren mehr isoliert von der gesamten Bewegung des Proletariates, als irgendeine andere Gruppe unserer Richtung. Dieser Komplex von Ursachen ist maßgebend für die Ideologie der norwegischen Parteimehrheit.

Jetzt komme ich zu den Begründungen. Die „tiefste" stammt, wie das so oft geschieht, von einem Professor, vom Genossen Bull. Genosse Bull, selbst theoretisch sehr gut geschult, versucht immer, um seine taktische Fragestellung zu begründen, die Dinge bis zu ihren letzten Konsequenzen zu verfolgen. Ich werde den Genossen Bull selbst reden lassen:

„Es ist ein Unterschied in der Arbeiterklasse, in der ökonomischen und sozialen Entwicklung und somit auch in den Revolutionsbedingungen, in Rußland, im Orient, Süd- und Westeuropa. Die russische Revolution geschah unter einem Volk von Analphabeten, in einem Lande, wo die moderne Industrie kaum ein Menschenalter alt war, wo die Arbeiterklasse deshalb ganz neu und traditionslos war, in einem Lande, wo die Selbstherrschaft die Bevölkerung von jeder Teilnahme an der Politik gehindert hatte, wo die Gewerkschaften eine Unmöglichkeit waren usw. Im Orient und in Südosteuropa herrschen im wesentlichen die gleichen Verhältnisse. In Westeuropa sind die Verhältnisse gerade die entgegengesetzten. Allgemeine Volksaufklärung, hundertjährige Industrie, eine Arbeiterschaft mit starken Traditionen, lange Teilnahme an der Politik, alte starke Gewerkschaften, freie öffentliche Diskussionen, starke und selbständige einheimische Kapitalistenklasse. Die Revolutionsbedingungen sind deshalb hier ganz andere. Daß diese Verschiedenheiten einen Unterschied in der Taktik und Organisationsform für eine revolutionäre Bewegung bedingen, sollte nun klar sein."

Und welche taktischen Schlüsse zieht er daraus? Er schreibt:

„Die bedeutendsten Führer der Internationale sehen theoretisch diese Dinge natürlich klar. Aber in der Praxis werden die Konsequenzen entweder gar nicht oder nur unzureichend gezogen — und dies aus zwei naheliegenden Gründen: 1. Die bedeutendsten Führer sind faktisch Russen und deshalb in ihren Gedankengängen von ihren eigenen russischen Erfahrungen beeinflußt; 2. legt das Exekutivkomitee jetzt, nachdem es aufgegeben hat, die Revolution in Deutschland als eine aktuelle Arbeitsaufgabe zu betrachten, das Hauptgewicht seiner Tätigkeit auf den Orient und Südosteuropa. Dies ist eine Politik, die außerordentlich viel für

sich hat. Besonders vom Gesichtspunkt einer russischen Außenpolitik, sicherlich aber auch vom Gesichtspunkte der Räteresolution...."

Dies ist die theoretische Begründung aller taktischen Fragen. Bull behauptet, solidarisch mit der bürgerlichen Presse, daß die K. I. ein Instrument der russischen Regierung ist. Die westlichen Arbeiter darf man nicht zwingen, sich diesen Methoden anzupassen, die den rückständigen Verhältnissen in dem russischen Barbarenlande entsprechen. Ich glaube, daß schon diese Tagung bewiesen hat, daß die norwegischen und schwedischen Genossen mit diesen Anschauungen vollständig isoliert in unseren Reihen stehen. Man kann also nicht von einer Isolierung des westeuropäischen, einschließlich des schwedischen Proletariats, vom russischen reden, sondern von einer Isolierung der norwegischen und schwedischen Genossen. Sie hat folgende Ursachen. Wir haben drei Revolutionen gehabt, die Deutschen und die Oesterreicher haben eine durchgemacht, und eine Reihe anderer Länder hat einen sehr starken Druck seitens ihrer Bourgeoisie erfahren. Man hat sie mit Eisen und Blut die Notwendigkeit des internationalen Zentralismus gelehrt. Zuerst war die Theorie der Norweger, zusammen mit dem westeuropäischen Proletariat sich gegen Rußland zu stellen und eine andere Organisation zu fordern. Als das nicht ging, bekamen wir die Variante des Genossen Falk, der sagte, die norwegische Partei sei zwar eine kommunistische Partei, sie basiere aber auf eigenen Traditionen. Das ist etwas ganz anderes und ist richtig. Ich erkenne vollständig an, daß die norwegische Partei ihre Traditionen, ihre spezifischen Züge hat und daß ihre Entwicklung eine spezifische organisatorische Form geschaffen hat. Aber wie verhalten wir uns als Avantgarde zu diesen bestehenden Traditionen? Wir müssen sie mit klugen Methoden überwinden und nicht konservieren. Wenn man statt einer Kampforganisation des Proletariats eine Föderation haben will, vernichtet man den Ausgangspunkt unserer Bewegung. Einmal beschuldigt man uns, wir wollen künstlich die norwegische Partei radikalisieren, das andere Mal dagegen, wir seien zu opportunistisch. So stellt man z. B. die vollständig unwahre Behauptung auf, die opportunistischen Gefahren seien gerade in unserer Zentralisation konzentriert. In einem Artikel des „Arbeiterbladet" malt man z. B. die Situation so, als ob die Zweite Internationale wegen des Zentralismus zusammengebrochen sei. Die Zweite Internationale ist aber gerade deswegen zusammengebrochen, weil sie keine zentralisierte Internationale war. In Tranmaels Interview wird z. B. erklärt, daß Moskau, d. h. die K. I., vom Gipfel aus baue. Dort heißt es u. a.:

„Diese Form der Organisation und der Mitgliedschaft, die in Norwegen besteht, hat für die sozialistische Bewegung die allergrößte Bedeutung, weil sie dadurch gerade in das Zentrum des Sozialismus eindringt, die Gesellschaftsökonomie. Die Betriebe sollen nämlich von den Arbeitsstätten aus und mit ihren Arbeitern erobert werden, vielleicht langsam, aber sicher, und mit dem gesteigerten Einfluß sollen wir uns die Kontrolle über das Betriebsleben und die Produktion verschaffen."

Hier haben wir somit folgende Vorstellung: Allmählich erobern wir die Arbeiterschaft in den Werkstätten und übernehmen die Kontrolle der Produktion zuerst in einigen Fabriken, dann in mehreren und später in allen. Die Bourgeoisie läßt uns das alles merkwürdigerweise in voller Ruhe machen. Das ist eine vollkommen opportunistische Prämisse, die in den Köpfen nur darum besteht, weil sie niemals probiert haben, die Produktion zu erobern, weil sie kein einziges Mal von der Bourgeoisie geschlagen wurden. Unsere Prämisse für die Revolution ist, daß unser Kampf um die Eroberung der Produktionsmittel vom Bürgerkrieg begleitet wird. Wenn man es aber versteht, daß die Revolution Bürgerkrieg bedeutet, in dem wir alle unsere Kräfte koordinieren und den wir leiten müssen, so ergeben sich auch ganz andere Notwendigkeiten organisatorischer Natur. In diesen Kämpfen werden wir die geringsten Opfer zu verzeichnen haben, wenn wir planmäßig unseren Kampf zentralisieren. Die Vorstellung der norwegischen Parteizentrale über den evolutionistischen Gang der Dinge liegt darin begründet, daß die norwegischen Genossen bisher keinen wirklichen Kampf g führt haben. Das ist die syndikalistische Theorie: „Lassen wir den Staat in Ruhe". Die norwegischen Genossen sollen sich dessen erinnern, daß wir bereits eine gewisse Evolution selbst unter den französischen Syndikalisten haben. Durch die Erfahrungen des Krieges und der Revolution hat ein Teil der französischen Syndikalisten diese Anschauungen überwunden. Die lebendige Verkörperung dafür ist der Genosse Rosmer. Wie steht es mit den französischen Syndikalisten? Ein Teil von ihnen ist vollständig in das opportunistische Fahrwasser geraten, und der zweite Teil macht die Evolution zum Kommunismus durch, wie wir alle wissen. Und warum? Wegen der Erfahrungen des Krieges und der Revolution in Westeuropa. Aber da diese Erfahrungen für die norwegischen Genossen nicht existieren, so glauben sie sich nicht entwickeln zu müssen.

Natürlich bestehen auch Gefahren des Zentralismus, und besonders in der friedlichen Epoche waren sie sehr groß. Und warum? Die ganze Auswahl der Führerschaft innerhalb der Organisation ge-

schah im Rahmen gerade dieser friedlichen Entwicklung, d. h. derjenige, der am besten redete, der am besten zu formulieren wußte, der am besten organisatorisch wirken konnte, wurde zum Führer. So war die Auswahl. Aber wir stehen jetzt in einer anderen Epoche. Um jetzt Führer zu sein, muß man mutig sein, muß den Willen zum Kampf haben, zum wirklichen revolutionären Kampf bereit sein. Natürlich mit der Eroberung der politischen Gewalt beginnt wieder eine andere Epoche. Die Auswahl der Führerschaft hat nicht mehr die Opferwilligkeit und Fähigkeit, sofort in den Kampf auf den Barrikaden zu gehen, zur Voraussetzung. Aber in Ländern, wo es noch gilt, im blutigen Kampf die Macht zu erobern, ist es sehr gefährlich, zu sagen. Wir brauchen keinen Generalstab, weil er die Gefahren der Bürokratisierung mit sich bringt. Ich glaube, daß gerade der ganze Charakter unserer Epoche und die Notwendigkeit besonderer Eigenschaften der Führer, die sie wirklich zu Führern machen, diese Gefahren parieren.

Die konkreten Gedanken organisatorischer Natur, die sich aus dem allgemeinen Standpunkt der norwegischen Genossen ergeben, sind am klarsten in dem sogenannten Kristiania-Vorschlag dargelegt. Dieser will, kurz gesagt, den demokratischen Wilsonismus auf unsere Partei übertragen. Sein Wesen besteht darin: Man macht dies und das, aber man sagt etwas anderes; man macht in Wirklichkeit verschiedene notwendige Dinge, auch Zentralisation usw., theoretisch aber spricht man von allen möglichen Selbstbestimmungsrechten. Man sagt: „Die Befreiung der Arbeiter muß ihr eigenes Werk sein" Am charakteristischsten ist folgende feierliche Erklärung: „Das Bestimmungsrecht liegt bei den Mitgliedern". Das ist die Basis für alle weiteren organisatorischen Vorschläge. Was für einen realen Sinn hat diese Phrase? Das Bestimmungsrecht liegt bei den Mitgliedern. Ist also jedes Mitglied absolut autonom, kann es machen, was es will? Das wäre Selbstbestimmungsrecht. Aber es wäre auch Anarchie. Tranmael und Bull haben in ihrer Fraktion die strengste Disziplin, aber man schreibt etwas anderes, ganz wie Wilson, der die ganze Maschinerie in den Händen hatte und auf dem Papier über das Selbstbestimmungsrecht der Nation, des Volkes usw. Phrasen machte. Ich glaube nicht, daß Genosse Tranmael dirigiert wird, sondern umgekehrt. Nicht irgendeinen x-beliebigen Arbeiter schickt man zum internationalen Kongreß, sondern Tranmael oder Scheflo oder irgendeinen anderen Führer. Aber man will eben den Arbeitern nicht die Wahrheit sagen, man will ihnen nicht die innere Mechanik der Partei offen zeigen. Um zu siegen, muß das ganze Proletariat wissen: Es gibt eine Avantgarde des Proletariats. In dieser gibt es Genossen, die zu Führern geeignet sind, und sie haben mehr Gewicht als die

anderen Genossen. Das ist doch eine reale Wahrheit. Aber man verbirgt sie, man — entschuldigen Sie — betrügt die Arbeiter ein bißchen. Man schildert nicht das, was ist, sondern das, was den Arbeitern die Illusion gibt, daß sie ohne Führer sind, daß jedes Mitglied Selbstbestimmungsrecht hat und ähnlichen Unsinn, dem in der Wirklichkeit absolut nichts entspricht. Vom machiavellistischen Standpunkt aus kann man das Volk mit lauter Phrasen füttern, aber die geschichtliche Situation fordert, daß die Masse wirklich erzogen wird, daß jedes Mitglied begreift, um was es sich handelt, und es ist ein gefährliches, ein schlechtes Spiel mit der Arbeiterschaft, ihr nicht zu sagen, was ist, sondern ihr Illusionen und Phrasen zu geben. Wenn z. B. norwegische Genossen sagen, daß wir Kadavergehorsam fordern, so sage ich ihnen: Wir haben mehr Achtung vor dem Proletariat als Sie, denn wir sagen ihm ganz offen, so und so liegen die Dinge. Wir sagen ihm ganz offen, wir haben in der jetzigen Epoche Elemente, die nicht ganz bewußt sind, andere, die bewußter, und andere, die noch bewußter sind, und die, die wir zu Führern wählen, sind die bewußtesten. So sagen wir und damit das, was der Wirklichkeit entspricht — aus Achtung vor dem Proletariat und aus politischer Zweckmäßigkeit. Und Sie sprechen aus der kleinen, spießbürgerlichen Politik heraus, die im Innersten das Volk verachtet. Zusammenfassend kann man über den Kristiania-Vorschlag sagen: Das sind Phrasen, denen keine Realität entspricht, eine ziemlich demagogische Sache, ganz unzulässig in unserer Zeit, in der wir den Arbeitern die volle Wahrheit sagen müssen.

Genossen, es ist für jede Arbeiterpartei und für jede Kommunistische Partei eine verflucht schwierige Aufgabe, einerseits die Massen zu erziehen, andererseits sie in den Kampf zu werfen. Wenn man sie erziehen will, braucht man Diskussionen, Redefreiheit, die größte Autonomie jedes einzelnen Parteimitgliedes usw. Das versteht jeder. Aber andererseits für die Zweckmäßigkeit des Kampfes brauchen wir ein rasches, sofortiges Handeln. Und diese zwei Aufgaben sind bis zu einem gewissen Grade einander entgegengesetzt, sie stehen in einem gewissen Widerspruch zueinander. Deswegen müssen wir hier lavieren. Wir müssen das und das erfüllen, deshalb brauchen wir einen sogenannten demokratischen Zentralismus. Er gibt allen Mitgliedern der Partei alle Freiheit, solange über die in Rede stehende Frage noch nicht beschlossen ist. Liegt aber ein Beschluß vor, so sollen sie handeln wie Soldaten. Damit und nur damit genügen wir beiden Zwecken, und darum sagen wir den Genossen, die noch im Stadium eines Diskussionsklubs stehen: Sie werden nicht nur zu diskutieren haben, sondern gezwungen werden, zu handeln, und Sie müssen sich darauf vorbereiten und gerade deswegen alle

Maßnahmen treffen, die Sie auf dieses Stadium des Kampfes vorzubereiten geeignet sind.

Ein paar Worte über einige ganz konkrete Fragen.

Was die Frage der gebundenen Mandate betrifft, so ist auch da der Standpunkt der norwegischen Partei falsch. Nehmen wir die Konflikte in den verschiedenen Parteien. Gebundene Mandate könnten hier so wirken, daß sie schon gegen einen evtl. Beschluß der Exekutive gerichtet sind. Wir hätten hier also einen permanenten Konflikt. Wie hätten wir den französischen Konflikt lösen können, wenn die französischen Delegierten gebundene Mandate gehabt hätten. Auch was die Wahl der Exekutiv-Mitglieder anbelangt, glaube ich, daß der vierte Weltkongreß ganz richtig gehandelt hat. Der Weltkongreß der K. I., die Verkörperung der gesamten kommunistischen Arbeiterbewegung, kann auch einen Genossen wählen, der Vertreter einer Fraktion der Minderheit ist. Natürlich kann man das nur in einem besonderen Falle tun, wenn die Lage es unbedingt erheischt. Die Forderung, daß nur solche Delegierte von der Exekutive zu den Kongressen der nationalen Parteien geschickt werden, die die Parteien selbst wünschen, ist technisch unmöglich und auch politisch unzweckmäßig, ebenso die Forderung, die nationalen Kongresse vor dem Weltkongreß stattfinden zu lassen. Wenn sich die nationalen Sektionen durch Beschlüsse ihrer Parteitage vor dem Weltkongreß binden und der Weltkongreß nachher andere Beschlüsse annimmt, so werden daraus zweifellos Konflikte entstehen. Auf dem Weltkongreß werden die Erfahrungen aller Sektionen summiert, und wenn die Delegierten mit gebundenen Mandaten kommen, können sie ihre Stellungnahme nicht mehr ändern. Ganz was anderes ist es, wenn erst die nationale Konferenz, dann der Weltkongreß, dann der nationale Kongreß stattfindet. In der Frage der Demissionen, ob nämlich die Exekutive oder nur die Parteizentrale das Recht habe, Demissionen zu verbieten, hat die Praxis bewiesen, daß in dringenden Situationen oft die Exekutive eingreifen muß. Ist es gut, daß die Genossin Zetkin, der Genosse Bordiga, die linke Gruppe in Frankreich nicht demissioniert haben oder ist es schlecht? Ich glaube, daß es gut ist, daß wir richtig gehandelt haben. Was die Jugendfrage betrifft, so ist es richtig, daß die Jugendorganisationen in allen Fragen ihrer Partei untergeordnet sein sollen, aber wenn ein Konflikt zwischen der Partei und der Internationale entsteht, können wir der Jugendorganisation nicht verbieten, Stellung für die K. I. zu nehmen. Hier zeigt sich am deutlichsten, wie die Dinge in der norwegischen Partei wirklich liegen. Zuerst spricht man davon, daß jedes Mitglied wirklich autonom ist. Aber wenn man praktisch über solche Dinge spricht, so ist das schöne Seibstbestimmungsrecht sogar für die ge-

samte Jugendorganisation dahin, es wird wirklich Kadavergehorsam verlangt. Das ist ein ganz unaufrichtiger Standpunkt. Was die Einmischung in innere Angelegenheiten betrifft, so sind die inneren und äußeren Fragen sehr schwer zu trennen, so z. B. hat die Zusammensetzung der Zentrale eine internationale Bedeutung. Unsere Konflikte mit der norwegischen Partei nahmen als Ausgangspunkt die Kritik an der Haltung der Exekutive zur französischen Frage. Fragen Sie jeden französischen Genossen, hat der Weltkongreß richtig gehandelt oder nicht, ist eine Besserung eingetreten oder nicht? Ebenso haben wir eingegriffen in den verschiedenen anderen Ländern, zuletzt in Deutschland, und all diese Parteien stehen nach dem Eingreifen der Exekutive besser da als vorher. Es handelt sich jetzt darum, innerhalb der norwegischen und schwedischen Partei ein anderes geistiges Verhältnis zu der K. I. zu schaffen. Das Mißtrauen zur K. I. muß überwunden werden. Die Genossen und Parteien, die wirklich die Internationale mitgegründet haben, verstehen sie zu schätzen und haben zu ihr Vertrauen. Bei der norwegischen Partei muß das ebenso sein. Ich schließe mit der Hoffnung, daß die norwegische Bruderpartei ihre Mängel im Sinne unserer Grundsätze überwindet. (Lebhafter Beifall.)

STRÖM (Korreferent): Es bestehen keine besonderen politischen und taktischen Differenzen zwischen der schwedischen Partei und der Exekutive. Wir betonen nur, daß man auf die Traditionen und die Psychologie der schwedischen Arbeiter Rücksicht nehmen muß. Damit haben wir schon große Erfolge erreicht. Solche Erfolge können jedoch durch einen inneren Kampf nur geschädigt werden. Die Arbeiter würden den Glauben an die Festigkeit der Kommunistischen Partei verlieren, und wenn durch diese inneren Kämpfe immer neue Spaltungen zustande kommen, dann werden uns die Massen verlassen.

In organisatorischen Fragen sind wir mit dem E. K. der Komintern vollkommen einverstanden. Wir sind keine Feinde des demokratischen Zentralismus, aber wir wollen diese Zentralisation allmählich durchführen. Der letzte Parteitag der schwedischen Partei hat einstimmig ein Statut angenommen, das im Einverständnis mit den Thesen der Komintern steht. Natürlich müssen wir dieses Statut mit Klugheit handhaben. Aber es muß auch Gültigkeit für die Organisationen haben, die der Partei beigeordnet sind, wie z. B. die Jugendorganisation, die Frauenorganisation und die Gewerkschaftsorganisation, sonst wird die Zentralisation zur Komödie. Wir verstehen sehr wohl, wie notwendig die Zentralisation ist und deshalb stehen wir auch auf dem Standpunkt, daß die K. I. in allen internationalen

Fragen das letzte Wort haben muß. Nur in offenbar nationalen, lokalen Fragen müssen unseres Erachtens die nationalen Parteien selbst bestimmen, denn die stetige Einmischung der Exekutive in diese Fragen wird nur Irritation und Mißverständnisse hervorrufen. Was die Stellung der schwedischen Partei zu dieser Frage betrifft, so hat die Erweiterte Parteizentrale nach der Rückkehr unserer Delegierten vom IV. Weltkongreß ihre Haltung gebilligt und auch die Beschlüsse, die gefaßt wurden, gutgeheißen. Was die Erweiterung der Befugnisse der Exekutive betrifft, so wurde auch dieser Beschluß bestätigt, doch wurden folgende Erinnerungen gemacht:

„Durch die Kongreßbeschlüsse betreffs der Exekutive, die die Befugnisse der Exekutive bestätigt und noch mehr erweitert haben, hat eine bedeutend verschärfte Zentralisierung der kommunistischen Bewegung stattgefunden. Die Kommunistische Partei Schwedens hat den demokratischen Zentralismus als eines der grundlegenden Prinzipien der Kommunistischen Internationale anerkannt und unterstreicht noch einmal diese Auffassung. Aber der Erweiterte Parteivorstand kann nicht umhin, auf die Gefahr hinzuweisen, daß die an und für sich nicht nur nützliche, sondern notwendige demokratische Zentralisation ein allzu mechanisches Gepräge erhält und dadurch die kommunistische Bewegung mit Bürokratisierung bedroht. Die Partei ist auch der Auffassung, daß die Tendenz in den letzten organisatorischen Beschlüssen betreffs der Exekutive, falls der fünfte Kongreß auf demselben Weg weitergehen wird, eine Ueberzentralisierung verursachen kann, die zur absolutistischen statt demokratischen Leitung der Internationale führt. Es ist deshalb wünschenswert, um einer derartigen Entwicklung vorzubeugen, daß die Exekutive in der engsten direkten Verbindung mit den kommunistischen Parteien steht und daß sie ihre Entscheidungen so viel als möglich im Einverständnis mit ihnen und ihrer verantwortlichen Leitung fällt.

Was besonders die skandinavischen Parteien anbelangt, will die Erweiterte Zentrale hervorheben, daß die oppositionellen Richtungen in der Arbeiterbewegung im allgemeinen in den erwähnten Ländern mit stark dezentralistischen Traditionen zu kämpien haben, die noch nicht überwunden werden konnten, und eine allzuschnelle Verschärfung der Zentralisation würde sicher die Werbekraft der kommunistischen Parteien und ihre Beliebtheit unter den Massen vermindern. Es ist deshalb notwendig, bei der praktischen Durchführung der Zentralisierung in diesen Ländern die größte Rücksicht auf die Verhältnisse zu nehmen. Die Bezirksvertretung will deshalb unterstreichen, was bereits in den 21 The-

sen über die Zentralisation gesagt wurde, nämlich, daß „die Kommunistische Internationale sowie ihre Exekutive selbstverständlich in ihrer ganzen Tätigkeit auf die Verhältnisse Rücksicht nehmen müssen, unter welchen die verschiedenen Parteien arbeiten und kämpfen müssen, und nur Beschlüsse allgemeingültiger Natur fassen in solchen Fragen, wo dies möglich ist". Die Erweiterte Zentrale geht für ihren Teil davon aus, daß die Exekutive so verfahren wird.

Die Erweiterte Zentrale billigt insbesondere, daß der Kongreß in mehreren Punkten die Pflicht und Schuldigkeit der Exekutive unterstrichen hat, zu Bevollmächtigten und Referenten betreffs der verschiedenen Parteien nur ganz qualifizierte und verantwortliche Mitglieder des Exekutivkomitees und des Präsidiums zu wählen. Informationen von ihrer Seite an das E. K. wie auch Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der Partei müssen immer mit größter Objektivität und Vorsicht und in vollem Einverständnis mit den zentralen und verantwortlichen Leitungen der Parteien oder den von ihnen gewählten Vertretern geschehen. Falls dies nicht so geschieht, entsteht leicht die Gefahr, daß völlig unnötige Konflikte zwischen den verschiedenen Sektionen und den zentralen Organen der Kommunistischen Internationale entstehen.

Die Bezirksvertretung spricht wieder aus, daß der skandinavische Wunsch betreffs der Verpflichtungen des Exekutivkomitees, rechtzeitig vor jedem Weltkongreß das notwendige Kongreßmaterial an die Sektionen hinauszusenden, in den angenommenen Antrag hätte aufgenommen werden sollen. Die Bezirksvertretung hofft, daß die Exekutive in der künftigen Praxis diese Forderung berücksichtigen wird, so daß die Parteien durch eingehende Behandlung der Tagesordnung des Weltkongresses ihre Meinung betreffs der verschiedenen Fragen kundgeben können.

Da die jetzt vorgenommenen Aenderungen in den Statuten nur einen provisorischen Charakter haben, sowie auch die diesbezüglichen Vorschläge nicht im voraus an die kommunistischen Parteien zwecks Prüfung ausgesandt werden, wollte die Bezirksvertretung diese Erinnerungen in der Hoffnung machen, daß der V. Weltkongreß die Frage prüfen wird, ehe er seinen endgültigen Beschluß faßt."

Bei einer Konferenz in Kristiania zwischen Vertretern unserer Partei und der Exekutive wurde diese Meinungsverschiedenheit in kameradschaftlichem Geiste behandelt, und durch diesen Meinungsaustausch wurden einige Mißverständnisse beseitigt.

Der Parteitag hat diese Resolution gutgeheißen und folgende fünf Thesen angenommen:

1. Der Kongreß billigt die Haltung, welche die Vertreter der Partei in Uebereinstimmung mit den von dem Parteiausschuß und der Erweiterten Zentrale gegebenen Direktiven auf dem III. und IV. Weltkongreß eingenommen haben; er billigt die gefaßten Beschlüsse als mit der allgemeinen Auffassung der Partei übereinstimmend und meint, daß keine prinzipiellen Einwände dagegen gemacht werden können. Der Parteikongreß erklärt diese Beschlüsse als bindend für die Partei.

2. Der Kongreß billigt insbesondere, daß der Arbeitsausschuß und die Vertreter der Partei in jeder Weise bemüht waren, an der Wahrung der Einheitlichkeit der kommunistischen Bewegung in Norwegen und Dänemark mitzuwirken.

3. In der Programmfrage schließt sich der Kongreß der Auffassung an, daß das Programm teils eine Darstellung der Theorie des Kommunismus, seiner Mittel und Ziele, umfassen soll, teils auch eine Klarlegung der allgemeinen Uebergangsforderungen. Die konkrete Ausgestaltung der letzteren bildet ein Tagesprogramm für jedes einzelne Land.

4. Der Kongreß betont besonders seinen Anschluß an die vom III. und IV. Weltkongreß beschlossenen taktischen Richtlinien für die Kommunistische Internationale und sieht vor allem in der Losung der proletarischen Einheitsfront den richtigen Weg zur Stärkung und Befestigung der kommunistischen Bewegung und dadurch auch der ganzen Arbeiterklasse.

5. Der Kongreß billigt in Hinsicht auf die verschärfte Zentralisation die von der Bezirksvertretung gemachten Anmerkungen, nimmt aber gleichzeitig mit Befriedigung von der Erklärung Kenntnis, die von der Exekutive in zuvorkommender Weise zu den von der Partei vorgelegten Gesichtspunkten gemacht wurde. Der Kongreß hofft, daß die herannahende Exekutiv-Sitzung imstande sein wird, die Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage mit den skandinavischen Parteien ganz zu beseitigen und bezeugt noch einmal seine vollständige Solidarität mit der Kommunistischen Internationale, der Weltpartei der revolutionären Arbeiterklasse."

Wie Sie sehen, sind wir keine Gegner eines demokratischen Zentralismus. Wir wünschen einen revolutionären Generalstab der K. I. Wir sind aber der Meinung, daß wir uns nicht von den Massen trennen dürfen durch Ueberzentralismus. Wir sind eine Avantgarde, aber ohne die Arrièregarden der großen Massen können wir nicht

siegen. Das Tempo der internationalen Zentralisation darf daher nicht so beschleunigt werden, daß wir die Fühlung mit den Massen verlieren. Die Organisation der K. I. und des E. K. muß auch verbessert werden, und die Methoden des E. K., in die Parteiangelegenheiten einzugreifen, müssen reformiert werden, sonst werden wir vielleicht mehr Streitigkeiten bekommen. Wir sind nicht Illusionisten, wie Genosse Bucharin behauptet hat, wir sind alte Marxisten, die sogar zu Füßen Lenins, Bucharins, Radeks und anderer Genossen in Skandinavien gesessen haben, wo wir zusammen gearbeitet und gekämpft haben; wir gehören zu den ältesten Freunden der russischen Genossen. Ich will nur daran erinnern, wie die schwedischen Linkssozialdemokraten die Opposition gegen Branting usw., gegen die Reformisten aller Länder in Stuttgart 1907, in Kopenhagen 1910, in Basel 1912 zusammen mit Lenin und Liebknecht gebildet haben. Wir sind nicht gestern zum Kommunismus oder zur K. I. gekommen. Wir haben auch etwas getan, das können Ihnen die russischen Genossen erzählen, die in Schweden und Skandinavien mit uns gekämpft haben. Wir haben schon 1905, 1909, 1916, 1917 und 1918 ziemlich große Aktionen gemacht. Unsere Führer sind vielmals im Gefängnis gewesen. Wir waren und wir sind nicht kleinbürgerliche Illusionisten. Im Gegenteil, ich sage — im Gegenteil. Wir sind der Meinung gewesen, daß wir uns nicht von den Massen trennen dürfen, daß wir sogar taktische Konzessionen machen müssen, um eine Trennung und Isolierung von den Massen zu vermeiden. Und von wem haben wir das gelernt? Eben von den russischen Genossen.

Was die norwegische Frage betrifft, so stehen wir in vielen Fragen der Richtung Scheflo näher als der Richtung Tranmael. Beide Richtungen haben Fehler gemacht, und man hätte hier auch den parlamentarischen Opportunismus der Richtung Scheflo kritisieren müssen. Wir unterstützen die Strömung Tranmael, weil wir nicht wollen, daß die norwegische Partei gespalten wird. Eine Spaltung der norwegischen Partei würde nicht nur die schwedische Partei schwer erschüttern, sondern auch der ganzen Internationale großen Schaden zufügen. Weil wir wissen, daß die Genossen hier auch gegen eine Spaltung sind, hoffen wir, daß wir zu einer Verständigung in dieser Frage kommen werden.

Es muß damit Schluß gemacht werden, daß man die Jugendverbände in Schweden und Norwegen gegen die Parteien ausspielt. Ich bedaure es, daß Bucharin hier in subjektiver Weise Stellen eines Artikels von Höglund zitiert hat und ihn als ausgeprägten Opportunisten und Kleinbürger hinstellt. Dadurch wird die Autorität Höglunds in Skandinavien vernichtet, was nur wieder zum Vorteil für unsere Feinde wird. Die Tatsache, daß sowohl Höglund als auch ich schon

vor 20 Jahren auf einem Parteitag der Sozialdemokratie die Bewaffnung des Proletariats forderten, zeigt, daß wir keine Opportunisten sind.

FALK (Norwegen) erklärt, daß er die Meinung der Führer seiner Partei und nicht seine eigene ausgedrückt habe. Die Meinung der norwegischen Partei bezüglich der Beziehungen, die zwischen der Partei und der Internationale bestehen sollten, ist im § 4 der sog. Kristianiaer Resolution enthalten, der besagt, daß innere und örtliche Angelegenheiten der nationalen Partei überlassen werden sollen, während in allen Fragen, die über die nationalen Grenzen hinausgehen, die Autorität der Internationale absolut sein muß.

Die Partei hat dementsprechend beschlossen, gewisse Abänderungen in den Statuten der Internationale vorzuschlagen.

Sie schlug vor, den Beschluß des IV. Kongresses, wonach es den Parteien verboten ist, ihren Vertretern imperative Mandate zu geben, aufzuheben. Die Parteien sollen angespornt werden, die Fragen, die auf der Tagesordnung des Weltkongresses stehen werden, zu erörtern und ihre Meinung auszudrücken, wodurch der Kongreß die Meinungen der nationalen Parteien widerspiegeln würde. Die Absicht dabei war die, daß es zu einer allgemeinen Regel werde, den Delegierten imperative Mandate zu erteilen.

Außerdem sollte jede Partei ihre Vertreter in die Exekutive selbst wählen und auch die Vertreter, die die Internationale zu den Parteien entsendet, sollten nach Beratung mit den Parteien gewählt werden. Der Parteitag soll vor und nicht nach dem Weltkongreß stattfinden. Die Parteien wären also in der Lage, die Tagesordnung des Weltkongresses zu besprechen und den Standpunkt ihrer Mitgliedschaft festzustellen. Nach dem Weltkongreß soll es jeder Partei überlassen bleiben, zu entscheiden, ob ein weiterer Parteitag notwendig sei. Das war stets die Basis einer jeden Organisation mit den Prinzipien einer demokratischen Zentralisation.

Es soll den nationalen Parteien und nicht der Internationale überlassen werden, zu entscheiden, ob Mitglieder der Partei ihre Mandate niederzulegen haben oder nicht, trotzdem die Meinung des E. K. in solchen Fällen natürlich von großer Wichtigkeit ist. Desgleichen soll auch das Recht des Ausschlusses von Mitgliedern aus der Partei der nationalen Partei und nicht der Internationale zustehen.

Diese Vorschläge hatten nicht den Zweck, die Internationale zu schwächen. Sie entsprangen der Ueberzeugung, daß die Internationale nur durch Stärkung der nationalen Parteien gestärkt werden kann, auf denen sie aufgebaut ist.

Bucharin hat hier erklärt, daß er die Eigenheiten, die die norwegische Partei charakterisieren, anerkenne, daß es sich aber darum handle, ob diese Eigenheiten verewigt werden sollen oder nicht. Die norwegische Partei ist der Meinung, daß die sozialdemokratischen Traditionen, die die Partei geerbt hat, überwunden werden müssen, die Traditionen hingegen, die die Partei zu einer Massenpartei machen, verewigt werden sollen. Das Entscheidungsrecht soll hier der norwegischen Partei zustehen. Wenn das Bestehen einer großen Massenpartei unter Beibehaltung einer bedingungslosen Autorität der Internationale möglich wäre, so wäre diese Autorität gewiß erwünscht. Die Mehrheit der norwegischen Partei ist aber der Meinung, daß das unmöglich ist.

Auch die Frage der Jugendbewegung muß behandelt werden. Es bestand nicht die Absicht, die Jugendbewegung unter die Kontrolle der Parteileitung zu stellen. Es war zu erwarten, daß ein lebhafter jugendlicher Genosse einen gewissen oppositionellen Geist bekunden würde. Gewiß soll eine beträchtliche Freiheit gewährt werden. Die Partei stellt aber die Frage, welcher Art, nach Meinung der Internationale, die Beziehung zwischen Partei und Jugendbewegung sein müsse? Die Lage würde zweifelhaft und schwer werden, wenn das E. K. der Jugendinternationale oder das E. K. der Kommunistischen Internationale die Jugend gegen die Partei organisierte. In einem solchen Falle würde der Kampf den Keim für zwei Parteien schaffen.

Die Partei hat zu den Resolutionen, die sie dem Kongreß unterbreitet, noch gewisse weitere Ergänzungen eingebracht.

BEUER (Tschechoslowakei): Wir Delegierte der Tschechoslowakei stehen vollkommen auf dem Boden eines straffen Zentralismus. Die internationale ökonomische und politische Situation, die internationale Organisation des Kapitals, das Hinauswachsen der sozialen Kämpfe über den nationalen Rahmen machen eine zentralistische Führung der internationalen Organisation des revolutionären Proletariats zu einer unbedingten Notwendigkeit. Der Verzicht der Komintern auf den Zentralismus würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als den Verzicht auf die Durchführung internationaler revolutionärer Massenaktionen und schließlich den Verzicht auf die Weltrevolution selbst.

Wenn wir die Notwendigkeit des Zentralismus so scharf betonen, so sprechen wir aus eigener Erfahrung. Bis vor wenigen Monaten hatte unsere Partei unter schweren Kämpfen und Erschütterungen zu leiden. In dieser Situation, schon vor dem IV. Weltkongreß, griff die Exekutive ein. Und wenn ihre Maßnahmen zunächst auch unserer Auffassung widersprachen, so zeigte es sich doch im weiteren Verlaufe der inneren Auseinandersetzungen, daß sie zweckmäßig waren,

und wir können heute feststellen, daß sie zur Konsolidierung der Partei wesentlich beigetragen haben.

Aber unser Eintreten für den Zentralismus wird nicht nur durch unsere unmittelbaren Erfahrungen im Verkehr und in unseren Beziehungen zum E. K., sondern auch durch die besondere Struktur unserer Partei bestimmt. Die K. P. Tsch. ist eine internationale Partei, die tschechische, deutsche, slowakische, polnische und ungarische Arbeiter umfaßt. Würde der Forderung der skandinavischen Genossen Rechnung getragen, daß sich die Internationale in die Angelegenheiten der einzelnen Parteien nicht einmischen darf, so wäre bei inneren Konflikten einer national so komplizierten Partei, wie die K. P. Tsch., keine Instanz, keine Autorität vorhanden, die diese inneren Streitigkeiten schlichten könnte.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Lage der sozialdemokratischen Arbeiterparteien der Tschechoslowakei Seit dem Hamburger Kongreß gehören die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten derselben Internationale an. Diese Parteien stehen im schärfsten nationalen und politischen Gegensatz zueinander und bekämpfen einander mit Mitteln, die nur im Kampfe zwischen erbitterten politischen Gegnern gebräuchlich sind.

Und da es bekanntlich zu den Grundsätzen der neuen sozialistischen Internationale gehört, daß die einzelnen Parteien ihres Landes autonom sind, so gibt es keine internationale Autorität, die in diesem Streite der beiden Parteien ein Machtwort sprechen könnte.

Es ist gewiß, daß eine fehlerhafte Durchführung des Prinzips des Zentralismus Gefahren bringen könnte, aber es ist heute schon klar, daß es möglich ist, derartige Gefahren im Laufe der Erfahrungen, die sowohl das E. K. als auch die einzelnen Parteien schon gemacht haben und noch machen werden, zu überwinden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf einen allerdings keineswegs bedeutenden Mangel hinweisen. Unsere Genossen waren z. B. im März der Ansicht, daß das E. K. Anregungen für die Durchführung von viel mehr Aktionen an die Parteien gegeben hat, als möglich war, in einem Massenmaßstabe mit Erfolg durchzuführen. Das sind jedoch nur Kleinigkeiten, die mit dem Prinzip des Zentralismus nicht das geringste zu tun haben und die auf der Grundlage der Erfahrung leicht behoben werden können. Im übrigen hat uns ja bereits der Genosse Bucharin in seinem Referate mitgeteilt, daß das E. K. selbst Maßnahmen getroffen hat, um die Wiederholung derartiger kleiner Mißstände in Zukunft zu verhüten.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 30 Minuten.

ZEHNTE SITZUNG

18. Juni 1923.

Die Grenzen des Zentralismus. (Schluß.)

Gallacher eröffnet die Sitzung um halb 8 Uhr.

Redner: Ewert, Amter, Schüller, Scheflo, Lévy, Kuusinen, Höglund, Koritschoner, Radek, Urbani, Stewart, Ström, Falk, Flyg, Bucharin.

EWERT (Deutschland): Genosse Ström sagte, daß in nationalen Fragen die einzelnen Parteien Selbstbestimmungsrecht haben müßten. In der heutigen Zeit der Entwicklung des Imperialismus und des revolutionären Kampfes des Proletariats gibt es fast keine Fragen, die lediglich eine nationale, lokale Bedeutung haben. Eine falsche Politik in irgendeinem Lande übt ihren Einfluß weit über die Landesgrenzen hinaus und wird auch in jedem einzelnen Lande von unseren Gegnern ausgenutzt. In dem Interview des Genossen Tranmael wird auch die Frage des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften angeschnitten. Die dort geäußerte Meinung, daß die norwegische Partei durch ihre Unselbständigkeit, d. h. durch die Durchführung der Beschlüsse über den Zentralismus gehemmt wird in der Einwirkung auf die Gewerkschaften, ist vollkommen falsch. Die K. P. muß dafür sorgen, daß die Gewerkschaften den Klasseninteressen des Proletariats dienstbar gemacht werden. Auch das Schlagwort von den ganz besonderen Verhältnissen, die der norwegischen Partei nicht erlauben, die Beschlüsse durchzuführen, kennen wir aus der Geschichte des Kampfes mit den schwankenden Elementen in der deutschen Partei. Daß die Gegensätze in Norwegen noch nicht so zugespitzt sind, wie in Mitteleuropa, ändert prinzipiell nichts an der Aufgabe der norwegischen Genossen, nun erst recht mit aller Schärfe den Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen zu führen. Die Aufgabe der schwedischen Genossen müßte es sein, der norwegischen Partei

zu helfen, die Grundsätze der K. I. zu erfüllen. Die Verhältnisse auf dem Festlande werden immer schwieriger, ein engeres Verhältnis mit den übrigen Bruderparteien immer notwendiger, und darum ist es auch Aufgabe der skandinavischen Bruderpartei, mit uns in Deutschland und mit den übrigen Parteien ein festeres Verhältnis herzustellen. Zum Schluß weise ich noch hin auf die Erfahrungen, die die deutsche Partei mit dem Eingreifen der Exekutive in die sogenannten inneren Angelegenheiten gemacht hat. Die Exekutive hat erst in letzter Zeit in Fragen des deutschen Parteikonfliktes eine Entscheidung gefällt, die von beiden Seiten angenommen und durchgeführt wurde. Wir können jetzt bereits erklären, daß die Entscheidung der Exekutive richtig gewesen ist. Sie hat die Konsolidierung der Partei beschleunigt. Wir sind der Ansicht, daß die Internationale auf dem Wege einer stärkeren Zentralisation weiter fortschreiten muß, und wir richten auch den Appell an die Delegierten der skandinavischen Parteien, bei dieser Arbeit zur Schaffung eines wirklichen Generalstabs des Proletariats mitzuhelfen! (Beifall.)

AMTER: Ich bin, wie Bucharin, der Meinung, daß die skandinavischen Genossen und Parteien zu glauben scheinen, sie befänden sich in der Aera vor dem Kriege und seien vom Imperialismus nicht berührt worden. Wir müssen die norwegischen und schwedischen Genossen, die sie unterstützen, fragen: Was für eine Sorte von Partei wünschen Sie für sich selbst? Es ist eigentümlich, daß die Führer der Partei diejenigen sind, die hierher kommen und behaupten, keine zentralisierte Partei haben zu wollen. Es ist nicht weniger sonderbar, daß die schwedische Partei, die doch eine zentralisierte, auf individueller Mitgliedschaft basierende Partei ist, eine Partei unterstützt, die auf ganz anderen Grundlagen aufgebaut ist.

Genosse Falk sagte, daß, wenn die Mitglieder des Exekutivkomitees sich unter der Kontrolle einer bestimmten Gruppe der nationalen Partei befänden, die Führer stark sein würden. In Amerika ist das nicht der Fall gewesen.

Was die imperativen Mandate anbelangt, so ist man sie in Amerika sogar innerhalb der nationalen Organisationen los geworden. Es werden Mitglieder zum Parteikongreß entsandt, um gewisse Tendenzen und Gefühle der von ihnen vertretenen Gruppe zu vertreten, und sie sind verpflichtet, diesem Gesichtspunkt Ausdruck zu verleihen. Dasselbe muß auch mit dem Kongreß der Internationale der Fall sein; aber der Vertreter muß sich von der größeren Erfahrung und den größeren Kenntnissen der Internationale überzeugen lassen. Wenn er ein wahrer Führer ist, so kann er bei seiner Rückkehr seine Parteigenossen von der Notwendigkeit dieser Gesinnungsänderung

überzeugen. Wenn nicht, so ist er kein Führer, und die Mitgliedschaft seiner Organisation wird mit ihm fertig werden können.

Man hat sich darüber beklagt, daß die Mitglieder des Exekutivkomitees jetzt auf dem Kongreß gewählt wurden. Die Komintern ist eine Einheit und muß als Einheit kämpfen können. Wie Genosse Radek sagte, sind die Russen gezwungen worden, die Führung zu übernehmen, weil die Genossen der anderen Parteien bloß als Verbindungsagenten zur Internationale kamen und sich weigerten, die Verantwortlichkeiten der Führung zu übernehmen.

Ferner hat sich die norwegische Partei beklagt, daß sich die Kommunistische Internationale in die inneren Angelegenheiten der Partei mische. Nur dank der entschlossenen Einmischung der Internationale waren die beiden amerikanischen Parteien nach zweijähriger Ueberredung gezwungen, sich zu vereinigen, und dem Zustand der Zwistigkeiten, der in der amerikanischen Bewegung herrschte, ward ein Ende gemacht. Und nur die strenge Forderung der Internationale erreichte es schließlich, obgleich die amerikanische Partei als erste die Initiative ergriffen hatte, daß sie offen hervortrat, was zur Folge hatte, daß wir nun im Jahre 1923 eine konsolidierte Partei besitzen, die eine Einheit darstellt.

Falk scheint der Ansicht zu sein, daß die norwegische Massenpartei nicht in eine kommunistische Partei umgewandelt werden kann. Warum nicht? Darauf fehlt die Antwort. In anderen Ländern ist es gelungen, warum kann es in Norwegen nicht gemacht werden?

Bemerkenswert ist, daß Falk nicht einmal die Festsetzung eines Termins forderte, bis zu welchem die norwegische Partei umgewandelt werden solle. Wir sind für die Einheit der Bewegung, wie wir es im Jahre 1919 waren. Wir brauchen eine zentralisierte Partei, damit sie eine Kampfpartei sein könne.

Jedes Land hat seine Eigentümlichkeiten, genau wie Norwegen sie hat, und Norwegen muß sich anpassen, wie jede andere Partei sich anpassen mußte, um ein Teil der Einheit der Kommunistischen Internationale zu werden.

SCHÜLLER (Jugendinternationale): Die Diskussion scheint mir doch schon einen Schritt weiter gekommen zu sein, denn die norwegischen Genossen ziehen den internationalen Zentralismus als Prinzip nicht mehr in Zweifel. Man spricht zwar davon, daß der internationale Zentralismus überspannt werden könnte, aber bis jetzt hat man davon noch nirgends etwas gemerkt. Gerade die schwedische Partei hat am wenigsten Grund, darüber zu sprechen. Die Kommunistische Internationale hat sich immer streng in den Grenzen, die ihr von dem notwendigen Takt und der Notwendigkeit des Eingreifens gezogen

wurden, gehalten. Dafür sagen aber unsere skandinavischen Genossen jetzt: Jawohl, wir sind für den internationalen Zentralismus, aber den Parteien muß die Regelung aller nationalen Fragen überlassen werden. Damit wären wir glücklich bei dem Organisationsprinzip der II. Internationale angelangt. Für uns darf es keine nationalen und keine internationalen Fragen geben. Alle Fragen der einzelnen Sektionen gehen auch die Internationale an. Es wäre genau so, als wenn man sagte, daß sich eine Parteizentrale nicht darum kümmern solle, was in den einzelnen Ortsgruppen vorgeht. Jedesmal, wenn die Internationale bei irgendeiner Sektion interveniert hat, war es immer in dem Sinne, daß sie die Parole ausgab den Weg zu den Massen zu nehmen. Das tut sie auch heute gegenüber den norwegischen Genossen, indem sie die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung ausgibt. Unsere norwegischen Genossen haben viel über das Verhältnis der kommunistischen Parteien zu den kommunistischen Jugendverbänden gesagt. Es ist sehr peinlich, daß gerade die Genossen, die für die Selbstbestimmung, die Dezentralisation usw hier auftraten, in ihrem eigenen Lande jede politische Regsamkeit der Jugendorganisation unterdrücken wollen. Der IV. Kongreß hat ausgesprochen, daß die kommunistischen Jugendverbände in politisch-zentraler Weise den Parteien untergeordnet seien, d. h., daß sie nicht nur das Recht haben, sondern auch die Pflicht, am Parteileben teilzunehmen, nicht nur individuell, sondern als Organisation. Die norwegischen Genossen haben uns gefragt, ob die Komintern will, daß die Kommunistische Jugend gegen die Partei in Opposition stehen soll. Der norwegische Jugendverband hat bisher keineswegs dauernd gegen die Partei Opposition gemacht, sondern hat nur in Einzelfragen Stellung genommen. Dieses Recht zur Stellungnahme wird die Jugend auch fernerhin in Anspruch nehmen. Gegen eine Redensart der schwedischen Genossen muß ich hier energisch protestieren. Es wurde gesagt, daß die Kommunistische Internationale die Kommunistische Jugend in den skandinavischen Ländern gegen die Parteien hetzt als Freischaren. Dieser militärische Ausdruck erinnert mich sehr stark an Longuet, der seinerzeit von den Pistolen Sinowjews sprach. Longuet ist heute einer der erbittertsten Gegner der Kommunistischen Internationale. Ich kann hier sagen, daß, solange es eine Kommunistische Internationale und kommunistische Jugendverbände gibt, diese nicht nur in Skandinavien, sondern in allen Ländern die Vorkämpfer des Kommunismus sein werden. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, eine Einigung mit unseren skandinavischen Genossen herbeizuführen. Die erste Voraussetzung dafür ist, daß man sich auf die gemeinsame Grundlage begibt, daß die Kommunistische Internationale eine Weltpartei sein muß. (Lebhafter Beifall.)

SCHEFLO (Norwegen): Für die Minderheit der norwegischen Delegation erkläre ich zu den Ausführungen des Genossen Ström über die Gefahr der Spaltung, daß unseres Erachtens eine solche Gefahr nicht besteht. Wir hoffen, daß unsere Fraktion auf dem nächsten Parteitag siegen wird. Wenn aber nicht, so werden wir die Partei doch nicht verlassen. Ich glaube, daß auch Genosse Tranmael eine solche Erklärung abgeben kann.

LÉVY (Frankreich): Wir haben sehr oft von Leuten, die nicht mehr zu unserer Partei gehören, die Einwände erheben hören, die die norwegischen Genossen von dieser Tribüne herab gemacht haben. Sobald die Beschlüsse des IV. Kongresses bekannt geworden waren, traten die Genossen, die sich seitdem Oppositionelle nennen, aus der Partei aus und gründeten eine neue Partei in Opposition zur Internationale; sie haben eine ähnliche Stellung eingenommen wie gewisse skandinavische Delegierte. Wir haben keine Vorstellung von der Haltung, die die norwegischen Genossen einnehmen werden, aber es wäre für die Internationale schmerzlich, wenn die Schwierigkeiten und Erfahrungen einer Sektion einer anderen nicht zum Nutzen gereichen würden.

Der Redner betrachtet nacheinander die Hauptargumente, die von den Oppositionellen vorgebracht werden und die denen der Norweger gleichen. „Die Leitung der Internationale durch die Russen." Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse haben zuerst davon gesprochen. Wir wissen alle, daß die Exekutive unzählige Male die Parteien ersucht hat, ihre verantwortlichsten und fähigsten Kämpfer zu senden. Es gibt aber wohl einen berechtigten Einfluß in der Internationale, das ist der Einfluß jener, die die Revolution gemacht haben. „Die Internationale ist ein Werkzeug in den Händen der russischen Revolution." Trotzki hat dieses armselige Argument bereits erledigt. Die russische Revolution und die Internationale sind unauflöslich verbunden, die Niederlage der ersten würde das Ende der zweiten bedeuten und umgekehrt. — Man hat auch behauptet, die Internationale wolle den nationalen Sektionen eine übertriebene Disziplin aufzwingen. Aber unsere Disziplin ist freiwillig, aktiv, es ist die Disziplin des Handelns nach brüderlicher Besprechung. — Man hat nationale Traditionen vorgeschützt, ganz wie während der französischen Krise. Man hat vom imperativen Mandat der Delegierten gesprochen, als ob die internationalen Kongresse irgendeinen Sinn hätten, wenn man mit bereits unabänderlichen Entschlüssen auf ihnen erschiene. Es ist nur natürlich, daß die Delegierten der Sektionen von ihren Parteien allgemeine Direktiven empfangen, aber es ist notwendig, daß die internationale Erfahrung ihnen Nutzen bringt.

Gleich den Norwegern haben unsere Oppositionellen vorgegeben, die revolutionäre Politik der Partei, die ihren Worten nach durch die Beschlüsse des IV. Kongresses verletzt worden sei, auf den rechten Weg bringen zu wollen. Wir wollen den Wert des Verhaltens unserer norwegischen Genossen in ihrem Lande nicht in Abrede stellen. Aber ein kleiner Umstand gibt uns zu denken: Ihre Zeitung nennt sich noch immer „Sozialdemokrat".

Die Norweger wiederholen heute die gestrigen Argumente der französischen Gegner der Internationale. Unsere Oppositionellen von gestern berufen sich heute auf die Norweger, führen sie als Beispiel an. Somit ist ihr Vorgehen gegen die Internationale gerichtet, selbst wenn sie dessen Folgen bloß auf die Grenzen ihres Landes beschränken wollen. Man darf heute nicht in dieser Weise Nationales und Internationales einander gegenüberstellen.

Unsere Erfahrung muß den norwegischen Genossen zum Nutzen gereichen. Mögen sie das in Betracht ziehen. Noch haben sie Zeit, sich zu besinnen und die Direktiven der Internationale vorbehaltlos anzunehmen. Das liegt in ihrem Interesse und auch in jenem der Internationale.

KUUSINEN (Finnland): Genosse Tranmael wirft in seinen Artikeln der K. I. immer wieder vor, daß sie zwei Mängel der II. Internationale geerbt habe: den Opportunismus und den Zentralismus. Wir wissen, daß die Geschichte der K. I. gerade von Anfang an eine Geschichte des rücksichtslosen Kampfes gegen den Opportunismus gewesen ist. Wenn aber Genosse Tranmael behauptet, daß die Kommunistische Internationale aus der II. Internationale den Zentralismus geerbt habe, so ist diese Behauptung nicht ohne weiteres verständlich. Genosse Tranmael weiß natürlich ganz gut, daß die Leitung der II. Internationale eigentlich nur ein Briefkasten war und daß in der II. Internationale eben eine vollständige Dezentralisation herrschte und noch immer herrscht. Darum glaube ich, daß Genosse Tranmael mit dem Schlagwort Zentralismus etwas anderes bezeichnet, als wir anderen, und das kommt wahrscheinlich eben aus den Traditionen, aus den besten Erfahrungen, die er in der Arbeiterbewegung gemacht hat, nämlich aus seinem Kampfe gegen die alte Gewerkschaftsbürokratie.

In der alten Arbeiterbewegung gab es keinen Zentralismus, es herrschte aber ein gewisser Dualismus zwischen der Bürokratie und dem „Volk". Und dieser Dualismus vererbt sich gewissermaßen auch auf die kommunistische Bewegung. Wenn Genosse Tranmael nur dies meint, so glaube ich, hat er recht, wenn er auf die Möglichkeit

von Gefahren hinweist. Genosse Bucharin hat schon darauf hingewiesen, und in den Thesen des III. Kongresses heißt es:

„Auch die revolutionäre Arbeiterbewegung erbt unvermeidlich diese Tendenz des Formalismus und Dualismus bis zu einem gewissen Grade aus der bürgerlichen Umgebung.

Die Kommunistische Partei soll diese Gegensätze durch systematische, ausdauernde, politische und organisatorische Arbeit und mehrfache Verbesserungen und Revidierungen gründlich überwinden."

In diesen Sätzen, die aus der Feder des Genossen Lenin stammen, ist uns allen die Aufgabe gestellt, gegen diese Tendenzen des Formalismus und Dualismus zu kämpfen. Aber auf welche Weise? Wir sagen, daß wir nach dem demokratischen Zentralismus streben sollen. Vielleicht ist dieser Ausdruck ein wenig unklar, so daß ein Teil der norwegischen Genossen von der Richtung des Genossen Tranmael ihn nicht ganz richtig versteht. Er ist auch nicht ganz adäquat. „Demokratischer Zentralismus." Wenn man die Worte nur buchstäblich nimmt, so könnte man sagen, daß im Staate sogar der Bonapartismus demokratischer Zentralismus ist, eine auf Demokratie gegründete zentralisierte Gewalt. Aber was wir unter demokratischem Zentralismus verstehen, ist eine Verschmelzung, eine Synthese von proletarischer Demokratie und Zentralismus. (Bucharin: Sehr richtig!) Wir meinen in erster Linie eine Zentralisation der revolutionären Tätigkeit und nicht Zentralisation der Macht in der Partei. Wenn man die Zentralisation nur mechanisch auf demokratischer Grundlage durchführen wollte, nur durch die Zentralisation der Macht, so würde man natürlich zu einer Bürokratisierung kommen. Aber wenn man sie erstrebt auf Grundlage der Zentralisation der revolutionären Tätigkeit, dann kann man sagen, daß es auf dieser Grundlage eigentlich keine absoluten Grenzen der Zentralisation gibt. Es gibt nur eine relative Grenze, nämlich so viel Zentralismus, wie die Zweckmäßigkeit der revolutionären Arbeit erfordert, nicht mehr und nicht weniger.

Was den norwegischen und schwedischen Genossen, wenigstens einem Teil von ihnen, einen besonderen Schrecken eingejagt hat, war die Losung der Weltpartei auf dem IV. Kongreß der K. I. Meiner Meinung nach war dies die wichtigste Losung des IV. Kongresses. Sie war eigentlich nicht neu. Wenn sie auch erst auf dem IV. Kongreß klar ausgesprochen wurde, implicite war sie schon da bei der Gründung der K. I. Die norwegischen Genossen dürfen diese Losung nicht so verstehen — ich glaube, sie verstehen sie auch nicht so —

daß wir plötzlich beschlossen haben, eine Weltpartei zu gründen, und jetzt ist sie da. So weit sind wir noch nicht gekommen. Es handelt sich erst um eine Losung, ein Ziel, und wir können nicht begreifen, warum wir nicht nach diesem Ziele streben sollten. Wir können über die einzelnen Schritte, die in den verschiedenen Ländern zur Erreichung dieses Zieles zu machen sind, sprechen, aber von dem Weg zu diesem Ziel können wir keinen Millimeter abweichen. Es muß unser Ziel sein, und in diesem Punkte sollten auch die norwegischen Genossen ihr Einverständnis aussprechen.

Der Aufbau einer Weltpartei ist eine große Aufgabe, und die K. I. hat bisher natürlich erst den Anfang auf diesem Gebiete gemacht. Was die Leitung der K. I. bisher geleistet hat, das ist zum großen Teil eine Geschichte von „Einmischungen in die inneren Angelegenheiten" der verschiedenen Parteien. Zum fünfjährigen Jubiläum der K. I. werden wir wahrscheinlich eine kleine Geschichte dieser Einmischungen schreiben, und ich glaube, es wird im großen und ganzen eine erfreuliche Geschichte sein. Natürlich ist durch die Einmischungen in die Angelegenheiten verschiedener Sektionen nicht immer sofort eine vollständige Zufriedenheit erzielt worden, ja man kann sagen, daß dies sehr selten der Fall war. Aber wir können schon konstatieren, was wir jetzt in mehreren Ländern gesehen haben, daß auch die vielen kleinen Reibungen, wenn sie überwunden waren, zu einem sehr festen und sehr wertvollen Ergebnis sowohl für die Sektionen wie für die Leitung der K. I. geführt haben. Aus der Kampfgemeinschaft zwischen Leitung und Sektionen entsteht eine treue Gemeinschaft, die mehr wert ist, als die stimmungsvolle Unterstützung der K. I., die im Anfang herrschte, als noch die Meinungen in einzelnen Fragen sehr weit auseinander gingen. Die deutschen Genossen haben hier über ihre Erfahrungen in dieser Hinsicht gesprochen. Genosse Smeral sprach in der Kommission über die Erfahrungen der tschechischen Partei. Ein alter Klassenkämpfer aus Polen sprach über die Erfahrungen der polnischen Partei. Er hat besonders darauf hingewiesen, daß es ein Verdienst der russischen Genossen in der Leitung der K. I. gewesen ist, daß die Beziehungen zwischen der internationalen Leitung und den Sektionen sich immer mehr gefestigt haben. Genosse Ewert, der heute über die Erfahrungen der deutschen Partei gesprochen hat, hat darin recht, daß dies nicht ausschließlich von den russischen Erfahrungen kommt. Die Leitung der K. I. ist wohl zum wichtigsten Teil ein Verdienst der russischen Genossen, aber nicht nur, weil sie die russischen Erfahrungen haben, sondern auch deshalb, weil sie breite internationale Erfahrungen besitzen. Wenn wir nur an die Erfahrungen der letzten Jahre denken, die die russischen Genossen in der Leitung der Kommunistischen In-

ternationale gesammelt haben, so ist das ein wirklicher Reichtum von internationalen Erfahrungen, und diese ihre Erfahrungen werden uns effektiv helfen können, immer bessere und festere Beziehungen mit den Sektionen zustande zu bringen. Vielleicht das glänzendste Beispiel aus der jüngsten Zeit ist der Erfolg der letzten Einmischung der Exekutive in die inneren Angelegenheiten der amerikanischen Partei. Genosse Amter hat darüber schon gesprochen. Er erwähnte aber nicht, daß er selbst in diesem Parteistreit zu der Richtung gehörte, die hier nach dem IV. Kongreß eine völlige Niederlage erlitt. Von um so größerer Bedeutung ist es daher, wenn er jetzt hier auftritt und sagt, daß dieser Beschluß der internationalen Leitung richtig war. Ich kann dies um so eher sagen, weil gerade ich in dieser Frage große Bedenken hatte und für ein schlechtes Kompromiß war, um die guten Beziehungen mit der Sektion aufrecht zu erhalten.

Gewiß sind die Verhältnisse in den skandinavischen Ländern etwas eigenartig. Wie Genosse Bucharin dargelegt hat, ist es klar, daß die Verhältnisse dort andere sein müssen, weil dort kein Krieg und keine revolutionären Kämpfe waren. Aber Genosse Bucharin hat schon darauf hingewiesen, daß durch diese Verschiedenheit der Umstände nur ein anderer Ausgangspunkt in der Bewegung, ein anderes Niveau in der Entwicklung motiviert wird, nicht eine andere Richtung der Entwicklung und nicht ein Verharren bei dem jetzigen Ausgangspunkt oder bei der bisherigen Tradition. Dies sollten auch die norwegischen und die schwedischen Genossen zugeben. Ich meinerseits würde nicht sehr viel Gewicht auf die einzelnen opportunistischen Aeußerungen legen, die man in der norwegischen und schwedischen Presse finden kann, sogar dann nicht, wenn sie die Religionsfreiheit in der Partei verteidigen, und ich wäre eher dagegen, daß wir über diesen besonderen Fall eine Verurteilung in der Resolution aussprechen. Einer, der viele skandinavische Pressestimmen durchgelesen hat, schluckt solche Artikel sehr resigniert. Das ist teilweise motiviert durch das andere Niveau der revolutionären Entwicklung dort. Ich würde sagen, die skandinavischen Genossen haben — im Vergleich zu den anderen Sektionen — ein gewisses kleines „Recht" auf Entgleisungen.... Ich würde sagen, daß diese Entgleisungen dort Mücken sind, die Elefanten sind anderswo zu suchen.

Wo? Die norwegischen Genossen sagen: Die Exekutive führt in Norwegen eine Politik, die dort eine Massenpartei unmöglich machen wird. Das ist nicht wahr. Wie steht die Sache? Zwar besteht eine Massenpartei in Norwegen, aber, Genosse Tranmael, denken Sie etwas tiefer: ist eine wirkliche kommunistische Massenpartei da? Genosse Radek hat schon während seines Aufenthaltes in Norwegen hierher geschrieben, daß damals vor dem Parteikongreß über-

raschend wenig Mitglieder auf den Versammlungen waren, in denen die wichtigsten Fragen der Partei zur Entscheidung standen. Eine unerwartet dünne Schicht der Parteimitglieder hat an diesen Versammlungen teilgenommen, nur eine dünne Schicht der Parteimitglieder ist überhaupt aktiv. Das ist ein schlechtes Zeichen, das bedeutet, daß Ihr die Massenpartei zum großen Teil erst auf dem Papier habt und daß Ihr diese Massenpartei erst aus der jetzigen Partei entwickeln müßt. Darum handelt es sich eben. Ich gebe zu, daß Genosse Tranmael sehr viel Gewicht auf die kommunistische Parteitätigkeit der Mitglieder legt. Daß er besonders die kommunistischen Zellen, und in erster Linie diese, entwickeln will; das ist gute Arbeit. Aber wenn da eine Partei ist, in der sogar die Ortsgruppen noch fehlen und die Bezirksorganisationen noch so unentwickelt sind, — die meisten Bezirksleitungen sind noch nicht geboren —, so müßt Ihr, norwegische Genossen, denken, daß außer der Zellenbildung noch eine Steigerung der Aktivität der Partei in jeder Hinsicht notwendig ist. Sogar die Bauern sollt Ihr in das Fahrwasser der Kommunistischen Partei bringen.

Genosse Tranmael fordert, wenigstens unbewußt, Garantien gegen die Gefahren des Opportunismus in Norwegen. In dieser Hinsicht, glaube ich, hat er teilweise eine gesunde Furcht. Aber er sollte sehen, daß die Garantien in der internationalen Leitung vorhanden sind. Genosse Bucharin hat darauf hingewiesen, daß gewisse Garantien auch im ganzen Charakter der gegenwärtigen Periode liegen. Sie sind sogar in der Haltung der norwegischen Bourgeoisie vorhanden. Die Bourgeoisie rüstet sich zum gewaltsamen Kampf gegen das norwegische Proletariat. Das ist auch eine gewisse Garantie gegen den Opportunismus des alten Strategen Scheflo.

In Schweden ist die Partei kleiner. Dort ist der Anfang schwieriger, weil dort noch eine große sozialdemokratische Partei vorhanden ist. Der industrielle Kapitalismus ist in Schweden älter, aber dadurch ist auch eine Schwierigkeit dort eingewurzelt, die Ideologie einer sehr breiten Schicht der Arbeiter-Aristokratie. Und die Ueberwindung dieser Ideologie bildet die größte Schwierigkeit für die schwedischen Genossen.

Ich würde mit beiden Händen unterschreiben, was Genosse Ström gesagt hat: sie sollen sich in Schweden von den Massen nicht isolieren. Das ist richtig. Aber sie können das auch nicht, weil sie noch nicht die richtige Verbindung mit den großen Massen gefunden haben. Diese müssen sie erst finden. In vielen gewerkschaftlichen Verbänden gibt es zwar schon eine revolutionär-oppositionelle Bewegung. Und ich will nicht sagen, daß dies kein Verdienst der kommunistischen Genossen wäre. Aber ich glaube, die schwedische

Parteileitung hat nicht alles getan, was sie tun sollte, um eben diese revolutionäre oppositionelle Bewegung in den Gewerkschaften großzuziehen.

Genosse Ström sprach über die Spaltungsgefahr. Ich glaube, sie ist in Schweden nur minimal, und ich kann Ihnen versichern, daß die Kommunistische Internationale niemals diese Gefahr vergrößern wird, wie sie das auch in Norwegen nicht getan hat. Das muß auch Genosse Tranmael bestätigen. Was geschah nach dem Beschlusse im Dezember 1921, als Sie selbst schon zwischen der Kommunistischen Internationale und einer internationalen Parteilosigkeit schwebten? Nach diesem Zwischenfall hat ja eigentlich die Kommunistische Internationale durch ihren Vertreter, Genossen Radek, die Parteieinheit in Norwegen wieder gerettet. Aus allen Beispielen aus der Tätigkeit der Kommunistischen Internationale geht hervor, daß wir immer die streitenden Richtungen vereinigen wollten. Nicht immer ist das gelungen. Es gibt auch dafür ein paar Beispiele, wir hoffen aber, daß wir in diesen Fällen noch Erfolg haben werden.

Nicht gut ist das Verhältnis der schwedischen Genossen zum Jugendbund. In dieser Hinsicht muß ich besonders dem Genossen Höglund folgendes sagen: Ich wünschte, daß er, der ehemalige Führer des Jugendverbandes und Bahnbrecher auf diesem Gebiete in Schweden, seiner Tradition so treu wäre, wie Genosse Tranmael in Norwegen seinen Traditionen treu ist. Genosse Höglund sollte sich wieder mit dem Jugendverband verbünden. Ohne den Jugendverband kann man nicht den Sieg erringen, das ist sicher. Höglund sagte in der Kommission, daß in dem Jugendverband nur Greise seien. Genosse Höglund, wenn Sie diese blühenden Jungen Greise nennen, was sind w i r dann? (Heiterkeit.) Ich bezweifle, ob wir dann überhaupt noch zu den Lebendigen gehören.

In Norwegen sind die Elemente der kommenden, wirklichen Kommunistischen Partei schon im Rahmen der jetzigen Arbeiterpartei zu finden. In Schweden ist es aber etwas schwieriger. Dort sind die Elemente der Kommunistischen Partei teilweise noch außerhalb des Rahmens Ihrer gegenwärtigen Partei. Natürlich, Eure Partei, so wie sie jetzt besteht, ist noch nicht die Partei, die die siegreiche soziale Revolution durchführen wird. Sie muß noch sehr viele Arbeiter gewinnen, z. B. aus den Reihen der gegenwärtigen Syndikalisten. Es gibt dort viele revolutionäre Arbeiter, die Ihr noch heranziehen müßt. Es sind auch viele revolutionäre Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften, die Eurer Partei noch nicht angehören. In den nächsten Jahren müßt Ihr alles tun, um diese Arbeiter für die Kommunistische Partei zu gewinnen.

Skandinavische Genossen, ich wollte nur darauf hinweisen, daß Ihr wirklich große Aufgaben in Euren inneren Angelegenheiten zu erfüllen habt. Ihr habt die Lage mißverstanden, als Ihr hierher kamt und meintet, daß die Kommunistische Internationale jetzt eine andere Richtung einschlagen soll. Ihr selbst steht jetzt — ich möchte das besonders den Genossen Höglund und Tranmael persönlich sagen — am Scheidewege. Ihr müßt eine etwas andere Richtung nehmen, einen, wenn auch nur einen kleinen, Ruck zur Kommunistischen Internationale machen, dann wird es ganz gut gehen. Also Genosse Tranmael, geben Sie Ihrem Streitgenossen, dem alten Strategen Scheflo und dem jungen Jugendführer Furubottn die Hand und sagen Sie: Laßt uns zusammen die Kommunistische Partei Norwegens aufbauen, gemeinsam die Kapitalisten aufs Haupt schlagen. (Lebhafter Beifall.)

HÖGLUND (Schweden): Es ist richtig, daß wir, wie Gen. Kuusinen sagt, noch keine Massenpartei in Schweden sind, aber unser Einfluß unter der Arbeiterschaft wächst. Wir haben hier nicht versucht, der Exekutive unseren Willen aufzuzwingen. Wir haben nur eine ausführliche Motivierung unserer Stellung gegeben. Wir sind und waren schon immer für den demokratischen Zentralismus. Die Frage ist nur, wie und in welchem Tempo er am besten angewendet werden soll, und wie man die Gefahr des Ueberzentralismus und der Bürokratie vermeiden kann. Die Exekutive muß die skandinavische Frage mit größerer Sorgfalt als bisher behandeln. Ich muß dagegen protestieren, daß uns Gen. Bucharin wegen eines Artikels als Pazifisten hinstellt. Anläßlich der schwedisch-norwegischen Verwicklungen im Jahre 1905 haben wir schon die Parole für den Generalstreik und den bewaffneten Aufstand ausgegeben. Dasselbe geschah im Jahre 1916, was auch Gen. Bucharin bezeugen kann, da er zu jener Zeit in Schweden lebte. Wir vertreten nicht den Standpunkt der friedlichen Entwicklung, den auch die Richtung Tranmael in Norwegen nicht vertritt, aber wir leben in einer anderen Phase der Entwicklung und es wäre lächerlich, heute in Skandinavien die Parole der Bewaffnung des Proletariats auszugeben. Da die Verschärfung des Zentralismus Ansprüche an die Exekutive stellen würde, die sie nicht erfüllen kann, werden wir eine solche Verschärfung ablehnen.

KORITSCHONER (Oesterreich): Mit steigendem Mißbehagen haben wir, die wir aus der Zimmerwalder Linken hervorgegangen sind, zu deren Mitbegründern der schwedische Jugendverband gehört, die Entwicklung in den skandinavischen Ländern gesehen. Die Art und Weise, wie der Vertreter der norwegischen Partei, Gen. Falk, hier aufgetreten ist, erschien mir direkt wie eine Provokation.

Die Kommunistische Internationale bildet eine untrennbare Einheit, an der wir entschieden festzuhalten haben. Manchen Genossen mag in dieser oder jener Situation manches, was die Exekutive getan hat, unzweckmäßig erschienen sein. Deswegen müssen wir trachten, den Zentralismus auszugestalten, um eine schlagfertige Internationale der Tat zu werden. Eine föderative Gliederung unserer Internationale würde uns kampfunfähig machen gegenüber der Konzentrierung der Kräfte, die nunmehr von opportunistischer Seite begonnen hat. Es ist notwendig, den skandinavischen Genossen ihre Pflicht gegen die Arbeiter Mittel- und Westeuropas in Erinnerung zu bringen. Jeder Schritt, den sie gegen die Kommunistische Internationale unternehmen, jede Lockerung des zentralistischen Gefüges hindert uns in unserem schweren Kampfe auf dem exponierten Posten gegen das Weltkapital und gegen den internationalen Reformismus. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die Masse der skandinavischen Arbeiter und ihre Führer einsehen werden, daß sie als Teil einer internationalen Weltbewegung auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen haben.

RADEK: Die Frage des demokratischen Zentralismus hat für die K. I. jetzt eine noch weit größere Bedeutung, als in der Epoche der Offensive des Proletariats. Im Kampfe sehen wir klar die unbedingte Notwendigkeit der Zentralisation unserer Kräfte. Sie drängt sich uns gewissermaßen von selbst auf. Jetzt befinden wir uns in einer Uebergangszeit. Daher ist die Herausbildung einer zentralen internationalen Leitung, die straffe Zentralisation unserer internationalen Organisation weit schwieriger. In allen Fällen, in denen es die Exekutive für notwendig befunden hat, in die sogenannten inneren Parteiangelegenheiten einzugreifen, handelte es sich niemals um geringfügige, lokale Dinge, sondern immer um Fragen, die zugleich von internationaler Bedeutung waren. Während meines Aufenthaltes in Norwegen habe ich die feste Ueberzeugung gewonnen, daß die Partei dort gut vorwärts marschieren kann. Mag die Richtung, die gegenwärtig rücksichtslos für die Beschlüsse der Internationale eintritt, nun stark oder schwach sein, eines ist sicher, daß an dem Tage, an dem wir den Kampf aufnehmen würden unter der Losung: „Mit der Internationale oder gegen sie?" auch das Schicksal unserer Gegner besiegelt sein würde. Sie würden zweifellos geschlagen werden. Was ich fürchte, ist nur, daß wir bei diesem Kampfe Genossen verlieren könnten, die wir nicht verlieren wollen. So ist z. B. Gen. Tranmael nicht eine Person, sondern ein Stück der norwegischen Arbeiterbewegung selbst, und darin liegt auch der Grund unserer großen Zuvorkommenheit und Geduld. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß wir mit den norwegischen Genossen nicht nur zu einem modus vivendi kommen,

sondern daß sie sich auch von der Richtigkeit unserer Taktik überzeugen werden. Wir werden auch gegen die Gruppe „Mot Dag" nichts einwenden, wenn sie revolutionäre, kommunistische Arbeit unter den Intellektuellen leisten will, statt die Partei mit dem Reformismus zu bedrohen. Was das Verhältnis der schwedischen Parteileitung zur kommunistischen Jugend und das Verhältnis von Jugend und Partei in Norwegen betrifft, so ist die oppositionelle Stellung der kommunistischen Jugend ein bedenkliches Symptom für die Partei. In der kommunistischen Jugend haben wir die eifrigsten und überzeugtesten Anhänger des Kommunismus, und wenn diese in Opposition zur Parteileitung stehen, so ist das schon ein Beweis für die Schwäche und die Mängel ihrer Politik. Zum Schluß: von den allgemeinen Richtlinien der Kommunistischen Internationale können wir uns nichts abhandeln lassen, weil sie kein Handelsobjekt sind. In jedem einzelnen Falle läßt sich eine konkrete Uebereinkunft über die Anwendung unserer Prinzipien finden. Wegen des Mehr oder Minder wird niemals mit der Exekutive ein Konflikt entstehen können. Doch über die allgemeinen Bedürfnisse unserer revolutionären Bewegung müssen wir uns vollständig klar sein, und wir müssen mit aller Kraft darauf hinarbeiten, diesen zu entsprechen. (Beifall.)

URBANI gibt namens der Italienischen Delegation folgende Erklärung ab: Man hat versucht, in den italienischen Kommunisten Verbündete gegen den Zentralismus zu sehen. Wir müssen ein solches komisches Bündnis unbedingt ablehnen. Die italienische Partei und ihr Führer Bordiga haben die entschiedenste Befolgung der Beschlüsse über den Zentralismus gefordert. Die italienischen Jugendverbände widersetzten sich gleichfalls den Behauptungen der Skandinavier: wenn die K. P. I. bei dieser Gelegenheit überhaupt in Betracht kommt, so nur als Anhänger und nicht als Gegner des Zentralismus. (Lebhafter Beifall.)

STEWART (England): Die norwegischen Genossen erklärten, daß sie auf keine Aenderung des Standpunktes der Internationale in der Frage des Zentralismus hoffen. Da haben sie recht, denn welcher Art ihre Erwartungen auch gewesen sein mögen, so war es doch klar, daß die Internationale nicht die geringste Absicht hat, auch nur einen Zoll von der demokratischen Zentralisation aufzugeben.

Als ich in der Kommission den Gen. Falk fragte, welchen Grad von Zentralisation die norwegische Partei annehmen würde, lief seine Antwort praktisch darauf hinaus, daß überhaupt keine Zentralisation zulässig sei.

Jede Partei, die gegen die sog. Einmischung der Exekutive war, mußte mit der Zeit zugeben, daß diese Einmischung von wohltätiger

Wirkung war. Redner spricht im Namen einer Partei, die ein ziemlich erhebliches, drastisches Eingreifen erwartet.

Erwarten etwa die norwegischen Genossen, daß ihre Bourgeoisie ihnen eine hübsche, kleine skandinavische Revolution gestatten wird, die mit den Eigenheiten ihrer nationalen Lage im Einklang steht?

Die demokratische Zentralisation wurde zu dem Zwecke beschlossen, um die Fehler der früheren Internationale zu vermeiden, und der Beweis ihres wohltätigen Einflusses ist das Anwachsen der Macht der III. Internationale im Gegensatz zum abnehmenden Einfluß der übrigen Internationalen.

STRÖM (Schweden): Ich muß einige Bemerkungen, die in der Debatte gefallen sind, richtigstellen. Wir glauben nicht, daß der Klassenkampf in Skandinavien ein Idyll sein wird und Gen. Bucharin weiß das aus Erfahrung, denn er hat doch auch in einem schwedischen Gefängnis gesessen. Genosse Ewert hat mich mißverstanden, wenn er meinte, ich sei gegen den Zentralismus. Wir stehen auf dem Boden des Zentralismus, aber in ganz speziellen Fragen lokaler Natur müssen wir besondere Bewegungsfreiheit haben. Es ist auch nicht richtig, daß es unsere Ansicht sei, in der Leitung der Kommunistischen Internationale säßen zu viel Russen. Ich sage: ganz im Gegenteil! Gott sei Dank, daß die russischen Genossen so viel Einfluß in der Internationale haben. Gen. Schüller muß ich antworten, daß wir nicht im mindesten gegen die Diskussionsfreiheit in unseren Jugendverbänden sind, aber was wir nicht dulden können, ist, daß sich aus dem Jugendverband eine Fraktion gegen die Partei entwickelt. Gen. Radek nennt es ein bedenkliches Zeichen, daß der Jugendverband gegen die Partei opponiert. Ich möchte einmal wissen, welche Partei noch niemals eine Opposition seitens ihrer Jugend erlebt hat. Aber es gibt viele Tendenzen, vor denen man auf der Hut sein muß.

FALK (Norwegen): Gen. Stewart hat die schon oft erhobene Anklage wiederholt, daß die norwegische Partei keinerlei Form von Zentralisation wünsche, sondern für volle Freiheit der Partei, jeder Lokalorganisation und jedes Mitgliedes eintrete. Das ist nicht richtig. Sie verlangt eine straffe Zentralisation, sowohl für die Partei, wie für die Mitglieder. Diesbezüglich besteht keine Meinungsverschiedenheit. Es handelt sich nur darum, auf welche Weise diese Zentralisation zu verwirklichen ist.

In Schweden und Dänemark sind die Parteien klein. In Norwegen umfaßt die Kommunistische Partei die großen Massen der Arbeiterschaft. Nun handelt es sich um die Frage, wie die Partei als Massenpartei erhalten werden soll. Die Lebensverhältnisse der Ar-

heiter sind in Norwegen von denen in Schweden und Dänemark nicht verschieden, und es besteht daher die Gefahr, daß man, wenn die Taktik der Parteien dieser Länder befolgt wird, die gleichen Resultate wie in Schweden und Dänemark erreicht.

Die norwegische Partei machte vor ihrem Anschluß an die III. Internationale gewisse Vorbehalte, um die Partei als eine Massenpartei der Arbeiterschaft zu erhalten. Ein unvorsichtiges Vorgehen könnte zur Zerstörung der Partei als Massenpartei führen.

Solche Deklarationen wie die von Scheflo tragen weder zum Zusammenschluß noch zur Spaltung der Partei bei. Dafür sind die täglichen Maßnahmen der Partei entscheidend. Als Antwort auf die Erklärung Scheflos wünscht die Mehrheit der norwegischen Delegierten zu erklären, daß die auf dem norwegischen Parteitag einstimmig angenommene Resolution über die Beziehungen zwischen der Internationale und der Partei von der Voraussetzung ausging, daß der Kampf zwischen beiden beendet ist. Die Mehrheit der Partei hat die Resolution loyal befolgt, der Kampf wurde aber auf dem Kongreß wieder aufgenommen, und es ist nun unmöglich, die Folgen davon vorauszusehen. Jedenfalls wurde die Lage viel schwieriger, als sie früher war.

Die Mehrheit der norwegischen Partei wünscht die Erweiterte Exekutive auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß, wenn die norwegische Partei als Massenpartei erhalten werden soll, die Autorität der Exekutive nicht so angewendet werden darf, wie es im vergangenen Jahre geschehen ist.

FLYG (Schweden): Gen. Ström hat behauptet, die schwedische Partei sei stark zentralisiert und die Statuten seien auch für die Jugend bindend, denn sie seien unter Mitwirkung von Vertretern der Jugend zustande gekommen. Er sagt, wir hätten schon genug innere Streitigkeiten in der Partei durchgemacht, und die Partei würde es nicht dulden, daß der Jugendverband sich zu einer Partei in der Partei entwickelt. Dem stimmen wir vollkommen bei. Gewiß, wir haben viel innere Streitigkeiten gehabt, aber warum sind sie entstanden? Nur weil Höglund und Ström immer behauptet haben, sie seien für die Beschlüsse des E.K., könnten sie aber im Augenblick nicht in die Praxis umsetzen. Ich glaube, daß diese Sitzung der Erweiterten Exekutive dazu beitragen wird, daß bessere Verhältnisse in der Partei eintreten, so daß wir in Schweden und in ganz Skandinavien mit vereinten Kräften gute Arbeit für die gemeinsame Sache leisten können. Ich schließe mich den Worten des Gen. Radek an, daß, wenn die Partei nicht gegen die Kommunistische Internationale auftritt, sie auch auf die Mitarbeit und Unterstützung der Kommunistischen Jugend rechnen kann.

BUCHARIN (Schlußwort): Der Punkt der Tagesordnung über den demokratischen Zentralismus sollte zu einer Aussprache mit den skandinavischen Genossen werden. Daß es eine Aussprache gegen die skandinavischen Genossen wurde, ist nicht unsere Schuld. Gen. Falk hat erklärt, er gehe auf die theoretische Seite dieser Frage nicht ein. Das geschah nicht zufällig, sondern Gen. Falk fehlten die Gegenargumente. Zuerst ergriffen die skandinavischen Genossen die Offensive. Als sie sahen, daß fast die ganze Internationale gegen sie war, begaben sie sich in die Defensive.

Gen. Höglund sagt: wir sind unschuldig und fordern nur ein wenig mehr Aufmerksamkeit für die skandinavischen Fragen. Damit sind wir einverstanden, aber wir müssen die skandinavischen Genossen schon bitten, auch der gesamten Internationale etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. In der Aussprache haben die Vertreter fast aller Parteien bestätigt, daß die Exekutive, was die Einmischung in nationale Fragen betrifft, fast überall richtig gehandelt hat. Warum haben unsere skandinavischen Genossen nicht auch darüber gesprochen? Selbst wenn man sagen könnte, daß wir in Skandinavien Fehler gemacht hätten, so müssen wir doch die Gesamtbilanz ziehen. Die Aussprache hier hat bewiesen, daß die Exekutive der K. I. die Bewegung des Weltproletariats im ganzen geleitet hat, und das ist doch das Entscheidende. Warum soll unsere Führung, die in allen Ländern anerkanntermaßen gut gewesen ist, gerade in Skandinavien schlecht gewesen sein? Ich glaube kaum, daß hier die Schuld die Exekutive trifft, sondern auf seiten der anderen zu suchen ist.

Gen. Falk hat in seiner letzten Rede auf die Reservationen aufmerksam gemacht, mit denen die norwegische Partei zur Internationale gekommen ist. Ich glaube, diese Reservationen sind schuld an der heutigen Situation und an der Isoliertheit der norwegischen Partei. Gen. Höglund manövriert allzu gern, aber nicht immer geschickt. Gen. Ström sagt, er erkenne den zentralistischen Standpunkt an, Höglund dagegen verteidigt den Standpunkt der norwegischen Genossen, der im krassesten Widerspruch dazu steht.

Man macht mir den Vorwurf, daß ich Karikaturen zeichne. Aber jede Karikatur ist doch die Verkörperung des Typischen eines Objekts. Ich habe gewisse opportunistische Tendenzen aufgezeigt. Haben wir Argumente dagegen gehört? Die Genossen polemisieren mit dem Gespenst der Spaltung, aber wer will die Spaltung? Man wirft uns vor, wir wollten die Autorität dieses oder jenes Genossen untergraben. Gerade das Gegenteil ist wahr. Durch ihr Verhalten untergraben die Genossen selbst ihre Autorität. Die Genossen beschuldigen mich, ich hätte einzelne Sätze eines Artikels von Höglund aus dem Zusammenhang gerissen und die spezifische Situation, in der

sie geschrieben wurden, nicht erklärt. Ein französisches Sprichwort sagt: „tout comprendre, c'est tout pardonner" (alles begreifen, heißt alles verzeihen). Aber das gilt nicht für uns Marxisten. Gen. Höglund sagte ferner, es sei dumm, die Bewaffnung in Norwegen und Schweden durchzuführen. Das nenne ich eine Verdrehung. Als ich mit Tranmael über diese Frage polemisierte, habe ich ihm nicht den Vorwurf gemacht, daß sie die Parole der Bewaffnung nicht aufstellten, sondern ich habe gegen die antimilitaristische Ideologie, die Tranmael anwandte, polemisiert. Das will Höglund nicht verstehen. Ström sagt, ich müßte doch genau wissen, daß in Schweden keine idyllischen Zustände herrschen, denn ich habe selbst in einem schwedischen Gefängnis gesessen. Wenn man aber die Ereignisse in Zentraleuropa, im Ruhrgebiet, in Jugoslawien, in Italien, in Ungarn und jetzt in Bulgarien zum Vergleich heranzieht, so bestehen — und das behaupte ich immer noch — in Skandinavien idyllische Zustände. Gen. Ström behauptet, die schwedische Partei sei für den Zentralismus. Jawohl, Sie sind für den Zentralismus, aber nach norwegischem Muster, mit einer so starken Reservation, daß sie im kritischen Moment eine andere Richtung unterstützen. Gen. Falk sagte, meine Feststellung, daß es sich jetzt darum handle, zu entscheiden, ob die verschiedenen, speziellen Züge der norwegischen Partei zu überwinden oder zu konservieren seien, sei ganz richtig. In seiner zweiten Rede dagegen sagt Falk, daß er über diese Frage von unserer Seite nur Hohn gehört habe. Was ist richtig? Was sollen nun die spezifischen Züge der norwegischen Partei sein? Er sagt, die Partei sei eine Massenpartei, aber haben wir denn nicht noch andere Massenparteien? Sind die deutsche, die tschechoslowakische und die russische Partei etwa keine Massenorganisationen? Das ist also nicht das Spezifische. Das Spezifische besteht darin, daß sich die norwegische Partei mit einer Reservation an die Internationale angeschlossen hat. Und das ist das Schlechte, das überwunden werden muß. Gen. Falk behauptet, daß durch die jetzige Diskussion der Fraktionskampf in der norwegischen Partei von neuem entfacht würde. Kein ernsthafter Mensch kann doch dagegen protestieren, daß hier in der Exekutive über solche Fragen gesprochen wird? Wir müssen doch den Standpunkt der norwegischen und schwedischen Genossen und der Exekutive allen unseren Bruderparteien klarmachen. Man hat hier viel über den Kadavergehorsam in der russischen Partei gesprochen. Ich rate unseren skandinavischen Genossen, unsere Partei ein wenig besser zu studieren. Ich weiß nicht, ob den norwegischen Genossen unsere Fabrikzellen bekannt sind. In manchen Fabriken bestehen diese Zellen nur aus fünf bis sechs Genossen, aber selbst diese kleinsten Einheiten beschäftigen sich mit allen politischen Fragen, und in keiner

Partei ist das Parteileben so rege wie in unserer Partei. Disziplin ist bei uns kein Kadavergehorsam, sondern die Geschlossenheit im Handeln.

Wir können nicht behaupten, daß wir nie Fehler machen, und wir sind nicht dagegen, daß man uns kritisiert; im Gegenteil, wenn man uns nachweist, daß wir einen Fehler begangen haben, dann wollen wir ihn mit Ihrer Hilfe korrigieren. Wir können hier behaupten, daß wir eine möglichst rasche Versöhnung zwischen der Exekutive und der norwegischen Partei wünschen, deshalb werden wir in der Kommission den Genossen, so weit als möglich, entgegenkommen. Aber wir halten es für unsere Pflicht, jedes ernste Symptom des Abweichens vom Standpunkt der Kommunistischen Internationale zu kritisieren. Unsere Aufgabe ist es, in der Kommission das Möglichste zu tun, um nach dieser Exekutivsitzung im Kampfe gegen die Bourgeoisie gemeinsam zu marschieren. (Beifall.)

Schluß der Sitzung 12 Uhr 40 Minuten.

ELFTE SITZUNG

19. Juni 1923.

Die Gewerkschaftsfrage.

Redner: Gallacher, Losowsky, Böttcher, Walcher.

GALLACHER eröffnet die Sitzung nach 12 Uhr.

LOSOWSKY: Die Zersetzung des Reformismus in der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat schon vor langem begonnen und nach der Gründung der Kommunistischen Internationale weitere Fortschritte gemacht. Aus dem Kampfwillen der Arbeiterklasse ist die von der K. I. und der R. G. I. formulierte Parole der Einheitsfront entstanden.

Die Organisatoren des Friedenskongresses im Haag ahnten nicht, daß diese große Manifestation sie tief diskreditieren würde. Aber drei Wochen später hat die Ruhrokkupation die Unfähigkeit und Zwiespältigkeit der Leiter der reformistischen Internationalen aufgedeckt. Als der Augenblick zur Verwirklichung ihrer Resolutionen gekommen war, erwiesen sie sich unfähig dazu. Seitdem haben die Arbeitermassen begonnen, den Ernst der internationalen Lage besser zu begreifen. Die Märzkonferenz in Frankfurt spiegelte schon einen entschiedenen Umschwung wider. Man sah dort sozialdemokratische und unabhängige Fraktionen, die die Einheitsfront mit der Bourgeoisie vorzogen. Im Rahmen der Amsterdamer Internationale bildete sich, ohne daß es ihre Leiter bemerkt hätten, eine einflußreiche Linke. Die reformistischen Führer glaubten die Lage in Hamburg zu retten. Der wesentliche Inhalt des Hamburger Kongresses ist sehr gut in dem Satz der Eröffnungsrede des deutschen Sozialdemokraten Wels ausgedrückt: „Je stärker wir gegen den Kommunismus sein werden, um so stärker werden wir gegen die Reaktion sein."

Aber ihre Tagung war noch nicht beendet, als auf der internationalen Konferenz der Transportarbeiter schon mit voller Klarheit der unter den Reformisten selbst eingetretene Umschwung zutage trat.

Wenn es wahr ist, daß unsere Einheitsfronttaktik uns den Zutritt zu den Massenorganisationen erschlossen hat, so folgt daraus, daß alle kommunistischen Parteien diese Taktik weiter entwickeln und vervollkommnen müssen. Schon die Konferenz der Transportarbeiter hat der Einheitsfront ein sehr praktisches Aktionsprogramm gegeben. Sie hat beschlossen, ein internationales Komitee der Transportarbeiter für den Kampf gegen Faszismus und Kriegsgefahr zu schaffen, in den Häfen, an den Grenzstellen und den Eisenbahnknotenpunkten Kontrollkommissionen für den Transport von Kriegsmaterial zu bilden, einen bewaffneten Widerstand gegen den Faszismus vorzubereiten, schließlich, einen internationalen Kongreß der Transportarbeiter einzuberufen, an dem alle interessierten Gewerkschaften sich beteiligen sollen. Wir sehen somit, daß die Bildung der Einheitsfront der erste Schritt zur Wiederherstellung der Gewerkschaftsbewegung ist.

Wenn die reformistischen Führer mit uns in Verhandlungen über die Einheitsfront treten, stellen sie uns unannehmbare Bedingungen und verlangen vor allem das Einstellen unserer Polemik, als ob wir diese zum Vergnügen führten. Auch in gewissen kommunistischen Kreisen scheint man der Meinung zu sein, daß die Einheitsfront einen Waffenstillstand mit den Reformisten bedeutet. Nichts kann unrichtiger sein. Sie bedeutet nur in der Aktion einen Waffenstillstand, und zwar nur solange, wie die Reformisten wirksam der Sache des Proletariats dienen.

Die Konferenz der Transportarbeiter hat gezeigt, auf welche Weise ein Uebereinkommen zwischen den revolutionären Gewerkschaftern und der Amsterdamer Linken möglich ist.

Wenn ich von dieser Linken spreche, so sehe ich ab von den erklärten Anhängern der R. G. I., die den Amsterdamer Organisationen angehören. Ich spreche von der Linken, die sich im reformistischen Teil der Amsterdamer Internationale gebildet hat und mit ihr durch die gemeinsame Ideologie und Praxis verbunden ist, aber allmählich ihre ganze Politik revidiert. Auf der Transportarbeiterkonferenz hat sich deutlich gezeigt, daß die Linke die Amsterdamer Internationale retten will, indem sie versucht, sie auf den Klassenstandpunkt zu drängen. Diese Fraktion ist sich vollkommen klar darüber, daß der Weg, auf dem sich die Amsterdamer Internationale bisher bewegt hat, zum Ruin führt, daß diese Internationale bankrott ist, daß sie auf Widersprüchen aufgebaut ist und daß die Zusammenarbeit der Klassen, auf denen sie basiert, alle Mißerfolge der Arbeiterbewegung verschuldet hat. Es war nicht leicht, mit dieser Linken eine gemeinsame Plattform zu finden. Es gab Meinungsverschiedenheiten, besonders über die Taktik der Kommunisten in den Gewerkschaften.

Die Deutschen und die Franzosen versuchten uns Verhaltungsmaßnahmen für unser weiteres Verhalten in den Gewerkschaften aufzuzwingen, aber als wir unsere eigenen Vorschläge formuliert hatten, mußten sie ihre Stellung aufgeben und den Kampf gegen das erzielte Uebereinkommen in ihre eigenen Organisationen tragen. Die Abmachung ist auf der folgenden Plattform zustande gekommen:

1. Sowjetrußland ist der Mittelpunkt des proletarischen Widerstandes gegen die Weltreaktion, und der Sturz der Sowjetmacht wäre ein tötlicher Schlag für die internationale Arbeiterbewegung;

2. Kampf gegen die Kriegsgefahr durch eine Aktion der Massen, den Generalstreik mit eingeschlossen;

3. Schaffung eines paritätischen internationalen Komitees für Propaganda und Aktion gegen Krieg und Faszismus;

4. Ständige Kontrolle der Kriegsmaterialtransporte;

5. Einberufung eines Weltkongresses der Transportarbeiter zur Wiederherstellung der nationalen und internationalen Einheit;

6. Gemeinsame Abwehr durch die Transportarbeiter aller vom Faszismus erfaßten Länder, gemeinsamer Hilfsfonds;

7. Gemeinsamer Aufruf der internationalen Föderation der Transportarbeiter und der russischen Gewerkschaften an die Eisenbahner und Seeleute aller Länder;

8. Unausgesetzte Propaganda gegen den Faszismus, der die Waffe der Bourgeoisie ist;

9. Ausnützung der Parlamentstribüne zum Kampf gegen den Faszismus;

10. Bewaffneter Widerstand gegen den Faszismus;

11. Ueberwachung der faszistischen Transporte und Truppenverschiebungen;

12. Zu diesem Zwecke ist der Kontakt und die Zusammenarbeit mit allen interessierten Arbeiterorganisationen zu schaffen;

13. Stärkung der Transportarbeiter gegenüber reaktionären Einflüssen;

14. Anerkennung der Notwendigkeit der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit, Aufforderung aller internationalen und nationalen Organisationen zur Befolgung des Beispiels der Transportarbeiter;

15. Anerkennung des Prinzips, daß die gemeinsame Aktion nur auf Grundlage des Klassenkampfes möglich ist.

Die Abmachung wurde dadurch möglich gemacht, daß die Leiter der internationalen Föderation der Transportarbeiter sich überzeugt

haben, daß, falls sie wirklich gegen die Bourgeoisie kämpfen wollen, dies nur in einer Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern möglich ist.

Die reformistischen deutschen Führer sind natürlich bestrebt, die Durchführung dieser Resolutionen zu vereiteln. Der französische Delegierte Bidegarrey macht das gleiche in Frankreich. Er ist aber auf den Widerstand seiner eigenen Anhänger gestoßen. Rivelli vom Seeleute-Verband hat sich in einem „Mit Fimmen!" überschriebenen Artikel für die Berliner Resolutionen erklärt. Die Amsterdamer Internationale hat in einer äußerst elastischen Resolution erklärt, daß sie durch die Berliner Abmachungen nicht gebunden sei. Wir sehen in ihrer Mäßigung ein Zeichen der Furcht. Sie fürchtet sich, ihre Linke anzugreifen. Sie möchte wohl die Beschlüsse der Konferenz der Transportarbeiter vereiteln, kann aber nicht offen vorgehen. Wir haben, um die Einheitsfront zustande zu bringen, eine große Mäßigung bekundet. Es ist jetzt notwendig, daß die Plattform der Transportarbeiter von der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung angenommen wird.

Wir stoßen in diesem Kampf auf zwei Hindernisse: den Widerstand der reformistischen Spalter und den der Revolutionäre, die in den gezwungenerweise geschaffenen unabhängigen Gruppen bleiben möchten. Wir sind der Meinung, daß die Kampagne für die Einheit überall vorwärtsgetrieben werden muß. In Frankreich haben unsere Genossen die richtige Haltung eingenommen. In der Tschechoslowakei aber hat der revolutionäre Gewerkschaftsbund nicht systematisch gearbeitet. Das war ein Fehler.

Die Betriebsräte sind gleichzeitig ein Produkt und eine Waffe der Revolution. Sie werden stark, wenn diese stärker wird, schwach, wenn diese schwächer wird. Um das zu erkennen, braucht man nur Aufschwung und Rückgang der Betriebsräte in England, in der Tschechoslowakei, in Oesterreich und in Deutschland zu untersuchen. In der jetzt einsetzenden Periode einer intensiven Tätigkeit muß in den Betriebsräten zur Steigerung ihrer Tätigkeit und in den Betrieben zur Schaffung von Betriebsräten eine energische Arbeit geleistet werden. Manche Genossen denken daran, die Gewerkschaften durch die Betriebsräte zu ersetzen. Nach unserer Meinung werden die Betriebsräte die Grundlage der Gewerkschaften bilden. Dafür spricht die Erfahrung der russischen Revolution.

Das grundlegende Prinzip der Gewerkschaftsbewegung besteht in der Organisation auf Klassen- und nicht auf nationaler Grundlage. Wir sind entschieden gegen jede Teilung der Gewerkschaften nach dem nationalen Prinzip, noch mehr als gegen eine Teilung

nach dem politischen Prinzip. In dieser Beziehung stehen wir bedeutenden Schwierigkeiten gegenüber.

In der Tschechoslowakei bestehen zwei Organisationen der Textilarbeiter, eine deutsche und eine tschechische. Die tschechische Föderation der landwirtschaftlichen Arbeiter befindet sich seit langem in einem Konflikt mit der gleichen slowakischen Föderation. Beide Föderationen sind revolutionär. Und doch organisieren die slowakischen Kommunisten eine neue autonome Föderation! Gewiß können nationalen Vorurteilen keinerlei Zugeständnisse gemacht werden; die rechtmäßigen Ansprüche der Arbeiter, die im Rahmen der großen gemeinsamen Organisationen ihre eigenen Organisationen haben wollen, sind aber mit solchen Zugeständnissen nicht zu verwechseln.

Bis zum Ende des Krieges gab es in Frankreich keine nationale Frage. Gegenwärtig hat Frankreich in Elsaß-Lothringen und im Saargebiet 2 Millionen Deutsche, die nach den Prinzipien der deutschen Gewerkschaften organisiert sind. Die elsaß-lothringischen Arbeiter sind ein Bindeglied zwischen dem deutschen und dem französischen Proletariat. Es ist klar, daß in allen sozialen Konflikten der Mechanismus des französischen bürgerlichen Staates mit einer verzehnfachten Kraft auf ihnen lasten und die französische Bourgeoisie bestrebt sein wird, eine Stütze im nationalen Geist der französischen Arbeiter zu finden. Die Kommunistische Partei und die C. G. T. U. müssen in der Lage sein, das Proletariat der östlichen Gebiete Frankreichs wirksam zu unterstützen und müssen jedenfalls das größte Interesse für dieses bekunden.

Unsere Partei und unsere Gewerkschaften haben für die Gewerkschaftsbewegung in den Kolonien viel zu wenig geleistet. Während die englischen Trade-Unions und die Labour Party sich geschickt nach Indien einschleichen, um dort eine Führerrolle zu spielen, hat unsere englische Kommunistische Partei in diesem Sinne nichts unternommen. Es ist aber klar, daß wir nicht siegen werden, solange wir die englischen Arbeiter nicht zur Aktivität und zur Initiative bringen.

Die Frage der Beziehungen zwischen Angehörigen der R. G. I., die in verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind, ist in fast allen Ländern aktuell. In gewissen Ländern, z. B. in Frankreich, hat sich die Spaltung auf der ganzen Linie vollzogen, und dort macht sich die Frage der Beziehungen zwischen revolutionären Gewerkschaften und Minderheiten noch nicht geltend, weil fast alle mit den revolutionären Gewerkschaften sympathisierenden Elemente aus der reformistischen C. G. T. ausgetreten sind. Aber Frankreich hat in dieser Beziehung immer eine Ausnahmestellung eingenommen. In der

jüngsten Zeit macht sich übrigens in der reformistischen C. G. T. eine oppositionelle Strömung bemerkbar.

In Spanien gibt es zwei parallele Konföderationen: eine reformistische und eine revolutionäre. Erstere hat einzelne revolutionäre Gruppen ausgeschlossen, wodurch eine große praktische Frage aufgerollt wurde: sollen die aus dem „Arbeiterbund" Ausgeschlossenen in die Nationale Konföderation eintreten? Unsere spanischen Genossen aus der R. G. I. erklärten sich mit Recht für ein solches Vorgehen, während unsere Genossen aus der spanischen Kommunistischen Partei die Bildung von neuen autonomen Gruppen befürworteten. Man muß für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen kämpfen, wenn wir aber zwei parallele gewerkschaftliche Zentralorganisationen haben, so wäre ein isoliertes Bestehen autonomer Gewerkschaften alles weniger denn zweckmäßig.

In der Tschechoslowakei hat die Opposition einen großen Einfluß in der reformistischen Gewerkschaftsföderation, und es wäre toll, besondere Gewerkschaften oder auch nur Sektionen in der bestehenden Föderation zu gründen. Aber da wird die Frage der Koordination der Aktion aller Revolutionäre unabhängig von der Organisation, der sie angehören, zur Tagesfrage. Es besteht eine Tendenz, alle oppositionellen Elemente den reformistischen Gewerkschaften wegzunehmen und sie möglichst rasch der Einheitsorganisation zuzuführen: aber diese Taktik könnte nur üble Ergebnisse zeitigen, und wir müssen ihr energisch entgegentreten. In Deutschland haben wir in den freien Gewerkschaften machtvolle Kaders von Anhängern der R. G. I. und der K. I. Hier ist die Aufrechterhaltung der für ihre Wiederaufnahme kämpfenden ausgeschlossenen Gewerkschaften viel wichtiger, als es ihre organisatorische Vereinigung mit dem Verband der Hand- und Kopfarbeiter wäre. In Amerika dauert der Kampf zwischen dem Bund für Gewerkschaftsbildung (Trade-Unions Educational League) und den kleinen unabhängigen Gewerkschaften an. Das Verdienst der Liga besteht darin, daß sie die unglückliche Sitte der Schaffung von parallelen gewerkschaftlichen Organisationen überwunden hat. Sie leistet eine kolossale Arbeit. Das beste Mittel für sie besteht in der Bildung von Aktionskomitees und von Verständigungsausschüssen für die Organisation gemeinsamer Aktionen verschiedener Gruppen.

Wichtig ist mit einem Wort, daß wir die oppositionelle Bewegung überall zusammenfassen, den Spaltungen ein Ende machen und im Wege der Einheit der revolutionären Bewegung zur Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung kommen. Es muß hervorgehoben werden, wie groß der Irrtum jener Genossen gewesen ist, die die R. G. I. liquidieren wollten. Die Erfolge der R. G. I. sind gegenwärtig zweifel-

los. Trotzdem sehen wir noch immer, daß verschiedene Sektionen der K. I. nicht in das richtige Verhältnis zur R. G. I. kommen können. Da haben wir vor allem die Haltung der englischen K. P. in der Gewerkschaftsfrage. Diese Partei widmet dieser Frage zu wenig Aufmerksamkeit und erleichtert nicht die Arbeit des englischen Büros der R. G. I. In Norwegen dreht man sich seit drei Jahren ergebnislos um die Frage des Anschlusses an die R. G. I. Wir waren ziemlich lange Zeit der Meinung, daß unsere norwegischen Genossen im wesentlichen mit uns einverstanden sind und ihren formellen Anschluß nur aus taktischen Gründen hinausschieben. Dem ist aber, wie es scheint, nicht so. Sie haben Amsterdam verlassen, sie wollten aber zur bevorstehenden Tagung des Generalrates der R. G. I. nicht einmal in der Eigenschaft eines Informators einen Delegierten entsenden. Das bedeutet, daß die Norwegische Arbeiterpartei sich nach rückwärts entwickelt. Wir bekunden die größte Sorge für die Einheit. Als in Holland bei einem Referendum die Anhänger der R. G. I. 7300 Stimmen und ihre Gegner 6400 Stimmen erhielten, haben wir dem holländischen Sekretariat geraten, der R. G. I. nicht beizutreten, um keine Spaltung herbeizuführen. Wäre aber etwa die Einheit der norwegischen Gewerkschaften gefährdet worden, wenn sich gegenwärtig ein Delegierter der norwegischen Gewerkschaften in Moskau befände? Es muß entschieden erklärt werden, daß die Norwegische Arbeiterpartei einen großen Fehler begeht, wenn sie nicht systematisch für die R. G. I. arbeitet.

Im allgemeinen steht fest, daß die R. G. I. zu einer Macht geworden ist. Es muß aber betont werden, daß die von den kommunistischen Parteien in der Gewerkschaftsbewegung erreichten Erfolge bei weitem nicht den Kräfteverhältnissen in der Arbeiterbewegung entsprechen. Man kann im allgemeinen sagen, daß die kommunistischen Parteien in der Gewerkschaftsbewegung keine genügende Aktivität entfalten. Jeder Kommunist muß wissen, daß unsere wichtigste und unmittelbarste Aufgabe in der Eroberung der Gewerkschaften besteht.

Die Aussichten sind glänzend. Der Zusammenbruch der reformistischen Internationalen führt dazu, daß die gesamte internationale Arbeiterbewegung der K. I. und der R. G. I. zustrebt. Es werden nicht mehr als einige Jahre vergehen, und die Reformisten werden aus ihren letzten Stellungen herausgeworfen sein. Darum heißt es: arbeiten, arbeiten und immer wieder arbeiten! (Beifall.)

Vorsitzender BÖTTCHER teilt mit, daß der in Minsk tagende Kongreß des Allweißrussischen Land- und Waldarbeiterverbandes, der über 80 000 landwirtschaftliche Arbeiter vertritt, ein Begrüßungstelegramm geschickt hat. Weiter sind Telegramme eingelaufen von

einer 2000köpfigen Bergarbeiterversammlung im Roten Don-Bassin und von der internationalen Konferenz der I. A. H. in Berlin.

Als zweiter Berichterstatter ergreift hierauf das Wort WALCHER: Die meisten Sektionen der Kommunistischen Internationale haben die Wichtigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften zwar anerkannt, aber zwischen der Anerkennung und der Anwendung dieser Grundsätze besteht leider noch sehr oft eine tiefe Kluft. Wir sehen, daß heute in der Tschechoslowakei, wo eine große kommunistische Partei existiert, fast noch keine Fraktionen in den Gewerkschaften vorhanden sind, und mir scheint, daß die verschiedenen Differenzen auf gewerkschaftlichem Gebiet undenkbar wären, wenn wir dort Fraktionen in den Gewerkschaften hätten, die ein Band der Einigung bilden würden. Noch ernster ist die Lage in England. Die Genossen berichten, daß wir bei verschiedenen Gelegenheiten einen starken Einfluß haben, daß sie die Majorität ganzer Bezirke auf ihrer Seite hatten, daß aber dieser Zustrom ebenso schnell verebbt, wie er kommt. Unsere Genossen erklären das damit, daß die Partei zu schwach sei, den Zustrom zu halten. In Amerika, wo die Liga unter der Leitung Fosters etwa 2 Millionen Arbeiter ideologisch beeinflußt, läßt die Bildung der kommunistischen Fraktionen, trotz der Fortschritte, die in der letzten Zeit gemacht wurden, noch viel zu wünschen übrig. In Frankreich besteht der alte Uebelstand, daß die Partei viel zu wenig Einfluß auf die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter hat. Die Lage in den skandinavischen Ländern hat Genosse Kuusinen gestern kurz angedeutet. Es kommen sehr viel Berichte über die Parteiarbeit, aber selten etwas über die Tätigkeit in den Gewerkschaften. Es ist unbedingt notwendig, daß die kommunistischen Parteien stärker als bisher die Arbeiter in den Gewerkschaften von unten auf beeinflussen. Dazu zwingt uns schon der Umschwung, der jetzt in der Amsterdamer Internationale einsetzt. Wir müssen kommunistische Fraktionen auch dort bilden, wo die Leitung schon in unseren Händen ist. Dort wird die Fraktion eben eine Stütze dieser Leitung sein. Leider ist das bis heute noch sehr selten der Fall. Vorläufig sind unsere Fraktionen genötigt, immer noch als Kontrollorgane für diese Leitungen aufzutreten. Der Mangel an Fraktionsarbeit wird damit begründet, daß nicht genügend Kräfte vorhanden seien. Ich glaube, es wäre viel richtiger, zu sagen, daß wir durch diese Arbeit Kräfte gewinnen. Wir müssen um die Eroberung der Gewerkschaften kämpfen nicht nur, um die Reformisten aus dem Felde zu schlagen, sondern auch um uns die nötigen organisatorischen und technischen Fähigkeiten zu erwerben.

Wie richtig es ist, daß nur im Kampfe um die Gewerkschaften unsere Genossen sich die erforderlichen Eigenschaften erwerben wer-

den, lehrt uns ein Blick auf die russische Partei. Die Tatsache, daß diese alle anderen Parteien bei weitem überragt, ist doch eine einfache Folge der Tatsache, daß die ganze Partei, jedes einzelne ihrer Mitglieder für die Revolution ihre Kräfte stählten und sich zu Revolutionären mit allen notwendigen Tugenden entwickelten.

In Deutschland geht man jetzt daran, die Partei, wo es möglich ist, nach russischem Muster zu organisieren. Es werden Betriebszellen aufgebaut, die sich um die Politisierung der Betriebe kümmern müssen. Diese Fraktionen werden örtlich nach Verbänden zusammengefaßt. Es hat sich als notwendig erwiesen, diese örtliche Zusammenfassung auch auf die Bezirke und weiter auszudehnen. Die Verbandsfraktionen werden zu einem sog. Ortskartell zusammengefaßt, das alle 14 Tage zusammentritt, um zu den allgemeinen Fragen Stellung zu nehmen. Darüber hinaus werden sie bezirksweise, endlich über das ganze Reich zusammengefaßt. Jede Parteileitung muß einen Genossen haben, der speziell für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften verantwortlich ist. Wo die Mittel vorhanden sind, soll womöglich ein Genosse für diese Arbeit angestellt werden. In Deutschland hat es sich herausgestellt, daß der Beschluß des vorigen Kongresses der Profintern, besondere Oppositionsbeiträge zu erheben, nicht zweckmäßig war, da er den Reformisten Gelegenheit gab, gegen unsere Genossen einzuschreiten. Wir erheben deswegen jetzt von den Parteimitgliedern einen besonderen Beitrag für die Arbeit in den Gewerkschaften, der von den kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen kassiert werden muß. Das hat den großen Vorteil, daß unsere Genossen in den Gewerkschaften eine genaue Registrierung der in der Partei Organisierten erhalten. Die Fraktionen dürfen nicht nur auf dem Papier stehen; die Partei muß imstande sein, im gewerkschaftlichen Kampfe mit ihrer Hilfe die breiten Massen zu führen. Dazu ist es notwendig, daß wir den Genossen mit Material an die Hand gehen. Das kann geschehen durch Rundschreiben oder, noch besser, durch persönliche Briefe an die verantwortlichen Genossen, ferner durch Flugschriften, endlich durch separate Organe der oppositionellen Gewerkschafter, wie sie in einigen Ländern schon bestehen. Auch die kommunistische Presse muß angehalten werden, den Gewerkschaftsfragen den nötigen Raum zu widmen. Ferner müssen unsere Genossen in regelmäßigen Zeitabschnitten zu Besprechungen zusammenberufen werden. Die deutsche Partei hat außerdem einen Genossen angestellt, der im ganzen Reiche Kurse abhalten muß für Gewerkschaftsfunktionäre. In der Parteischule ist ein besonderer Teil des Programms der Gewerkschaftsfrage gewidmet.

Wir müssen darauf sehen, daß das Verhältnis zwischen der Partei und der Gewerkschaft klargestellt wird, damit uns allerhand Kon-

flikte erspart bleiben. Der Parteidisziplin sind nur die kommunistischen Fraktionen unterstellt, nicht aber die Gewerkschaften als solche. Nur durch die dauernde Arbeit der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften kann und soll die Partei einen solchen Stand der Dinge erreichen, daß die Gewerkschaft als Ganzes den Ratschlägen der Partei folgt.

Es ist notwendig, daß alle Sektionen der Komintern ihren Mitgliedern die Pflicht auferlegen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Wir müssen versuchen, in alle Unterabteilungen der Gewerkschaften einzudringen, besonders in die Frauensektionen und die Jugendsektionen.

Um die Arbeit der deutschen Partei in den Gewerkschaften zu schildern, will ich nur 2 Verbände anführen. Der Bauarbeiterverband hat in 749 Zahlstellen ungefähr 551 000 Mitglieder. Wir haben 525 kommunistische Fraktionen in dem Verband. In 65 Ortsgruppen mit zusammen 67 200 Mitgliedern haben wir eine kommunistische Mehrheit; ebenso stark wie die Amsterdamer sind wir in 230 Ortsgruppen mit 331 000 Mitgliedern. Organisatorisch von uns beeinflußt werden ungefähr 260 000 Mitglieder. Der Metallarbeiterverband zählt 1 600 000 Mitglieder in 750 Zahlstellen, von denen viele ganz unbedeutend sind und nur deshalb als eigene Zahlstellen errichtet wurden, weil sie von den großen Industriezentren zu weit entfernt sind. Die Zahl unserer Fraktionen beläuft sich auf etwa 500; 81 Verwaltungsstellen haben eine kommunistische Mehrheit, darunter ganz große, wie Stuttgart, Halle, Merseburg, Jena, Suhl, Essen, Solingen, Remscheid usw. mit zusammen 260 000 Mitgliedern. In 26 Zahlstellen mit etwa 500 000 Mitgliedern sind wir ebenso stark wie die Amsterdamer. Wir können sagen, daß etwa 720 000 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes von uns organisatorisch beeinflußt werden. Ohne diese Zahlen wäre auch die Konferenz in Friedrichshafen nicht so günstig ausgegangen, wie es tatsächlich der Fall war. Es wäre den Reformisten sehr schwer gefallen, das Ansuchen des russischen Metallarbeiterverbandes um Aufnahme in die Internationale abzuschlagen, und auf der anderen Seite einen stockreaktionären amerikanischen Verband aufzunehmen. Sie mußten sich daher zur Aufnahme des russischen Metallarbeiterverbandes bequemen. Der Sekretär Ilg stellte noch die Bedingung, daß unsere russischen Genossen in allen Ländern, wo eine gewerkschaftliche Spaltung existiert, dafür sorgen müßten, daß es zur Wiedervereinigung komme. Das ist schon lange das Ziel der Roten Gewerkschaftsinternationale gewesen, aber sie ist bei diesem Versuch immer wieder abgewiesen worden. Das war besonders in Frankreich der Fall.

Im ganzen haben wir in Deutschland gegenwärtig 2688 kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften; 494 Zahlstellen haben eine kommunistische Mehrheit; in 731 Zahlstellen sind wir ebenso stark wie die Amsterdamer und in weiteren 4348 Zahlstellen bilden wir eine nur sehr geringe Minorität. Auf Grund unserer Fraktionen beeinflussen wir organisatorisch etwa 2 433 000 Mitglieder. Wir sind auf dem besten Wege, die Gewerkschaften im organisatorischen Sinne zu erobern. Aber wir haben noch eine Riesenarbeit zu leisten. Leider sind die Reformisten in Deutschland noch sehr stark, und ihre Stärke liegt besonders in den Gewerkschaften. Trotzdem liegt kein Anlaß vor, pessimistisch zu sein. Wir dürfen uns nicht vorstellen, daß die Eroberung der Gewerkschaften sich so vollziehen wird, daß wir erst bezirksweise, dann länderweise, schließlich im ganzen Reich die Mehrheit bekommen. Sie wird sich vielmehr so vollziehen, daß wir überall in den Gewerkschaften durch die Fraktionen unsere Stützpunkte schaffen, die sich das Vertrauen der Masse erobern, so daß diese dann, wenn die Massen in Bewegung kommen, der Führung unserer Fraktionen folgen und nicht mehr der der Reformisten. Das hat sich bei dem letzten Ruhrkampf schon herausgestellt. In Dortmund, einer der bisherigen Hochburgen des Reformismus, wurden bei diesem Streik die Reformisten radikal ausgeschaltet. Das ist typisch für die Wandlung, die sich in den tiefen Schichten des Proletariats jetzt vollzieht.

Wenn wir es erreichen, daß unsere Sektionen der Kleinarbeit in den Gewerkschaften größere Aufmerksamkeit widmen als bisher, dann werden wir die großen Massen für uns gewinnen, die Reformisten entscheidend schlagen und das Proletariat dem Siege entgegenführen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Genosse Böttcher teilt noch mit, daß eine Gewerkschaftskommission eingesetzt worden ist, deren Mitglieder die Genossen Johnson (Amerika), Rosmer (Frankreich), Gramsci (Italien), Zapotocki (Tschechoslowakei), Gallacher (England), Tranmael (Norwegen) und Schüller (Jugendverband) sind.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

ZWÖLFTE SITZUNG

20. Juni 1923.

Die Gewerkschaftsfrage. (Schluß) — Der Kampf gegen den Faszismus.

Redner: Urbani, Wieser, Zapotocky, Gallacher, Katayama, Johnson, Meschtscherjakow, Losowsky, Zetkin.

Böttcher eröffnet die Sitzung um dreiviertel 12 Uhr.

URBANI (Italien): Man sieht, daß der Kongreß der Transportarbeiter in Berlin für die Kommunisten eine neue Aktionsära eröffnet. Redner glaubt jedoch bemerken zu müssen, daß die getroffene Vereinbarung auch den Opportunisten große Möglichkeiten biete.

Die Skandinavier haben Amsterdam verlassen, sind aber nicht nach Moskau gekommen. Die Opportunisten können noch schlimmer handeln. Sie können sagen: „Wir sind mit Moskau in Fühlung getreten, und das hat die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Folge. Also brauchen die vom Aktionsdrang beseelten Arbeiter Amsterdam gar nicht zu verlassen. Mögen sie hier bleiben, für die künftige Einheit arbeiten und Amsterdam von innen heraus erobern." Um gewisse Opportunisten zu verhindern, sich solcher Argumente zu bedienen, muß die Erweiterte Exekutive den in den Gewerkschaften tätigen Kommunisten das einfache Losungswort geben: Nach Moskau!

Losowsky hat gezeigt, daß die Arbeit in der Fabrik und Werkstatt der vorbereitenden Revolutionsperiode angehört. Die italienische Erfahrung lehrt, daß sie auch der Reaktionsperiode angehört. In Italien, wo die Gewerkschaftsorganisationen vernichtet sind, werden die Faszisten in den Betrieben immer von neuem besiegt. Im Monat April waren sie während der Betriebskomiteewahlen regelmäßig in der Minderheit, selbst in den Städten, in denen das Proletariat ihren Körperschaften einverleibt ist.

Diese Feststellung gestattete der Kommunistischen Partei Italiens zeitweilig jene Arbeitsplattform aufzustellen, in der es hieß, man müsse, während man die Reorganisation der Gewerkschaften vorbereite, das Proletariat um die Betriebs- und Werkstattkomitees sammeln und die Bemühungen der letzteren im Einklang mit einem nationalen Plan koordinieren, da man auf diesem Boden die Einheit erzielen, die reformistischen Massen und selbst die Leitung der reformistischen C. G. T. erobern könne.

Die italienische Delegation akzeptiert vollständig die Vorschläge des Genossen Losowsky.

WIESER (Schweiz): Die Schweizer Delegation ist mit den Ausführungen der Genossen Losowsky und Walcher über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit vollkommen einverstanden. In unserer Arbeit auf dem Gebiete der Fraktionsbildung, die wir seit 2 Jahren energisch durchführen, haben wir es auch so weit gebracht, daß in allen wichtigsten Orten und Berufsverbänden Fraktionen bestehen. Es ist uns nur noch nicht gelungen, die Fraktionen zentral zusammenzufassen, und zwar infolge von Schwierigkeiten, die in der Schwäche unseres Organisationsapparates liegen. In der Resolution Losowsky-Walcher über die Gewerkschaftsfrage halten wir den Absatz vom großen Umschwung in der reformistischen Gewerkschaftsbewegung für übertrieben. Die Resolution Walcher-Losowsky könnte bei den Arbeitern Illusionen über die wirkliche Sachlage erwecken. Für die Schweiz trifft das besonders deshalb zu, weil der Vorstandsvertreter des Metallarbeiterverbandes Ilg, der auf der Friedrichshafener Konferenz mit den Vertretern der russischen Metallarbeiter die Resolution gegen die Spaltungsbestrebungen unterschrieben hat, in der Schweiz selbst der schärfste Spaltungspolitiker ist. Im Schweizer Metallarbeiterverband ist unser Einfluß sehr groß, wie überhaupt in den Schweizer Gewerkschaften. Als wir es durchgesetzt hatten, einen Untersuchungsausschuß zur Verhütung der Spaltung einzusetzen, und als dieser unter unserem Druck entsprechende Beschlüsse gegen die Spaltung faßte, war es von allen Gewerkschaftsleitungen gerade die der Metallarbeiter unter Führung Ilgs, die es ablehnte, diese Beschlüsse durchzuführen. Wir bitten also, diesen Passus in der Gewerkschaftsresolution genauer zu formulieren. Die Arbeitslosenfrage ist gegenwärtig in der Schweiz sehr akut. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist auch infolgedessen stark zurückgegangen. Durch unsere klare Haltung in der Arbeitslosenfrage gelang es uns, größere Erfolge zu erzielen. Im Mai 1922 waren wir auf dem Gewerkschaftskongreß noch eine kleine Minorität, im Februar 1923 nahm eine Gewerkschaftskonferenz zur Arbeitslosenfrage mit großer

Mehrheit alle unsere Anträge an. Wir bitten, in der Resolution auch die Arbeitslosenfrage schärfer zu fassen.

ZAPOTOCKY (Tschechoslowakei): Die Verhältnisse auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei sind nicht minder kompliziert als auf dem Gebiete der Politik. Eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung hat hier niemals existiert. Es bestanden selbständige, national getrennte Amsterdamer Gewerkschaften und außerdem die nationalistischen und christlichsozialen Verbände. Der Kampf der K. P. Tsch. um die Revolutionierung der Gewerkschaften in den Amsterdamer Gewerkschaftszentralen hat in der tschechischen und deutschen Bewegung ein verschiedenes Tempo. Das war die hauptsächlichste Ursache dafür, daß aus den zwei Amsterdamer Verbänden zwei selbständige Rote Textilarbeitersektionen entstanden. Um das zu verhindern, hätte man zuerst die Parole der Verschmelzung der tschechischen und der deutschen Amsterdamer Organisationen ausgeben, und erst dann — also in der einheitlichen Amsterdamer Gewerkschaftsorganisation — den Kampf für den Uebertritt zur R. G. I. aufnehmen müssen.

Die zweite Schwierigkeit war die Verschiedenheit der Anschauungen über die Organisationsformen des Einheitsverbandes, unter welcher Parole die in der Tschechoslowakei aus den Amsterdamer Zentralen ausgeschlossenen Verbände und Gruppen gesammelt wurden. Daß hierbei keine nationalen Strömungen mitspielten, ist daraus ersichtlich, daß diese Differenzen auch zwischen Führern einiger tschechischer Roter Verbände und der Führung des Einheitsverbandes bestehen. Der V. A. der K. P. Tsch. hat die Existenz der zwei Roten Textilarbeiterverbände nicht gutgeheißen, sondern eine Vermittlerrolle gewählt. Es wurde beschlossen, die endgültige Regelung dieser Frage der Tagung der erweiterten R. G. I. zu überlassen. Auch dem Entstehen des slowakischen Landarbeiterverbandes kann man unmöglich nationale Gründe unterstellen. Infolge der taktischen Fehler der Führung des von uns eroberten Landarbeiterverbandes in der Slowakei entstand eine Strömung nicht für die Autonomie, sondern für den Anschluß an den Einheitsverband. Das hätte die Spaltung des bestehenden Landarbeiterverbandes bedeutet, und deshalb lehnte der V. A. der K. P. Tsch. die Forderungen der slowakischen Genossen ab und beauftragte sie, mit dem Landarbeiterverband zu verhandeln. Der Sekretär der Landarbeitergruppe in der Slowakei, Mihalus, wandte sich an das Mitteleurop. Büro der R. G. I. in Berlin, und dort soll ihm die Bewilligung zur Schaffung eines autonomen Verbandes gegeben worden sein.

Von uns war der autonome Landarbeiterverband der Slowakei liquidiert und die slowakischen Landarbeitergruppen dem Internationalen Verband angeschlossen, denn auch der Landarbeiterverband hat inzwischen auf seinem Kongreß beschlossen, eine Sektion des Einheitsverbandes zu werden. Die Berufung des Vertreters des liquidierten Verbandes nach Moskau hat die zentrifugalen Bestrebungen einzelner wieder gestärkt, von welchen einige — wie sich herausstellte — offensichtlich in fremdem Dienste arbeiteten.

Genosse Losowsky hat ausgeführt, die Einheitsfront sei ungenügend durchgeführt worden. Auf dem letzten internationalen Kongreß hingegen wurde konstatiert, daß die Aktion für die Einheitsfront in der Tschechoslowakei musterhaft geführt worden sei. Der V. A. der K. P. Tsch. hat keine Gelegenheit versäumt, die Parole der Einheitsfront auszugeben, und die R. G. I.-Verbände haben in allen diesen Fällen die Aktionen der Partei voll unterstützt. Es ist wahr, daß die Fraktionsarbeit bei uns bisher noch nicht in vollkommenem Maße entwickelt ist und vielfach durch das Vertrauensmännersystem ersetzt wird.

GALLACHER (Großbritannien) sagt, daß, nach der Rede des Genossen Losowsky zu schließen, in nächster Zukunft große Umwälzungen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu erwarten sind.

Die Zeit der Amsterdamer Internationale ist vorüber. Sie stützte sich auf eine zufriedene Arbeiterklasse und kümmerte sich mehr darum, was sie nicht tun sollte, als darum, was sie tun sollte. Aber sogar in England, wo Kompromisse zu den Traditionen der Gewerkschaften gehören und die Führer sich bemühen, jede Anspielung auf den Klassenkampf zu unterdrücken, wuchs unter den Massen langsam der Wunsch nach internationaler Aktion. Was die Arbeiterklasse brauchte, waren konkrete Forderungen, die ihr eingegeben werden mußten, um ihre Aufmerksamkeit auf die internationale Bewegung der Arbeiterklasse zu lenken.

Losowskys Schilderung der Lage in England war unrichtig. Die Partei verlangte nicht, mit aller Arbeit in den Gewerkschaften betraut zu werden; sie verlangte nur die Kontrolle über die Arbeit, die in den Gewerkschaften entweder durch das Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale oder durch ähnliche Körperschaften geleistet wurde. In dieser Angelegenheit ist es zwischen dem Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Partei zu einer Verständigung gekommen. Es bedarf einer kommunistischen Zelle in jeder Gewerkschaftsabteilung, um der Partei Mitglieder zu werben; als Teil einer größeren Gewerkschaftsorganisation jedoch würde sie die Ge-

schäfte des Büros führen und versuchen, die Arbeitermassen der Profintern zuzuführen. Die Meinung, daß die Partei sich ausschließlich auf politische Arbeit beschränken solle, war absurd.

Redner leugnet auch, daß die Aenderung des Namens des Parteiorgans aus „Der Kommunist" in „Arbeiterwochenblatt" ein Versuch sei, die Tätigkeit des Büros zu durchkreuzen. Diese Aenderung entsprach einer Aenderung in der Parteiorganisation. Man wollte, daß die Partei zur Massenpartei werde und das Blatt zu einem Blatt der Massen.

KATAYAMA (Japan) vermißt in der Rede des Genossen Losowsky jede Erwähnung des Fernen Ostens, während doch die Arbeit unter den Arbeitern und Bauern des Fernen Ostens von großer Wichtigkeit sei. Die chinesischen Arbeiter gehören zu den unterdrücktesten der Welt, denn sie leiden nicht nur unter dem Druck der eigenen, sondern auch der ausländischen Kapitalisten. Doch die rückständigen und schlechtorganisierten chinesischen Arbeiter beginnen den Kampf gegen ihre Unterdrücker aufzunehmen. Besonders notwendig ist es, die chinesischen Transportarbeiter zu organisieren. In Japan ist die Lage der Arbeiterorganisationen eine jämmerliche. Die kapitalistische Offensive vernichtet die Gewerkschaften. Es herrscht große Arbeitslosigkeit, außerdem helfen die Faszisten, die Arbeiterbewegung niederhalten. Doch wächst der Einfluß der Gewerkschaftsbewegung selbst unter den Bauern.

JOHNSON (Canada) hebt hervor, daß Anzeichen eines allgemeinen Erwachens der amerikanischen Arbeiterbewegung vorhanden sind, und als ein Beispiel führt er die große Unterstützung an, die dem Gewerkschafts-Erziehungsverbande und seiner Kampagne für die Vereinigung zuteil wird. Die gelbe Sozialistische Partei war gezwungen worden, mit Samuel Gompers und den anderen Reaktionären ein Bündnis zu schließen. Dieses Bündnis zwischen Hillquit, Berger und Gompers bezweckte die Bekämpfung aller radikalen Tendenzen, einschließlich des Versuches der Vereinigung. Im übrigen machte man nicht den geringsten Versuch, die eigenen baufälligen Gewerkschaften wieder aufzubauen. Die größte Angst haben die Herren vor einer Massenbewegung. Es steht auch außer Zweifel, daß die Regierungen von Amerika und Canada dieser Gruppe in ihrem Kampf gegen die radikalen Tendenzen ihren Beistand leihen. Dies zeigt der Fall von Novia Scotia an, wo bewaffnete Polizei herangezogen wurde, um die Grubenarbeiter zu einem offenen Zusammenstoß zu provozieren.

Die Komintern und die Profintern müssen bei ihren Veröffentlichungen über die Beziehungen zwischen den Kommunisten und den Gewerkschaften, sowie auch über die unabhängigen Gewerkschaften

und Föderationen sehr vorsichtig sein. Obgleich die Mitgliedschaft des Gewerkschafts-Erziehungsverbandes über zwei Millionen beträgt, so sind die Kommunisten doch nicht stark genug, um den Kampf gegen die Gompers-Gruppe aufnehmen zu können. Redner ist auch der Meinung, daß es notwendig sei, Industrieverbände zu organisieren. Er ist auch dafür, zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der Organisation von Parteizellen in den Gewerkschaften Beiträge zu erheben.

MESCHTSCHERJAKOW (Rußland) weist darauf hin, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit der Genossenschaftsinternationale, die das rückständigste, am weitesten rechts stehende Element der gesamten Arbeiterbewegung bildet, in Verbindung getreten ist. Ihren Niedergang voraussehend, wollen jetzt die reformistischen Führer der Gewerkschaftsbewegung in dem rechten Flügel im Genossenschaftswesen eine Stütze finden.

LOSOWSKY (Schlußwort): Ist innerhalb der Amsterdamer Organisation tatsächlich ein Umschwung eingetreten? Die Genossen Wieser und Meschtscherjakow baten uns, diese Erscheinung nicht zu übertreiben. Das dürfen wir natürlich nicht tun. Wieser hat auf Ilg hingewiesen, der eine Einheitsresolution unterzeichnet hat und dann in der Schweiz zum Ausschluß revolutionärer Metallarbeiter geschritten ist. Das ist allerdings richtig. Wir sprechen aber von einem Umschwung unter den Massen, die die Notwendigkeit der neuen Taktik fühlen. Was in den Köpfen der Führer vorgeht, ist eine andere Frage. Die neuen Tendenzen können von entscheidender Wirkung sein, wenn die Amsterdamer Linke mit den revolutionären Elementen der internationalen Arbeiterbewegung eine Abmachung trifft.

Urbani hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Opportunisten die auf der Konferenz der Transportarbeiter gemachten Abmachungen ausnützen können. Diese Abmachungen können auch vom Standpunkte einer gewissen kommunistischen Passivität ausgenutzt werden. Es gibt in unserer Bewegung sogar eine Tendenz, das Problem der Gewerkschaftsbewegung, das Problem der R. G. I. nicht als ein kommunistisches Problem zu betrachten. Es gibt ferner eine Tendenz, außerhalb Moskaus und Amsterdams zu bleiben, um auf diese Weise der Sache der Gewerkschaftseinheit besser zu dienen, z. B. in Norwegen.

Wir müssen gegen diese Irrtümer kämpfen, unsere Arbeit steigern und uns dabei auf die Ergebnisse der Konferenz der Transportarbeiter stützen. Denn wenn w i r diese Ergebnisse nicht ausnutzen, werden es unsere Gegner tun.

Es gibt von Grund aus reformistische Führer, die eine Verständigung mit uns für notwendig halten, um dadurch ihre Lage und ihre Organisationen zu retten. Somit verständigen sich mit uns zwei Arten von Leuten: solche, die ernst an die Wirksamkeit der Klassenorganisation glauben, und solche, die die Arbeiter weiter betrügen wollen, indem sie ihnen sagen: Wir sind mit den Revolutionären, ihr braucht daher nicht einen näheren Anschluß an sie zu suchen. Um einem solchen Manöver vorzubeugen, muß unsere Tätigkeit nach einer jeden solchen internationalen Konferenz, wie es die Konferenz der Transportarbeiter war, gesteigert werden.

In Beantwortung der Ausführungen Urbanis untersucht Redner die Frage der Betriebsräte. In Frankreich wollte man die Betriebsräte der Bergarbeiter nach drei verschiedenen Tendenzen organisieren: 1. Organisation der unitarischen Bergarbeiter (C. G. T. U.); 2. Organisation der Bergarbeiter aller Organisationen und 3. Organisation aller Bergleute ohne Unterschied. Unseres Dafürhaltens müssen alle Arbeiter um ihre Betriebsräte gruppiert werden. Es ist daher unsere Aufgabe, unsere Kandidaten in die Betriebsräte wählen zu lassen. Wenn uns das nicht gelingt, so bedeutet das, daß wir schlecht arbeiten.

Redner befaßt sich dann mit der nationalen Frage und weist auf die Gefahr hin, die ein Hineintragen der nationalen Frage in die Gewerkschaftsorganisation, wie wir es in der Tschechoslowakei sehen, bedeuten würde. Zapotocky hat erklärt, daß das Berliner Büro der R. G. I. die Bildung eines autonomen Gewerkschaftsverbandes in der Tschechoslowakei gefördert habe. Wenn unser zentraleuropäisches Büro das gemacht hat, werden wir es desavouieren und ihm für die Zukunft entsprechende formelle Weisungen erteilen. Die K. P. Tsch. hat aber ihrerseits nichts unternommen, um diese Fehler gutzumachen.

In England haben einige Mitglieder unserer Partei, die das Büro der R. G. I. bilden, ganz irrtümliche Vorstellungen über die Partei und die Gewerkschaften. Die erstere, sagen sie, hat die politische Arbeit, die letzteren die wirtschaftliche Arbeit zur Aufgabe. Die Arbeit in den Gewerkschaften muß in England unermüdlich vorwärtsgetrieben werden, und auch die Partei wird dadurch gestärkt werden. Es wäre unsinnig, zur Einleitung dieser dringenden Arbeit erst auf eine Stärkung der Partei zu warten.

In Amerika, wo wir es mit den reaktionären Traditionen von Gompers und den revolutionären Traditionen der J. W. W. zu tun haben, darf der an sich sehr gute Kampf gegen den Parallelismus der Gewerkschaftsorganisationen nicht übertrieben werden. Auch bei parallelen Gewerkschaften müssen wir es verstehen, in ihnen zu arbeiten.

Katayama stellte die Frage, warum der Bericht über die Gewerkschaftsfrage die Bewegung in den Ländern des Ostens nicht berührt habe. Das ist aus dem Grunde geschehen, weil wir keinen allgemeinen Bericht unterbreiten wollten, sondern bloß die aktuellen Probleme erörterten. Wir wollen natürlich hinzufügen, daß es in der Gewerkschaftsbewegung auch ein Kolonialproblem gibt. Was unternimmt die französische, holländische, englische Partei im Interesse der Gewerkschaftsarbeit in den Kolonien? Sehr wenig. Die englische Labour Party ist aber bestrebt, ihren Einfluß auf Indien auszubreiten, was eine Form des imperialistischen Einflusses in den Kolonien ist. Wir müssen für die Kolonialbewegung entschieden mehr tun. Das ist eine Lebensfrage für die Revolution.

Im allgemeinen ist die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in den Gewerkschaften ungenügend. Unsere Parteien haben nicht einmal ein Zehntel der Möglichkeiten, die ihnen von den Ereignissen geboten wurden, ausgenützt. Die Massen gewinnen ihren Aktionswillen wieder. Wir müssen mehr leisten und eine größere Energie bekunden. Dann werden wir den Anarchismus, Reformismus und Konfusionismus überwinden. Das, was wir in Spanien und in Frankreich sehen, das Bestehen eines Individualismus bei den Arbeitern, des Konfusionismus und des „Je m'en fiche"-ismus (Gleichgültigkeit) beweist das Ungenügende der Tätigkeit der Kommunistischen Partei auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Redner bemerkt, daß es in Frankreich noch kleine Eisenbahnergewerkschaften mit 30 Mitgliedern gebe. Unlängst wurde auf einem Kongreß des Oestlichen Eisenbahnnetzes von 12 Gewerkschaften mit zusammen 366 Mitgliedern gesprochen. Das Problem der Organisation der Gewerkschaften nach Industriezweigen, wie sie vom Kongreß der R. G. I. in Uebereinstimmung mit der C. G. T. U. beschlossen wurde, wurde somit in Frankreich in Wirklichkeit noch nicht gelöst.

Losowsky schließt mit der Bemerkung, daß die R. G. I., an der man zuweilen zweifeln wollte, zu einer großen Kraft geworden ist. Wir müssen jetzt unsere Tätigkeit steigern, die gesamte Arbeiterbewegung durchdringen und unsere Organisation stärken. (Beifall.)

Der Kongreß kommt zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Der Kampf gegen den Faszismus.

Den Bericht erstattet Clara ZETKIN. Sie ist krank, so daß sie in den Saal getragen werden und sitzend sprechen muß. Bei ihrem Erscheinen erhebt sich stürmischer Beifall. Sie führt aus:

Das Proletariat hat im Faszismus einen außerordentlichen gefährlichen und furchtbaren Feind vor sich. Der Faszismus ist der

stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblicke. Ihn niederzuringen, ist eine elementare Notwendigkeit. Das aber nicht nur im Hinblick auf die historische Existenz des Proletariats als Klasse, die mit der Ueberwindung des Kapitalismus die Menschheit befreien muß; es ist auch eine Frage der Existenz jedes schlichten Proletariers, eine Frage des Brotes, der Arbeitsbedingungen und der Lebensgestaltung für Millionen und Millionen von Ausgebeuteten. Deshalb muß der Kampf gegen den Faszismus Sache des ganzen Proletariats sein. Es liegt auf der Hand, daß wir diesen tückischen Feind um so eher überwinden, je klarer und schärfer wir sein Wesen und die Auswirkungen seines Wesens erkennen. Bis jetzt ist reichliche Unklarheit über den Faszismus vorhanden gewesen. Nicht nur in den breiten Massen der Proletarier, sondern auch innerhalb ihrer revolutionären Vorhut, unter den Kommunisten. Die Meinung wurde vertreten und war früher wohl vorherrschend, daß der Faszismus nichts sei, als gewalttätiger, bürgerlicher Terror, und er wurde geschichtlich seinem Wesen und seiner Wirkung nach auf eine Stufe mit dem weißen Schrecken in Horthy-Ungarn gestellt. Aber obgleich die blutigen, terroristischen Methoden des Faszismus und des Horthy-Regimes die gleichen sind und sich gleicherweise gegen das Proletariat kehren, ist das geschichtliche Wesen der beiden Erscheinungen außerordentlich verschieden. Der Terror in Ungarn setzte nach einem siegreichen, wenn auch kurzen revolutionären Kampfe des Proletariats ein; die Bourgeoisie hatte vorübergehend vor der Macht des Proletariats gezittert. Der Horthy-Terror kam als Rache gegen die Revolution. Der Vollstrecker dieses Racheaktes ist die kleine Kaste der feudalen Offiziere.

Anders ist es beim Faszismus. Er ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, daß das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faszismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden, weitergeführt und weitergetrieben hat. Und der Träger des Faszismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite, soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen. Ueber diese wesentlichen Unterschiede müssen wir uns klar sein, wenn wir mit dem Faszismus fertig werden wollen. Wir werden ihn nicht auf militärischem Wege allein überwinden — um diesen Ausdruck zu gebrauchen —, wir müssen ihn auch politisch und ideologisch niederringen.

Obgleich die Auffassung, daß der Faszismus bloßer bürgerlicher Terror sei, auch von radikalen Elementen unserer Bewegung ver-

treten wird, berührt sie sich zum Teil mit der Auffassung der reformistischen Sozialdemokraten. Für sie ist der Faszismus nichts als Terror, Gewalt, und zwar bourgeoiser Reflex der Gewalt, die von seiten des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft ausgegangen ist oder die ihr angedroht wird. Für die Herren Reformisten spielt die russische Revolution dieselbe Rolle wie für die Bibelgläubigen der Apfelbiß im Paradies. Sie ist der Ausgangspunkt aller terroristischen Erscheinungen der Gegenwart. Als ob kein imperialistischer Raubkrieg gewesen wäre und keine Klassendiktatur der Bourgeoisie existierte! So ist auch der Faszismus für die Reformisten die Auswirkung des revolutionären Sündenfalls des russischen Proletariats. Es war kein Geringerer als Otto Bauer, der in Hamburg die Auffassung vertreten hat, daß die russischen Kommunisten und ihre Gesinnungsgenossen eine ganz besondere Verantwortung für die gegenwärtige Weltreaktion der Bourgeoisie und den Faszismus tragen. Sie haben zur Spaltung der Parteien und Gewerkschaften getrieben. Otto Bauer vergaß bei dieser kühnen Behauptung, daß die höchst harmlosen Unabhängigen sich noch vor der russischen Revolution und ihrem sittenverderbenden Beispiel von den Sozialdemokraten abgespalten haben. Er erklärte weiter, an der Weltreaktion, die im Faszismus gipfelt, sei auch schuld, daß die russische Revolution das menschewistische Paradies in Georgien und Armenien zerstört habe. Als dritte Ursache der Weltreaktion sah er den „bolschewistischen Terror" überhaupt an.

In seinen Ausführungen mußte er allerdings dieses anerkennen:

„Wir in Mitteleuropa sind heute gezwungen, der Gewaltorganisation des Faszismus Abwehrorganisationen des Proletariats gegenüberzustellen. Denn, täuschen wir uns nicht, mit dem Appell an die Demokratie können wir der direkten Gewalt nicht entgegenwirken."

Man sollte meinen, daß man aus dieser Feststellung die Schlußfolgerung ziehen müßte: also antworten wir mit Gewalt auf Gewalt. Eine reformistische Logik geht aber ihre eigenen Wege, unerforschlich, wie die Wege der himmlischen Vorsehung. Otto Bauer spinnt seinen Gedanken später so fort:

„Ich spreche nicht von solchen Mitteln, die nicht immer zum Erfolge führen, nicht von Insurrektionen, nicht einmal vom Generalstreik. Aber notwendig ist die Koordination der parlamentarischen Aktion und der Massenaktionen außerhalb der Parlamente."

Herr Otto Bauer offenbart uns dabei nicht das Geheimnis seines keuschen politischen Busens, welcher Art die politischen Aktionen im

Parlament und erst recht außerhalb des Parlaments sein sollen.. Es gibt Aktionen und Aktionen. Es gibt parlamentarische Aktionen und Massenaktionen, die von unserem Standpunkte aus bürgerlicher Dreck sind — erlauben Sie diesen Ausdruck. Andererseits kann eine Aktion innerhalb oder außerhalb des Parlaments einen revolutionären Charakter tragen. Otto Bauer hat sich über den Charakter der reformistischen Aktionen ausgeschwiegen. Und so ist das Ergebnis seiner Ausführungen über den Kampf gegen die Weltreaktion ein sehr eigenartiges. Es entpuppt sich als ein internationales Informationsbüro, das über die Weltreaktion genau berichtet:

Bauer erklärte:

„Die Gründung dieser Internationale wird vielfach mit Skepsis betrachtet. Falls wir nicht verstehen, ein Nachrichtenbüro zu errichten, das uns mit dem nötigen Material über die Reaktion versorgt, so wäre diese Skepsis gerechtfertigt."

Was steckt hinter der ganzen Auffassung? Der reformistische Glaube an die Stärke, die Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Ordnung, der bürgerlichen Klassenherrschaft und das Mißtrauen, der Kleinmut gegenüber dem Proletariat als bewußtem, unwiderstehlichem Faktor der Weltrevolution. Die Reformisten sehen im Faszismus den Ausdruck der Unerschütterlichkeit, der alles übertreffenden Kraft und Stärke der bourgeoisen Klassenherrschaft, der das Proletariat nicht gewachsen ist, gegen die den Kampf aufzunehmen, vermessen und vergeblich ist. Es bleibt ihm so nichts anderes übrig, als still und bescheiden zur Seite zu treten, den Tiger oder Löwen der bürgerlichen Klassenherrschaft ja nicht durch den Kampf für seine Befreiung, für seine Diktatur zu reizen, kurz, auf Gegenwart und Zukunft zu verzichten und geduldig abzuwarten, ob man auf dem Wege der Demokratie und Reform ein Weniges vorwärts kommen könne.

Ich bin entgegengesetzter Ansicht und alle Kommunisten wohl mit mir. Nämlich, daß der Faszismus, mag er sich noch so kraftmeierisch gebärden, ein Ausfluß der Zerrüttung und des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft und ein Symptom der Auflösung des bürgerlichen Staates ist. Nur wenn wir verstehen, daß der Faszismus eine zündende, mitreißende Wirkung auf breite soziale Massen ausübt, die die frühere Existenzsicherheit und damit häufig den Glauben an die Ordnung von heute schon verloren haben, werden wir ihn bekämpfen können. Die eine Wurzel des Faszismus ist in der Tat die Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates. Wir finden schon Symptome für die Proletarisierung bürgerlicher Schichten durch den Kapitalismus in der Vorkriegszeit. Der Krieg hat die

kapitalistische Wirtschaft in ihren Tiefen zerrüttet. Das zeigt sich nicht nur in der ungeheuerlichen Verelendung des Proletariats, sondern ebenso sehr in der Proletarisierung breitester klein- und mittelbürgerlicher Massen, in dem Notstand des Kleinbauerntums und in dem grauen Elend der „Intelligenz". Die Notlage der „Intellektuellen" ist um so größer, als in der Vorkriegszeit der Kapitalismus sich angelegen sein ließ, davon eine Ueberproduktion herbeizuführen. Die Kapitalisten wollten auch auf dem Gebiete der Kopfarbeit ein Massenangebot von Arbeitskräften schaffen, um damit Schmutzkonkurrenz zu entfesseln und die Löhne, pardon Gehälter, zu drücken. Gerade aus diesen Kreisen rekrutierten der Imperialismus und der imperialistische Weltkrieg viele ihrer ideologischen Vorkämpfer. Augenblicklich erleben all diese Schichten den Bankrott ihrer Hoffnungen auf den Krieg. Ihre Lage hat sich außerordentlich verschlechtert. Schlimmer als alles lastet auf ihnen das Fehlen der Existenzsicherheit, die sie in der Vorkriegszeit noch hatten.

Ich komme zu dieser Auffassung nicht auf Grund der Verhältnisse in Deutschland, wo sich zumal die bürgerlichen Intellektuellen in einem Notstande befinden, der nicht selten größer ist, als das Elend der Arbeiter. Nein, gehen Sie nach Italien, — ich werde darauf noch zu sprechen kommen, daß die Zerrüttung der Wirtschaft auch dort maßgebend dafür gewesen ist, daß sich soziale Massen dem Faszismus angeschlossen haben. Betrachten wir ein anderes Land, das im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten aus dem Weltkriege nicht stark erschüttert hervorgegangen ist: England. In England ist heute in der Presse und im öffentlichen Leben ebenso viel von dem Elend der vielen „neuen Armen" die Rede, wie von dem riesigen Luxus und Gewinn der wenigen „neuen Reichen". In Amerika kündet die Farmerbewegung die steigende Notlage einer großen sozialen Schicht. In allen Ländern hat sich die Lage der Mittelschichten erheblich verschlechtert. Die Verschlechterung geht in manchen Staaten bis zur Zerreibung, zur Vernichtung dieser sozialen Schichten. In der Folge sind Tausende und Tausende vorhanden, die nach neuen Lebensmöglichkeiten, nach gesichertem Brot, nach sozialer Stellung suchen. Ihre Zahl vermehrt sich durch kleine und mittlere Beamte des Staates, der öffentlichen Dienste. Zu ihnen gesellen sich — auch in den Siegerstaaten — Offiziere, Unteroffiziere usw., die berufslos und erwerbslos geworden sind. Soziale Elemente dieser Art stellen dem Faszismus ebenfalls ein stattliches Kontingent, ein Kontingent, das besonders dafür ausschlaggebend ist, daß dieser in manchen Ländern einen ausgesprochen monarchistischen Charakter trägt. Aber wir würden das Wesen des Faszismus nicht voll erfassen, wenn wir seine Entwicklung lediglich aus dieser einen Ursache heraus betrach-

teten, die durch die Finanzsituation der Staaten und ihre schwindende Autorität nicht wenig verstärkt wird.

Der Faszismus hat noch eine andere Wurzel. Es ist das Stocken, der schleppende Gang der Weltrevolution infolge des Verrates der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung. Ein großer Teil der proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten klein- und mittelbürgerlichen Schichten, der Beamten, bürgerlichen Intellektuellen hatte die Kriegspsychologie durch eine gewisse Sympathie für den reformistischen Sozialismus ersetzt. Sie erhofften vom reformistischen Sozialismus dank der „Demokratie" eine Weltwende. Diese Erwartungen sind bitter enttäuscht worden. Die Reformsozialisten treiben eine sanfte Koalitionspolitik, deren Kosten zusammen mit den Proletariern und Angestellten die Beamten, Intellektuellen, Klein- und Mittelbürger jeder Art zahlen. Diese Schichten entbehren im allgemeinen der theoretischen, geschichtlichen, politischen Schulung. Ihre Sympathie für den Reformsozialismus war nicht tief verwurzelt. So kam es, daß sie nicht bloß den Glauben an die reformistischen Führer verloren, sondern an den Sozialismus selbst. „Uns ist von den Sozialisten versprochen worden eine Erleichterung unserer Lasten und Leiden, allerhand Schönes, eine Neugestaltung der Gesellschaft nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Demokratie", so erklärten sie. „Aber die ganz Großen und Reichen wirtschaften und herrschen noch härter weiter als bisher." Zu den vom Sozialismus enttäuschten Bürgerlichen stoßen auch proletarische Elemente. Und alle diese Enttäuschten — mögen sie bürgerlicher oder proletarischer Herkunft sein — gehen noch einer wertvollen seelischen Kraft verlustig, die hoffnungsfreudig aus der düsteren Gegenwart in eine lichte Zukunft blicken läßt. Es ist das Vertrauen auf das Proletariat als die gesellschaftsumwälzende Klasse. Daß die reformistischen Führer es verraten, wiegt für die Einstellung der enttäuschten Elemente nicht so schwer wie die andere Tatsache, nämlich, daß die proletarischen Massen den Verrat dulden, daß sie das kapitalistische Joch ohne Auflehnung kampflos weiter tragen, ja sich mit härterer Pein abfinden als zuvor.

Uebrigens, um gerecht zu sein, muß ich hinzufügen, daß auch die Kommunistischen Parteien — wenn ich von Rußland absehe — nicht ohne Schuld daran sind, daß es im Proletariat Enttäuschte gibt, die sich dem Faszismus in die Arme werfen. Ihre Aktionen sind oft genug nicht kraftvoll genug gewesen, ihre Aktivität nicht ausreichend, und sie erfaßte nicht tief, nicht stark genug die Massen. Ich sehe von Fehlern der Taktik ab, die Niederlagen brachten. Kein Zweifel, daß gerade manche der aktivsten, energischsten, revolutionär gesinnten Proletarier nicht den

Weg zu uns gefunden haben oder auf diesem Wege umgekehrt sind, weil wir ihrer Empfindung nach nicht tatkräftig, nicht aggressiv genug aufgetreten sind, und weil wir nicht verstanden haben, ihnen genügend klar zum Bewußtsein zu bringen, weshalb wir unter Umständen auch eine gerechtfertigte unfreiwillige Zurückhaltung üben mußten.

Tausendköpfige Massen strömten dem Faszismus zu. Er wurde ein Asyl für politisch Obdachlose, für sozial Entwurzelte, für Existenzlose und Enttäuschte. Und was sie alle nicht erhofften von der revolutionären Klasse des Proletariats und vom Sozialismus, das erhoffen sie als Werk der tüchtigsten, stärksten, entschlossensten, kühnsten Elemente aller Klassen. Auch sie müssen zu einer Gemeinschaft zusammengefaßt werden. Diese Gemeinschaft ist für die Faszisten die Nation. Sie wähnen, daß der ernste Wille, sozial ein Neues, Besseres zu schaffen, machtvoll genug sei, alle Klassengegensätze zu überbrücken. Das Mittel für die Verwirklichung des faszistischen Ideals ist ihnen der Staat. Ein starker, ein autoritärer Staat, der gleichzeitig ihr ureigenstes Geschöpf und ihr williges Werkzeug sein soll. Hoch über allen Parteiunterschieden und Klassengegensätzen wird er thronen und die soziale Welt nach ihrer Ideologie, ihrem Programm gestalten.

Es liegt auf der Hand, daß nach der sozialen Zusammensetzung seiner Truppen der Faszismus auch Elemente einschließt, die der bürgerlichen Gesellschaft außerordentlich unbequem, ja gefährlich werden können. Ich gehe weiter, ich behaupte, die der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich werden müssen, wenn sie ihr ureigenes Interesse verstehen. In der Tat! Ist dies der Fall, so müssen sie das ihrige dazu beitragen, daß die bürgerliche Gesellschaft so bald als möglich zerschmettert und der Kommunismus verwirklicht wird. Aber die Tatsachen haben trotzdem bis jetzt bewiesen, daß die revolutionären Elemente im Faszismus von den reaktionären Elementen überflügelt und gefesselt worden sind. Es wiederholt sich eine analoge Erscheinung zu anderen Revolutionen. Die kleinbürgerlichen und mittleren Schichten der Gesellschaft schwanken zuerst zwischen den gewaltigen historischen Heerlagern des Proletariats und der Bourgeoisie unschlüssig hin und her. Die Nöte ihres Lebens, zum Teil auch die beste Sehnsucht, die höchsten Ideale ihrer Seele lassen sie mit dem Proletariat sympathisieren, solange dieses nicht nur revolutionär vorgeht, sondern Aussichten auf den Sieg zu haben scheint. Gezwungen von den Massen und ihren Bedürfnissen müssen unter dem Einflusse dieser Situation sogar die faszistischen Führer mit dem revolutionären Proletariat wenigstens kokettieren, — wenn sie auch vielleicht innerlich nicht mit ihm sympathisieren. Aber sobald sich

zeigt, daß das Proletariat selbst darauf verzichtet, die Revolution weiterzuführen, daß es revolutionsscheu und kapitalistenfromm unter dem Einfluß der reformistischen Führer vom Kampfplatz zurücktritt, haben sich die breiten Massen der Faszisten dahin geschlagen, wo die meisten ihrer Führer von Anfang an — bewußt oder unbewußt — standen: auf der Seite der Bourgeoisie.

Die Bourgeoisie begrüßt selbstverständlich die neuen Bundesgenossen mit Freude. Sie erblickt in ihnen einen starken Machtzuwachs, einen in ihrem Dienste zu allem entschlossenen Gewalthaufen. Die herrschgewohnte Bourgeoisie ist leider in der Beurteilung der Lage und in der Verfechtung ihrer Klasseninteressen bei weitem klüger und erfahrener, als das jochgewohnte Proletariat. Sie hat von Anfang an die Situation sehr klar erfaßt und damit den Vorteil, den sie aus dem Faszismus zu ziehen vermag. Was will die Bourgeoisie? Sie erstrebt den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft, d. h. die Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Unter den gegebenen Umständen hat die Verwirklichung ihres Zieles eine erhebliche Steigerung und Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats zur Voraussetzung. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß sie allein nicht über die Machtmittel verfügt, um den Ausgebeuteten solches Los aufzuzwingen. Mit den Skorpionen des hereinbrechenden Elends gezüchtigt, fangen zuletzt auch die dickfelligsten Proletarier an, gegen den Kapitalismus zu rebellieren. Die Bourgeoisie muß sich sagen, daß unter diesen Verhältnissen auf die Dauer auch die milde, burgfriedliche Predigt der Reformsozialisten ihre einschläfernde Wirkung auf das Proletariat verlieren wird. Sie rechnet damit, daß sie das Proletariat nur noch mit Hilfe von Gewaltmitteln unterwerfen und ausbeuten kann. Aber die Machtmittel des bürgerlichen Staates beginnen teilweise zu versagen. Er büßt immer mehr die Finanzkraft und die moralische Autorität ein, seine spezifischen Sklaven in blinder Treue und Unterwürfigkeit zu binden. Die Bourgeoisie kann die Sicherheit ihrer Klassenherrschaft nicht mehr von den regulären Machtmitteln ihres Staates allein erwarten. Sie braucht dafür eine außerlegale, außerstaatliche Machtorganisation. Eine solche wird ihr gestellt durch den bunt zusammengewürfelten Gewalthaufen des Faszismus. Deshalb nimmt die Bourgeoisie nicht nur mit Kußhand die Dienste des Faszismus an und gewährt ihm weiteste Bewegungsfreiheit im Gegensatz zu all ihren geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen. Sie geht weiter, sie nährt und erhält ihn und fördert seine Entwicklung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln des Geldschranks und der politischen Macht.

Es liegt auf der Hand, daß der Faszismus in den einzelnen Ländern verschiedene Charakterzüge trägt, je nach den vorliegenden

konkreten Verhältnissen. Jedoch zwei Wesenszüge sind ihm in allen Ländern eigen: ein scheinrevolutionäres Programm, das außerordentlich geschickt an die Stimmungen, Interessen und Forderungen breitester sozialer Massen anknüpft, dazu die Anwendung des brutalsten, gewalttätigsten Terrors.

Das klassische Beispiel für die Entwicklung und das Wesen des Faszismus ist bis heute Italien. In Italien hat der Faszismus seinen Nährboden gefunden in der Zersetzung und Schwäche der Wirtschaft. Das scheint nicht zutreffend, weil ja Italien zu den Siegerstaaten gehört. Nichtsdestoweniger hatte der Krieg auch Italiens Wirtschaft aufs schwerste getroffen. Die Bourgeoisie war als Siegerin, jedoch geschlagen, aus ihm zurückgekehrt. Dafür war die wirtschaftliche Struktur und Entwicklung des Landes bestimmend. Nur in Norditalien war ein moderner Industriekapitalismus emporgekommen. In Mittelitalien und erst recht in Süditalien herrschte das Agrarkapital zum Teil noch unter feudalen Verhältnissen, mit ihm verbündet ein Finanzkapitalismus, der nicht die Höhe moderner Entfaltung und Bedeutung erklommen hatte. Beide waren nicht imperialistisch eingestellt, waren kriegsfeindlich und hatten von dem Völkermorden nichts oder nur wenig profitiert. Die nichtkapitalistische Bauernschaft hatte unter ihm furchtbar gelitten und mit ihm das städtische Kleinbürgertum und Proletariat. Wohl haben die Kapitalisten der norditalienischen, künstlich aufgepäppelten Schwerindustrie fabelhafte Profite eingesäckelt. Da jedoch diese Industrie nicht bodenständig war — Italien hat weder Kohle noch Erz —, so welkte ihre Blüte bald dahin.

Alle schlimmen Auswirkungen des Krieges brachen über Italiens Wirtschaft und Staatsfinanzen herein. Eine furchtbare Krise entwickelte sich. Industrie, Handwerk und Handel stockten, Bankrott folgte auf Bankrott, die „Banca di Sconto" und die „Ansaldowerke" — Schöpfungen des Imperialismus und des Krieges — krachten zusammen. Der Krieg hinterließ Hunderttausende Beschäftigung- und Brotsuchender, Hunderttausende versorgungsbedürftiger Krüppel, Witwen und Waisen. Die Krise vermehrte das Heer der Arbeit und Posten heischenden Heimkehrer durch Scharen von entlassenen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten. Eine riesige Elendswelle flutete über Italien und erreichte in der Zeit vom Sommer 1920 bis zum Frühjahr 1921 ihren Höhepunkt. Die norditalienische Industriebourgeoisie — die gewissenloseste Kriegshetzerin — war außerstande, die ruinierte Wirtschaft aufzurichten; sie verfügte nicht über die politische Macht, den Staat für ihre Zwecke zu mobilisieren. Die Regierung war aus ihrer Hand wieder an die Agrar- und Finanzkapitalisten unter Giolittis Führung zurückgefallen. Allein auch wenn dem nicht so gewesen wäre, würde der in allen Fugen krachende Staat nicht über

die Mittel und Möglichkeiten verfügt haben, Krise und Elend zu beschwören.

Dank dieser Situation und Schritt für Schritt mit ihr konnte der Faszismus in die Halme schießen. In der Person Mussolinis wartete der prädestinierte Führer auf ihn. Mussolini war im Herbst 1914 Renegat des pazifistischen Sozialismus und mit der Losung: „Krieg oder Republik" fanatischster Kriegstreiber geworden. In einem mit Ententegeld gegründeten Tageblatt, „Popolo d'Italia", hatte er dem schaffenden Volk als Frucht des Krieges das Himmelreich auf Erden versprochen. Mit der industriellen Bourgeoisie zusammen war er durch das Blutmeer des Weltkrieges gewatet, mit ihr zusammen wollte er Italien zu einem modernen Kapitalistenstaat gestalten. Mussolini mußte Massen zu sammeln suchen, um handelnd, aktiv in die Situation einzugreifen, die seinen Prophezeiungen ins Gesicht schlug, die seinem Ziel widersprach. Im Kriege, 1919, gründete er in Mailand den ersten „Fascio di Combattenti", Verein von Frontkämpfern, mit dem Programm, die Existenz, das Aufblühen der Nation zu sichern, den „Helden der Schützengräben und den Werktätigen die revolutionären Früchte des revolutionären Krieges zu sichern". In einigen Städten entstanden Fasci. Die junge Bewegung führte von Anfang an einen erbitterten Kampf gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen, weil diese nach Mussolinis Behauptung durch die Vertretung des Klassenkampfstandpunktes „die Nation spalteten und schwächten". Der Faszismus kehrte seine Speere auch gegen die Regierung Giolitti, die er mit der ganzen Verantwortung für das schwarze Elend der Nachkriegszeit belud. Seine Entwicklung war zunächst langsam und schwach. Noch stemmte sich ihm das Vertrauen breiter Volksmassen zum Sozialismus entgegen. Im Mai 1920 gab es in ganz Italien erst gegen 100 Fasci, von denen kein Verein mehr als 20 bis 30 Mitglieder zählte.

Bald konnte der Faszismus aus einer zweiten Hauptwurzel Nahrung und Kraft saugen. Die objektiv revolutionäre Lage ließ im italienischen Proletariat eine subjektiv revolutionäre Stimmung entstehen. Das glorreiche Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern war von starkem Einfluß darauf. Im Sommer 1920 kam es zur Fabrikbesetzung durch die Metallarbeiter. Hier und da, bis nach Süditalien, besetzten landwirtschaftliche Proletarier, Kleinbauern und Kleinpächter Güter oder lehnten sich in anderer Form gegen die großen Agrarier auf. Aber die große geschichtliche Stunde fand in den Arbeiterführern ein kleines Geschlecht. Die reformistischen Führer der Sozialistischen Partei schreckten revolutionsfeig davor zurück, die Fabrikbesetzung zum politischen Machtkampf auszuweiten. Sie drängten den Kampf der Arbeiter in das enge Bett einer

nichts als wirtschaftlichen Bewegung, deren Führung Sache der Gewerkschaften sei, und verrieten in Seelenharmonie mit d'Arragona und anderen Autoritäten des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes die rebellierenden Lohnsklaven in einem schmählichen Kompromiß mit den Unternehmern, das unter hervorragender Mitwirkung der Regierung, insbesondere Giolittis, zustande kam. Die Führer des linken Flügels der Sozialistischen Partei — aus dem sich später die Kommunistische Partei herauskristallisierte — waren politisch noch zu wenig erfahren und geschult, um die Situation gedanklich und praktisch zu meistern und den Dingen eine andere Wendung zu geben. Gleichzeitig erwies sich die Unfähigkeit der proletarischen Massen, über die Führer hinauszugehen und sie vorwärtszutreiben in der Richtung zur Revolution.

Die Fabrikbesetzung endete mit einer schweren Niederlage des Proletariats, die Entmutigung, Zweifel, Kleinmütigkeit in dessen Reihen trug. Tausende Arbeiter kehrten den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen den Rücken. Viele von ihnen sanken in Gleichgültigkeit und Stumpfsinn zurück, andere schlossen sich bürgerlichen Vereinigungen an. Der Faszismus gewann unter den Enttäuschten eine wachsende Anhängerschaft, wie auch unter dem Kleinbürgertum der Städte und der bürgerlichen Bevölkerung. Er hatte ideologisch und politisch über die reformistisch verseuchte Arbeiterschaft gesiegt. Im Februar 1921 zählte man rund 1000 Fasci. Der Faszismus gewann Massen durch scheinrevolutionäre Forderungen, die er in einer skrupellos demagogischen Agitation verfocht. Sein geschwollener Wortradikalismus wendete sich vor allem gegen die Regierung Giolittis, des „Verräters der Nation". Gegen deren zweiten „Feind", die internationalen, „vaterlandsfeindlichen" Arbeiterorganisationen, zog der Faszismus dagegen mit Feuer und Schwert zu Felde. Mussolini forderte — seiner republikanischen, antimonarchistischen und imperialistischen Einstellung gemäß — die Absetzung der Dynastie und die Enthauptung Giolittis im buchstäblichen Sinne. Seine Gefolgschaft begann, die „antinationalen", d. h. die klassenbewußten Arbeiterorganisationen mit aktivem, blutigem Terror zu „züchtigen". Im Frühjahr 1921 erfolgten die ersten faszistischen „Strafexpeditionen". Sie trafen die Landproletarier, deren Organisationssitze verwüstet und verbrannt, deren Führer ermordet wurden. Erst später dehnte sich der faszistische Terror auch auf die Proletarier der großen Städte aus. Die Staatsgewalten ließen gewähren und geschehen, ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz. Die Bourgeoisie, ob industriell oder agrarisch, begönnerte offen den terroristischen Faszismus und unterstützte ihn mit Geld und anderen Mitteln. Trotz der Niederlage der Arbeiter bei der Fabrikbesetzung fürchtete sie die künftige Macht-

erstarkung des Proletariats. Bei den Gemeinderatswahlen hatten die Sozialisten ungefähr ein Drittel der 8000 Kommunalverwaltungen erobert. Es galt, vorzubeugen.

Gewiß! Die Regierung hätte damals Gründe und Machtmittel gehabt, um den Faszismus, der ihr bedrohlich auf den Leib zu rücken schien, mit Gewalt niederzuschlagen. Aber das wäre in der obwaltenden Lage auf eine Stärkung der Arbeiterbewegung hinausgelaufen. Lieber Faszisten als Sozialisten, Revolutionäre, dachte Giolitti. Der alte, schlaue Fuchs löste die Kammer auf und schrieb für Mai 1921 Neuwahlen aus. Er gründete einen „Ordnungsblock" aller bürgerlichen Parteien und nahm die faszistischen Organisationen in diesen auf. Dem Faszismus gingen während der Wahlkampagne die wilden, republikanischen Locken aus. Die antidynastische und antimonarchistische Agitation verstummte in dem Maße, wie sich ihm agrarische Führer und agrarische Massen anschlossen. Ihnen waren zum großen Teil die faszistischen Wahlerfolge zu danken, wie die Ausdehnung und das Erstarken der Fasci, deren Zahl bis zum Mai 1921 auf rund 2000 stieg. Mussolini empfand unstreitig die Gefahr, die für ihn und seine Ziele in der Ueberflutung des Faszismus mit agrarischen Elementen lag. Er erkannte, daß mit dem Aufhören der scheinrevolutionären, antimonarchistischen Agitation ein großer Anreiz für breite Massen verloren ging, sich dem Faszismus anzuschließen. Als die Wahlschlacht vorüber war, wollte er zu seinen Losungen von 1919 zurückkehren. In einem Interview mit dem Vertreter der Zeitung „Giornale d'Italia" — sie vertritt schwerindustrielle Tendenzen — erklärte er, die gewählten Faszisten würden der Eröffnung der Kammer nicht beiwohnen, denn es sei für sie unmöglich, nach der Thronrede zu rufen: „Es lebe der König!" Die Veröffentlichung hatte die Wirkung, die Stärke des agrarischen Flügels im Faszismus zu zeigen. Einige mit Unterstützung der Fasci gewählte Abgeordnete traten den Monarchisten und Nationalisten bei. Eine Sitzung der faszistischen Abgeordneten zusammen mit den Bezirksdelegierten der Fasci sollte Stellung zu der Streitfrage nehmen. Mussolini unterlag mit seiner Forderung. Er zügelte seinen Republikanismus mit der Erklärung, wegen dieser Frage den Faszismus nicht spalten zu wollen. Seine Niederlage gab ihm den Anlaß, auf die Konstituierung des Faszismus als einer organisierten zentralisierten Partei hinzuwirken, während dieser bis dahin eine lose Bewegung gewesen war. Die Umwandlung erfolgte auf dem ersten faszistischen Kongreß im November 1921. Hatte Mussolini in der Sache gesiegt, so unterlag er bei der Wahl der Parteileitung. Er bekam diese nicht ganz in seine Hand. Sie wurde nur zur Hälfte mit seinen persönlichen Anhängern besetzt, zur anderen Hälfte aber mit monarchistisch gesinnten Agra-

riern. Dieser Umstand hat seine Bedeutung. Er deutet auf jenen Gegensatz hin, der bis heute in wachsendem Maße im Faszismus besteht und zu seiner Zersetzung beitragen wird. Es ist der Gegensatz zwischen Agrar- und Industriekapital, politisch ausgedrückt, der Gegensatz zwischen Monarchisten und Republikanern. Die Partei soll jetzt 500 000 Mitglieder zählen.

Die Konstituierung des Faszismus als Partei genügte allein nicht, um ihm die Kraft zu verleihen, der Arbeiterklasse Herr zu werden, sie in wüsterer Fron als vorher zum Wiederaufbau und zur Fortentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu zwingen. Zu diesem Zwecke bedurfte er eines zwiefachen Apparates. Eines Apparates zur Korrumpierung der Arbeiter und eines Apparates zu ihrer Niederwerfung mit bewaffneter Macht, mit terroristischen Mitteln. Der Apparat zur Korrumpierung der Arbeiterbewegung wurde geschaffen durch die Gründung der faszistischen Gewerkschaften, „nationale Korporationen" genannt. Sie sollten planmäßig durchführen, was der Faszismus von Anfang an getan hatte: die revolutionäre Arbeiterbewegung, ja jede selbständige, eigene Arbeiterbewegung bekämpfen. Mussolini wehrt sich stets gegen die Anklage, daß er den Kampf gegen die Arbeiterklasse führt. Er versichert immer wieder und wieder, daß er die Arbeiterklasse materiell und kulturell heben und nicht zurückführen wolle „in die qualvollen Bedingungen einer sklavenhaften Existenz". Aber all das im Rahmen der „Nation" und, untergeordnet unter ihre Interessen, in schärfster Ablehnung des Klassenkampfes. Die faszistischen Gewerkschaften wurden zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet, als Gegengift nicht nur gegen die revolutionären Organisationen des Proletariats zu wirken, sondern gegen jede Klassenorganisation der Proletarier überhaupt. Jede proletarische Klassenorganisation ist Mussolini und seinen Trabanten von vornherein verdächtig, eine revolutionäre Organisation zu sein. Er schuf sich seine eigenen Gewerkschaftsorganisationen. Sie vereinigen die Arbeiter, Angestellten und Unternehmer eines Berufes, einer Industrie. Die organisierten Unternehmer haben zum Teil abgelehnt, den Gewerkschaften Mussolinis beizutreten. So der Landwirtschaftsverband und der Verband der Industriellen. Sie sind jedoch ob ihrer Ketzerei von keiner faszistischen Strafexpedition zur Rechenschaft gezogen worden. Die faszistischen Strafexpeditionen erfolgen nur, wenn es sich um Proletarier handelt, die vielleicht nicht einmal in der revolutionären Bewegung stehen, aber doch kämpfen, wie ihr Klasseninteresse gebeut. Zehntausende von Arbeitern sind so gezwungen, den faszistischen Gewerkschaften beizutreten, die gegen 800 000 Mitglieder umschließen sollen.

Das faszistische Organ zur terroristischen Niederwerfung der Arbeiterklasse in Italien sind die sogenannten „Geschwader". Es sind dies militärische Organisationen, die sich aus den agrarischen Strafexpeditionen heraus entwickelt haben. Die Trupps von „Strafvollziehenden", die sich gelegentlich frei zusammenfanden, wurden zu ständigen „Organisationen" von Unterhaltenen und Söldnern, die berufsmäßig den Terror ausüben. Die „Geschwader" sind im Laufe der Zeit zu einer rein militärischen Macht geworden, die den Staatsstreich durchführte und auf die Mussolini als Diktator sich stützt. Nach der Machtergreifung und der Aufrichtung des faszistischen Staates wurden sie als „nationale Landesmiliz", als Organ des bürgerlichen Staates legalisiert. Sie stehen, wie offiziell erklärt wurde, „im Dienste Gottes, der Nation und des Ministerpräsidenten" — man beachte: nicht des Königs. Ihre Stärke wird sehr verschieden angegeben. Im Augenblick des Staatsstreiches zwischen 100 000 und 300 000 Mann, jetzt mit einer halben Million.

Wie an der Wiege des Faszismus das Versagen, der Verrat der reformistischen Führer stand, so steht auch vor der Eroberung der Staatsgewalt durch den Faszismus ein neuer Verrat der Reformisten und damit eine neue Niederlage des italienischen Proletariats. Am 31. Juli fand eine geheime Sitzung der italienischen reformistischen Arbeiterführer statt — der gewerkschaftlichen wie der politischen, Turati war dabei, wie d'Arragona —, die beschloß, durch den Allgemeinen Gewerkschaftsverband am 1. August den Generalstreik proklamieren zu lassen; einen Generalstreik, der nicht vorbereitet und nicht organisiert war. Wie die Dinge lagen, mußte er natürlich mit einer furchtbaren Niederlage des Proletariats enden. In manchen Orten setzte der Streik erst ein, als er in anderen bereits zusammengebrochen war. Es war dies eine Niederlage, ebenso groß, ebenso verhängnisvoll wie die bei der Fabrikbesetzung. Sie ermutigte die Faszisten zum Staatsstreich und entmutigte und demoralisierte die Arbeiter, so daß sie auf jeden Widerstand verzichteten, passiv, hoffnungslos alles geschehen ließen. Besiegelt wurde der Verrat der reformistischen Führer nach dem Staatsstreiche dadurch, daß Baldesi, einer der einflußreichsten Führer des italienischen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Partei, sich im Auftrage Mussolinis bereit erklärte, in die faszistische Regierung einzutreten. Der schändliche Pakt scheiterte — welche Schmach! — nicht am reformistischen Widerspruch und Protest, vielmehr am Widerstand der faszistischen Agrarier.

Genossinnen und Genossen! Sie erkennen an diesem kurzen Ueberblick die Zusammenhänge, die in Italien bestehen zwischen der Entwicklung des Faszismus und der wirtschaftlichen Zerrüttung des

Landes, die breiteste verelendete und verblendete Massen schuf; zwischen der Entwicklung des Faszismus und dem Verrat der reformistischen Führer, der die Proletarier kleinmütig auf den Kampf verzichten ließ. Auch die Schwäche der Kommunistischen Partei ist nicht ohne Einfluß darauf geblieben. Abgesehen von ihrer numerischen Schwäche hat sie wohl auch einen taktischen Fehler begangen, indem sie den Faszismus lediglich als eine militärische Erscheinung betrachtete und seine ideologische und politische Seite übersah. Vergessen wir nicht, daß der Faszismus in Italien, ehe er durch Akte des Terrors das Proletariat niederschlug, einen ideologischen und politischen Sieg über die Arbeiterbewegung errungen hatte, und, welches die Ursachen dieses Sieges waren. Es wäre sehr gefährlich, wenn wir außer acht lassen wollten, von welcher Bedeutung gerade die ideologische und politische Ueberwindung des Faszismus ist.

Es liegt auf der Hand, daß der Faszismus organisatorisch und seiner äußeren Machtstellung nach nur die hier kurz skizzierte Entwicklung nehmen konnte, weil er ein Programm hatte, das von großer Anziehungskraft auf breite Massen war. Die Frage steht vor uns — und sie ist wichtig für die Proletarier aller Länder —: Was hat der Faszismus in Italien nach der Eroberung der Staatsmacht getan, um sein Programm zu verwirklichen? Welches ist der Staat, der sein Werkzeug sein soll? Hat er sich erwiesen als der verheißene partei- und klassenlose Staat, der jeder Schicht der Gesellschaft ihr Recht werden läßt, oder hat auch er sich erwiesen als ein Organ der besitzenden Minderheit und insbesondere der industriellen Bourgeoisie? Das zeigt sich am besten, wenn wir die wichtigsten Forderungen des faszistischen Programms und ihre Erfüllung einander gegenüberstellen.

Was hatte der Faszismus politisch versprochen, als er mit wild wehendem Lockenhaar wie Simson einherstürmte?

Eine Reform des Wahlrechts, ein konsequent durchgeführtes Proportionalwahlrecht. Was sehen wir? Das alte, unvollkommene Proportionalwahlrecht, das 1919 eingeführt wurde, soll abgeschafft und durch ein Wahlrecht ersetzt werden, das ein Spott, das blutiger Hohn auf die Idee des Proporzes ist. Die Partei, die absolut die meisten Wählerstimmen erhält, soll zwei Drittel aller Sitze in der Kammer erhalten. Es ist erst darüber gestritten worden, ob es zwei Drittel oder gar drei Viertel der Mandate sein sollten. Nach den letzten Zeitungsnachrichten will sich der Faszismus damit begnügen, daß die stärkste Partei — das ist die faszistische — zwei Drittel erhält, das bleibende Drittel soll proportional auf die verschiedenen anderen Parteien verteilt werden. Eine nette Reform des Wahlrechts!

Mussolini hatte Wählbarkeit und Wahlrecht für die Frauen verheißen. Kürzlich tagte in Rom ein internationaler bürgerlicher Frauen-

stimmrechtskongreß. Mussolini machte den Damen ritterlich seine Aufwartung und erklärte ihnen mit süßem Lächeln, die Frauen würden das Wahlrecht erhalten, und zwar das Wahlrecht zu den Gemeinderäten. Das politische Recht soll ihnen also vorenthalten bleiben. Auch sollen bei weitem nicht alle Frauen das kommunale Wahlrecht erhalten, sondern nur die, die eine gewisse Bildungsstufe nachweisen können, ferner die „kriegsdekorierten" Frauen und die Frauen, deren Männer einen entsprechend großen Geldsack besitzen, um bestimmte Steuern zu zahlen. So sieht die Einlösung des Versprechens aus, die Gleichberechtigung der Frauen betreffend.

Der Faszismus hatte in seinem Programm die Abschaffung des Senats und die Schaffung eines Wirtschaftsparlaments, das neben dem politischen Parlament stehen sollte. Von einem Wirtschaftsparlament ist nicht mehr die Rede. In der ersten Ansprache aber, die Mussolini vor dem Senat hielt, dieser Rumpelkammer aller Reaktionäre, feierte er gewaltig dessen Verdienste in der Vergangenheit und erklärte, er verbürge hohe Leistungen in der Gegenwart und diese müßten maßgebend dafür sein, daß der Einfluß des Senats auf die Gesetzgebung gestärkt werde.

Die Faszisten forderten in ihrem Programm die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung zum Zwecke einer Verfassungsreform. Wie steht es damit? Von der Nationalversammlung wird kein Ton geredet, dagegen sieht die Verfassungsreform so aus: Die Kammer, so zusammengesetzt, wie ich hier ausgeführt habe, d. h. die Mehrheitspartei in ihr, schlägt den Ministerpräsidenten vor. Der vorgeschlagene Ministerpräsident — also solange der Faszismus die Mehrheit hat, der faszistische Ministerpräsident — muß vom König ernannt werden. Er setzt nach Belieben die Regierung zusammen, stellt sich und sein Kabinett der Kammer vor und erhält von dieser ein Vertrauensvotum, wonach das Parlament sich trollt, sich auf vier Jahre vertagt, für die ganze Zeit, für die es gewählt worden ist.

Konfrontieren wir auch einige Versprechungen des Faszismus auf sozialem Gebiete mit der Verwirklichung. Der Faszismus hatte die gesetzliche Sicherung des Achtstundentages versprochen und die Festlegung eines Lohnminimums sowohl für die industriellen als auch die landwirtschaftlichen Arbeiter. Beantragt ist ein Gesetz über den Achtstundentag, das hundert Ausnahmen vorsieht und zum Schluß noch die Bestimmung enthält, der Achtstundentag könne auch in anderen Fällen außer Kraft gesetzt werden. Dazu besteht der Achtstundentag praktisch heute schon für breite Schichten des Proletariats nicht mehr, besonders nicht für die Eisenbahner, die Postbeamten und andere Verkehrsbeamten, für die genau nach dem Muster der Dienstordnung des „Hundsfott Gröner" an Stelle der Dienstbereitschaft von

acht Stunden die abgeleisteten acht Stunden tatsächlicher Arbeit stehen sollen.

Zur Festlegung eines Lohnminimums ist zu sagen, daß dank der terroristischen Fesselung und Zerstörung der Gewerkschaften, dank dem Verhalten der burgfriedlichen faszistischen „Korporationen" die Unternehmer in ihrem Widerstand gegen jede Lohnforderung so gekräftigt wurden, daß die Arbeiter nicht einmal imstande gewesen sind, bei der schlechten Wirtschaftskonjunktur auch nur ihre alte Entlohnung zu verteidigen. Lohnsenkungen sind erfolgt von durchschnittlich 20—30 Prozent, bei sehr vielen Arbeitern aber von 50 Prozent, ja es fehlt nicht an Fällen, wo die Lohnherabsetzung 60 Prozent beträgt.

Es waren vom Faszismus Alters- und Invalidenversicherung versprochen worden, die gegen die schlimmste Verelendung, die schlimmste Pein schützen sollten. Und wie wurde das Versprechen erfüllt? Es ist jener schwache Ansatz zur sozialen Fürsorge für Alte, Gebrechliche und Kranke aufgehoben worden, der in Gestalt eines Fonds von 50 Millionen Lire für diese Zwecke vorhanden war. Diese 50 Millionen Lire sind „aus Sparsamkeit" glatt aus dem Budget gestrichen worden, so daß also jetzt die Notleidenden der Arbeit in Italien auf gar keine Fürsorge mehr zu rechnen haben. Gestrichen wurden auch im Budget die 50 Millionen Lire für Arbeitsvermittlung bzw. Arbeitslosenunterstützung und 60 Millionen Lire für die Kreditinstitutionen der Genossenschaften.

Der Faszismus hatte die Forderung erhoben, daß die Arbeiter an der technischen Leitung der Betriebe beteiligt werden sollen. Also mit anderen Worten: die Kontrolle der Produktion. Es war verheißen worden, der Faszismus werde die öffentlichen Unternehmungen der technischen Kontrolle der Betriebsräte unterstellen. Heute wird ein Gesetz erwogen, das die Institutionen der Betriebsräte überhaupt aufhebt. Außerdem sollen die öffentlichen Unternehmungen vom Staat den Privatunternehmern zur Ausbeutung ausgeliefert werden, zum Teil sind sie schon ausgeliefert worden. Die Zündhölzchenfabrikation, bisher Monopol des Staates, ist jetzt zur Sache der privaten Profitpresserei geworden, ebenso sollen der Postpaketverkehr, der Telephonverkehr, der Radio-Telegramm-Betrieb und auch die Eisenbahnen in die Hände des Privatkapitals übergehen. Mussolini hat erklärt, daß die Faszisten „Liberale im klassischen Sinne des Wortes seien".

Betrachten wir einige Früchte des Faszismus auf finanziellem Gebiet. Der Faszismus wollte eine gründliche Steuerreform. Sein „autoritärer" Staat sollte seine Macht brauchen, um eine allgemeine, progressiv stark steigende Steuer auf das Kapital durchzuführen, die

teilweise sogar den Charakter der „Expropriation des Kapitals" tragen sollte. Jetzt ist die Aufhebung verschiedener Luxussteuern erfolgt. So der Equipagensteuer, der Autosteuer usw., und das mit der Motivierung, durch eine solche Steuer werde „die nationale Produktion gehemmt und das Eigentum und die Familie zerstört". Ferner ist eine Erweiterung der indirekten Steuern vorgesehen mit einer gleich geistreichen Begründung, nämlich, daß durch die Ausdehnung der indirekten Steuer der Konsum zurückgehen und infolgedessen der Export nach dem Auslande gefördert werde. Die Bestimmung ist aufgehoben worden, daß die Wertpapiere auf den Besitzer lauten müssen, die sogenannte „Nominalität der Wertpapiere", wodurch den Steuerhinterziehern Tür und Tor offen stehen.

Mussolini und seine Garde heischten die Beschlagnahme der Kirchengüter. Statt dessen hat die faszistische Regierung verschiedene alte, schon beseitigte Konzessionen an den Klerus wieder in Kraft treten lassen. Nachdem der Religionsunterricht seit 50 Jahren abgeschafft war, ist er durch Mussolini wieder eingeführt worden und ein Kruzifix muß in jeder Schule hängen. So sieht der Kampf gegen den Klerus aus.

Der Faszismus hatte gefordert, daß die Verträge des Staates über Kriegslieferungen revidiert und die Kriegsgewinne bis zu 85 Prozent für den Staat erfaßt werden müßten. Was ist geschehen? Das Parlament hatte eine Kommission eingesetzt, die die Verträge über Kriegslieferungen zu prüfen hatte. Sie sollte öffentlich in der Kammer Bericht erstatten. Hätte sie dies getan, so würden wohl die meisten Schwerindustriellen, die Gönner und Nährväter der Faszisten, auf das schwerste kompromittiert worden sein. Eine der ersten Entscheidungen Mussolinis bestand darin, daß diese Kommission nur ihm persönlich Bericht zu erstatten hat, und daß mit sechs Monaten Gefängnis bestraft wird, wer etwas aus dem Bericht in die Oeffentlichkeit bringt. Von der Erfassung der Kriegsgewinne schweigen alle faszistischen Flöten, dagegen wurden der Schwerindustrie bereits Milliarden für Lieferungen der verschiedensten Art bewilligt.

Auch militärisch wollte der Faszismus ein grundlegender Neuerer sein. Er verlangte die Abschaffung des stehenden Heeres, eine kurze Dienstdauer, Einstellung des Heeres nur auf Landesverteidigung und nicht auf imperialistische Kriege usw. Wie führte er sein Programm durch? Das stehende Heer wurde nicht abgeschafft, die Dienstzeit ist von 8 Monaten auf 18 Monate erhöht worden, was einer Vermehrung des Heeres von 250 000 auf 350 000 Mann gleichkommt. Gewiß, die Guardia Regia, eine Art militärisch gerüsteter und organisierter Polizei, ist abgeschafft worden. Etwa weil sie infolge ihres

Eingreifens bei Kundgebungen, Streiks usw. beim Volk, zumal den Arbeitern, keineswegs beliebt war? Im Gegenteil! Sie schien Mussolini zu „demokratisch", denn sie unterstand nicht dem Kommando des Generalstabs, sondern dem Ministerium des Innern, und Mussolini fürchtete, daß diese Truppe einmal in Konflikt mit seinen Geschwadern kommen, gegen ihn auftreten könne. Die Stärke der Guardia Regia betrug 35 000 Mann. Dafür wurde die Zahl der Carabinieri von 65 000 auf 90 000 Mann erhöht, außerdem ist die Zahl der Polizisten verdoppelt worden, sogar die der Detektiv- und Zollpolizisten. Außerdem hat die Regierung der Faszisten die Geschwader der „Schwarzhemden" in eine nationale Miliz verwandelt. Ihre Stärke wurde zuerst auf 100 000 geschätzt und soll nach einer neuesten Entscheidung im Lager des Faszismus künftig sogar eine halbe Million betragen. Da in die Geschwader namentlich mit den nationalistischen „Blauhemden" zahlreiche agrarisch-monarchistische Elemente eingedrungen sind, mußte Mussolini vor Auflehnung gegen seine Diktatur zittern. Er war vom ersten Augenblick der Entstehung der Geschwader bemüht, diese unter die politische Herrschaft der Partei, das ist unter seine Oberhoheit, zu bekommen. Er glaubte, das dadurch erreicht zu haben, daß man die Geschwader einem nationalen Generaloberkommando unterstellte, das von der Parteileitung bestimmt wurde. Aber die politische Leitung konnte die Gegensätze innerhalb der Geschwader nicht verhindern, Gegensätze, die stärker und stärker wurden, als die Nationalisten, die „Blauhemden", in die Geschwader eintraten. Um ihren Einfluß dort zu brechen, ließ Mussolini beschließen, daß jedes Parteimitglied verpflichtet sei, in die nationale Miliz einzutreten, so daß deren Stärke jetzt gleich jener der Partei sein soll. Mussolini hoffte, auf diese Weise die ihm widerstrebenden agrarischen Elemente politisch überwinden zu können. Jedoch indem die Parteimitglieder sich in die Miliz einreihen, werden gerade auch die politischen Gegensätze in diese hineingetragen und sie müssen sich dort weiter entwickeln, bis sie zur Zersetzung führen.

Die bewaffnete Macht sollte lediglich zur Verteidigung des Vaterlandes verwendet werden, so hatte es geheißen. Aber die Vermehrung des Heeres und ungeheure Rüstungen sind auf große imperialistische Abenteuer eingestellt. Die Artillerie wird außerordentlich ausgebaut, die Zahl der Berufsoffiziere wird vermehrt, eine ganz besondere Förderung erfährt die Flotte. Eine große Anzahl von Kreuzern, Torpedozerstörern, Unterseebooten usw. sind in Auftrag gegeben. Eine ganz besonders auffällige Entwicklung erfährt die Luftflotte. Es sind bereits 1000 neue Flugzeuge in Auftrag gegeben worden, viele Flugzeugstationen wurden gegründet. Eine eigene Kommission ist eingesetzt, und Hunderte Millionen Lire sind bereits der Schwer-

industrie für den Bau der allermodernsten Flugapparate und militärischen Mordwerkzeuge bewilligt worden.

Wenn man das Programm des Faszismus in Italien mit der Erfüllung vergleicht, so tritt heute schon eines zutage: der vollständige ideologische Bankrott der Bewegung. Es ist der krasseste Widerspruch vorhanden zwischen dem, was der Faszismus verheißen hat, und dem, was er den Massen bringt. Gleich einer Seifenblase ist in der Luft der Wirklichkeit das Gerede zerstoben, daß im faszistischen Staat das Interesse der Nation über allem steht. Die „Nation" hat sich als die Bourgeoisie enthüllt, der faszistische Idealstaat als vulgärer, skrupelloser, bürgerlicher Klassenstaat. Diesem ideologischen Bankrott muß früher oder später auch der politische Bankrott folgen. Und er ist bereits im Anzuge. Der Faszismus ist außerstande, auch nur die verschiedenen bürgerlichen Kräfte zusammenzuhalten, mit deren stiller, wohlwollender Gönnerschaft er zur Macht gekommen ist. Der Faszismus wollte sich die Macht zur sozialen Neuschöpfung sichern, indem er die Herrschaft im Staate an sich riß und dessen Machtapparat seinen Zielen dienstbar machen wollte. Es ist ihm noch nicht gelungen, sich auch nur den bürokratischen Apparat voll untertänig zu machen. Ein scharfes Ringen ist ausgebrochen zwischen der alten, eingesessenen Bürokratie und der neuen faszistischen Beamtenschaft. Der gleiche Gegensatz besteht zwischen dem alten regulären Heere und seinen Berufsoffizieren und der faszistischen Landesmiliz mit ihren neuen Führern. Es wächst der Gegensatz zwischen dem Faszismus und den bürgerlichen Parteien. Mussolini hatte den Plan, in Gestalt der faszistischen Partei eine einheitliche bürgerliche Klassenorganisation zu schaffen, ein Gegenstück zum revolutionären Proletariat. Deshalb war sein Streben darauf gerichtet, alle bürgerlichen Parteien zu zerschmettern oder zu absorbieren. Es ist ihm gelungen, eine einzige Partei zu absorbieren: die der Nationalisten. Wie wiederholt angedeutet, hat die Verschmelzung ihre zwei Seiten. Der Versuch endete kläglich, die bürgerlichen, liberalen, republikanischen und demokratischen Gruppen auf konservativer Grundlage zu einer Partei zusammenzufassen. Umgekehrt, die faszistische Politik hat dazu geführt, daß die Ueberreste der bürgerlichen Demokratie sich auf ihre alte Ideologie besonnen haben. Angesichts Mussolinis Macht- und Gewaltpolitik haben sie den Kampf aufgenommen „für die Verteidigung der Verfassung und die Wiederherstellung der alten bürgerlichen Freiheit". Besonders charakteristisch für die Unfähigkeit des Faszismus, seine politische Machtposition zu behaupten und zu erweitern, ist das Verhältnis zur Katholischen Volkspartei, unstreitig die größte und einflußreichste bürgerliche Partei in Italien. Mussolini hatte darauf gerechnet, es werde ihm gelingen, den rechten agra-

rischen Flügel dieser Partei abzusprengen und zur Vereinigung mit den Faszisten zu bestimmen, den linken Flügel aber dadurch zu schwächen und der Auflösung preiszugeben. Es ist anders gekommen. Auf dem letzten Kongreß der „popolari" zu Turin hat sich ein wahrer Protest gegen den Faszismus erhoben. Wer auf dem rechten Flügel den Faszismus mit Wohlwollen und Schonung behandeln wollte, wurde niedergeschrien. Dagegen fand die schärfste Kritik seiner Politik stürmische Zustimmung.

Hinter den aufgezeigten Gegensätzen und anderen noch steht der Gegensatz der Klassen, der durch keine burgfriedliche Predigt und Organisation aus der Welt geschafft werden kann. Die Klassengegensätze sind mächtiger als alle sie leugnenden Ideologien, und diese Klassengegensätze setzen sich durch trotz des Faszismus, ja gerade dank dieses Faszismus, und gegen ihn. In dem Verhalten der popolari kommt zum Ausdruck die Selbstbesinnung der größten Schichten der städtischen Kleinbürger und des Kleinbauerntums auf ihre Klassenlage und ihren Gegensatz zum Großkapital, und das ist außerordentlich wichtig für die Machtpositionen, die der Faszismus in Italien behaupten kann, mit anderen Worten, für die Auflösung, der er entgegengeht. Diese Schichten — zumal die Frauen darin — sind tief katholisch, kirchlich gesinnt. Mussolini hat deshalb alles getan, um den Vatikan zu gewinnen. Aber auch der Vatikan hat nicht gewagt, der beginnenden Rebellion der Bauernmassen in der Volkspartei gegen den Faszismus entgegenzuwirken.

Während die Kleinbauern sehen, daß der Faszismus für die Bourgeoisie Steuererleichterung, Steuerdrückebergerei und fette Aufträge bringt, müssen sie erfahren, daß ihnen härtere Steuerlasten auferlegt werden durch indirekte Abgaben und namentlich durch eine neue Berechnung des ländlichen Einkommens. Das gleiche gilt für die kleinbürgerlichen Massen in der Stadt. Ihre schärfste Opposition wird außerdem dadurch hervorgerufen, daß der triumphierende Faszismus den geringen Mieterschutz aufgehoben hat; der Hausbesitzer hat wieder unbeschränkte Macht, durch hohe Mieten auszubeuten. Die wachsende Rebellion der Kleinbauern und Landarbeiter kommt drastisch zum Ausdruck gerade auch dort, wo der Faszismus wähnte, durch seine „Geschwader" jeden Widerstand gebrochen zu haben. In Boscoreale bei Neapel zum Beispiel haben mehr als tausend Bauern das Gemeindehaus gestürmt, als Protest gegen die drückenden Steuern. In drei Orten der Provinz Novarra haben die Landarbeiter ihre alten Löhne und Arbeitsbedingungen mit Erfolg gegen die Großagrarier verteidigen können. Und zwar nur dadurch, daß sie mehrere Güter besetzten, und das mit Unterstützung faszistischer

Geschwader. Es zeigt sich, daß der Klassenkampfgedanke in den Reihen des Faszismus selbst anfängt, Wurzel zu schlagen.

Ganz besonders wichtig ist das Erwachen der Teile des Proletariats, die vom Faszismus berauscht und vergiftet worden waren. Dieser ist außerstande, die Interessen der Arbeiter gegen die Bourgeoisie zu verteidigen, außerstande, die Versprechen zu halten, die er namentlich den faszistischen Gewerkschaften gegeben hat. Je mehr er siegt, um so unfähiger ist er, sich als Schützer der Proletarier zu erweisen. Er kann nicht einmal die Unternehmer zwingen, die Versprechungen von den Vorteilen der gemeinsamen Organisation zu halten. Wenn in den faszistischen Gewerkschaften nur wenig Arbeiter organisiert sind, so mag es möglich sein, daß der Kapitalist diese Wenigen besser stellt betreffs der Löhne. Aber dort, wo Massen in den faszistischen Organisationen zusammengeschlossen sind, wird das Unternehmertum keine Rücksichten auf den „Bruder Faszist" nehmen, weil das zu kostspielig werden würde, und in Sachen des Geldbeutels, des Profits hört bei den Herren Kapitalisten die Gemütlichkeit auf.

Ganz besonders hat zu dem Erwachen der Proletarier beigetragen, daß in großem Umfange Arbeiter brotlos aufs Pflaster geflogen sind. Nicht nur in Privatbetrieben, sondern auch in Staatsbetrieben. 17 000 Eisenbahner wurden bald nach dem faszistischen Staatsstreich entlassen. Weitere Entlassungen sind gefolgt und stehen in sicherer Aussicht. Die staatlichen Heereswerkstätten wurden geschlossen. 24 000 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden, wurden den Privatbetrieben zu schrankenloser Ausbeutung ausgeliefert.

Die leidenschaftliche Auflehnung gegen die faszistische Wirtschaftspolitik kommt gerade aus den Kreisen der faszistisch organisierten Arbeiter selbst heraus. In Turin, in Neapel, in Triest, in Venedig, in einer großen Anzahl anderer Städte waren es die faszistischen Gewerkschaften, die allen voran sich ausnahmslos mit den Arbeitern aller Parteien, aller Organisationen zusammentaten — die kommunistischen und syndikalistischen Arbeiter inbegriffen —, um in einer großen öffentlichen Kundgebung gegen die Schließung der Werkstätten und die Entlassungen zu protestieren. Von Neapel fuhren mehrere Hundert Kriegsinvaliden, die ebenfalls aus den Heereswerkstätten entlassen worden waren, nach R o m, um gegen das ihnen angetane Unrecht Einspruch zu erheben. Sie erhofften von Mussolini selbst Recht und Schutz und bekamen die Quittung für ihre Gläubigkeit in Gestalt der Verhaftung, sobald sie in Rom aus dem Zuge stiegen. Die Werftarbeiter von Monfalcone, Triest, die Arbeiter vieler Orte und Industrien, die faszistischen Organisationen angehören, sind in Bewegung geraten. Es ist in einzelnen Orten wieder zur Be-

setzung von Betrieben, von Fabriken gekommen, und zwar gerade durch faszistisch organisierte Arbeiter und mit wohlwollender Duldung oder Unterstützung von Geschwadern.

Diese Tatsachen zeigen, daß dem ideologischen Bankrott der politische Bankrott folgen wird, und daß es zumal die Arbeiter sein werden, die sich rasch wieder auf ihr Klasseninteresse und ihre Klassenpflicht zurückbesinnen.

Wir haben daraus mancherlei Schlüsse zu ziehen. Zunächst, daß wir den Faszismus nicht als eine einheitliche Erscheinung betrachten dürfen, nicht als einen „Block von Granit", an dem all unsere Anstrengungen abprallen werden. Der Faszismus ist ein zwiespältiges Gebilde, das verschiedene gegensätzliche Elemente umschließt und sich deshalb von innen heraus zersetzen und auflösen wird. Wir müssen mit größter Energie den Kampf aufnehmen nicht nur um die Seelen der Proletarier, die dem Faszismus verfallen sind, sondern auch um die Seelen der Klein- und Mittelbürger, der Kleinbauern, Intellektuellen, kurz, all der Schichten, die heute durch ihre wirtschaftliche und soziale Stellung in wachsenden Gegensatz zum Großkapitalismus kommen und damit zum scharfen Kampf gegen ihn.

Es wäre aber außerordentlich gefährlich, anzunehmen, daß in Italien dem ideologischen und politischen Verfall entsprechend rasch der militärische Zusammenbruch folgen müsse. Gewiß, auch der militärische Zerfall und Zusammenbruch des Faszismus wird, muß kommen, aber er kann noch lange durch das Schwergewicht der verfügbaren Machtmittel hinausgezogen werden. Und während in Italien das Proletariat sich vom Faszismus loslöst und wieder bewußt, stärker, zielsicher den Kampf für seine Interessen, den revolutionären Klassenkampf für seine Freiheit aufnimmt, müssen die italienischen Genossen, die Proletarier damit rechnen, daß der ideologisch und politisch verendende Faszismus sich militärisch-terroristisch, mit der allerschonungslosesten und skrupellosesten Gewalt auf sie stürzen wird. Es gilt, bereit zu sein! Ein Ungeheuer vermag oft noch im Todeskampf vernichtende Schläge auszuteilen. Deshalb müssen die revolutionären Proletarier, die Kommunisten und die Sozialisten, die den Weg des Klassenkampfes mit ihnen gehen, noch auf schwere Kämpfe gerüstet und vorbereitet sein.

Es wäre verkehrt, wollten wir uns durch das historische Begreifen des Faszismus zur Untätigkeit, zum Abwarten, zur Einstellung des Rüstens und des Kampfes wider ihn bestimmen lassen. Sicherlich, der Faszismus ist verurteilt, sich von innen heraus zu zersetzen, zu zerfallen. Er vermag nur vorübergehend ein Klassenkampfinstrument der Bourgeoisie zu sein, nur vorübergehend die Macht des bürgerlichen Staates gegen das Proletariat illegal oder auch legal zu stär-

ken. Es wäre jedoch sehr verhängnisvoll, wollten wir in der Rolle von klugen und ästhetischen Zuschauern seinen Verwesungsprozeß abwarten. Umgekehrt, es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diesen Prozeß mit allen Mitteln vorwärtszutreiben und zu beschleunigen.

Das ist nicht nur die besondere Pflicht des Proletariats in Italien, wo sich dieser Prozeß wahrscheinlich zuerst vollziehen wird, sondern namentlich auch des deutschen Proletariats. Der Faszismus ist eine internationale Erscheinung, darüber sind wir uns alle einig. Nach Italien hat er bis jetzt wohl seine stärkste und festeste Position in Deutschland errungen. Hier haben der Ausgang des Krieges und das Versagen der Revolution seine Entwicklung begünstigt. Das ist erklärlich, wenn wir uns bewußt bleiben, welches die letzten Wurzeln des Faszismus sind.

In Deutschland ist die Wirtschaft infolge des verlorenen Krieges, der Reparationslasten, des Versailler Vertrages außerordentlich zerrüttet. Der Staat ist in seinen Grundlagen erschüttert. Die Regierung ist schwach, ohne Autorität, ein Spielball in den Händen der Stinnes und Konsorten. In keinem Lande — das ist wenigstens meine Auffassung — ist der Gegensatz so groß wie in Deutschland zwischen der objektiven Reife für die Revolution und der subjektiven Unreife des Proletariats für sie infolge des Verrates, der Auffassung, des Verhaltens der reformistischen Führer. In keinem Lande hat seit Kriegsausbruch die Sozialdemokratie so schmachvoll versagt wie in Deutschland. Hier gab es eine hochentwickelte kapitalistische Industrie, hier durfte das Proletariat sich rühmen, eine gute Organisation, eine langjährige marxistische Schulung zu besitzen. Die englische, die französische, die österreichische sozialdemokratische Partei, alle proletarischen Organisationen, die in der II. Internationale vereinigt waren, hatten ihre Vorzüge — das können wir anerkennen. Aber die führende Partei, die Musterpartei, war die deutsche Sozialdemokratie. Ihr Versagen ist deshalb ein unverzeihlicheres, schändlicheres Verbrechen, als das Versagen jeder anderen Arbeiterpartei. Jede andere kann mehr entschuldigt werden, kann mehr Gründe für ihren Bankrott bei Kriegsausbruch geltend machen, als gerade die deutsche Sozialdemokratie. Der Rückschlag auf die proletarischen Massen mußte besonders stark, verhängnisvoll sein. In Verbindung mit der Zerschmetterung des deutschen Imperialismus durch den ententistischen Imperialismus sind deshalb hier sehr günstige Vorbedingungen dafür gegeben, daß der Faszismus stark in das Kraut schießen konnte.

Aber es ist trotz alledem meine Ueberzeugung, daß der Versailler Frieden, daß die Besetzung des Ruhrgebietes mit all ihren Gewalt-

taten den Faszismus in Deutschland nicht so gefördert haben, wie der Staatsstreich Mussolinis. Er ist solch starker Anreiz für die deutschen Faszisten gewesen, wie kein anderes Ereignis. Er gab ihnen Selbstvertrauen und Siegeszuversicht. Die Ueberwindung, der Zusammenbruch des Faszismus in Italien würde unmittelbar die größte Entmutigung für den Faszismus in Deutschland und die größte Ermutigung für das Proletariat sein. Ganz besonders dann, wenn das Proletariat sich sagen darf: Der Faszismus in Italien, der siegreich war, der zeitweilig in der Fülle der Macht stand, ist nicht mehr, nicht nur, weil er an seinen inneren Gegensätzen zusammenbrechen mußte, nein, auch weil er verschwinden mußte kraft der starken, zielbewußten Aktion der proletarischen Massen in Italien. Diese Erkenntnis würde sich international auswirken, wie immer die Dinge in den einzelnen Ländern liegen.

Wenn es so unsere Pflicht ist, international an die Ueberwindung des Faszismus in Italien unsere ganze Kraft zu setzen, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß die erfolgreichste Ueberwindung des Faszismus im Auslande immer zur Voraussetzung hat, daß wir auch den sich organisierenden Faszismus in unserem eigenen Lande mit aller Macht bekämpfen und gründlich besiegen. Ich habe etwas ausführlicher, wenn auch bei weitem nicht vollständig genug, die Entwicklung des Faszismus in Italien aufgezeigt, weil diese am reifsten, am klarsten und abgeschlossensten vor uns steht. Die italienischen Genossen werden meine Ausführungen vervollständigen. Ich sehe davon ab, eine Darstellung des Faszismus in anderen Ländern zu geben; sie soll Vertretern unserer Partei aus diesen Ländern vorbehalten sein. In der Resolution, die ich vorgelegt habe, sind verschiedene Mittel dargelegt, die wir anzuwenden, verschiedene Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, um des Faszismus Herr zu werden. Ich will nicht im einzelnen auf sie eingehen, ich glaube, sie begründen sich selbst. Ich will nur hervorheben, daß sie alle nach zwei Richtungen hingehen. Die eine Gruppe von Aufgaben zielt auf die ideologische und politische Ueberwindung des Faszismus ab. Diese Aufgabe ist von ungeheurer Wichtigkeit. Sie verlangt bis zu einem gewissen Grade eine Umstellung oder eine präzisere Einstellung zu bestimmten sozialen Erscheinungen, die dem Faszismus wesenseigentümlich sind, und sie verlangt höchste Aktivität. Wir müssen uns bewußt bleiben, daß, wie ich eingangs sagte, der Faszismus eine Bewegung von Hungrigen, Notleidenden, Existenzlosen und Enttäuschten ist. Wir müssen danach trachten, daß wir die sozialen Schichten, die jetzt dem Faszismus verfallen, entweder unserem Kampfe eingliedern oder sie zum mindesten für den Kampf neutralisieren. Mit aller Klarheit und Kraft müssen wir verhindern, daß sie Mannschaften stellen für

die Gegenrevolution der Bourgeoisie. Soweit wir jene Schichten nicht für unsere Partei, unsere Ideale gewinnen, nicht in Reih und Glied der revolutionären proletarischen Kampfesheere ziehen können, muß es uns gelingen, sie zu „neutralisieren", zu „sterilisieren", oder wie man sich sonst ausdrücken mag. Sie dürfen uns nicht mehr als Landsknechte der Bourgeoisie gefährlich werden. Die Voraussetzungen für unseren Erfolg sind in den Lebensbedingungen gegeben, die die Klassenherrschaft der Bourgeoisie in diesem Stadium der geschichtlichen Entwicklung für sie schafft.

Ich lege dem die allergrößte Bedeutung bei, daß wir mit allem Zielbewußtsein, mit aller Konsequenz den ideologischen und politischen Kampf um die Seelen der Angehörigen dieser Schichten aufnehmen, die bürgerliche Intelligenz mit einbegriffen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß hier unstreitig wachsende Massen einen Ausweg aus den furchtbaren Nöten der Zeit suchen. Dabei geht es keineswegs nur darum, den Magen zu füllen, nein, die besten Elemente von ihnen suchen einen Ausweg aus tiefer Seelennot. Sie begehren neue, feste Hoffnungen, neue, unerschütterliche Ideale, eine Weltanschauung, auf Grund deren sie die Natur, die Gesellschaft, ihr eigenes Leben begreifen, eine Weltanschauung, die nicht unfruchtbare Formel ist, sondern schöpferisch, gestaltend wirkt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Gewalthaufen der Faszisten nicht ausschließlich zusammengesetzt sind aus Kriegsrohlingen, aus Landsknechtsnaturen, denen der Terror Genuß ist, aus käuflichen Lumpen. Wir finden in ihnen auch die energischsten, entwicklungsfähigsten Elemente der betreffenden Kreise. Wir müssen mit Ernst und mit Verständnis für ihre Lage und ihre brennende Sehnsucht darangehen, unter ihnen zu arbeiten und ihnen zu zeigen, daß der Ausweg für sie nicht rückwärts führt, vielmehr vorwärts, zum Kommunismus. Die gewaltige Größe des Kommunismus als Weltanschauung wird ihre Sympathien für uns gewinnen.

Die III. Internationale ist im Gegensatz zur II. Internationale nicht nur eine Internationale für die Elite der weißen Proletarier Europas und Amerikas, sie ist die Internationale der Ausgebeuteten aller Rassen. So muß nun die Kommunistische Partei jedes Landes nicht nur die Vorkämpferin der Lohnarbeiter im engen Sinne des Wortes sein, nicht nur die Verfechterin der Interessen des Proletariats der Handarbeit, sondern auch die Vorkämpferin der Kopfarbeiter, die Führerin aller sozialen Schichten, die durch ihre Lebensinteressen, die durch ihre Sehnsucht nach einem Empor zu höherer Kultur in steigenden Gegensatz zur kapitalistischen Ordnung geraten. Ich begrüße es deshalb freudigst, daß unsere Tagung beschlossen hat, den Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung aufzunehmen. Diese neue Losung ist

nicht nur unabweisbar für die überwiegend agrarischen Länder auf dem Balkan, wie Bulgarien, Rumänien usw., sondern sie ist auch von großer Bedeutung für Italien, für Frankreich, für Deutschland, und ganz besonders für Amerika. Sie ist geradezu eine Notwendigkeit im Kampfe zur Besiegung des Faszismus. Es heißt, unter die breitesten Schichten der ausgebeuteten, schaffenden Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter gehen und ihnen die frohe Botschaft von dem erlösenden Kommunismus bringen. Es heißt, all den gesellschaftlichen Schichten, in denen der Faszismus Massengefolgschaft wirbt, zu zeigen, daß wir Kommunisten mit höchster Aktivität ihre Interessen im Kampfe gegen die bürgerliche Klassenherrschaft verteidigen.

Und wir müssen noch etwas anderes tun. Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, mit den Massen und für die Massen lediglich für unser politisches und wirtschaftliches Programm zu kämpfen. Gewiß, die politischen und wirtschaftlichen Forderungen drängen sich vor. Aber wie den Massen mehr bieten als die Verteidigung ihres Brotes? Wir müssen ihnen gleichzeitig den gesamten hehren, inneren Gehalt des Kommunismus als Weltanschauung bringen. Geschieht das, so wird unsere Bewegung Wurzeln fassen in allen sozialen Schichten, zumal auch unter den bürgerlichen Intellektuellen, die zufolge der geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahre unsicher geworden sind in ihrem Denken und Wollen, die die alte Weltanschauung verloren, ohne im Wirbelsturm der Zeit bereits eine neue, feste Weltanschauung gefunden zu haben. Lassen wir die Suchenden nicht zu Irrenden werden.

Wenn ich im Sinne dieser Gedankengänge sage: „Heran an die Massen!", so sei betont, was eine Voraussetzung des Erfolges ist. Wir dürfen das Wort Goethes nicht vergessen: „Getretener Quark wird breit, nicht stark." Wir müssen unsere kommunistische Ideologie ganz stark, ganz klar erhalten. Je mehr wir an die Massen herantreten, um so notwendiger ist es, daß die kommunistische Partei eine organisatorisch und ideologisch festgeschlossene Einheit ist. Wir dürfen uns nicht breit, quallenartig zerfließend in die Massen ausgießen. Das würde zum schädlichsten Opportunismus führen, und wir würden außerdem einen schimpflichen Bankrott unserer Bemühungen um die Massen erleiden. Von dem Augenblicke an, wo wir durch Konzessionen an den „Unverstand der Massen" — neuer und alter Massen — unsere wahre Existenz als Partei aufgeben, verlieren wir das, was für die Suchenden das Wichtigste, das Bindende ist: die Flamme des neuen geschichtlichen Lebens, die leuchtet und wärmt, Hoffnung gibt und Kampfeskraft.

Was nottut, ist, daß wir unsere Methoden der Agitation und Propaganda, wie unsere Literatur entsprechend den neuen Aufgaben ge-

stalten. Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, bleibt Mohammed nichts anderes übrig, als zum Berge zu gehen. Wenn jene neuen Massen, um die wir werben müssen, nicht zu uns kommen, müssen wir sie aufsuchen, müssen mit ihnen in einer Sprache reden, die ihrer Einstellung entspricht, ohne daß wir dabei das geringste von unserer kommunistischen Auffassung preisgeben. Wir brauchen eine besondere Literatur für die Agitation unter den Bauern, wir brauchen eine besondere Literatur für die Beamten, Angestellten, Klein- und Mittelbürger jeder Art, und wieder eine eigene Literatur für die Arbeit unter den Intellektuellen. Unterschätzen wir nicht, welche Rolle die Intellektuellen nicht nur in der Revolution, sondern auch nach der Revolution spielen können. Denken wir an die außerordentlich schädliche Sabotage der Intellektuellen in Rußland nach der Novemberrevolution. Wir wollen von den Erfahrungen unserer russischen Brüder lernen. Deshalb müssen wir uns klar darüber sein, daß es nicht gleichgültig ist, sowohl im Augenblick der Revolution als nach ihr, ob die Intellektuellen bei uns oder gegen uns stehen.

So legt uns der Kampf gegen den Faszismus eine außerordentliche Fülle neuer Aufgaben auf. Es ist die Pflicht jeder einzelnen Sektion der Kommunistischen Internationale, entsprechend den gegebenen konkreten Verhältnissen in ihrem Lande diese Aufgaben in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Uns muß jedoch bewußt bleiben, daß die ideologische und politische Ueberwindung des Faszismus allein nicht genügt, um das kämpfende Proletariat vor der Gewalt und Tücke dieses Feindes zu schützen. Das Proletariat steht augenblicklich dem Faszismus gegenüber unter dem Zwang der Notwehr. Sein Selbstschutz, seine Selbstverteidigung gegen den faszistischen Terror darf nicht eine Minute vernachlässigt werden. Es geht um Leib und Leben der Proletarier, um die Existenz ihrer Organisationen. Selbstschutz der Proletarier, lautet ein Gebot der Stunde. Wir dürfen den Faszismus nicht nach dem Muster der Reformisten in Italien bekämpfen, die ihn anflehten: „Tu mir nichts, ich tue dir auch nichts!" Nein, Gewalt gegen Gewalt! Nicht etwa Gewalt als individueller Terror, — das bliebe erfolglos. Aber Gewalt als die Macht des revolutionären, organisierten, proletarischen Klassenkampfes.

Den Anfang zum organisierten Selbstschutz des Proletariats gegen den Faszismus haben wir in Deutschland gemacht mit der Organisierung der Betriebshundertschaften. Wenn diese Hundertschaften ausgebaut werden und in anderen Ländern Nachahmung finden, so wird die internationale Ueberwindung des Faszismus gelingen. Aber proletarischer Kampf und Selbstschutz gegen den Faszismus, das besagt: proletarische Einheitsfront. Der Faszismus fragt nicht, ob der Arbeiter im Betriebe eine weiß-blau bayerisch angestrichene Seele

hat, für die schwarz-rot-goldene Bourgeois-Republik oder für das rote Banner mit Sichel und Hammer schwärmt, ob er die Rückkehr der Wittelsbacher wünscht, sich für Ebert begeistert oder lieber unseren Freund Brandler als Präsidenten der deutschen Sowjetrepublik sehen möchte. Ihm genügt, daß er einen klassenbewußten Proletarier vor sich hat, und den schlägt er nieder. Deshalb müssen sich die Arbeiter ohne Unterschied der Partei und der Gewerkschaftsorganisation zum Kampfe zusammenfinden. Der Selbstschutz des Proletariats gegen den Faszismus ist eine der stärksten Triebkräfte, die zum Zusammenschluß und zur Stärkung der proletarischen Einheitsfront führen muß. Ohne Einheitsfront ist es unmöglich, daß das Proletariat die Selbstverteidigung mit Erfolg durchführt. Daher ist es notwendig, unsere Agitation in den Betrieben immer mehr auszubauen und zu vertiefen. Sie muß vor allem auch jene Gleichgültigkeit, den Mangel an Klassenbewußtsein und Solidarität in der Seele der Arbeiter überwinden, die meinen: „Die anderen mögen kämpfen und sich rühren, auf mich kommt es nicht an." Wir müssen jedem einzelnen Proletarier die Ueberzeugung einhämmern: Auf mich kommt es auch an. Ohne mich geht es nicht. Ich muß dabei sein. Mir winkt der Sieg. Jeder einzelne Proletarier muß fühlen, daß er mehr ist als ein Lohnsklave, mit dem die Wolken und Winde des Kapitalismus der herrschenden Gewalten spielen. Er muß fühlen, klar darüber sein, daß er ein Glied der revolutionären Klasse ist, die den alten Staat der Besitzenden umhämmert in den Staat der Räteordnung. Nur wenn wir in jedem einzelnen Arbeiter das revolutionäre Klassenbewußtsein entzünden und zur Flamme des Klassenwillens anblasen, wird es uns gelingen, auch militärisch die notwendige Ueberwindung des Faszismus vorzubereiten und durchzuführen. Dann mag die Offensive des Weltkapitals gegen das Weltproletariat, gestärkt durch den Faszismus, vorübergehend noch so brutal, noch so heftig sein, das Proletariat wird sie schließlich doch zurückschlagen. Mit der kapitalistischen Wirtschaft, mit dem bürgerlichen Staat, mit der Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist es trotz des Faszismus Matthäi am Letzten. Laut, eindringlich redet uns die faszistische Zerrüttungs- und Zerfallserscheinung der bürgerlichen Gesellschaft vom künftigen Sieg, wenn das Proletariat wissend und wollend in Einheitsfront kämpft. Es muß! Ueber dem Chaos der heutigen Zustände wird sich die Riesengestalt des Proletariats mit dem Rufe aufrecken: Ich bin der Wille! Ich bin die Kraft! Ich bin der Kampf, der Sieg! Mir gehört die Zukunft. (Stürmischer, langanhaltender Beifall. Die Versammlung erhebt sich und singt die „Internationale".)

Schluß der Sitzung 5 Uhr 15 Minuten.

DREIZEHNTE SITZUNG

21. Juni 1923.

Der Kampf gegen den Faszismus. (Schluß.)
Das Programm der Kommunistischen Internationale.

Redner: Krajewski, Böttcher, Frey, Serra, Smeral, Gyptner, Radek, Zetkin, Bucharin.

Amter eröffnet die Sitzung nach 12 Uhr.

KRAJEWSKI (Polen): Der polnische Faszismus ist äußerlich nicht so aggressiv, wie der italienische. Die polnische Bourgeoisie hält es für ratsamer, die zahlreichen faszistischen Organisationen und Vereine nur von Zeit zu Zeit im Kampfe einzusetzen. Eine straffe, zentralisierte faszistische Bewegung nach italienischem Muster gibt es vorläufig nicht. Infolge der finanziellen Zerrüttung, der furchtbaren Teuerung, der Verzweiflung der landarmen Bauernschichten erfolgte ein Umschwung unter den breiten Schichten des Kleinbürger- und Bauerntums. Diese wandten sich immer mehr von Pilsudski ab. Diese Massen setzt die Bourgeoisie und ihre gegenwärtige Regierung von Zeit zu Zeit bei antisemitischen Exzessen und bei Demonstrationen gegen Sowjetrußland ein. Sie fürchtet aber zugleich den elementaren Massencharakter einer faszistischen Bewegung, die all diese Massen zusammenfaßt. Die Losungen des polnischen Faszismus sind äußerlich weniger arbeiterfeindlich, als nationalchauvinistisch. Sein Wortführer ist die jetzige Regierung Glombinski-Witos, die es vorzieht, gegen alle Arbeiterschichten, ausgenommen die Kommunisten, mit List vorzugehen, natürlich nur solange, als sie fest im Sattel sitzt. Wie in anderen Ländern propagiert der Faszismus eine gründliche Reform des Parlamentarismus, wonach das Wahlrecht allen „Feinden" des polnischen Vaterlandes und fremden Nationalitäten entzogen werden soll. Die bekannten Bombenattentate in Krakau zeigen auch deutlich, daß der polnische Faszismus, trotz seiner äußerlich weniger aggressiven Form, die terroristischen Kampfmethoden von Zeit zu Zeit

ebenfalls gebraucht. Kleine und größere faszistische Organisationen gibt es in Polen folgende: Die Antibolschewistische Liga (Warschau), der Verband des sozialen Selbstschutzes (eine Streikbrecherorganisation), der Verband „Entwicklung", die Militärverbände der Dowberisten und Halleristen, der Bauernaufklärungsverband und andere kleinere Verbände. Der Kampf gegen den polnischen Faszismus lastet ausschließlich auf den Schultern der Kommunistischen Partei. Die P. P. S., die sich erst kürzlich wieder einmal in Worten zum Kampfe gegen den Faszismus entschied, ist nach wie vor durch ihre ganze Politik die Wegbereiterin des Faszismus. Unsere Vorschläge zur Herstellung einer Einheitsfront zwischen den sozialdemokratischen Organisationen, wie P. P. S. und „Bund", und den revolutionären Organisationen, der K. P. P. und des „Arbeiterverbandes für Stadt und Land", wurden von ersteren abgelehnt.

BÖTTCHER (Deutschland): Die faszistischen Organisationen haben sich in Deutschland zu starken Reichsverbänden entwickelt, wie die Deutschvölkische Freiheitspartei und die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Innerhalb des deutschen Faszismus selbst treten verschiedene Strömungen auf. In Bayern vertritt eine Richtung den süddeutschen Separatismus, der die Gründung einer Donauföderation will. Eine andere Richtung ist die Großdeutsche Bewegung, die keinen Separatismus will, sondern im vollen Umfange die Bajuwarisierung ganz Deutschlands anstrebt. Der Kampf innerhalb dieser einzelnen Richtungen ist ein sehr scharfer. Zentral gesehen, besteht jetzt die faszistische Bewegung in Deutschland in der völkischen Bewegung. Diese völkische Bewegung hat zwei hervorstechende Hauptmerkmale: 1. den Antisemitismus und 2. eine stark ausgeprägte, antikapitalistisch-demagogische Note. Innerpolitisch befaßt sich diese völkische Bewegung mit der Propaganda der sogenannten Schuldfrage. Der Kampf gegen den Versailler Vertrag ist einer der Hauptkampfpunkte der Faszisten. Die innere Politik der Faszisten wird durch das Schlagwort Hitlers gekennzeichnet: Weg mit den Novemberverbrechern! Das bedeutet also den Kampf gegen die Arbeiterbewegung. In Bayern machen die Faszisten bei der Anwendung dieser Parole nicht vor den Sozialdemokraten halt. Die Sozialdemokraten, als Geburtshelfer des Faszismus, bekommen hiermit jetzt die Nackenschläge. Die K. P. D. hatte die Parole aufgestellt: Gegen die Gewalt des Faszismus die Gewalt der Arbeiterschaft! Gegen die faszistischen Hundertschaften die proletarischen Hundertschaften! Die Partei erkannte jedoch rasch, daß die faszistische Bewegung keine bloße kleine Bewegung illegaler militärischer Kampfverbände darstellt, sondern daß sie beginnt, breite Massen zu erfassen. Als die

Partei das erkannte, begann sie sofort, den Kampf gegen den Faszismus auch auf politischem und ideologischem Boden aufzunehmen. Die neueste Phase des Faszismus ist der Kampf um die Betriebe. Gegenüber dieser Strategie propagiert jetzt die Partei die Bildung gemeinsamer Betriebshundertschaften, die das Organ der Einheitsfront im Kampfe gegen den Faszismus in den Betrieben sind und die den Kampf gegen den Faszismus auf ideologischem Boden aufnehmen sollen. Die Kommunisten zeigen den Ausweg aus dem Chaos und aus der Not. In diesem Kampfe sammeln sie die Massen um sich. Erst wenn es gelingt, die Einheitsfront auf diesem Wege auf breiter Grundlage herzustellen, wird es möglich sein, den Faszismus politisch zu zersetzen und ihn militärisch zu überwinden.

FREY (Oesterreich): Oesterreich ist ein Schulbeispiel dafür, daß die Wurzeln des Faszismus einerseits in der Auflösung und Zerrüttung des bürgerlichen Staates, andererseits in der Schuld der Sozialdemokratie liegen. In Oesterreich hatten wir keine Rätediktatur. Der Faszismus wurde allein durch die sozialdemokratische Politik großgezogen. Er ist gegenwärtig in Oesterreich stark und wird von Tag zu Tag kühner und frecher. Als in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der österreichischen Monarchie auf dem Lande die sogenannten Heimwehren gegründet wurden, wiesen wir bereits auf diese Gefahr hin. Es wäre ein leichtes gewesen, sie damals zu entwaffnen. Die Sozialdemokratie sabotierte aber fortgesetzt und verhinderte nicht nur die von uns geforderte Bewaffnung des Proletariats, sondern auch die Bildung von Arbeiterwehren. Die später geschaffenen Ordnungswehren sind so organisiert worden, daß sie sich als zuverlässige sozialdemokratische Garde, und zwar auch gegen Kommunisten bewähren sollen. Die S. P. versucht, uns von der Leitung wie von den Mitgliedern der Ordnungswehren fernzuhalten, was ihr jedoch bei den Mitgliedern immer weniger gelingt. Meiner Ansicht nach haben wir in den Ordnungswehren zu arbeiten, denn sie sind immerhin, wenn auch ein unzulängliches, doch ein Instrument der Einheitsfront, die es auszubauen und zu revolutionieren gilt. Wir haben in Oesterreich zwei deutlich unterscheidbare Arten des Faszismus: die sogenannten Hakenkreuzler mit ihrer großdeutschen Agitation und die Frontkämpfer, die sich begnügen wollen mit einem faszistischen Oesterreich unter der Dynastie Habsburg als Ausgangspunkt zur Wiederherstellung der alten Monarchie. Die Praxis hat es erwiesen, daß beide Richtungen in bezug auf Rücksichtslosigkeit gegenüber der Arbeiterklasse vollständig einig sind. Die Anschlußparole hatten wir bisher abgelehnt, um bei den Arbeitern nicht die Illusion zu erzeugen, als ob nur der Anschluß an Deutschland ihnen

helfen könne. Da gegenwärtig die Situation infolge der wachsenden Aktivität der Arbeiterklasse sich immer mehr ändert, wird es vielleicht notwendig sein, die Anschlußparole in Verbindung mit dem revolutionären Kampf zu übernehmen. Dadurch gewinnen wir auch eine ideologische Waffe gegen die großdeutsche Faszistenbewegung. Gegenwärtig herrscht in Oesterreich eine riesenhafte Arbeitslosigkeit, die der Faszismus für seine Zwecke auszunützen sucht. Falls in Deutschland nach einer Verständigung mit Frankreich eine ähnliche „Sanierungsperiode" eintritt, wie sie jetzt in Oesterreich besteht, wird auch dort die Arbeitslosigkeit ungeheuer anschwellen, was zur Stärkung des Faszismus führen kann. Den Kampf gegen den Faszismus müssen wir führen ideologisch, militärisch und politisch. Die österreichische Partei wird alle ihre Kräfte in diesem Kampfe einsetzen.

SERRA (Italien): Clara Zetkin hat den Unterschied zwischen Terrorismus und Faszismus richtig gekennzeichnet. Die Faszisten haben sich der Bourgeoisie gegenüber immer gerühmt, die Revolution in Italien verhindert zu haben. Vom geschichtlichen Standpunkte aus ist das Gegenteil wahr: der Faszismus ist aus dem Mißerfolg der Revolution entstanden. Bei der Besetzung der Betriebe stand die Sozialistische Partei vor dem Dilemma: entweder Beteiligung an der bürgerlichen Regierung oder sofortige Revolution. Die Linke verhinderte die Beteiligung an der bürgerlichen Regierung, die übrigens auch die Massen nicht wollten; die sofortige Ergreifung der Macht war nicht möglich, und die Partei verstand es nicht, sie konkret vorzubereiten und den Massen den dazu führenden Weg zu zeigen. Damals fingen die enttäuschten Massen an, dem Faszismus Gehör zu schenken.

Die von Clara Zetkin erwähnten zwei ideologischen Phasen des Faszismus, die republikanische und die monarchistische, sind fast identisch. Mussolini war zuerst Republikaner, um den früheren revolutionären und radikalen Elementen zu schmeicheln und in militärischen Kreisen Verwirrung hervorzurufen. Nach dem Erfolg hat er den Republikanismus beiseite geschleudert. Welcher Art auch die ideologischen Prämissen des Faszismus gewesen sein mögen, er mußte sich letzten Endes, da er sich ausschließlich in der Richtung der Unterdrückung der Arbeiterbewegung entwickelte, nach rechts orientieren.

Das aktuelle Problem in Italien besteht hauptsächlich in der weiteren Gestaltung der Kräfteverhältnisse. Wir müssen dem Faszismus, seinen ideologischen Bankrott unterstreichend, unsere Ideologie, und zwar auf praktischem Gebiete, gegenüberstellen. Clara Zetkin verfuhr richtig, als sie dies mit ihrer großen Autorität hervorhob. Die faszistische Ideologie ist äußerst simpel: sie besteht in der Gegen-

überstellung des „Nationalen" und des „Internationalismus". Mussolini erklärte neulich, daß er die Bourgeois an der Gurgel faßt, um sie zu zwingen, wahre Bourgeois zu sein, und die Sozialisten, um sie die Folgen ihrer Haltung bezahlen zu lassen. Auch Julian der Abtrünnige hat die Christen auf die gleiche Weise verfolgt, um sie zu zwingen, wahre Christen zu sein. Wir dürfen uns aber durch den Faszismus vom nationalen Leben nicht ausschließen lassen. Wir müssen unseren Internationalismus in einer für alle Arbeiter und sogar für die mit uns sympathisierenden Elemente der unteren Schichten verständlichen Weise als die einzige Lösung der praktischen Probleme des italienischen Lebens darstellen.

Die Frage der Einheitsfront muß daher in Italien vom organisatorischen und ideologischen Standpunkt aus betrachtet werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß selbst die vollkommenste illegale Organisation zu keinen großen Ergebnissen führen kann, wenn ihr das Milieu nicht günstig ist. Unsere illegale Aktion muß an alle Erscheinungen des italienischen Lebens anknüpfen.

Redner hebt hervor, daß es notwendig ist, den Faszismus von allem Anfang an zu bekämpfen. Sobald er die Macht ergriffen hat, wird der Kampf gegen ihn sehr schwer. Ein Boykott gegen Italien ist undurchführbar, da dieser eine zu große Vorbereitung erfordern würde und nur in einem, vorläufig noch entfernten, entscheidenden Moment wirksam sein könnte. Die italienischen Kommunisten machen sich keine Illusionen. Trotz seines ideologischen Zusammenbruches ist der Faszismus noch weit vom politischen und militärischen Zusammenbruch entfernt. Wir befinden uns erst am Anfang einer langen Kampfesperiode, in der die ausländischen Kommunisten uns nicht unmittelbar unterstützen können. Sie werden uns aber eine machtvolle Hilfe erweisen, wenn sie ihre Pflicht in ihrem Lande erfüllen, d. h. alle Lehren, die aus unseren Erfahrungen und unserer Niederlage folgen, berücksichtigen.

SMERAL (Tschechoslowakei): Bis in die allerletzte Zeit existierten in der Tschechoslowakei keine ernsteren Organisationen des Faszismus. Man befürchtete, daß die aus Sibirien zurückgekehrten Legionäre zur Armee des Faszismus werden könnten, aber es stellte sich bald heraus, daß infolge der proletarischen Zusammensetzung dieser Legionen sich in ihnen kein Boden für den Faszismus fand. Die Großbourgeoisie versuchte es daher mit den Turnvereinen, den Sokols, die unter der Führung der Bürgerlichen stehen. Aber auch in diesen Turnvereinen besteht ein großer Teil der Mitglieder aus proletarischen und halbproletarischen Elementen, bei denen der Versuch der Bürgerlichen, die Turnorganisationen zum Faszismus zu bringen, auf Widerstand stößt. Vor ungefähr einem halben Jahre begannen

in der Tschechoslowakei zwei politische Richtungen aufzutreten, die sich direkt als faszistisch bezeichneten. Eine wurde von dem früheren Sozialdemokraten Budez geführt, eine zweite stand der von Dr. Kramarsch geführten Nationaldemokratischen Partei sehr nahe. Keine der beiden Richtungen gewann jedoch irgendwelche Bedeutung. Erst in den allerletzten Wochen machen sich Symptome bemerkbar, daß man versucht, den Faszismus in der Tschechoslowakei ernsthaft zu organisieren. Um das zu charakterisieren, will ich zwei Tatsachen anführen. Am 10. Juni sprach Dr. Kramarsch, der Führer der Nationaldemokratischen Partei, die heute noch in der Regierungskoalition sitzt, in einer öffentlichen Versammlung von der Möglichkeit, daß die jetzige bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung von einer anderen — er dachte dabei an eine Regierung der Arbeiter und Bauern, der auch die deutschen Arbeiter und Bauern angehören würden, — abgelöst werden könnte Er sagte: Wer heute die Koalition nicht will, der nimmt eine schreckliche Verantwortung auf sich. Wir wollen unseren Staat nicht preisgeben, und sollte es mit parlamentarischen Mitteln nicht gehen, so wird es ohne Parlament gehen. Eine ähnliche Tendenz vertritt ein Artikel in dem Jugendorgan der Kramarsch-Partei. An diesem selbstbewußten Auftreten der Bourgeoisie sind vor allem die tschechischen Sozialdemokraten schuld. Ferner haben dazu beigetragen die Wendung der englischen Politik gegen Sowjetrußland und die Ereignisse in Bulgarien. Es ist bezeichnend, daß sich die faszistische Bewegung in ihrer ersten Phase der Entwicklung vorläufig noch nicht gegen die Kommunisten als Massenpartei wendet. Im Gegenteil, an manchen Orten kokettieren die Faszisten direkt mit den kommunistischen Forderungen. Dagegen wenden sie sich scharf gegen die Politik Benesch und Masaryks. Die Kommunistische Partei in der Tschechoslowakei hat jetzt verantwortungsvolle Aufgaben vor sich. Es ist möglich, daß die dem Faszismus feindlich gesinnten Elemente des Bürgertums und der Sozialdemokratie uns zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Faszismus auffordern. Wir müssen klar aussprechen, daß die Methoden der Opportunisten nicht genügen. Es ist nicht möglich, nur mit parlamentarischen Mitteln die Offensive des Faszismus zu brechen. Man kann ihm nur mit Taten entgegentreten. Es ist notwendig, aus den Arbeitermassen heraus eine Kampffront zu bilden und sie so zu bewaffnen, daß sie eine reale Macht darstellt, die imstande ist, den bewaffneten Angriff der bürgerlichen Reaktion mit Erfolg zum Stillstand zu bringen.

In der Tschechoslowakei sind bei dem Entstehen des Faszismus die sozialen Gründe weniger ausschlaggebend, als die nationalen. Das hat zur Folge, daß der Faszismus bei uns national geschieden

ist, so daß sich neben einem tschechischen Faszismus noch ein besonderer deutscher und ungarischer Faszismus entwickelt hat, die sich teilweise paralysieren. In der Slowakei bestehen faszistische Organisationen nach dem Muster der Erwachenden Ungarn. In den deutschen Gebieten wird der Faszismus durch die deutsche Nationalsozialistische Partei verkörpert. Diese Partei, die noch bis vor kurzem fast denselben Standpunkt vertrat wie die deutschen Mehrheitssozialisten, hat ihre Sympathien in der letzten Zeit den von Hitler geführten bayerischen Nationalsozialisten zugewandt und ist mit ihnen sogar in eine gewisse organisatorische Verbindung getreten. Ein sehr interessantes Moment in der Tschechoslowakei ist das Zusammenarbeiten der Faszisten, die eine hussitische Tradition haben, mit der klerikalen Volkspartei. Ob das Zufall ist, kann bisher noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Es besteht aber die Möglichkeit, daß der Versuch gemacht wird, die katholischen Staaten Mitteleuropas wie Bayern, Oesterreich, Horthy-Ungarn und Polen auf eine gemeinsame politische Linie zu bringen, und man versucht, auch die Tschechoslowakei diesem Block anzugliedern.

GYPTNER (Deutschland): Ich möchte hier drei Hauptmomente im Kampfe gegen den Faszismus berühren: 1. die proletarischen Hundertschaften, 2. unsere Tätigkeit auf dem Lande und 3. den Kampf gegen den Faszismus auf internationalem Gebiete. Die Kommunistische Jugend steht auf dem Standpunkt, daß in die proletarischen Hundertschaften auch die Arbeiterjugend, schon vom 17. Jahre angefangen, eingereiht werden muß, sonst besteht die Gefahr, daß die Jugend entweder ihre eigenen Organe bildet — was durchaus nicht im Interesse der Arbeiterbewegung liegt — oder daß sie dorthin geht, wo sie Aktivität findet, nämlich zu den faszistischen Organisationen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß eine ideologische Beeinflussung der Betriebshundertschaften nicht möglich sein wird, weil die Partei nicht über Betriebszellen verfügt.

Unsere Tätigkeit auf dem Lande war bisher ungenügend. Wir müssen eine viel regere Propagandatätigkeit entfalten, damit wir nicht das Beispiel Italiens in Deutschland erleben, daß faszistische Expeditionen vom Lande aus gegen die Städte organisiert werden.

Was den internationalen Kampf gegen den Faszismus betrifft, sind unsere Aktionen zu schwach gewesen. Wir sehen zwar, daß der Faszismus den Kampf international führt, aber im Gegensatze dazu konnte sich das Proletariat eines Landes noch nicht auf die gleichzeitige parallele Tätigkeit des Proletariats der anderen Länder im Kampfe gegen den Faszismus verlassen. Ich hoffe, daß ebenso wie sich die Tätigkeit der Komintern im Kampfe gegen die Kriegs-

gefahr verstärkt hat, eine Verstärkung des Kampfes gegen den Faszismus eintreten wird. Die Kommunistische Jugend wird alles tun, um die stärkste Stütze der kommunistischen Parteien im Kampfe gegen den Faszismus zu sein.

Der Vorsitzende verliest eine Erklärung des Genossen Koritschoner (Oesterreich), in der die Taktik der K. P. Ö. gegenüber der Kritik Freys in der Frage des Kampfes gegen den Faszismus als die einzig richtige festgestellt wird. Frey hätte nicht als Vertreter der K. P. Ö. gesprochen.

RADEK: Wir haben das weitausgreifende und tiefeindringende Referat der Genossin Zetkin angehört über den internationalen Faszismus, diesen Hammer, der, bestimmt, auf das Haupt des Proletariats zerschmetternd niederzufallen, in erster Linie die kleinbürgerlichen Schichten treffen wird, die ihn im Interesse des Großkapitals schwingen. Ich kann diese Rede unserer greisen Führerin weder erweitern noch ergänzen. Ich konnte sie nicht einmal gut verfolgen, weil mir immerfort vor den Augen der Leichnam des deutschen Faszisten stand, unseres Klassengegners, der zu Tode verurteilt und erschossen wurde von den Schergen des französischen Imperialismus, dieser starken Organisation eines anderen Teils unserer Klassenfeinde. Während der ganzen Rede der Genossin Zetkin über die Widersprüche des Faszismus schwirrte mir im Kopfe der Name Schlageter herum und sein tragisches Geschick. Wir sollen seiner gedenken hier, wo wir politisch zum Faszismus Stellung nehmen. Die Geschicke dieses Märtyrers des deutschen Nationalismus sollen nicht verschwiegen, nicht mit einer wegwerfenden Phrase erledigt werden. Sie haben uns, sie haben dem deutschen Volke vieles zu sagen.

Wir sind keine sentimentalen Romantiker, die an der Leiche die Feindschaft vergessen, und keine Diplomaten, die sagen: am Grabe Gutes reden oder schweigen. Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es von uns, Soldaten der Revolution, männlich ehrlich gewürdigt zu werden. Sein Gesinnungsgenosse Freksa hat im Jahre 1920 einen Roman veröffentlicht, in dem er das Leben eines im Kampfe gegen Spartakus gefallenen Offiziers schilderte. Freksa nannte den Roman: der Wanderer ins Nichts. Wenn die Kreise der deutschen Faszisten, die ehrlich dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn des Geschicks Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollen sie auf sein Denkmal schreiben: der Wanderer ins Nichts...

Deutschland lag am Boden, geschlagen. Nur Narren glaubten, daß die siegreiche kapitalistische Entente das deutsche Volk anders behandeln würde, als das siegreiche deutsche Kapital das

russische, das rumänische Volk behandelt hatte. Nur Narren oder Feiglinge, die die Wahrheit fürchteten, konnten an die Verheißungen Wilsons, an die Erklärungen glauben, daß nur der Kaiser, nicht das deutsche Volk für die Niederlage zu zahlen haben würde. Im Osten stand ein Volk im Kampfe. Hungernd, frierend rang es gegen die Entente an 14 Fronten: Sowjetrußland. Eine dieser Fronten war gebildet von deutschen Offizieren und deutschen Soldaten. Im Freikorps Medem, das Riga stürmte, kämpfte Schlageter. Wir wissen nicht, ob der junge Offizier den Sinn seiner Tat verstanden hat. Der damalige deutsche Regierungskommissar, der Sozialdemokrat Winnig und der General von der Goltz, der Leiter der Baltikumer, wußten, was sie taten. Sie wollten durch Schergendienste gegen das russische Volk das Wohlwollen der Entente erobern. Damit die besiegte deutsche Bourgeoisie den Siegern keine Kriegstribute zu zahlen brauche, vermietete sie junges deutsches Blut, das von der Kugel des Weltkrieges verschont worden war, als ententistische Söldlinge gegen das russische Volk. Wir wissen nicht, was Schlageter über diese Zeit dachte. Sein Führer Medem hat später eingesehen, daß er durchs Baltikum ins Nichts wanderte. Haben das alle deutschen Nationalisten verstanden? Bei der Totenfeier Schlageters in München sprach General Ludendorf, derselbe Ludendorf, der sich noch heute England sowohl wie Frankreich als Obrist im Kreuzzug gegen Rußland anbietet. Schlageter wird beweint von der Stinnespresse. Herr Stinnes wurde eben in der Alpina Montana der Kompagnon Schneiders-Creusot, des Waffenschmiedes der Mörder Schlageters. Gegen wen wollen die deutschen Völkischen kämpfen: gegen das Ententekapital oder das russische Volk? Mit wem wollen sie sich verbinden? Mit den russischen Arbeitern und Bauern zur gemeinsamen Abschüttelung des Joches des Ententekapitals, oder mit dem Ententekapital zur Versklavung des deutschen und russischen Volkes?

Schlageter ist tot. Er kann die Frage nicht beantworten. An seinem Grabe haben seine Kampfgenossen die Fortführung seines Kampfes geschworen. Sie müssen antworten: gegen wen, an wessen Seite.

Schlageter ging vom Baltikum nach dem Ruhrgebiet. Nicht erst im Jahre 1923, schon im Jahre 1920. Wißt ihr, was das bedeutet? Er nahm teil an dem Ueberfall des deutschen Kapitals auf die Ruhrarbeiter, er kämpfte in den Reihen der Truppen, die die Ruhrbergleute den Eisen- und Kohlenkönigen zu unterwerfen hatten. Watters Truppen, in deren Reihen er kämpfte, schossen mit denselben Bleikugeln, mit denen General Degoutte die Ruhrarbeiter beruhigt. Wir haben keine Ursache, anzunehmen, daß Schlageter aus egoistischen

Gründen die hungernden Bergarbeiter niederwerfen half. Der Weg der Todesgefahr, den er wählte, spricht und zeugt für ihn, daß er überzeugt war, dem deutschen Volke zu dienen. Aber Schlageter glaubte, daß er dem Volke am besten diente, wenn er half, die Herrschaft der Klassen zu festigen, die bisher das deutsche Volk geführt und in dieses namenlose Unglück gebracht hatten. Schlageter sah in der Arbeiterklasse den Pöbel, der regiert werden muß. Und er war ganz gewiß einer Meinung mit dem Grafen Reventlow, der da gelassen sagt, jeder Kampf gegen die Entente sei unmöglich, bis der innere Feind niedergeschlagen sei. Der innere Feind aber war für Schlageter die revolutionäre Arbeiterklasse. Schlageter konnte mit eigenen Augen die Folgen dieser Politik sehen, als er ins Ruhrgebiet im Jahre 1923 während der Ruhrbesetzung kam. Er konnte sehen, daß, wenn auch die Arbeiter gegen den französischen Imperialismus einig dastehen, dennoch kein einiges Volk an der Ruhr kämpft und kämpfen kann. Er konnte sehen das tiefe Mißtrauen, das die Arbeiter gegen die deutsche Regierung, gegen die deutsche Bourgeoisie hegen. Er konnte sehen, wie der tiefe Zwiespalt der Nation ihre Verteidigungskraft lähmt. Er konnte mehr sehen. Seine Gesinnungsgenossen klagen über die Passivität des deutschen Volkes. Wie kann eine niedergeschlagene Arbeiterklasse aktiv sein? Wie kann eine Arbeiterklasse aktiv sein, die man entwaffnet hat, von der man fordert, daß sie sich von Schiebern und Spekulanten ausbeuten läßt? Oder sollte die Aktivität der deutschen Arbeitermasse vielleicht durch die Aktivität der deutschen Bourgeoisie ersetzt werden? Schlageter las in den Zeitungen, wie dieselben Leute, die als Gönner der völkischen Bewegung auftreten, Devisen ins Ausland verschieben, um das Reich arm, sich aber reich zu machen. Schlageter hatte ganz gewiß keine Hoffnung auf diese Parasiten, und es blieb ihm erspart, in den Zeitungen zu lesen, wie sich die Vertreter der deutschen Bourgeoisie, wie sich Dr. Lutterbeck an seine Henker mit der Bitte wandte, sie sollten den Stahl- und Eisenkönigen erlauben, die hungernden Söhne des deutschen Volkes, die Männer, die den Widerstand an der Ruhr durchführen, mit Maschinengewehren zu Paaren zu treiben.

Jetzt, wo der deutsche Widerstand durch den Schurkenstreich Dr. Lutterbecks und noch mehr durch die Wirtschaftspolitik der besitzenden Klassen zu einem Spott geworden ist, fragen die ehrlichen, patriotischen Massen, die gegen die französische imperialistische Invasion kämpfen wollen: Wie wollt Ihr kämpfen, auf wen wollt Ihr Euch stützen? Der Kampf gegen den ententistischen Imperialismus ist ein Krieg, selbst wenn in ihm die Kanonen schweigen. Man kann keinen Krieg an der Front führen, wenn man das Hinter-

land in Aufruhr hat. Man kann im Hinterlande eine Minderheit niederhalten, man kann nicht die Mehrheit niederhalten. Die Mehrheit des deutschen Volkes besteht aus arbeitenden Menschen, die kämpfen müssen gegen die Not und das Elend, das die deutsche Bourgeoisie über sie bringt. Wenn sich die patriotischen Kreise Deutschlands nicht entschließen, die Sache dieser Mehrheit der Nation zu der ihrigen zu machen und so eine Front herzustellen gegen das ententistische und das deutsche Kapital, dann war der Weg Schlageters ein Weg ins Nichts, dann wird Deutschland angesichts der ausländischen Invasion, der dauernden Gefahr seitens der Sieger zum Felde blutiger innerer Kämpfe, und es wird dem Feinde ein leichtes sein, es zu zerschlagen und zu zerstückeln.

Als nach Jena Gneisenau und Scharnhorst sich fragten, wie man das deutsche Volk aus seiner Erniedrigung herausbringen könne, beantworteten sie die Frage: nur, indem man den Bauer frei macht aus der Hörigkeit. Nur der freie Rücken des deutschen Bauern kann die Grundlage bilden für die Befreiung Deutschlands. Was die deutsche Bauernschaft am Anfange des 19. Jahrhunderts war, das ist für die Geschicke der deutschen Nation am Anfang des 20. Jahrhunderts die deutsche Arbeiterklasse. Nur mit ihr zusammen kann man Deutschland von den Fesseln der Sklaverei befreien, nicht gegen sie.

Vom Kampf sprechen die Genossen Schlageters an seinem Grabe. Den Kampf weiterzuführen, schwören sie. Der Kampf richtet sich gegen einen Feind, der bis an die Zähne bewaffnet ist, während Deutschland entwaffnet, während Deutschland zermürbt ist! Soll das Wort vom Kampf keine Phrase sein, soll er nicht in Sprengkolonnen bestehen, die Brücken zerstören, aber nicht den Feind in die Luft sprengen können; die Züge zum Entgleisen bringen, aber nicht den Siegeszug des Ententekapitals aufhalten können, so erfordert dieser Kampf die Erfüllung einer Reihe von Vorbedingungen, erfordert von dem deutschen Volke, daß es bricht mit denen, die es nicht nur in die Niederlage hineingeführt haben, sondern die diese Niederlage, die Wehrlosigkeit des deutschen Volkes verewigen, indem sie die Mehrheit des deutschen Volkes als den Feind behandeln. Er erfordert den Bruch mit den Leuten und den Parteien, deren Gesicht wie ein Medusengesicht auf die anderen Völker wirkt und sie gegen das deutsche Volk mobilisiert. Nur wenn die deutsche Sache die des deutschen Volkes ist, nur wenn die deutsche Sache im Kampf um die Rechte des deutschen Volkes besteht, wird sie dem deutschen Volke tätige Freunde erwerben. Das stärkste Volk kann nicht ohne Freunde bestehen, um so weniger ein geschlagenes, von Feinden umgebenes Volk. Will Deutschland imstande sein, zu kämpfen, so muß es eine Einheitsfront der

Arbeitenden darstellen, so müssen die Kopfarbeiter sich mit den Handarbeitern vereinigen, zu einer eisernen Phalanx. Die Lage der Kopfarbeiter erfordert diese Einigung. Nur alte Vorurteile stehen ihr im Wege. Vereinigt zu einem siegreichen, arbeitenden Volk wird Deutschland imstande sein, große Quellen der Energie und des Widerstandes zu entdecken, die jedes Hindernis überwinden werden. Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes. Geeinigt zu einem Volk der kämpfenden Arbeit wird es die Hilfe anderer Völker finden, die um ihre Existenz kämpfen. Wer in diesem Sinne den Kampf nicht vorbereitet, der ist fähig zu Verzweiflungstaten, nicht fähig aber zum wirklichen Kampfe.

Dies hat die Kommunistische Partei Deutschlands, dies hat die Kommunistische Internationale an dem Grabe Schlageters zu sagen. Sie hat nichts zu verhüllen, denn nur die volle Wahrheit ist imstande, sich den Weg zu den tief leidenden, innerlich zerrissenen, suchenden nationalen Massen Deutschlands zu bahnen. Die Kommunistische Partei Deutschlands muß offen den nationalistischen kleinbürgerlichen Massen sagen: Wer im Dienste der Schieber, der Spekulanten, der Herren von Eisen und Kohle versuchen will, das deutsche Volk zu versklaven, es in Abenteuer zu stürzen, der wird auf den Widerstand der deutschen kommunistischen Arbeiter stoßen. Sie werden auf Gewalt mit Gewalt antworten. Wer aus Unverständnis sich mit den Söldlingen des Kapitals verbinden wird, den werden wir mit allen Mitteln bekämpfen. Aber wir glauben, daß die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehört. Wir wollen und wir werden zu diesen Massen den Weg suchen und den Weg finden. Wir werden alles tun, daß Männer, wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden, daß sie ihr heißes, uneigennütziges Blut nicht verspritzen für die Profite der Kohlen- und Eisenbarone, sondern für die Sache des großen arbeitenden deutschen Volkes, das ein Glied ist in der Familie der um ihre Befreiung kämpfenden Völker. Die Kommunistische Partei wird diese Wahrheit den breitesten Massen des deutschen Volkes sagen, denn sie ist nicht die Partei des Kampfes um ein Stückchen Brot allein der industriellen Arbeiter, sie ist die Partei der kämpfenden Proletarier, die um ihre Befreiung kämpfen, um die Befreiung, die identisch ist mit der Freiheit ihres gesamten Volkes, mit der Freiheit alles dessen, was arbeitet, leidet in Deutschland. Schlageter kann nicht mehr diese Wahrheit ver-

nehmen. Wir sind sicher, daß Hunderte Schlageters sie vernehmen und sie verstehen werden. (Allgemeiner Beifall.)

ZETKIN (Schlußwort): Wir können mit Befriedigung auf diese Debatte zurückblicken. Ihr Niveau steht weit über dem Niveau der Debatten auf dem Hamburger Kongreß. Dort wurde die Frage theoretisch gar nicht beleuchtet, und praktisch lief sie auf die Aufforderung zum Kampf gegen die Kommunisten hinaus. Es kreißten die Berge und gebaren nur einen Mauseschwanz, ein Büro, das Material sammeln soll. In der Debatte haben eigentlich nur der Ungar Kunfi und Wels, einer der ersten Proletariermörder, gesprochen. Ihre Weisheit lief darauf hinaus: wenn es keine Kommunisten gäbe, dann gäbe es auch keinen Faszismus. Die Debatte hat meine Feststellungen unterstrichen, daß der Faszismus nicht nur militärisch, sondern auch politisch und ideologisch überwunden werden muß. Die einzelnen Redner haben meine Ausführungen ergänzt. Besonders war es Smeral, der eine gute Analyse gab. Die feinen und tiefen Worte Radeks haben mein altes Kämpfergemüt tief erschüttert. Sie kennzeichnen die Situation und unsere Aufgabe. Serra meinte, daß es zwischen dem früheren Verhalten des Faszismus und seinen jetzigen Handlungen eigentlich keinen Widerspruch gebe. Beide seien Folgen der Erfolgsjägerei. Diese Feststellung ist an sich richtig. Jedoch in der subjektiven Einstellung der Massen, in dem, was ihnen vorgetäuscht wurde und was der Faszismus gehalten hat, besteht doch ein gewaltiger Widerspruch und das muß festgehalten werden. Serra meinte, der Boykott des Faszismus sei nicht zweckdienlich. Diese Forderung wurde von der Frankfurter Konferenz aufgestellt. Wir müssen daran trotz der Schwierigkeiten festhalten. Die italienische Industrie ist ausschließlich auf die Kohlen und das Eisen des Auslandes angewiesen. Bei dem kleinsten Erfolg des Boykotts werden die Kapitalisten die Folgen spüren. Aus Amerika wird viel Getreide nach Italien eingeführt. Der Boykott wäre also an sich nicht ohne Bedeutung. Er würde außerdem zur Aufrüttelung der Arbeiter in den boykottierenden Ländern führen. Es muß außerdem bemerkt werden, daß diese Forderung von einer Konferenz aufgestellt wurde, in der Vertreter aller Parteien aus den Betrieben erschienen sind. Die Konferenz war die erste Errungenschaft unserer Einheitsfronttaktik. Wir sollten daher die dort aufgestellte Forderung nicht ohne Not fallen lassen. Auch der Boykott gegen Horthy-Ungarn hatte nicht die gewünschten Folgen. Er hatte dennoch eine aufrüttelnde Wirkung. Deutschland ausgenommen, scheint es, daß praktisch wenig gegen den Faszismus unternommen wurde. Doch selbst die schönste Ideologie nützt nichts, wenn sie nicht von praktischen Taten beglei-

tet wird. Die stehenden Heere sind die Brutstätten des Faszismus. Unsere Agitation muß daher auch in diese getragen werden. Wir müssen uns besonders jener Elemente des Faszismus annehmen, die in gutem Glauben den Faszismus mitmachen; wir, die nicht in das Nichts marschieren, sondern in eine lichte Zukunft, wir müssen diese Zukunft auch den gutgläubigen Elementen unter den Faszisten zeigen. Wir müssen arbeiten und den Kampf um jede einzelne Seele führen. Tun wir so, dann können wir ruhig ausrufen: Und wenn die Welt voll Teufel wär, wir werden sie bezwingen! (Lebhafter Beifall.)

Der Kongreß geht zum nächsten Punkt der Tagesordnung über.

Das Programm der Kommunistischen Internationale.

Berichterstatter BUCHARIN: Meine Aufgabe ist, Ihnen über den Stand der Arbeiten in der Frage des Programms der Komintern Bericht zu erstatten. Der IV. Kongreß hat diese Frage nicht besonders gründlich behandelt. Er hat nur verlangt, daß die Teilforderungen motiviert werden sollen im ersten Teil des Programms. Es hat somit an den allgemeinen Richtlinien gefehlt, nach denen die Diskussionen geführt werden sollten. Die Erweiterte Exekutive sollte allen Parteien einige positive Direktiven geben, um eine Diskussion zu ermöglichen.

Die Exekutive muß meiner Meinung nach festlegen, wie der Aufbau des Programms beschaffen sein soll und ob es für alle Parteien einen obligatorischen gemeinsamen Teil enthalten soll. Meiner Meinung nach wäre es zweckmäßiger, wenn alle unsere Parteien diesen gemeinsamen Teil besäßen. Das war auch die allgemeine Auffassung auf dem IV. Kongreß. Dieser gemeinsame Teil wäre ein Symbol dafür, daß wir auf dem Wege sind, eine Weltpartei zu werden. Teilweise ist es ja auch schon geschehen, denn die Komintern hat schon unzählige Resolutionen und Richtlinien angenommen, die allen unseren Sektionen gemeinsam sind. Dieser allgemeine Teil des Programms sollte bestehen aus der Analyse des Kapitalismus überhaupt, aus der Charakteristik der imperialistischen Epoche des Kapitalismus im besonderen und der Charakterisierung der Epoche des Niedergangs des Kapitalismus, aus der Entwicklung des Imperialismus, der Schilderung unseres Maximalprogramms, der Schilderung der Uebergangsforderungen aller kommunistischen Parteien, d. h. ganz allgemein gesprochen, aus dem Programm der proletarischen Diktatur, den allgemeinen Richtlinien unserer Strategie und laut dem Beschluß des IV. Kongresses in der Begründung der Teilforderungen. Bisher liegen uns drei Programmentwürfe vor, von denen einer von mir stammt, einer von der deutschen Partei und einer vom Genossen

Varga. Zwischen diesen drei Programmentwürfen bestehen theoretische Differenzen, die ziemlich bedeutend sind. Der deutsche Entwurf steht auf dem Boden der Ansichten der Genossin Luxemburg über die Akkumulation des Kapitals. Sie sind der Ansicht, daß die wissenschaftliche Begründung des Zusammenbruches des Kapitalismus nur mit Hilfe dieser Theorie geführt werden kann. Ich teile diese Ansicht nicht. Je nachdem wir diese Anschauung teilen oder nicht, werden wir dem einführenden allgemeinen Teil unseres Programms einen spezifischen Rahmen geben müssen. Ueber diese Theorie wird derzeitig in der russischen Partei eine rege Diskussion geführt. Ich kann darauf hauptsächlich deshalb nicht eingehen, weil Genosse Thalheimer, der Vertreter der Luxemburg'schen Akkumulationstheorie, nicht hier ist. Ich mache hier nur die Bemerkung, daß es in der weiteren Diskussion das Notwendigste ist, diese Frage sehr gründlich zu diskutieren, und kann mitteilen, daß wir in unserer russischen Partei spezielle Einrichtungen wissenschaftlichen Charakters haben zur Vorbereitung der Diskussion in dieser Frage. Unter unseren jungen Genossen, besonders unter den jungen roten Professoren, die wir an Stelle der alten Professoren erziehen, gibt es auch Anhänger der Theorie der Genossin Luxemburg. Es wird in kurzer Zeit ein großer Band erscheinen mit Aufsätzen für und gegen diese Auffassung.

Seit dem IV. Kongreß sind einige Ereignisse in dem Leben der Komintern und ihrer Sektionen eingetreten, die die Aufstellung einiger besonderer Punkte notwendig machen. Dazu gehört vor allem die nationale Frage, der wir mit der Zeit größere Bedeutung werden beimessen müssen als bisher. Eine andere Frage, über die wir fast gar nicht gesprochen haben, ist die Frage der Weltanschauung. Ich halte es für notwendig, daß wir im allgemeinen Teil auch unseren marxistisch-materialistischen Standpunkt genau formulieren und damit auch unser Verhältnis zur Religion kennzeichnen.

Ich komme jetzt noch zu drei Fragen, die miteinander zusammenhängen und ziemlich delikater Natur sind. Das sind: der sogenannte Rote Imperialismus, die Möglichkeit von Bündnissen proletarischer Staaten mit bürgerlichen Staaten und der Arbeiterkapitalismus und Arbeiterimperialismus. Diese Fragen müssen im allgemeinen Teil des Programms miterörtert werden, und zwar gerade deswegen, weil auch die nationalen Fragen ausführlich behandelt werden sollen. Ein Programm soll Richtlinien nicht nur für die gegenwärtige Zeit enthalten, sondern soll für eine längere Epoche aufgestellt sein. Die Verhältnisse in Deutschland sind ein Symptom der Weiterentwicklung und deuten an, was die Zukunft bringen kann. Es kann zu Kämpfen zwischen bürgerlichen Staaten untereinander kommen,

es kann zu nationalen Befreiungskämpfen seitens der besiegten Bourgeoisien oder seitens der Kolonialvölker kommen, oder endlich zu Kämpfen der Proletarier- und Bauernklasse gegen ihre Unterdrücker. Die Frage der Unterstützung des revolutionären Proletariats anderer Staaten durch schon bestehende proletarische Staaten ist nur für die allernächste Zeit noch eine theoretische Frage, in der weiteren Zukunft wird sie keineswegs eine bloß theoretische bleiben. Wir haben einen ähnlichen Fall schon in Georgien erlebt. Auch das Problem der Bündnisse proletarischer Staaten mit bürgerlichen Staaten muß berücksichtigt werden. Sowjetrußland hat z. B. die Türkei in Lausanne unterstützt, und keine kommunistische Partei hat ihm daraus einen Vorwurf gemacht. Oder nehmen wir den Fall der im Entstehen begriffenen Regierung Sun-Yat-Sens. Wir unterstützen Sun-Yat-Sen, obwohl er keineswegs eine proletarische Regierung bilden wird, sondern eine bürgerlich-revolutionäre Regierung. Aus allen diesen Beispielen ergibt sich die Möglichkeit verschiedener Kombinationen, die alle unter dem allgemeinen Gesichtspunkt der Strategie der proletarischen Staaten zu betrachten sind.

Wir sind gezwungen, unseren Gesichtswinkel bedeutend zu erweitern. Das haben wir praktisch schon in dieser Versammlung gesehen, und zwar bei der Frage des Verhaltens zwischen Proletariat und Bauernschaft. Zuerst haben wir Eliteparteien aufbauen müssen. Diese haben wir dann in Massenparteien verwandelt. Jetzt wollen wir die Anhänger der Sozialdemokratie auf unsere Seite bekommen. Mit der Zeit werden noch weitere Fragen vor uns auftauchen. Wenn der proletarische Staat entsteht, taucht sofort die Frage auf, ob er zum Sammelpunkt aller Unterdrückten, d. h. also nicht nur proletarischer Schichten, werden soll oder nicht. Je mehr der Kapitalismus zerfällt, desto mehr wird sich die Erscheinung bemerkbar machen, daß die schon bestehenden proletarischen Staaten Sammelpunkte aller Unterdrückten werden.

Ich muß mich nun einem Punkte zuwenden, über den Genosse Treint verschiedene Artikel verfaßt hat. Er sagt: Ich bin für den Arbeiterimperialismus. Was heißt Imperialismus? Doch nicht einfach Ausbreitung. Der Imperialismus hat kein anderes Ziel, als die Schaffung solcher Verhältnisse, die die ganze Welt unter die Herrschaft einer finanzkapitalistischen Clique stellen. Arbeiterimperialismus würde heißen, daß die Arbeiterschaft diese Verbreitung finanzkapitalistischer Verhältnisse als ihre Aufgabe betrachte. Das wäre also ganz widersinnig. Eine solche Terminologie könnte einen großen Wirrwarr in den Köpfen der Arbeiterschaft anrichten. Die Ausbreitung des Sozialismus ist etwas ganz anderes. Ich glaube,

daß wir im allgemeinen programmatischen Teil das Problem der entstehenden proletarischen Staaten als Konzentrationspunkte für alle Unterdrückten mit unter die Rubrik der Strategie der proletarischen Staaten einreihen sollen.

Man wird uns sagen: Sie waren gegen die eiserne Disziplin der zaristischen Armee und haben nun selbst eine Armee gebildet. Sie waren gegen die geheime Diplomatie, aber Sie haben nun in gewissem Maßstabe auch eine geheime Diplomatie. Die zaristische Regierung hatte spezielle Organe, Ochrana usw. zur Bekämpfung ihrer Gegner; Sie haben Ihre G. P. U., die macht dasselbe. So ist die Argumentation, die dieser Perspektive entspringt. Ein solcher Standpunkt, ein solcher Ausgangspunkt, eine solche Betrachtungsweise hat nichts gemein mit der Marxschen Methode. Denn diese fordert von uns nicht die Betrachtung des Formellen, nicht die Betrachtung der Form, sondern die Betrachtung des Klasseninhalts jeder Institution, jeder Politik, jeder gesellschaftlichen Erscheinung im Rahmen der Klassengesellschaft. Und wenn wir die Frage so stellen, so ist es natürlich ganz klar, daß wir, wenn wir die Expansion irgendwelcher Form betrachten, hauptsächlich nicht die Expansion, sondern die Expansion der spezifischen Form betrachten. Wenn wir die allgemeine Frage der Armee stellen, so ist es für uns das Wichtigste, in den Händen welcher Klasse diese Armee ist. Prinzipiell können wir die Expansion der sozialistischen Produktionsverhältnisse als vollständig zweckmäßig betrachten. Niemand kann das bestreiten, der auf dem revolutionären Standpunkt steht. Aber wir sollen ganz scharf gegen die Benennung solcher Tatsachen mit Worten wie „Arbeiter-Imperialismus" usw. auftreten.

Der Teil des Programms über die Motivierung der Teilforderungen soll auch in Zusammenhang gebracht werden mit der Arbeiter- und Bauernregierung. Wir müssen in das Programm die Feststellung aufnehmen, daß eine selbständige Bauernregierung dauernd überhaupt unmöglich ist. Es kann nur eine Vorherrschaft des Proletariats geben. Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird schließlich auch zu einem Kampfe um die Führung der Bauernschaft werden.

Ich möchte nun einige praktische Vorschläge machen. Die Exekutive soll beschließen, daß alle Parteien der Komintern folgendes Material zur Verfügung stellen sollen: 1. eine Analyse der Lage des eigenen Landes für die gegenwärtige Epoche, nicht etwa vom Standpunkt der momentanen Konjunktur, sondern unter Berücksichtigung einer längeren Zeit. 2. Alle Parteien sollen eine Zusammenstellung ihrer Teilforderungen geben. Diese Teilforderungen werden natür-

lich je nach dem Lande variieren. 3. Im Zusammenhange mit der Frage der allgemeinen Strategie der Arbeiterklasse muß uns das Material beschafft werden über das Verhalten unserer Parteien gegenüber anderen Arbeiterparteien. Unsere Kampagne für die Einheitsfront muß im allgemeinen Programmentwurf motiviert werden, und zwar auf Grund schon vorhandener Tatsachen. 4. Die verschiedenen nationalen Sektionen der Komintern sollen uns ihre nationalen Programmentwürfe schicken und außerdem sollen die Sektionen Kritiken an den schon vorhandenen Entwürfen und eventuell neue Vorschläge einsenden.

Ich würde vorschlagen, daß wir hier zuerst eine kleine Kommission, die aus 3 bis 4 Genossen besteht, wählen, die das gesamte Material von allen Parteien erhält und bearbeitet. Diese Kommission soll mit den anderen Parteien in Verbindung treten, und zwar so, daß jede Sektion einen Genossen wählt, der besonders für diese Arbeit verantwortlich ist. Ich bemerke noch, daß außerdem ein englischer und ein japanischer Programmentwurf vorliegen. Der englische Programmentwurf wird speziell zu behandeln sein, während diese Sitzung über den japanischen Entwurf noch nicht entscheiden kann, da er einen allgemeinen Teil enthält, bei dessen Annahme wir uns auch für den allgemeinen Teil anderer Programme binden würden. Ich empfehle deshalb die Annahme folgender

Resolution:

Die Erweiterte Exekutive hält es für notwendig, daß im Programm aller Parteien ein gemeinsamer allgemeiner Teil enthalten ist. Weiter betrachtet die Erweiterte Exekutive es als wünschenswert, im Programm auch eine Beleuchtung folgender Fragen zu geben: der Frage der Weltanschauung (marxistischer Materialismus, Verhältnis zur Religion u. ähnl.), der nationalen Frage, der Frage der Strategie der proletarischen Staaten, der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung.

Jede Partei hat folgendes Material zu beschaffen und dem E. K. zur Verfügung zu stellen: 1. Zur Analyse der Lage des Landes in der gegenwärtigen Epoche; 2. Zusammenstellung von Teilforderungen; 3. Zusammenstellung des Materials über das Verhalten gegenüber anderen Arbeiterparteien; 4. Entwürfe über den allgemeinen Teil und eventuell neue Vorschläge zum allgemeinen Teil.

Jede Partei bestimmt einen Genossen, der verantwortlich ist für die Arbeit auf diesem Gebiet. Die Erweiterte Exekutive wählt eine engere Kommission, deren Zweck zu bestehen hat 1. in der

Herstellung der Verbindungen mit den anderen Parteien; 2. in der Anregung und Leitung der Diskussion zur Programmfrage; 3. in der Ausarbeitung des Programmentwurfs des allgemeinen Teils zum V. Kongreß auf Grund des gesamten zusammengestellten Materials sowie auch in der Beleuchtung der Programme unserer nationalen Sektionen.

Das sind meine praktischen Vorschläge. Die Frage der Termine habe ich nicht aufgeworfen. Ich glaube, daß die Bestimmung dieser Termine — des Zeitpunkts, bis zu dem das Material zu liefern ist, und der Frist, in der die kleinere Kommission das endgültige Projekt ausarbeiten soll — der Exekutive oder dem Präsidium überlassen werden kann. (Beifall.)

Schluß der Sitzung 5 Uhr.

VIERZEHNTE SITZUNG

22. Juni 1923.

Berichte der Kommissionen.

(Die dänische Frage, Resolution, die norwegische Frage, Resolution.)

Redner: Ström, Ewert, Falk, Inkpin, Amter, Stirner, Ewert, Böttcher, Sinowjew, Furubottn.

Böttcher eröffnet die Sitzung um 4 Uhr.

Die dänische Frage:

Den Bericht erstattet STRÖM (Schweden): Die dänische Kommission ist der einmütigen Auffassung, daß in Dänemark zwischen den beiden kommunistischen Parteien keine prinzipiellen Streitigkeiten, sondern in der Hauptsache nur einige organisatorische und persönliche Differenzen bestehen. Wir glauben, daß die Resolution der Kommission die Zustimmung beider Parteien finden wird und daß sie sich wieder vereinigen werden. Trotz der großen Schwierigkeiten in Dänemark werden die dänischen Genossen mit vereinten Kräften große Erfolge erreichen. Die Kommission beantragt folgende

Resolution:

„Die Erweiterte Exekutive unterstreicht nochmals den Beschluß des IV. Weltkongresses, der unter anderem die Vereinigung aller Kommunisten in Dänemark zu einer Partei fordert.

Die Erweiterte Exekutive stellt fest, daß der Prozeß der Annäherung in den letzten Monaten Fortschritte gemacht hat. Aber immer noch stehen eine relativ große Zahl von Genossen der dänischen Sektion der K. I. fern.

Dem Antrag der Vertreter der dänischen und schwedischen Sektionen der K. I. nachkommend, unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Annäherung und um die Spaltung endgültig zu überwinden, fordert die Erweiterte Exekutive die Kommunistische Partei Dänemarks (Sektion der Kommunistischen Internationale)

auf, an die sogenannte alte Partei mit der Aufforderung heranzutreten, sich mit der K. P. Dänemarks (Sektion der Kommunistischen Internationale) zu vereinigen.

Um die Wiedervereinigung zu erleichtern, erklärt die Erweiterte Exekutive, daß bei der Verschmelzung die gegen die früheren Mitglieder Ernst Christiansen und Hellberg verhängten Bestimmungen aufzuheben sind.

Die Erweiterte Exekutive verpflichtet die dänische Sektion, die Arbeit der Wiedervereinigung sofort in Angriff zu nehmen, und ersucht beide Richtungen, die Vereinigung bis zum 1. September 1923 zu vollziehen.

Die Erledigung der organisatorischen Einzelheiten wird den in Frage kommenden Organisationen überlassen. Sie unterliegen der Bestätigung des Präsidiums der Exekutive."

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die norwegische Frage:

Berichterstatter EWERT (Deutschland): Die Kommission für die Frage des Zentralismus hat in der norwegischen Frage folgende Resolution beschlossen, die mit allen Stimmen gegen die Stimme des Vertreters der schwedischen Partei angenommen wurde.

Resolution.

I.

Die Erweiterte Exekutive nimmt die Erklärung zur Kenntnis, die Genosse Radek in der norwegischen Parteikonferenz (5. bis 7. Januar 23) abgegeben hat:

„Die Exekutive hat sich niemals zum Ziel gesetzt, die Selbständigkeit der kommunistischen Parteien aufzuheben. Sie hat immer verstanden, daß die Internationale nur stark sein kann, wenn die kommunistischen Parteien selbständig, aus eigener Erkenntnis und aus eigenem Willen eine richtige kommunistische Politik treiben. Leider aber ist die Situation in der K. I. die, daß in den kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder Abweichungen nach rechts und links vom richtigen Weg vorkommen. Darum ist es notwendig, daß die internationalen Kongresse und das von diesen gewählte E. K. auf Grundlage der gemeinsamen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung eingreifen und versuchen, diese Fehler zu korrigieren. Das E. K. hat niemals geglaubt, daß dieses nur und allein durch Beschlüsse des E. K. erfolgen kann, sondern daß seine Beschlüsse nur dann ausgeführt werden, wenn die Masse der Parteimitglieder von der Richtigkeit der Haltung des E. K. überzeugt ist.

Davon ausgehend, erkläre ich, daß jegliche Furcht davor, daß die Beschlüsse des IV. Kongresses die Einleitung der sukzessiven Aufhebung der Selbständigkeit der nationalen Sektionen bedeuten, vollständig unbegründet ist. Die norwegische Partei hat, wie auch jede andere Sektion der K. I. das Recht, selbständig alle s e i n e Angelegenheiten zu ordnen und zu leiten. Nur bei den Vorkommnissen, von denen das E. K. meint, daß die Entscheidung der N. A. P. unrichtig oder unkommunistisch ist, hat das E. K. das Recht und die Pflicht, einzugreifen. Es wird sich bei solchen Anlässen in Verbindung mit der norwegischen Partei setzen, die Meinungsverschiedenheiten gründlich studieren und seine Entscheidung auf Grundlage des gesamten Materials treffen. Diesen Entscheidungen muß sich die norwegische Partei dann beugen; denn wenn man einer Internationale angehört, müssen ihre Entscheidungen durchgeführt werden. Ueber die Entscheidung des E. K. kann die norwegische Partei stets an den internationalen Kongreß appellieren, der die höchste Instanz für alle Kommunisten und alle kommunistischen Parteien ist. Es kann weder einen absoluten internationalen Zentralismus, noch eine absolute Parteiselbständigkeit geben, wenn es eine Internationale geben soll. Die Selbständigkeit der Sektionen auf der Grundlage und im Rahmen der Kommunistischen Internationale ist eine Notwendigkeit, die sowohl im Interesse der norwegischen wie der internationalen Arbeiterbewegung liegt."

Die Exekutive bestätigt diese Erklärung.

Die Exekutive nimmt die Erklärung zur Kenntnis, die im Namen ihrer Delegation Genosse Bucharin auf dem Kongreß der norwegischen Partei am 23. Februar gemacht hat:

„Wir bestätigen im Namen der Exekutive die Erklärungen, die vom Genossen Radek abgegeben worden sind.

Wir betrachten es als wünschenswert, daß bis zur nächsten Sitzung der Erweiterten Exekutive außer dem vom IV. Weltkongreß gewählten Mitgliede auch ein anderer verantwortlicher Parteigenosse von der Richtung Tranmael zur E. K.-Sitzung mit beratender Stimme entsendet wird.

Wir erklären, daß wir auf der Erweiterten Sitzung der Exekutive auf Grund der schwierigen Krise der norwegischen Partei als einen Ausnahmefall vorschlagen wollen, daß zwei norwegische Parteigenossen (Scheflo und ein verantwortlicher Parteigenosse der Tranmael-Richtung) als Mitglieder der Exekutive mit einer Stimme zusammen betrachtet werden sollen.

Da infolge der Beschlüsse des Weltkongresses der K. I. die norwegische Partei außer dem Genossen Scheflo noch zwei weitere

Parteigenossen zu der Sitzung der Erweiterten Exekutive delegieren soll, fordert die Delegation absolut, daß Parteigenosse Trammael unbedingt zu dieser Sitzung delegiert wird.

Die Delegation der K. I. ist der Auffassung, daß die Minderheit sowohl im Zentralvorstand als auch in der Redaktion des Zentralorgans repräsentiert sein muß, unabhängig davon, welche Fraktion die Mehrheit auf dem Landeskongreß erlangt."

Das Exekutivkomitee bestätigte die Beschlüsse des Präsidiums, die auf Grund dieser Erklärungen angenommen worden sind. Die Erweiterte Exekutive bestätigt die Beschlüsse des Präsidiums über die Beauftragten der K. I., über die Erwünschtheit der vorherigen Besprechungen mit den Parteien über wichtige Fragen, über die Funktionäre des Organisationsapparates der K. I. und der Parteien usw. Alle diese Beschlüsse werden dazu beitragen, um alle Störungen und Mißverständnisse zu vermeiden. Das Erweiterte Exekutivkomitee heißt die Politik der Exekutive in den norwegischen Parteifragen gut. Es heißt gut, daß das E. K. in der Verteidigung der organisatorischen Linie der Komintern, in der Verteidigung der Notwendigkeit einer zentralisierten Leitung des proletarischen Klassenkampfes die langsame Umwandlung der norwegischen Partei und ihre historische Besonderheit im Auge behalten und der norwegischen Parteimehrheit die Zugeständnisse gemacht hat, die jedem norwegischen Arbeiter klar beweisen müssen, daß die Kommunistische Internationale den größten Wert darauf legt, die Organisation der tapferen norwegischen Partei trotz der Abweichungen in organisatorischen wie politischen Fragen in ihren Reihen zu behalten. Indem das Erweiterte Exekutivkomitee diese zuvorkommende Politik der Exekutive gutheißt, gibt es der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die norwegischen Genossen ihrerseits alles tun werden, damit die norwegische Partei ihre organisatorische Schwäche überwindet und in ihrer Organisation wie Politik vollkommen den Bedürfnissen des modernen Klassenkampfes, wie sie in den Entscheidungen der Komintern ihren Ausdruck gefunden haben, Rechnung trägt.

II.

Von diesem Wunsche ausgehend, empfiehlt die Erweiterte Exekutive der norwegischen Partei auf organisatorischem Wege:

a) Die Parteileitung möge Vorsichtsmaßregeln treffen, damit sich die Gruppe „Mot Dag" nicht auswachse zu einer fraktionellen Führerkliquen-Organisation. Soweit die Gruppe „Mot Dag" sich mit kommunistischer Propaganda unter der Studentenschaft beschäftigt, hat sie ein Recht auf organisatorische Sonderexistenz. Dem „Mot Dag" sind aber viele führende Genossen beigetreten, die keine Stu-

denten sind, sondern die in ihm vorerst einen Diskussionsklub über Parteiangelegenheiten sehen. Die Komintern begrüßt jede Form der Stärkung des geistigen Lebens in den kommunistischen Parteien. Diese darf jedoch nicht geschehen durch Absonderung der Führerschaft von der Parteimasse in besonderen Diskussionsklubs zusammen mit den jungen Parteiintellektuellen, noch weniger durch die Absonderung einer Gruppe der Führer. Die Diskussionen in der Partei müssen im allgemeinen in proletarischen Organisationen stattfinden, damit so die parteitaktischen Fragen und die Fragen der kommunistischen Weltanschauung nicht zur Geheimwissenschaft einer kleinen Gruppe in der Partei werden. Die Verwandlung der Gruppe „Mot Dag" in einen fraktionellen Klub birgt in sich die Gefahr, daß auch die andere Fraktion ihre besonderen Organisationen gründet und so die Gefahr der Zerreißung der Partei entsteht.

b) In der Frage der Reorganisation der Partei muß endlich praktische Arbeit geleistet werden. Das E.K. ist vollkommen mit der norwegischen Partei einig in der Auffassung, daß die Organisation der Kommunisten im Betriebe die Grundzelle der Partei bildet. Was die Frage anbetrifft, ob diese Grundzellen lokal oder fachgemäß zusammengefaßt werden sollen, so erklärt die Erweiterte Exekutive: da die kommunistische Partei eine Organisation zur Führung des allgemeinen Klassenkampfes des Proletariats und nicht zur Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe ist, für welchen Zweck die Gewerkschaften bestehen, so hält das E.K. die lokale Zusammenfassung der Grundzellen der Partei für die einzig mögliche endgültige Form der Organisation der Partei. Aber es ist selbstverständlich, daß es der Partei überlassen werden muß, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln sie den Uebergang findet von dem jetzigen Zustand zu der Organisation, wie sie eine kommunistische Partei braucht und erfordert.

c) Was das Verhältnis der Partei zur Gewerkschaftsfrage betrifft, so erfordert eben die jetzt vorgenommene Trennung der Parteiorganisationen von den gewerkschaftlichen, daß die norwegische Partei mit noch größerer Aufmerksamkeit, mit noch größerem Eifer, mit noch größerer Sorgfalt den Zusammenhang mit den Gewerkschaften pflegt. Die Kommunisten in den Gewerkschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften sich auch weiterhin im kommunistischen Geiste entwickeln. Zu diesem Zwecke müssen die Kommunisten in den Gewerkschaften unter der Leitung der Parteizentrale arbeiten, die ihrerseits bei ihren Entscheidungen in steter Fühlung mit den in den Gewerkschaften arbeitenden Genossen vorzugehen hat. Die Zentrale der norwegischen Partei, wie

auch die Kommunisten in den Gewerkschaften haben die Pflicht, für den Anschluß der norwegischen Gewerkschaften an die R. G. I. zu wirken.

d) Was die Jugendorganisation betrifft, so untersteht sie unter Aufrechterhaltung organisatorischer Selbständigkeit der politischen Leitung des Zentralkomitees der Partei. Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische Jugend nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich auf das eifrigste mit allen Lebensfragen der Partei, wie der Kommunistischen Internationale zu befassen, sie zu diskutieren und zu ihnen entsprechend der von ihr gewonnenen Auffassung Stellung zu nehmen. Das E. K. ersucht die norwegische Parteileitung, die Jugendorganisation, die zur Erziehung ihrer Mitglieder ein bedeutendes Maß geistiger Freiheit bedarf, mit Verständnis zu behandeln.

III.

1. Das E. K. begrüßt das Wachstum und die Festigung der norwegischen Partei. Ihr Wachstum, ihr Einfluß in der Arbeiterklasse, ihr Eindringen in die Beamtenschaft und in die sogen. freien Berufe zeigt, daß die Verschärfung des Kampfes in Norwegen der Partei erlauben wird, ihren Einfluß über die rein proletarischen Schichten hinaus zu erweitern, d. h. die Aufgabe zu erfüllen, die dem Proletariat als dem Führer aller Unterdrückten und aller Leidenden obliegt. Die soziale Struktur Norwegens, das Vorhandensein einer großen Masse armer Fischer und einer großen Masse sehr armer Bauern in Norwegen macht es der Partei zur Pflicht, ihre Anstrengungen zu verzehnfachen, um diese Massen dem Einfluß der bürgerlichen Parteien zu entreißen, die unter der Maske der Bauernfreundlichkeit die Politik der Großbauern und der Banken treiben. Das Erweiterte E. K. ist überzeugt, daß dieses Eindringen in die arme Bauernschaft ihre Organisierung teils in den Reihen der norwegischen Arbeiterpartei, teils in Bauernorganisationen, die gewillt sein werden, in einer Einheitsfront mit der Arbeiterpartei zu kämpfen, nur beschleunigen wird, daß wir keine Herrschaft der Arbeiterklasse erstreben, die sich über die Interessen der armen Bauern hinwegsetzt, sondern daß wir zusammen mit ihnen die Interessen der arbeitenden und ausgebeuteten Volksmassen in Stadt und Land vertreten wollen.

Das E. K. nimmt zur Kenntnis die Befürchtungen der Mehrheit der norwegischen Delegation, daß die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung in Norwegen gewisse Gefahren in sich birgt. Auf diese Gefahren weist auch schon die allgemeine Resolution des E. K. zu dieser Losung hin. Die Gefahren bestehen darin, daß der Kampf um die Bauernmassen und ihre Durchdringung und Organisierung er-

setzt werden könnte durch parlamentarische Kombinationen mit reaktionären Bauernparteien. Aber diesen Gefahren kann die Partei leicht entgehen, wenn sie die Aktion und die Propaganda in die breiten Massen der Bauern hineinträgt und durch entsprechende Aktionen im Parlament und im Lande die bürgerlichen Bauernparteien vor die Notwendigkeit stellt, ihre Anträge, die im Interesse der armen Bauern gestellt werden, anzunehmen oder abzulehnen und sich zur Frage einer Arbeiter- und Bauernregierung, d. h. eines Bruches mit der Bourgeoisie zu äußern. Auf diese Weise wird die Differenzierung der Bauernpartei und die Einheitsfront mit der Masse der armen Bauern nur gefördert.

Angesichts der Zweifel der Vertreter der Mehrheit der norwegischen Genossen gegenüber der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung erklärt das E. K., daß, obwohl es diese Befürchtungen für unbegründet hält, es ihnen Rechnung trägt und die Partei auffordert, vorerst alle diese Fragen vor den breitesten Massen des Landes durchzudiskutieren und erst am Schlusse dieser Diskussion auf dem Parteitage zu beschließen, wie die Losung der Komintern: Arbeiter- und Bauernregierung, durchzuführen sei.

2. Angesichts der wiederholten Anklagen, daß die Storthing-Fraktion opportunistische Politik treibe, die stets von der Mehrheit der Partei erhoben werden, schlug das E. K. der norwegischen Delegation die Abberufung der Storthing-Fraktion oder eines Teiles ihrer Mitglieder vor. Das E. K. war bei diesem Vorschlage geleitet von der Ueberzeugung, daß so sehr auch die Interessen der Entwicklung des Kommunismus die Ausnützung der parlamentarischen Tribüne erfordern, es unter gewissen Umständen notwendig sein kann, auf die Ausnützung des Parlamentarismus für eine gewisse Zeit zu verzichten, um die Einheit der Partei auf revolutionärem Boden zu sichern und so eine zukünftige revolutionäre Ausnützung des Parlamentarismus vorzubereiten. Die Mehrheit der norwegischen Parteidelegation hat sich gegen die Abberufung der gesamten Storthing-Fraktion gewandt, wodurch sie nicht nur ihr Verständnis für das Interesse der Partei an der Existenz einer kommunistischen Storthing-Fraktion bekundet, sondern auch zugibt, daß sie selbst die allgemeinen Anklagen gegen die Storthing-Fraktion für übertrieben hält. Indem die Mehrheit der Fraktion es dem Parteivorstande überlassen hat, die Abberufung einzelner Mitglieder der Storthing-Fraktion vorzuschlagen, hat sie dem Parteivorstand nur ein Recht zugebilligt, das ihm selbstverständlich ohnehin zusteht. Sollten wirklich einzelne Genossen in der Fraktion opportunistische Politik getrieben haben, so spricht die Exekutive ihr Bedauern darüber aus, daß der

Parteivorstand bisher von seinem Rechte keinen Gebrauch gemacht hat, und sie spricht die Hoffnung aus, daß er in der Zukunft der Storthing-Fraktion klare, revolutionäre Anweisungen geben wird, die nicht nur jeden Konflikt zwischen Fraktion und Partei unmöglich machen, sondern die Arbeit der Storthing-Fraktion auch mit dem Kampfe der proletarischen Massen aufs engste verknüpft.

3. Das E. K. spricht die feste Ueberzeugung aus, daß diese Lösung der norwegischen Parteifrage der norwegischen Partei erlaubt, in der selbständigsten Weise die Entwicklung zum Kommunismus zu beschleunigen, sich fest und sicher einzugliedern in die internationale Front des kommunistischen Proletariats, sich endlich als ein Teil der Kommunistischen Internationale ohne alle Reservationen zu fühlen. Das Erweiterte E. K. betrachtet es als selbstverständlich, daß die norwegischen Genossen alle Zweifel, die noch übriggeblieben sein könnten, dem V. Kongreß unterbreiten werden, daß jedoch jedes Spielen mit der Idee des Austritts aus der Kommunistischen Internationale, wie es bei einzelnen Genossen bestand, jede Drohung mit der Spaltung der Partei, von welcher Seite sie auch kommen möge, von nun an aufhören werden und die Partei sich entwickelt zu einer kommunistischen Partei, die auf Leben und Tod mit der Kommunistischen Internationale verbunden ist.

EWERT (Deutschland): Diese Resolution enthält also auf dem Gebiete der Organisation weitestgehende Zugeständnisse, ohne den grundsätzlichen Boden der K. I. zu verlassen. Desgleichen enthält sie eine ganze Anzahl politischer Konzessionen, die der norwegischen Partei die Möglichkeit geben, die Losungen der K. I. den konkreten Bedingungen in ihrem Lande anzupassen. Wir hoffen, daß die Massen der norwegischen Partei mit dieser Resolution einverstanden sein werden, sich enger mit der Kommunistischen Internationale verbinden und die Widerstände in ihren eigenen Reihen überwinden werden. Wir hoffen, daß sie mitarbeiten werden an dem Aufbau einer schlagfertigen Internationale. (Beifall.)

STRÖM (Schweden): Die schwedische Delegation hat folgende Erklärung und Abänderungsvorschläge zu dem vorliegenden Vorschlag in der Kommission gemacht, und wir wollen auch hier diese Erklärung und diese Vorschläge aufrechterhalten:

1. Die im Vorschlage gemachten Zugeständnisse und die sogenannten Beschlüsse in bestimmten organisatorischen Fragen begrüßen wir mit Befriedigung. Aber die schwedische Partei behält sich vor, gewisse, von der norwegischen Partei beantragte Aenderungen des Statutes der Internationale auf dem Weltkongreß zu unterstützen.

2. In der Frage des „Mot Dag" schlagen wir vor, diese Angelegenheit durch den Beschluß des norwegischen Parteikongresses als liquidiert anzusehen.

3. In der Frage der Stellung der Jugendverbände zu den Parteien sind wir damit einverstanden, daß die Jugend das Recht hat, die Angelegenheiten der Partei zu diskutieren, wenn in der Partei eine solche Diskussion geführt wird. Wir fordern aber unbedingte Disziplin der Jugend den Parteibeschlüssen gegenüber. Der Jugendinternationale muß verboten werden, durch die Jugendverbände eine gegen die Parteien oder Parteileitungen gerichtete Propaganda zu treiben oder solche Propaganda zu unterstützen, welche die Jugendbewegung in eine in der Partei organisierte Fraktion verwandelt. Im Falle eines Konfliktes zwischen einer Partei und der Exekutive muß man versuchen, diesen Konflikt ohne Einmischung des Jugendverbandes als Organisation zu lösen. Die Jugendlichen dürfen als Parteimitglieder innerhalb der Parteiorganisation für ihre Auffassung arbeiten.

4. Betreffs der Stellung der norwegischen Partei zur R. G. I. soll die Partei jetzt wie früher für den Anschluß der gewerkschaftlichen Landesorganisation an die Profintern arbeiten unter Berücksichtigung dessen, daß die gewerkschaftliche Einheit beibehalten wird. Die Parteimitglieder sollen in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit einheitlich als disziplinierte Kommunisten auftreten. Es gilt aber, der notwendigen Zusammenarbeit zwischen der Führung der Partei und den gewerkschaftlichen aktiven Genossen eine solche Form zu geben, daß dieses Verhältnis nicht den Schein eines Kommandos der Parteileitung oder den Charakter einer nur formell mechanischen Unterordnung bekommt.

5. Die Parole Arbeiter- und Bauernregierung ist unserer Meinung nach im politischen Sinn für Norwegen noch keine aktuelle Parole. Die K. P. muß zuerst eine umfassende Agitations- und Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Schichten innerhalb der norwegischen Bauernklasse betreiben, damit diese Schichten für die Partei und für ein Zusammengehen mit der organisierten Industriearbeiterklasse gewonnen werden, um einen gemeinsamen Kampf gegen die bürgerliche Reaktion und das kapitalistische Ausbeutertum zu führen. In diesem Sinne ist die Parole Arbeiter- und Bauernregierung zu verstehen. Jeder Versuch, diese Parole auszunützen für eine parlamentarische Annäherung an irgendeine bürgerliche Partei von seiten der kommunistischen Reichstagsfraktion oder zu Konzessionen an opportunistische Strömungen innerhalb der Partei, zur Schwächung des revolutionären Klassenkampfes, muß unbedingt

zurückgewiesen werden. Es bleibt jetzt wie früher die wesentliche Aufgabe der Partei, gestützt auf die wesentlichen Teile der Industriearbeiterklasse, das ganze Proletariat zu sammeln und als Klasse zu organisieren zum Zwecke des direkten ökonomischen und politischen Befreiungskampfes.

So weit unsere Abänderungsanträge in der Kommission, die nicht angenommen wurden.

Wir erkennen an, daß der jetzt vorliegende Vorschlag in gewissen Punkten sehr entgegenkommend ist, aber in anderen Punkten — vor allem der Jugendfrage und der Frage „Mot Dag" — können wir ihn nicht akzeptieren. Wenn eine Abstimmung en bloc geschehen sollte, müßten wir deshalb den Antrag ablehnen.

FALK (Norwegen) erklärt, er und zwei andere norwegische Delegierte, Hofmoe und Tranmael, wünschten festzustellen, daß sich die norwegische Partei das Recht vorbehält, bis zum V. Weltkongreß Vorschläge zu einer Revision der Statuten der Kommunistischen Internationale einzubringen. Wir geben zu, daß Zugeständnisse gemacht worden sind, wir sind aber dafür, daß sie in die Statuten aufgenommen werden. Die Mehrheit der Delegation ist gegen das Prinzip der Zugeständnisse, ebenso gegen mehrere der gemachten Vorschläge. Sie wird deshalb gegen den Beschluß stimmen. Sie ist der Anschauung, daß die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung nicht für alle kommunistischen Parteien aufgestellt werden darf. Sie hat allerdings nichts dagegen einzuwenden, daß diese in der norwegischen Partei diskutiert wird und dem Parteitag zur Entscheidung überlassen bleibt. Sie wünscht außerdem zu erklären, daß sie die opportunistischen Tendenzen der parlamentarischen Gruppe nicht speziell kritisiert hat. Solche Tendenzen sind überall in der Partei vorhanden. Die Mehrheit der Delegation kann nicht für die Entschließung stimmen.

Bucharin hat die Delegation kritisiert, weil sie sich auf keine gründliche Diskussion der mit Bezug auf die norwegische Partei vorgeschlagenen Maßnahmen eingelassen hat. Der Grund ist der, daß man uns zu einer Diskussion über die Grenzen des Zentralismus eingeladen hat und wir nicht erwartet haben, daß man positive Vorschläge machen wird.

Wir wissen, daß wir auf dem Kongreß allein stehen, aber wir sind dessen gewiß, daß wir in der kommunistischen Bewegung nicht allein stehen, und deshalb finden wir es augenblicklich der Sache nur dienlich, daß eine Gelegenheit zur Besprechung dieser Fragen geboten wurde.

Ungeachtet der Beschuldigungen des Opportunismus ist unsere Perspektive nicht weniger revolutionär als jene der Mehrheit.

Es ist sehr viel geredet worden über die Gefahr einer Spaltung der Partei. Die Gefahr wird nicht von unserer Fraktion ausgehen. Es wird vielmehr auf die praktische Politik ankommen, die die Exekutive der Komintern in den nächsten Monaten einschlagen wird, und auf die Haltung der Opposition, ob eine Spaltung eintreten wird oder nicht.

INKPIN (England): Die englische Delegation beabsichtigt nicht, die Debatte in die Länge zu ziehen. Sie wünscht lediglich die Behauptung des Genossen Falk zu widerlegen, die Anschauung, die er und seine Freunde vertreten, würde von anderen Sektionen der Internationale geteilt. Keine Sektion der Internationale wird solchen Anschauungen beipflichten. Es ist nicht die Spur eines Beweises vorhanden, daß solche Ansichten von der englischen Kommunistischen Partei unterstützt werden. Die englische Delegation hat mich beauftragt, folgende Erklärung, die einstimmig von ihr angenommen worden ist, zu verlesen: „Die englische Delegation, deren Parteiverhältnisse gegenwärtig der Komintern zur Prüfung vorliegen, gibt ihrer Zustimmung hinsichtlich der Entscheidung der Exekutive in der Sache der skandinavischen Parteien Ausdruck. Sie nimmt an, daß die skandinavischen Genossen, ebenso wie die englischen in ihrer eigenen Sache, ihr Aeußerstes tun werden, diesen Entscheidungen volle Geltung zu verschaffen, da keine andere Möglichkeit besteht, die Bande der Solidarität innerhalb der gesamten Kommunistischen Internationale zu knüpfen, als die loyale Unterordnung unter ihre Beschlüsse und die restlose Mitarbeit bei ihren Aktionen, seitens ihrer Sektionen."

AMTER (Vereinigte Staaten): Genosse Falk hatte die Kühnheit, zu behaupten, er glaube, er und seine Freunde ständen mit ihren Anschauungen in der Kommunistischen Internationale nicht allein. Die Kundgebung dieser Versammlung müßte den Genossen Falk davon überzeugt haben, daß er absolut allein dasteht.

Falk hat auch ausgeführt, die Gefahr eines Bruches würde von den praktischen Maßnahmen der Exekutive abhängen. Das gleicht dem Auftreten eines Provokateurs, der sich herausgenommen hat, hierherzukommen, um der Kommunistischen Internationale unlautere Absichten vorzuwerfen. Die Erweiterte Exekutive hat große Zugeständnisse gemacht, mehr als Falk verdient. Dieser Beschluß wird den Erfolg haben, all jene norwegischen Genossen, die in der Kommunistischen Internationale zu verbleiben wünschen, zu einigen und die Arbeiter Norwegens unter das Banner und die Disziplin der Kommunistischen Internationale zu bringen.

Amter verliest eine Erklärung der amerikanischen und kanadischen Delegierten, die die mit Bezug auf die norwegische Frage und die Grundsätze des demokratischen Zentralismus getroffene Entscheidung billigt.

STIRNER (Südamerika): Die norwegischen Genossen haben sich bei ihrem Verhalten gewiß keine Rechenschaft darüber gegeben, was es nach sich ziehen kann. In den südamerikanischen Parteien haben wir diese Debatte über den demokratischen Zentralismus eben abgeschlossen und die anarchistischen und syndikalistischen Strömungen mit größter Mühe besiegt. Wenn die Frage des Zentralismus nicht im Sinne der Komintern entschieden wird, werden in den jungen Parteien die anarchistischen und syndikalistischen Elemente diese Diskussion aufs neue eröffnen. Die südamerikanischen Parteien werden für die Resolution der Exekutive stimmen.

EWERT (Deutschland) weist im Namen der deutschen, tschechoslowakischen, österreichischen, französischen, italienischen, holländischen, schweizerischen, finnländischen, südslawischen, estländischen, litauischen, lettländischen, polnischen Partei und der Kommunistischen Jugendinternationale die Behauptung Falks zurück, daß die norwegische Partei mit ihrer Ansicht in der Kommunistischen Internationale nicht allein dastehe. Die unterzeichneten Gruppen sehen in der versteckten Drohung Falks mit einer Spaltung eine Provokation, die von der norwegischen Arbeiterschaft ganz entschieden abgelehnt werden wird. (Starker Beifall.)

Vorsitzender BÖTTCHER: Die Debatte hat wohl gezeigt, daß Genosse Falk mit seiner Auffassung allein dasteht und daß keine Sektion der Komintern seine Meinung vertritt.

SINOWJEW: Obwohl mir die letzte Rede des Genossen Falk diesen Antrag erschwert, schlage ich doch vor, daß die Exekutive zur engeren Verbindung mit den skandinavischen Parteien noch einen skandinavischen Genossen in das Präsidium hineinwählt. Beide skandinavischen Vertreter würden zusammen eine Stimme haben. Ich würde vorschlagen, daß die schwedische und die norwegische Partei abwechselnd einen Genossen entsenden, der die Aufgabe haben soll, die Exekutive über den wirklichen Stand der Dinge in den skandinavischen Parteien zu informieren. Ich hoffe, daß dieser Antrag trotz der herausfordernden Rede des Genossen Falk angenommen wird. Die Debatte hat gezeigt, daß der Genosse Falk in der Komintern mit seiner Ansicht vollkommen isoliert dasteht. Wenn er sich zur Aufgabe gestellt hat, diese Isoliertheit zu unterstreichen, so ist ihm das glänzend gelungen. Was die Drohung mit der Spaltung betrifft, so muß ich das wiederholen, was ich in der Kommis-

sion schon gesagt habe. Wir kennen den Genossen Tranmael als einen Parteigenossen, der schon jahrelang in der Arbeiterbewegung gekämpft hat und der auch der Arbeiterbewegung treu bleiben wird. Den Genossen Falk kennen wir nicht. Aber wir haben schon des öfteren die Erfahrung gemacht, daß solche intellektuellen Linksradikalen bei der Bourgeoisie endigten. Ich weiß nicht, ob Genosse Falk dazu berufen ist, im Namen der norwegischen Partei mit der Spaltung zu drohen. Aber wir lassen uns nicht leicht einschüchtern. Mancher, der eine solche Spaltung angefangen hat, ist jetzt ein politischer Kadaver. (Starker Beifall.) Wenn er diesen Weg tatsächlich einschlagen sollte, dann können wir ihm versichern, daß er vielleicht bei den Sozialdemokraten eine Rolle spielen wird, nicht aber bei uns. Die norwegischen Arbeiter werden ihm nicht die Gelegenheit geben, mit dem Schicksal der Partei zu spielen. Es lebe die Einheit der norwegischen Partei! (Langer, anhaltender Beifall. Die Delegierten stimmen die Internationale an.)

FALK (Norwegen): Es ist keinerlei Drohung mit einer Spaltung der norwegischen Partei von uns ausgegangen, noch eine solche irgendeinem Worte zu entnehmen. Die Gefahr einer Spaltung würde sowohl dem Verhalten der Opposition innerhalb der Partei, als auch dem Verhalten der Exekutive der Komintern entspringen.

Die norwegische Delegation ist sich über diese Feststellung einig.

FURUBOTTN (Norwegen) gibt als Vorsitzender der norwegischen Jugendorganisation die Erklärung ab, daß die norwegische Jugend ihre Aufgabe darin sieht, die Spaltung zu vermeiden, und daß sie alles tun wird, um die Loslösung der Partei von der Komintern zu verhindern. Die norwegische Arbeiterschaft steht vor einer Verschärfung des Klassenkampfes und wird die Faust des Kapitalismus ebenso zu spüren bekommen wie die Arbeiterschaft in den anderen Ländern. In einer solchen Situation werden alle ehrlichen und revolutionären Arbeiter, auch die, die nicht in der Jugendorganisation stehen, es sich zur Aufgabe machen, in engster Gemeinsamkeit mit der Komintern die Arbeiterschaft für die kommenden Kämpfe und für die kommende Revolution vorzubereiten. (Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Böttcher, bringt hierauf die Resolution über die norwegische Frage en bloc zur Abstimmung. Unter dem lauten Beifall der Delegierten wird sie mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Skandinavier angenommen. Ebenso wird der Antrag des Genossen Sinowjew auf Entsendung noch eines skandinavischen Genossen in das Präsidium einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung um 6 Uhr.

FÜNFZEHNTE SITZUNG

23. Juni 1923.

Der Umsturz in Bulgarien und die Kommunistische Partei. — Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale an den Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens. — Aufruf an die bulgarischen Arbeiter und Bauern. — Zum Bericht der Exekutive. — Die Arbeiter- und Bauernregierung. — Zum Hamburger Kongreß. — Zum russisch-englischen Konflikt. — Ueber das Verhältnis der Kommunisten zur Religion. — Zur Programmfrage. — Zur Ermordung des Genossen Worowski. — Die japanische Frage. — Über den Faszismus. — Die Gewerkschaftsfrage. — Die Genossenschaftsfrage. — Die italienische Frage. — Erklärung der Mehrheit der italienischen Partei. — Bericht der Balkan-, der schweizerischen und der österreichischen Kommission. — Resolution über die schweizer Frage. — Resolution über die österreichische Frage. — Die Frauenfrage. — Die holländische Frage. — Die englische Frage. — Die Negerkonferenz. — Der fünfte Weltkongreß. — Neuwahl des Präsidiums. — Schlußwort.

Redner: Hörnle, Radek, Katayama, Walcher, Hörnle, Lunatscharski, Neurath, Zetkin, Trachtenberg, Böttcher, Sinowjew.

HÖRNLE (Deutschland) berichtet über die Arbeit der Mandatskommission. Sämtliche Mandate wurden geprüft und für richtig befunden. Die Workers Parties in Amerika und Canada, die als sympathisierende Parteien der K.I. angeschlossen sind, haben nur beratende Stimme.

Der Bericht wird genehmigt.

Der Umsturz in Bulgarien und die K. P.

Berichterstatter RADEK: Der Staatsstreich in Bulgarien bedeutet einen Teil des siegreichen Vormarsches der Weltreaktion. Die Bauernregierung in Bulgarien war der einzige Fremdkörper in der Herrschaft der Bourgeoisie auf dem Balkan, die einzige Regierung, die trotzdem, daß sie versuchte, den Friedensvertrag von Neuilly zu erfüllen, in der bürgerlichen Welt als eine Regierung der Bauernschaft gegen die städtische Bourgeoisie empfunden wurde. Es genügt, zu sehen, wie die Organe des Faszismus, beginnend mit der Morning-Post und endend mit der Stinnespresse, den Sturz Stambulijskis be-

grüßen, um zu erkennen, daß eine starke Verschiebung auf dem Balkan zugunsten der Weltreaktion eingetreten ist.

Die neue aus dem Staatsstreich hervorgegangene angeblich demokratisch-bürgerliche Regierung ist die Regierung, die im nahen Kontakt mit der russischen Konterrevolution steht. Es spielen dabei zweifellos die Wrangeloffiziere eine Rolle. Die Art, wie die konterrevolutionäre russische Presse, mit dem „Rul" an der Spitze, sich mit dem bulgarischen Staatsstreich beschäftigt, zeigt, daß die Konterrevolution von ihm eine Stärkung ihrer Position erhofft.

Wenn man die Dinge vom weltpolitischen Standpunkt betrachtet, so ist der Staatsstreich ein Ereignis in dem allgemeinen Kampf der beiden jetzt um die Hegemonie in Europa kämpfenden Mächte Frankreich und England.

Der Fall Stambulijskis, der Sieg der neuen weißen Regierung, bedeutet, daß die englische Regierung für ihre Einkreisungspolitik im Orient gegen Sowjetrußland einen Posten in die Hand bekommen hat. Die kleine Entente, das Werkzeug Frankreichs, unterstützte Stambulijski aus dem Grunde, weil die Stambulijskiregierung eine Politik der Erfüllung des Neuilly-Friedens führte. Wenn der Umsturz in Bulgarien nicht mit direkter materieller Hilfe Englands und Italiens stattgefunden hat (Italien ist bekümmert um die Adria und deshalb mit Jugoslawien im Kampf), so unterliegt es doch nicht dem geringsten Zweifel, daß England und Italien sich für die siegreiche Staatsstreichclique ins Zeug legen. Als die jugoslawische Regierung gegen diese Regierung des bulgarischen Staatsstreiches diplomatisch vorgehen wollte, erfolgte der Schritt des englischen Gesandten Young in Belgrad, der Jugoslawien diesen Schritt verbot. Nun sind wir ganz gewiß nicht die Hüter des Friedens von Neuilly, aber in der Beurteilung der weltpolitischen Lage handelt es sich darum, daß es in diesem Augenblick Großbritannien ist, das die Initiative zur Einkreisung Sowjetrußlands ergreift. In diesem Kontext bedeutet das einen Posten in dem neuen Spiel der Einkreisung Sowjetrußlands. Schon das zeigt, daß es sich hier um einen Vorgang von großer politischer Bedeutung handelt, den wir sehr aufmerksam behandeln müssen.

Es ist klar, daß dieser Sieg der Weißen in Bulgarien die Faszisten in allen Ländern anspornen wird. In drei Stunden wurde durch eine Handvoll Offiziere eine Regierung gestürzt, hinter der zweifelsohne eine große Mehrheit der Bauern stand. Das ist natürlich ein Ansporn für die faszistischen Abenteurer in allen Ländern, in erster Linie in der Tschechoslowakei, in Deutsch-Oesterreich und Deutschland.

Zum erstenmal war eine große kommunistische Partei im Gefecht. Sie verlor die Schlacht, und — was noch trauriger ist — wir

haben schon die bulgarische Presse vom 9. bis 16. Juni in Händen — sie sieht es nicht einmal. Während der ganzen ersten Woche nach ihrer Niederlage verstand die Partei die Gründe dieser Niederlage nicht und verteidigte ihre Haltung als eine richtige kommunistische Taktik, und wir müssen konstatieren: kein einziges kommunistisches Blatt in Europa hat aus eigener Initiative gesagt, daß hier eine Niederlage der Kommunistischen Internationale vorliegt, eine Niederlage, die nicht auf die übergroße Macht des Feindes, sondern auf ein Fehlen des Kampfeswillens bei der kommunistischen Partei zurückzuführen ist. Es finden sich sogar kommunistische Blätter, die die Theorie der bulgarischen Genossen abdrucken und verbreiten. Nicht also, um hier angesichts der Niederlage einer unserer Parteien den Richter zu spielen, sondern aus praktischen Gründen ist es notwendig, daß wir unsere Auffassung der Sachlage klar zum Ausdruck bringen. Denn — ich wiederhole: die Gefahr droht, daß solche Fehler in der Tschechoslowakei, wo die Situation sehr ähnlich ist, gemacht werden. Sie könnten auch gemacht werden in Deutschland.

Die erste Frage ist: Hatten die bulgarischen Genossen die Möglichkeit, diese Niederlage zu vermeiden? Ist die soziale und politische Struktur Bulgariens so, daß es möglich war, allein oder im Bündnis mit der Bauernschaft den Staatsstreich der Weißen zu verhindern? Wir bejahen diese Frage. Die soziale Struktur des Landes ist so, daß 80, 90 Prozent der Bevölkerung Bauern sind. Von 700 000 selbständigen Bauernwirtschaften gehören 285 000 den Bauern, die weniger als 30 Deka haben. Das sind bei dem Stande des Ackerbaus in Bulgarien halbproletarisierte Bauern. 263 000 Bauernwirtschaften haben 30 bis 100 Deka. Und unsere bulgarischen Genossen erklären in ihrem Bericht, daß jeder Bauer in Bulgarien, der unter 100 Deka besitzt, ein armer Kleinbauer ist. Das bedeutet, daß über 500 000 dieser Bauern Bauern waren, mit denen wir uns sozial verbinden konnten. Die Bourgeoisie in den Städten ist sehr schwach, es gibt dort überhaupt keine Großbourgeoisie. Die Bourgeoisie in den Städten besteht aus Kaufleuten, Handwerkern, Spekulanten, Intellektuellen und Bürokraten. Also, keine Klasse, die durch die Rolle in der Produktion stark wäre. Die Arbeiterklasse ist zwar klein, aber besser organisiert als in irgendeinem anderen Lande. Wenn bei 100 000 Arbeitern die Partei 40 000 Mitglieder hat, so ist das ein Prozentsatz, wie er in keinem anderen Lande vorhanden ist.

Das letzte Element ist der Militarismus. Dank dem Frieden von Neuilly ist die Armee demobilisiert. — Das ist schematisch das soziale Kräfteverhältnis.

Die politische Konjunktur: Die Bourgeoisie und die Generalität, die 40 Jahre geherrscht haben, bankrott durch den Krieg, wurden hinweggeschwemmt durch den Unwillen der Bauernschaft. Das zeigt das Stimmenverhältnis bei den Wahlen. Im Jahre 1920 erhielten alle bürgerlichen Parteien 250 000 Stimmen, im Jahre 1923 219 000 Stimmen; während die Kommunistische Partei im Jahre 1920 148 000 Stimmen erhielt und im Jahre 1923 230 000 Stimmen. Die eine kommunistische Partei erhielt mehr Stimmen als alle bürgerlichen Parteien zusammen. Die stärkste Partei, die als Regierungspartei auch die Mittel hatte, die Wahlen zu machen, ist die Bauernpartei. Die Regierungspartei hatte 121 000 eingeschriebene Mitglieder. Davon waren 115 000 arme, im besten Falle Kleinbauern. Also eine Partei, die nach ihrer sozialen Zusammensetzung als Koalitionspartei für uns in Betracht kam. Nun, Sie wissen, daß diese Partei durch die kleine intellektuelle Clique, die die Bauern führt, sich mehr verbunden fühlt mit der kleinen Schicht der Dorfbourgeoisie als mit den großen Massen, die hinter ihr standen. Weil sie sah, daß die kommunistische Partei die einzige starke Partei ist, die ihre Konkurrentin auch bei den Bauern sein konnte, wurde diese in der letzten Zeit von der Regierung verfolgt, was eine große Erbitterung in unserer Partei schuf. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kommunistische Partei das, was notwendig war, um die Stambulijskipartei entweder in die Koalition zu zwingen oder zu spalten, nicht getan hat.

Die Partei hatte nicht genügend unter dem Bauerntum gearbeitet. Das zeigen jetzt die Tatsachen. Sie verstand es nicht, Stambulijski, wenn er nicht mit ihr gehen wollte, so vor den Bauernmassen zu demaskieren, daß sie die Spaltung in diese Bauernpartei hineintrug.

Mehr noch. Ich erwähnte ein sehr wichtiges politisches Element in der ganzen politischen Situation nicht, das zeigte, daß wir auch gegen Stambulijski operieren konnten. In der gesamten modernen Geschichte Bulgariens spielt eine große Rolle die Mazedonische Frage. Mazedonien, wo Bauern leben, von denen man schwer entscheiden kann, ob sie Serben oder Bulgaren sind, bildet ein altes Streitobjekt zwischen Serbien und Bulgarien. Auf Grund der Niederlage im Kriege hat die Bauernpartei, Stambulijski, auf Mazedonien verzichtet; nicht nur formell, sondern um sich zu sichern, hat Stambulijski in Nisch mit Jugoslawien ein Abkommen geschlossen, auf Grund dessen er diese alten mazedonischen Organisationen blutig verfolgte. Diese Organisationen sind, sozial genommen, Organisationen kleiner und armer Bauern. Sie haben eine revolutionäre Vergangenheit, haben gekämpft gegen die Herrschaft der türkischen Großgrundbesitzer, haben gekämpft gegen die Bourgeoisie in Serbien, sie haben alte illegale revolutionäre Organisationen. Es entstanden dort seit langer

Zeit Sympathien für die russische Revolution. Die mazedonischen Organisationen waren sozial ein Faktor, mit dem wir uns verbinden konnten. Wir konnten uns mit ihnen gegen Stambulijski verbinden. Sie stellen die entscheidende militärische Macht dort dar, haben große illegale bewaffnete Organisationen. Wir konnten auch durch die Verbindung mit ihnen auf die Stambulijskiregierung drücken, daß sie, wenn sie den Neuilly-Frieden durchführen mußte, jedenfalls diese Organisationen nicht verfolgte. Die Partei hat nicht nur das nicht getan, sondern es ist das Charakteristische: Die mazedonische Frage spielt in ihren Darstellungen der taktischen Frage keine Rolle. Kabaktschiew hat vor zwei Monaten einen Artikel über die Lage in Bulgarien veröffentlicht, der in der „Inprekorr" erschienen ist und den ich jetzt wieder gelesen habe. In dem ganzen Artikel, in allen taktischen Berechnungen, kein Wort zur mazedonischen Frage.

Das Argument, mit dem die Partei ihre Politik verteidigte, war: Wir können die Macht in die Hand nehmen, aber die internationale Lage ist so, daß wir erdrückt werden. Auf dieses Argument möchte ich die besondere Aufmerksamkeit der Genossen lenken, die in ihren Ländern — ich richte mich an die tschechischen Genossen — sehr oft mit demselben Argument gearbeitet haben. Die bulgarische Partei stellt die Sache so dar: sie kann nur siegen, wenn der Sieg vom Himmel fällt, wenn es sehr leicht ist, wenn sie vom Meer der Revolution umgeben ist.

Die Isolierung Bulgariens, — das umgeben ist von Serbien, Griechenland und Rumänien — ist eine Tatsache, die natürlich eine große Gefahr für die bulgarische Revolution bildet und auf die Partei drücken mußte. Diese Situation wurde aber in den letzten Jahren erleichtert durch den griechisch-türkischen Krieg, die griechische Revolution, die schon das Feuer der Revolution auf dem Balkan anzündete. Die bulgarische Partei hat sich während der griechischen Revolution nicht gerührt, sie wartete auf eine günstigere Situation. Die Konterrevolution verstand, daß es in der Politik notwendig ist, die Initiative in die eigenen Hände zu nehmen. Wenn man die Situation vom internationalen Standpunkt aus sieht, so ist die Lage der Konterrevolution, dieser Clique von alten Offizieren und Bürokraten, die den Staatsstreich gemacht hat, auch nicht leicht. Diese Regierung, die sich auf die Mazedonier stützt, ist eine Gefahr für Serbien, und sie muß Serbien fürchten. Und trotzdem haben die Konterrevolutionäre gewagt. Die Konterrevolution hat verstanden, was eine alte Kommunistische Partei nicht versteht: daß es in den entscheidenden Momenten gilt, zu wagen, daß vollzogene Tatsachen ihre Logik haben, daß sie, wenn man die Initiative in die Hand nimmt, auch dem Gegner die Situation erschweren.

Genossen, der Grund der Niederlage liegt darin, daß unsere bulgarische Partei eine sozialdemokratisch-marxistische Partei war, die auf dem Gebiet der Propaganda, der Organisation Kolossales leistete, die jedoch den Uebergang von der Agitation und Opposition zur Tat, zur Aktion in einer historischen Stunde nicht imstande war zu vollziehen. Und diese Gefahr droht in vielen anderen unserer Parteien. Das Verhältnis der bulgarischen Genossen zu den Bauern, zur nationalen Frage war nur ein Resultat der Tatsache, daß die bulgarische Partei nicht den Wagemut hatte, ohne den man nicht revolutionäre Kämpfe führen kann. Nur weil sie es nicht wagte, zu kämpfen, hat sie trotz des theoretischen Verständnisses der Agrarfrage, trotzdem die Genossen, wenn man mit ihnen über die mazedonische Frage sprach, sich vollkommen einverstanden erklärten, praktisch nicht verstanden, den Acheron in Bewegung zu bringen.

Die Niederlage ist entscheidend. Es ist lächerlich, anzunehmen, daß in einem Bauernland, wo die Massen pulverisiert sind, der, der die Macht und den Staatsapparat in der Hand hat, sich trotz seiner sozialen Schwäche nicht eine lange Zeit halten kann. Der Augenblick, wo der Staatsstreich nur erst in Sofia stattfand, war der Augenblick des Handelns, denn wir waren die einzige Kraft, die im ganzen Land zentralisiert war. Die Eisenbahner, die Telegraphenbeamten sind auf unserer Seite, wir hatten die Verbindungen in den Händen, wir hatten die Massen der Arbeiter in den Händen. Und noch mehr. Es unterliegt gar keinem Zweifel: in dem Moment, wo die Bauernpartei um ihren Kopf kämpfte, waren die historisch gegebenen Chancen vorhanden, die Koalition mit ihr zu schließen, trotz allem, was uns von ihr trennte. Als Kornilow den Aufstand wagte, standen wir zu Kerenski nicht in einem besseren Verhältnis, sondern in einem schlechteren, als die bulgarischen Genossen zu Stambulijski. Damals ist unsere Partei mit voller Energie in die Abwehr gegen Kornilow eingetreten. Und nach der Kornilow-Affäre machte Lenin in seinem Artikel über Kompromisse den Menschiwiki und Sozialrevolutionären ein direktes Koalitionsangebot.

Die bulgarische Partei sucht nicht ihre Niederlage zu verstehen, sondern zu beschönigen. Wir haben vor uns die Aufrufe der bulgarischen Partei. Sie sind das Traurigste an der ganzen Niederlage. Wir haben den Aufruf vom 9., den Aufruf vom 15. und eine ganze Anzahl von Artikeln. Die Partei vertritt dort den Standpunkt: Es kämpfen zwei Cliquen der Bourgeoisie, wir, die Arbeiterklasse, stehen beiseite, und wir hoffen und fordern, daß die Preßfreiheit und alle anderen guten Dinge uns zuteil werden. Das ist der Aufruf vom 9.

Während ein Teil der Arbeiterklasse ohne Leitung durch die Partei zusammen mit den Bauern im Kampfe stand, desavouierte sie

die Partei. In ihrem Aufruf vom 16. — dieser Aufruf ist das Entmutigendste, was ich gelesen habe — erklärt die Partei nicht mehr und nicht weniger als folgendes:

„Hunderte und Tausende von Arbeitern und Bauern werden arretiert und auf Grund des Ausnahmegesetzes gegen den Banditismus dem Gerichte ausgeliefert unter dem Vorwand, daß sie dem Staatsstreich Widerstand geleistet haben. Wir erklären, daß in der unklaren Situation, die im Moment des Bürgerkrieges zwischen den beiden bürgerlichen Cliquen entstand, ein Teil der Arbeiter sein Leben und seine Familien verteidigt und nicht am Kampfe um die Macht teilgenommen hat."

Die Arbeiter waren neutral, und nur in der Gefahr, als geschossen wurde, haben sie mitgeschossen, weil sie Frauen und kleine Kinder haben. Aber sie haben nicht gegen den Staatsstreich gekämpft ....

Die Theorie der Neutralität zwischen zwei Lagern der Bourgeoisie, die Erklärung, wir sind die einzige Partei, die die Konstitution verteidigt, dieselbe, auf Grund deren König Boris die Verschwörung gegen Stambulijski machte, auf Grund deren unsere Genossen im Gefängnis sitzen, das sind Dinge, die nicht nur auf eine äußere Niederlage hinweisen, sondern auf die innerliche Auflösung der Leitung der Partei. Wir würden uns nur freuen, wenn es sich zeigt, daß die Partei gesünder ist als ihre Leitung. Jedenfalls wollen wir den Genossen über diese Tatsachen klaren Wein einschenken.

Wir halten es für die Pflicht der kommunistischen Parteien, daß, wenn der Kampf geht zwischen den großkapitalistischen Schichten, die ihrer Vergangenheit nach die Interessen des Kapitals darstellen, und zwischen den kleinbürgerlich-bäuerlichen Schichten, unsere Partei nicht die Rolle eines Zuschauers zu spielen hat, des neutralen Elementes, sondern, — daß sie zu versuchen hat, wenn es ihr nicht möglich ist, die Macht selbst an sich zu reißen, in Koalition mit den kleinbürgerlichen Schichten zu treten. Es ist nicht marxistisch, sondern Klugscheißerei, zu behaupten, daß hier zwei Schichten der Bourgeoisie sich gegenüberstehen, die uns beide gleich feindlich sind, wo in der ganzen Welt das Bauerntum bisher noch nicht geherrscht hat. Hier den dritten Band des „Kapitals" herauszuziehen und festzustellen, daß das Bauerntum auch ein Teil der Bourgeoisie ist, das ist ein Instichlassen der revolutionären Pflicht.

Nun zu dem Teil der Schuld, der die Exekutive an diesen Dingen trifft. Ich werde Ihnen ein paar Tatsachen mitteilen, die ein Urteil darüber erlauben. Schon während des II. Kongresses kamen aus Bulgarien kleine Gruppen, die die Partei anklagten, daß sie 1918 beim Zusammenbruch des König Ferdinand-Regimes die Macht nicht an

sich genommen hätte, daß sie nicht genug aktiv sei. Es waren dies zum Teil abenteuerliche Gruppen, wie Chartakow, der Artikel von Kautsky über Terrorismus abdruckte und zugleich den „linken Kommunisten" spielte, zum Teil gute proletarische Elemente, die in Unklarheit waren. Wir prüften diese Anklagen mit größter Sorgfalt, denn wir wußten aus den Erfahrungen in Deutschland, aus dem Kapp-Putsch, wie nötig es ist, auf solche Warnungen zu hören.

Die konkreten Anklagen wurden in der Arbeit der Kommission entkräftigt. Es war klar, daß die Partei im Juni 1918 die Macht nicht nehmen konnte. Trotzdem muß ich sagen, daß wir stutzig wurden, und das Resultat unseres Gefühls, daß etwas faul sein kann im Staate Dänemark, war der Aufruf an den bulgarischen Parteitag vom 4. Mai 1921.

Ich werde ihn vorlesen, er ist nicht sehr lang.

Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale an den Kongreß der bulgarischen Kommunistischen Partei.

„Die Exekutive der Kommunistischen Internationale übersendet brüderliche Grüße dem Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens. Die Bulgarische Kommunistische Partei, die Erbin der tapferen konsequenten Partei der Tjesnaki, bildet eine der besten Massenparteien der Kommunistischen Internationale. Sie hat als eine der ersten sich rücksichtslos zu den Grundsätzen des Kommunismus bekannt. Die Kommunistische Partei Bulgariens verstand es als Mitglied der Kommunistischen Internationale, sich noch enger mit den leidenden Arbeitern und Bauernmassen zu verbinden, neue Machtpositionen zu erobern und der Regierung der Kapitalisten und Dorfwucherer zu trotzen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hofft, daß die Bulgarische Kommunistische Partei auf ihrem Kongreß ihre Organisation, ihre politische Aktion aufs sorgfältigste daraufhin prüfen wird, ob sie den Anforderungen, die die Geschichte an die Kommunistische Partei stellt, entsprechen. Die Teilnahme am Parlament, an den Gemeinderäten hat nicht kleiner Reformarbeit, sondern der Aufrüttelung und Revolutionierung der Massen zu dienen. Diese revolutionäre Aktion erfordert das Bestehen illegaler Organisationen, da die Bourgeoisie in jedem Moment des Kampfes die legalen Organisationen der Partei zertrümmern wird. Die revolutionären Aktionen fallen nicht vom Himmel, und die Bedingungen für sie können nicht allein auf dem Wege der Agitation und Propaganda geschaffen werden. Sie

entstehen, wenn die Partei mutig und entschlossen jeden sozialen Konflikt zu verschärfen, zu verallgemeinern sucht. Nur auf diesem Wege kann sich der Kampf um Teilforderungen zum Kampfe um die politische Macht auswachsen. Dieser Kampf um die politische Gewalt ist auf dem Balkan leichter, weil die Bourgeoisie in den Balkanländern nicht so stark organisiert ist wie in Westeuropa. Die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und die ärmeren Bauern in einem Balkanstaate würde ein starkes Echo hervorrufen in jedem Nachbarstaate, denn überall auf dem Balkan haben die Regierungen mit den größten Schwierigkeiten zu rechnen. Die Revolution auf dem Balkan bedeutet nicht nur die Befreiung der Balkanarbeiterklasse vom Joche des Kapitalismus und der Balkanbauern aus den Krallen des Wucherkapitals, sondern sie würde ungeheuer den Sieg der Revolution in Mittel- und Westeuropa beschleunigen. Die Revolution in den Agrarländern Süd-Ost-Europas würde die Gefahr der Abschneidung Deutschlands und Italiens von den Brotzufuhren aus Amerika mildern. Sie würde die Revolution den Völkern Asiens, zu denen ihre Flammen bisher nur von Rußland kamen, näher bringen. In der bestimmten Hoffnung, daß das Bewußtsein dieser auf ihr ruhenden Pflichten den Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens beseelen, zu neuen Anstrengungen treiben wird, wünscht ihm die Exekutive energische und gedeihliche Arbeit.

Es lebe die Bulgarische Kommunistische Partei!

Es lebe die Revolution in den Balkanländern!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!"

Sie sehen, wir hielten es nicht für möglich, eine Kritik zu üben und haben nur positiv alle Befürchtungen ausgedrückt. Wir haben dann hier in vielen Sitzungen der Exekutive mit den bulgarischen Genossen gesprochen. Ich erinnere daran, daß wir während der griechischen Revolution mit Popow und Jordanow mehr als fünf Stunden kämpften über die Notwendigkeit eines Vorstoßes seitens der bulgarischen Partei. Der Vertreter der Exekutive, den wir daraufhin nach Bulgarien entsandten, hatte Sitzungen in der bulgarischen Partei, wo alle diese Fragen besprochen worden sind. Wir können sagen, daß wir schon damals die Gefahr verstanden haben. Unsere Schuld besteht darin, daß wir uns scheuten, in die inneren Angelegenheiten einer großen alten kommunistischen Partei einzugreifen, daß wir es nicht gewagt haben, der Partei die Wahrheit zu sagen und evtl. in das alte Zentralkomitee, dessen

Mitglieder sehr gute alte gebildete Genossen sind, direkt Arbeiter einzusetzen, die vielleicht eine bessere revolutionäre Politik getrieben hätten. Wir haben uns vorzuwerfen, daß wir wegen dieses Geschreis über die Ukase von Moskau fürchteten, einzugreifen. Wir sind uns bewußt, daß diese Schuld nicht klein ist, und wir hoffen, daß die kommunistischen Parteien nicht nur die allgemeinen taktischen Lehren aus dieser Lage in Bulgarien ziehen werden, sondern daß sie auf Grund dieser Erfahrungen, die vielleicht Hunderten und Tausenden von Proletariern in Bulgarien das Leben kosten werden, die vielleicht auf längere Zeit den Sieg der Revolution auf dem Balkan hinausschieben werden, erkennen, daß wir aus dieser Reserve in der jetzigen verantwortlichen Zeit heraustreten müssen. Es ist unsere tiefe Ueberzeugung, daß wir in Ländern, die weit vom Schuß liegen, wie Norwegen, sehr zurückhaltend sein können, die Dinge innerlich ausreifen lassen müssen, aber daß wir nicht zurückhalten können dort, wo die Geschicke der Revolution in der nächsten Zeit entschieden werden.

Ich bin überzeugt, daß es nach dieser Erfahrung keinen Kommunisten geben wird, der das nicht verstehen wird, wenn wir über alle organisatorischen Bedenken hinweg im Namen der Kommunistischen Internationale in einer solchen Situation eingreifen werden. Wo die Gefahr besteht, daß unsere Partei ohne Kampf zerschlagen wird und der Faszismus siegt, dort müssen wir sie daran erinnern, daß jede kommunistische Partei, die eine Massenpartei ist, die Pflicht hat, zu wagen und zu kämpfen, selbst auf die Gefahr der Niederlage hin. Denn selbst, wenn sie geschlagen werden sollte, was keinesfalls in der gegebenen Lage vorbestimmt ist, wird sie den arbeitenden Massen zeigen, daß sie ein Kampfzentrum besitzen, um das sie sich sammeln werden, wenn die Offensive des Kampfes abebbt, wenn der Augenblick der Zersetzung des Faszismus kommt.

Der Redner legt folgenden Aufruf vor:

Aufruf an die bulgarischen Arbeiter und Bauern.

Auf zum Kampfe gegen die Regierung des weißen Umsturzes in Bulgarien! Für die Regierung der Arbeiter und Bauern!

An die bulgarischen Arbeiter und Bauern! An die internationale Arbeiterklasse!

Genossen! Genossinnen! In Bulgarien hat eine kleine Clique bankrotter Bürokraten, auch arbeitsloser Offiziere und Spekulanten durch einen militärischen Staatsstreich die Regierung an sich gerissen. Dieselben Leute, die das bulgarische Volk in den Weltkrieg hineingetrieben haben, die 200 000 Tote auf ihrem Gewissen haben, die vom bulgarischen Volke in demokratischen Wahlen dreimal davongejagt worden sind, dieselbe Clique hat es gewagt, durch einen Putsch die Macht

an sich zu reißen. Sie errichtet eine Regierung des wütendsten Terrors gegen die große Mehrheit der Bevölkerung, gegen die Arbeiter und Bauern. Die Gefängnisse Bulgariens werden mit Arbeitern und Bauern angefüllt, die Dörfer werden durch Strafexpeditionen dem Willen reaktionärer Abenteurer unterworfen. Sie erschießen die Führer der Bauernschaft, haben aber nicht den Mut, auch die Verantwortung dafür zu tragen. Morgen schon werden sie beginnen, die Führer der Arbeiterklasse zu meucheln.

Der weiße Staatsstreich der bulgarischen Bürokraten, Generale und Spekulanten fand statt mit Zustimmung und Hilfe der sozialdemokratischen Partei, die ein Teil der II. Internationale ist. Diese Partei, die an den Verbrechen der bulgarischen Kriegsregierung mitschuldig ist, eine Partei, von der sich alle Arbeiter abgewendet haben, so daß sie zu einem Nichts zusammengeschrumpft ist, sie hat sich dazu hergegeben, als Feigenblatt für den konterrevolutionären Umsturz zu dienen. Sie hat sich damit würdig erwiesen der Noske und der Turati, die dem weißen Umsturz in Deutschland und in Italien die Wege geebnet haben.

Der Umsturz wurde vollbracht mit Hilfe des Abschaums der europäischen Konterrevolution, mit Hilfe von Wrangel-Offizieren und mit der Unterstützung von Horthy-Henkern und rumänischen Bojaren. Das kapitalistische Europa, das die sogen. zivilisierte Welt gegen den roten Terror heuchlerisch aufzuhetzen versucht, beeilt sich, diese mordenden und sengenden Abenteurer anzuerkennen. Die englische Regierung, die Regierung der englischen Junker und Fabrikanten, unterstützt sie, weil sie hofft, Bulgarien zu einem Bollwerk gegen Sowjetrußland auszubauen. Die italienische Regierung unterstützt sie, weil sie in den Kriegsabenteurern von Sofia Gehilfen im Kampfe gegen Südslawien sieht. Die kapitalistische Welt hat den weißen Staatsstreich auf Bulgarien gutgeheißen. Die faszistischen Banden aller Länder sehen in ihm den Beweis, daß es genügt, zu wollen, um dem arbeitenden Volke den Fuß auf den Nacken setzen zu können. Wir, die Kommunistische Internationale, die Vereinigung aller kämpfenden Arbeiter des Ostens und Westens, rufen die bulgarischen Arbeiter und Bauern, rufen die internationale Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die bulgarischen Staatsstreichler auf.

Bauern Bulgariens! Für Euch ist der Sieg der weißen Bande eine Lehre, die Ihr verstehen müßt, wenn Ihr Euch befreien wollt von dem Joch, das Euch auferlegt wird. Die Bauernregierung Stambulijskis wurde gestürzt, weil sie nicht verstand, sich mit den Arbeitern in den Städten zu verbinden. Die Interessen der großen Mehrheit der bulgarischen Bauern, die arm sind, gehen Hand in Hand mit den Interessen der Arbeiter und Handwerker in den Städten. Stambulijski

verfolgte die Arbeiterklasse. Er verlor so die einzige Stütze, die er in den Städten haben konnte, gegen die Clique der Bürokraten und Offiziere, die das bulgarische Volk 40 Jahre lang ausgebeutet und geknechtet haben und es weiter tun wollen. Stambulijski hat seine Politik mit dem Leben bezahlt. Die bulgarischen Bauern aber leben weiter. Sie werden kämpfen müssen, wenn sie nicht wie das Vieh weiter mißhandelt sein wollen. Wir fordern sie auf, sich mit den Arbeitern in den Städten zu verbinden und den Kampf unter der Losung der Errichtung einer Regierung der Arbeitenden in Stadt und Land zu beginnen.

Arbeiter Bulgariens! Die Regierung Stambulijskis hat im Interesse der Dorfbourgeoisie und der Dorfwucherer die Arbeiterbewegung verfolgt, die Interessen des werktätigen Volkes in der Stadt, wie die Interessen der armen Bauern geopfert. Aber wenn die Regierung Stambulijskis die Arbeiter verfolgte, so will dies die Regierung Zankows, die Regierung der Bürokraten und Generäle, nicht, sie will sie vernichten. Wer irrtümlicherweise glaubte, es handle sich bei dem Kampfe der jetzt siegreichen weißen Clique gegen Stambulijski um einen Kampf zweier bürgerlicher Cliquen, dem gegenüber die Arbeiterklasse sich neutral verhalten könne, der wird jetzt durch die blutigen Verfolgungen der Arbeiterorganisationen eines Besseren belehrt. Die Staatsstreichler sind jetzt d e r F e i n d. Er muß geschlagen werden. Vereinigt Euch zum Kampfe gegen den weißen Umsturz nicht nur mit den breiten Bauernmassen, sondern mit den noch am Leben gebliebenen Führern der Bauernpartei. Zeigt ihnen, wozu die Spaltung der Arbeiter und Bauern geführt hat, und ruft sie auf zum gemeinsamen Kampfe um eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Bauern Mazedoniens! Revolutionäre Mazedonier! Ihr habt Euch von der bulgarischen Konterrevolution zu einem Staatsstreich mißbrauchen lassen, obwohl Eure Interessen wie Eure Vergangenheit beweisen, daß Eure Geschicke aufs engste mit den Interessen des werktätigen Volkes, mit den Interessen der Revolution auf dem Balkan und in der ganzen Welt verbunden sind. Die Regierung Stambulijskis hat Mazedonien der serbischen Bourgeoisie ausgeliefert, um sich deren Unterstützung zu sichern. Sie hat Euch blutig verfolgt. Aber glaubt nicht, daß die konterrevolutionäre Regierung imstande ist, das mazedonische Volk zu befreien. Sie wird gegen die bulgarischen Bauern und Arbeiter, gegen Eure Brüder kämpfen, nicht aber für die Befreiung der mazedonischen Bauern. Um sich ihre Herrschaft zu sichern, wird sie Mazedonien tausendmal verraten und Euch unterdrücken, weil sie keine revolutionäre Bauernbewegung in Mazedonien dulden kann. Nur eine Bauern- und Arbeiterregierung in Bulgarien wird die Sympathien der Bauern und Arbeiter in Rumänien, in Jugo-

slawien und Griechenland erwecken. Nur sie wird den Weg freimachen zur Errichtung einer Balkanföderation der Arbeiter- und Bauernregierung, die allein Euch befreien kann, ohne daß Mazedonien von neuem zum Schauplatz blutiger Kämpfe wird, bei denen Eure Hütten eingeäschert, Eure Felder aufgewühlt und zerstampft werden. Mazedonische Bauern und mazedonische Revolutionäre! Keiner von Euch, wie groß auch Euer Groll gegen die bulgarische Bauernpartei und ihre Führer sein mag, darf der Regierung des weißen Terrors in Bulgarien auch nur den geringsten Beistand leihen. Mehr noch, Ihr müßt Euch im Interesse Eurer nationalen Befreiung mit den kämpfenden bulgarischen Arbeitern und Bauern vereinigen!

Arbeiter und Bauern Jugoslawiens, Rumäniens und Griechenlands! Wendet Euch mit voller Energie gegen alle jene auf dem Balkan, die die Regierung Zankows unterstützen, umgebt die Gesandten dieser Regierungen mit Eurem Hasse, umzingelt das weiße Bulgarien mit dem Wall Eures Widerstandes, eilt den Bauern und Arbeitern Bulgariens bei jeder Gelegenheit zu Hilfe, dem tapferen werktätigen Volke Bulgariens, das den Kampf gegen die weiße Regierung beginnt. Arbeiter der Tschechoslowakei, Arbeiter Oesterreichs und Deutschlands! Der Sieg der faszistischen Banden in Bulgarien wird die faszistischen Abenteurer in Euren Ländern das Haupt erheben lassen und beflügeln. Seid auf der Hut, seid wachsam, laßt Euch nicht einschüchtern oder überrumpeln. Bekämpft in der entschiedensten Weise jede Hilfeleistung an das weiße Bulgarien und zieht Schlüsse aus dem Vorgehen der bulgarischen Reaktion und aus den Fehlern der bulgarischen Bauern und Arbeiter. Strengt alle Kräfte an, um einen Bund der armen Bauern mit den Arbeitern gegen das Vordringen der Söldlinge des Kapitals und der militärischen Cliquen zu schaffen und lernt es, in der Stunde der Gefahr auch schweren Kampf zu wagen, wenn Ihr nicht Eure Zaghaftigkeit mit dem Leben Eurer Besten bezahlen wollt.

Proletarier aller Länder! Wir fordern Euch auf, die Entwicklung der Dinge in Bulgarien aufs aufmerksamste zu verfolgen. Wir fordern Euch auf, alle Untaten, die die siegreiche bulgarische Faszistenclique an dem arbeitenden Volke Bulgariens unter Beihilfe der kapitalistischen Regierungen aller Länder begeht, den breiten Massen mitzuteilen, und gegen die Regierung der Mörder in Sofia zu mobilisieren. Das Signal von Sofia spricht zu Euch in einer ebenso deutlichen Sprache, wie das Signal von Rom. Die Arbeiterklasse aller Länder ist in Gefahr! Wißt es und bereitet Euch zur Abwehr vor!

Nieder mit den faszistischen Banden, den Söldlingen des Kapitals!

Nieder mit den Staatsstreichlern, Militaristen und Wucherkapitalisten von Sofia!

Es lebe die bulgarische Arbeiter- und Bauernregierung!

Es lebe die Föderation der Arbeiter- und Bauernregierungen!

Es lebe die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse im Kampfe gegen die faszistische Gefahr!

Die Erweiterte Exekutive
der Kommunistischen Internationale.

Der Aufruf wird einstimmig angenommen.

Berichte der Kommissionen.

Folgende Resolutionen werden ohne Debatte einstimmig angenommen:

Zum Bericht der Exekutive.

Die Sitzung der Erweiterten Exekutive hat die Berichte über die Tätigkeit der Exekutive und des Präsidiums in der Periode seit dem letzten Weltkongreß entgegengenommen. Sie billigt die Tätigkeit der Exekutive und bestätigt alle gefaßten Beschlüsse. Besonders erklärt das Plenum seine Zustimmung mit demjenigen Vorgehen und mit denjenigen Maßnahmen, die die Exekutive zur Lösung der in einzelnen Sektionen aufgetauchten strittigen Fragen verfügt hat.

Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Frage der gegenseitigen Beziehungen von Arbeiterklasse und Bauernschaft ist eine der grundlegendsten Fragen der internationalen proletarischen Revolution. Die richtige Einschätzung der Wechselbeziehungen dieser beiden Hauptklassen des werktätigen Volkes bestimmt den Erfolg unseres Kampfes sowohl vor als nach Eroberung der Macht.

Die allgemeine Einschätzung der Wechselbeziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft ist in erschöpfender Weise in der Resolution zur Agrarfrage des II. Weltkongresses der Komintern gegeben. Sie lautet wie folgt:

1. Nur das von der kommunistischen Partei geführte städtische und industrielle Proletariat vermag die werktätigen Massen des Dorfes vom Joch des Kapitals und des Großgrundbesitzes, von dem Verfall und den imperialistischen Kriegen zu befreien, die bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung stets und ständig unvermeidlich sind. Die werktätigen Massen des Dorfes können nicht anders als im Bunde mit dem kommunistischen Proletariat, in der rückhaltlosen Unterstützung seines revolutionären Kampfes zum Sturze des Joches der Junker (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie ihre Rettung finden.

Andererseits können die Industriearbeiter ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe der Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitals und von dem des Krieges nicht nachkommen, wenn diese Arbeiter sich in dem Kreise von zünftigen, enggewerkschaftlichen Interessen einschließen und wenn sie sich selbstgefällig auf die Bemühungen um die Verbesserung ihrer — mitunter leidlichen — kleinbürgerlichen Lage beschränken werden. Aber gerade so ist es in vielen fortgeschrittenen Ländern um die „Arbeiteraristokratie" bestellt, die die Grundlage der angeblich sozialistischen Parteien der II. Internationale bildet, in Wirklichkeit aber den schlimmsten Feind des Sozialismus, seine Verräter, kleinbürgerliche Hurrapatrioten, Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung darstellt. Eine wirklich revolutionäre, eine wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur unter der Bedingung, daß es als Vortrupp aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Dieses ist jedoch undurchführbar ohne die Uebertragung des Klassenkampfes ins Dorf, ohne die Vereinigung der werktätigen Massen des Dorfes um die kommunistische Partei des städtischen Proletariats, ohne die Erziehung der ersteren durch das letztere.

2. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen des Dorfes, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen müssen, sind in allen kapitalistischen Ländern durch folgende Klassen vertreten:

Erstens durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohn- (Jahres-, Frist- und Tages-) arbeiter, die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den kapitalistischen Unternehmungen fristen. Eine selbständige, von den übrigen Gruppen der Landbevölkerung getrennte Organisation dieser Klasse (eine sowohl politische wie militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche, für das Bildungswesen usw.), gesteigerte Propaganda und Agitation unter ihr und das Hinüberziehen dieser Klasse auf die Seite der Diktatur des Proletariats — das ist die grundlegende Aufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Zweitens durch die Halbproletarier und die Parzellenbauern, d. h. durch diejenigen, die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen, industriellen und kapitalistischen Unternehmungen und teils dadurch finden, daß sie sich auf ihrem eigenen oder auf einem gepachteten Flecken Land abmühen, welches nur einen Teil der für ihre Familie notwendigen Lebensmittel gibt. Diese Gruppe der werktätigen ländlichen Bevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern überaus zahlreich, ihre Existenz und

ihre Sonderlage wird aber von den Vertretern der Bourgeoisie und den zu der II. Internationale gehörenden „Sozialisten" vertuscht, zum Teil bewußt, um die Arbeiter irrezuführen, zum Teil der Macht der Gewohnheit der spießbürgerlichen Anschauungen blind unterliegend und diese Gruppe mit der allgemeinen Masse der „Bauernschaft" im allgemeinen verwechselnd. Diese Methode der bürgerlichen Irreführung der Arbeiter ist am meisten in Deutschland und in Frankreich zu beobachten, dann aber auch in Amerika und in den übrigen Ländern. Bei richtiger Organisation der Arbeit der kommunistischen Parteien kann diese Gruppe ihre sichere Anhängerin werden, denn die Lage dieser Halbproletarier ist eine sehr schwere, und der ihnen durch die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats gewährte Vorteil ist ein gewaltiger und sofortiger. In manchen Ländern läßt sich keine scharfe Grenze zwischen der ersten und der zweiten Gruppe ziehen. Sie können also unter gewissen Umständen eine gemeinsame Organisation haben.

Drittens, die Kleinbauern, d. h. die kleinen Landwirte, die als Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft gerade decken, ohne fremde Arbeitskraft zu mieten. Diese Schicht als solche gewinnt unbedingt durch den Sieg des Proletariats ...

Zusammengefaßt bilden die drei oben angeführten Gruppen der Landbevölkerung in allen kapitalistischen Ländern die Mehrheit. Daher ist der Erfolg der proletarischen Umwälzung nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande durchaus sichergestellt.

Der IV. Weltkongreß der Komintern hat diese Resolution des II. Kongresses weiter ausgeführt und ergänzt, indem er die Umrisse eines Aktionsprogramms (Minimalprogramm) der Komintern zur Agrarfrage gab.

Somit hat der II. Kongreß die programmatischen Grundsätze über das gegenseitige Verhältnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft festgelegt. Der IV. Kongreß hat diese Grundsätze weiter konkretisiert. Die gegenwärtige Plenarsitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der Komintern hat nun eine konzentrierte politische Formel zu geben, die uns gestatten soll, mit größtmöglichem Erfolg die Beschlüsse des II. und IV. Kongresses zu verwirklichen.

Diese politische Formel lautet: Arbeiter- und Bauernregierung.

Nach dem ersten imperialistischen Weltkriege stellt die Bauernschaft schon nicht mehr dasselbe dar, wie vor dem Kriege. In den meisten am Krieg beteiligt gewesenen Ländern haben erhebliche

Schichten der Bauernschaft schon gewisse politische Erfahrungen gesammelt.

Das Ergebnis davon ist, daß sich während der letzten Jahre ernste Versuche zur Gründung von Bauernparteie bemerkbar machen, die bestrebt sind, eine selbständige politische Rolle zu spielen.

Bemerkenswert ist der seit einigen Jahren wiederholte Versuch der Organisation einer „Grünen Bauerninternationale".

Alles in allem verlaufen die Versuche der Bauernschaft, eine selbständige Politik der Mitte zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu treiben, notwendigerweise erfolglos. In den „fortgeschrittensten" bürgerlichen Ländern fahren die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer nach alter Weise fort, die Bauernschaft an der Nase herumzuführen. Selbst dort, wo scheinbar selbständige Bauernparteien bestehen, werden diese meist von klassenfremden Elementen geführt (Pfaffen, Advokaten, Großgrundbesitzer). Die arbeitenden Bauernmassen dienen daher auch dann nur als Werkzeug und politisches Kanonenfutter der schlimmsten Feinde ihrer Klasse. Gerade darin besteht eine der Stützen des bürgerlichen Regimes. Die ganze neuere Geschichte ist voll von Beispielen, daß die breiten Schichten der werktätigen Bauernschaft ihre politischen Interessen nur im engsten Bunde mit dem revolutionären Proletariat, nur unter der Bedingung der Unterstützung der revolutionären Proletarierpartei durch die Bauernschaft verteidigen können.

Gleichzeitig ändert sich auch das Verhalten der Parteien der II. Internationale zur Bauernschaft. An die Stelle der früheren traditionellen Ignorierung der Bauernschaft treten Versuche, die Bauernschaft in die konterrevolutionäre sozialdemokratische Politik hineinzuziehen. In dem Maße, wie die wichtigsten sozialdemokratischen Parteien entscheidende Positionen in der Arbeiterklasse immer mehr zu verlieren beginnen und krampfhaft nach einer neuen sozialen Basis suchen, streben sie unvermeidlich dem Dorfe zu, richten sie ihre Aufmerksamkeit auf die wohlhabenderen Schichten der Bauernschaft. Die Aufgabe der Kommunisten besteht nun darin, die von den Sozialdemokraten aufgegebenen Positionen in der Arbeiterklasse unverzüglich zu besetzen und, unter Fortführung des Angriffs vor allem auf diesem Gebiete, gleichzeitig darauf bedacht zu sein, den Versuch der Sozialdemokratie, eine neue soziale Basis im Dorfe zu erwerben, zu vereiteln, indem sie die Landarbeiter und das ländliche Halbproletariat um unser Banner vereinen und die Bauernschaft zu einem Bunde mit dem revolutionären Proletariat gewinnen.

Schon allein damit, daß die kommunistischen Parteien sich im internationalen Maßstabe die Losung der Arbeiter- und Bauernregie-

rung zu eigen machen und mit der Agitation dafür beginnen, wird der Anfang zu einer Neutralisierung der mittleren Bauernschichten und unserer Eroberung der Kleinbauernschaft gemacht.

Das Exekutivkomitee der Komintern stellt fest, daß die überwiegende Mehrheit der Sektionen der Komintern bis jetzt ein unerhört träges und unserer Sache ungeheuer schadendes Verhalten in bezug auf die Arbeit auf dem flachen Lande an den Tag gelegt hat. In diesem trägen Verhalten zeigen sich erstens die bedauerliche Tradition der II. Internationale, deren Schoß die wichtigsten Parteien der Komintern entsprungen sind, zweitens eine falsche theoretische Einstellung zur Bauernschaft, die die Sache so darzustellen versucht, als ob vom Gesichtspunkt des „orthodoxen Marxismus" eine Arbeiterpartei sich um die Bauernschaft überhaupt nicht zu kümmern brauche, und drittens eine engherzige Zunftauffassung des proletarischen Klassenkampfes. In der gegenwärtigen Periode besteht die Aufgabe der kommunistischen Parteien darin, ein für allemal mit diesem Zunftgeiste zu brechen. Die kommunistischen Parteien dürfen sich nicht als Parteien nur der äußersten proletarischen Opposition innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung betrachten, wie das in der Blütezeit der II. Internationale der Fall war. Kommunistische Parteien müssen in sich die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewußt sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzulösen haben. Die beschränkte Zunftpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Hegemonie des Proletariats in der Revolution verkörpert. Eine kommunistische Partei muß sich vorbereiten, die Bourgeoisie morgen schon zu schlagen und darum schon heute das ganze Volk erfassende Ziele aufstellen. Daher hat sie die Aufgabe, zur Unterstützung des Proletariats alle jene Schichten der Bevölkerung heranzuziehen, die dank ihrer sozialen Lage im entscheidenden Moment der proletarischen Revolution diesen oder jenen Beistand leisten können.

Die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung", wie auch seinerzeit die Losung „Arbeiterregierung", ersetzt in keiner Weise die Agitation für die Diktatur des Proletariats, dieser Grundlage aller Grundlagen der kommunistischen Taktik. Sie drängt diese Agitation auch keineswegs in den Hintergrund. Im Gegenteil, gerade die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" stellt, indem sie die Basis für die Durchführung der unter den gegenwärtigen Verhältnissen einzig richtigen Taktik der Einheitsfront erweitert, den wahren Weg zur Diktatur des Proletariats dar. Die richtige Aus-

legung der Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" wird es den Kommunisten ermöglichen, nicht nur die proletarischen Massen in den Städten zu mobilisieren, sondern sich auch wichtige Stützpunkte auf dem Lande zu schaffen und dadurch den Boden zur Eroberung der Macht vorzubereiten.

Die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" wird den kommunistischen Parteien auch für die Zeit n a c h der Eroberung der Macht durch das Proletariat wertvolle Dienste leisten. Denn diese Losung wird das Proletariat immer wieder an die Notwendigkeit erinnern, seine Vormarschbewegung mit der Stimmung der Bauernschaft des betreffenden Landes in Einklang zu bringen, ein richtiges Verhältnis zwischen dem siegreichen Proletariat und der Bauernschaft herzustellen und nach dem Sturze der Bourgeoisie eine weise Mäßigung bei der Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen des Proletariats einzuhalten. Entsprechend der Haltung des siegreichen Proletariats Rußlands in der gegenwärtigen Epoche der russischen Revolution, die als Neue Oekonomische Politik bezeichnet wird.

Es versteht sich von selbst, daß die Agitation unter der Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" entsprechend den Verhältnissen eines jeden einzelnen Landes konkretisiert werden muß, z. B. in Nordamerika würde es sich um werktätige Farmer handeln.

Die Wahrung der ökonomischen Interessen der Bauernschaft im Sinne des in den Beschlüssen des II. und IV. Weltkongresses der Komintern dargelegten Programms muß zum Ausgangspunkt unserer gesamten Agitation für eine Arbeiter- und Bauernregierung werden. Die Erweiterte Exekutive verpflichtet daher die Landesparteien, sofort ein konkretes Aktionsprogramm für ihr Verhältnis zur Bauernschaft auszuarbeiten und durch ihre parlamentarischen Fraktionen entsprechende Entwürfe einzubringen. Diese Gesetzentwürfe werden von der größten politischen Wirkung sein, wenn sie den aktuellen Interessen der arbeitenden Bauernschaft wirklich entsprechen, und wenn zu ihrer Unterstützung Unterschriften auf dem Lande gesammelt werden.

Als propagandistische Losung, die uns die Möglichkeit bietet, in einer arithmetischen Formel das auszudrücken, was bisher nur algebraisch ausgedrückt wurde, kann die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" eine universelle Bedeutung gewinnen. Als Losung des aktuellen politischen Kampfes hingegen wird die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" ihre größte Wirkung in solchen Ländern haben, wie Frankreich, Deutschland, Italien, Balkan, Tschechoslowakei, Polen, Finnland usw. Auf jeden Fall ist der Sieg der proletarischen Revolution und dessen Verankerung ohne einen Beistand seitens der Bauernschaft, welcher Art er auch sein möge, nirgends

möglich. In diesem Sinne muß die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" zur Generallosung kommunistischer Parteien werden.

Indem das Exekutivkomitee der Komintern die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" mit allem Nachdruck unterstützt, empfiehlt es allen kommunistischen Parteien, stets die Gefahren zu bedenken, die mit einer falschen Anwendung dieser Losung verknüpft sind. Wie überhaupt die Taktik der Einheitsfront, so bergen auch die Losungen „Arbeiterregierung" und „Arbeiter- und Bauernregierung" zweifellos die schwersten Gefahren in sich in jenen Fällen, in denen unsere Parteien sie nicht in revolutionär-marxistischem Geiste durchführen. Die mit der Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" verbundenen unmittelbar in die Augen springenden Gefahren sind vor allem folgende:

1. In den Parteien, die noch keine genügende marxistische Schulung durchgemacht haben, entsteht die Gefahr, diese Losung im Geiste der russischen S.-R. zu interpretieren, d. h. im Geiste eines kleinbürgerlichen „Sozialismus", der die ganze Bauernschaft als eine kompakte Masse betrachtet und sich der Tatsache verschließt, daß es innerhalb der Bauernschaft verschiedene Schichten gibt. Das Exekutivkomitee der Komintern erinnert an die entsprechende Stelle in der programmatischen Resolution des II. Weltkongresses, in der es heißt:

> „Als „Großbauernschaft" sind die kapitalistischen Unternehmungen in der Landwirtschaft zu betrachten, die der allgemeinen Regel nach mit mehreren Lohnarbeitern wirtschaften und mit der „Bauernschaft" nur durch ihre niedrige Kulturstufe, ihre Lebensart und durch die persönliche körperliche Arbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind. Das ist die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die die unmittelbaren und entschiedenen Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung von dem geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter usw., auf den Kampf mit dieser Schicht muß bei der Arbeit der kommunistischen Partei im Dorfe das Hauptaugenmerk gerichtet sein."

2. Die zweite Gefahr besteht darin, daß in politischer Hinsicht noch nicht ganz feste Kommunisten den Versuch machen könnten, die revolutionäre Massenarbeit unter den breiten Schichten der werktätigen Bauernschaft durch prinzipienlose parlamentarische Kombinationen mit sogenannten parlamentarischen „Vertretern" der Bauernschaft und Führern sogenannter Bauernparteien, die häufig die reaktionärsten Elemente der Bourgeoisie darstellen, zu ersetzen.

Obgleich sich die kommunistischen Parteien dieser und ähnlicher Gefahren, die mit der Anwendung der Losung „Arbeiter- und Bauern-

regierung" verbunden sind, klar bewußt bleiben, vermögen sie sich der Erkenntnis der Vorzüge einer beweglichen Taktik und entsprechenden Strategie der Vorhut des Proletariats nicht zu verschließen. Sie müssen lernen, die Taktik des Eindringens in die breitesten Schichten der Werktätigen mit einer zähen, unerbittlichen und folgerichtigen Verteidigung der Prinzipien des revolutionären Marxismus zu verbinden.

Es versteht sich von selbst, daß das Eindringen in die Bauernmassen, wie auch die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" keineswegs die Verwandlung unserer Partei aus einer Arbeiterpartei in eine „Partei der Arbeit" oder „Arbeiter- und Bauernpartei" zur Folge haben darf. Unsere Partei hat, was ihre soziale Zusammensetzung und ihre Ziele betrifft, eine Partei der Arbeiterklasse zu bleiben, doch einer Arbeiterklasse, die alle Schichten des werktätigen Volkes mit sich reißt und sie in den Kampf gegen die Kapitalisten führt.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen einer erfolgreichen Anwendung der Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" unter den breiten Massen des flachen Landes besteht in besonders energischer Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften der Landarbeiter. Im Verlaufe der nächsten Zeit werden die Kommunisten alle Kräfte aufzubieten haben, um sich der Mehrheit der schon vorhandenen Landarbeitergewerkschaften zu bemächtigen, bzw. neue Landarbeiterverbände zu gründen, wo solche noch nicht bestehen. Die Landarbeiterverbände haben neben ihren anderen Aufgaben noch die weitere wichtigste politische Aufgabe zu erfüllen, die Losung „Arbeiter- und Bauernregierung" in die breiten Massen der Bauernschaft zu tragen. In diesem Sinne haben die Gewerkschaften der Landarbeiter eine der Brücken zu bilden zwischen der Kommunistischen Partei und dem flachen Lande.

Unter keinen Umständen jedoch dürfen die kommunistischen Parteien diese neue Aufgabe auf die Gewerkschaften der Landarbeiter allein abwälzen. Es ist eine der dringendsten Aufgaben der Gesamtparteien, die Arbeit der Gewinnung der Bauernmassen zum Bunde mit dem revolutionären Proletariat energisch anzufassen.

Zum Hamburger Kongreß.

1. Die Zweite Internationale hat im August 1914 durch den schimpflichen politischen und moralischen Bankrott ihr Dasein verwirkt. Durch die Verschmelzung mit ihr hat die Zweieinhalbte Internationale ihren eigenen Verrat endgültig und formell besiegelt.

Bei ihrer Gründung wollte die Zweieinhalbte Internationale nichts gemein haben mit den Parteien, die die Kriegs- und Burgfriedenspolitik mitgemacht haben. Sie war feierlich zum Krieg gegen Sozial-

patriotismus und Reformismus ausgezogen, sie wollte ein Kristallisationszentrum für Parteien des revolutionären Klassenkampfes werden, sie verkündete stolz die soziale Revolution, die Diktatur des Proletariats, die Räterepublik, sie versprach den energischen Kampf für die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und gegen Regierungskoalitionen der Ausgebeuteten mit den Ausbeutern. Nur eins wollte sie nicht: die Grundsätze und Methoden der Komintern.

Die Zweieinhalbte Internationale war ein Mittelding zwischen der Zweiten und der Dritten Internationale. Ihre kurze Lebensdauer hat aber bewiesen, daß man ohne die Methoden der Komintern und gegen die Komintern Revolution und Diktatur nicht vorbereiten kann, und daß eine Sozialisierung ohne proletarische Diktatur Selbstbetrug oder Schwindel ist. Daher war die Zweieinhalbte Internationale dazu verurteilt, immerfort zwischen proletarischer Revolution und kapitalistischer Konterrevolution, zwischen ihrer hoffnungslosen Sozialisierung und dem kapitalistischen Wiederaufbau hin- und herzupendeln, bis sie reif wurde zum kapitalistischen Wiederaufbau ohne beschönigende Redensarten, zur Regierungskoalition mit den Kapitalisten und zur Vereinigung mit der Zweiten Internationale.

Die Zweieinhalbte Internationale war der Ausdruck des radikal gesinnten Teiles der Arbeiterschaft, der den revolutionären Klassenkampf und die Einheitsfront im Kampfe mit den kommunistischen Arbeitern wollte, aber auf die proletarische Revolution noch nicht vorbereitet war. Weil aber ihr Weg zum Kampf, zur versprochenen Sozialisierung und zum Aufstieg sich immer deutlicher als aussichtslos erwies und weil sich die in ihren Reihen organisierte Arbeiterschaft mit wachsender Sympathie den kommunistischen Arbeitern zu nähern begann, blieb ihren Führern, wenn sie ihre Gefolgschaft nicht ganz verlieren wollten, nichts anderes übrig, als den enttäuschten Arbeitern, um sie mit neuen Hoffnungen zu erfüllen, einen neuen Weg zu zeigen, den Weg zur Vereinigung mit der großen Masse der hinter den Führern der Zweiten Internationale stehenden Arbeiter. So haben sich die Führer der neuen Internationale, die öffentlich so oft beteuert hatten, daß sie nur die Einigung aller drei Internationalen anstrebten und keiner Einigung mit der Zweiten Internationale allein zustimmen würden, bedingungslos dieser Zweiten Internationale unterworfen.

2. Aber die Zweite Internationale wagte bei ihrer Renovierung in Hamburg nicht einmal das zu scheinen, was sie vor dem Weltkrieg wirklich hatte sein wollen. Sie fand nicht den Mut, gegen den Krieg den feierlichen Schwur von Stuttgart und Basel zu erneuern, weil ihre Führer, gewitzigt durch ihren Zusammenbruch im Weltkriege, den Arbeitern nicht vortäuschen konnten, daß sie noch wie

vor dem August 1914, an die Wirksamkeit papierner Resolutionen gegen den Krieg glaubten, und weil sie sogar eine papierne Drohung mit der Revolution, die von den Arbeitern hätte ernst genommen werden können, fürchteten. Sie konnten nicht Stellung nehmen gegen den Imperialismus, wie sie es vor dem Weltkriege auf den internationalen Kongressen noch getan hatten, weil sie selbst Minister der kapitalistischen Staaten sind oder werden wollen, weil sie im Krieg zu bewußten Helfershelfern und Lakaien der Bourgeoisie herabgesunken sind. Sie wagten nicht, den Arbeitern reale Kampfmittel gegen die fortschreitende Offensive des Kapitals vorzuschlagen, sie wagten nicht mehr, von Sozialisierung zu sprechen, denn sie wollen den Wiederaufbau des Kapitalismus, und der ist nur auf Kosten der Arbeiter möglich, und ohne siegreiche Offensive des Kapitals undurchführbar. Sie wagten nicht, den konkreten Kampf gegen den Versailler Gewaltfrieden, gegen die Reparationen, gegen die Ruhrvergewaltigung, gegen die wachsenden Kriegsrüstungen, gegen die steigende Kriegsgefahr, gegen nationale und koloniale Unterdrückung, gegen Reaktion und Faszismus zu proklamieren, denn jeder wirkliche Kampf führt zur Revolution, und sie sind Gegner der proletarischen Revolution, sie vertreten in der internationalen Arbeiterbewegung die gegensätzlichen Interessen ihrer kapitalistischen Staaten.

Und weil sie jeden wirklichen Kampf für proletarische Interessen fürchten, weil sie die Arbeiter mit demokratischen und sozialistischen Phrasen an die Bourgeoisie ketten wollen, wie sie selbst an sie gekettet sind, mußten sie in Hamburg die Einheitsfront mit der revolutionären Avantgarde des kämpfenden Proletariats zurückweisen.

Und da sie keinen Kampf gegen den Kapitalismus wollten, da sie auf keine einzige für die Arbeiter lebenswichtige Frage eine klare Antwort haben, kann die Hamburger Internationale den Arbeitern nicht als Wegweiser dienen, nicht einmal in dem bescheidenen Sinne, wie die Vorkriegsinternationale, die mit ihr verglichen als eine revolutionäre Organisation erscheint.

Die Zweite Internationale war lebendig geboren als Kind der vergangenen Epoche und starb im Weltkriege im Werden einer neuen Epoche, deren neuen und großen Forderungen sie nicht gewachsen war.

Die neue Zweite Internationale ist ein totgeborenes Kind. Sie wird bei dem ersten internationalen Konflikt, der ersten heftigeren Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, begraben werden.

Das ist der letzte Nebenbuhler der Komintern in der Arbeiterbewegung, ein Nebenbuhler, der ihr den Erfolg verbürgt.

3. Die Hamburger Internationale entstand auf Drängen der großen Arbeitermassen, die einen Ausweg aus der wachsenden Not und den immer stärker drohenden Gefahren in der Vereinigung aller proletarischen Kräfte suchten, nur in ihr den Schutzwall gegen das zwangsläufig zum Krieg treibende Kapital zu finden glaubten. Aber diese Internationale, an deren Spitze Leute stehen, die den kapitalistischen Staaten als Minister gedient haben, dienen oder dienen möchten, die sogar den Vertrag von Versailles unterschrieben haben, diese Internationale werden die von ihr noch getäuschten Arbeiter bald als einen Schutzwall der Bourgeoisie erkennen. Oder sie wird beim ersten Schuß zerfallen, wie ihre Vorgängerin im August 1914.

Aufgabe der Komintern und ihrer Sektionen ist es, diesen unvermeidlichen Prozeß der Enttäuschung zu beschleunigen. Das aber kann und muß geschehen nur auf Grund des Kampfes um die Einheitsfront des Proletariats im nationalen und internationalen Maßstabe. Dieser Kampf um die Einheitsfront muß in allen Ländern immer planvoller und entschiedener geführt werden in konkretester und populärster Weise. Der Einheitsfront der Sozialpatrioten mit der Bourgeoisie muß der Kampf um die Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen die Bourgeoisie, der Koalitionsregierung von Arbeiterparteien mit den Kapitalisten der gemeinsame Kampf aller Arbeiterparteien um die Arbeiter- und Bauernregierung gegen die Kapitalisten entgegengestellt werden. Und je schärfer und zäher wir diesen Kampf zu führen verstehen, desto eher wird die große Mehrheit der arbeitenden und ausgebeuteten Massen einsehen, daß nur der Kommunismus sie von den Greueln des Kapitalismus befreien, ihnen eine bessere Zukunft bereiten kann.

Zum russisch-englischen Konflikt.

Die Erweiterte Exekutive sieht in dem Verlauf und der Art der Beilegung des soeben zum Abschluß gekommenen russisch-englischen Konfliktes einen Beweis dafür, daß der englische Imperialismus bereit ist, jede Gelegenheit zu benützen, um gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat von neuem mit der Drohung eines offenen Kampfes und eines bewaffneten Angriffs vorzugehen, um so die wichtigste Errungenschaft des ersten Wogengangs der Weltrevolution zu liquidieren, wie ihm das in England gelungen ist, wo die wesentlichsten Eroberungen der Arbeiterklasse im Jahre 1919 in der Folgezeit vernichtet wurden.

Das Anwachsen der Macht Sowjetrußlands, der Beginn seiner wirtschaftlichen Erstarkung, das Wiedererscheinen Rußlands als Lebensmittel- und Rohstoffausfuhrland auf dem Weltmarkte, die

Festigung der Verbindung der Sowjetregierung mit allen Schichten der werktätigen Bevölkerung, die zunehmende Macht und der sich dauernd steigernde Einfluß der Kommunistischen Partei, alles das zerstört die Hoffnungen des englischen Imperialismus auf eine Ausnützung der wirtschaftlichen Nöte Rußlands zur Aushöhlung der Sowjetmacht, auf ihre wirtschaftliche Niederringung und Unterwerfung unter das Diktat des Weltkapitals. Da die Erstarkung Sowjetrußlands gleichzeitig einen anfeuernden Einfluß auf die erwachenden Völker des Ostens ausüben muß, suchte die englische imperialistische Regierung Sowjetrußland entweder auf die Knie zu zwingen und es so zu einem Vasallen Englands zu machen oder es zum mindesten zu einem Kampfe zu provozieren. Der englische Imperialismus gab sich der Hoffnung hin, der allgemeine Haß der kapitalistischen Regierungen gegen die russische Revolution würde auch andere Mächte verlocken, an dem Kampfe gegen die Sowjetregierung teilzunehmen und so eine Generalintervention gegen Sowjetrußland herbeizuführen. Die Erweiterte Exekutive beglückwünscht die Sowjetregierung dazu, daß sie sich von dem englischen Imperialismus nicht hat provozieren lassen, sondern es durch eine klare und bestimmte Politik ohne Rücksicht auf gewisse Opfer verstanden hat, den Bruch, den die herrschenden Klassen Englands wollten, zu vereiteln. Die Erweiterte Exekutive gibt ihrer aufrichtigen Freude Ausdruck über die feste und selbstbewußte Entschlossenheit, mit der die arbeitenden Massen Rußlands beim ersten Bekanntwerden des englischen Ultimatums schützend hinter die Sowjetregierung getreten sind. Die Erweiterte Exekutive sieht darin eine Garantie dafür, daß, falls es die imperialistischen Regierungen einmal gelüsten sollte, von neuem einen Kampf gegen die Sowjetregierung zu entfachen, sie sich nicht nur an dem Widerstande, den die internationale Arbeiterklasse einem solchen verbrecherischen Anschlag auf die Errungenschaften der russischen Revolution entgegensetzen wird, sondern auch an dem granitharten Willen des heldenmütigen revolutionären Volkes Rußlands selbst die Zähne ausbeißen würden.

Die Erweiterte Exekutive stellt fest, daß die Zweite Internationale es für möglich hielt, in demselben Augenblick, wo sie auf ihrem Kongreß in Hamburg in Worten gegen den Anschlag Lord Curzons gegen die russische Revolution, und damit gegen den Frieden der Völker, protestierte, sich gleichzeitig mit den Schrittmachern der ententistischen Konterrevolution Rußlands, den Menschiwiki und SR. zu solidarisieren. Indem die Erweiterte Exekutive diese Unterstützung des Weltimperialismus an den Pranger stellt, ruft sie die Arbeiter aller Länder auf, energischer noch als bisher für die Verteidigung Sowjetrußlands einzutreten. Die englische Regierung hat alle Vorschläge

der Sowjetregierung zur effektiven Schlichtung der Streitfragen ablehnend beantwortet. Somit kann jeder Tag nicht nur die Gefahr eines Abbruches der anglo-russischen Beziehung, sondern auch unmittelbar die Gefahr des Ausbruches eines neuen Krieges erstehen lassen. Es gilt, dieses Gefühl der Gefahr in den proletarischen Massen der ganzen Welt dauernd wachzuhalten, damit sie jederzeit bereit sind, der Politik der Attentate gegen die russische Revolution mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Erweiterte Exekutive ruft die arbeitenden Massen des Ostens auf, sich um die Fahne Sowjetrußlands zu scharen, das die Schläge gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker des Ostens pariert.

Über das Verhältnis der Kommunisten zur Religion.

In Anbetracht dessen, daß in der schwedischen kommunistischen Presse falsche Behauptungen aufgestellt worden sind, die unter Kommunisten Verwirrung hervorrufen können, erklärt das Plenum der Exekutive der Komintern folgendes:

Die Kommunisten fordern, daß die Religion Privatsache bleibt im Verhältnis zum bürgerlichen S t a a t, unter keinen Umständen aber dürfen Kommunisten den Standpunkt vertreten, die Religion sei Privatsache auch im Verhältnis zur K o m m u n i s t i s c h e n P a r t e i. Die Kommunisten fordern, daß der bürgerliche Staat als solcher keinerlei Beziehungen zur Religion habe und die religiösen Gesellschaften in keinerlei Weise mit der bürgerlichen Staatsgewalt verbunden seien. Die Kommunisten fordern, daß es jedem Bürger freigestellt sei, sich zu einer beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d. h. Atheist zu sein, was gewöhnlich jeder bewußte Kommunist ist. Die Kommunisten bestehen darauf, daß der Staat in den Rechten der Bürger auf Grund des Kriteriums der Zugehörigkeit zu diesem oder jenem religiösen Glauben keinerlei Unterschiede walten lassen darf. Die Kommunisten fordern, daß in den offiziellen Dokumenten selbst die bloße Erwähnung der einen oder anderen Konfession der Bürger gänzlich zu verschwinden habe. Die Kommunisten streben danach, dem bürgerlichen Staat jede Möglichkeit zu nehmen, den kirchlichen oder religiösen Gesellschaften irgendwelche materielle oder sonstige Unterstützung zu gewähren. Das zusammengenommen, stellt gerade jene Forderung dar, die die Religion im Verhältnis z u m S t a a t zur Privatsache erklärt.

Doch die Kommunistische Partei kann sich auf keinen Fall gleichgültig gegenüber der Tatsache verhalten, daß einzelne ihrer Mitglieder, und sei es auch als „Privatpersonen", sich religiöser Propaganda widmen. Die Kommunistische Partei stellt einen aus freiem Willen geschlossenen Bund bewußter, fortgeschrittener Kämpfer für

die Befreiung der Arbeiterklasse dar. Die Kommunistische Avantgarde der Arbeiterklasse kann und darf sich zur Unaufgeklärtheit, Unbildung und zum religiösen Obskurantismus nicht gleichgültig verhalten. Die Kommunistische Partei hat die Pflicht, ihre Mitglieder zu erziehen nicht nur im Sinne der hingebungsvollen Befolgung eines bestimmten politischen Programms, ökonomischer Forderungen und der Statuten der Partei, sondern ihnen auch die scharfumschriebene, einheitliche Weltanschauung des Marxismus einzuimpfen, von dem der Atheismus einen wesentlichen Bestandteil bildet.

Es versteht sich von selbst, daß die antireligiöse Propaganda besonders vorsichtig und in gründlich überlegter Weise, mit Rücksichtnahme auf die Schichten, unter die sie getragen wird, betrieben werden muß. Die antireligiöse Propaganda der Kommunisten muß, insbesondere unter der Jugend, nach einem gründlich durchdachten Programm und unter Berücksichtigung aller besonderen Umstände geführt werden.

In einer kommunistischen Massenpartei finden sich zuweilen Mitglieder, die sich religiöser Stimmungen und Vorurteile noch nicht ganz entledigt haben. Die Partei als Ganzes dagegen, insbesondere ihre führenden Schichten, müssen die religiösen Vorurteile bekämpfen und in zweckentsprechender Weise den Atheismus propagieren. Eine aktive Religionspropaganda seitens führender Genossen, besonders der Intellektuellen unter ihnen, mag sie auch noch so moderne Form annehmen, ist absolut unzulässig.

Die Kommunisten sind dafür, daß man alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre religiösen Anschauungen in die Reihen der Klassencharakter tragenden Gewerkschaften einbezieht. Eingedenk dessen, daß es in verschiedenen Ländern noch Millionen Arbeiter gibt, die in dieser oder jener Weise religiös gesinnt sind, müssen die Kommunisten sie in den allgemeinen ökonomischen und politischen Kampf hineinziehen und sie unter keinen Umständen wegen ihrer religiösen Vorurteile etwa zurückweisen. Im besonderen haben die Kommunisten bei der Agitation für eine Arbeiterregierung oder eine Arbeiter- und Bauernregierung immer wieder zu betonen, daß sie damit allen Arbeitern, ohne Rücksicht darauf, ob sie religiös gesinnt oder Atheisten sind, ein brüderliches Bündnis vorschlagen.

Zur Programmfrage.

(Siehe Bericht über das Referat Bucharins über die Programmfrage, Seite 250.)

Zur Ermordung des Genossen Worowski.

Die Erweiterte Exekutive gedenkt in tiefer Trauer des von der Kugel eines faszistischen Banditen gefallenen Vertreters der Sowjet-

regierung, Genossen Worowskis. Sie gedenkt der großen Arbeit, die er in illegalen Arbeiterorganisationen Rußlands, im Gefängnis und in der Verbannung, in der Exekutive der Kommunistischen Internationale wie auf dem Posten eines Vertreters der Sowjetregierung, während dreißig Jahren im Befreiungskampfe der russischen wie der internationalen Arbeiterklasse und im Kampfe um die Befreiung der unterjochten und geknechteten Völker des Ostens geleistet hat

Die Erweiterte Exekutive fordert die Arbeiterklasse auf, in allen Ländern ihre Wachsamkeit gegenüber den faszistischen Banden zu erhöhen. Sie ruft die Arbeiterklasse in allen Ländern auf, alles zu tun, um die Führer des revolutionären Proletariats zu schützen und so den Plan des internationalen Kapitals, die Arbeiterklasse zu enthaupten, zu vereiteln.

Die Erweiterte Exekutive erklärt den besitzenden Klassen, daß jeder Gewaltakt, den sie gegen das kämpfende Proletariat begehen, von der revolutionären Arbeiterklasse gebucht wird und die internationale Bourgeoisie für jeden vergossenen Tropfen proletarischen Blutes, wenn die Stunde des Entscheidungskampfes geschlagen haben wird, es schwer entgelten wird. Die Kommunistische Internationale erinnert die internationale Bourgeoisie daran, daß die Arbeiterklasse zusammen mit den übrigen werktätigen Massen die große Mehrheit des Volkes ausmacht und daß es die Bourgeoisie sich selbst zuzuschreiben haben wird, wenn sie das Schwert des roten Terrors zu spüren bekommt.

Die japanische Frage.

Zu diesem Punkt liegt folgende Resolution vor:

„Das Erweiterte Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gibt seiner tiefen Sympathie und der Zusicherung vollster Unterstützung jenen Kommunisten gegenüber Ausdruck, die durch die autokratische Regierung Japans aus dem einzigen Grunde eingekerkert wurden, weil sie sich mutig an die Spitze einer Bewegung stellten, die den Anschlag der Bürokratie und der militärischen Clique, die Schulen und Universitäten im ganzen Lande zu militarisieren, zunichte machen sollte.

Die Erweiterte Exekutive ist sich bewußt, daß die japanische Regierung mit dieser barbarischen, inquisitorischen Unterdrückungspolitik den Kommunisten gegenüber ausholt, um die gesamte proletarische Bewegung zu unterdrücken, die Radikalen in Japan zu vernichten und einen Vorwand zu finden, um das „Anti-Kommunisten-Gesetz", das im vergangenen Jahre im Parlament durchfiel, auf dem Wege eines kaiserlichen Erlasses einzuführen.

Die Erweiterte Exekutive warnt die Arbeiter Japans vor den falschen Scheingründen, deren sich die japanische Regierung zur Unterdrückung der kommunistischen Bewegung bedient, sowie davor, sich durch die Versuche, sie von den Kommunisten zu trennen und sie diesen abspenstig zu machen, irreführen zu lassen. Die Exekutive fordert die japanischen Arbeiter auf, das von den eingekerkerten Kommunisten, die sich für die Interessen der Arbeiterklasse geopfert haben, begonnene Werk weiterzuführen und gegen die heimtückische Verschwörung der militaristischen und bürokratischen Regierung eine kraftvolle Bewegung zu entfachen.

Die Erweiterte Exekutive ruft besonders die Arbeiter-, Bauern- und Studentenjugend auf, sich der antimilitaristischen Bewegung anzuschließen, denn sie werden am schwersten von den blutigen Folgen der Militarisierung der Schulen betroffen werden. Die Jugend muß in den verhafteten Genossen, die zu Opfern der Unterdrückung seitens der militaristischen Clique wurden, die Vorkämpfer ihrer eigenen Sache erblicken."

KATAYAMA (mit lebhaftem Beifall empfangen) appelliert an die Delegierten, nach ihrer Rückkehr in ihr eigenes Land alles aufzubieten, um etwas für die verfolgten japanischen Genossen zu tun. Mehr als hundert sind unlängst verhaftet worden, darunter einige der besten Genossen, die über 20 Jahre in der Bewegung stehen. Er schildert die barbarische Behandlung, der sie im Gefängnis unterworfen werden. Ueber ihre Verhaftung oder Einkerkerung darf in der japanischen Presse nichts geschrieben werden, nicht einmal ein Aufruf, zu ihrer Unterstützung zu sammeln, darf verbreitet werden. Die japanischen Genossen selbst sind machtlos. Nur ein Druck von außen kann dazu verhelfen, den eingekerkerten Kommunisten eine bessere Behandlung zu sichern. Er erwähnt besonders Sakai, der unlängst eine langwierige Krankheit durchgemacht und kurz vor seiner Verhaftung bei einem Mordanschlag auf ihn fünf Wunden davongetragen hat, ebenso Yamakawa, einen Invaliden, der bereits mehrere Male im Gefängnis gesessen hat.

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Ebenso die Resolution

Ueber den Faszismus.

Der Faszismus ist eine charakteristische Verfallserscheinung dieser Zeit, Ausdruck der fortschreitenden Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft und der Zersetzung des bürgerlichen Staates.

Seine stärkste Wurzel ist der Tatbestand, daß der imperialistische Krieg und die von ihm gesteigerte und beschleunigte Zerrüttung

der kapitalistischen Wirtschaft für breite Schichten des Klein- und Mittelbürgertums, der Kleinbauernschaft und der „Intelligenz" im Gegensatz zu den gehegten Hoffnungen die früheren Lebensbedingungen und namentlich die frühere Existenzsicherheit vernichtet haben. Enttäuscht worden sind auch die unklaren Erwartungen, die manche in diesen sozialen Schichten auf eine durchgreifende Gesellschaftsverbesserung durch den reformistischen Sozialismus gesetzt hatten. Der Verrat der Revolution durch die reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer, ihre Kapitulation vor dem Kapitalismus, ihre Koalition mit der Bourgeoisie zum Zwecke der Wiederaufrichtung der alten Klassenherrschaft und Klassenausbeutung — all das im Zeichen der „Demokratie" — haben diese Art „Sympathisierender" mit dem Proletariat an dem Sozialismus selbst und seiner befreienden, gesellschaftserneuernden Macht verzweifeln lassen. Die Willensschwäche und Kampfesfurcht, mit denen die erdrückende Mehrzahl des Proletariats außerhalb Sowjetrußlands diesen Verrat duldet und unter kapitalistischen Skorpionen für die Befestigung der eigenen Ausbeutung und Versklavung frohndet, hat den in Gärung geratenen Klein- und Mittelbürgern wie „Intellektuellen" den Glauben an die Arbeiterklasse als an die kraftvolle Trägerin einer radikalen Gesellschaftsänderung geraubt. Ihnen haben sich manche proletarische Elemente angeschlossen, die aktiv gestimmt, Aktivität verlangend, sich von dem Verhalten aller politischen Parteien unbefriedigt fühlen. Zum Faszismus stoßen ferner Enttäuschte und Deklassierte, wurzellos gewordene Existenzen jeder sozialen Schicht, namentlich aber frühere Offiziere, die seit Kriegsende berufs- und verdienstlos geworden sind. Ganz besonders gilt dies für die besiegten Zentralstaaten, wo in der Folge der Faszismus ein starkes antirepublikanisches Gepräge erhält.

Ohne geschichtliche Erkenntnis und politische Schulung, erwartete der sozial bunt zusammengewürfelte Gewalthaufen der Faszisten alles Heil von einem „Staat", der, ihr ureigenstes Geschöpf und Werkzeug, angeblich klassen- und parteilos ihr unklares widerspruchsvolles Programm durchführt mit oder ohne bürgerliche Legalität, mittels der „Demokratie" oder eines Diktators.

Der Faszismus hat zur Zeit der revolutionären Gärung und Erhebung des Proletariats zum Teil mit proletarisch-revolutionären Forderungen sympathisiert oder wenigstens kokettiert.

Die ihm folgenden Massen schwankten zwischen den beiden Heerlagern der großen weltgeschichtlichen Klassengegensätze und Klassenkämpfe. Angesichts der Wiedererstarkung der kapitalistischen Herrschaft und der Generaloffensive der Bourgeoisie haben sie sich jedoch entschieden auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen, wo ihre

Führer von Anfang an gestanden sind. Die Bourgeoisie hat den Faszismus sofort in den Dienst und in den Sold ihres Kampfes zur Niederschlagung und dauernden Versklavung des Proletariats genommen. Je länger und je mehr sich die Zersetzung der kapitalistischen Wirtschaft auswirkt, je unerträglicher die Lasten und Leiden werden, die dadurch auf das Proletariat drücken, um so weniger genügt zum Schutze der bürgerlichen Ordnung gegen das Drängen werktätiger Massen die reformistische Predigt burgfriedlicher Gesinnung und demokratischer Arbeitsgemeinschaft. Die Bourgeoisie bedarf zu ihrer Verteidigung aggresiver Gewalt gegen die Arbeiterklasse Der alte, angeblich „unpolitische" Gewaltapparat des bürgerlichen Staates gewährt ihr nicht mehr genügend Sicherheit. Sie geht dazu über, besondere Klassenkampftruppen gegen das Proletariat zu schaffen. Solche Klassenkampftruppen stellt ihr der Faszismus. Obgleich dieser nach seinem Ursprung und seinen Trägern auch revolutionäre Tendenzen umschließt, die sich gegen den Kapitalismus und seinen Staat kehren könnten, wird er doch zu einer gefährlichen Macht der Gegenrevolution. Das beweist er dort, wo er siegt — in Italien.

Es versteht sich, daß der Faszismus je nach den gegebenen geschichtlichen Umständen in den verschiedenen Ländern im einzelnen verschiedene Züge zeigt. Aber überall besteht sein Wesen aus einer Verquickung brutalster, terroristischer Gewalt mit einer scheinrevolutionären Phraseologie, die demagogisch an die Bedürfnisse und Stimmungen breiter schaffender Massen anknüpft. Seine reifste Entwicklung hat er bis jetzt in Italien erhalten. Hier hat ihm die Passivität der Sozialistischen Partei und der reformistischen Gewerkschaftsführer Tür und Tor geöffnet, hier hat ihm seine revolutionäre Phraseologie die Gefolgschaft mancher proletarischer Elemente gebracht, die seinen Sieg ermöglichten. In der Entwicklung des Faszismus in Italien wirkt sich die Unfähigkeit der Partei und der Gewerkschaften aus, die Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter 1920 für eine Steigerung des proletarischen Klassenkampfes auszunutzen. Die Folge des faszistischen Sieges ist die gewaltsame Verhinderung jeder Arbeiterbewegung, selbst der reinen unpolitischen Lohnbewegung. Der Sieg des Faszismus in Italien reizt die Bourgeoisie der anderen Länder an, in der gleichen Weise das Proletariat niederschlagen zu lassen. Der Arbeiterklasse der ganzen Welt droht das Schicksal der italienischen Brüder.

Allein die Entwicklung des Faszismus in Italien zeigt auch ein anderes. Nämlich, daß der Faszismus zwiespältigen Charakters ist und starke Elemente der ideologischen und politischen Zersetzung und Auflösung in sich trägt. Sein Ziel, den alten bürgerlichen „demo-

kratischen Staat" in den faszistischen Gewaltstaat umzuhämmern, entfesselt Gegensätze zwischen der alten eingesessenen und der neuen faszistischen Bürokratie; zwischen dem regulären Heer und seinen Berufsoffizieren und der neuen Landesmiliz mit ihren Führern; zwischen der gewalttätigen und faszistischen Politik in Wirtschaft und Staat und der Ideologie der Ueberreste der liberalen und demokratischen Bourgeoisie; zwischen Monarchisten und Republikanern; zwischen den eigentlichen Faszisten der Schwarzhemden und den in die Partei und Miliz aufgenommenen Nationalisten; zwischen dem ursprünglichen Programm der Faszisten, das Massen täuschte und gewann, und der heutigen faszistischen Politik, die den Interessen des Industriekapitals dient und in erster Linie der künstlich großgepäppelten Schwerindustrie. Hinter diesen und anderen Gegensätzen aber stehen unüberbrückbar und unversöhnlich die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zwischen den verschiedenen kapitalistischen Gesellschaftsschichten, zwischen Großbourgeoisie und dem Klein- und Mittelbürgertum wie dem Kleinbauerntum und der Intelligenz, und sie alle überragend der größte aller wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze: der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Auf der Grundlage der gekennzeichneten Gegensätze ist bereits der ideologische Bankrott des Faszismus Tatsache geworden im Widerspruch zwischen dem faszistischen Programm und der Art seiner Erfüllung. Die organisierte Bewaffnung und der skrupelloseste Terror mögen noch eine Zeitlang den Austrag der Gegensätze hindern und den ideologischen Bankrott verschleiern. Aber schließlich werden sich die Gegensätze in der bewaffneten Macht selbst durchsetzen und den Faszismus zersprengen.

Der revolutionäre Vortrupp des Proletariats darf dem Auflösungsprozeß des Faszismus nicht passiv zuschauen, es ist vielmehr seine historische Pflicht, ihn bewußt und aktiv zu beschleunigen und zu fördern. Die im Faszismus enthaltenen unklar und unbewußt revolutionären Elemente müssen dem proletarischen Klassenkampf gegen die Klassenherrschaft und Ausbeutungsgewalt der Bourgeoisie zugeführt werden. Die ideologische und politische Ueberwindung des Faszismus muß seine militärische Niederlage vorbereiten.

Dem bewußten revolutionären Vortrupp der Arbeiterklasse fällt die Aufgabe zu, den Kampf gegen den siegreichen Faszismus in Italien und den sich organisierenden Faszismus in der ganzen Welt aufzunehmen. Er muß den Faszismus politisch entwaffnen und überwinden und muß die Arbeiter zum starken erfolgreichen Selbstschutz gegen seine Gewalttaten organisieren. Zu diesem Zwecke hat folgendes zu geschehen:

I. In allen Ländern muß durch die Arbeiterparteien und Arbei-

terorganisationen usw. jeder Richtung ein besonderes Organ zur Leitung des Kampfes gegen den Faszismus geschaffen werden.

Die Aufgaben dieses Organs sind:

1. Sammlung der Tatsachen der faszistischen Bewegung im eigenen Lande.

2. Systematische Aufklärung der Arbeiterklasse über den klassenfeindlichen Charakter der faszistischen Bewegung durch Zeitungsartikel, Broschüren, Plakate, Versammlungen usw.

3. Systematische Aufklärung der neuproletarischen und von der sicheren Proletarisierung bedrohten Massen über ihre Lage und die großkapitalistischen Funktionen des Faszismus.

4. Organisierung des Abwehrkampfes der Arbeiterschaft durch Gründung von Hundertschaften und ihre Bewaffnung. Da die Faszisten besonders unter der Jugend Propaganda treiben und die Arbeiterjugend in die Einheitsfront einbezogen werden muß, ist die Aufnahme Jugendlicher von 17 Jahren an in die gemeinsamen Betriebshundertschaften notwendig. Organisierung von Arbeiterkontrollausschüssen zur Verhinderung des Transportes faszistischer Banden und von Waffen für sie. Schonungsloses Niederschlagen aller faszistischen Versuche, die Arbeiter zu terrorisieren und die Aeußerungen ihres Klassenlebens zu verhindern.

5. Heranziehung der Arbeiter ohne Unterschied der Richtung zu diesem Kampfe. Aufforderung an alle Arbeiterparteien, Gewerkschaften und überhaupt an alle proletarischen Massenorganisationen zur gemeinsamen Abwehr des Faszismus.

6. Kampf gegen den Faszismus in den Parlamenten und allen öffentlichen Körperschaften. Dabei ist der imperialistische und erzchauvinistische Charakter des Faszismus in den verschiedenen Ländern stark zu betonen, durch den die Gefahr neuer internationaler Kriege gesteigert wird.

II. Die Organisierung der faszistischen Kräfte vollzieht sich international, es ist daher nötig, auch den Kampf der Arbeiter gegen den Faszismus international zu organisieren. Zu diesem Zwecke muß ein internationales Arbeiterkomitee geschaffen werden. Aufgabe dieses internationalen Komitees ist außer dem Austausch der Erfahrungen, die Organisierung internationaler Aktionen, in erster Linie zunächst gegen den italienischen Faszismus und seine Vertreter im Ausland. Für den Kampf gegen ihn kommt in Betracht:

1. Eine internationale Aufklärungskampagne durch Zeitungen, Broschüren, Bilder, Massenversammlungen über den absolut arbeiterfeindlichen Charakter der italienischen Faszistenherrschaft und über

die systematische Zerstörung aller Arbeiterorganisationen und Institutionen durch ihn.

2. Organisierung von internationalen Massenversammlungen und Demonstrationen gegen den Faszismus, gegen die Vertreter des faszistischen italienischen Staates im Auslande usw.

3. Kampf in den Parlamenten; Aufforderung an die Parlamente, an die Arbeiterfraktionen in den Parlamenten, an die internationalen Organisationen der Arbeiter, Kommissionen zur Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse nach Italien zu entsenden.

4. Kampf für die sofortige Befreiung der verhafteten oder verurteilten kommunistischen, sozialistischen und parteilosen Arbeiter.

5. Vorbereitung eines internationalen Boykotts der gesamten Arbeiter gegen Italien: Weigerung der Kohlenförderung für Italien; Weigerung aller Transportarbeiter, Güter von und nach Italien zu verladen und zu transportieren usw. Zu diesem Zwecke Schaffung internationaler Komitees der Bergarbeiter, Seeleute, Eisenbahner, Transportarbeiter jeder Art.

6. Materielle und moralische Unterstützung der verfolgten Arbeiterschaft Italiens durch Geldsammlungen, Unterbringung der Flüchtlinge, Unterstützung ihrer Arbeit im Auslande usw. Eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Internationalen Roten Hilfe. Die Arbeitsgenossenschaften sind zur Hilfeleistung heranzuziehen.

Es muß den Arbeitern ins Bewußtsein gehämmert werden, daß das Schicksal der italienischen Arbeiterklasse ihr eigenes Schicksal sein wird, wenn sie nicht durch energischen, revolutionären Kampf gegen die herrschende Klasse das Zuströmen der minderklassenbewußten Elemente zum Faszismus verhindern. Die Arbeiterorganisationen müssen daher mit höchster Energie zum Schutz der breitesten schaffenden Volksmassen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Wucher gegen das Kapital vorstoßen und den scheinrevolutionären demagogischen Parolen des Faszismus den ernsten organisierten Massenkampf entgegenstellen. Sie müssen des weiteren die ersten Versuche faszistischer Organisierung im eigenen Lande mit aller Kraft niederschlagen und sich bewußt bleiben, daß sie den Faszismus in Italien und der ganzen Welt am erfolgreichsten durch den energischsten Kampf gegen ihn im eigenen Lande bekämpfen.

Die Gewerkschaftsfrage.

WALCHER: Die Gewerkschaftsresolution hat nur unwesentliche Veränderungen erfahren. So wurde der Absatz 4 und 5 vereinigt und ein neuer Absatz 8 eingefügt. —

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

I.

In den letzten Monaten vollzieht sich innerhalb des reformistischen Flügels der Arbeiterbewegung ein großer Umschwung. Dieser Umschwung findet seinen Ausdruck darin, daß innerhalb der Amsterdamer Internationale sich ein linker Flügel gebildet hat, der bestrebt ist, zusammen mit den russischen Verbänden und durch sie auch mit der Roten Gewerkschaftsinternationale und den ihr angeschlossenen Organisationen eine Einheitsfront zu bilden. Am deutlichsten offenbarte sich diese Strömung auf der internationalen Konferenz der Transportarbeiter, wo zwischen den Organisationen, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen sind, und denen der Roten Gewerkschaftsinternationale ein Block zur Bekämpfung der Kriegsgefahr und der faszistischen Reaktion geschlossen wurde. Dieselbe Tendenz äußerte sich ferner in den Abmachungen zwischen dem Internationalen Metallarbeiterbund und dem russischen Metallarbeiterverband und in einer Reihe analoger Bestrebungen in anderen Berufs-Internationalen.

II.

Dieser Umschwung ist die Folge zweier Ursachen:

a) Des Bankrotts der arbeitsgemeinschaftlichen Politik der Amsterdamer Internationale und

b) der fortschreitenden Revolutionierung der Arbeitermassen infolge unserer Taktik der Eroberung der Gewerkschaften und der Einheitsfront.

Der Bankrott der reformistischen Taktik äußert sich in der Tatsache, daß die Gewerkschaften außerstande waren, der Offensive des Kapitals irgendwie wirksam zu begegnen und die fortschreitende Verschlechterung der Wirtschaftslage des Proletariats aufzuhalten, und besonders bei Ausbruch des Ruhrkonflikts, wo die reformistischen Gewerkschaften so wenig wie 1914 fähig waren, der kapitalistischen Raubpolitik und imperialistischen Kriegen durch Entfesselung des rücksichtslosen Klassenkampfes zu begegnen.

Bei dieser Sachlage mußte der Kampf der Kommunisten für die Einheit der Gewerkschaften für gemeinsame Aktionen mit den Arbeitern aller Richtungen den breiten Massen zeigen, daß von sämtlichen Arbeiterparteien nur die Kommunistische Partei einen wirklichen Kampf gegen die Knechtung der Werktätigen führt.

III.

Die neue Lage rollt vor sämtlichen kommunistischen Parteien die Frage auf, wie die von den Kongressen der Kommunisti-

schen Internationale festgelegte Taktik weiterhin verwirklicht werden soll. Die bloße Propaganda der Einheitsfront ist jetzt nicht mehr ausreichend, jedem Arbeiter müssen die Ursachen der Einheitsfront, die Formen ihrer Bildung und die Kampfmethoden der Arbeiterklasse in einer einheitlichen Front klargemacht werden. Man muß jedem Arbeiter eine deutliche Vorstellung davon verschaffen, was wir unter Einheitsfront verstehen, wie wir uns die Bildung denken und was alle Arbeiter insgesamt und jeder insbesondere zu tun hat, sobald diese Einheitsfront hergestellt ist. Der Einheitsfront muß eine organisatorische Grundlage durch Bildung gemeinsamer Komitees gegeben werden, die je nach Ort und Zeit den verschieden gelagerten Verhältnissen angepaßt werden müssen.

Die Ausarbeitung konkreter Aktionsprogramme nach Industrien und Bezirken muß die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft sein.

IV.

Unser Kampf für die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung muß hauptsächlich vom Betrieb ausgehen, weil hier der Arbeiter die Notwendigkeit der Einheitsfront am deutlichsten empfindet. Es hat sich gezeigt, daß die Betriebsräte die geeignetsten Organe der Einheitsfront sind. Darum haben die Kommunisten in den Ländern, wo noch keine Betriebsräte bestehen, in den breiten Massen für die Errichtung von Betriebsräten zu kämpfen und dort, wo sie bereits bestehen, mit aller Kraft für ihre Revolutionierung zu sorgen und für die Erweiterung ihrer Rechte zu kämpfen.

Die Uebertragung des Schwergewichts der Arbeit in die Betriebe und der Kampf für die Schaffung von Betriebsräten bedeuten keineswegs, daß die Betriebsräte die Gewerkschaften organisatorisch ersetzen sollen. Eine solche Auffassung würde zu einer Schwächung der Arbeiterbewegung führen und muß auf das Entschiedenste zurückgewiesen werden. Sie würde unseren Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften und auch deren Umgestaltung zu Industrieverbänden erschweren und die Verbände den gegenwärtigen reformistischen Führern ausliefern.

V.

In denjenigen Ländern, wo Arbeiter verschiedener Nationalitäten und Rassen vorhanden sind, müssen die Kommunisten dafür kämpfen, daß die Arbeiter aller Nationalitäten und Rassen einem und demselben Verbande angehören. Aber in diesem Kampf zur Beseitigung der nationalen Vorurteile unter den Arbeitern muß die kommunistische Partei, welche die Arbeiter der vorherrschenden Nationalitäten umfaßt, noch entschiedener gegen die Elemente

der Arbeiterbewegung ankämpfen, die unter Ausnutzung des internationalen Banners die freie Entwicklung der unterdrückten Nationen irgendwie hemmen wollen.

Dort, wo die Arbeitermassen noch unter den Folgen eines langjährigen nationalen Hasses zu leiden haben, ist bei Konflikten zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten, wie gering diese Konflikte auch wären, seitens der Kommunisten ein besonders entgegenkommendes und aufmerksames Verhalten erforderlich, da andernfalls die kleinsten organisatorischen Unstimmigkeiten zum Ausgangspunkt eines Wiederaufloderns des Nationalitätenkampfes zwischen den Arbeitern, d. h. zu einer gegenseitigen Entfremdung der revolutionären Elemente führen können.

VI.

Die fortschreitende Spaltungspolitik der reformistischen Gewerkschaften muß auf entschiedenen Widerstand stoßen (Propaganda, Agitation, organisatorische Maßnahmen usw.). Im Falle eines Ausschlusses von einzelnen Arbeitergruppen oder von ganzen Verbänden muß man die Ausgeschlossenen zusammenhalten und alles versuchen, um ihre Wiederaufnahme durchzusetzen. Auf keinen Fall dürfen oppositionelle Elemente, die mit den Ausgeschlossenen sympathisieren, aus den alten Verbänden herausgezogen werden.

In denjenigen Ländern, wo zwei parallele, eine reformistische und eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung existieren (z. B. Frankreich, Tschechoslowakei, Spanien usw.), haben die aus den reformistischen Gewerkschaften ausgeschlossenen Verbände der revolutionären Gewerkschaftsvereinigung beizutreten. Dagegen müssen auch in diesen Ländern ausgeschlossene Einzelmitglieder und Gruppen um ihre Wiederaufnahme in die reformistischen Verbände kämpfen, solange dies im Interesse der revolutionären Arbeiterbewegung zweckdienlich erscheint.

VII.

Die Erweiterte Exekutivsitzung der K. I. fordert die gesamte Parteipresse auf, das Leben und den Kampf der Gewerkschaften aufmerksamer zu verfolgen, die Tätigkeit der revolutionären Verbände und der oppositionellen Minderheit und Fraktionen eingehend zu beleuchten und alle organisatorischen und politischen Erfahrungen systematisch auszuwerten. Besondere Aufmerksamkeit ist der Schaffung einer agitatorisch-propagandistischen Gewerkschaftsliteratur zu widmen. Sämtliche kommunistische Parteien müssen regelmäßig Berichte über die Tätigkeit ihrer Fraktionen in den Gewerkschaften an das Exekutivkomitee einsenden, damit die Erfahrungen

des einen Landes zum Gemeingut der gesamten internationalen Bewegung werden.

VIII.

Jedes Mitglied der K. I. ist verpflichtet, sich seiner zuständigen Gewerkschaftsorganisation anzuschließen und in den kommunistischen Fraktionen bzw in der revolutionären Oppositionsbewegung aktiv mitzuarbeiten. Die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften muß den Grundsätzen und Beschlüssen der Roten Gewerkschaftsinternationale entsprechen. Die Sektionen der Kommunistischen Internationale müssen alle Anstrengungen machen, um die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der Welt unter dem Banner der Roten Gewerkschaftsinternationale zu vereinigen.

IX.

Indem die Erweiterte Exekutivsitzung der K. I. von den Vereinbarungen zwischen den Transportarbeitern und Metallarbeitern mit Befriedigung Kenntnis nimmt, fordert sie sämtliche kommunistische Parteien auf, alle Versuche zur Bildung einer Einheitsfront in der Gewerkschaftsbewegung und zur Wiedervereinigung der in einigen Ländern gespaltenen Gewerkschaftsbewegung energisch zu unterstützen und die Sprengung und Sabotage bereits abgeschlossener Uebereinkommen zwischen den Gewerkschaften verschiedener Richtungen auf das entschiedenste und schonungsloseste zu bekämpfen. Die kommunistischen Parteien müssen die Initiative der Transportarbeiter und Metallarbeiter unterstützen und alles tun, um analoge Abkommen auch auf andere Industriezweige auszudehnen und dadurch die Herstellung einer organisatorischen Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung vorzubereiten.

Die Genossenschaftsfrage.

HÖRNLE (Deutschland): Die Ansicht der Kommission war, daß es sich um drei Hauptfragen bei der Genossenschaftsfrage handelt: 1. Teilnahme der Genossenschaften am Kampfe gegen den Faszismus. 2. Zusammenarbeiten der Genossenschaften mit den Gewerkschaften. 3. Die Frage der Organisation der kommunistischen Zellen in den Genossenschaften und Sammlung einer breiten revolutionären Opposition innerhalb der reformistischen Verbände. Der Faszismus bedroht nicht nur die übrigen Arbeiterorganisationen, sondern in erster Linie die Genossenschaften. Die Genossenschaften können ihre Existenz nur wahren, wenn sie in Verbindung mit den übrigen Kampforganisationen des Proletariats gegen den Faszismus kämpfen.

Für die Zusammenarbeit mit den Genossenschaften muß verlangt werden, daß eine Weltkonferenz der Gewerkschaften

und der Genossenschaften stattfindet, die sich mit den wichtigsten Fragen, wie des Kampfes gegen die Kriegsgefahr, den Faszismus, die Bedrohung des Achtstundentages, gegen Wucher und Teuerung und für die Kontrolle der Produktion und der Märkte, die Bewaffnung des Proletariats und Regierung der Arbeiter und Bauern beschäftigt. Wir müssen verlangen, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale in den von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und den Genossenschaften gebildeten Block aufgenommen wird.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die Genossenschaften und der Faszismus.

1. Der Faszismus setzt sich die systematische Vernichtung aller Organisationen der Arbeiter zum unmittelbaren Ziel, um der Arbeiterbewegung jeden Stützpunkt zu rauben und ihre Hilfsquellen zu verschütten. Dort, wo der Faszismus sich entwickelt und besonders dort, wo er zur Macht gelangt, richtet er seine härtesten Schläge gegen die Genossenschaften.

2. Aus diesem Grunde muß der Faszismus als eine die Genossenschaften unmittelbar berührende Gefahr betrachtet werden, die nicht nur gegen deren Entwicklung, sondern auch gegen deren Daseinsbedingungen gerichtet ist. Die kommunistischen Genossenschafter müssen daher eine energische Kampagne unternehmen, um die Genossenschaften zu zwingen, in dem Kampfe gegen den Faszismus klar Stellung zu nehmen.

3. Die Entwicklung der kapitalistischen Offensive in Form des Faszismus beweist besonders klar, daß es eine Illusion ist, die Befreiung der Arbeiterklasse mittels einer friedlichen Entwicklung der Genossenschaftsorganisationen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, ohne die Machtergreifung durch die werktätige Masse, erreichen zu wollen, wie das die „Nurgenossenschafter" im Auge haben. Sobald die Genossenschaft beginnt, den bürgerlichen Klassen unbequem zu sein, so schlagen diese unbarmherzig auf den Apparat los, auf den die pazifistischen Genossenschafter alle ihre Hoffnungen setzten. Der Bürgerkrieg pocht an die Pforten der Genossenschaften und zwingt sie, sich entweder auf die eine oder andere Seite der Barrikade zu stellen. Es ist eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß man die Genossenschaften den Folgewirkungen des Klassenkampfes entziehen könne; jede Niederlage des Proletariats muß unverzüglich auf die Genossenschaft zurückwirken. Das faszistische, d. h. das Regime der bewaffneten Diktatur der Bourgeoisie, versetzt die Arbeiterklasse in einen Zustand der Verelendung und Knechtung und macht dadurch den Boden unfruchtbar, aus dem die

Genossenschaft ihre Kräfte saugt und auf dem sich ihre Entwicklung aufbaut.

4. Sowjetrußland ist das einzige Land, wo die Genossenschaften die Möglichkeit haben, einen organisatorischen Arbeitsplan zu entwickeln und wo sie ihrer Existenz und der Rolle, die sie beim sozialistischen Gesellschaftsaufbau zu spielen berufen sind, sicher sein können. Auf diesen Umstand muß hingewiesen werden, als auf einen schlagenden Beweis des Gegensatzes zwischen der Lage der Genossenschaften in den Ländern, wo die Bourgeoisie die Diktatur behalten hat, und in dem einzigen Lande, wo die Diktatur des Proletariats verwirklicht ist.

5. Die Erfahrungen des Kampfes gegen den Faszismus haben gezeigt, daß nur solche Genossenschaftsorganisationen, die sich auf breite proletarische Massen stützen, einen gewissen Widerstand leisten konnten. Die kleinen, isolierten Organisationen waren nicht nur in ökonomischer Beziehung ohnmächtig, sondern auch unfähig, den Angriff der Bourgeoisie mit politischen Mitteln abzuwehren.

6. Die Parolen der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung entsprechen genau den Bedürfnissen der Genossenschaftsbewegung; Die Einheitsfront, weil die Genossenschaft dieselben Interessen hat, denselben Gefahren ausgesetzt ist wie die Arbeiterklasse als Ganzes; die Arbeiter- und Bauernregierung, weil nur die Ergreifung der Macht durch die Werktätigen die Genossenschaften vor dem Verderben retten kann und ihnen die Möglichkeit voller Entwicklung bietet.

7. Die werktätigen Massen müssen darauf bedacht sein, den Kampf gegen den Faszismus gleich nach den ersten Anzeichen dieser Bewegung aufzunehmen und ihn daran zu hindern, eine ansehnliche Macht zu werden oder gar die Staatsgewalt zu ergreifen. Zu diesem Zwecke müssen die Genossenschaften eine energische Propaganda gegen den Faszismus aufnehmen, ihre Mittel und ihre Mitglieder den proletarischen Kontingenten zum Schutz der proletarischen Institutionen und zur Unterdrückung gegenrevolutionärer Versuche zuführen.

Es muß Propaganda gemacht werden, um unter den Genossenschaftern Fonds zur Unterstützung der Opfer des Faszismus zu sammeln, und zu diesem Zwecke muß eine enge Verbindung hergestellt werden mit den Institutionen zur Unterstützung der Opfer des Kampfes gegen die Konterrevolution.

8. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Faszismus beweisen, daß die Ablehnung eines Kampfes, wie sie durch die reformistischen Führer gepredigt wurde, keineswegs die Genossenschaften gerettet

hat. Nach der Machtergreifung durch die Faszisten nehmen die organisierten Verfolgungen der Genossenschaften nur noch an Intensität zu. Daher muß der Kampf der Genossenschaften energisch weitergeführt werden unter Ausnützung aller noch bestehenden Möglichkeiten, um sie am Leben zu erhalten. Die Kommunisten müssen ihre Tätigkeit auch in den Genossenschaftsmassen fortsetzen, welche die Faszisten an sich gerissen haben. Es muß eine energische Kampagne dafür geführt werden, daß die Arbeiter sich von den Organisationen, die die Faszisten an sich gerissen haben, oder deren Tätigkeit infolge von Gewaltakten der Faszisten herabgemindert ist, nicht loslösen.

II. Die Zusammenarbeit der Genossenschaften mit den Gewerkschaften.

Die internationale Offensive des Kapitals auf der einen Seite und die Revolutionierung der Arbeitermassen auf der anderen zwingen selbst die reformistischen Führer des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Genossenschaftsbundes, den Gedanken der Einheitsfront des Proletariats aufzugreifen. Sie versuchen, ihn zu fälschen, indem sie aus einer einheitlichen Kampffront der arbeitenden Massen eine Vereinbarung der kampfscheuen Führer machen. Der im Februar d. J. in Brüssel geschaffene Block des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) mit dem Internationalen Genossenschaftsbund ist eine solche Vereinbarung. Beachtenswert jedoch ist, daß der I. G. B. hierdurch seinen bisherigen Grundsatz der Neutralität selbst als unhaltbar bloßgestellt hat. Er muß wider seinen Willen anerkennen, daß die Zusammenfassung aller organisierten Kräfte des Proletariats heute auch für die Genossenschaften zur Existenzfrage geworden ist. Wollen die Genossenschaften nicht in die allgemeine Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft mit hineingerissen werden, wollen sie nicht das wehrlose Opfer des Faszismus und neuer kapitalistischer Weltkriege werden, wollen sie nicht in die Hörigkeit des Handels- und Bankkapitals herabsinken, so müssen sie sich mit den wirtschaftlichen und politischen Kampforganisationen des Proletariats verbünden.

Der in Brüssel geschaffene Block zwischen den Amsterdamern und dem Internationalen Genossenschaftsbund ist freilich kein Werkzeug des proletarischen Kampfes gegen die Offensive des Kapitals. Das beweist am deutlichsten die Tatsache, daß die reformistischen Führer es abgelehnt haben, die Rote Gewerkschaftsinternationale, die Millionen revolutionärer Arbeiter umfaßt, in den Block aufzunehmen.

Infolgedessen ist der Block der Amsterdamer mit dem Inter-

nationalen Genossenschaftsbund tatsächlich nur ein Schutzwall der Bürokratie zur Verhinderung eines ernsthaften und geschlossenen Abwehrkampfes der Arbeiterklasse. Er schafft kein Band der gegenseitigen Hilfe der Genossenschafts- und Gewerkschaftsorganisationen der verschiedenen Länder.

Aufgabe der kommunistischen Genossenschafter ist es deshalb, in den breiten Massen des genossenschaftlich organisierten Proletariats und der Bauern den wahren Charakter dieser Vereinbarung aufzuzeigen und ihr gegenüber die kämpfende Einheitsfront aller genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitermassen zu fordern. Zu diesem Block müssen unbedingt die der Roten Gewerkschaftsinternationale angehörenden revolutionären Gewerkschaftsorganisationen hinzugezogen werden. Auf einer Weltkonferenz der proletarischen Gewerkschafter und Genossenschafter muß ein konkretes Aktionsprogramm ausgearbeitet werden, nach dessen Richtlinien der Kampf zu führen ist: gegen die Ideologie und Organisation des Faszismus, gegen die Auswucherung der arbeitenden Massen durch das Kapital, gegen die Herabsetzung der Reallöhne und die Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die wachsenden Kriegsrüstungen und Provokationen der kapitalistischen Staaten, gegen die Besteuerung der arbeitenden Massen und ihrer Genossenschaften, gegen alle Ausnahmegesetze und Ausnahmeverordnungen gegenüber revolutionären Arbeiterparteien, für die proletarische Kontrolle der Produktion und des Marktes, für die Annullierung des Versailler Friedensvertrages, für die Freilassung der gefangenen Revolutionäre, für die Bewaffnung des Proletariats und für die Regierung der Arbeiter und Bauern. Insbesondere müssen die Genossenschaften den Kontakt herstellen zwischen dem Industrieproletariat und der arbeitenden Bevölkerung auf dem flachen Lande.

An allen Aktionen des revolutionären Proletariats müssen sich die Genossenschaften aktiv beteiligen.

Die Führer der Genossenschaften und Gewerkschaften müssen angesichts der proletarischen Massen aufgefordert werden, mit dem auf der Internationalen Frankfurter Konferenz eingesetzten Aktionsausschuß gegen Kriegsgefahr und Faszismus Hand in Hand zu arbeiten. Weigern sich die Führer, diese Forderungen zu erfüllen, so müssen die Mitgliedermassen aufgerufen werden, die Schaffung der proletarischen Abwehrfront für den Schutz ihrer Lebensinteressen ohne Rücksicht auf die verräterische Führung zu organisieren.

Im Zusammenhang mit dem im Jahre 1924 stattfindenden Internationalen Genossenschaftskongreß ist es notwendig, eine breite Agitationskampagne durchzuführen zur Bloßstellung der „neutralistischen" Position unserer Gegner, die offen mit der Reaktion paktieren, sowie für die obengenannten Forderungen, um zum Kongresse selbst

eine möglichst große Anzahl kommunistischer Genossenschafter als Delegierte zu bekommen.

III. Zur Organisationsfrage.

1. Die Notwendigkeit, die internationalen Kräfte der kommunistischen Genossenschafter zusammenzufassen, macht es allen Landesgenossenschaftsabteilungen der K. P. zur Pflicht, sofort mit erneuten Kräften an die Sammlung der revolutionär gesinnten Genossenschaftsmassen um die kommunistischen Genossenschaftszellen zu schreiten und sie in ein einheitliches Kampfsystem zu bringen, das solidarisch mit der Kommunistischen Partei und den Roten Gewerkschaften zum Schutze der revolutionären Interessen der Werktätigen hervortreten kann.

Auf allen Stufen des Genossenschaftssystems eines jeden Landes müssen enge gegenseitige Beziehungen und gemeinsame Aktionen der Genossenschaften mit den entsprechenden Organen der Partei und der Gewerkschaften organisiert werden.

2. Laut Beschluß der Ersten Internationalen Konferenz Kommunistischer Genossenschafter wird den Landesgenossenschaftsabteilungen zur Pflicht gemacht, unter Leitung der Parteizentrale lokale Organe für die kommunistische Genossenschaftsarbeit zu schaffen. Diese Organe unterliegen der Bestätigung durch die Kooperativ-Sektion des E. K. K. I.

Das Organisationsschema im Landesmaßstabe stellt sich folgendermaßen dar:

I.

Bei der Landeszentrale.

Beim Zentralkomitee der Partei wird eine Genossenschaftsabteilung gebildet. Diese besteht:

a) aus dem genossenschaftlichen Beirat, der sich zusammensetzt aus verantwortlichen kommunistischen praktischen Genossenschaftern (Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrates usw.), den Vertretern der Gewerkschaftsabteilung, der Frauenabteilung, der Jugendorganisation und der Roten Hilfe. Der Beirat tritt periodisch zusammen unter dem Vorsitze jenes Mitgliedes der Parteizentrale, das über genossenschaftliche Angelegenheiten zu referieren hat. Der Beirat hat alle genossenschaftlichen Angelegenheiten zu besprechen und darüber Beschluß zu fassen.

b) aus dem genossenschaftlichen Sekretariat der Parteizentrale. In erster Linie obliegen der Genossenschaftsabteilung die Registrierung der kommunistischen Zellen in den Genossenschaften, die Herausgabe eines Organs der kommunistischen Genossenschafter in den Ländern, wo dies möglich ist, die Lieferung von Nachrichten und Artikeln über die Tätigkeit der Kommunisten in den Genossen-

schaften an die Parteipresse, die Vorbereitung gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Kampagnen mit den Gewerkschaftsorganisationen, die Herstellung der Verbindung mit der Kooperativ-Sektion des E. K. K. I., mit den Parlamentsfraktionen der Kommunistischen Partei, mit den Betriebsräten usw. usw.

Die Beschlüsse des Beirates werden nach Bestätigung durch die Parteizentrale vom Sekretariat ausgeführt. Das Sekretariat besorgt alle laufenden Geschäfte, die Korrespondenz, Redaktionsarbeit usw.

II.

Nach denselben Prinzipien soll die kommunistische Genossenschaftsarbeit in den Bezirken, Gebieten und in den Städten organisiert werden. Die lokalen Parteikomitees bestimmen aus der Mitte der kommunistischen Mitglieder jeder Genossenschaft einen Vertrauensmann, der die Tätigkeit der kommunistischen Zellen seiner Genossenschaft zu leiten hat. Die Versammlung der Vertrauensmänner der Zellen aller lokalen Genossenschaften, unter Leitung eines Mitgliedes des lokalen Parteikomitees, bildet das Organ, das die Tätigkeit der kommunistischen Genossenschafter im lokalen Maßstabe leitet.

III.

In jenen Ländern, wo die Kommunisten nach dem Vorbild der Gewerkschaften mit den revolutionären Genossenschaftselementen einen Block bilden, ist es notwendig, parallel mit den vorhandenen revolutionären Zirkeln auch rein kommunistische Zellen zu bilden. Die Aufgabe dieser Zellen ist es, die breitesten Schichten der revolutionär gesinnten Genossenschafter um sich zu sammeln.

Der Kooperativ-Sektion des E. K. K. I. wird es zur Pflicht gemacht, bis zur nächsten Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Genossenschafter die Methoden einer Zusammenarbeit der kommunistischen Genossenschafter mit den übrigen revolutionären Elementen der Genossenschaftsbewegung eingehend zu studieren und vorzubereiten.

Die italienische Frage.

Berichterstatter LUNATSCHARSKI verliest das

Schreiben der italienischen Sozialistischen Partei.

Es lautet:

Rom, den 10. Juni 1923.

Werte Genossen! Damit die Erweiterte Exekutive bei ihrer bevorstehenden Tagung in der Lage sei, richtige Entscheidungen über die italienische Frage zu treffen, übersende ich Euch den auf dem letzten Kongreß in Mailand gefaßten Beschluß, wie auch die Resolution, auf die sich der Genosse Lazzari und das Einigungskomitee einigten, und die vom Kongreß abgelehnt wurde.

Die beiden Resolutionen werden Euch den Standpunkt des Kongresses, sowohl in bezug darauf, was er will, als auch darauf, was er ablehnt, klarmachen.

Sie werden Euch ferner zeigen:

1. daß die Fusionisten, indem sie sich auf die Tagesordnung Lazzaris zurückzogen, damit gezwungen waren, vorbehaltlos anzuerkennen, daß unsere Delegierten auf dem IV. Kongreß die Grenzen des erhaltenen Mandates überschritten und den Geist der Beschlüsse des Kongresses von Rom ungenau ausgelegt haben;

2. daß die Partei den Prinzipien des Programms, auf welchem die III. Internationale begründet wurde, einmütig treu geblieben ist, daß sie aber, trotzdem sie auf dem Kongreß in Rom keine neuen Vorbehalte in bezug auf die Annahme der 21 Bedingungen gemacht hat, die früheren Vorbehalte, die durch den Ausschluß der Rechten nicht erledigt wurden, nicht zurückgezogen hat, und zwar nach der unannehmbaren Auslegung des bedingungslosen Anschlusses durch den Genossen Lazzari, der auf dem Kongreß von Rom eine, später zurückgezogene, Resolution unterbreitet hat;

3. daß die Partei mit Rücksicht auf diese Vorfälle, besorgt um ihre, auf die Massen eine große Anziehungskraft ausübende Tradition, der Meinung ist, daß sie weder auf ihren Namen, noch auf ihre Symbole und jene Autonomie verzichten darf, die in bezug auf ihre innere Organisation und innere Politik ihrer von den Ereignissen nicht überwundenen historischen Funktion entspricht und eine Autonomie ist, die durch eine revolutionäre und intransigente Methode die Einhaltung notwendiger Grenzen genügend garantieren würde.

Die Beschlüsse des IV. Kongresses haben, indem sie dem demokratischen Zentralismus, der für die III. Internationale durch die Punkte 12 und 21 festgelegt war, den Charakter bedingungsloser Befolgung verliehen, die Stellung der Sozialistischen Partei Euch gegenüber erschwert.

Ohne uns jedoch darauf zu versteifen, glauben wir, daß die III. Internationale, statt auf der Forderung absoluter und gleicher Bedingungen für die verschiedensten Parteien der verschiedensten Länder zu beharren, uns mit Rücksicht auf den besonderen Charakter unserer Partei ohne weitere Diskussion mit allen vernünftigen Vorbehalten aufnehmen könnte. Zeit und Verhältnisse werden die Möglichkeiten, auf die Ihr Gewicht legt, und die heute gänzlich fehlen, in Zukunft vielleicht mit sich bringen; sie würden dagegen in eine nur noch weitere Ferne gerückt werden, wenn die Sozialistische Partei, von Euch abgewiesen, in die bedauerliche aber unvermeidliche Zwangslage geriete, sich im Innern gegen jene verteidigen zu müssen, die, ohne ihren Geist richtig zu verstehen, nur auf einen Anschluß an die

Kommunistische Partei hinarbeiten, nach außen hin aber gegen jene, die, sich als die alleinigen Interpreten Eurer Gedankengänge gebärdend, das Programm und die Vertreter der Sozialistischen Partei systematisch verleumden. Das würde, wie alle wissen, unabwendbar damit enden, daß die ernstesten Versuche zur Herstellung einer Einheitsfront der revolutionären Parteien ergebnislos bleiben würden.

Die Gefahr besteht und ist ernst. Es scheint uns, daß Ihr, mit Rücksicht auf diese Gefahren im Interesse der proletarischen Revolution, auf die wir ebenso Anspruch erheben wie Ihr, nicht zögern solltet, unseren Standpunkt gutzuheißen.

Andernfalls würde es uns zweckmäßiger erscheinen, die Diskussionen abzubrechen, die die Aufmerksamkeit des Proletariats absorbieren und es von den dringendsten Aufgaben des gegenwärtigen Augenblicks ablenken.

In der Hoffnung, daß Ihr unsere Erwägungen und unsere Wünsche sachlich und ohne Voreingenommenheit prüfen werdet, senden wir Euch unsere wärmsten sozialistischen Grüße.

Der Sekretär: Nobili.

LUNATSCHARSKI fährt fort: Die Italienische Sozialistische Partei ersucht uns demnach, sie ohne Debatte unter den uns bereits bekannten Bedingungen: Beibehaltung ihrer Autonomie, ihres alten Namens und einiger anderer untergeordneter Vorbehalte, aufzunehmen.

Die Kommission hat in Betracht gezogen, daß die Lage in Italien ganz außergewöhnlich ist. Die Notwendigkeit einer proletarischen Abwehr ist derart dringend, daß die Aufbietung der größten Anstrengungen im Interesse der Einheitsfront notwendig ist. Unsere Resolution ist von der Einsicht in diese Notwendigkeit beseelt.

Nachdem Redner die Resolution der italienischen Kommission verlesen hat, weist er darauf hin, daß, um ihre Durchführung sicherzustellen, die Kommission es für erforderlich gehalten hat, in das Zentralkomitee der italienischen Kommunistischen Partei zwei Vertreter der Parteiminderheit (auf fünf Mitglieder der Zentrale) aus den Reihen der besten Kämpfer aufzunehmen. Die Genossen der Mehrheit der Kommunistischen Partei Italiens haben die Absicht, noch eine Erklärung abzugeben, in der sie ihren Standpunkt aufrechterhalten. „Ich halte diese Erklärung nicht für angebracht", sagt Lunatscharski. „Unsere italienischen Genossen werden dennoch mit uns für die Resolution der Kommission stimmen, was ihrer Disziplin alle Ehre macht."

Erklärung der Mehrheit der italienischen Partei.

NEGRI gibt für die Mehrheit der italienischen Partei folgende Erklärung ab:

Die Mehrheit der Delegation der K. P. I. erklärt, daß sie für die von der Kommission vorgeschlagene Resolution stimmt. Da wir aber in der Kommission in bezug auf gewisse Punkte der Resolution Vorbehalte gemacht haben, halten wir es für notwendig, sie dem Plenum zur Kenntnis zu bringen.

1. Indem wir zugeben, daß das Verhalten der K. P. I. vor dem IV. Kongreß nachteilig auf die Entwicklung des Fusionsprozesses eingewirkt hat, bestätigen wir von neuem, daß nach dem IV. Weltkongreß das Z. K. der K. P. I. alles tat, was ihm möglich war und was die konkrete Lage erlaubte, um die Beschlüsse des Kongresses und der Fusionskommission durchzuführen.

Wir müssen auch bemerken, daß die Vertreter der Minderheit der Partei der gleichen Meinung waren. Wir müssen noch hervorheben, daß einer der Vertreter der K. I. in Italien der gleichen Meinung war und daß dieser Vertreter sich an der Arbeit der Kommission nicht beteiligte, obwohl er vom Plenum zum Mitglied dieser Kommission bestimmt worden war.

Wir halten daher den Punkt der Resolution, wo behauptet wird, daß das Z. K. infolge seiner Haltung nach dem IV. Weltkongreß die Verantwortung trägt, für verfehlt und unpolitisch; diese Behauptung stützt sich auf eine ganz einseitige Beurteilung.

2. Indem wir den in der Resolution enthaltenen Vorschlägen in bezug auf die zwischen der S. P. und der K. I. herzustellenden Beziehungen beistimmen, geben wir der Meinung Ausdruck, daß diese Vorschläge, die der schnellsten Förderung der Fusion der beiden Parteien dienen, keinesfalls einer Abänderung des Sinnes der Beschlüsse des IV. Weltkongresses dienen sollen und können, lt. welchen: a) die K. P. I. den Vorrang im Prozesse der Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte in Italien besitzt, b) die 21 Bedingungen anläßlich des Fusionsprozesses zwischen der K. P. I. und der S. P. I. nichts von ihrer Wirksamkeit und Autorität verlieren.

3. In Anbetracht dessen, daß die Diskussion im Plenum und in der Kommission einen tiefgehenden Gegensatz zwischen der Handlungsweise des von der Mehrheit der Partei gewählten und jetzt ersetzten Zentralkomitees und der K. I. offenbart hat, ist der Punkt der Resolution, in dem erklärt wird, daß die Zusammensetzung des Z. K. der K. P. die Durchführung der Beschlüsse der K. I. garantieren muß, in dem Sinne auszulegen, daß die Tendenz, die bisher in der Leitung der Partei absolut vorherrschend war, aus dem neuen Z. K. ausgeschlossen werden und höchstens eine Minderheitsvertretung im Z. K. haben soll.

Nach dieser Erklärung, die den Standpunkt der Mehrheit der K. P. I. am Anfange einer neuen Periode im Leben der Partei widerspiegelt, stimmen wir für die Resolution.

Es erfolgt die Abstimmung. Die Resolution wird unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen. Sie lautet:

Resolution.

„Die K. P. I. mit der Mehrheit der S. P. zu vereinigen, die sich auf dem Kongreß in Rom für die III. Internationale erklärt hat, rasch alle Kräfte zusammenzufassen, um dem drohenden Faszismus gegenüber die maximale Einheit der revolutionären Arbeiter zustande zu bringen. — darin bestand der Beschluß des IV. Weltkongresses zur italienischen Frage. Die Ereignisse haben bewiesen, daß dieser Beschluß richtig war und vollkommen richtig bleibt. Unter Bestätigung dieses Beschlusses stellt die Erweiterte Exekutive mit tiefem Bedauern fest, daß der Wunsch des IV. Kongresses noch nicht verwirklicht wurde.

Die Hauptgründe, derentwegen die Beschlüsse des IV. Kongresses nicht verwirklicht wurden, sind die folgenden:

1. Der weiße Terror des Faszismus, die unerhörten Verfolgungen der Arbeiterklasse, die unbestraften Morde an revolutionären Arbeitern, die zahllosen Verhaftungen und eine beispiellose Willkür haben die Arbeiterbewegung vorübergehend in die Illegalität getrieben und eine Demoralisation unter den Arbeitern hervorgerufen. Da die schwersten Schläge gegen die Kommunisten gerichtet waren, enthielt sich in diesem Augenblick begreiflicherweise der unentschlossenste Teil der sozialistischen Arbeiter einer sofortigen Vereinigung mit den Kommunisten, um sich keinen besonders heftigen Repressalien auszusetzen.

2. Indem der rechte Flügel der S. P. I. die in einem Teile der Arbeiterschaft herrschende Demoralisation und die Verhaftung der der K. I. ergebensten und revolutionärsten Elemente der S. P. I. ausnützte, schloß er sich schnell zu einer Fraktion zusammen und entfaltete eine systematische Kampagne gegen die Vereinigung mit den Kommunisten, wobei er die ungünstigen Bedingungen, unter denen sich die Anhänger einer Fusion befanden, ausbeutete.

Zu diesem Mißerfolge hat in einem gewissen Maße aber auch die falsche Taktik der Mehrheit des Z. K. der K. P. beigetragen. Durch den vorangegangenen Kampf gegen die Gruppe Serrati hypnotisiert und überhaupt an äußerstem Dogmatismus leidend, hat sich die Mehrheit des Z. K. der K. P. keine Rechenschaft darüber gegeben, daß die Lage der Arbeiterbewegung sich von Grund aus geändert hat und die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft zu einer vereinigten kommunistischen Partei für das Proletariat eine Lebensfrage ist. Die Mehrheit des Z. K. hat trotz der auf dem IV. Kongreß gefaßten Beschlüsse nicht nur keine systematische Kampagne für die Vereinigung mit der S. P. geführt, sondern in Wirklichkeit die Durchführung dieses Beschlusses vereitelt.

Die Erweiterte Exekutive beschließt:

A) In bezug auf die K. P. I.:

1. Die Internationale fordert vom Z. K. der K. P. I. eine nicht nur formelle, sondern faktische Durchführung dieser Beschlüsse. Die gesamte Partei und alle ihre Organe müssen eine energische Agitation für die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte aui der vom IV. Kongreß gebilligten Grundlage einleiten.

2. Die Kommunisten müssen die Mitglieder der S. P., die Anhänger der Vereinigung mit den Kommunisten sind, mit allen Mitteln unterstützen.

3. Die K. P. muß eine den italienischen Verhältnissen angepaßte Einheitsfronttaktik anwenden, d. h. der Leitung der S. P. in einer den Beschlüssen der K. I. entsprechenden Form Vorschläge machen.

4. Die Zusammensetzung der Exekutive der K. P. muß eine derartige sein, daß die Durchführung obiger Maßnahmen garantiert wird.

B) In bezug auf die S. P.:

1. Die Erweiterte Exekutive stellt fest, daß die gegenwärtige Leitung der S. P. sich auf die Meinung einer ungenügenden Mehrheit stützt. Der Mailänder Kongreß wurde in der Zeit des weißen Terrors einberufen, der die Zahl der Mitglieder, die zur Zeit des Kongresses von Rom 32 000 betrug, auf 9000 herabgesetzt hatte. Dessenungeachtet haben sich mehr als 40 Prozent der Genossen für eine Vereinigung mit den Kommunisten erklärt.

2. Die Exekutive stellt fest, daß, gestützt auf eine so ungenügende Mehrheit, die siegreiche Gruppe kein Mitglied der fast gleich starken anderen Gruppe zum Z. K. zuließ.

3. Die Exekutive stellt fest, daß unmittelbar nach dem Kongreß die siegreiche Gruppe, unter offensichtlicher Verletzung der elementarsten Prinzipien innerparteilicher Demokratie, den Jugendverband lediglich aus dem Grunde ausgeschlossen hat, weil er dem revolutionären Sozialismus treu geblieben ist.

4. Die Exekutive stellt fest, daß in dem Augenblick, da in der Amsterdamer Internationale die Krise eingesetzt und eine klassenbewußtere Linke der Arbeiterschaft sich der Roten Gewerkschaftsinternationale nähert, das Z. K. der S. P. es für richtig befunden hat, von neuem der Amsterdamer Internationale beizutreten.

5. Die Exekutive muß daher feststellen, daß die Leitung der S. P. der K. I. gegenüber bisher feindselig gehandelt hat.

6. Die Exekutive betrachtet den Kongreß von Mailand und die gegenwärtige Lage in der S. P. als eine vorübergehende Episode. Sie ist überzeugt, daß der Augenblick nicht mehr fern ist, da die Massen der S. P. ihre Stimme erheben werden.

7. Schon hat die Leitung der S. P. unter dem Druck der proletarischen Mehrheit in einem Briefe vom 10. Juni ihrem Willen zur Annäherung an die K. I. Ausdruck verliehen. Die Exekutive will nichts unterlassen, was zur Beschleunigung der Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte in Italien dienen kann, und glaubt den Wünschen der Mehrheit der Arbeiterschaft der S. P. entgegenzukommen, wenn sie diese Annäherung trotz der oben erwähnten feindseligen Handlungen begrüßt.

8. Um dieser Annäherung eine konkrete Form zu geben, richtet die Exekutive an das Z. K. der S. P. einen offiziellen Antrag zur Bildung eines Aktionsbündnisses mit der K. P. Die Exekutive wird, den früheren politischen Verhältnissen entsprungenen Schwierigkeiten Rechnung tragend, alles tun, um die gemeinsame Arbeit der beiden Parteien zu erleichtern.

9. Zum Beweise ihrer Solidarität mit den Arbeitern der S. P., die jetzt besonders schwere Zeiten durchmachen, ersucht die Exekutive die S. P. I., zur Durchführung des Anschlusses an die Komintern möglichst bald eine Delegation nach Moskau zu entsenden.

Die Erweiterte Exekutive fordert alle revolutionären Arbeiter Italiens zu beharrlicher Arbeit auf an der geschlossenen Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte der italienischen Arbeiterklasse unter dem Banner der K. I.

NEURATH erstattet den Bericht der Balkan-, der schweizerischen und der österreichischen Kommission. Er beantragt die Erledigung der Balkanfrage, insbesondere der jugoslawischen Frage, dem Präsidium zu übertragen. Die Resolution in der schweizerischen Frage wurde von der Kommission einstimmig angenommen. Die österreichische Kommission kam ebenfalls zu einstimmigen Beschlüssen. Sie stellt fest, daß zwischen den beiden Fraktionen, der Mehrheit und der Minderheit, keine prinzipiellen Gegensätze bestehen. Die Kommission hat einen Beschluß gefaßt, der den Parteivorstand der K. P. Oe. verpflichtet, die Vertreter der Minderheitsfraktion zu jeder, auch der politischen Mitarbeit heranzuziehen. Wir erwarten, daß der österreichische Parteivorstand diesen Beschluß loyal durchführt. Die österreichische Partei hat nicht soviel Kräfte, daß sie sich den Luxus erlauben kann, einzelne Teile der Partei von der politischen Mitarbeit auszuschließen. Wir hoffen, daß auf dieser Grundlage die noch vorhandenen Differenzen persönlicher Natur vollständig liquidiert werden.

Diese Anträge werden einstimmig angenommen. Die Resolutionen lauten:

Resolution über die Schweizer Frage.

Die Erweiterte Exekutive der Komintern bestätigt die Beschlüsse des Präsidiums vom 15. März 1923, die sich auf die taktischen Methoden innerhalb der K. P. der Schweiz beziehen. Das Erweiterte Exekutivkomitee verweist nochmals auf die wichtigsten Fragen, mit denen sich das Präsidium schon einmal beschäftigt hat.

Zur Gewerkschaftsfrage.

Nur in dem Maße, in welchem es die Partei versteht, sich um die sogenannten Tagessorgen der Arbeiterklasse zu bekümmern, je besser sie sich bewährt in der Beeinflussung der Führung gewerkschaftlicher Kämpfe, wird sich die Partei vor allem das Vertrauen der in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter allmählich sichern können. Für die Tätigkeit unserer Vertrauenspersonen auf gewerkschaftlichem Gebiete sind die Beschlüsse des IV. Weltkongresses der Komintern und vor allem die des II. Profinternkongresses maßgebend. Die Tätigkeit unserer Genossen in den Gewerkschaften muß zweckmäßig unterstützt und gefördert werden von unserer gesamten Parteipresse. Daraus folgt, daß sich die Parteipresse möglichst eingehend mit den Problemen des wirtschaftlichen Kampfes des Proletariats beschäftigen muß.

Der von den Gewerkschaftsführern Wys und Kopp verfochtene Grundsatz, die Partei habe sich so wenig wie möglich um die Angelegenheiten der Gewerkschaftsorganisation zu kümmern, ist selbstverständlich absolut falsch. Allerdings: Nicht immer und nicht bei jeder Gelegenheit darf die unmittelbare Beeinflussung der Gewerkschaftsführung von seiten der K. P. betont werden. Die Hauptsache ist, daß tatsächlich die K. P. oder deren Vertrauenspersonen imstande sind, im Sinne der Beschlüsse unseres Weltkongresses, also im Sinne kommunistischer Grundsätze, die gewerkschaftlichen Kämpfe zu beeinflussen und die gegenwärtigen nominellen Führer der Gewerkschaft zu zwingen, im Interesse der breiten Massen der Arbeiterschaft zu wirken, also die Gewerkschaften in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen.

Agitationstätigkeit.

Die K. P. S. zählt verhältnismäßig wenig Mitglieder, denn 4500 bis 4800 zahlenden Mitgliedern der K. P. S. stehen über 30 000 Mitglieder der S. D. gegenüber. Wenn man ferner in Betracht zieht, daß in den Schweizer Gewerkschaftsverbänden ungefähr ¼ Million Arbeiter vereinigt sind, so ist die Feststellung, daß die Größe der Partei in einem Mißverhältnis zu der Stärke der allgemeinen Arbeiter- und selbstverständlich auch der Gewerkschaftsbewegung steht, nicht übertrieben. Es scheint, daß das Z. K. darauf bedacht

war, für eine sogenannte „reine kommunistische Partei" zu sorgen. Wir machen in diesem Zusammenhange auf folgendes aufmerksam: Die K. P. R., die in der sozialen Revolution siegreich war und in deren Händen sich die Machtmittel des russischen Staates befinden, ist der Mittelpunkt unausgesetzter wütender Angriffe von seiten der gesamten Weltreaktion. Sie befindet sich gleichsam in der Situation eines Verteidigungsheeres einer belagerten Festung. Diese Partei muß darauf sehen, daß sich in ihren Reihen nur bewährte Kommunisten befinden. Die Sektionen der K. I., die noch den Kampf gegen die herrschenden Klassen ihres Staates zu organisieren und durchzuführen haben, die also dafür sorgen müssen, daß sie in diesem Kampf, wenn nicht die direkte Mehrheit, so doch die Sympathie der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, gewinnen, können sich den Luxus nicht gestatten, eine sogenannte „reine Partei" zu schaffen, die eine verschwindende Minderheit klassenbewußter Proletarier umfaßt. Die Partei muß eine intensive Werbeaktion entfalten und so den Versuch machen, der K. P. S. neue Mitglieder zuzuführen. Die K. P. hat nicht nur den mittelbaren Einfluß auf die werktätigen Massen, sondern den unmittelbaren Einfluß auf einen möglichst großen Teil des Proletariats nötig, wenn sie ihre revolutionären Aufgaben erfüllen will.

Die Unternehmungen der Partei.

Wir wiederholen nochmals, daß die Zentrale nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet ist, darauf zu achten, daß ihr alle Unternehmungen der Partei unterstellt werden. Die Zentrale ist der Partei und der K. I. nicht nur für ihre allgemeine Politik, sondern für alle wirtschaftlichen und anderen Einrichtungen, die zur Partei gehören, verantwortlich. Die Zentrale kann diese Verantwortung nur tragen, wenn sie auch das Recht hat, alle Unternehmungen der Partei entscheidend zu beeinflussen, bzw. zu kontrollieren.

Resolution über die österreichische Frage.

Die gegenwärtige Lage in Oesterreich wird durch folgende Hauptzüge charakterisiert: a) die völlige Abhängigkeit Oesterreichs von der Entente, deren Vertreter fast unumschränkter Herr im Lande ist, b) die extreme reaktionäre Politik Seipels, die ausschließlich gegen die österreichische Arbeiterklasse gerichtet ist, c) die Zunahme des Faszismus, dessen Kampforganisationen schon an die ersten Versuche zur Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen und zur blutigen Niederringung der Arbeiter gehen, d) die Erstarkung der von einer Restauration träumenden rein monarchistischen Organisation, e) die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage, das Anwachsen der Teuerung, die ungeheure Arbeitslosigkeit, f) die Lage

der Arbeiterklasse wird durch das Streben der Kapitalisten zur Herabsetzung des ohnehin niedrigen, hinter der Teuerung weit zurückbleibenden Arbeitslohnes, ferner durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die immer ungünstigeren Arbeitsbedingungen verschlimmert.

Infolge der angeführten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen spitzt sich der Klassenkampf in Oesterreich stark zu und geht oft in einzelne bewaffnete Zusammenstöße über.

Die österreichische Sozialdemokratische Partei, diese Hauptfeste der früheren 2½ Internationale, setzt ihre Politik des Verrates an den Interessen der österreichischen Arbeiterklasse, die Politik der Kraft- und Hilflosigkeit gegenüber der kapitalistischen Offensive, die Politik der Unterstützung der Bourgeoisie fort. Die Arbeitermassen, und sogar einzelne sozialdemokratische Organisationen, werden immer mehr von dieser Politik enttäuscht und treten gegen ihre Führer auf, wie es bei den Streiks, die gegen den Beschluß der sozialdemokratischen Zentralorgane veranstaltet wurden, wie auch bei anderen Aktionen der Arbeiterschaft geschehen ist.

Alles das muß die K. P. Oe. veranlassen, mit besonderer Energie und Klarheit an ihrer politischen Linie festzuhalten und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Heranziehung der Arbeitermassen zum Kampfe gegen die Offensive des Kapitals und den Faszismus und auf die Lösung folgender wichtiger Aufgaben der Partei zu richten:

1. Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die K. P. Oe. hat, wie jede andere Sektion der K. I., die Verpflichtung, im Sinne der Beschlüsse des IV. Weltkongresses und der Erweiterten Exekutive für die Arbeiter- und Bauernregierung eine verständliche Propaganda zu entfalten. Der Kampf gegen die Seipelregierung oder gegen eine Koalitionsregierung und die Sozialdemokraten kann erfolgreich nicht geführt und von den revolutionären Arbeitern Oesterreichs nicht ernst genommen werden, wenn die K. P. Oe. nicht imstande ist, in diesem Kampf ein praktisches Ziel aufzuzeigen. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist also nicht allein eine Propaganda-, sondern auch eine Aktionslosung. Die Agitation der K. P. Oe. wird aber, soweit sie sich auf die Arbeiter- und Bauernregierung bezieht, wirkungslos und für die breiten Massen unverständlich bleiben, wenn es die Partei nicht fertig bringt, praktisch, also organisatorisch und agitatorisch, enge Beziehungen mit der Landarbeiterbevölkerung herzustellen. Gerade in dieser Hinsicht hat sich die K. P. Oe. ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt.

2. Wahlfrage.

Die K. P. Oe. muß selbständig in den Wahlkampf eintreten. Eine gemeinsame Wahlplattform kann sie nur mit dem oppositionellen Ge-

werkschaftsblock aufstellen. Die Partei muß in ihrer Wahlkampfplattform ihren kommunistischen Standpunkt präzisieren. Die K. P. Oe. wird im Zeichen des Kampfes gegen den Faszismus, gegen die christlich-soziale Regierung, gegen die Koalitionsregierung und für die Arbeiter- und Bauernregierung in den Wahlkampf gehen. Arbeitet die Partei auf dem Boden, auf den sie gestellt ist, gut, erfüllt sie ihre Pflichten auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der Agitations- und Propagandaarbeit nicht nur unter den proletarischen Schichten, sondern auch unter den kleinbürgerlichen und Halbproletariermassen und vor allem unter dem Landproletariat, dann wird sie imstande sein, die Stimmen nicht nur der bewußten revolutionären Klassenkämpfer, sondern auch einen Teil der Stimmen ehrlicher Gegner des Kapitalismus auf die Liste der Kommunistischen Partei zu vereinigen. Die K. P. Oe. muß selbstverständlich die arbeiterverräterische Haltung der Sozialdemokratischen Partei aufzeigen.

3. Gewerkschaftsfrage.

Die Gewerkschaftstaktik der K. P. Oe. entspricht im allgemeinen den Beschlüssen des IV. Kongresses und des II. Profinternkongresses. Auf diesem Gebiete ihrer Tätigkeit hat die K. P. Oe. auch schon gewisse Erfolge zu verzeichnen. Aber gerade in letzter Zeit haben sich verantwortliche Instanzen der Partei auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit einige ernste Fehler zuschulden kommen lassen. Aus den Referaten der Genossen Koritschoner und Frey geht hervor, daß die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre der K. P. Oe. bei Lohnverhandlungen nicht immer so aufgetreten sind, wie das den von der R. G. I. formulierten Grundsätzen entsprechen würde. Bei allen Lohnbewegungen soll die Stellungnahme unserer Vertrauenspersonen rechtzeitig erwogen, gut vorbereitet und dann überall einheitlich und geschlossen vertreten werden. Die Partei muß den Reformisten nicht nur ihre Kritik, sondern auch ihre positiven Vorschläge entgegenstellen. In allen Lohnkomitees, Betriebsrätekonferenzen und dergl. müssen die Blockvertreter die revolutionären Auffassungen entsprechend den Richtlinien der R. G. I. vertreten, und zwar auch dann, wenn die Gefahr besteht, daß unsere Genossen deswegen aus diesen Körperschaften von den Reformisten ausgeschlossen werden. Auf keinen Fall dürfen sich die kommunistischen Vertrauenspersonen die Mitwirkung bei irgendwelchen Kämpfen oder Lohnverhandlungen durch den Verzicht auf die Vertretung unserer Grundsätze ermöglichen. Nach Abschluß solcher Lohnbewegungen, die durch die Schuld der Reformisten mit einem Mißerfolg endigen, muß eine gründliche Auswertung in der Presse und insbesondere in den Betrieben, mit einer genauen Darlegung unserer Stellungnahme, erfolgen.

4. Jugendorganisation.

Ohne auf alle Einzelheiten der Differenzen zwischen der K. P. Oe. und der K. J. Oe. einzugehen, soll hier nur ganz allgemein festgestellt werden, daß es die Partei fertigbringen muß, ein gutes Einvernehmen mit der J. O. zu ermöglichen. Die Partei muß bestrebt sein, immer das beste Verhältnis zur J. O. aufrechtzuerhalten. Auf der von der K. J. und der K. J. I. festgelegten Linie untersteht die Jugend politisch und taktisch der Partei; dabei darf jedoch ihre organisatorische Selbständigkeit, gemäß den internationalen Beschlüssen, nicht eingeschränkt werden. Im Jugendverband muß, wie in der Partei, jedes fraktionelle Unwesen unbedingt aufhören.

5. Parteipresse.

Es ist festgestellt worden, daß es die Redaktion der „Roten Fahne" nicht immer verstand, politisch-aktuell zu sein. Wir erinnern hier nur an die Ermordung Worowskis, an den Vereinigungskongreß der II. und 2½ Internationale und nicht zuletzt an die Propaganda für die Arbeiterregierung. Die Redaktion der „Roten Fahne" hat diesen Fragen eine in jeder Beziehung geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Die Presse der Partei muß mehr als bisher über bloße Tatsachenmitteilungen hinausgehen, die Tagesereignisse mehr in ihrem sozialen Zusammenhange beleuchten, und zugleich die Losungen der Komintern propagieren.

In persönlicher Hinsicht.

Die Vertreter der beiden Fraktionen verpflichten sich, jeden persönlichen und fraktionellen Kampf sofort einzustellen und allen Versuchen einer Neubildung von Fraktionen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die Frauenfrage.

Clara ZETKIN erstattet den Bericht der Kommission: Ich muß feststellen, daß der Beschluß sowohl der internationalen Frauenkonferenz wie des III. Weltkongresses zur Frauenfrage fast in keinem Lande vollständig durchgeführt ist. Wir müssen es also den Parteien zur Pflicht machen, die Resolution durchzuführen. Die Frauenkommission hat ihre Arbeit noch nicht beendet und wird nach der Tagung der Erweiterten Exekutive ihre Arbeit, verstärkt durch die Vertreter der einzelnen Parteien, fortsetzen. Es ist notwendig, daß die Parteien die Erfahrungen der russischen Revolution in der Organisierung und Heranziehung der Frauen zum Kampfe ausnützen. Aehnlich wie in Rußland, sehen wir jetzt auch in Deutschland die Teilnahme der Frauen an den Kämpfen gegen die Teuerung. Unsere Aufgabe ist es nun, sie auszudehnen und in allen Ländern fortzuführen. Die Kommission wird das Ergebnis ihrer Arbeit in einer

Resolution zusammenfassen, die dann dem Präsidium vorgelegt wird. (Beifall.)

Die holländische Frage.

TRACHTENBERG (Vereinigte Staaten) berichtet über die Arbeit der holländischen Kommission und führt aus, daß die Oppositionsbewegung innerhalb der holländischen Partei sich, außer anderen Gründen, noch infolge des Ausschlusses einer gewissen Anzahl Mitglieder wegen Disziplinbruchs entwickelt habe. Die Opposition habe sich organisiert und versuche, unter den zur Politik der jetzigen Führer in Opposition stehenden Genossen Anhänger zu werben.

Das Präsidium habe die Partei ersucht, Delegierte zur Erweiterten Exekutive zu entsenden, und habe auch die Opposition eingeladen, Vertreter zu senden. Doch seien diese zu spät eingetroffen, um an den Debatten teilnehmen zu können. Die Kommission habe ein ziemlich großes Material gesammelt und werde sich mit der Angelegenheit noch befassen.

Die englische Frage.

Der Vorsitzende BÖTTCHER teilt mit, daß die englische Kommission ihre Sitzungen noch nicht beendigt hat und die endgültige Entscheidung in dieser Frage durch das Präsidium gefällt werden wird. Da sich kein Widerspruch gegen diesen Vorschlag erhebt, wird der Antrag angenommen.

Die Negerkonferenz.

BÖTTCHER: Es liegt noch folgender Antrag vor:

Die Erweiterte Exekutive beschließt:

Gleichzeitig mit dem V. Weltkongreß soll eine Neger-Konferenz stattfinden. Die Vorarbeiten dazu werden dem Präsidium übertragen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Der fünfte Weltkongreß.

Zu diesem Punkte faßt die Kommission einstimmig folgende Resolution:

„Im März 1924 blickt die Kommunistische Internationale auf fünf Jahre Kampf und Arbeit zurück. Die Erweiterte Exekutive beschließt deshalb, den V. Weltkongreß im März 1924 abzuhalten.

Das Präsidium des E. K. K. I. wird beauftragt, sich wegen der Abhaltung der nationalen Parteitage mit den einzelnen Sektionen in Verbindung zu setzen. Die Erweiterte Exekutive verpflichtet die Sektionen der Komintern, das fünfjährige Bestehen der Komintern zu einer machtvollen Kundgebung des Weltproletariats für den Kommunismus zu gestalten. Für den Fall besonderer Ereignisse ermächtigt die Erweiterte Exekutive das Präsidium, vorher eine Sitzung einzuberufen."

Neuwahl des Präsidiums.

BÖTTCHER teilt mit, daß zu diesem Punkt der Tagesordnung nur die italienischen Genossen eine Aenderung vorgeschlagen haben, und zwar wünschen sie, daß an Stelle des Genossen Gennari der Genosse Bordiga in das Präsidium gewählt werde. Zum Stellvertreter wird Genosse Terracini bestimmt. Das Präsidium setzt sich folgendermaßen zusammen: Sinowjew, Zetkin, Terracini, Bucharin, Radek, Kolarow, Katayama, Kuusinen, Neurath, Souvarine, MacManus und Schatzkin. Außerdem wird den skandinavischen Parteien ein Sitz freigestellt, über dessen Besetzung die Parteien sich untereinander einigen sollen. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

BÖTTCHER verliest sodann einige Begrüßungstelegramme und entbietet im Namen des Präsidiums allen, die die Konferenz begrüßt haben, den herzlichsten Gegengruß.

Hierauf übergibt eine aus Tula erschienene Delegation russischer Metallarbeiter der deutschen Delegation für die Kruppschen Arbeiter in Essen eine rote Fahne mit einem Begleitschreiben an die Essener Arbeiter. Einer der Tulaer Arbeiter erklärte, daß sie, die Waffenschmiede des russischen Proletariats, diese Fahne den Ruhrarbeitern und in erster Linie den Arbeitern der Firma Krupp überreichen in der Ueberzeugung, daß der Moment nicht mehr fern sei, da auch in Essen, dieser alten Waffenschmiede des deutschen Imperialismus, die Arbeiter die Macht in die Hände nehmen werden, um, wenn es nötig sein wird, wieder Waffen herzustellen, dann aber nicht für den Imperialismus, sondern zur Verteidigung der Arbeiterklasse.

Im Namen der deutschen Delegation dankt Genossin Clara Zetkin den russischen Genossen. Sie erklärt:

Nicht nur die Arbeiter der Firma Krupp, sondern die Proletarier ganz Deutschlands werden sich dieses Geschenks würdig erweisen. Immer wachsende Massen des deutschen Proletariats werden sich angesichts dieses Banners erinnern, daß es mit dem Blute von Tausenden und Abertausenden russischer Proletarier gefärbt ist, die es vorzogen, zu fallen, als länger die Sklaverei zu ertragen. Sie werden sich erinnern, daß dieses Banner bitteren Kämpfen vorangeweht hat und daß es gesiegt hat, dank dem unvergleichlichen Opfersinn breiter, proletarischer Massen. Wir übernehmen dieses Banner, ohne in Worten unserer tiefen Dankbarkeit Ausdruck geben zu können. Aber stärker als aller Dank in Worten soll das zur Tat werdende Gelöbnis sein, nicht eher zu rasten und zu ruhen, bis die kleine Schar derer, die jetzt in Essen für ihre Freiheit kämpfen, nicht bloß gegen den französischen Imperialismus, sondern auch gegen den nicht minder

knechtenden deutschen Kapitalismus, zu einer Riesenarmee herangewachsen ist. Wir werden nicht eher rasten, bis auch die Metallarbeiter der Firma Krupp aufhören, Arbeiter eines kapitalistischen Betriebes zu sein, und zu Arbeitern werden einer Waffenschmiede der Freiheit, der Revolution und einer Sichel- und Sensenschmiede für die breiten Massen des werktätigen Volkes — die Arbeiter eines neuen Sowjet-Deutschlands, über dem das Banner des Hammers und der Sichel schweben wird. Seien Sie überzeugt, daß die deutsche Arbeiterklasse Wort halten wird und die nahe Zukunft auch in Deutschland den Sieg des Kommunismus und die Diktatur des Proletariats sehen wird. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Böttcher, erteilt hierauf dem Genossen Sinowjew das Schlußwort.

Schlußwort.

SINOWJEW, der beim Besteigen der Rednertribüne mit lang anhaltendem Beifall begrüßt wird, führt aus:

Ich glaube, Sie alle teilen mit mir das Gefühl, daß diese Sitzung eine der fruchtbringendsten der Komintern war und daß sie ihrer Bedeutung nach einem Kongresse gleichkommt. Unsere Arbeiten zerfielen in zwei Teile, erstens die Behandlung der konkreten Lage in den verschiedenen Sektionen und zweitens die Besprechung der Fragen, die für die gesamte Internationale prinzipielle Bedeutung haben. Von den Fragen, die die einzelnen Sektionen betreffen, waren die wichtigsten die italienische, die norwegische und die bulgarische.

Was die italienische Frage betrifft, so haben wir jetzt das Bedürfnis, nachdem wir unsere italienische Partei ziemlich scharf kritisiert haben, doch zu erklären, daß die einzige Hoffnung des revolutionären Proletariats Italiens doch unsere Partei ist. Wir gedenken an dieser Stelle unseres Freundes B o r d i g a, der jetzt im Gefängnis schmachtet, und aller jener anderen kommunistischen Führer, die im erforderlichen Momente ihren Mann stellten und die Ehre der italienischen Arbeiterschaft gerettet haben. Wir wissen nicht, wie unser Verhältnis zur Sozialistischen Partei Italiens sich gestalten wird. Wir sind jedoch bereit, alles zu tun, um eine Einigung des italienischen Proletariats im Kampfe gegen die Reaktion zustande zu bringen. Aber unser fester Posten ist die Kommunistische Partei Italiens, und trotz mancher ihrer Schwächen und mancher Differenzen, die wir mit ihren Führern gehabt haben, rufen wir aus vollem Herzen: Es lebe die Kommunistische Partei Italiens! (Stürmischer Beifall.)

Nun zur norwegischen Frage. In Norwegen haben wir eine Art Labour Party, aber keine englische Labour Party, die reformistischen Geist atmet, sondern eine Labour Party, die zwar auf demselben organisatorischen Prinzip aufgebaut ist, die aber im großen und gan-

zen kommunistischen Geist atmet. Die Aufgabe der Komintern besteht darin, die breite Basis der Partei zu erhalten und zugleich alle Ueberbleibsel des Föderalismus auszumerzen. Ich hoffe, daß die Beschlüsse, die wir hier gefaßt haben, dazu beitragen werden.

Was die bulgarische Frage betrifft, so haben wir hier eine schwere Lehre zu beherzigen. Wir haben jetzt zwei Aufgaben vor uns. Die erste ist, daß die schwere Lehre der bulgarischen Partei für die anderen Parteien nicht verloren gehen soll. Besonders die tschechische und die deutsche Partei müssen aus diesem Beispiel lernen. Zweitens müssen wir unserer bulgarischen Partei in dieser schweren Situation helfen, aus ihrer Niederlage mit möglichst wenigen Verlusten herauszukommen.

Wir haben auf diesem Kongreß eine Resolution annehmen müssen, die unser Verhältnis zur Religion charakterisiert. Bis jetzt haben wir fast in jeder unserer Tagungen uns mit derartigen Gegenständen befassen müssen. Das liegt daran, daß wir noch manche Züge der II. Internationale abzustreifen haben. Wir brauchen uns nicht zu schämen, das zu konstatieren, denn wir sind aus dem Schoße der II. Internationale hervorgegangen. Aber ich hoffe, daß wir mit dieser Sitzung zum letzten Mal zu derartigen Fragen Stellung genommen haben und wir jetzt schon alle oder fast alle Ueberbleibsel der II. Internationale überwunden haben.

Das wichtigste Ergebnis dieser Tagung ist die politische Resolution über die Arbeiter- und Bauernregierung.

Fast in allen bedeutenden Sektionen ist diese Parole vorbereitet worden. Soeben entnehme ich der „Humanité", daß der Genosse Renaud Jean dieselbe Parole für Frankreich aus eigener Initiative ausgegeben hat. Die Bedingungen sind schon herangereift für die Formulierung dieser Losung, und ich hoffe, daß ihre Durchführung schneller und einmütiger erfolgen wird, als das bei der Einheitsfront der Fall war. Mit dieser Parole werden wir in neue Massen eindringen und uns eine neue Basis schaffen. Das bulgarische Beispiel beleuchtet am besten die Wichtigkeit dieser Parole. Die Regierung Stambulijski hat gezeigt, daß eine selbständige Rolle der Bauernschaft unmöglich ist und letztere entweder an der Seite der Bourgeoisie oder an der Seite des Proletariats kämpfen muß. Unsere Hauptaufgabe besteht darin, die Bauern aufzuklären und sie davon zu überzeugen, daß sie sich mit uns vereinigen müssen, wenn sie ihre Interessen wahren wollen.

Es wurde auch darüber gesprochen, die Psychologie unserer Parteien zu ändern, in ihnen den Willen zur Macht zu erwecken. Es war der Hauptzug der Menschewiki, daß sie im entscheidenden Moment geradezu Widerwillen gegen die Macht empfanden und immer wieder sagten, zur Ausübung der Macht sei nur die Bourgeoisie da.

Eine solche Ideologie darf es in den kommunistischen Parteien nicht geben. Es ist das historische Los der Arbeiterklasse, daß sie die Geschicke der Welt in die Hand nehmen muß.

Wir haben in der letzten Zeit das Entstehen einiger schwarzer Wolken am politischen Horizont gesehen. Dem italienischen Beispiel ist Bulgarien gefolgt. Vorläufig ist aber das Kräfteverhältnis so, daß die Reaktion einen direkten Kampf gegen Sowjetrußland noch nicht wagt. Aber wir sollen uns nicht täuschen. Wenn sich diese schwarzen Wolken vermehren, so werden sie sich zu einer ungeheuren Bedrohung Sowjetrußlands gestalten. Der Faszismus wird dann von seinem Minimal- zu seinem Maximalprogramm übergehen, d. h. Sowjetrußland angreifen.

Demgegenüber sind neue Regungen auch inmitten der Arbeiterklasse zu verzeichnen. Die Verhandlungen mit den Transport- und Metallarbeiterverbänden sind Symptome der Zeit. Sie zeigten, daß die Lage der Amsterdamer Internationale so ist, wie wir sie eingeschätzt haben, und wir hoffen, daß unsere Profinterntagung, die in den nächsten Tagen stattfinden wird, und die wir aufs herzlichste begrüßen, es verstehen wird, diese neuen Tatsachen zu beherzigen. Manche andere Symptome sind für die neuen Regungen innerhalb der Arbeiterschaft bezeichnend. Unsere tschechischen Genossen berichten uns, daß in dem Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie, einer der reaktionärsten Parteien der II. Internationale, eine Artikelserie erschienen ist, die für die Einheitsfront eintritt. Es wäre wirklich ein Wunder, wenn solche Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie nicht aufträten. Mit jedem Tag, wo der Druck des Faszismus stärker wird, müssen solche Erscheinungen in der Mitte der Arbeiterschaft entstehen. Wir müssen es lernen, diese Regungen der Seele der Arbeiter zu verstehen, und alles tun, um den Gedanken des einheitlichen Kampfes im ganzen Proletariat zu stärken. Das wird die ganze Arbeiterschaft und große Teile der Bauernschaft unseren Reihen zuführen und dazu führen, daß wir in kürzester Zeit auch in den Kampf um die Macht eintreten können.

Zum erstenmal haben wir alle das Gefühl, daß die Komintern zu einer Kampforganisation in der Praxis geworden ist, daß wir recht haben, wenn wir sagen, es besteht nur eine internationale Weltorganisation des Proletariats, und das sind wir. Für die Ziele dieser Weltorganisation werden wir kämpfen und siegen!

(Stürmischer Beifall, die Delegierten erheben sich und singen die „Internationale").

Die Tagung der Exekutive ist geschlossen.

SACHREGISTER.

(kennzeichnet unmittelbar auf den Weltkongreß Bezügliches.)

A.

Achtstundentag 31, 219.
Aeroplanbau 143.
Afghanistan 116.
Agitationstätigkeit 315.
Agrarprogramm der K. P. D. 66.
Akkumulation des Kapitals 247.
Amerika, Vereinigte Staaten von 104 ff., 108, 115, 125 f., 138, 140, 193, 201, 208.
Antimilitaristische Arbeit 60, 293.
Antireligiöse Propaganda 26, 49, 53, 58, 86, 95, 291.
Antisemitismus 234.
Arabien 122.
Arbeiterimperialismus 15, 248 f.
Arbeiter- und Bauernregierung 38, 55, 60 f., 68, 101, 132, 249, 278, 280, 282 f., 284 f., 317, 323; Parole der — 32 ff., 38, 40 f., 45 f., 60, 81, 100, 139, 170, 229, 260, 304; — in Amerika 45, 67; — in Dänemark 36; — in Deutschland 34 f., 37; — in Finnland 35; — in Frankreich 35; — in Italien 39 f.; — in Japan 99; — in Norwegen 36, 99, 257; — in Schweden 51; — in der Schweiz 36; Gefahren der Parole der — 41 f., 45.
Arbeiter und werktätigen Farmer in Amerika, Regierung der 33, 68.
Arbeitslosenfrage in der Schweiz 198.
Atheismus 65, 94, 291.
Ausschluß aus der Partei, Recht des 164.

B.

Baku, Kongreß zu 123.
Balfournote 104.
Balkanfrage 314.
Bauernfrage 32, 34, 66; — in Norwegen 257; — im Orient 128; — Polen 87, 139; — in der Tschechoslowakei 36.
Bauerninternationale (Grüne) 36, 281.
Bauernschaft, Kontakt mit der 27 f., 37.
Bayern 234.
Bedingungen, die 21; — der Komintern 96, 311.
Betriebshundertschaften 231.
Betriebsräte 55, 189, 203, 220, 300.
Betriebszellen 194.
Bevollmächtigte der Komintern 161, 164.
Bewaffnung des Proletariats 178, 184, 235.
Bininseln 125.
Bolschewiki 101.
Bourgeoisie, deutsche 111, 130, 134.
Boykott des Faschismus in Italien 245, 298.

Brest-Litowsk, Vertrag von 119, 132, 148.
Bulgarien 5, 101, 184, 238, 265 ff., 274.
*Bulgarische Frage 323.
Bürgerkrieg 155.
Bürokratismus 160, 172, 178.

C.

CGT 190.
CGTU 144, 190, 203.
China 124.
Curzons Note gegen Rußland 114 f., 127.

D.

Dänemark 252.
Dänische Frage 85, 99, 252 ff.
Demokratie 209, 294.
Deutschland 61, 66, 105, 109, 110 ff., 113, 139, 146 f., 194, 208, 240, 243, 247, 321.
Diktatur des Proletariats 16, 38, 46, 54, 246, 282, 286, 304; Parole der — 100.
Disziplin 97, 156, 171, 185, 262.
Dogmatismus 312.

E.

Einheitsfronttaktik 8 ff., 15, 17, 37, 43 f., 52, 54 f., 84, 88 f., 162, 187, 189, 232, 244, 284, 299 f., 304, 305, 324; Gefahren der — 11 ff.; — in Italien 237.
England 104, 109, 112, 114, 115 ff., 117 ff., 120 ff., 125 f., 133, 140, 142 ff., 208; — in Lausanne 122.
Englisch-amerikanisches Schuldenabkommen 107.
*Englische Frage 320; — Ruhrpolitik 109, 117 ff.
Entente 61, 241 f.; Kleine — 266.
Essen, Konferenz zu 6, 144.
Exekutive der Komintern 46 f., 51 f., 57, 63, 80 f., 83 ff., 86, 99, 135, 148, 150, 159 f., 161 ff., 166, 168, 178 f., 182, 253 ff., 258 f., 262, 278; Einmischung der — 174, 180; Mitglieder der — 169; Präsidium der — 4, 150; Vertreter der — 161, 164; Wahl der — 24, 158.

F.

Fabrikbesetzung in Italien 1921 213 ff.
Farmerpartei, amerikanische 33, 67.
Faschismus 82, 100, 145, 187, 197 ff., 209 ff., 236 f., 245 f., 266, 293 ff., 303, 312; — in Deutschland 134, 227; — in Italien 212 ff., 236 f., 245; — in Oesterreich 316, 318; — in Polen 233 f.; — in der Tschechoslowakei 237 f.; agrarischer Flügel im — 215 f.; ideologischer Bankrott des — 228, 296; — und die Bauern 40; — und die Bourgeoisie 211; — und die Genossenschaften 303; Kampf gegen den — 39 f., 188, 204 ff., 218 f., 239, 297; Klassenkampfgedanke im — 225; Konstituierung des — als Partei 216; Programm des — 223; Steuerreform des — 220; Strafexpeditionen des — 216; militärischer Zusammenbruch des — 226.

Föderalismus 58.
Föderation der Arbeit, Amerika 138.
Fordney-Tarif 105.
Frankfurt, Konferenz der Komintern zu 6, 144, 186, 306.
Frankreich 104, 106, 108, 113, 127, 139, 143 f., 149, 236; — in Lausanne 122.
*Französische Frage 159.
Frauenfrage 123, 319.

G.

Genossenschaften 303, 305 ff.
Genossenschaftsinternationale 305.
Genua, Konferenz zu 97, 105, 107, 115.
Georgien 206.
Gewalt 206, 231, 244.
Gewerkschaftsbewegung 189 f., 285, 298 ff., 302 f., 305 f., 315; — in Amerika 191, 203; — in England 203; faszistische — 216, 225; — in Frankreich 190; — in Holland 192; — in Italien 197, 217; — in den Kolonien 204; — in Norwegen 152, 192; — in Oesterreich 318; — in der Tschechoslowakei 30, 190 f., 199.
Gewerkschaften, Ausgeschlossene aus den — 301; Arbeit in den — 193 f.; Einheit der — 300; Eroberung der — 167, 299 f.; — und die Frauensektionen 195; — und die Jugendsektionen 195; Orient-Seemann— 136; Reformistische — 198 f.; Tätigkeit der K. P. in den — 204.
*Gewerkschaftsfrage 186 ff., 256; —kommission 196.
Gewerkschaftliche Verbände, revolutionär-oppositionelle 176 f.
Gibraltar 144.
Griechenland 122, 277.
Guarda Regia 221 f.

H.

Haag, Konferenz zu 107, 151, 186.
Halbproletarier 279.
Hamburg, Kongreß zu 5 f., 39, 48, 61, 186, 206, 245, 285.
Hegemonie des Proletariats 148, 282.
*Holländische Frage 320.
Holländisch-Indien 140.
Hundertschaften, proletarische 55, 231, 239, 297.

I.

Imperialismus 167 f.; deutscher — 27; englischer — 119, 121, 133, 136, 288 f.; Entente— 242; französicher — 109, 131 f., 240; Roter — 247.
Indien 28, 133, 136.
Indische Studenten 136.
Intelligenz, Rolle der 208, 230 f.
Internationale, Amsterdamer 15, 186 f., 189, 193, 196, 299, 305, 313, 324; Zweite — 28, 30 f., 48, 101, 107, 151, 172, 207, 227, 229, 275, 281 f., 285, 287 ff.; Zweieinhalbte — 5 f., 285 f.
Internationalismus 30, 100; intransigenter — 132, 134, 136 f.
Intervention in Rußland 121, 140, 289.
Irland 28, 135.
Islam 140.
Italien 208, 295.

Italienische Frage 62, 81 ff., 308 ff., 322.
IWW 203.

J.

Japan 87 f., 125 f., 140, 201, 292 f.; — und Rußland 126 f.
*Japanische Frage 292 f.
Jugendbewegung 51, 158, 165.
Jugendorganisationen, komm. 97, 159, 170, 181 f., 239, 260, 319.
Jugendinternationale, Kommunistische 2, 59, 85, 260; Exekutive der — 59.
Jugendverband Norwegens 59, 163, 180, 264; — Schwedens 163, 177 f., 180.
Jugoslawien 266, 268, 275, 277.
*Jugoslawische Frage 314.

K.

Kanada 68, 201.
Kapitalismus 126: amerikanischer — 126, 140; englischer — 126; Zerrüttung des — 121.
Kapp-Putsch 60.
Kirche und Staat, Trennung von 93.
Kleinbauern 280.
Koalitionspolitik 55, 209.
Kolonialfragen 143; —richtung in der englischen Politik 114; —völker 133, 138, 247.
*Kommissionen: Balkan— 3; — zur Frauenfrage 4; holländische — 4; italienische — 3, 47; Kooperativ— 4; Mandats— 265; österreichische — 4; politische — 3; Programm— 3; — über den Zentralismus 3.
Kommunismus als Weltanschauung 230.
Kommunistische Partei 290 f.
— Amerika 1, 26, 33, 67, 169, 175.
— Bulgarien 101, 265, 270 ff., 273.
— Dänemark 1, 4, 48, 86.
— Deutschland 1, 17, 29, 32, 62 f., 101, 113, 127, 130, 133 ff., 147 f., 174, 234, 244.
— England 1, 28, 128, 133, 135.
— Estland 2.
— Finnland 2.
— Frankreich 1, 11, 15, 144, 190.
— Holland 1.
— Italien 1, 18 ff., 46, 80 ff., 99 f., 180, 198, 214, 237, 310 f., 313, 322.
— Japan 2, 17, 27.
— Jugoslawien 1, 29 f, 79.
— Kanada 1.
— Lettland 1.
— Litauen 1.
— Norwegen 1, 48, 51, 53, 56, 63 81, 83, 88 ft., 96 ff., 102, 150, 152, 159, 164 f., 167 ff., 170 ff., 173 ff., 177 ff., 180 ff., 255, 257, 264.
— Oesterreich 1, 314.
— Persien 2.
— Polen 2, 32, 174.
— Russland 1.
— Schweden 1, 25, 48, 57, 86, 98, 102, 159, 168 f., 175 ff., 180, 182.
— Schweiz 1, 4, 315.
— Spanien 1.
— Südafrika 2.
— Tschechoslowakei 1, 135, 165 f., 174, 193, 199 f., 203.
— Türkei 2.
— Ukraine 2.
Konferenz, nationale 158.
Kontrollausschüsse 55, 187.

Kontrolle der Kriegsmaterialtransporte 188; — der Produktion 220.
Kornilow-Aufstand 147.
Kooperativsektion des E. K. der K. I. 308.
Kriegsgefahr 118, 127, 188.
Krieg, türkisch-griechischer 123.
Kriegsgewinne, Erfassung der 221.
Kristiania, Kongreß zu 44, 57, 161 f., 156 f.
Krupp, Firma 321 f.

L.

Labour Party 64, 128, 136, 204, 322.
Landagitation, kommunistische 239.
Landarbeiter 285; —-verband 199; —-verband in der Tschechoslowakei 200.
Landwirtschaftliches Proletariat 279.
Lausanne 127.
League, Non Partisan 67; Trade Union Educational — 191, 193.
Legale Partei, amerikanische 26; — japanische 87.
Liberale 220.
Luftflotte, englische 108 f.

M.

Macht, Kampf um die 31; Wille zur — 43.
Mailänder Kongreß 313.
Mandate, gebundene 158; imperative — 164; Niederlegung der — 164.
Manövrieren 101.
Marokko 143 f.
Marxismus 53, 59.
Massenpartei 42; — in Norwegen 169, 175, 181, 184.
Märzaktion 62.
„Masse und Führer" 9, 14.
Materialismus, historischer 26, 50, 65, 94, 250.
Maximalisten 19 f., 40, 82.
Maximalprogramm 246.
Mazedonien 268 f., 276.
Menschenwiki 323.
Mesopotamien 122.
Metallarbeiterverband 195.
Militarismus 107, 139.
Miliz, nationale 222.
Mittelschichten 208.
Mohammedanische Welt 121 f.
Mossul 122.
„Mot Dag" 23, 51, 54, 63, 85, 96 f., 102, 180, 255 f., 260 f.

N.

Nationalbolschewismus 67.
Nationale Frage 27 f., 29 ff., 31, 61, 66, 79, 100, 133 f., 203, 247.
Nationalismus 113, 137, 145 ff., 300.
Negerkonferenz 320.
Neue Oekonomische Politik 5, 40, 107, 115, 283.
Neuilly, Friedensvertrag von 265 ff.
Norwegen 152, 274.
Norwegische Arbeiterpartei 22, 88 f., 183 f., 192, 254, 256.
*Norwegische Delegation 154 ff.
*Norwegische Frage 22 ff., 44, 48, 163, 253 ff.

O.

Oberschlesien 138 f.
Oesterreich 235 f., 316.
Oesterreichisierung 135.

Offensive des Kapitals 126, 135, 287, 303; — der Weltbourgeoisie 205.
Offiziere 294.
Opportunismus 163, 172, 176, 261.
Ordnungswehren 235.
*Organisationsfrage 307 f.; —formen 23, 199.
Orient 115, 122, 136, 140 f.; revolutionäre Bewegung im — 128; —völker 116.
Ostasien 104. 106, 124 ff., 140, 201.
Ostgalizien 138.

P.

Parlamentarismus 233, 258.
Parteitage der Sektionen der Komintern 164.
Parzellenbauern 279.
Pazifisten 178.
Persien 116.
Polen 34, 117 ff., 138.
Professoren, Rote 247.
Programm der Komintern 246.
*Programmfrage 162, 291.
Proletariat 209; Rolle des — 41.
Propaganda im Osten 133.

R.

Reformismus 179 f., 186; — in Deutschland 196; — in Italien 217.
Religion 25, 290 f., 323; — sfrage 49 f, 52 f, 58, 62 ff., 86, 91 ff., 102; Kampf gegen die — 53; Macht der — 123; — als Privatsache 25, 59, 92 f., 95 f., 102, 290 f.; —'sunterricht 221.
Reparationsfrage 104, 108 f., 112.
Reorganisation der norwegischen Partei 256.
Reservationen der norw. Partei 183 f.
*Resolution zur italienischen Frage 312 ff.; — über die österr. Frage 316 f.
Revolution, deutsche 127, 137, 140; russische — 147, 153, 171.
Revolutionäre Formel, kleinbürgerliche 42.
Rote Gewerkschaftsinternationale 81, 98, 186 f., 190 ff., 194 f., 199 ff., 257, 299, 302, 305, 313, 318; Partei und — 260.
Rote Hilfe 298.
Ruhrgebiet, Besetzung des 109, 137, 140, 144, 186, 227, 242.
Ruhrfrage 98, 104, 110 f., 146; —hilfe 111; — kampf 61, 133 f., 299; —krise 7, 148; —streik 112, 127.
Rumänien 277.
Rußland 105, 107, 115, 118, 120 f., 136, 139, 188, 241, 288 f., 304, 324.
Russische Industrie 116; — englischer Konflikt 121, 288 ff.; — Regierung 154.

S.

Sachsen 34.
Schwarzhemden 222.
*Schwedische Delegation 154.
*Schweizer Frage 315.
Selbstbestimmungsrecht der Parteimitglieder 156, 158, 167; — der Nationen 28, 79, 87.
Singapore 141.
Skandinavische Frage 48, 83.
Sowjetregierung 38

Sozialdemokraten 15, 33, 281.
Sozialdemokratische Partei Oesterreichs 317; — der Tschechoslowakei 166, 238.
Sozialistische Partei Amerikas 68; — Frankreichs 144; — Italiens 18 ff., 46, 62, 80, 83, 100, 214, 217, 295, 308ff., 312f.; Polnische — (P. P. S.) 234.
Sozialrevolutionäre, Linke 41.
Sozialisierung 286.
Staat, Zerfall des kapitalistischen 207.
Staatsstreich Mussolinis 228.
Stahlproduktion in Amerika 105.
Strategische Manöver 10 ff.
Syndikalisten 155; revolutionäre — 8.

T.

*Tagesordnung 2.
Taktische Manöver 8, 13.
Teilforderungen 246, 249.
Terror 217, 229, 231, 236, 295 f.; weißer — 205 f; — in Italien 312 f.
Toleranz 59.
Tradition 175.
Transportarbeiterkonierenz, internationale 14 f., 186 f., 197, 202, 299.
Tschechoslowakei 100.
Türkei 121 ff., 248.

U.

Uebergangsforderungen 162.
Ueberzentralismus 162.

V.

Versailler Friedensvertrag 29, 103, 106, 111, 146, 227, 234.
Völkische Bewegung 234.

W.

Wahlkampf in Oesterreich 317.
Wahlrecht 218.
Washingtoner Abkommen 104, 124 f.
Weltkongreß der Komintern, II. 278, 280, 282; IV. — 44, 49, 54, 89, 91, 126, 135, 160, 162, 164, 170 f., 173 ff., 246 f., 280, 309; V. — 320.
Weltorganisation 151; -partei 7, 23 f., 162, 170, 173 f., 246; -politik 103; -politische Lage 130; -revolution 209.
Westeuropa 153.
Widerstand, passiver 113.
Wladiwostok 124.
Workers Party 27, 33, 68; — of America 265; — of Canada 265.
Wrangeloffiziere

Z.

Zellen in den Gewerkschaften, kommunistische 302, 308.
Zentralismus 21 f., 48, 51 ff, 56 f., 58, 60 f., 63, 88 f., 98, 101 f., 114, 116, 120, 122 f., 125, 152, 154, 156, 160 ff., 164 f., 168 f., 172 f., 178 f., 180 f., 184, 253 f., 263; demokratischer — 50, 157, 179, 183; Gefahren des — 155; Grenzen des — 23, 150.
Zimmerwalder Linke 97. 178.
Zunftgeist 282

NAMENREGISTER.

A.

Abdul Hamid 123.
Abernon, Lord d' 110.
Amadori 117.
Amter 1 ff., 142, 168, 175, 233, 262.
Andrews 1.
Angaretis 1.
Aoki 2 f., 27, 87.
Apericio 1, 143.
Aragona, d' 214, 217.

B.

Baldesi 217.
Baldwin 107, 142.
Balfour 104.
Bauer, Otto 206 f.
Beaconsfield 124.
Benesch 238.
Bergmann 109.
Bersin 1.
Beuer 1, 3, 165.
Bidegarrey 189.
Bismarck 130.
Bonar Law 109.
Bordiga 18, 158, 180, 321 f.
Böttcher 1 ff., 54, 91, 133, 192, 196, 234, 252, 263 f., 320 ff.
Brand 138.
Branting 163.
Brown 1.
Bucharin 1 ff., 16, 22, 52, 60, 63 ff., 85, 97, 105, 117, 150, 163, 165, 168, 173, 175, 178, 181, 183, 246, 254, 261.
Budez 238.
Bull, Professor 23, 63. 151, 153f., 156.
Bywater 125.

C.

Cavan, Earl of 117.
Chartakow 272.
Chintschuk 4.
Christiansen 85 f., 253.
Cuno 112, 134, 137, 145 f.
Curzon 103, 110, 114 ff., 118 f.. 120 ff., 128, 136, 142.

D.

Dahlström, Gata 58.
Degoutte 112, 241.
Dimitri 52.
Duret 44

E.

Engels 25, 95 f., 131.
Ewert 1, 4, 60, 66, 102, 167, 174, 181, 253, 259, 263.

F.

Falk 3, 51, 53, 59, 61, 63, 81, 96, 102, 154, 164, 168 f., 178, 180 f., 183 f., 262 ff.
Fimmen 15, 98, 189.
Flyg 2, 57, 86, 182.
Foster 34, 193.
Freksa 240.

Frey 1, 3, 235, 240.
Friis 97.
Frossard 17.
Furubottn 2, 178, 264.

G.

Gafurow 2.
Gallacher 1 ff., 4, 167, 186. 196, 200.
Garwins 120.
Giacomo 82.
Gennari 1 ff., 321.
Giolitti 212 ff., 215.
Glombinski 233.
Gneisenau 243.
Goethe 230.
v. d. Goltz 241.
Gompers 138, 203.
Gramsci 1, 4, 196.
Grey, Lord 109.
Gyptner 2, 4, 239.

H.

Halvard 84.
Heimo 1 f., 4.
Hellberg 85 f., 253.
Hitler 234.
Hoernle 1, 3 f., 136, 265, 302.
Hofma 261.
Höglund 1 ff., 4, 25 f., 47, 51 ff., 57 ff., 61, 64 f., 81, 83, 86, 91. 93 ff., 96 ff., 102, 163, 177 f., 182 ff.
Hoffmann, General 119.
Hoover 106.
Horthy 205.
Hurd, Archibald 124, 126.

I.

Ilg 196, 198, 202.
Inkpin 262.
Isgojew 100.

J.

Jackson 1, 4, 135.
Jansen 1, 4.
Joffe 140.
Johanson 63, 67, 84.
Johnson 1, 196, 201.
Jones 2, 4.
Jordanow 273.
Jouhaux 11, 97.
Joung 266.
Julian der Abtrünnige 237.

K.

Kabaktschiew 269.
Katayama 1 ff., 27, 149, 201, 204, 293.
Kautsky 5.
Kerenski 101, 270.
Keynes 113.
Kilbom 57.
Klöckner 147.
Kobetzki 4.
König Boris 271.
Kopp 315.
Koritschoner 1, 3, 100, 178, 240.
Kolarow 1 ff., 4.
Kornilow 101, 270.
Krajewski 2 ff., 87, 233.
Kramarsch 23.
Krupp 147, 321.
Kunfi 245.
Kuusinen 1, 3 f., 172, 178, 193.

L.

Lamond 106.
Laukhi 2 f.
Laursen 1, 86, 99.
Lazzari 308 f.
Ledebour 98, 134.
Lefebrucke 108.
Lenin 2, 13, 25, 59, 92 ff., 117, 123, 163, 173.

Levy 1, 3 f., 171.
Lian 84, 97 f.
Liebknecht 134, 163.
Lloyd George 104, 106 f., 115, 122, 143.
Longuet 170.
Losowski 1 f., 4, 186, 197 f., 200 ff., 204.
Lüdendorff 241.
Lunatscharski 1, 3, 308, 310.
Lutterbeck 127, 131, 137, 242.
Luxemburg 151, 247.

M.

Mac Donald 128.
Malakka 140.
Marx 25, 30, 95, 131.
Manner 2, 4.
Manuilski 2 f.
Mac Manus 1, 3 f.
Markewicz 30.
Martini 1.
Masaryk 238.
Mayer 97.
Mazejewski 2 f.
Medem 241.
Meschtscherjakow 4, 202.
Michalec 2, 4.
Mihalus 199.
Mirbach, Graf 119.
Modigliani 61.
Monatte 17.
Morgan 106.
Mussolini 18, 20, 80, 82, 117, 213, 215, 220 ff., 225, 237.

N.

Napoleon 108.
Negri 1, 4, 82, 310.
Neni 20, 62.
Nerman 58.
Neurath, Alois 1 ff., 4, 130, 133 ff., 137, 145 ff., 314.
Newbold 1, 64, 142 f.
Nielsen, Marie 98.
Nobili 310.

O.

Olsen 84.

P.

Paasonen 2.
Pawlowski 111.
Piatnicky 1, 4.
Pilsudski 233.
Pjatakow 1, 3 f.
Poincaré 67, 110 ff., 134, 137, 144, 146 ff.
Pollit 1, 3.
Popow 273.

R.

Radek 1 ff., 4, 48, 51, 61, 83, 86, 102 f., 132 f., 135, 138, 142, 145, 163, 169, 175, 177, 179, 181 f., 240, 245, 253 f., 265.
Rakosi 3.
Renaudel 11, 13.
Renaud Jean 35, 323.
René 1, 4.
Reventlow, Graf 242.
Rivelli 189.
Rosmer 1, 196.
Rossi 1.
Roy 2, 132.
Ruthenberg 34.

S.

Safarow 1.
Saitta 1, 3, 80.
Sakai 293.
Scharnhorst 243.

Schatzkin 1, 3, 59, 85, 89, 91.
Scheflo 1, 3 f., 81, 83 f., 97, 156, 163, 171, 176 ff., 182, 254.
Scheidemann 13.
Schlageter 240 ff., 244.
Schneider-Creusot 241.
Schüller 1, 3, 169, 181, 196.
Serra 4, 81, 236, 245.
Serrati 18 f., 47, 80, 83, 312.
Seipel 316.
Sidebothom 124.
Sinowjew 1 ff., 4, 44, 46 ff., 49 f., 52 f., 58, 60, 63, 65, 67, 79, 87, 89, 91, 102, 117, 127, 133 f., 145, 263, 322.
Smeral 1 ff., 57, 174, 237, 245.
Smidowitsch 4.
Souvarine 3.
Stambuliski 36, 101, 265 f., 268 f., 275 f.
Steward 1, 4, 149, 180 f.
Stinnes 63, 134, 147, 227.
Stirner 1, 4, 263.
Ström 1, 4, 102, 159, 167, 176 f., 181, 252, 259.
Stutschka 1, 4.
Sultan Sade 2.
Sun Yat Sen 248.

T.

Terracini 321.
Thalheimer 131 f., 135, 247.
Thibaut 1 f., 144.
Thiers 7, 112.
Trachtenberg 1, 4, 67, 138, 320.
Tranmael 1 ff., 4, 54, 60, 83 f., 88, 96 ff., 146, 154, 163, 167, 172, 175 f., 178, 184, 196, 254, 261.
Treint 16, 45, 248.
Trotzki 2 f., 12, 171.
Tschitscherin 113.
Turati 217.
Turner, John Kennedy 127.

U.

Urbani 3, 46, 61, 81, 99 f., 180, 197, 202 f.
Urquhart, Leslie 121, 142.

V.

Vandervelde 39.
Varga 3, 45, 100, 246.
Vella 20, 62, 80.
Vladetitsch 1, 3 f., 79.

W.

Wakmann 2.
Walcher 1 f., 4, 193, 198, 298.
Watter 241.
Wels 186, 245.
Wiesner 1, 4, 198, 202.
Wilson 241.
Winnig 241.
Witos 66, 139, 233.
Worowski 119, 149, 291 f., 319.
Wys 315.

Y.

Yamakawa 293.

Z.

Zapotocky 1, 4, 100 f., 196, 199, 203.
Zepljak 64.
Zetkin 1 ff., 4, 158, 204, 236, 240, 245, 319, 321.

SPRECHREGISTER.

Amter 77, 142, 168, 262.
Aoki 87.
Aparacio 143.
Beruzzi 76.
Beuer 165.
Boettcher 54, 91, 133, 192, 234, 263, 320 f.
Brand 138.
Bucharin 50, 52, 155, 183, 246.
Duret 44.
Ewert 60, 102, 167, 253, 259, 263.
Falk 51, 102, 164, 181, 261, 264.
Flyg 57, 182.
Frey 235.
Furubottn 264.
Gallacher 167, 186, 200.
Giacomo 82.
Gyptner 239.
Hoernle 136, 265, 302.
Hoeglund 47, 51, 83, 178.
Inkpin 262.
Jackson 135.
Johnson 68, 201.
Katayama 140, 201, 293.
Kolarow 74.
Koritschoner 70, 178.
Krajewski 87, 233.
Kuusinen 172.
Laursen 86.
Levy 171.
Losowski 186, 202.
Lunatscharski 308, 310.
Malakka 140.
Meschtscherjakow 202, 310.
Negri 69, 310.
Neurath 1, 130, 314.
Newbold 71, 142.
Radek 51, 61, 102, 103, 145, 179, 240, 265.
Rosmer 72.
Roy 132.
Saitta 80.
Schatzkin 59.
Scheflo 81, 171.
Schüller 169.
Serra 81, 236.
Sinowjew 4, 44, 91, 162, 263, 322.
Smeral 57, 237.
Stewart 149, 180.
Stirner 263.
Stroem 102, 159, 181, 252, 259.
Thibaut 144.
Trachtenberg 67, 138, 320.
Tranmael 88.
Urbani 46, 180, 197.
Varga 45.
Vladetitsch 79.
Walcher 193, 298.
Wiesner 198.
Zapotocky 73, 199.
Zetkin 204, 245, 319, 321.

4/1/33

BIBLIOTHEK
DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

1. MANIFEST, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. — Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß.
2. DIE KAPITALISTISCHE WELT und die Kommunistische Internationale (Manifest des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale).
3. LEITSÄTZE und Statuten der Kommunistischen Internationale.
4. L. TROTZKI: Terrorismus und Kommunismus. — Anti-Kautsky (2. Aufl.).
5. KARL RADEK: Theorie und Praxis der $2^1/_2$-Internationale.
6. W. NEWSKI und S. RAWITSCH: Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjet-Rußland.
7. PROTOKOLL des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale.
8. E. VARGA: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur (2. Aufl.).
9. N. LENIN: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus.
10. A. LOSOWSKI: Der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände (Moskau gegen Amsterdam).
11. KARL RADEK: Die auswärtige Politik Sowjet-Rußlands.
12. W. P. MILJUTIN: Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjet-Rußland.
13. N. BUCHARIN und E. PREOBRASCHENSKI: Das ABC des Kommunismus.
14. S. I. GÜSSEW: Die Lehren des Bürgerkrieges.
15. O. W. KUUSINEN: Die Revolution in Finnland.
16. I. LARIN und L. KRITZMANN: Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland 1917-1920.
17. M. TOMSKI: Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Rußland.
18. KARL RADEK: Der Weg der Kommunistischen Internationale.
19. G. SINOWJEW: Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale.
20. THESEN und Resolutionen des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.
21. BERICHTE zum Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.
22. PROTOKOLL des Zweiten Weltkongresses d[er] Internationale.

Freie Universität Berlin
5813623/188

BIBLIOTHEK
DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

23. **PROTOKOLL** des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.
24. **L. TROTZKI:** Die neue Etappe. — Die Weltlage und unsere Aufgaben.
25. **E. VARGA:** Die Krise der Kapitalistischen Weltwirtschaft (zweite vermehrte Auflage).
26. **G. SINOWJEW:** Die Taktik der Kommunistischen Internationale.
27. **DIE TAKTIK** der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, vom 24. Februar bis 2. März 1920).
28. **G. SINOWJEW:** Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront.
29. **CLARA ZETKIN:** Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg.
30. **L. TROTZKI:** Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale.
31. **L. TROTZKI:** Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens.
32. **ZUR LAGE** in der Kommunistischen Partei Frankreichs.
33. **L. TROTZKI:** Die neue ökonomische Politik Sowjet-Rußlands und die Weltrevolution.
34. **K. RADEK:** Die Offensive des Weltkapitals und die Takt[illegible] munistischen Internationale.
35. **G. SINOWJEW:** Die Kommunistische Internationale auf den
36. **THESEN** und Resolutionen des IV. Weltkongresses der [illegible]tischen Internationale.
37. **BERICHT** über den IV. Kongreß der Kommunistischen In
38. **PROTOKOLL** des IV. Kongresses der Kommunistischen In
39. **DIE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN SKANDINAVIE** K. I. (Aussprache mit den skandinavischen Genossen über des Zentralismus in der Konferenz der Erweiterten Exekuti Moskau, den 12. bis 23. Juni 1923.

WEITERE BÄNDE IN VORBEREITUNG.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8